

**Beteiligungsbericht 2013
des Kreises Düren**

Der Beteiligungsbericht 2013 ist grundsätzlich dem Gesamtabschluss 2013 (§ 116 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW) als Anhang beizufügen (§ 117 Abs. 1 S. 2 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 49 Abs. 2 GemHVO).

Er enthält folgende Informationen über die Beteiligungen des Kreises Düren:

- Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung
- Erfüllung des öffentlichen Zwecks
- Organe des Unternehmens
- Besetzung der Organe
- Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse
- Verbindungen zum Kreishaushalt
- Auszug aus dem Lagebericht 2013

Die betriebswirtschaftlichen Daten sind in einer Zeitreihe abgebildet, die das abgelaufene Geschäftsjahr 2013, das Vorjahr 2012 und das Vorvorjahr 2011 auf der Grundlage der geprüften und testierten Jahresabschlüsse umfasst. In den letzten beiden Spalten werden die Werte des Abschluss zum 31.12.2013 mit denen des Vorjahres verglichen. Die dargestellte Gesellschafterstruktur bezieht sich ebenfalls auf den Berichtsstichtag 31.12.2013, während die Angaben zu den Organen der Gesellschaften und deren Besetzung entsprechend dem aktuellen Stand (20. November 2015) zur Verfügung gestellt werden.


Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Technologiezentrum Am Europaplatz
52068 Aachen
Telefon: 0241/963-1001
Telefax: 963-1005
E-Mail: info@agit.de
Homepage: www.agit.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalens, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so sind je zwei von ihnen zur Vertretung der Gesellschaft gemeinsam berechtigt. Durch Beschluss des Aufsichtsrates kann einem oder mehreren Geschäftsführern die Befugnis zur Alleinvertretung gewährt werden.
Die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus 17 Mitgliedern. Er kann beschließen, dass an seinen Sitzungen weitere Personen beratend teilnehmen. Die Tätigkeit im Aufsichtsrat ist ehrenamtlich.
Dem Aufsichtsrat obliegen die ihm durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag übertragenden Aufgaben, insbesondere

1. Festlegung der Grundsätze der Aktivitäten der Gesellschaft,

2. Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
3. Überwachung der Geschäftsführung,
4. Zustimmung zu den in § 7 des Gesellschaftsvertrages genannten zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften der Geschäftsführung,
5. Beratung über die Wirtschafts- und Stellenpläne und Empfehlungen an die Gebietskörperschaften,
6. Bestellung des Außenprüfers,
7. Beratung der Jahresabschlüsse und Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung,
8. Vorbereitung aller der Gesellschafterversammlung durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag vorbehaltenden Angelegenheiten.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die ihr durch Gesellschaftsvertrag und Gesetz vorbehaltenen Angelegenheiten, insbesondere über:

1. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Stellenplans,
2. die Feststellung der Jahresabschlüsse, die Gewinnverwendung gem. § 29 des GmbH-Gesetzes und die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
3. Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
4. Auflösung, Verschmelzung oder Umwandlung der Gesellschaft,
5. Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
6. Bestellung und Abberufung von Liquidatoren,
7. Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291, 292 Absatz 1 AktG,
8. Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Dr. Greif, Helmut

Aufsichtsrat:	Stadt Aachen	5 Sitze	29,41 %
	StädteRegion Aachen	2 Sitze	11,76 %
	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Aachen mbH	1 Sitz	5,88 %
	Kreis Düren	1 Sitz	5,88 %
	IHK zu Aachen	2 Sitz	11,76 %
	Handwerkskammer Aachen	1 Sitz	5,88 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	5,88 %
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	5,88 %
	Sparkassen der Region Aachen	2 Sitze	11,76 %
	Fachhochschule Aachen	1 Sitz	5,88 %

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafter sind in der Gesellschafterversammlung durch einen von ihnen schriftlich benannten Vertreter vertreten. **1 Stimme** je 1.000,00 € Stammkapital

Siehe hierzu die Hinweise unter "Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse."

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat: Beyß, Georg Kreis Düren Kreisdirektor

**Gesellschafter-
versammlung:** Beyß, Georg Kreis Düren Kreisdirektor

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

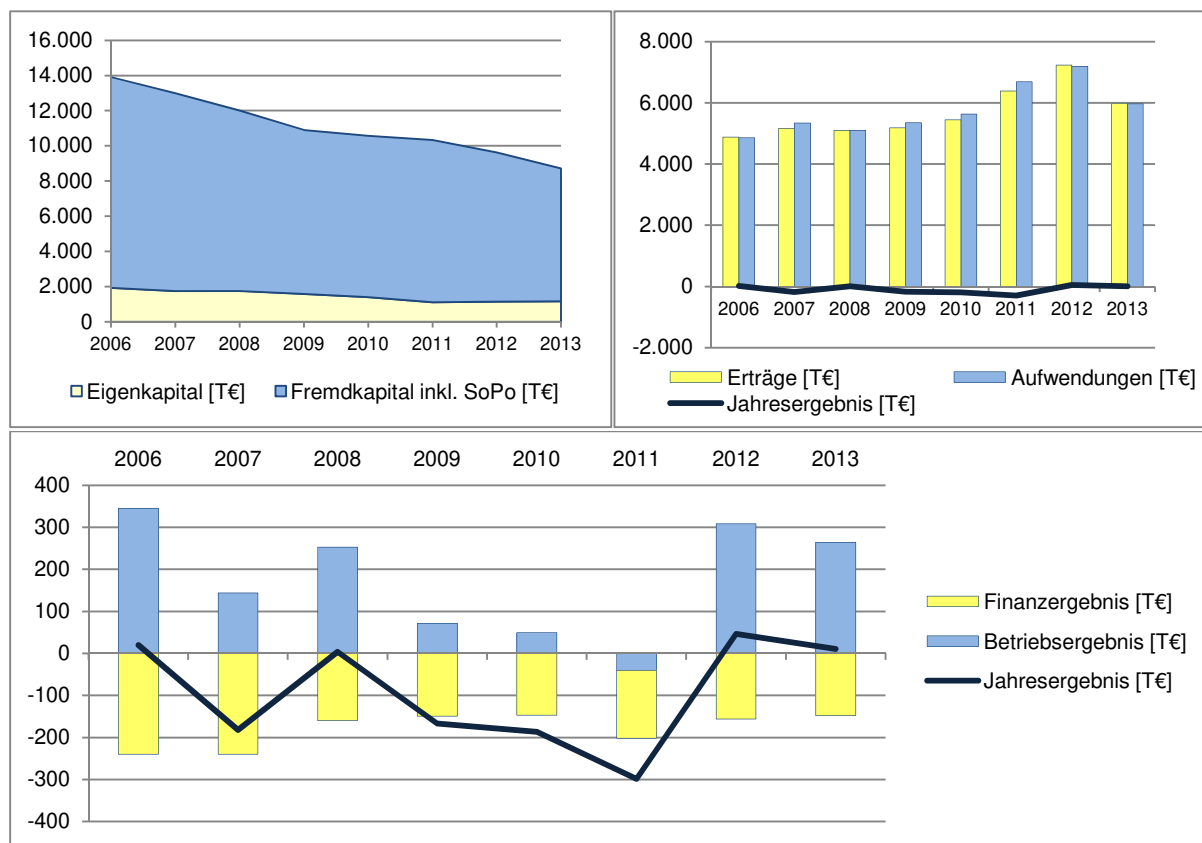
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	55068 Aachen
gezeichnetes Kapital:	3.253.000 €

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	380.925,00 €	12,95%
Handwerkskammer Aachen	138.934,00 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450,00 €	29,86%
StädteRegion Aachen	500.378,00 €	15,38%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Aachen mbH	52.000,00 €	1,60%
Kreis Düren	277.867,00 €	8,54%
Kreis Heinsberg	138.934,00 €	4,27%
Kreis Euskirchen	138.0934,00 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815,00 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296,00 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000,00 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	39.075,00 €	1,20%
Fachhochschule Aachen	3.075,00 €	0,09%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.898,04 €	2.349,04 €	174,00 €	-2.175,04 €	-92,59%
II. Sachanlagen	8.778.520,32 €	7.892.328,81 €	7.035.499,71 €	-856.829,10 €	-10,86%
III. Finanzanlagen	50.530,26 €	50.530,26 €	48.996,38 €	-1.533,88 €	-3,04%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.263.028,96 €	1.540.436,61 €	1.355.522,35 €	-184.914,26 €	-12,00%
II. Kassenbestand	232.202,92 €	130.687,30 €	272.615,87 €	141.928,57 €	108,60%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.843,87 €	372,04 €	2.006,84 €	1.634,80 €	439,42%
Summe Aktiva	10.330.024,37 €	9.616.704,06 €	8.714.815,15 €	-901.888,91 €	-9,38%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	3.253.000,00 €	3.253.000,00 €	3.253.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Verlustvortrag	-1.851.643,50 €	-2.150.095,41 €	-2.103.488,79 €	46.606,62 €	-2,17%
III. Jahresfehlbetrag	-298.451,91 €	46.606,62 €	10.413,41 €	-36.193,21 €	-77,66%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	4.189.261,90 €	3.550.867,05 €	2.900.709,20 €	-650.157,85 €	-18,31%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
C. Rückstellungen	138.810,00 €	138.600,00 €	174.600,00 €	36.000,00 €	25,97%
D. Verbindlichkeiten	4.884.047,88 €	4.772.725,80 €	4.479.581,33 €	-293.144,47 €	-6,14%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	15.000,00 €	5.000,00 €	0,00 €	-5.000,00 €	-100,00%
Summe Passiva	10.330.024,37 €	9.616.704,06 €	8.714.815,15 €	-901.888,91 €	-9,38%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	3.013.613,67 €	3.368.646,17 €	3.697.228,51 €	328.582,34 €	9,75%
2. sonstige betriebliche Erträge	3.371.144,71 €	3.865.810,74 €	2.279.622,62 €	-1.586.188,12 €	-41,03%
3. Materialaufwand	27.110,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	2.121.316,10 €	1.907.419,51 €	1.324.604,21 €	-582.815,30 €	-30,56%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	562.639,25 €	489.875,34 €	339.053,05 €	-150.822,29 €	-30,79%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlage- vermögens u. Sachanlagen	909.700,75 €	913.530,54 €	902.094,77 €	-11.435,77 €	-1,25%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.804.388,22 €	3.615.035,00 €	3.147.144,94 €	-467.890,06 €	-12,94%
Betriebsergebnis	-40.395,94 €	308.596,52 €	263.954,16 €	-44.642,36 €	-14,47%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	877,98 €	825,17 €	270,08 €	-555,09 €	-67,27%
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	161.946,92 €	156.679,42 €	148.080,39 €	-8.599,03 €	-5,49%
Finanzergebnis	-161.068,94 €	-155.854,25 €	-147.810,31 €	8.043,94 €	-5,16%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-201.464,88 €	152.742,27 €	116.143,85 €	-36.598,42 €	-23,96%
10. sonstige Steuern	96.987,03 €	106.135,65 €	105.730,44 €	-405,21 €	-0,38%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-298.451,91 €	46.606,62 €	10.413,41 €	-36.193,21 €	-77,66%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	49,5	42	31

Verbindungen zum Kreishaushalt

Den Zuschuss zur Verlustabdeckung teilen sich die Gesellschafter Stadt Aachen, StädteRegion Aachen, Kreis Düren, Kreis Euskirchen, Kreis Heinsberg im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zueinander. Damit betrug der Zuschuss des Kreises Düren für das Geschäftsjahr 2013 127.768,24 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Vorbemerkung zum Jahr 2013

Das Jahr 2013 war das Jahr 1 der AGITneu nach dem Restrukturierungsprozess der Region Aachen. Die AGIT hat sich von einem Großteil ihrer Aufgaben getrennt und sich ihrem Auftrag gemäß neu aufgestellt. Die nach den Prinzipien des Profit Center zu führenden Geschäftsbereiche „Technologiezentramsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ haben zu einer Veränderung der finanziellen Bewertung beider Bereiche geführt. Bei der Darstellung der AGIT-Leistungen wird auf diese Aufteilung so weit wie möglich Bezug genommen.

Dadurch ist das Jahr 2013 geprägt durch diese Aufgabenverteilung zwischen Zweckverband (ZV) der Region Aachen und der AGITneu bzw. AGIT 2.0. Mitarbeiter wurden vom ZV übernommen oder haben das Unternehmen verlassen; Aufgaben und Projekte wurden übergeben oder aufgrund vertraglicher Vereinbarungen weitergeführt.

Mit dieser neuen Aufgabenteilung zwischen ZV und AGIT hat sich auch die AGIT einer strategischen Neuausrichtung unterworfen. Die sogenannte AGITneu wird sich in Zukunft wieder verstärkt auf ihre klassischen Aufgaben konzentrieren: der technologieorientierten Beratung, der Betreuung von Ansiedlungen, der Innovationsförderung und dem Business Development Support, aber auch dem klassischen Technologietransfer sowohl im regionalen als auch im überregionalen, grenzüberschreitenden Kontext. Durch diese Arbeitsteilung mit dem ZV und der Fokussierung auf ihre Kernkompetenzen hat die AGIT ihr Personal deutlich in 2013 gegenüber 2012 reduziert.

Entsprechend dieses neuen Aufgabenprofils hat sich die AGIT in 2013 eine neue Organisationsstruktur mit den Geschäftsbereichen „Technologiezentrumsmanagement“ und technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“ gegeben. Beide Bereiche arbeiten finanziell streng getrennt als Profit Center. Der vorliegende Bericht nimmt deswegen weitgehend Bezug auf die Geschäftsbereichsaufteilung.

Gleichzeitig konnte im Rahmen dieser Neuausrichtung die FH Aachen als neuer Gesellschafter hinzugewonnen werden, so dass damit die regionalen Hochschulen erstmals als Gesellschafter in der AGIT vertreten sind. Dies bedeutet einen neuen Meilenstein in der Entwicklung der AGIT und eine verstärkte Hinwendung zu den klassischen Aufgaben der AGIT, dem Technologie- und Wissenstransfer sowie der Innovationsförderung. Die FH Aachen verfügt über einen Sitz im Aufsichtsrat. Die Anzahl der Aufsichtsratssitze wurde damit wieder auf den ursprünglichen Stand von 17 heraufgesetzt.

Sowohl inhaltliche als auch finanzielle Vergleiche zum Vorjahr sind deshalb nur mit Einschränkungen möglich.

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist eine Agentur für Innovation und Technologietransfer, die eine technologieorientierte Wirtschaftsförderung betreibt. Gegenstand des Unternehmens sind laut Satzung die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Entsprechend dieses Aufgabenprofils hat die AGIT ab 2013 zwei finanziell streng voneinander geteilte Geschäftsbereiche:

- Der Geschäftsbereich „Technologiezentrumsmanagement“ betreibt das TZA BA I, das sich im Eigentum der AGIT befindet, und das TZA BA II, das nach Auslauf des Leasingvertrages 7/2019 von der AGIT erworben wird. Das MTZ und das ZBMT werden von der AGIT als DL-Auftrag für die Stadt Aachen betrieben.

- Der Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ ist unterteilt in die Geschäftsfelder „Beratung technologieorientierter Unternehmen“ (BTOU), „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) sowie „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS).

Forschung und Entwicklung

Die AGIT hat keine eigene F+E-Abteilung. Neue Dienstleistungen werden in Abstimmung mit der Region Aachen und den Stake- und Shareholdern der AGIT in Form von Pilotprojekten erarbeitet, die meist öffentlich gefördert und durch Eigenanteile der Gesellschafter hinterlegt sind. Nach dieser Pilot- und Testphase wird über die Einführung dieser Dienstleistung durch die AGIT und die Finanzierung der Dienstleistung entschieden.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Natürlich wirken sich die europäische Wirtschaftskrise und die Weltwirtschaftskrise auf das Nachfrageverhalten bei Ansiedlungen aus, in den letzten Jahren aber deutlich weniger als in der Phase nach dem 11. September in 2001. Genau genommen ist sogar ein gegenläufiger Trend zu beobachten, denn Deutschland ist wirtschaftlich erstaunlich robust und damit für Investoren interessanter als vergleichbare andere europäische Länder.

Die gute Konjunktur in Deutschland und die hervorragenden beruflichen Chancen für Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen und technischen Disziplinen führen in ganz Deutschland zu einem Rückgang von innovativen und technologieorientierten Gründungen. Auch hier bildet die Region Aachen, zumindest was die Gründungsfirmen angeht, die die AGIT betreut, eine Ausnahme.

Im Bereich der Aufträge konnte die AGIT ihre Position in 2013 halten. In der öffentlichen Projektförderung ergeben sich in 2013 jedoch deutliche Einschränkungen, denn die Ziel-2-Programme und Interreg-Programme liefen in 2013 aus. Es wurden nur noch die laufenden Projekte bearbeitet, die jedoch wegen Projektverlängerungen noch in das Jahr 2014 hineinreichen. Die neue Programmperiode begann zwar offiziell in 2014, jedoch sind die Durchführungsbestimmungen noch nicht bekannt und die Ausschreibungen stehen noch aus. Neue Projekte kommen somit nur verzögert zur Anwendung und deshalb ist mit einem deutlichen Rückgang dieser Aktivitäten in 2014 und auch noch in 2015 zu rechnen. Zudem sollen sich nach aktuellem Stand die Zuwendungsbedingungen (Förderungsanteile) so deutlich ändern, dass nicht gewährleistet ist, ob die AGIT-Gesellschafter ggf. diese deutlich höheren, jedoch notwendigen Eigenleistungsanteile aufbringen wollen und werden.

Geschäftsverlauf

Die zwei Geschäftsbereiche der AGIT „Technologiezentrisches Management“ und technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“ werden in ihrem Geschäftsverlauf beschrieben. Die konkreten Projekte und Aufträge werden inhaltlich nur summarisch dargestellt. Sie sind im Jahresbericht aufgeführt und können auch auf der Internetseite der AGIT eingesehen werden.

Das Jahr 2013 war geprägt von der Neuorientierung der AGIT und den Maßnahmen, die für diese Entwicklung notwendig waren. Da zum 31.12.2012 viele Projekte ausgelaufen sind bzw. Projekte an den ZV überführt wurden, hat sich die Mitarbeiterzahl von ca. 40 Personen in 2012 auf ca. 30 Personen in 2013 reduziert. Der Personalaufwand hat sich entsprechend rückläufig entwickelt.

Unter Berücksichtigung der erhaltenen Gesellschafterzuschüsse ist der Geschäftsverlauf 2013 im Bereich „Technologiezentrisches Management“ zufriedenstellend.

Geschäftsbereich I: Technologiezentrummanagement (TZM)

Die große Nachfrage von jungen Unternehmen und Technologieunternehmen nach Mietflächen setzte sich erfreulicherweise auch in 2013 in den drei von der AGIT betriebenen und betreuten Technologiezentren TZA, MTZ und ZBMT fort.

Die Auslastung des Technologiezentrums am Europaplatz konnte gegen Jahresende wieder auf ein hohes Niveau von fast 100 % gefahren werden, nachdem Mitte des Jahres der größte Mieter des TZA über 10 % der Fläche freigemacht hat. Der Erlösrückgang war somit geringer als in der Planung vorgesehen und das Ergebnis in Summe für das TZA ist positiv. Das MTZ war in 2013 wie in den letzten Jahren mit 100 % wieder voll ausgelastet und erzielte vor Umlage zentraler Dienste ein positives Ergebnis. Erfreulicherweise konnte auch das im Sommer 2011 in Betrieb genommene ZBMT in 2013 am Ende des Jahres Vollausslastung vermelden. Hier muss jedoch angemerkt werden, dass wegen erheblicher technischer Mängel am Gebäude Mietminderungen entstanden sind.

Mehr als erfreulich entwickelt sich der Bereich Seminarraum- und Kongressraumvermietung im TZA. Mit über 40.000 Personen in 2013 wurde die größte Teilnehmerzahl gezählt und der bisher höchste Umsatz erzielt.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a. Beratung technologieorientierter Unternehmen (Geschäftsfeld I)

Die betriebswirtschaftliche Unterstützung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen von der Ideenphase bis hin zur Etablierung am Markt seitens der AGIT lag in 2013 qualitativ und quantitativ auf dem hohen Niveau der Vorjahre (Gründungsquote aus den erfolgten Beratungen liegt bei 50 % (Vorjahr 42 %)). Die 27 (Vorjahr 30) neu gegründeten Unternehmen werden laut Businessplan im ersten Jahr nach der Gründung 67 Arbeitsplätze (Vorjahr 130) schaffen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 4,4 Mio. € (Vorjahr 8,3 Mio. €). Die Region Aachen bleibt damit bei den technologieorientierten Gründungen stabil, wogegen deutschlandweit ein deutlicher Rückgang der Gründer zu verzeichnen ist.

Im Auftrag der Stadt Aachen, der StädteRegion Aachen und der Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg wurde in 2013 erstmalig das neue Konzept des Innovationspreis Region Aachen in Kooperation mit den AC²-Gründungs- und Wachstumswettbewerben durchgeführt.

b. Investorenberatung (Geschäftsfeld II)

Im Jahr 2013 betreute die AGIT 60 potenzielle Investoren (Vorjahr 65). Insgesamt 13 Unternehmen (Vorjahr 8), die von der AGIT oder den regionalen Partnern begleitet wurden, entschieden sich für eine Investition in der Technologieregion Aachen. Bei 4 Unternehmen (Vorjahr 2) handelt es sich um Unternehmen, die bereits in der Region Aachen ansässig waren und sich bei der kreisübergreifenden Suche nach einem neuen Standort an die AGIT gewandt haben.

Die Technologieregion Aachen beteiligt sich seit 2011 an der Marketingkampagne des Landes NRW, die von NRW.INVEST GmbH verantwortet wird und die mit dem Slogan "Germany at its best" wirbt, auch im Jahr 2013. In Kooperation mit NRW.INVEST wurden Investorenseminare in Russland, der Türkei und in China sowie Korea durchgeführt. 2013 besuchten 14 Delegationen aus dem In- und Ausland die AGIT.

c. Technologietransfer & Business Development Support (Geschäftsfeld III)

Neben der Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen in der Region Aachen stellt die Betreuung der bereits hier ansässigen, insbesondere technologieorientierten, kleinen und mittleren Unternehmen für die AGIT eine wichtige Aufgabe dar. Dabei geht es einerseits um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen regionaler Hochschul- bzw. Forschungslandschaft und Wirtschaft (Science to Business – S2B), andererseits um die Förderung der Kooperation von Unternehmen untereinander (Business to Business – B2B).

Im Bereich S2B stehen Aktivitäten des Technologietransfers im Vordergrund. Im Jahr 2013 sind hier insbesondere die zahlreichen Unterstützungsleistungen im Rahmen des Projektes TeTRRA hervorzuheben, das die Zusammenarbeit zwischen mittelständischem Gewerbe und Hochschulen intensiv in der gesamten Region Aachen unterstützt. Ebenfalls zu nennen sind die Aktivitäten in Wegberg-Wildenrath (GALILEO), die demselben Ziel dienen und die Chancen, die durch das europäische Satellitensystem möglich werden, in den Vordergrund der Aktivitäten rücken.

Nachdem die AGIT in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche Business-Netzwerke in den technologischen Stärkefeldern der Region Aachen mit gegründet und unterstützt hat, die nunmehr eigene Strukturen und Aktivitäten entfalten, konzentrieren wir uns nunmehr im Bereich B2B vor allem auf die neuen Herausforderungen, die sich im erweiterten grenzüberschreitenden Umfeld stellen. Hier geht es insbesondere darum, die besonderen Stärken der „Hochtechnologie-Hotspots“ im gesamten Raum zwischen Eindhoven (NL), Leuven (B) und Aachen (D) noch deutlich stärker für die Wirtschaft zu erschließen. Mit zwei grenzüberschreitenden Modellprojekten, TTC und GCS, konnten hier in 2013 markante Zeichen gesetzt werden, in dem über zwanzig KMU-getriebene Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit einem Gesamtvolumen von rd. 15 Mio. € über die Grenzen hinweg stimuliert und begleitet werden konnten. Mit der südlimburgischen Industriebank LIOF (NL) wurde in diesem Kontext deshalb in 2013 eine strategische Partnerschaft eingegangen und eine Vereinbarung unterzeichnet, die allen Bereichen der Wirtschaftsförderung der AGIT zu Gute kommen soll und insbesondere die euregionale Zusammenarbeit stärkt.

Sowohl für Technologietransfer als auch Business Development Support relevant waren darüber hinaus die Aktivitäten im Rahmen des „Industrie-Dialogs Region Aachen“, die gemeinsam mit anderen Akteuren aus der gesamten Region initiiert worden sind, um die Bedürfnisse der Unternehmen aus dem produzierenden und verarbeitenden Gewerbe in den Mittelpunkt neuer Aktivitäten zu stellen.

Diese Aufgaben werden in wesentlichen Teilen mittels DL-Auftrag oder über Projekte durchgeführt. Dabei greift die AGIT auf die nordrhein-westfälisch-europäische Struktur fondsförderung und hierbei vor allem das NRW-EU Ziel-2-Programm 2007-2013 (EFRE) bzw. auf die Interreg-Förderung zu, die ebenfalls von NRW co-finanziert wird.

Unternehmenskommunikation

Im Rahmen ihrer Unternehmenskommunikation wurde wegen der regionalen Strukturreform das Magazin Region Aachen⁴⁶ letztmalig 2013 mit dem neuen ZV der Region Aachen herausgegeben. Der im Mai 2012 neu gestaltete Internetauftritt wurde auf die AGIT 2.0 angepasst. Um den Standort Region Aachen sowie die Dienstleistungen der AGIT in den Medien bekannter zu machen, wurden im Jahr 2013 im Rahmen der Pressearbeit insgesamt 37 (Vorjahr 39) Pressemitteilungen, redaktionelle Artikel und Fernseh- und Radioberichte verbreitet und lanciert. Hieraus entstanden 176 (Vorjahr 195) Veröffentlichungen. In Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderern der Region Aachen konnten bis 2013 insgesamt 40 Firmen für die Standortwerbekampagne „Wussten Sie schon, dass...?“ gewonnen werden. Für diese Kampagne wurde die AGIT mit dem zweiten „Platz des Aachener Marketingpreises“ ausgezeichnet.

Lage

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2013 brachte eine deutliche Reduzierung des Projektvolumens, was mit der Strukturreform zusammenhängt. AGIT 2.0 wurde um wesentliche Aufgabenbereiche, wie etwa die „Regionalagentur“ (RA) oder die Projekte „Frau und Beruf“, „SAG AN“, „Region Aachen Innovativ“, „Region Aachen visávis“, „Region Aachen.think“ sowie die „Landesinitiative zur Fachkräftesicherung“ etc. reduziert. Hierdurch ergeben sich natürlich entsprechend reduzierte Projekteinnahmen in 2013.

Die Umsatzerlöse nahmen deutlich gegenüber 2012 mit einem Wert von 328 T€ auf jetzt 3.697 T€ zu, was primär mit den Koordinierungsleistungen in Projekten zusammenhängt und mit der Seminarraumvermietung im TZA, die in 2013 ihren bisher größten Umsatz erzielte. Für das ZBMT war 2013 das zweite volle Geschäftsjahr und die Auslastung stieg auf fast 100 %. Die Umsatzerlöse im ZBMT stiegen leicht an. Die Umsatzerlöse werden insbesondere im Bereich des Technologiezentrumsmanagement erwirtschaftet. Das Ergebnis für das TZM liegt bei 41 T€, die nachrichtlich in die Instandhaltungsrücklage überführt wird. Dieser Wert ist deutlich besser als der Planwert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um 1.586 T€ auf nunmehr 2.280 T€ (Vorjahr 3.866 T€) und setzen sich im Wesentlichen aus Zuschüssen der Gesellschafter (1.241 T€), Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen (650 T€) sowie Zuschüssen aus dem Bundes- und Landeshaushalt (308 T€) zusammen. Durch die Reduzierung der Gesellschafterzuschüsse in der Grundfinanzierung der AGIT gegenüber 2012 und die Weitergabe von Projekten an den ZV erklärt sich der hohe Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge. Gesellschafterzuschüsse und Projekterlöse werden primär im Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ verausgabt.

Das Gesamtergebnis 2013 muss betrachtet werden unter der Prämisse der strikten Trennung der Geschäftsbereiche „TZM“ und „Wirtschaftsförderung“, die als jeweils eigene Profit Center fungieren. In dem Ergebnis laut GuV von 10 T€ (Vorjahr 47 T€) hat die AGIT ihr Wirtschaftsziel weitgehend erreicht, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, das hierin das negative Ergebnis des TZA BA II in Höhe von -286 T€ bereits enthalten ist. Hingewiesen werden sollte zudem noch auf die Tatsache, dass die steigende Leasingrate mit ihrem hohen Tilgungsanteil von 310 T€ erheblich zur Tilgung des TZA BA II beiträgt, so dass 2019 der Rückkaufswert von 1.800 T€ erreicht werden kann.

Nach Berücksichtigung der laufenden Zuschüsse der Gesellschafter für wirtschaftsfördernde Maßnahmen verbleibt damit für die Gesellschaft ein Jahresüberschuss in Höhe von 10 T€ (Vorjahr 47 T€). Dieser Wert liegt im erwarteten Bereich bzw. ist etwas besser als das Planergebnis und begründet sich aus der Finanzierungsstruktur der AGITneu ab dem Jahr 2013.

GB „Technologiezentrumsmanagement“ (TZM)

Trotz der hohen Instandhaltungsaufwendungen und des Auszugs des größten AGIT-Mieters im TZA BA II sowie der Neuregelungen im Profit Centerbereich „TZM“ mit der Verrechnung des negativen Ergebnisses vom TZA BA II mit dem Überschuss aus dem TZA BA I, konnte ein Überschuss von insgesamt 41 T€ erzielt werden; dieser Überschuss wird vertragsgemäß nachrichtlich in eine außerbilanzielle Instandhaltungsrücklage überführt. Das Geschäftsbereichsergebnis ist umso erfreulicher, als mit dem Auszug des größten Mieters des TZA in 2013 eine Fläche von über 10 % freigemacht wurde. Diese Lücke konnte jedoch noch in 2013 weitgehend durch eine schnelle Neuvermietung reduziert und durch eine Steigerung der Seminarraum- und Kongressraumvermietung zum Teil kompensiert werden. Mit ca. 150 T€ hat dieser Teilbereich des TZM seinen bisher besten Umsatz erzielt, mit einer Teilnehmerzahl von über 40.000 Personen. Positiv wirkte sich zudem die Tatsache aus, dass verschiedene Darlehen ausliefen und neu verhandelt wurden, so ein Darlehen für das TZA I und das Darlehen für den Leasingvertrag für das TZA II. Letzteres führte zu deutlich besseren Finanzierungskonditionen (ca. 45 T€) in 2013. Die notwendigen und geplanten Instandhaltungsmaßnahmen wurden alle durchgeführt, was zu dem deutlich schlechteren Ergebnis gegenüber 2012 beigetragen hat. Das Ergebnis des TZM hätte auch deutlich besser ausfallen können, wenn nicht die hohen Sonderaufwendungen für die Verträge von AGITneu (Notargebühren, Beratungsgebühren) angefallen wären.

Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Personalkosten und der Umlage der Zentralen Dienste für das TZA BA I einen Überschuss in Höhe von 327 T€ (Vorjahr 383 T€) erzielt. Die Gründe für diesen deutlichen Überschussrückgang liegen eindeutig in den erhöhten Instandhal-

tungsaufwendungen gegenüber 2012 für die Dachsanierung im TZA BA I sowie den erstmalig zu leistenden Umlagekosten. Im TZA BA II entstand ein Verlust von rund 286 T€ (Vorjahr Verlust von 114 T€), der ebenfalls auf erhöhte Instandhaltungsaufwendungen, den erstmalig zu leistenden Umlagekosten sowie Rechts- und Beratungskosten wegen der Satzungsänderung zurückzuführen ist. Da durch die AGIT-Neuregelung der Zuschuss durch die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen nicht mehr zum Tragen kommt (Vorjahr 98 T€), wurde dieses gegenüber 2012 deutlich schlechtere Ergebnis erreicht, das jedoch mit 41 T€ deutlich über dem Planergebnis liegt. Hierbei sollte zumindest erwähnt werden, dass der Tilgungsanteil der Leasingrate für das TZA BA II 279 T€ in 2013 betrug.

Im MTZ, das in 2013 wiederum zu 100 % ausgelastet war, lag das Ergebnis vor Verlustübernahme bei knapp -9 T€ (Vorjahr Überschuss von 19 T€). Die Verschlechterung gegenüber 2012 ergibt sich aus einem leichten Rückgang der Umsatzerlöse und aus den erstmalig zu leistenden Umlagekosten. Der Fehlbetrag wird von der Stadt Aachen ausgeglichen.

In 2011 wurde das ZBMT sukzessiv ab Juli in Betrieb genommen. Durch zahlreiche Baumängel (Heizung, Lüftung, Aufzug) konnte eine Vermietung nicht entlang der vorgesehenen Zeitachse erfolgen, die damit zu erheblichen Mietminderungen geführt haben. Auch in 2013 konnten nicht alle diese Mängel beseitigt werden, so dass weiterhin Mietminderungen entstanden sind, die das Ergebnis negativ beeinflussen. Ebenso mussten Forderungsverluste im Bereich der NK eingeplant werden. Das Ergebnis von ca. -191 T€ vor Verlustübernahme (Vorjahr -182 T€) ist noch etwas schlechter als 2012, weil auch hier erstmalig die Umlagekosten berücksichtigt wurden und zudem der Betreuungsaufwand deutlich höher war als in 2012 sowie die Rechts- und Beratungskosten (+7 T€) stark angestiegen sind. Das Ergebnis ist wenig zufriedenstellend, belastet die AGIT jedoch nicht, da über eine Verlustabdeckungsvereinbarung mit der Stadt Aachen dieser Verlust ausgeglichen wird. Erfreulich ist die Tatsache, dass in 2013 trotz immer noch erheblicher Mietmängel im ZBMT der Vermietungsstand bei 100 % liegt, was sich in den höheren Mieterlösen (+6 T€) zeigt.

GB „Wirtschaftsförderung“

Der Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“ konnte ein nicht ausgeglichenes Ergebnis vorweisen. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Projekte aus AGITalt bzw. aus den Vorjahren durch nicht Erstattung von erbrachten Leistungen zu Forderungsverlusten geführt haben. Obwohl die Gesellschafter in 2013 auch bereit waren, neben der finanziellen Grundausstattung der AGIT in Höhe von 845 T€ auch die laut Zuwendungsbescheid aufzubringenden Eigenanteile in Höhe von ca. 169 T€ für die durchzuführenden Projekte zu übernehmen, reichten die Zuwendungen nicht aus, die Forderungsverluste der früheren Jahre auszugleichen. Bei einer Gesamtzuwendung seitens der AGIT-Gesellschafter in Höhe von 1.014 T€ und bei einem Gesamtkostenblock für den Bereich „Wirtschaftsförderung“, einschließlich der durchgeführten Projekte, in Höhe von 1.565 T€, würden Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 1.045 T€ benötigt. Die Differenz von ca. 31 T€ zu den genehmigten Planmitteln für 2013 in Höhe von 1.014 T€ sind laut Gesellschaftervertrag von den Gesellschaftern aufzubringen. Die Projekte sind ab 2013 an den Zweckverband überführt worden. Insgesamt zeigt sich, dass die von den Gesellschaftern bereitgestellten Mittel für die Kernaufgaben der AGIT auskömmlich waren.

Finanzlage

Der Bestand an Finanzmitteln ist im Berichtsjahr insgesamt um 142 T€ auf 273 T€ gestiegen. Investitionen in das Sachanlagevermögen wurden in Höhe von 46 T€ getätigt. Die Liquidität 1. Grades (liquide Mittel / kurzfristiges Fremdkapital) beträgt 10 % (Vorjahr 7 %).

Auf Grund hoher Außenstände, die insbesondere im Bereich der Projektförderung entstanden sind, hat sich trotz eines systematischen Forderungs- und Kostenmanagements in 2013 eine gleichbleibend schlechte Liquiditätssituation für die AGIT ergeben. Die volle Höhe des Konto-

korrentkredites von 850 T€ musste auch in 2013 in Anspruch genommen werden. Die daraus resultierende Zinsbelastung lag mit ca. 12 T€ jedoch auf Grund des niedrigen Zinsniveaus unter dem Wert des Vorjahres (ca. 16 T€ in 2012). Insgesamt konnte die Zinsbelastung deutlich reduziert werden, da ein Darlehen für das TZA BA I neu verhandelt wurde; ebenso wurde der Leasingvertrag neu verhandelt mit dem Ergebnis deutlich besserer Konditionen.

GB „Technologiezentrummanagement“ (TzM)

Liquiditätsmäßig machen sich die baulichen Mängel im ZBMT negativ bemerkbar, denn die NK-Abrechnung für 2012 konnte noch nicht abgeschlossen werden. Etwa 50 % der Nebenkosten werden von der AGIT vorfinanziert, da die NK-Vorauszahlung noch nicht den tatsächlichen Kosten angepasst werden konnte. Dieser Sachverhalt gilt auch für 2013 und belastet die Liquidität der Gesellschaft. Zur Finanzierung des nicht übernommenen Teils des Vorjahresverlustes im TZA II wurde ein Darlehen in Höhe von 114 T€ aufgenommen. Im Umfang von 153 T€ wurden Darlehen zurückgezahlt.

GB „Wirtschaftsförderung“

Durch die Zahlung der Projekteigenanteile durch die Gesellschafter in 2013 konnte im Projektbereich die Projektfinanzierung und die Liquidität verbessert werden. Die Projektbearbeitung erfolgt nach dem Kostendeckungsprinzip. Jedoch müssen die Projekte größtenteils immer noch vorfinanziert werden, da die Projektabrechnung nach dem Kostenerstattungsprinzip sehr zeitverzögert stattfindet und Auszahlungen oft erst 1,5 Jahre nach erbrachter Leistung erfolgen; zudem gibt es keine Projektvorschüsse. Die Forderungen im Projektbereich haben sich auch wegen der Weitergabe von Projekten an den Zweckverband etwas entspannt; sie liegen zum Stichtag 31.12.2013 aber immer noch bei 973 T€ (Vorjahr 1.044 T€).

Vermögenslage

Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (Anlagevermögen / Gesamtvermögen) von 81 % (Vorjahr 83 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen durch die Abschreibung des Gebäudes rückläufig.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich leicht. Die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen sonstigen Forderungen aus Projektförderungen verringerten sich deutlich aufgrund reduzierter Außenstände bei den zugesagten Fördermitteln auf 973 T€ (Vorjahr 1.044 T€). Diese Entwicklung korrespondiert mit der Reduzierung der Projekte in 2013. Obwohl sich der Bestand an liquiden Mitteln verglichen mit dem Vorjahr erhöht hat, war unterjährig die vollständige Inanspruchnahme des Euribor-Kredites notwendig.

Das positive Ergebnis 2013 laut GuV hat zur Konsequenz, dass auf der Passivseite das Eigenkapital nicht weiter aufgebraucht wird. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 13 % (Vorjahr 12 %). Unter Berücksichtigung des Sonderpostens ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 47 % (Vorjahr 49 %). Der Sonderposten wird entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst. Im Berichtsjahr ist der Sonderposten um 650 T€ gesunken.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-39 T€) haben sich ebenso wie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-116 T€) und die sonstigen Verbindlichkeiten (-138 T€) im Berichtsjahr reduziert.

Unter strategischen Gesichtspunkte hält die AGIT acht Beteiligungen an Betreibergesellschaften für TGZ (Technologie- und Gründerzentren) und Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Weitere wesentliche Sachverhalte zu diesen Beteiligungen als die beiden unten angeführten gibt es nicht zu berichten.

- Bereits in 2012 hat die Gesellschafterversammlung der ESC Euro-Service-Center Geilenkirchen GmbH, Geilenkirchen, die Auflösung der Gesellschaft beschlossen und einen Liquidator bestimmt. Die Gesellschaft war in 2013 nicht mehr aktiv.
- Bei der Beteiligung an der TAE GmbH - Technik Agentur Euskirchen, Euskirchen, ist die AGIT nachschusspflichtig. Aufgrund der negativen Geschäftsentwicklung hat die Gesellschafterversammlung der TAE GmbH die Abdeckung des Verlustes durch zu leistende Nachschüsse beschlossen. Die AGIT hat im abgelaufenen Jahr daher einen Nachschuss zur Verlustabdeckung von rd. 1,8 T€ (Vorjahr 4 T€) geleistet.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die AGIT arbeitet in jedem Geschäftsfeld mit Leistungsindikatoren, die anforderungsgerecht monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich erhoben und bewertet werden. Nach unserem QM-System steht der jeweilige „Kunde“ und Auftraggeber (AG) und dessen Zufriedenheit mit dem Ergebnis im Vordergrund. Folgende Kennzahlen werden, für jeden Geschäftsbereich (GB) spezifiziert, verwandt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Als finanzieller Leistungsindikator für den GB „TZA“ wird das Ergebnis herangezogen. Ein „positives Ergebnis“ wird unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Maßnahmen für die Werterhaltung des TZA durchgeführt werden, als Zielerreichung akzeptiert. In 2013 wurde dieses Ziel unter Berücksichtigung von Gesellschafterzuschüssen (Stadt Aachen) in Höhe von 200 T€ erreicht. Weiter wird die Anlagenintensität zur finanziellen Bewertung der AGIT hinzugezogen. Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (81 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen korrespondierend zur AfA des Gebäudes rückläufig.

Für den GB „Wirtschaftsförderung“ wird als finanzieller Leistungsindikator die Budgeteinhaltung bzw. Kostendeckung als Kriterium festgelegt. Dies wird auf die einzelnen Aufgabenfelder (BTOU, A&I, TT&BDS) heruntergebrochen. Auch hier wurde in 2013 das Ziel der Budgeteinhaltung erreicht.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

GB „Technologiezentramsmanagement“ (TZM)

Nach den Leistungsindikatoren „Auslastung“ sowie „Einzüge/Auszüge“ erfüllt die AGIT ihr Soll, denn alle Zentren sind mit 100 % voll ausgelastet (95 % gilt als „Vollauslastung“) und der Einzug von neuen Firmen mit 12 Einzügen bei einem Bestand von 95 Firmen bzw. Auszug von etablierten Firmen liegt ebenfalls im Soll (> 12,5 % pro Jahr).

GB „Wirtschaftsförderung“

Nach dem Leistungsindikator „Gründung“ von Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Beratung technologieorientier Unternehmen“ (BTOU) liegt die AGIT im Soll der letzten Jahre.

Nach dem Leistungsindikator „Angesiedelte Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) ist in 2013 das bisher beste Ergebnis seit 10 Jahren festzustellen. Bezogen auf die geschaffenen Arbeitsplätze gab es schon bessere Jahre.

Im Geschäftsfeld „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS) werden insbesondere Aufträge und Projekte bearbeitet. Inhaltlich wird die „Zufriedenheit“ der Auftraggeber (AG) bzw. Zuwendungsgeber als Indikator verwendet. Je nach Auftrag und Projekt wird dies unterschiedlich ermittelt. In 2013 wurde dieses Ziel, bis auf kleine Schwankungen im Projektbereich, erreicht.

Weitere Parameter bzw. Indikatoren, die systematisch beobachtet werden sind:

- Vorkast: Projekte und Aufträge (monatliche Erfassung)
- Liquiditätsplan (monatlich)
- Forderungsmanagement (Forderung aus Projekten).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres wie folgt eingetreten:

Liquidität

Die hohe Anzahl und das Volumen der Projekte haben in den letzten Jahren zu einer angespannten Liquidität der AGIT geführt. In 2014 hat sich gezeigt, dass die getroffenen Maßnahmen einer deutlichen Reduzierung der Projekte, die in großen Teilen zum ZV übergegangen sind, zu einer deutlichen Verringerung der Vorfinanzierungsleistungen und damit auch zu einer deutlichen Verbesserung der Liquidität geführt haben. Der Euribor-Kreditrahmen wird ab 4/2014 nur noch knapp zur Hälfte in Anspruch genommen. Diese Inanspruchnahme resultiert auch weiterhin aus der Vorfinanzierung der Projekte, aber auch aus den NK des ZBMT. Die dargelegte Verbesserung ist auch dadurch eingetreten, dass die Gesellschafter den Eigenanteil der Projekte für 2013 durch zusätzliche Zuschüsse in Höhe von ca. 170 € finanziert haben.

Prognosebericht

Liquidität

Wie im Nachtragsbericht ausgeführt, hat sich durch die getroffenen Maßnahmen die Liquidität der AGIT in 2014 deutlich verbessert. Der Euribor-Kreditrahmen wird ab 4/2014 nur noch knapp zur Hälfte in Anspruch genommen und die Situation wird sich im Laufe des Jahres projektseitig weiter verbessern. Die ZBMT-Problematik mit der NK-Vorauszahlung ist im Klärungsprozess begriffen. Ab 2015 dürften sich keine Liquiditätsprobleme mehr für die AGIT ergeben, unter der Voraussetzung einer stabilen Wirtschaftslage.

GB „Technologiezentrummanagement“ (TZM)

Inspektionen am Technologiezentrum am Europaplatz, die nach jeder Winterperiode verstärkt durchgeführt werden, haben ergeben, dass spätestens im Jahr 2012 eine größere Dachsanierung am Gebäude erforderlich wurde. Die ersten Dachsanierungen erfolgten in 2012. Weitere Sanierungen wurden in 2013 entsprechend der Planung durchgeführt bzw. werden auch in 2014 durchgeführt. Die vom Gutachten ermittelten Instandhaltungsaufwände von ca. 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre sind aus heutiger Sicht realistisch, da sich immer wieder neue Problemlagen auftun. Die hohe Auslastung von 100 % im TZA in 2014 wird die Kostensituation etwas abmildern, so dass in diesem Jahr unter Berücksichtigung von Gesellschafterzuschüssen (Stadt Aachen) auch mit einem positiven Ergebnis im TZM gerechnet werden kann. Dies gilt bei stabiler Wirtschaftslage auch für die nächsten Jahre. Auch wenn die Leasingrate im TZA BA II jährlich deutlich ansteigt, kann für die Jahre 2015 bis 6/2019 bei einer hohen Auslastung durchaus ein positives Ergebnis erreicht werden.

Mittels Dienstleistungsvertrag betreut das Technologiezentrummanagement der AGIT auch das MTZ und ZBMT. Das MTZ wird vertragsgemäß zum 1.1.2015 an das UKA übergeben. Der Betreuungsvertrag der AGIT mit GEGRA bzw. der Stadt Aachen endet damit. Alle Verträge wurden gekündigt. Ein Risiko besteht nicht mehr. Nach aktuellem Stand wird das MTZ auch in 2014 in etwa ein neutrales Ergebnis erzielen können.

Obwohl erhebliche bauliche Mängel am ZBMT in 2013 zu Mietminderungen geführt haben, und möglicherweise auch in 2014 zu Mietminderungen führen werden, belasten diese nicht die AGIT, da die Stadt Aachen die Gesamtverluste mittels einer Verlustausgleichsregelung vollständig ausgleicht. In 2014 sind diese Mängel (Aufzug) inzwischen behoben, jedoch taten sich in 2013 im Zuge der Nebenkostenabrechnung neue Probleme auf. Somit ist in 2014 zwar mit

einer deutlichen Ergebnisverbesserung zu rechnen, jedoch nicht in der geplanten Höhe laut Wirtschafts- und Stellenplan der AGIT, obwohl das Zentrum zu 100 % ausgelastet ist. 2015 wird sich der Geschäftsbetrieb voraussichtlich stabilisieren, da bis dahin alle Probleme mit den Mietern ausgeräumt sein dürften. Dann laufen jedoch auch schon die ersten Mietverträge aus; bisher wurden aber alle Mietoptionen seitens der Mieter eingelöst.

GB „Wirtschaftsförderung“

Das im Jahre 2011 entwickelte Reformkonzept, das zu neuen, verbesserten Strukturen in der Region führen soll, wurde ab dem 1.1.2013 mit der Gründung des Zweckverbandes Region Aachen (ZV) und der AGITneu umgesetzt. Die AGITneu konzentriert sich im Bereich der technologieorientierten Wirtschaftsförderung auf ihre Kernaufgaben und führt deutlich weniger Projekte durch als bisher oder ausschließlich Projekte, die in ihr Kernportfolio passen und die zu 100 % finanziert sind. In 2013 betrug das Auftrags- und Projektvolumen für die AGITneu 1.070 T€. Für 2014 sind bisher noch keine weiteren neuen Projekte, die von den Gesellschaftern mit Eigenanteilen hinterlegt sein müssen, vorgesehen, sondern es werden vorhandene Projekte und Aufträge kostenneutral verlängert bzw. vertraglich zu Ende geführt. Das Auftrags- und Projektvolumen hat für 2014 einen Planwert von 615 T€. Die geplanten Personalmaßnahmen für AGITneu in diesem Bereich laut konzipiertem AGITneu-Stellenplan konnten bisher plangemäß durchgeführt werden.

In 2014 kann damit gerechnet werden, dass alle Projekte, die die AGIT noch aus 2012 aufgrund rechtlicher Verpflichtungen übernommen hat, vollständig geprüft sind. Erst dann kann definitiv gesagt werden, ob alle Leistungen anerkannt und genehmigt wurden. Die Prüfungen in 2013 und 2014 haben gezeigt, dass dies in dem einen oder anderen Falle eintritt und zu Forderungsverlusten geführt hat und somit auch in 2014 weitere Forderungsverluste eintreten können. Zudem mussten Projekte aufgrund von Verträgen über den ursprünglichen Zeitraum hinaus weitergeführt werden, die nicht durch Eigenanteile hinterlegt sind.

Für 2014 laufen die Kernaufgaben der AGIT stabil. Die Ergebnisse im Arbeitsfeld BTOU lassen ähnlich hohe Gründerraten erkennen wie in 2013. Das Ansiedlungsgeschäft im ersten Halbjahr 2014 pendelt sich auf niedrigem Niveau ein, was oft der Fall ist nach einem sehr guten Jahr wie in 2013. Die vorhandenen Aufträge und Projekte werden vertraglich zu Ende geführt. Neue Projekte wurden in geringem Umfang eingeworben und nur dann durchgeführt, wenn Sie mit 100 % der Kosten durch Einnahmen gedeckt sind. Das Auftrags- und Projektvolumen kann aus heutiger Sicht planmäßig abgearbeitet werden. Hinsichtlich der Anerkennung der Projektkosten müssen die Projektprüfungen in 2014 abgewartet werden. Für 2014 lässt sich zurzeit die Prognose erstellen, dass die geplanten Ziele und Ergebnisse des Wirtschafts- und Stellenplanes 2014 weitgehend erreicht werden können.

Gesamtergebnis 2014

Laut Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2014 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.

Chancen- und Risikobericht **Risikobericht**

In 2013 wurde ein Auftrags- und Projektvolumen von 1.070 T€ (Vorjahr 1.773 T€) bearbeitet und damit das Niveau von 2012 sowie 2011 deutlich – wie geplant – unterschritten. Das Projektvolumen wurde seitens der AGIT-Gesellschafter durch entsprechende Eigenanteile in 2013 hinterlegt, so dass nur noch durch nicht anerkannte Projektkosten Risiken entstehen. Risiken aus Arbeitsverträgen ergaben sich nicht, da Projekt- und Arbeitsverträge befristet sind und eine kontinuierliche Anpassung des Personalbestands an den Umfang der Projektarbeiten damit ermöglicht wird.

Mit dem Beschluss der Gesellschafter vom 21.11.2012, den Eigenanteil der Projekte zzgl. Gemeinkosten in 2013 zu genehmigen, hat sich diese Problematik deutlich entschärft. Damit wird zudem die Liquidität nach einer begründbaren Übergangszeit in 2013 (Forderungen aus 2012 und 2013) ab Mitte 2014 deutlich verbessert, was sich bereits zeigt. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Projekte (Regionalagentur, Frau und Beruf, etc.) an den neuen Zweckverband mit Übergangsdatum 1.1.2013 überführt wurde und damit für die AGIT in 2012 abgeschlossen wurde. Damit fällt die weitere Vorfinanzierung dieser Projekte weg.

In 2014 liegt das Plan-Projektvolumen in der AGITneu mit ca. 615 T€ deutlich unter dem Niveau von 2013. Dies reduziert deutlich etwaige Liquiditätsprobleme. Natürlich können auch für 2014 – wie das Jahr 2013 gezeigt hat – leichte Forderungsverluste in Projekten entstehen.

Durch die in der Sitzung im Februar 2013 beschlossene weitergehende Neuregelung der Verlustabdeckung für TZA BA II im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen auf der einen Seite sowie den anderen Gesellschaftern auf der anderen Seite, ergeben sich bis 6/2019 (Dauer des Vertrages / Auslauf des Leasingvertrages) unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Risiken für die AGIT. Die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich des TZA BA I und BA II werden auch in 2014 und 2015 durchgeführt werden. Das in Auftrag gegebene Instandhaltungsgutachten hat einen Finanzierungsrahmen von 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre ermittelt. Diese Werte wurden bereits in die Wirtschaftspläne der nächsten Jahre übernommen.

Zur Verbesserung ihrer Prozessabläufe hat die AGIT im Rahmen der Neuausrichtung in 2013 ein Qualitätsmanagementsystem (QM-System) entwickelt, das als Test in 2014 eingeführt werden soll. Teil dieses QM-Systems ist ein Risikomanagementsystem (RM-System), das wesentliche Kennzahlen periodisch verfolgt.

Chancenbericht

Auf Grund der vorgesehenen finanziellen Trennung von „Technologiezentrummanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ ergab sich die Notwendigkeit vollständig neuer Wirtschafts- und Stellenpläne 2013 und 2014. In einer Arbeitsgruppe wurden alle Kostengruppen der „Zentralen Dienste“ (ZD) bewertet und weitgehend den Sparten zugeordnet. Die verbleibenden Kosten der „ZD“ wurden mit unterschiedlichen sachgerechten Schlüsseln auf die Bereiche verteilt. Gegenüber der bisherigen Vorgehensweise der Verteilung der „ZD“ auf die Bereiche nach „Personenanzahl“ (VZÄ) wurde der Schlüssel „Personalkosten“ gewählt, der als sachgerechter für die AGITneu als der bisherige Schlüssel eingestuft wurde.

Nach der Prüfung der Spartengewinnermittlung 2013 durch die Wirtschaftsprüfer für das TZA I / II und das MTZ sowie das ZBMT zeigt sich, dass bei gleich bleibender hoher Auslastung von fast 100 % nur unwesentliche Veränderungen in den Einnahmen zu erwarten sind, das umgekehrt die Werte aber auch gehalten werden können. Die geplanten Maßnahmen zur Werterhaltung des TZA können damit wie vorgesehen durchgeführt werden. Ein Ankauf des TZA BA II ab 7/2019 durch die AGIT kann dann planmäßig erfolgen.

Im Bereich Personal- und Sachkosten werden sich nur Veränderungen auf Grund der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ergeben. Im Planbudget sind entsprechende Erhöhungen berücksichtigt, die den aktuellen Verhandlungsergebnissen entsprechen. Um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden, werden auf Seiten der AGIT alle Arbeitsverträge der Projektmitarbeiter den Projektlaufzeiten angepasst.

Die Ausgliederung des AIC in eine neue Gesellschaft (aric), die für Ende 2009 geplant war, musste aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, verzögerter Projektzuwendungen und der Klärung wichtiger Detailfragen in 2011 in der geplanten Form aufgegeben werden. In 2012 wur-

den eine Kooperationsvereinbarung mit der RWTH Aachen und ein Zuwendungsvertrag mit dem Kreis Heinsberg erarbeitet, die in 2013 unterzeichnet und in Kraft treten sollen. Der Zuwendungsbescheid wurde vom Kreis Heinsberg ab dem 01.07.2013 vollzogen. Beim Kooperationsvertrag mit der RWTH Aachen gab es noch strittige Punkte, so dass erst Mitte 2014 mit einer Vertragsunterzeichnung zu rechnen ist. Diese Vereinbarungen, die auch eine finanzielle Beteiligung des Kreises Heinsberg vorsehen, sollen Kosten und Eigenanteile in Projekten absichern und die AGIT-Aktivitäten im Arbeitsbereich GALILEO vor Ort in Wegberg-Wildenrath unterstützen.

Gesamtaussage

Mit der Förderung von technologieorientierten Gründungen, der Unterstützung von Wachstumsfirmen, der Förderung von Innovation und Technologietransfer, der Ansiedlungswerbung und Investorenberatung sowie der Unterstützung des Business Development Supports in der Region Aachen steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten Aufgaben. Die weltweite Arbeitsteilung und die Wirtschaftskrise in Europa, die sich in Ansiedlungsveränderungen niederschlägt, und die hohe weltweite Innovationsdynamik, die eine rein regionale Innovationspolitik immer schwieriger macht, führen zu immer anspruchsvolleren Aufgabenstellungen, denen die AGIT begegnen muss. Der Lösungsraum für die Anforderungen wird immer komplexer.

Die Bewältigung dieser Aufgaben ist durch die Neuaufstellung der AGIT in 2013 und die Fokussierung der AGIT auf diese Schwerpunkte deutlich erleichtert und verbessert worden. Das neue Finanzierungsmodell der AGIT ab 2013, das eine konsequente finanzielle Trennung von „Technologiezentrumsmanagement“ (das quasi als Profit Center arbeitet) und technologieorientierter „Wirtschaftsförderung“ (die rein durch Zuwendungen der Gesellschafter getragen wird) vorsieht, hat sich als richtige Entscheidung und Perspektive für die AGIT herausgestellt. Diese Aussage gilt nicht nur für die finanzielle Situation, sondern auch für die inhaltliche Ausrichtung der Fokussierung auf die Kernkompetenzen der AGIT.

Die Risiken im Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“, die sich noch aus den alten Vertragsbindungen ergeben können, insbesondere aus den Projekten aus dem Jahr 2012, die nicht alle an den ZV übergeben wurden und die in 2013 und 2014 von der AGIT fortgeführt werden müssen, sind überschaubar. Hier können nach erfolgter Projektprüfung durch die Zuwendungsgeber Forderungsverluste entstehen bzw. es sind auch in 2014 noch Eigenleistungen zu erbringen, die sich aus den Verträgen ergeben. Aufgrund der hohen Auslastung und der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland sowie der vertraglich vereinbarten Verlustübernahmeregelungen ergeben sich für den Zeitraum bis Mitte 2019 im GB „Technologiezentrumsmanagement“ aus heutiger Sicht keine wesentlichen finanziellen Risiken für die AGIT.

Für 2014 kann aus heutiger Sicht deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaft das Plan-Ergebnis erreichen kann, sofern keine gravierenden Sondereffekte eintreten. Die strategische Ausrichtung der AGIT 2.0 ist deshalb auf einem guten Weg.

Beteiligungen des Unternehmens

1. CMC Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH, Übach-Palenberg
2. DLZ Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung Stolberg GmbH, Stolberg
3. EBC Eurode Business Center GmbH & Co KG, Herzogenrath
4. HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH, Monschau
5. MPZ Mess- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH, Alsdorf
6. TAE GmbH - Technik-Agentur Euskirchen, Euskirchen
7. TPH Technologie-Park Herzogenrath GmbH, Herzogenrath

8. TZJ Technologiezentrum Jülich GmbH, Jülich

Eine weiter Darstellung dieser Beteiligungen entfällt, da die Beteiligung an der AGIT selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.

Beteiligungsgesellschaft



mbH

Beteiligungsgesellschaft
Kreis Düren mbH

Moltkestraße 16

52351 Düren

Telefon: 02421 / 22 160 20

Telefax: 02421 / 22 160 10

E-Mail:

d.huertgen@btg-kreis-dueren.de

g.emunds@btg-kreis-dueren.de

Homepage:

<http://www.kreisdueren.de/wirtschaft/gesellschaften/btg/index.php>

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung der Beteiligungen des Kreises Düren, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge, des öffentlichen Nahverkehrs und der allgemeinen Ergänzungs- und Ausgleichsfunktion des Kreises.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so soll der jeweilige Kämmerer des Kreises Düren als einer dieser Geschäftsführer bestellt werden. Die Gesellschafterversammlung kann einem oder mehreren der weiteren Geschäftsführer Einzelvertretungsbefugnis einräumen und einen oder mehreren der weiteren Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht neben dem Landrat des Kreises Düren aus sämtlichen ordentlichen Mitgliedern des Kreisausschusses des Kreises Düren. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind jeweils für die Amtszeit des Kreistages mit der Maßgabe berufen, dass die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder jeweils drei Monate nach dem erstmaligen Zusammentritt des neu gewählten Kreistages endet.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. Übernahme neuer Aufgaben,
5. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstü-

- cken und grundstücksgleichen Rechten,
6. die Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, das Ausstellen von Wechseln, der Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o.g. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000,00 € überschreiten,
 7. Schenkung und Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
 8. Rechtsgeschäfte gem. § 7 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages,
 9. Vorbereitung der Gesellschafterversammlung,
 10. Einstellung und Entlassung von hauptamtlichen Personal der Gesellschaft.

Die in § 52 GmbH Gesetz aufgeführten Vorschriften des Aktiengesetzes finden auf den Aufsichtsrat keine Anwendung.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Der Kreis Düren als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung aufgrund Beschluss des Kreistages durch den Landrat vertreten. Dieser hat das Stimmrecht gemäß den Weisungen des Kreistages und seiner Ausschüsse auszuüben (§ 113 Abs. 1 GO/§ 53 Abs. 1 KrO).

Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen außer den sonst im Gesetz genannten Fällen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung der Ergebnisse und die Abdeckung der Verluste,
2. die Erteilung oder der Entzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
3. die Wahl des Abschlussprüfers,
4. die Entlassung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschl. Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
6. die Erteilung der Zustimmung nach § 5 betreffend die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Unternehmen, Wertpapieren und Beteiligungen,
8. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,
9. die Festlegung der Aufwandsentschädigung für die Aufsichtsratsmitglieder,
10. der Abschluss von Beherrschungsverträgen nach dem Aktiengesetz,
11. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
12. die Auflösung der Gesellschaft

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Hürtgen, Dirk

Kreis Düren Kreiskämmerer

	Emunds, Guido Böhnke, Bernd	Düren Merzenich	bis 10. Juli 2013
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	17 Sitze	100 %
Gesellschafter- versammlung:	Der Kreis Düren als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung aufgrund Beschluss des Kreistages durch den Landrat des Kreises Düren vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Bozkir, Sandra Elisabeth	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Braumüller, Heinz-Peter	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Conzen, Helga	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Dohmen, Hans-Wilhelm	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hintzen, Michael	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hohn, Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Natus-Can M.A., Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Oetjen, Hans-Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Pöhler, Raoul	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Kreis Düren	Landrat
	Strack, Birgit	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Veithen, Valentin Raimund	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Voß, Bruno	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

Gesellschafter- versammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
---	---------------------	-------------	---------

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	2.160.400,00 €	(Kapitalerhöhung zum 26.11.2013)

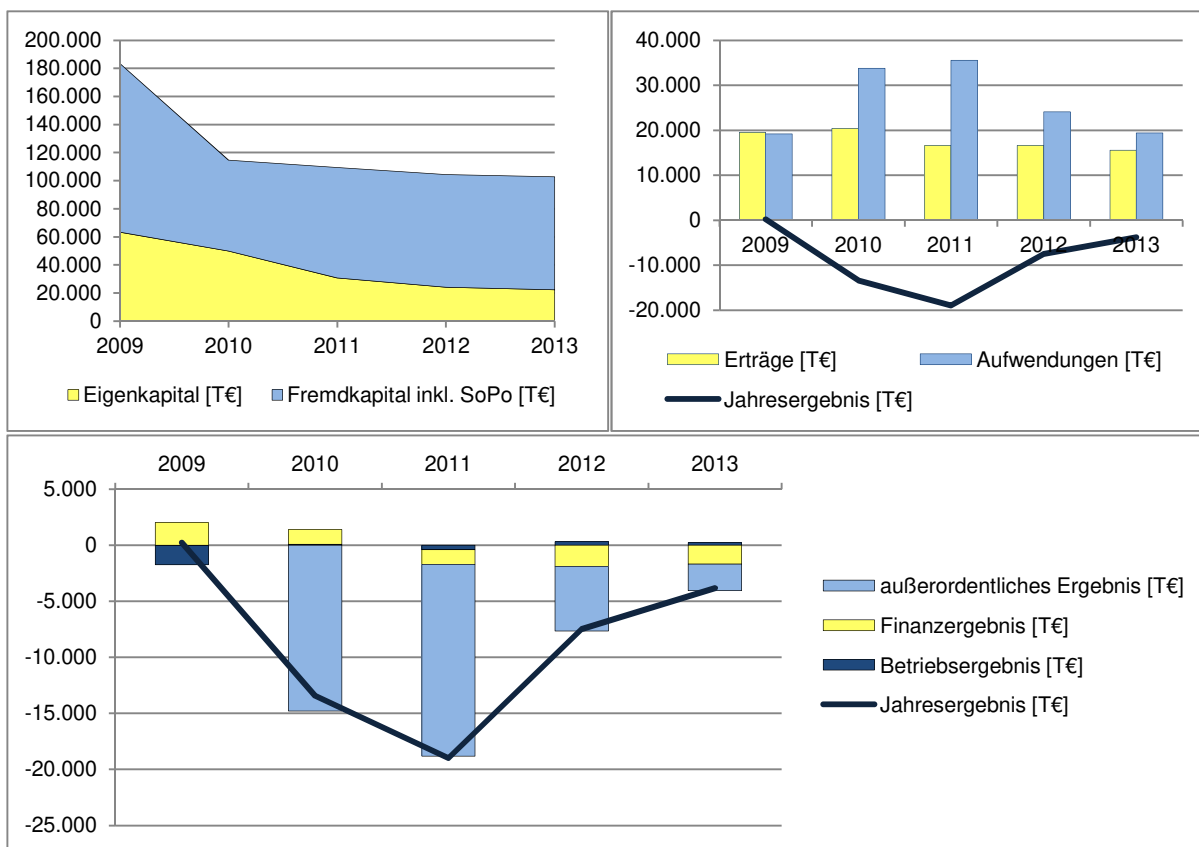
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	2.160.400,00 €	100%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.994,06 €	3.859,00 €	4.775,06 €	916,06 €	23,74%
II. Sachanlagen	41.520.718,47 €	41.788.632,98 €	38.512.108,06 €	-3.276.524,92 €	-7,84%
III. Finanzanlagen	50.471.175,37 €	47.579.076,19 €	49.291.973,51 €	1.712.897,32 €	3,60%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	5.202.254,80 €	151.877,69 €	490.046,71 €	338.169,02 €	222,66%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	11.146.951,51 €	13.766.215,09 €	12.799.086,75 €	-967.128,34 €	-7,03%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.017.626,12 €	1.164.302,43 €	1.745.185,21 €	580.882,78 €	49,89%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	986,50 €	986,50 €	
Summe Aktiva	109.362.720,33 €	104.453.963,38 €	102.844.161,80 €	-1.609.801,58 €	-1,54%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.075.000,00 €	1.075.000,00 €	2.160.400,00 €	1.085.400,00 €	100,97%
II. Kapitalrücklage	23.996.155,81 €	24.796.155,81 €	25.596.155,81 €	800.000,00 €	3,23%
III. Gewinnrücklagen	4.933.966,66 €	4.933.966,66 €	4.933.966,66 €	0,00 €	
IV. Gewinn-Verlustvortrag	19.802.513,39 €	812.255,42 €	-6.675.293,01 €	-7.487.548,43 €	-921,82%
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-18.990.257,97 €	-7.487.548,43 €	-3.831.606,65 €	3.655.941,78 €	-48,83%
B. Sonderposten					
I. Sonderposten mit Rücklageanteil	1.088.248,89 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen zum Anlagevermögen	32.085.536,98 €	32.623.086,75 €	30.742.168,75 €	-1.880.918,00 €	-5,77%
C. Rückstellungen	3.994.646,00 €	3.990.816,00 €	3.311.802,00 €	-679.014,00 €	-17,01%
D. Verbindlichkeiten	41.375.924,54 €	43.709.456,02 €	46.606.568,24 €	2.897.112,22 €	6,63%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	986,03 €	775,21 €	0,00 €	-775,21 €	-100,00%
Summe Passiva	109.362.720,33 €	104.453.963,44 €	102.844.161,80 €	-1.609.801,64 €	-1,54%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	472.475,68 €	485.453,44 €	519.316,93 €	33.863,49 €	6,98%
2. Einnahmenausgleich Verkehrsverbund	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. sonstige betriebliche Erträge	8.790.236,89 €	10.008.308,06 €	8.849.884,33 €	-1.158.423,73 €	-11,57%
4. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	2.094.519,39 €	2.617.336,03 €	2.661.800,85 €	44.464,82 €	1,70%
5. Materialaufwand	74.553,86 €	83.197,07 €	16.414,40 €	-66.782,67 €	-80,27%
6. Personalaufwand					
7. Löhne u. Gehälter	5.131.781,69 €	5.131.938,93 €	5.199.658,31 €	67.719,38 €	1,32%
8. soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.618.834,06 €	1.639.943,72 €	1.467.516,59 €	-172.427,13 €	-10,51%
9. Abschreibungen					

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	3.245.797,29 €	3.687.988,05 €	3.722.800,00 €	34.811,95 €	0,94%
10. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.688.824,16 €	2.247.495,36 €	1.396.274,81 €	-851.220,55 €	-37,87%
Betriebsergebnis	-402.559,10 €	320.534,40 €	228.338,00 €	-92.196,40 €	-28,76%
11. Erträge aus Beteiligungen	411.331,77 €	351.381,84 €	384.971,71 €	33.589,87 €	9,56%
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.570.536,31 €	2.801.716,79 €	2.822.747,11 €	21.030,32 €	0,75%
13. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	259.114,97 €	368.478,28 €	345.964,19 €	-22.514,09 €	-6,11%
14. auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrages erhaltene Gewinne	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
15. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	5.949,00 €	5.949,00 €	
16. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.088.398,52 €	1.176.033,79 €	1.132.567,49 €	-43.466,30 €	-3,70%
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	5.458.909,43 €	4.267.043,12 €	4.103.915,10 €	-163.128,02 €	-3,82%
Finanzergebnis	-1.306.324,90 €	-1.921.500,00 €	-1.688.748,58 €	232.751,42 €	-12,11%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-1.708.884,00 €	-1.600.965,60 €	-1.460.410,58 €	140.555,02 €	-8,78%
18. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
19. Außerordentliche Aufwendungen	17.098.160,94 €	5.725.044,00 €	2.361.660,24 €	-3.363.383,76 €	-58,75%
Außerordentliches Ergebnis	-17.098.160,94 €	-5.725.044,00 €	-2.361.660,24 €	3.363.383,76 €	-58,75%
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	49.689,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
21. sonstige Steuern	133.524,03 €	161.538,83 €	9.535,83 €	-152.003,00 €	-94,10%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag I	-18.990.257,97 €	-7.487.548,43 €	-3.831.606,65 €	3.655.941,78 €	-48,83%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	148	144,5	143,75

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren hat in 2013 eine Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 2.400.000 € geleistet.

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erstattete in 2013 einen Betrag i.H.v. insgesamt 117.289,22 € für entstandene Sach- und Personalkosten an den Kreis Düren.

Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH insgesamt 64.883,37 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2013 erhalten.

Die Gesellschaft nutzt seit 2013 Büroräume inklusive Stellplätze des Kreises Düren. Für 2013 hat die BTG eine Mietzahlung in Höhe von 10.700 € geleistet.

Das Straßenverkehrsamt des Kreises Düren befindet sich in einem Gebäude der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Der Kreis Düren hat in 2013 dafür Miet- und Nebenkosten in Höhe von 244 T€ gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde mit Verschmelzungsvertrag Nr. 2117/2008 vor dem Notar Dr. Monath durch die Verschmelzung der vorherigen Gesellschaften „Dürener Kreisbahn GmbH“ und „Be-

teiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH“ gebildet. Beide Gesellschaften waren zu 100 % im Besitz des Kreises Düren. Die Dürener Kreisbahn GmbH fungierte bei diesem Prozess als gesamtwirtschaftlicher Überlegung als aufnehmender Rechtsträger. Sodann wurde die Dürener Kreisbahn GmbH umfirmiert in „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)“. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte zum 13.08.2009. Gleichwohl agiert die Gesellschaft wirtschaftlich bereits seit dem 01.01.2009 als Einheit.

Die Gesellschaft hält folgende Geschäftsanteile an weiteren Unternehmen und stellt einen Konzernabschluss auf:

Wirtschafts- und Strukturförderung	100,00 %	DGA Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH
	100,00 %	Freizeitbad Kreuzau GmbH
	100,00 %	Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)
	100,00 %	ACI - Automotive Center for Industry GmbH
	1,00 %	regio iT GmbH
Verkehr	100,00 %	Dürener Kreisbahn GmbH (DKB)
	25,10 %	Rurtalbahn GmbH
	23,80 %	Rurtalbus GmbH
	1,00 %	beka GmbH
Wasserwerke	49,00 %	Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH
	1,21 %	Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH
Regenerative Energien	50,10 %	RURENERGIE GmbH
	3,00 %	GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH
	0,58 %	EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH

Bis Dezember 2013 wurden die Anteile an der ACI gemeinsam mit der Gemeinde Aldenhoven gehalten. Im Zuge der Fertigstellung des Automobiltestzentrums in Aldenhoven durch die Tochtergesellschaft der ACI, die ATC GmbH, wurde der satzungsgemäße Zweck der ACI GmbH erfüllt. Die Bewirtschaftung des Autotestzentrums erfolgt ausschließlich durch die ATC GmbH. In Folge dessen ist beabsichtigt, die ACI GmbH auf die Muttergesellschaft BTG zu verschmelzen. Im Vorgriff dessen hat die BTG im Dezember 2013 von der Gemeinde Aldenhoven deren 15 % Geschäftsanteile an der ACI GmbH erworben und von der ACI GmbH deren letztlich verbliebene Grundstücke – auf welchen sich die von der FTL GmbH betriebene Filmautobahn befindet – käuflich erworben. Im gleichen Zusammenhang wurde ein Darlehen der ACI GmbH für diese Filmautobahn von der Hypo-Vereinsbank auf die BTG GmbH umgeschuldet.

Mit Einbringungsvertrag vom 26.11.2013 hat der Kreis Düren im Rahmen einer Kapitalerhöhung der BTG 0,58 % Geschäftsanteile an der EWV Energie- und Wasserversorgung Stolberg im Wert von ca. 1 Mio. überlassen.

In Folge der Einführung des Tariftreuegesetzes in Nordrhein Westfalen musste das Geschäftsmodell der Rurtalbus GmbH überdacht werden. Die Gesellschafter haben sich dazu entschlossen, die im Auftrag der Dürener Kreisbahn GmbH erbrachten Verkehrsleistungen an diese zurückzugeben und das Personal von der Rurtalbus GmbH zur Dürener Kreisbahn GmbH hin wechseln zu lassen. Der Betrieb wurde vorläufig eingestellt. Die BTG hat ihre Geschäftsanteile an der Rurtalbus GmbH dementsprechend abgewertet.

Bis zum 31.12.2008 hat die im Rahmen des Verschmelzungsvorgangs auf den 01.01.2009 als aufnehmende Gesellschaft fungierende Dürener Kreisbahn GmbH als satzungsgemäße Hauptaufgabe Personenverkehrsleistungen im Kreis Düren erbracht. Dieser Hauptgeschäftszweig wurde zum 01.01.2009 auf die im Jahre 2008 gegründete Tochtergesellschaft DKB Verkehr GmbH, nunmehr firmierend unter Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) übertragen. Die historisch gewachsenen Strukturen – insbesondere im Bereich der Aufbauorganisation und der Stellenzuordnungen – aus dieser Aufgabenerfüllung finden sich weiterhin prägend auch bei der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Insbesondere ist das gesamte Personal – auch das für die Verkehrsleistungserbringung vorgesehene – beim aufnehmenden Rechtsträger verblieben und wird von diesem im Rahmen einer genehmigten Arbeitnehmerüberlassung an die Verkehrsgesellschaften verliehen. Weiterhin ist sämtliches Anlagevermögen bei der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH verblieben. Das für die Verkehrsleistungserbringung notwendige Anlagevermögen wird im Rahmen von Miet- und Pachtverträgen der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zu deren Aufgabenerfüllung entgeltlich überlassen. Neubeschaffungen im Bereich des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs werden nun direkt von der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) vorgenommen.

Die Geschäftsführung der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH stellt auch Geschäftsführungen in der ACI GmbH, der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) (bis 07/2013) und der Rurtalbus GmbH. Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erbringt im Rahmen von Geschäftsbesorgungen kaufmännische Leistungen für mehrere Tochterunternehmen. Die Leistungspalette soll mittelfristig erweitert werden und für die Tochtergesellschaften zu Vereinheitlichungen im Bereich des Plan- und Vertragswesens führen. Wo es sinnvoll ist, sollen Beschaffungsprozesse kumuliert und die konzerninterne Auftragsvergabe forciert werden.

Die produktiven Gesellschaften agieren im Wesentlichen im regionalen Bereich – überwiegend im Kreis Düren. Die Tätigkeitsfelder haben eine hohe Affinität zum kommunalen Charakter des Gesellschafters. Internationale und nationale wirtschaftliche Rahmenbedingungen wirken insofern auf die Gesellschaft auf Grund des beschränkten Marktumfeldes nicht bzw. nicht immer in voller Auswirkung. Trotz der Erschwernisse bei der Mittelbeschaffung, insbesondere im Bereich der Darlehensbesicherungen ist die bisherige Entwicklung der Kreditzinssätze für die Gesellschaft derzeit eher von Vorteil.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Zum Beginn des Monats März 2011 überraschte und erschreckte die Naturkatastrophe in Japan und die daraus folgenden Auswirkungen auf die Kernenergie die gesamte Welt. Die Folgen für die Energiewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland waren in Folge des der Naturkatastrophe folgenden Beschlusses zum Ausstieg aus der Atomenergie enorm. Der erhebliche Kursverfall der Aktien der deutschen Energieversorger trifft die Gesellschaft mit wesentlichen Auswirkungen. So war in den letzten Jahren wiederholt eine Abschreibung der gehaltenen RWE-Aktien notwendig. Die darauf beruhenden negativen Folgen auf die Eigenkapitalausstattung

sind erheblich. Im Jahresabschluss 2013 wurden die RWE-Aktien mit 29,28 € je Aktie bewertet. Die im Geschäftsjahr 2013 vorgenommene Abwertung beläuft sich auf rd. 2,1 Mio. €.

Es ist anzunehmen, dass mögliche Einsparungen in der Förderung von Infrastruktur und ÖPNV über die Wirkungen in den Tochtergesellschaften auch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH betreffen können. Kürzlich getätigte Aussagen der Bundespolitik lassen jedoch eine Fortsetzung oder gar Aufstockung von Mitteln für die Förderung von Infrastrukturprojekten möglich erscheinen. Die Situation der kommunalen Unternehmen bleibt angespannt. Es dominiert bei den Unternehmen ein Kostendämpfungsdruck auf Grund der schlechten Haushaltslagen der Kommunen/Eigentümer. Diesem unterliegt auch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, insbesondere über die mit Ergebnisabführungsvertrag eingebundenen produktiven Tochterunternehmen.

In 2012 hat die Gesellschaft unter Hinzuziehung einer fachkundigen Wirtschaftsberatungsgesellschaft eine Analyse der möglichen Optimierungen in der Konzern- und in der Gesellschaftsstruktur sowie in den konzern- und gesellschaftsinternen Abläufen und Verwaltungshandlungen durchgeführt. Neben der Entflechtung der Gesellschaft von ihrer Tochtergesellschaft Dürener Kreisbahn GmbH (DKB), mit der auf Grund der oben beschriebenen Historie und Personalunion eine wesentliche Verflechtung besteht, wurden Einsparpotentiale im Tochterunternehmen Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) aufgezeigt. In Folge wurde die Entflechtung durch den Umzug der Verwaltung, Personal- und Finanzabteilung in ein Nebengebäude der Kreisverwaltung umgesetzt und bei der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) ein Managementvertrag mit der Firma R.A.T.H. GmbH und ein Interims-Geschäftsführervertrag mit der Zielvereinbarung geschlossen, diese Einsparpotentiale im Unternehmen Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zu heben.

Ergebnisabführungsverträge bestehen derzeit mit den 100 %igen Tochtergesellschaften Freizeitbad Kreuzau GmbH und Dürener Kreisbahn GmbH (DKB).

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2013 ist wie im Vorjahr beeinflusst durch Erhalt einer Ablösezahlung für die Lastenübernahme eines neu gebauten Bahnüberganges. In 2012 lag ein ähnlicher Fall durch den Neubau der Eisenbahnüberführung über die BAB 4 vor. Für beide Bauwerke übernimmt die BTG zukünftige Instandhaltungsmaßnahmen. Weiterhin wurde in 2012 eine Rücklage nach 6 b EStG über mehr als 1 Mio. € gewinnerhöhend aufgelöst.

Die Gesellschaft hat in 2013 Gesellschaftereinlagen in die RURENERGIE getätigt, welche dort zur Investition in Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung genutzt wurden. Hiermit verbunden ist die strategische Planung, die Gesellschaft auch in Folgejahren in diesem Bereich durch Einlagen der Gesellschafter zu tätigen. Mit ersten Rückflüssen aus Gewinnverwendung rechnet die Gesellschaft ab 2016.

Der überwiegende Anteil der Beschäftigten wird noch nach den historischen Lohn- und Gehaltstarifen BAT bzw. BMT-G bezahlt. Die Gesellschaft hat mit dem Betriebsrat eine betriebsindividuelle Entwicklung verhandelt, die es den Beschäftigten erlaubt, an Stelle einer Entgelterhöhung alternativ die persönlichen Urlaubsansprüche zu erhöhen. Dies ist auch im Kontext zur – insbesondere im Fahrdienst wahrnehmbaren – demographischen Entwicklung bzw. sehr hohem Altersdurchschnitt zu sehen. Der Personalaufwand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,55 %.

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH bildet in Anerkennung der unternehmerischen wie gesellschaftlichen Verpflichtung junge Menschen – weit über den eigenen notwendigen Rahmen – in den ihr möglichen Berufsbildern aus. Im Jahre 2013 befanden sich drei kaufmännische

nische Auszubildende in einem Ausbildungsverhältnis. Eine Minderung der Ausbildungsquote muss auf Grund der angespannten Finanzsituation angestrebt werden.

Die Gesellschaft hat selber aus eigener Betriebstätigkeit im Bereich der Anlagenbewirtschaftung nur einen sehr geringen Kundenstamm. Eine sich aus dieser Betriebstätigkeit heraus ergebende ökologische Einflussnahme auf die Umwelt findet nahezu nicht statt. Anders verhält es sich bei den Tochtergesellschaften Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) und Rurtalbahn GmbH, die durch ihre Tätigkeit im öffentlichen Personennahverkehr einen wesentlichen Beitrag zur Energieeffizienz bei der Raumüberwindung beitragen. Die von der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) jährlich neu beschafften Fahrzeuge werden nach EEV-Standard bestellt und erhalten darüber hinaus einen Rußpartikelfilter. Im Bereich der Freizeitbad Kreuzau GmbH wurde 2012 ein Blockheizkraftwerk eingebaut. Die Gesellschaft ist an drei Gesellschaften beteiligt, die sich mit dem Ausbau der regenerativen Energieerzeugung beschäftigen.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit präsentiert sich die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH selbst nicht. Hier agieren insbesondere die Verkehrsunternehmen sowie die Freizeitbad Kreuzau GmbH im lokalen Bereich, insbesondere auch in Begleitung öffentlicher Großveranstaltungen.

Die Enkelgesellschaft ATC GmbH, an welcher die BTG über die ACI mit 51 % beteiligt ist, baut, unterhält und betreibt im Bereich Aldenhoven ein Autotestzentrum. Diese Anlage dient insbesondere sich dort einmietender Unternehmen zu Entwicklungs- und Forschung im Bereich Kraftfahrzeug- und Navigationstechnik. Die ATC selber forscht nicht.

Lage **Ertragslage**

Die Gesellschaft erbringt Leistungen im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen für verschiedene Unternehmen, darunter die Tochterunternehmen ACI, DGA, DKB und GIS. Die Beträge sind als Umsatzerlöse ausgewiesen und betragen 519 T€ (Vj. 485 T€).

Das Rohergebnis (Umsatzerlöse abzgl. Materialaufwand) beläuft sich auf 503 T€ (Vj. 402 T€).

Weitere Erträge generiert die Gesellschaft aus dem Besitz und der Verwaltung ihrer Beteiligungen (insbesondere RWE-Aktien) sowie der Bewirtschaftung ihrer Liegenschaften. Ferner erzielt sie Erträge aus der Überlassung von Personal an ihre Tochtergesellschaften Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) und Rurtalbahn GmbH. Diese Erträge finden sich im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge.

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Gesellschaft betragen 8.641 T€ (Vj. 10.008 T€). Im Vorjahr konnte die Gesellschaft von der Auflösung der Rücklage nach § 6b EStG in Höhe von 1.088 T€ profitieren. Weiterer Rückgang ist im Bereich der Erträge aus Zuschreibung zum Anlagevermögen zu verzeichnen. Dies steht in direktem Zusammenhang mit der Ergebnisverbesserung im Bereich Freizeitbad Kreuzau und folgt aus der geringeren Differenz zwischen ausgleichendem Jahresfehlbetrag und tatsächlichem Liquiditätsbedarf der Freizeitbad Kreuzau GmbH. Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich darüber hinaus überwiegend aus folgenden Positionen zusammen:

- Personalentleihung Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) 3.241 T€ (Vj. 3.227 T€).
- Personalentleihung Rurtalbahn GmbH 1.768 T€ (Vj. 1.811 T€).
- Erträge aus der Verpachtung der Betriebswerkstatt und der Eisenbahnstrecken 907 T€ (Vj. 766 T€). Die Erhöhung ist bedingt durch Aktivierung von fertiggestellten Investitionen in die Schieneninfrastruktur.

- Abschlag Ablösebetrag Lastenübernahme zu Bauprojekten Eisenbahninfrastruktur 562 T€ (Vj. 756 T€). In 2012 eine Eisenbahnüberführung über die BAB 4, in 2013 der Bahnübergang Rurbenden.
- Erträge aus Zuschreibungen zum Finanzanlagevermögen 438 T€ (Vj. 725 T€).
- Fahrzeugvermietung an die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) 361 T€ (Vj. 408 T€). Die Weiterbelastung basiert auf bei der Gesellschaft angefallenen Abschreibungen. Der Rückgang resultiert daher, dass neue Fahrzeuge direkt von der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) beschafft werden.

Die Gesellschaft erzielt Erträge aus der zeitanteiligen Auflösung von Zuschüssen zu Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 2.662 T€ (Vj. 2.617 T€). Der Steigerung steht eine Steigerung des Abschreibungsaufwandes gegenüber.

Die Personalkosten stellen für die Gesellschaft im Bereich der Aufwendungen den wesentlichsten Kostenblock dar. Sie betragen inkl. der Aufwendungen für verliehenes Personal im Bereich der Löhne und Gehälter 5.199 T€ (Vj. 5.132 T€) und im Bereich der Sozialabgaben inkl. Altersversorgung 1.468 T€ (Vj. 1.640 T€). Der Rückgang beruht auf einer Berichtigung der Versorgungsleistungen für Rentner.

Die Abschreibungen auf Anlagen, insb. Eisenbahninfrastruktur betragen 3.723 T€ (Vj. 3.688 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, insg. 1.396 T€ (Vj. 2.247 T€) wurden im Vorjahr wesentlich durch periodenfremde Aufwendungen (547 T€) und die Ausbuchung einer Forderung auf Grund der Rückabwicklung eines Grundstücksverkaufs in Jülich-Nord (ehemaliges Bahnbetriebswerk) (470 T€) beeinflusst.

Die Erträge aus Beteiligungen betragen 385 T€ (Vj. 351 T€).

Beim Finanzergebnis dominiert die Dividende aus RWE-Aktien. Diese betrug in 2013 für das RWE-Geschäftsjahr 2012 2,00 € je Aktie (Vj. 2,00 € je Aktie). Insgesamt hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr Dividendenerträge aus RWE-Aktien in Höhe von 2.406 T€ (Vj. 2.406 T€) erzielt. Die Zinsaufwendungen betragen auf Grund des stabilen bis leicht rückläufigen Zinsniveaus 1.133 T€ (Vj. 1.176 T€).

In die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH sind die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) und die Freizeitbad Kreuzau GmbH mit Ergebnisabführungsverträgen eingebunden. Die Aufwendungen aus diesen Ergebnisabführungsverträgen betragen 4.104 T€ (Vj. 4.267 T€).

Das Gesamtergebnis beläuft sich auf einen Jahresfehlbetrag von 3.832 T€ (Vj. 7.488 T€). Das Ergebnis ist wesentlich durch die Abwertung der RWE-Aktien in Höhe von rd. 2,1 Mio. € geprägt.

Zusätzlich ist das Defizit insbesondere in der Wahrnehmung der nicht vollständig durch Erträge gedeckten Aufgaben der Daseinsfürsorge begründet. Derzeit werden Lösungsmodelle erarbeitet, für diese Defizite einen dauerhaften verursachungsgerechten Ausgleich zu generieren.

Finanzlage

Die Liquiditätsslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH ist angespannt. Hauptgrund hierfür ist, dass die Gesellschaft in Folge der Ergebnisabführungsverträge die eingebundenen Tochtergesellschaften auch unterjährig mit Liquidität versorgt. So erhält die Freizeitbad Kreuzau GmbH regelmäßig Abschläge auf die Verlustabdeckung. Auf Grund der gewachsenen Struktur ist die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zur Einbringung erzielter und zur Abdeckung benötigter

Liquidität über ein Verrechnungskonto bei der Muttergesellschaft und so in die dortige Liquiditätsversorgung einbezogen. Auf Grund des durch den Kreistag des Kreises Düren beschlossenen und durch die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) umgesetzten Nahverkehrsplanes des Kreises Düren sowie des sichernden Leistungspaketes im Bereich Daseinsvorsorge, schließt die laufende Geschäftstätigkeit im ÖSPV erwartungsgemäß defizitär.

Zur Sicherung der Liquidität wurde die Geschäftsführung durch Aufsichtsratsbeschluss ermächtigt, einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 5 Mio. € zu vereinbaren. Für das Geschäftsjahr 2013 mit Auszahlung in 2014 wurde die Dividendenzahlung der RWE auf 1,- € je Aktie gekürzt. Der hieraus in 2014 erwartete Rückgang im Liquiditätszufluss wurde durch den Gesellschafter durch eine Einlage in die Gesellschaft in Höhe von 2,4 Mio. € kompensiert. Zum 31.12.2013 betragen die liquiden Mittel im Kassenbestand und aus Guthaben bei Kreditinstituten 1.745 T€ (Vj. 1.164 T€).

Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bilanzsumme um ca. 1,6 Mio. € gesunken. Der in 2013 eingetretene Jahresfehlbetrag ist nahezu vollständig durch Einlagen des Gesellschafters ausgeglichen worden. Das Gesamtvermögen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 102,8 Mio. € (Vj. 104,5 Mio. €).

Der Rückgang im Bereich Sachanlagen beruht im Wesentlichen auf Abschreibungen im Anlagevermögen, insbesondere im Bereich Schieneninfrastruktur und Kraftomnibusse. Die Kompensation erfolgt im Bereich der Finanzanlagen durch Erhöhung der Beteiligung an der **RUR-ENERGIE** und der EWV Energie- und Wasserversorgung Stolberg sowie der in Folge Umschuldung höheren Ausleihung von Darlehensmitteln an die Tochtergesellschaft ACI GmbH. Der Buchwert der RWE-Aktien ist infolge der Abschreibung im Geschäftsjahr 2013 um rd. 2,1 Mio. € gesunken. Die Anlagenintensität (Anlagevermögen / Gesamtvermögen) beträgt 85,38 % (Vj. 85,56 %).

Das Eigenkapital beträgt 22,2 Mio. € (Vj. 24,1 Mio. €). Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt nunmehr ca. 22 % (Vj. 23 %). Unter Berücksichtigung des anteiligen Sonderpostens (65 %) ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 41 % (Vj. 43 %).

Der Sonderposten für erhaltene Zuschüsse wird in Bezug auf die zweckgebundene Verwendung der geförderten Investitionsgegenstände aufgelöst. Er erhält Zuführungen aus Zuschüssen für neue Investitionsmaßnahmen. Er beträgt 30,7 Mio. € (Vj. 32,6 Mio. €).

Der Rückgang im Bereich Rückstellungen beruht insbesondere auf Verbrauch der Drohverlustrückstellung für Personalentleihung. Die sonstigen Verbindlichkeiten steigen um ca. 6 % auf 46,6 Mio. € insbesondere in Folge der Umschuldung eines Alt-Darlehens der ACI bei der Hypo-Vereinsbank.

Aufgrund der anlagenintensiven Vermögensstruktur ist das Vermögen mit ca. 37 % (Vj. 40 %) in Sach- und mit ca. 48 % (Vj. 46 %) in Finanzanlagen gebunden.

Kritisch betrachtet werden muss die Liquiditätslage des Unternehmens. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen zur Finanzlage.

Nachtragsbericht

Sowohl für die Liquidität (Dividendenausschüttung) wie auch für die Vermögenslage (Kurswert) ist die RWE-Aktie für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Der Kurs hat sich seit dem Bilanzstichtag positiv von 25,69 € auf z.Zt. zwischen 28,50 € und 29,50 € erhöht. Im Rahmen der Hauptversammlung wurde jedoch die ausgeschüttete Dividende wesentlich, nämlich um 50

% auf 1,- € gekürzt. Bereits im Vorfeld hat der Gesellschafter Kreis Düren eine Kompensation durch Kapitaleinlage in Höhe von 2,4 Mio. € für 2014 und in 2015 in die Haushaltsplanung einbezogen.

Im Bereich der durch Ergebnisabführungsvertrag eingebundenen Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) wird im Verkehrsverbund Rhein Sieg die notwendige Einstimmigkeit bei der Einnahmenaufteilung weiterhin nicht erreicht. Derzeit steht ein Rechtsstreit zwischen dem VRS und mindestens einem Verkehrsunternehmen über die Gültigkeit der neuen Einnahmenaufteilungsrechnung an. Die DKB hat sich juristisch beraten lassen und von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht. Seitens der DKB sind entsprechende Rückstellungen eingestellt, jedoch steht eine gerichtliche Entscheidung noch aus.

Mit der Sparkasse Düren wurde die Umbesicherung eines vorhandenen Darlehens vereinbart. Neben der bisherigen Besicherung durch Grundschulden und RWE-Aktien wurde nunmehr neu auch eine kompensierende Besicherung durch Bürgschaften des Kreises Düren ermöglicht. Die von der Aufsichtsbehörde entsprechend genehmigten provisionspflichtigen Bürgschaften wurden zwischenzeitlich ausgesprochen.

Auf Grund der beschlossenen Investitionsstrategie wurde eine weitere Einlage von ca. 600 T€ in die RURENERGIE getätigt.

Prognosebericht

Für die Gesellschaft zeigt sich eine Stabilisierung der Ertragssituation in den Beteiligungs- und Miet-/Pachterträgen sowie den Personalausleihungen. Die Vermögenslage und Eigenkapitalquote steht in direktem Zusammenhang mit der hohen Anlagenintensität. Insgesamt wird sie wesentlich durch die Kursentwicklung des RWE-Aktienpaketes beeinflusst. Weiterhin besteht eine Abhängigkeit von der Zinssatzentwicklung für langfristige Darlehen. Die Liquiditätslage bleibt angespannt. Für 2014 wurde die Dividende auf 1,- € je Aktie gekürzt. Für 2015 wird hier keine Veränderung angenommen. Eine Kompensation erfolgt durch Kapitaleinlage des Gesellschafters. Im Bereich der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) ist die Hebung der vom Gutachter und Betriebsführer aufgezeigten Optimierungspotentiale durchzusetzen. Derzeit wird gemeinsam mit dem Gesellschafter und dem Verkehrsverbund gemeinsam geprüft, wie mittelfristig das zwangsläufig im ÖPNV eintretende Defizit dauerhaft gemindert und ein Ausgleich herbeigeführt werden kann. Im Bereich des Freizeitbades ist die geplante Entwicklung einer Schwimm- und Saunananlage im Bereich Euskirchen und der hieraus resultierende Einfluss auf die Anlage Kreuzau zu beobachten. Neue Geschäftsfelder für den Verwaltungsbereich der BTG sind womöglich im Rahmen der Zusammenarbeit kommunaler Unternehmen auszubauen bzw. neu zu erschließen. Für das Kalenderjahr 2014 erwartet die Gesellschaft auf Grund des erwähnten Dividendeneinbruchs ein Jahresdefizit von 2,8 Mio. €, eine Zuführung zur Kapitalrücklage in Höhe von 2,4 Mio. € und ein auf das Eigenkapital wirkendes Delta von minus 400 T€.

Risiko- und Chancenbericht

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erzielt eine hohe Refinanzierung ihrer Personalkosten durch Verleihung des Personals an ihre Tochtergesellschaft Dürener Kreisbahn GmbH (DKB). Aus diesem Grunde wird aus dem Risikoberichtsteil der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zitiert, da sich ein Wegfall der Möglichkeit der Personalverleihung wesentlich auf die Ertragslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH auswirken würde:

„Mit der Verabschiedung der EU-Verordnung 1370, welche in 2009 in Kraft getreten ist und der nunmehr erfolgten Novellierung des PBefG hat sich vorerst eine gewisse Rechtsicherheit für die Vergabe und Direktbetrauung von Verkehrsleistungen ergeben. Es ist zu beobachten, ob sich in Folge die Regelungen durch zu erwartende richterliche Rechtsprechung in streitigen Vergabeverfahren als dauerhaft bestandfähig erweisen. Im AVV erfolgte eine europarechtskonforme

Betrauung an die kommunalen Verkehrsunternehmen. Am 31.10.2007 erfolgte der entsprechende Beschluss in der Zweckverbandsversammlung des AVV, am 27.11.2007 der des Kreistages Düren. Die Betrauung wurde zum 01.01.2009 auf die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) übergeleitet.

Das Wegbrechen öffentlicher Ausgleichszahlungen für Verbund- und Investitionsförderung sowie das Fortbrechen öffentlicher Ausgleichszahlungen für die Beförderungen von Schülern und / oder Schwerbehinderten stellt für die Ertragslage ein wesentliches Risiko dar. Durch Novellierung des ÖPNV-Gesetzes wurden die Investitionszuschüsse pauschaliert. Eine weitere Zuwendung erhält die Gesellschaft über den Verkehrsverbund für das Tarifangebot „Mobilticket“. Diese Zuwendung ist wesentlich für die Wirtschaftlichkeit des Tarifangebotes und ein Wegfall der Zuwendung gefährdet die Ertragslage, sofern das Tarifangebot in diesem Fall aufrechterhalten wird.

Verbundintern besteht weiterhin ein Risiko im Bereich der Einnahmenaufteilung. Diese erfolgt auf Zahlungen / Teilerhebungen, ergänzt durch buchhalterische Verfahren, die im Anschluss oft mehrjährig fortgeschrieben werden. Tatsächliche Änderungen der Vertriebstätigkeit und Nachfrageverschiebungen bei einzelnen Unternehmen können dadurch u.U. erst zu einem späteren Zeitpunkt bei Zahlungen festgestellt werden und müssen mehrjährig kumuliert unter den Verkehrsunternehmen ausgeglichen werden. Insbesondere sei hier auf die fehlende Einstimmigkeit zur Einnahmenaufteilung im VRS für die Jahre ab 2009 hingewiesen. Die Gesellschaft bildet hier nach ihrer Kenntnislage entsprechende Rückstellungen. Mit dem AVV werden Verhandlungen dahingehend geführt, wie die Risikokumulation bei den Verkehrsunternehmen zukünftig verhindert oder abgemildert werden kann.

Im Rahmen einer angedachten Zusammenlegung der Verkehrsverbände in NRW steht auch die Überlegung den AVV und VRS zu einem Verkehrsverbund zusammen zu fassen oder die Zusammenarbeit als „Tarifverbund Rheinland“ zu intensivieren. Hier besteht dann ein Risiko, wenn durch neue Tarifbildung (Angebotsanpassungen und Durchtarifierungen) evtl. auftretende tarifliche Mindererlöse oder Durchtarifierungsverluste nicht verhindert oder ausgeglichen werden können.

Im Bereich des operativen Geschäftes ist die Gesellschaft über den Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen – eine Versicherung auf Gegenseitigkeit – versichert. Risiko besteht hier insofern für den Fall eines verschuldeten Großschadenereignisses, dass die Höchsthaftungsgrenzen des Versicherungsverbandes (seit März 2012 = 50 Mio. € je Schadenereignis) übersteigt.“

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist durchgehend angespannt. Maßnahmen im Bereich der überbrückenden Kreditbeschaffung und der Anlagenbewirtschaftung (wie dem Verkauf von nicht betriebsnotwendigen Grundstücken) sind erforderlich. Die Vermögenslage der Gesellschaft erlaubt es ihr derzeit, über einen angemessenen Kreditrahmen zu verfügen. Die RWE-Aktien stellen weiterhin in den Finanzanlagen einen der wesentlichsten Vermögensbestandteile. Ein weiterer Kursverfall der RWE-Aktien verbunden mit einer Minderung der Dividendenaus-schüttung stellt für die Gesellschaft einen wesentlichen Risikofaktor für die Vermögens- und Ertragslage, für die Liquidität und die Kreditwürdigkeit dar. Insofern trifft die Gesellschaft das allgemeine Kursrisiko des Aktienmarktes wesentlich. In Verbindung mit dem Gesellschafter werden hierzu derzeit Konzepte zu alternativen Sicherstellung des Ausgleichs der – insbesondere durch die ÖPNV-Leistungen – eintretenden Defizite erarbeitet.

Neben den Beteiligungserträgen aus der Ergebnisausschüttung ist die Rurtalbahn GmbH (frühere Abteilung Schiene) als Mieter der Eisenbahnstrecken, Werkstatt- und Betriebsgelände einer der umsatzstärksten Kunden der Gesellschaft. Ein Wegfall der Geschäftsbeziehungen mit der Rurtalbahn GmbH würde zumindest mittelfristig die Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen.

Die Liquidität der Tochtergesellschaft ACI GmbH ist angespannt. Sie ist davon abhängig, dass die Einnahmen aus den Verträgen mit dem FTL GmbH ihr regelmäßig zufließen. Nachdem mit der FTL GmbH die Vertrags- und Darlehensbeziehungen neu geordnet sind, haben sich dortseits keine Zahlungsverzögerungen ergeben. Ein Risiko besteht jedoch bei einer negativen Nachfrageentwicklung im Bereich der Fernseh- und Filmproduktionen. Die Muttergesellschaft Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH hat zur Liquiditätssicherung der Gesellschaft entsprechende Gremienbeschlüsse herbeigeführt. Ziel der ACI GmbH in Umsetzung ihrer satzungsgemäßen Aufgabe ist die Errichtung eines Automobiltestzentrums, nunmehr durch die mit der RWTH gegründete Tochtergesellschaft ATC. Hierzu wurden die Vermögensgegenstände der Gesellschaft in die ATC eingebracht.

Für die Ertragslage der Gesellschaft GIS ist es von Bedeutung, dass sie auf Grund ihrer besonderen Eignung und kommunalen Nähe auch in den Folgejahren mit der Begleitung von Bauprojekten beauftragt wird. Weitere Beauftragungen der GIS, ins-besondere in bereits praktizierter Form durch den Bau von kommunalen Gebäuden befinden sich in der Akquise. Derzeit baut die GIS eine Kindertagesstätte für die Gemeinde Langerwehe.

Im Bereich der Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung ist es von besonderer Bedeutung, dass die der Firmierung zu entnehmende soziale Aufgabenstellung auch zukünftig bundes- und landespolitisch gefördert und erhalten wird. Das insgesamt von der DGA erbrachte Leistungsspektrum im Rahmen der sozialen Arbeitsförderung und -eingliederung ist kein Betätigungsfeld, das langfristig eigenwirtschaftliche Entwicklungspotenziale hat.

Die Mehrzahl der von der Gesellschaft aufgenommenen Finanzierungsdarlehen läuft mittel- bis langfristig. Die Entwicklung des Zinsmarktes stellt insofern ein direktes Risiko im Bereich der Kontokorrentmittel und mittel- bis langfristig im Bereich der Investitionsdarlehen dar.

Maßgeblich für die Entwicklung der Gesellschaft ist neben der Teilrefinanzierung durch den Betrieb der operativen Gesellschaften, die z.B. im Bereich des ÖPNV nur bedingt von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst wird und im Bereich der regenerativen Energien abhängig von bundespolitischen Zielsetzungen ist, die grundsätzliche Bereitschaft und Mittelausstattung durch die öffentliche Hand zur Wahrnehmung, zur Verbesserung und zum Ausbau der kommunalen Aufgaben im Bereich der Daseinsfürsorge für Maßnahmen im Bereich der Arbeitsförderung von schwervermittelbaren Arbeitssuchenden, der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur und des öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis Düren.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- | | | | |
|----|--|-------------|------------|
| 1) | ACI – Automotive Center for Industry - GmbH | siehe Seite | 267 |
| 2) | ATC Automotive Testing Center of RWTH Aachen University GmbH | siehe Seite | 277 |
| 3) | Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA) | siehe Seite | 289 |
| 4) | Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) | siehe Seite | 301 |

5)	Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschafts für Verkehrsunternehmen mbH (beka)	siehe Seite	313
6)	EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH	Siehe Seite	321
7)	Freizeitbad Kreuzau GmbH	siehe Seite	343
8)	Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)	siehe Seite	353
9)	GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	siehe Seite	363
10)	regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbH	siehe Seite	389
11)	RURENERGIE GmbH	siehe Seite	401
12)	Rurtalbahn GmbH	siehe Seite	411
13)	Rurtalbus GmbH	siehe Seite	425
14)	Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH	siehe Seite	435
15)	Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH	siehe Seite	447

Ebenfalls in 2013 hat die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) die Anteile der Gemeinde Aldenhoven an der ACI – Automotive Center for Industry GmbH übernommen. In 2014 wurde die ACI auf die BTG verschmolzen.

**Dürener Deponiegesellschaft
mbH****Dürener Deponiegesellschaft
mbH (DDG)**

Pfarrer Pleus Str. 46
52393 Hürtgenwald
Telefon: 02429/9494-0
Telefax: 02429/9494-25
E-Mail: info@ddg-mbh.de
Homepage: www.ddg-mbh.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung von Aufgaben der Abfallentsorgung, die der Kreis Düren auf die Gesellschaft übertragen hat oder übertragen wird oder die mit Zustimmung des Kreises Düren von dritten Auftraggebern auf die Gesellschaft übertragen werden.

Der eingeschränkte Betrieb der Deponie seit dem 01.01.2005 führt zu einem Wegfall der wesentlichen Aufgaben der DDG. zudem hat der Kreis Düren wesentliche Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft ab dem 01.01.2005 auf den Zweckverband Entsorgungsregion (ZEW) West übertragen. Die Gesellschaft hat seit dem 01.01.2005 ihre Schwerpunkte auf die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Horm verlagert.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer berufen, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten, soweit nicht durch Beschluss der Gesellschafterversammlung Geschäftsführern die Berechtigung zur Alleinvertretung eingeräumt wird.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung und entscheidet insbesondere über

1. die Zustimmung zu den in § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages bestimmten Geschäfte,
2. die Genehmigung des von der Geschäftsführung aufgestellten Unternehmensplans,
3. Erlass und Änderung der Geschäftsordnung mit Geschäftsverteilung für die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung beschließt über folgende Angelegenheiten:

1. Zustimmung zu den in § 5 Abs. 2 letzter Satz des Gesellschaftsvertrages bestimmten Geschäfte, ferner die Erteilung

- von Weisungen an die Geschäftsführung;
2. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,
 3. Wahl des Abschlussprüfers;
 4. Feststellung des Jahresabschlusses und Gewinnverwendung;
 5. Kapitalerhöhung;
 6. Auflösung oder Teilauflösung von Rücklagen;
 7. Übertragung und sonstige Verfügung über einen Geschäftsanteil;
 8. Änderung der Rechtsform des Unternehmens,
 9. Veräußerung des Unternehmens im Ganzen;
 10. Verschmelzung des Unternehmens mit einem anderen Unternehmen;
 11. Auflösung der Gesellschaft;
 12. Änderung und Ergänzung der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

Gesellschafterrat: Neben der Gesellschafterversammlung besteht ein Gesellschafterrat, dessen Mitglieder von den Gesellschaften entsandt werden. Seitens des Kreises Düren wurden die Mitglieder des Kreisausschusses und der Landrat benannt.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Jamrozy, Dieter Steins, Hans Martin	Jüchen Kreis Düren	Dezernent	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	3 Sitze 4 Sitze		33,33 % 57,57 %
Gesellschafter- versammlung:	Die Gesellschafter sind in der Gesellschafter- versammlung durch einen von ihnen schrift- lich benannten Vertreter vertreten.	1 Stimme	je 1.000,00 € Stammkapital	

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	von Laufenberg, Reiner Szadkowski, Heike Spelthahn, Wolfgang stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Beyß, Georg beratendes Mitglied Hürtgen, Dirk beratendes Mitglied Clemens, Gerhard kooptiertes Mitglied Hohn, Astrid kooptiertes Mitglied Metz, Gudula kooptiertes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Landrat Kreisdirektor Kreiskämmerer Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Sachkundige Bürgerin
Gesellschafter- versammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Gesellschafterrat:	Braumüller, Heinz-Peter Conzen, Helga Dohmen, Hans Wilhelm	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter

Natus-Can, Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Bozkir, Sandra	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Oetjen, Hans Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Pöhler, Raoul	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Strack, Birgit	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Hohn, Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Voß, Bruno	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Hintzen, Michael	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Veithen, Valentin	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.000.000,00 €	

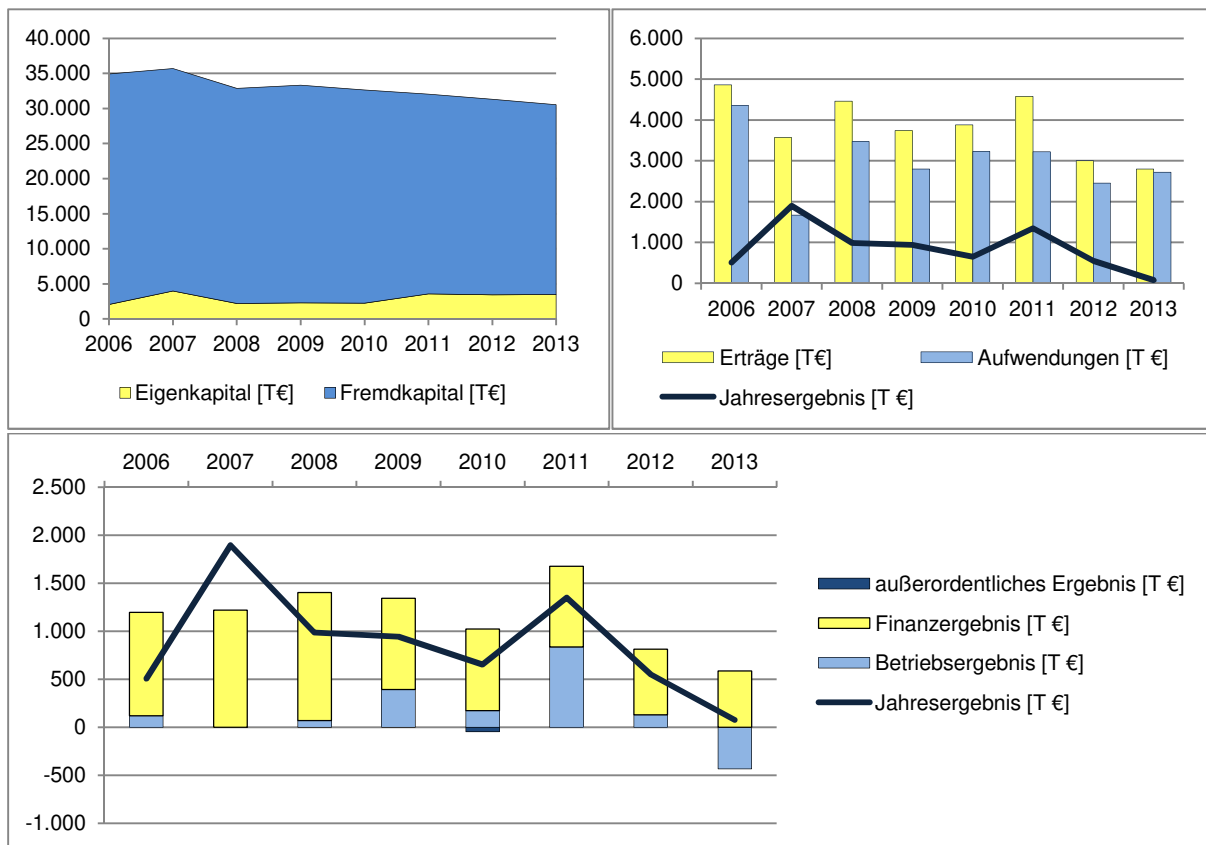
Gesellschafter:	direkter Anteil ab 02.03.2009	Anteil in % ab 02.03.2009
Kreis Düren (durch Sacheinlage)	251.000,00 €	25,1%
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	749.000,00 €	74,9%

Die Sacheinlage wurde durch die Abtretung von Ansprüchen aus der Überlassung von unbeweglichen Deponievermögen erbracht.

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	1.594.156,66 €	1.292.146,47 €	678.789,87 €	-613.356,60 €	-47,47%
II. Finanzanlagen	21.600.000,00 €	8.800.000,00 €	26.800.000,00 €	18.000.000,00 €	204,55%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	0,00 €	0,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	785.516,48 €	479.798,00 €	1.053.050,64 €	573.252,64 €	119,48%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	8.077.909,01 €	20.731.422,64 €	2.011.085,67 €	-18.720.336,97 €	-90,30%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	533,30 €	533,30 €	533,30 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	32.060.615,45 €	31.306.400,41 €	30.545.959,48 €	-760.440,93 €	-2,43%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
II. Gewinnrücklage	2.313,00 €	0,00 €	2.381.676,64 €	2.381.676,64 €	-
III. Gewinnvortrag	1.222.796,90 €	1.906.793,74 €	0,00 €	-1.906.793,74 €	-
IV. Jahresüberschuss	1.351.306,53 €	549.379,83 €	78.509,85 €	-470.869,98 €	100,00%
B. Rückstellungen	21.260.542,39 €	20.345.602,46 €	18.852.961,46 €	-1.492.641,00 €	-85,71%
C. Verbindlichkeiten	7.223.656,63 €	7.504.624,38 €	8.232.811,53 €	728.187,15 €	-7,34%
Summe Passiva	32.060.615,45 €	31.306.400,41 €	30.545.959,48 €	-760.440,93 €	-2,43%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.512.079,20 €	1.004.548,32 €	643.664,79 €	-360.883,53 €	-35,92%
2. sonstige betriebliche Erträge	2.224.088,96 €	1.303.792,77 €	1.561.146,32 €	257.353,55 €	19,74%
3. Materialaufwand	370.197,92 €	321.268,59 €	399.619,06 €	78.350,47 €	24,39%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	300.429,93 €	320.658,05 €	326.970,18 €	6.312,13 €	1,97%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	67.491,56 €	71.701,24 €	82.018,95 €	10.317,71 €	14,39%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	1.007.239,91 €	563.214,74 €	835.243,06 €	272.028,32 €	48,30%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.154.512,31 €	900.246,55 €	995.352,11 €	95.105,56 €	10,56%
Betriebsergebnis	836.296,53 €	131.251,92 €	-434.392,25 €	-565.644,17 €	-430,96%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	840.715,68 €	697.110,19 €	596.716,32 €	-100.393,87 €	-14,40%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	285,00 €	14.109,45 €	9.224,55 €	-4.884,90 €	-34,62%
Finanzergebnis	840.430,68 €	683.000,74 €	587.491,77 €	-95.508,97 €	-13,98%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	1.676.727,21 €	814.252,66 €	153.099,52 €	-661.153,14 €	-81,20%
9. außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	#DIV/0!
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	316.712,79 €	256.354,00 €	65.080,63 €	-191.273,37 €	-74,61%
10. Sonstige Steuern	8.707,89 €	8.518,83 €	9.509,04 €	990,21 €	11,62%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.351.306,53 €	549.379,83 €	78.509,85 €	-470.869,98 €	-85,71%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	6,8	6,8	6,8

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren hat für das Geschäftsjahr 2013 keine Dividende erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Lage der Gesellschaft

Das abgelaufene Geschäftsjahr beinhaltet den Zeitraum vom 1.1.2013 bis zum 31.12.2013. Im Auftrag des Kreises führt die DDG mbH die Restverfüllung, Nachsorge und Rekultivierung der Deponie Horm durch.

Auf der Grundlage des Genehmigungsbescheides zum vorzeitigen Beginn von Baumaßnahmen zur beantragten Stilllegung vom 13.01.2010 und des endgültigen Genehmigungsbescheides vom 23.12.2010 der Bezirksregierung Köln wurden die in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesenen Mengen und Umsätze realisiert.

Die folgende Tabelle stellt die Mengen und Umsätze für 2012 und 2013 dar:

	2013		2012	
	Menge t	Umsatz T€	Menge t	Umsatz T€
Kommunalabfall	0	0	0	0
Nachkalkulation		-21		-311
Gewerbeabfall	159.391	665	317.239	1.315
Gesamt operatives Geschäft	159.391	644	317.239	1.004

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Im Dezember 2010 erhielt die DDG von der Bezirksregierung Köln die endgültige Genehmigung zur Durchführung von Stilllegungsmaßnahmen auf der Deponie Horm.

Im Rahmen der Stilllegungsphase wird die Herstellung eines Grundwassersicherungsbauwerkes mit Deponieersatzbaustoffen (Abfälle zur Verwertung) in einer Größenordnung von ca. 500.000 m² durchgeführt. Somit kann der Deponiekörper so gesichert werden, dass eine Reduzierung der Sumpfungmaßnahmen ermöglicht wird.

Das von der Bezirksregierung Köln geforderte Grund- und Sickerwassermonitoring, welches sich über einen Zeitraum von 4 Jahren erstreckt, wurde in 2013 weitergeführt. Die Grundwasserstände, die Grundwasserbeschaffenheit und die Beschaffenheit des Sickerwassers im zentralen Pumpenschacht sind der Bezirksregierung in regelmäßigen Abständen zu melden.

Das Vermögen der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 760 T€ verringert. Die Anlagendeckung beträgt 12,59 % (Vorjahr: 34,24 %). Die Eigenkapitalquote beträgt 11,33 % (Vorjahr: 11,04 %).

Die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel zeigt folgende Übersicht:

Liquide Mittel am Jahresanfang	T€	20.731
Mittelzufluss/-abfluss aus		
Geschäftstätigkeit	T€	-424
Investitionstätigkeit	T€	-18.222
Finanzierungstätigkeit	T€	-74
Liquide Mittel am Jahresende	T€	2.011

Das Betriebsergebnis beträgt 84 T€ (Vorjahr: 122 T€). Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von 588 T€ (Vorjahr: 683 T€), neutralen Aufwendungen von 528 T€ (Vorjahr: 0 T€) und dem Steueraufwand in Höhe von 65 T€ (Vorjahr: 256 T€) erzielt die Gesellschaft in 2013 einen Jahresüberschuss in Höhe von 79 T€ (Vorjahr: 549 T€).

Finanzen

Die DDG ist der Verpflichtung nachgekommen, während der Verfüllungszeit der Deponie Horm, Mittel für die Rekultivierung und Nachsorge anzusammeln. Die Ansammlung von Mitteln und die Bildung von Rückstellungen bis Ende 2004 erfolgte entsprechend dem Beschluss des Kreistages aus 2002 im Umfang von ursprünglich 32 Mio. €. Zum Bilanzstichtag werden die Rückstellungen, unter Berücksichtigung des Verbrauchs in 2013 und Vorjahren, mit T€ 18.735 ausgewiesen. Entsprechend dem Gutachten vom 19. Juli 2011 zur Kostenermittlung für einen Nachsorgezeitraum bis zum Jahr 2041, werden die Rückstellungen voraussichtlich nicht ausreichen, um alle künftigen Aufwendungen für Nachsorge und Rekultivierung zu decken. Die über die

gebildeten Rückstellungen hinausgehenden Aufwendungen sind aufgrund der vertraglichen Regelungen durch den Kreis Düren zu tragen.

Investitionen

Im Zusammenhang mit dem geplanten Weiterbetrieb der Deponie Horm wurden in 2013 220 T€ investiert. Im Weiteren wurden 18.000 T€ für langfristige Festgeldanlagen bei der IKB Deutsche Industriebank AG aufgewendet.

Risikomanagement

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagementsystem der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH eingebunden. Dieses Risikomanagementsystem besteht im Wesentlichen aus den folgenden Bausteinen: Mittelfristplanung mit fünfjährigem Planungshorizont, monatliches Berichtswesen, institutionalisierte Gesprächsrunden und Prüfung durch die interne Revision. Ergänzt werden diese Bausteine durch die quartalsweise Aktualisierung der Risikolandschaft (Risikoolatlas).

Wesentliche Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres

Ausweislich zweier Klageschriften vom 27.12.2013 und 11.01.2014 begehren zwei Verkäufer von Teilgrundstücken der heutigen Deponie Inden aus den 1992 notariell geschlossenen Grundstückskaufverträgen nachträgliche Wertausgleichszahlungen von insgesamt T€ 208. Die Kläger berufen sich auf eine vertragliche Regelung, wonach ein Wertausgleich durch die DDG zu leisten ist, wenn die Deponiegrundstücke innerhalb eines Zeitraumes von 30 Jahren ab dem Zeitpunkt des Verkaufs einer Nutzung als Industrie- oder Gewerbeflächen zugeführt werden. Diese Anspruchsgrundlage ist aus Sicht der Grundstücksverkäufer durch die heutige Nutzung der relevanten Flächen für Zwecke der Photovoltaikanlage „Solarpark Inden“ erfüllt. Nach Einschätzung der DDG und der Stellungnahme der von der DDG beauftragten Kanzlei Redeker, Bonn, ist es unwahrscheinlich, dass eine Zahlung an die Kläger erfolgt.

Darüber hinaus sind keine wesentlichen Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2014

Neben den durch die Stilllegungsgenehmigung bedingten Anpassungen der Nachsorgemaßnahmen wird es in 2014 zur endgültigen Fertigstellung des Grundwassersicherungsbauwerkes kommen.

Für 2014 wird mit einem Ergebnis gerechnet, welches im Wesentlichen aus der Anlage der finanziellen Mittel resultiert. Die entsprechenden Zinserträge werden in der Planung mit 580 T€ (vor Steuern) ausgewiesen.

Chancen der künftigen Entwicklung

Im Frühjahr 2012 wurden von der DDG erste Überlegungen zum Weiterbetrieb der Deponie Horm im Aufsichtsrat diskutiert.

Nach einem weiteren Zwischenbericht im Aufsichtsrat, erhielt die Geschäftsführung den Auftrag, die Planungen zum Weiterbetrieb weiterzuführen.

Eine vom Planungsbüro Umtec, Aachen erstellte Machbarkeitsstudie wurde im Oktober 2012 der Bezirksregierung Köln vorgestellt. Derzeit befindet sich das Projekt in der Genehmigungsplanung.

Die Abgabe des Genehmigungsantrages bei der Bezirksregierung Köln ist für den März 2014 geplant.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Dürener Deponiegesellschaft mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.


indeland
**Entwicklungsgesellschaft
indeland GmbH**

 Bismarckstr. 16
 52351 Düren
 Telefon: 02421/22-2752
 Telefax: 02421/22-2017
 E-Mail: j.broeker@kreis-dueren.de
 Homepage: www.indeland.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

- 1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- 2) Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Umwelt- und Landschaftsschutz sowie der Jugendhilfe und des Sports im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden.
- 3) Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Beschaffung von Mitteln für andere gemeinnützige Körperschaften, die die Förderung der in vorstehenden Abs. 2 genannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, und für die Verwirklichung steuerbegünstigten Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 58 Nr. 1 AO) im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden verwirklicht.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft auch eigene Projekte, die unmittelbar und ausschließlich den in Abs. 2 genannten steuerbegünstigten Zwecken dienen, durchführen, damit der Bereich und das Umfeld des Tagebaus Inden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies soll insbesondere durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Publikationen geschehen.

- 4) Um sicher zu stellen, dass die vorstehend beschriebenen steuerbegünstigten Zwecke auch im weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden, soll die Gesellschaft auch
 - die konzeptionellen Arbeiten i.S. des erstellten Masterplans fortsetzen und weiterentwickeln;
 - die Gesellschafter in dem beantragten Braunkohlenplanänderungsverfahren unterstützen;
 - an Maßnahmen zur Standortmarketing und zur Akquisition von Investoren sowie zur Beratung und Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen mitwirken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind

mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei von ihnen gemeinschaftlich oder durch einen von ihnen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführung gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Jeder Gesellschafter entsendet drei Mitglieder in den Aufsichtsrat. Die Gesellschafterversammlung kann die Aufnahme weiterer Mitglieder, als beratende Mitglieder, beschließen und diese benennen. Der Aufsichtsrat berät die Vorlagen für die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und gibt Beschlussempfehlungen ab.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafter nehmen ihre Rechte durch Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung oder im Wege der schriftlichen Abstimmung wahr, soweit im Gesellschaftsvertrag oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften nicht anders bestimmt ist.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über

1. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
2. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
3. die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
4. die Wahl des Abschlussprüfers,
5. die Pflicht zur Abtretung, zur Belastung und zur Teilung von Geschäftsanteilen,
6. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen, welche der Gesellschaft aus der Gründung und/oder der Geschäftsführung gegen Geschäftsführer oder Gesellschafter zustehen sowie die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen, die sie gegen einen Geschäftsführer zu führen hat,
7. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung und die Festsetzung ihrer Anstellungsbedingungen; das Gleiche gilt auch für Prokuristen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Bröker, Jens	Düren	seit 01.05.2012	
	Steins, Hans-Martin	Kreis Düren	bis 31.08.2013	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	3 Sitze		12,5 %
	Stadt Eschweiler	3 Sitze		12,5 %
	Stadt Jülich	3 Sitze		12,5 %
	Gemeinde Aldenhoven	3 Sitze		12,5 %
	Gemeinde Merzenich	3 Sitze		12,5 %
	Stadt Linnich	3 Sitze		12,5 %
	Gemeinde Langerwehe	3 Sitze		12,5 %
	Gemeinde Niederzier	3 Sitze		12,5 %
Gesellschafter-	Je 50 € Stammkapital haben die Gesellschafter einer Stimme. Jeder Gesellschafter gibt	1 Stimme		je 50 € Stammkapital

versammlung: seine Stimmen einheitlich ab. Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Josef-Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Gesellschafterversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

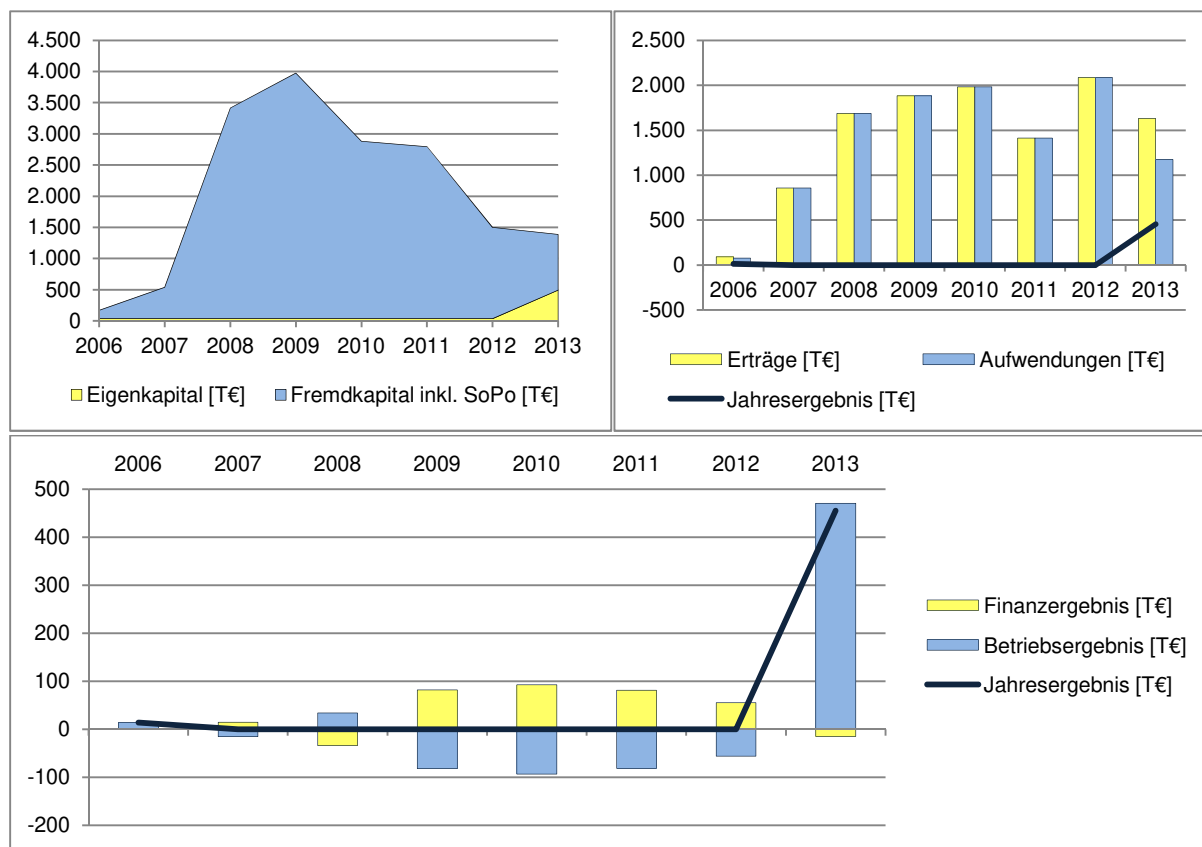
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	Düren
gezeichnetes Kapital:	25.000 €

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	9.250,00 €	37,0 %
Stadt Eschweiler	2.250,00 €	9 %
Stadt Jülich	2.250,00 €	9 %
Gemeinde Aldenhoven	2.250,00 €	9 %
Gemeinde Inden	2.250,00 €	9 %
Stadt Linnich	2.250,00 €	9 %
Gemeinde Langerwehe	2.250,00 €	9 %
Gemeinde Niederzier	2.250,00 €	9 %

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	18.716,00 €	19.026,00 €	8.709,00 €	-10.317,00 €	-54,23%
II. Sachanlagen	11.120,50 €	3.216,00 €	5.117,00 €	1.901,00 €	59,11%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	2.764.556,78 €	25.644,54 €	115.106,42 €	89.461,88 €	348,85%
II. Kassenbestand	225,82 €	1.451.118,77 €	42.542,78 €	-1.408.575,99 €	-97,07%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.394,94 €	1.490,77 €	1.214.278,04 €	1.212.787,27 €	81353,08%
Summe Aktiva	2.796.014,04 €	1.500.496,08 €	1.385.753,24 €	-114.742,84 €	-7,65%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklage	0,00 €	0,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	-
III. Gewinnvortrag	14.210,64 €	14.210,64 €	0,00 €	-14.210,64 €	-100,00%
IV. Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
V. Bilanzgewinn	0,00 €	0,00 €	444.742,53 €	444.742,53 €	-

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	23.869,00 €	11.007,40 €	6.572,60 €	-4.434,80 €	-40,29%
C. Rückstellungen	39.716,59 €	51.590,58 €	65.233,47 €	13.642,89 €	26,44%
D. Verbindlichkeiten	2.693.217,81 €	1.398.687,46 €	819.205,04 €	-579.482,42 €	-41,43%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Summe Passiva	2.796.014,04 €	1.500.496,08 €	1.385.753,64 €	-114.742,44 €	-7,65%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	1.271.836,77 €	1.981.659,71 €	1.618.223,78 €	-363.435,93 €	-18,34%
2. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	4.896,00 €	114.480,91 €	242.260,93 €	127.780,02 €	111,62%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	755,52 €	14.025,61 €	40.340,88 €	26.315,27 €	187,62%
3. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	14.763,50 €	16.094,50 €	14.121,77 €	-1.972,73 €	-12,26%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.332.480,98 €	1.893.073,38 €	850.815,11 €	-1.042.258,27 €	-55,06%
Betriebsergebnis	-81.059,23 €	-56.014,69 €	470.685,09 €	526.699,78 €	-940,29%
5. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	139.445,31 €	104.713,64 €	10.321,23 €	-94.392,41 €	-90,14%
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	58.386,08 €	49.077,84 €	25.211,88 €	-23.865,96 €	-48,63%
Finanzergebnis	81.059,23 €	55.635,80 €	-14.890,65 €	-70.526,45 €	-126,76%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	0,00 €	-378,89 €	455.794,44 €	456.173,33 €	-120397,30%
9. Steuern vom Einkommen u. Ertrag	0,00 €	0,00 €	262,55 €	262,55 €	-
10. sonstige Steuern	0,00 €	-378,89 €	0,00 €	378,89 €	-100,00%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00 €	0,00 €	455.531,89 €	455.531,89 €	775029183563 293000,00%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	1,5	1,5	4,5

Verbindungen zum Kreishaushalt

Für das Geschäftsjahr 2012 leistete der Kreis Düren ein Gesellschafterbeitrag i.H.v. 37.697,50 € (Mitfinanzierung laufender Geschäfts- Kommunikation- und Planungskosten, Verwaltungskostenzuschuss). Die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH erstattete in 2013 einen Betrag i.H.v. insgesamt 37.502,95 € für entstandene Sach- und Personalkosten an den Kreis Düren.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Firma, Rechtsform, Handelsregister

Die Firma der Gesellschaft lautet „Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH“. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und im Handelsregister beim Amtsgericht Düren unter der Nummer HRB 5025 eingetragen.

Gesellschaftssitz

Der Sitz der Gesellschaft ist in 52351 Düren, Bismarckstraße 16.

Gegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Umwelt- und Landschaftsschutz sowie der Jugendhilfe und des Sports im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Beschaffung von Mitteln für andere gemeinnützige Körperschaften, die die Förderung der vorgenannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, und für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 58 Nr. 1 AO) im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden verwirklicht.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft auch eigene Projekte, die unmittelbar und ausschließlich den in § 2 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages genannten steuerbegünstigten Zwecke dienen, durchführen, damit der Bereich und das Umfeld des Tagebaus Inden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies soll insbesondere durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Publikationen geschehen.

Um sicher zu stellen, dass die vorstehend beschriebenen steuerbegünstigten Zwecke auch im weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden, soll die Gesellschaft auch

- konzeptionelle Arbeiten i.S. des erstellten Masterplanes fortsetzen und weiterentwickeln;
- die Gesellschafter in dem beantragten Braunkohlenplanänderungsverfahren bzw. dessen Umsetzung unterstützen;
- an Maßnahmen zum Standortmarketing und zur Akquisition von Investoren sowie zur Beratung und Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen mitwirken.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Organe

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag vom 14.08.2006 (URNr. 0280 für 2006 des Notars Dr. Hagen Monath in Düren) wurde geändert am 23.06.2010 (URNr. 1308 für 2010/M des Notars Dr. Hagen Monath in Düren) und erneut geändert am 21.03.2013 (URNr. 915 für 2013 des Notars Dr. Hagen Monath in Düren).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingen

Die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH ist durch ihre Gemeinnützigkeit nicht so abhängig von volks- und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, da ihr Unternehmenszweck in der Erfüllung der gemeinnützigen Ziele und nicht in der Gewinnerlangung liegt.

Einige Entwicklungstendenzen seien aber punktuell benannt, da sie auch Auswirkungen auf Inhalte und Ziele der Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH haben können:

- Seit 2011 erfolgte eine starke konjunkturelle Abschwächung der Weltwirtschaft seit 2011 mit Erholung in 2013. Flankiert wurde diese Problematik in Deutschland durch stark steigende

Strompreise sowie sinkende Renditen der auf Braunkohlebasis arbeitenden Stromerzeuger. Davon betroffen ist in starkem Maße das Rheinische Braunkohlerevier mit seinem Kern des Indelandes. Dies führte - auch in Kombination mit der Problematik des CO₂-Ausstosses bei der Verstromung von Braunkohle - bereits dazu, dass der benachbarte Tagebau Garzweiler möglicherweise früher als geplant geschlossen wird. Dies birgt die Gefahr eines frühzeitigen Rückzugs des Bergbautreibenden aus der Region.

- Der bundesweit starke Anstieg der Erwerbstätigen in den letzten Jahren ließ sich auch in der Region nachweisen. So stieg die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Regierungsbezirk Köln, dem wesentlichen wirtschaftsräumlichen Verflechtungsraum des Indelandes, zwar um ca. 48.000 Beschäftigte an, dies jedoch hauptsächlich durch eine starke Zunahme von erwerbstätigen Frauen im Teilzeitbereich, während die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten insgesamt um ca. 50.000 Personen sank. Dieser Trend dürfte zu einer Verminderung der regionalen Kaufkraft führen.
- Das Indeland liegt in der Arbeitsmarktregion Aachen. Die Arbeitslosenquote Ende Juni 2013 war gegenüber Ende Juni 2011 relativ stabil und verbesserte sich lediglich um 0,2 %.
- Im Jahresverlauf 2013 stabilisierte sich die weltweite Konjunktur. Der Aufschwung scheint daher nicht als selbsttragend. Erschwerend wirkt EU-weit die hohe Verschuldungsquote einiger Industrieländer.
- Die Jahresteuersatzrate sank von 2% in 2012 auf unter 2% in jedem Monat, In April und Oktober 2013 sogar auf nur noch 1,2%. Diese geringe Inflation war vor allem dem Rückgang der Preise für Mineralölprodukte geschuldet.
- Die weiterhin expansive Geldpolitik sorgte dafür, dass die Leitzinsen auf ihrem niedrigen Niveau verbleiben. So wurde im Laufe von 2013 der Leitzins durch die EZB in zwei Stufen von 0,75 % auf 0,25 % gesenkt. Für investive Maßnahmen des Strukturwandels im Indeland wären dies momentan aus finanzieller Sicht günstige Konditionen.
- Insgesamt werden die Aussichten für die deutsche Konjunktur im internationalen Vergleich als positiv angesehen. So werden je nach Quelle Wachstumsraten zwischen 1,2% und 2% erwartet. Dies dürfte zu einer weiteren Verbesserung im Bereich der Arbeitslosigkeit und der Öffentlichen Finanzen führen.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2013 war das erste unter vollständiger hauptamtlicher Geschäftsführung. Mit dem Ausscheiden von Hans Martin Steins ab 01.09.2013 als weiterer Geschäftsführer befindet sich die Gesellschaft, wie in den Vorjahren auch, unter der Führung eines verantwortlichen Geschäftsführers mit Herrn Jens Bröker.

Während gemeinsam mit den Gesellschafterkommunen Inden und Eschweiler die letzten, insbesondere entwicklungsrelevanten Maßnahmen der EuRegionale 2008-Projekte angegangen wurden, rückten in 2013 die Planungsarbeiten zum Rahmenplan - Zwischennutzungskonzept – für die Rekultivierung nach Ende der bergbaulichen Tätigkeit deutlich in den Vordergrund. Gemeinsam mit dem beauftragten Büro wurden die über eine aktive Bürgerbeteiligung initiierten Impulse aufgenommen und in geeignete Planwerke überführt. Dabei wurde den unterschiedlichen Gestaltungsoptionen auch eine Zeitschiene unterlegt bis hin zu einem möglichen Endzustand des Restsees Inden. Auf dieser Grundlage gestalten sich derzeit intensive Abstimmungen mit den Bezirksregierungen Köln als zuständige Dienststelle für die Braunkohleplanung und der Bezirksregierung Arnsberg als zuständiges Bergamt. Stehen bei dieser Rahmenplanung insbesondere die Kommunen Inden und Düren im Fokus wurden in 2013 auch die Arbeiten am Masterplan für das gesamte Indeland wieder aufgenommen. Parallel dazu wurden die Ergebnisse der Beratungen zum Entwurf eines Masterplans für das gesamte Indeland, der im August 2012 vorgestellt worden war, in einem umfangreichen Konsultationsprozess mit den Gesellschafterkommunen weiter konkretisiert.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Landesinitiative "Innovationsregion Rheinisches Revier" sind seitens der Gesellschaft wichtige Weichenstellungen mitinitiiert worden, die z.B. die zukünftige Berücksichtigung der EwiG im neu zu bildenden operativen Beirat der IRR Niederschlag finden. Dies wird die Möglichkeiten zur Erreichung der Gesellschaftsziele weiter verbessern.

Auch in 2013 gab es Gespräche mit der Stadt Düren mit dem Ziel der Erweiterung des Gesellschafterkreises, die jedoch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben. Auf Arbeitsebene existiert jedoch eine konstruktive Zusammenarbeit in einzelnen Punkten. So bestehen regelmäßige Kontakte die z.B. die Begleitung der bergrechtlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren umfassen. Mit der Gemeinde Titz gab es in 2013 erste Kontakte mit dem Ziel die Perspektiven einer Zusammenarbeit zu konkretisieren.

Mit der moderierenden Unterstützung einer interkommunalen Kooperation zur Entwicklung eines regional bedeutsamen Gewerbegebietes auf der ehemaligen Fläche der Sendeanlage der Deutschen Welle in Jülich-Mersch, wurde im o.g. Sinne ein erster Ansatz verfolgt.

Wengleich die Arbeiten im Förderprojekt "Strukturentwicklung indeland" in 2013 durch personelle Fluktuationen geprägt war, konnten auch in diesem Projekt, das bis Mitte des Jahres 2015 laufen wird, wichtige Schritte gegangen werden. Mit diesem durch die Europäische Union und das Land Nordrhein-Westfalen geförderten Projekt werden im Rahmen des satzungsmäßigen Gesellschaftszwecks wesentliche Elemente einer zukunftsfähigen Entwicklung des indelandes als Tagebaufolgelandschaft thematisiert.

Nachfolgend sind die wichtigsten Zwischenergebnisse komprimiert dargestellt:

- Veranstaltung "Zukunftslabor indeland" am 02.05.2013 im Technologiezentrum Jülich mit gezielter Beteiligungsakquise zur künftigen Zusammenstellung von Arbeitskreisen und Workshops; weitere Zukunftskonferenzen für die Jahre 2014 und 2015 sind bereits in Planung
- Veranstaltung "Braunkohlenregionen im Wandel" – Kompetenzbrücke Lausitz – IRR am 19.09.2013
- Vergabe von Vertiefungsstudien zu den Branchenschwerpunkten Forschung und Entwicklung, Energie und Umwelt, Materialien und Werkstoffe sowie Logistik
- Entwicklung von Gewerbeflächenschwerpunkten innerhalb des indelandes und insbesondere Einbeziehung weiterer Beteiligter
- Beauftragung Studie zum Screening "Ermittlung von Organisationsformen privater gemeinschaftlicher Bauprojekte"
- Fortentwicklung des Ansatzes Faktor-X-Siedlungen im indeland
- Erhöhung der Eigenleistung des Projektpersonals gegenüber bisher beabsichtigten Fremdvergaben von Leistungen.

Die Projektfortschritte sowie die Abbildung von Eigenleistungen gegenüber ursprünglich beabsichtigten Fremdvergaben werden regelmäßig mit der Bewilligungsstelle kommuniziert.

Nach wie vor nimmt die Kommunikation der Marke indeland eine unverändert hohe Bedeutung für die Gesellschaft ein. Alle Gesellschafterkommunen halten die finanzielle Unterstützung von lokalen Projekten für identitätsstiftend und finden bei der Bürgerschaft hohe Anerkennung. Vor diesem Hintergrund hat die Geschäftsführung in 2013 eine neue Schärfung der Marke indeland angestoßen, um gemeinsam mit den Beteiligten ein einheitliches Markenimage zu entwickeln,

das im Anschluss noch besser kommuniziert werden soll. Der Markenprozess dauert in 2014 an.

Die Bauarbeiten des JUFA-Projektes „Energiewelt indeland“, hier insbesondere am Modul Erlebnispavillon, waren in 2013 fast abgeschlossen. Entsprechend dem Baufortschritt des Erlebnispavillons wurden in 2013 in Teilbeträgen von 2 * 50.000 € und final 72.000 € die vertraglich vereinbarten Zuschussleistungen (insgesamt 500.000 €) vollständig ausgezahlt. Durch die eindeutige Zuordnung der Zuschussleistungen zum Erlebnispavillon wurde die gemeinnützige Zweckbindung der EWIG-Mittel entsprechend dem Gesellschaftszweck „Förderung von Bildung und Erziehung, Jugendhilfe und Sport“ realisiert.

In 2013 war von besonderer Bedeutung der Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Entwicklungsgesellschaft indeland und der Gemeinde Inden vom 12.12.2013/17.12.2013. Die Gemeinde Inden erhielt in 2013 eine Einmalzuwendung in Höhe von 1,2 Mio. €, um eine dauerhafte und dem gemeinnützigen Satzungszweck der EwiG fördernde Unterhaltung und Betrieb des Indemannes sowie die Neuerrichtung künftiger Ein- und Anbauten bis zum 31.12.2029 sicherzustellen. Mit dieser einmaligen Zuwendung wird die Gemeinde Inden in die Lage versetzt, die Verpflichtungen aus § 3 der o. a. Vereinbarung dauerhaft umzusetzen und zu finanzieren.

Die Zuwendungsbestätigung der Gemeinde Inden liegt zwischenzeitlich vor.

Lage

Ertragslage

Das Jahresergebnis 2013 der Gesellschaft beinhaltet folgende wesentlichen Erträge:

Fördergelder des Landes NRW	106.000 €
Mittel der RWE AG	965.000 €
Sparkasse Düren	260.000 €
Eigenanteile Gesellschafter	253.000 €

Den Erträgen stehen folgende wesentlichen Aufwendungen gegenüber:

Für Projekte der Gesellschafter:	
Projekte Stadt Eschweiler	192.000 €
Projekte Gemeinde Inden (inkl. anteilige Zuwendung Betrieb und Unterhalt Indemann)	7.000 €

Für Projekte/Aufwendungen der Gesellschaft:	
Energiewelt indeland	172.000 €
Strukturentwicklung im indeland (ohne Investitionen)	127.000 €
Allgemeine Kommunikation	90.000 €
Lokale Kommunikation	95.000 €
Grundlagenstudien	46.000 €
Triathlon	30.000 €
Via Belgica	25.000 €
Netzaufbau wissenschaftliche Einrichtungen	5.000 €
Rechts- und Beratungskosten	61.000 €
Abschluss- und Prüfungskosten	22.000 €
Zinsaufwendungen	25.000 €

Vermögens- und Finanzlage

Die Herkunft der Mittel der Gesellschaft zum 31.12.2013 stellt sich wie folgt dar:

Eigenkapital	495.000 €
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	7.000 €
Rückstellungen	65.000 €
Verbindlichkeiten	819.000 €
- davon langfristig (Restlaufzeit > 1 Jahr)	454.000 €
- davon gegenüber Gesellschaftern	0 €
Die Mittel der Gesellschaft wurden zum Bilanzstichtag wie folgt verwendet:	
Investitionen in Anlagevermögen 2013	6.000 €
- davon immaterielle Vermögensgegenstände	0 €
- davon Sachanlagen (davon Strukturentwicklung im indeland 5 T€)	6.000 €
Anlagevermögen	14.000 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	115.000 €
- davon langfristig (Restlaufzeit > 1 Jahr)	0 €
Sichtguthaben bei Kreditinstituten	43.000 €
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	1.214.000 €

Die Förderung der EuRegionale 2008-Projekte des „indelandes“ erfolgte hauptsächlich über Mittel der RWE Power AG und über Fördergelder des Landes NRW mit folgenden wesentlichen Zuwendungsbescheiden:

<u>Bescheid</u>	<u>Fördersumme</u>
05/98/05 vom 30.12.2005	620.000 €
05/53/06 vom 08.12.2006	794.000 €
05/66/07 vom 30.10.2007	1.224.000 €
05/39/08 vom 29.10.2008	1.948.000 €
05/53/09 vom 04.09.2009	1.146.000 €
05/26/10 vom 30.09.2010	835.000 €

Die Auszahlungen der Zuwendungen waren auf die Jahre 2007 bis 2013 verteilt. Alle beschiedenen Beträge sind zwischenzeitlich eingegangen. Der fördertechnisch festgesetzte Durchführungszeitraum ist am 31.12.2013 abgelaufen. Die Vorbereitungen der Projektträger EuRegionale 2008 zur Fertigung von Schlussverwendungsnachweisen sind abgeschlossen. Der Schlussverwendungsnachweis wird durch den Kreis Düren im 1. Halbjahr 2014 der Bezirksregierung in Köln vorgelegt.

Zusätzlich erhielt die EwiG für das Projekt "Strukturentwicklung im indeland" noch in 2012 einen Bewilligungsbescheid in Höhe von 375.953,60 € an Fördergeldern. Durch Mittelabruf konnte in 2013 bereits ein Betrag in Höhe von 14.979,48 € vereinnahmt werden.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Da die Gesellschaft als steuerbefreite gemeinnützige Körperschaft in erster Linie nicht nach Gewinn sondern nach Verwirklichung ihrer gemeinnützigen Zwecke strebt, haben Eckdaten und Kennzahlen zur Ertragslage bzw. zur Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft wenn überhaupt nur eine eingeschränkte Aussagekraft.

Finanzielle Leistungsindikatoren der Gesellschaft in 2013 sind:

Eigenkapitalrentabilität	92,07 %
Gesamtkapitalrentabilität	34,69 %
Personalintensität	17,46 %
Anlagenintensität	1,00 %
Anlagendeckung	3.578,35 %
Eigenkapital	495.000 €
Eigenkapitalquote	35,70 %
Cashflow	476.000 €
Kapitaldienstfähigkeit	502.000 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	2 Jahre

Die finanziellen Leistungsindikatoren wurden dabei wie folgt definiert:

Eigenkapitalrentabilität =	Jahresüberschuss, -fehlbetrag / Eigenkapital
Gesamtkapitalrentabilität =	(Jahresüberschuss, -fehlbetrag + Ertragsteuern + Zinsaufwand) / Gesamtkapital
Personalintensität =	Personalaufwand / Gesamtleistung
Anlagenintensität =	Anlagevermögen / Gesamtvermögen
Anlagendeckung =	Eigenkapital / Anlagevermögen
Eigenkapital =	Eigenkapital lt. Bilanz
Eigenkapitalquote =	Eigenkapital / Gesamtkapital
Cashflow =	Jahresüberschuss, -fehlbetrag + Abschreibungen + Erhöhung langfristige Rückstellungen
Kapitaldienstfähigkeit =	Cashflow + Zinsaufwand
Dynamischer Verschuldungsgrad =	Nettofinanzschulden* / Cashflow

* Verbindlichkeiten – liquide Mittel

Nachtragsbericht

Erst nach Abschluss des Geschäftsjahres 2013 hat der Kreis Düren die vereinbarte Sachkostenpauschale in Höhe von 4.000 € für das Jahr 2013 in Rechnung gestellt. Zusätzlich hat der Kreis Düren eine Nachforderung für die Personalkostenerstattung für die Jahre 2007-2013 in Höhe von 20.298,71 € angekündigt. Vor dem Hintergrund einer festgestellten steuerpflichtigen Personalgestellung soll die bisher geltend gemachte Personalkostenerstattung nachträglich der Umsatzsteuer unterworfen werden.

Prognosebericht

Die EuRegionale 2008-Projekte des indelandes werden mit ihren Restarbeiten in der 1. Jahreshälfte in 2014 vollständig abgeschlossen sein. Inhaltlich steht nun die Verstetigung des freizeitorientierten Angebotes im indeland an. Insbesondere die innere Erschließung des vorhandenen Angebotes und der bestehenden Potentiale soll dabei verbessert werden. Ein wichtiger Beitrag ist zwischenzeitlich das Jugend- und Familiengästehaus am Brückenkopf-Park in Jülich, das zwischenzeitlich eröffnet werden konnte. Mit den dortigen Angeboten ist ein weiterer bedeutender Kristallisationspunkt im indeland entstanden, der eine Vernetzung vorhandener Angebote

erleichtern wird. So ist z. B. beabsichtigt, das Angebot an E-Bikes im indeland auszubauen und durch den Umbau eines vorhandenen Gebäudes am Bahnhof Langerwehe ein "Eingangstor" ins indeland zu schaffen.

Diese Absichten werden durch die absehbare finanzielle Ausstattung der Gesellschaft begünstigt. Durch vorgenommene Sondertilgungen, aber auch durch ein dauerhaft günstiges Zinsniveau hat sich der Schuldendienst für noch bestehende Fremdmittel sehr viel früher als erwartet zurückführen lassen. Damit können die Aufwendungen aller Projektträger für Maßnahmen der EuRegionale 2008 frühzeitiger als vorgesehen finanziell abgeschlossen werden. Hinzu kommt, dass in 2013 Verhandlungen mit RWE Power aufgenommen wurden, eine Anschlussvereinbarung zum am 31.12.2013 ausgelaufenen Vertrag (bisher 300.000 € jährlich) abzuschließen. Von einem positiven Abschluss dieser Verhandlungen ist grundsätzlich auszugehen, so dass die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft auch weiterhin aufrechterhalten werden kann.

Chancen und Risikobericht

Risikobericht

Maßnahmen der Gesellschaft waren bislang geprägt von Förderzusagen des Landes, die entsprechend der erteilten Bewilligungsbescheide auch realisiert werden konnten. Die Förderkorridore Ziel-2, Interreg oder andere wurden seitens der EU oder des Landes NRW regelmäßig für eine bestimmte Förderperioden ausgerufen. Diese Förderphasen sind in 2013 abgelaufen. Derzeit laufen die Konsultationen der absehbar neuen Auflage dieser Förderphasen, z. B. ab 2015 bis zum Jahr 2021 auf EU-Ebene aber auch auf Landesebene. Das bedeutet, dass wohl auch für das Jahr 2014 noch nicht umfängliche Möglichkeiten bestehen werden, Förderprojekte anzumelden und über diese Instrumente eine Co-Finanzierung einzuwerben. Andererseits hat sich die Geschäftsführung ausweislich der Wirtschaftsplanung an diesen Perspektiven orientiert.

Nach wie vor hat die Bezirksregierung Köln bezüglich einer bereits stattgefundenen Prüfung der Verwendung von EuRegionale 2008-Fördergeldern durch das Staatliche Rechnungsprüfungsamt keine Rückforderungen gegenüber dem Kreis Düren bzw. den Projektträgern geltend gemacht. Die Schlussverwendungsnachweise zur Abwicklung der Fördermittel werden bis Mitte des Jahres 2014 vorgelegt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich hieran erneut eine Prüfung anschließen könnte.

Die Betriebsprüfung der Gesellschaft durch das zuständige Finanzamt dauert weiterhin an, ohne dass bislang belastbare Aussagen oder aber Zwischenergebnisse seitens der Finanzbehörde kommuniziert worden wären. Da der Fokus der Prüfung auf die Gemeinnützigkeit der Gesellschaft liegt, bedarf es nach wie vor einer intensiven und konsequenten Unterordnung aller Geschäftsvorfälle unter den gemeinnützigen Satzungszweck.

Mehrfach wurde bereits die Bedeutung eines Anschlussvertrages mit RWE Power beschrieben, nachdem der Ursprungsvertrag, nach dem RWE Power zur Unterstützung der Gesellschaft einen Betrag in Höhe von 300.000 € jährlich gezahlt hat, am 31.12.2013 abgelaufen ist.

Nach wie vor ist eine solche Anschlussvereinbarung von großer Bedeutung, um die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt dauerhaft zu sichern. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichtes lag noch keine verbindliche Vereinbarung vor.

Chancenbericht

Im Hinblick auf den vorerwähnten Anschlussvertrag hat RWE Power zwischenzeitlich durchaus zu erkennen gegeben, dass für die Jahre 2014 bis 2016 weitere Unterstützungsleistungen gewährt werden sollen. Aller Voraussicht nach werden sich die unterstützenden Leistungen strukturell etwas ändern, indem z. B. eine projektorientierte Zusammenarbeit intensiviert werden wird. Die bisherigen Aussagen von RWE Power haben einen Grad an Verbindlichkeit erreicht, der die Geschäftsführung in die Lage versetzt hat, einen Betrag in Höhe von 150.000 € bereits in den Wirtschaftsplan 2014 zur Gegenfinanzierung entstehender Aufwendungen einzubringen.

Nach den bisherigen Erkenntnissen ist davon auszugehen, dass die Kreditmittelbindung für EuRegionale 2008-Projekte absehbar in 2018 auslaufen wird. Dies wird die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft insgesamt begünstigen.

Die Geschäftsführung hat bereits in 2013 eine Bewerbung als "LEADER-Region" angestoßen. Das indeland erfüllt die für diese Förderkulisse formulierten Vorgaben zur Größenklasse, insbesondere aber auch zur Homogenität hinsichtlich geographischer, wirtschaftlicher und sozialer Kriterien. Insofern ist die Geschäftsführung nach Abstimmung mit einem erprobten Fachbüro zuversichtlich, dass sich ein derzeit in Abstimmung befindlicher Wettbewerbsbeitrag durchsetzen kann und das indeland und weitere angegliederte Kommunen anerkannte "LEADER-Region" werden können. Hiermit verbindet sich eine Förderperiode voraussichtlich bis ins Jahre 2021 und der Option, das künftige zwar kleinere, lokal geprägte Maßnahmen aber durchaus wichtige Projekte innerhalb des indelandes durch Fördergelder bis zu einer Größenordnung von 80 % co-finanziert werden könnten.

Im Falle eines erfolgreichen Wettbewerbs eröffnen sich folgerichtig weitere finanzielle Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten.

Gesamtaussage

Nach den o. a. Darstellungen erscheinen die Risiken überschaubar, während die Aussichten für die künftigen Jahre durchaus positive Wirkung haben dürften. Die finanzielle Basis ist bei weiterer aufwandsorientierter Weitsicht der Gesellschaft als gesichert anzusehen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

Kreis Düren
VermögensVerwaltungsGesellschaft mbH

Kreis Düren
VermögensVerwaltungsGesellschaft mbH

Bismarckstr. 16
52351 Düren
Telefon: 02421/22 - 2353
Telefax: 02421/22 - 2010
E-Mail: p.kaptain@kreis-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung, Betreuung und Vermarktung des Bestehenden Infrastrukturvermögens der Gesellschaft.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat sie nur einen Geschäftsführer, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit den Prokuristen vertreten. Bei Bestellung von mehreren Geschäftsführern kann einem oder mehreren von ihnen die Befugnis zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft erteilt werden.

Gesellschafterversammlung: Als Vertreter der Gesellschaft sollen der Gesellschafterversammlung der Landrat des Kreises Düren, die Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen sowie ein Vertreter der S-Beteiligungsgesellschaft Düren mbH an.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

1. Änderungen des Gesellschaftervertrages,
2. die Auflösung der Gesellschaft,
3. die Feststellung des Jahresabschlusses innerhalb von acht Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres und die Verwendung des Ergebnisses,
4. die Bestellung des Abschlussprüfers,
5. Kapitalerhöhungen, Gesellschafterdarlehen und ggf. Nachschüsse,
6. den Wirtschaftsplan und Finanzplan,
7. die Beteiligung an Unternehmen (§ 107 Abs. 1 GO NRW)
8. Erwerb oder Veräußerung von Unternehmen oder Beteiligungen,
9. Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S. der §§ 291, 291 Abs. 1 AktG,
10. Bestellung, Anstellung, Abberufung und Entlastung des/ der Geschäftsführer(s), sowie den Abschluss und die Änderung von Anstellungsverträgen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Kaptain, Peter Kreis Düren Dezernent

Gesellschafterversammlung: Der Gesellschafterversammlung gehören als Vertreter der Gesellschafter der Landrat des Kreises Düren, die Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen sowie ein Vertreter der S- Beteiligungsgesellschaft Düren mbH an.

Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit nicht das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorschreibt. Jedes Mitglied hat entsprechend der Anteile des Gesellschafters Stimmrecht. Mehrere Vertreter des Kreises Düren und/oder einer Kommune und/oder der S- Beteiligungsgesellschaft Düren mbH können aus einem oder mehreren Geschäftsanteilen ihr Stimmrecht nur einheitlich ausüben. Abgestimmt wird nach Geschäftsanteilen. Je 100 EURO eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

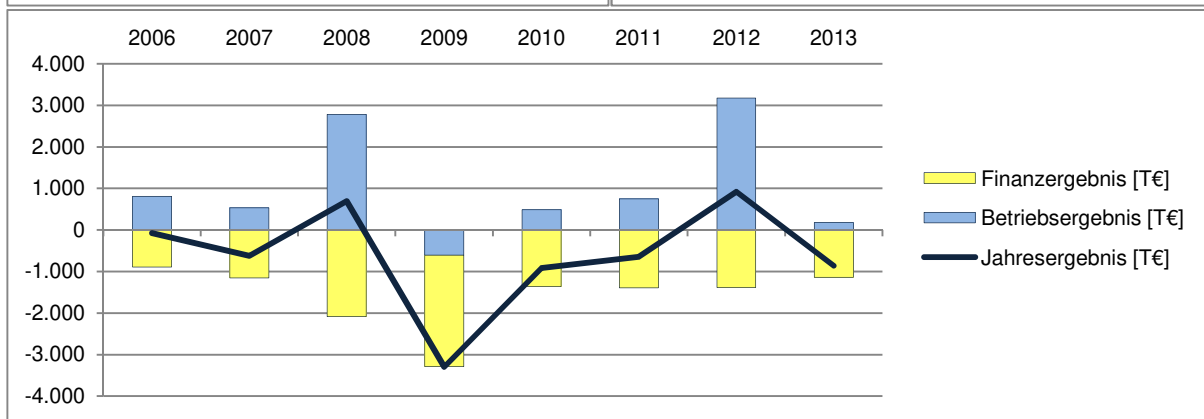
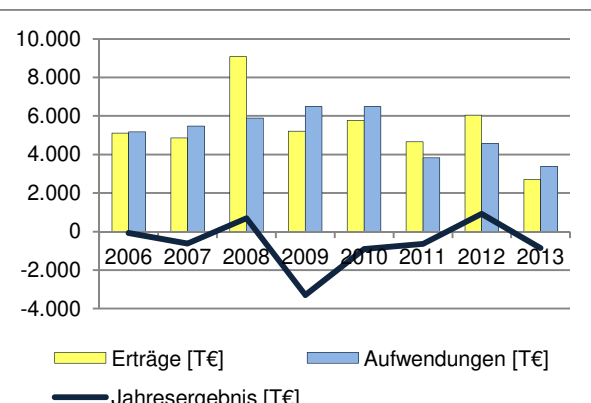
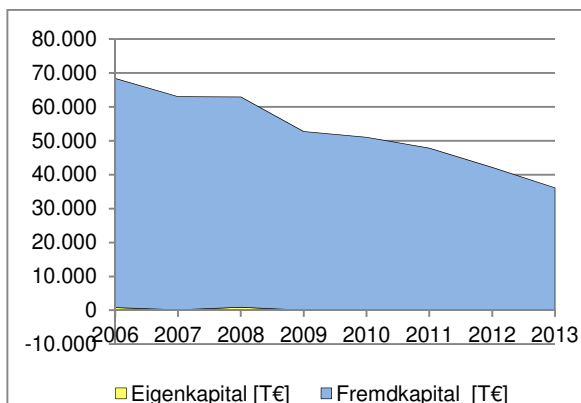
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52349 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.540.000,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	1.386.000 €	90,00%
Stadt Heimbach	38.500,00 €	2,50%
Stadt Nideggen	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Hürtgenwald	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Vettweiß	38.500,00 €	2,50%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
II. Sachanlagen	35.421.119,98 €	28.019.894,58 €	26.992.707,58 €	-1.027.187,00 €	-3,67%
III. Finanzanlagen	145.330,60 €	118.010,00 €	118.009,00 €	-1,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.336.464,92 €	1.055.924,00 €	964.000,00 €	-91.924,00 €	-8,71%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	4.208.377,04 €	3.176.528,07 €	3.247.069,68 €	70.541,61 €	2,22%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.832.447,82 €	6.786.637,69 €	988.603,42 €	-5.798.034,27 €	-85,43%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	19.149,94 €	29.031,25 €	9.881,31 €	51,60%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.848.394,98 €	2.928.042,35 €	3.789.231,96 €	861.189,61 €	29,41%
Summe Aktiva	47.792.135,34 €	42.104.186,63 €	36.128.652,89 €	-5.975.533,74 €	-14,19%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.540.000,00 €	1.540.000,00 €	1.540.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	150.000,00 €	150.000,00 €	150.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	-4.895.550,71 €	-5.538.394,98 €	-4.618.042,35 €	920.352,63 €	-16,62%
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-642.844,27 €	920.352,63 €	-861.189,61 €	-1.781.542,24 €	-193,57%
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.848.394,98 €	2.928.042,35 €	3.789.231,96 €	861.189,61 €	29,41%
B. Rückstellungen	771.357,68 €	515.000,05 €	479.210,23 €	-35.789,82 €	-6,95%
C. Verbindlichkeiten	47.001.848,70 €	40.702.807,37 €	2.609.922,66 €	-38.092.884,71 €	-93,59%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	18.928,96 €	16.379,21 €	32.269.520,00 €	32.253.140,79 €	196915,12%
E. Passive latente Steuern	0,00 €	870.000,00 €	770.000,00 €	-100.000,00 €	-11,49%
Summe Passiva	47.792.135,34 €	42.104.186,63 €	36.128.652,89 €	-5.975.533,74 €	-14,19%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	4.168.650,30 €	2.936.296,46 €	2.627.673,01 €	-308.623,45 €	-10,51%
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-738.711,65 €	-280.540,92 €	-91.924,00 €	188.616,92 €	-67,23%
3. sonstige betriebliche Erträge	327.916,93 €	3.021.533,59 €	874,89 €	-3.020.658,70 €	-99,97%
4. Materialaufwand	695.676,50 €	91.448,89 €	389.038,01 €	297.589,12 €	325,42%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	1.487,82 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	1.133.277,60 €	1.225.617,75 €	1.028.985,82 €	-196.631,93 €	-16,04%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.179.526,11 €	1.182.468,38 €	941.444,40 €	-241.023,98 €	-20,38%
Betriebsergebnis	747.887,55 €	3.177.754,11 €	177.155,67 €	-3.000.598,44 €	-94,43%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	13.300,00 €	7.600,00 €	7.600,00 €	0,00 €	0,00%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	148.928,57 €	74.883,74 €	68.064,84 €	-6.818,90 €	-9,11%
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	27.320,60 €	0,00 €	-27.320,60 €	-100,00%
11. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.552.458,31 €	1.442.564,62 €	1.213.938,32 €	-228.626,30 €	-15,85%
Finanzergebnis	-1.390.229,74 €	-1.387.401,48 €	-1.138.273,48 €	249.128,00 €	-17,96%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-642.342,19 €	1.790.352,63 €	-961.117,81 €	-2.751.470,44 €	-153,68%
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	870.000,00 €	-100.000,00 €	-970.000,00 €	-111,49%
13. sonstige Steuern	502,08 €	0,00 €	71,80 €	71,80 €	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-642.844,27 €	920.352,63 €	-861.189,61 €	-1.781.542,24 €	-193,57%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Als Mieter des in Besitz der VVG stehenden Feuerschutztechnischen Zentrums in Kreuzau-Stockheim, des Verwaltungsgebäudes Haus C in Düren und der ARENA zahlt der Kreis Düren Miete, Neben-, Wartungs- und Instandhaltungskosten.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell

Mit Gesellschaftsvertrag nach dem Stand vom 1. Januar 2011 wurde die in „Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH“ umbenannte vormalige „Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Düren mbH“ umfirmiert und entsprechend den durch Gremienbeschlüsse beabsichtigten Umstrukturierungen im Rahmen des Gesellschaftsvertrages angepasst. Nach § 2 des Gesellschaftsvertrags ist Gegenstand des Unternehmens die Verwaltung, Betreuung und Vermarktung des bestehenden Infrastrukturvermögens der Gesellschaft. Hierbei wirtschaftet die Gesellschaft nach § 109 GO NRW, die Erreichung des öffentlichen Zwecks hat Vorrang vor der Gewinnerzielung.

Da die Gesellschaft seit dem 1. Januar 2011 nicht mehr über eigenes Personal verfügt, wird die Verwaltung des Gesellschaftsvermögens über einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) abgewickelt, der auch die Betriebsführung und die Vermarktung der ARENA Kreis Düren beinhaltet.

Ziele und Strategien

Die Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH konzentriert nach der erfolgten Umstrukturierung ihre Aktivitäten auf die Verwaltung der drei Großimmobilien Haus C, Feuertechnisches Zentrum und ARENA. Die Finanzierung dieser Immobilien ist infolge des im abgelaufenen Geschäftsjahr realisierten Forward-Forfaitierungsgeschäfts mit der Landesbank Baden-Württemberg bis zum Jahr 2041 gesichert. Die Gesellschaft hat danach keine langfristigen Kreditverpflichtungen mehr.

Der weitere Schwerpunkt liegt im Betrieb der ARENA Kreis Düren. Der Hallenbetrieb konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin optimiert werden. Die Bemühungen werden im Bereich der Akquisition von Werbepartnern und im Bereich eines veranstaltungsspezifischen Controllings fortgesetzt.

Steuerungssystem

Grundlage für die Steuerung des Unternehmens stellt die jährlich aufzustellende 5-jährige Wirtschafts- und Finanzplanung dar.

Zu Rechnungswesen und Administration wird auf die Ausführungen unter 1.1 verwiesen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Mit einem Wirtschaftswachstum von 0,4 % im Jahr 2013 ist die deutsche Wirtschaft insgesamt schwach gewachsen. Da das Beschäftigungsniveau allerdings mit 41,6 Mio. Erwerbstätigen auf Rekordniveau lag, resultierten wesentliche wirtschaftliche Impulse aus dem Konsumverhalten des privaten Sektors. Der private Konsum stieg um 0,9 %.

Der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt bewegte sich in den vergangenen Jahren knapp unterhalb der 50 %-Grenze und stellt damit einen wesentlichen Anteil dar. Die soziale Sicherung ist der wichtigste Aufgabenbereich, der den regelmäßig größten Anteil an den öffentlichen Ausgaben ausmacht.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere das Konsumverhalten der Privathaushalte in Verbindung mit einem für die Region adäquaten Veranstaltungskalender sorgten für eine anhaltend gute Auslastung der ARENA.

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf für das Berichtsjahr war durch folgende Tätigkeitsschwerpunkte geprägt: Der Prozess der Neuausrichtung der Gesellschaft wurde auch im Jahr 2013 erfolgreich fortgesetzt. Die Geschäftstätigkeit reduzierte sich auf die Immobilienverwaltung, den Betrieb der ARENA Kreis Düren und die Abwicklung der Erschließungsmaßnahmen.

Die Gesellschaft arbeitet ohne eigenes Personal.

Einen Arbeitsschwerpunkt bildeten dabei die Bemühungen zur Vermarktung der ehemaligen Jugendherberge in Nideggen, Rather Straße und des Laborgebäudes in Jülich. Für die Rather Str. laufen zurzeit vielversprechende Verhandlungen. Für das Laborgebäude in Jülich konnte in Zusammenarbeit mit dem Technologiezentrum Jülich (TZJ) eine Interimslösung gefunden werden, indem Teile der leerstehenden Flächen vermietet wurden.

Das Baugebiet Titz B ist mittlerweile vollständig vermarktet, die Maßnahme konnte damit abgeschlossen werden.

Bei der Treuhandmaßnahme in Vettweiß-Jakobwüllesheim ist die Erschließung einschließlich des Straßenendausbaus abgeschlossen. Zum Berichtszeitpunkt lag die Schlussrechnung für den Straßenendausbau noch nicht vor.

Mit einer der beiden Treugebergemeinschaften konnte der Dienstleistungsvertrag im beiderseitigen Einvernehmen unter Auskehrung einer Kaufpreissumme vorzeitig beendet werden. Für die zweite Treugebergemeinschaft wurde bereits in 2012 ein Kaufpreisteilbetrag ausgezahlt.

Im Bereich des Erschließungsgebiets Germeter ist der erste Bauabschnitt nach Verlegung der Ver- und Entsorgungsleitungen sowie der Baustraße erschlossen. Im Berichtsjahr konnte ein Grundstück verkauft werden, ein weiteres bis zum Berichtszeitpunkt in 2014. Die Finanzierung über einen Kontokorrentkredit läuft zunächst bis zum 31.03.2015.

Im Erschließungsgebiet Vettweiß, Waldweg-Tannenweg ist das gesamte Baugebiet nach Verlegung der Ver- und Entsorgungsleitungen sowie der Baustraße erschlossen. Die Nachfrage nach den Baugrundstücken ist anhaltend positiv.

Aus dem ersten Bauabschnitt wurden bis 2011 alle 15 Grundstücke verkauft. Hierfür ist bereits der Straßenendausbau fertig gestellt.

Von den im 2. Bauabschnitt vorhandenen 21 Grundstücken wurden bis zum 31.12.2013 bereits 15 vermarktet.

Im dritten Bauabschnitt stehen weitere 25 Grundstücke zur Verfügung, ein Grundstück zur Erweiterung eines Seniorenheims ist bereits veräußert. Auch hier sind Ver- und Entsorgungsleitungen einschl. Baustraße erschlossen.

Der Betrieb der ARENA Kreis Düren läuft erfolgreich „in eigener Regie“. Die Anzahl der Veranstaltungen ist konstant; die Strukturierung laufender Verträge und Arbeitsabläufe ist erfolgreich umgesetzt worden.

Lage

Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr liegt ein Rückgang bei den Umsatzerlösen vor. Dieser Rückgang resultiert aus geringeren Mieterträgen infolge des Verkaufs der Gebäude AOK und Polizei.

Die Abweichung im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge beruht auf dem im Vorjahr ausgewiesenen Veräußerungsgewinn aus dem Verkauf des AOK- und des Polizeigebäudes sowie dem Mittelzufluss aus der Parkraumbewirtschaftung des Vorjahres.

Die im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Aufwendungen für bezogene Leistungen haben ihren Ursprung in den Aktivitäten im Rahmen der Treuhandmaßnahmen insbesondere im Straßenendausbau.

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres erfolgten planmäßig.

Das Finanzergebnis, wenn auch in absoluten Zahlen negativ, verbesserte sich um 220 T€. Der Rückgang ergibt sich als Folge verringerter Zinsaufwendungen nach Umstellung der Immobilienfinanzierung durch das Forfaitierungsgeschäft.

Insgesamt weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag i.H. von TEUR 861 für das Geschäftsjahr aus. Die Abweichung zum Vorjahr, das mit einem Jahresüberschuss von TEUR 920 endete, liegt im Wesentlichen in dem Veräußerungsgewinn der beiden Großimmobilien "AOK" und "Polizei" als Sondereffekt begründet.

Zum Wirtschaftsplan ergibt sich eine Verbesserung um TEUR 72, die hauptsächlich auf die Beteiligung des Kreises an den Nebenkosten der ARENA Kreis Düren beruht.

Finanzlage

Die liquiden Mittel der Gesellschaft verringerten sich um EUR 5,7 Mio. Diese Tatsache ist auf den Einsatz der vorhandenen Liquidität zur Teilablösung der Finanzierung bei der Deutschen Kreditbank AG in Berlin zurück zu führen.

Darüber hinaus wurde das Kreditgeschäft mit der DKB in Berlin bei Vertragsablauf durch das Forfaitierungsgeschäft mit der Landesbank Baden-Württemberg abgelöst. Die Folge hieraus ist die Abtretung der Mieteinnahmen an die LBBW; gleichzeitig entfällt die Verpflichtung zur Zahlung von Zins- und Tilgungsleistungen an die finanzierende Bank.

Die Einnahmen der Gesellschaft werden künftig nur noch aus dem Hallenbetrieb der ARENA Kreis Düren generiert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. EUR 5,9 Mio. auf EUR 36,1 Mio. verringert. Dies resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen des Sachanlagevermögens und dem Abgang der liquiden Mittel zur Ablösung der DKB Finanzierung.

Das bisher langfristige DKB-Darlehen wurde zwar im Mai 2013 aus dem Forfaitierungserlös außerplanmäßig vorzeitig getilgt; hierfür entsteht aber ein langfristig gebundener passiver Rechnungsabgrenzungsposten. Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind daher durch entsprechend langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt.

Die Immobilieninvestitionen wurden laufzeitkongruent durch langfristiges Fremdkapital gedeckt. Im Rahmen des Forfaitierungsgeschäfts wurden die Mietverträge für die drei betroffenen Großimmobilien FTZ, Haus C und ARENA an die Erfordernisse dieses Vertrages angepasst. Es erfolgte sowohl eine Mietvertragsverlängerung als auch die Anpassung der die Indexierungsklausel für das FTZ an die von Haus C und ARENA.

Nach der Wirtschafts- und Finanzplanung für die Jahre 2014 - 2018 wird von der Aufrechterhaltung der Zahlungsbereitschaft trotz weiterhin negativer Ertragslage des Unternehmens ausgegangen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das Risikomanagement des Unternehmens wurde aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der GIS und deren konzernabhängiger Integrierung in das Mutterunternehmen, die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, in deren Controlling- und Überwachungssystem einbezogen.

1. Bilanzzahlen	31.12.2013
Bilanzsumme.....	TEUR 36.129
Sachanlagevermögen	TEUR 26.993
Eigenkapital.....	TEUR - 3.789

2. Gewinn- und Verlustrechnung		2013
Umsatzerlöse	TEUR	2.628
Gesamtleistung	TEUR	2.536
Rohergebnis	TEUR	2.148
Betriebsergebnis	TEUR	177
Finanzergebnis	TEUR	- 1.138
Ertragsteuern (latenter Steuerertrag)	TEUR	100
Jahresfehlbetrag	TEUR	-861

Das operative Geschäft der Gesellschaft besteht in der Verwaltung der drei Großimmobilien sowie des Hallenbetriebs der ARENA Kreis Düren mbH. Als Steuerungselemente dienen die jährlich aufzustellenden Wirtschafts- und Finanzpläne sowie die laufende Liquiditätsüberwachung. Daraus werden Rentabilitätskennziffern und Cashflow-Analysen abgeleitet. Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren (Hauptgesellschafter) von besonderer Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Gesellschaftszweck nachhaltig erreicht wird.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Prognosebericht

Für die Geschäftsjahre 2014 ff geht die Wirtschaftsplanung des Unternehmens von stetiger Reduzierung der Jahresfehlbeträge aus. Durch die Konzentration der geschäftlichen Aktivitäten auf die Verwaltung der drei Großimmobilien sowie den Hallenbetrieb der ARENA wird die Planung übersichtlich und führt zu mehr Planungssicherheit.

Risikobericht

Unter Berücksichtigung der verfügbaren finanziellen Mittel und einer trotz schwieriger Vermarktungssituation kurz- bis mittelfristigen Veräußerung des Grundstücks Rather Straße und des Laborgebäudes in Jülich ist nicht von Liquiditätsengpässen auszugehen. Es wird von fortbestehender Zahlungsfähigkeit des Unternehmens ausgegangen.

Eine insolvenzrechtliche Überschuldung wird nach der Entfristung des Überschuldungsbegriffs im Sinne des § 19 InsO demnach nicht entstehen.

Chancenbericht

Durch die Restrukturierung der Gesellschaft und die Neuausrichtung durch den Abschluss langfristiger Verträge im Bereich der Miet- und Finanzierungsverträge besteht für den Immobilienbereich langfristige Planungssicherheit.

Im Bereich der ARENA wurden entscheidende Maßnahmen zur positiven Entwicklung des Geschäftsbereichs und zur Vermeidung bzw. Abwendung von Defiziten ergriffen. Hierzu gehören insbesondere die Einführung von neustrukturierten Vergütungssystemen für Werbung, Sponsoring und Hallenmiete. Die Position des ausgeschiedenen Hallenmanagers wurde personell nicht wieder besetzt. Eine Einbindung des Kreises im Bereich einer Kostenumlage für den Schulsport konnte ab Mitte des vergangenen Jahres umgesetzt werden.

Aus dem Wirtschaftsplan für die Jahre 2014-2018 ist die Tendenz abnehmender Jahresfehlbeträge ablesbar.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Kreis Düren VermögensVerwaltungsGesellschaft mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



GEMEINNÜTZIGE
WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFT
FÜR STADT UND KREIS DÜREN e.G.

gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G.

Grüngürtel 31
52351 Düren
Telefon: 02421/3909-0
Telefax: 02421/390970
E-Mail: info@wohnungsbaugenossenschaft-dn.de
Homepage: www.wohnungsbaugenossenschaft-dn.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.

Mitglieder können natürliche Personen, Personenhandelsgesellschaften sowie juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Vorstand:

Der Vorstand besteht mindestens aus 5 Personen. Sie müssen Mitglieder der Genossenschaft sein. Der Vorstand leitet die Genossenschaft unter eigener Verantwortung. Die Genossenschaft wird vertreten durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Der Vorstand ist insbesondere verpflichtet,

1. die Geschäfte entsprechend genossenschaftlicher Zielsetzung zu führen,
2. die für einen ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb notwendigen personellen, sachlichen und organisatorischen Maßnahmen rechtzeitig zu planen und durchzuführen,
3. für ein ordnungsgemäßes Rechnungswesen gemäß §§ 37 ff. der Satzung der Genossenschaft zu sorgen,
4. über die Zulassung des Mitgliedschaftserwerbs und über die Beteiligung mit weiteren Geschäftsanteilen zu entscheiden,
5. die Mitgliederliste nach Maßgabe des Genossenschaftsgesetzes zu führen und
6. im Prüfbericht festgehaltene Mängel abzustellen und dem Prüfungsverband darüber zu berichten.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat zu berichten über die beabsichtigte

Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung (insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung). Der Vorstand hat den Jahresabschluss und den Lagebericht unverzüglich nach Aufstellung den Aufsichtsrat vorzulegen.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht mindestens 3 Mitgliedern. Er hat den Vorstand in seiner Geschäftsführung zu fördern und zu überwachen. Der Aufsichtsrat vertritt die Genossenschaft gegenüber den Vorstandsmitgliedern. Er hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und die Vorschläge des Vorstandes für die Verwendung eines Jahresabschlusses und der Deckung eines Jahresfehlbetrages zu prüfen und der Mitgliederversammlung vor Feststellung des Jahresabschlusses darüber Bericht zu erstatten. Beschlüsse des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden ausgeführt.

Mitgliederversammlung In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Die Mitgliederversammlung beschließt über die im Genossenschaftsgesetz und die in der Satzung bezeichneten Angelegenheiten (insbesondere in § 34 der Satzung).

Besetzung der Organe

Allgemein

Vorstand: Mannheims, Heinz (Vorsitzender)
Grehl, Walter
Knappe, Hermann Josef
Vosen, Ingo

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 3 Mitgliedern.

Mitgliederversammlung: In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. 1 Stimme

Vertreter des Kreises Düren

Vorstand: Der Kreis Düren entsendet kein Mitglied.

Aufsichtsrat: Der Kreis Düren entsendet kein Mitglied.

Mitgliederversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

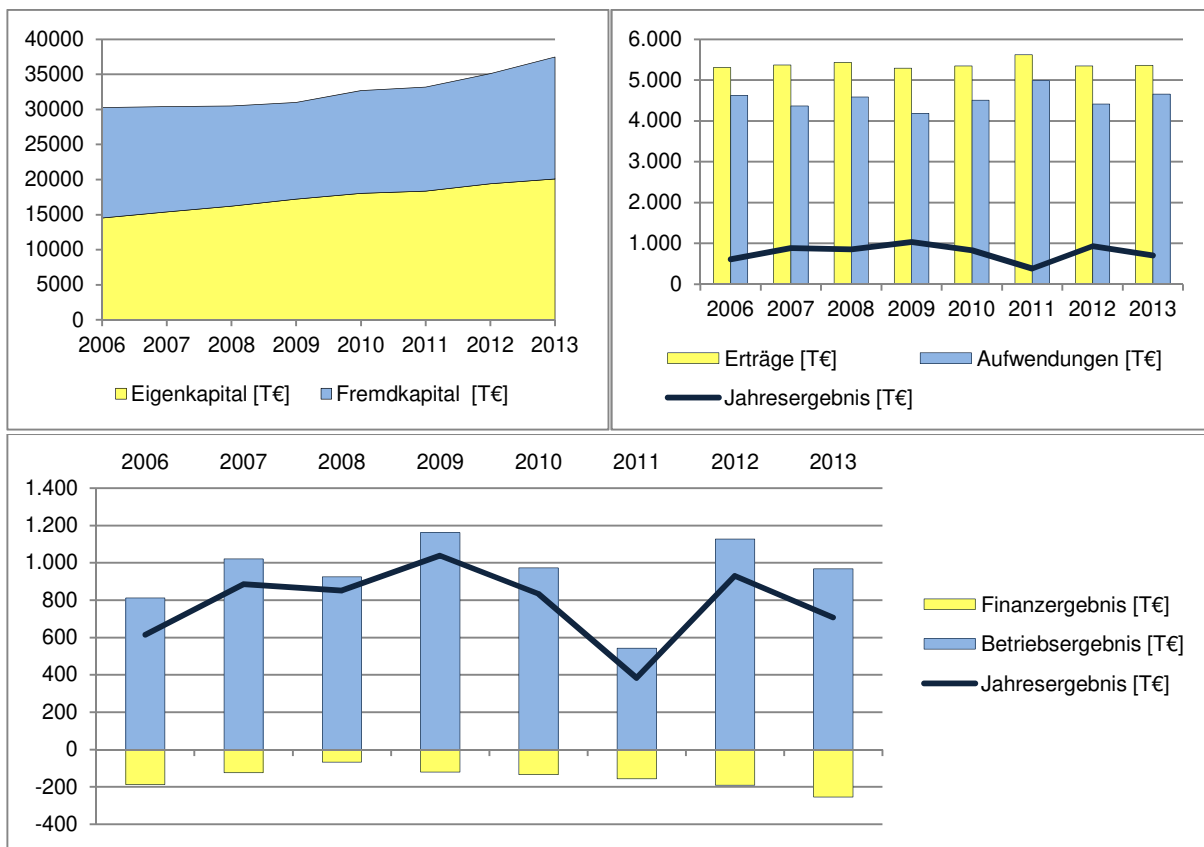
Sitz:	52351 Düren
Geschäftsguthaben (Stand 31.12.2012)	785.942,57 €

Mitglieder (Stand 31.12.2013)	Anteile (Stand 31.12.2013)	Anteil in %	Wert je Anteil	Wert insgesamt
1.953	3.723			
Kreis Düren	10	0,27%	205,00 €	2.050,00 €

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	24.235.527,28 €	27.293.225,46 €	29.791.200,27 €	2.497.974,81 €	9,15%
II. Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.356.264,94 €	1.390.429,50 €	1.402.511,97 €	12.082,47 €	0,87%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	192.610,00 €	155.615,82 €	101.930,60 €	-53.685,22 €	-34,50%
III. Kassenbestand	7.390.451,58 €	6.241.650,51 €	6.161.642,20 €	-80.008,31 €	-1,28%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	33.022,50 €	3.867,50 €	-29.155,00 €	-88,29%
Summe Aktiva	33.174.853,80 €	35.113.943,79 €	37.461.152,54 €	2.347.208,75 €	6,68%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Geschäftsguthaben der mit Ablauf des Geschäftsjahres ausgeschiedenen Mitglieder	17.335,00 €	19.952,59 €	16.810,00 €	-3.142,59 €	-15,75%
II. Der verbleibenden Mitglieder	628.217,38 €	765.989,98 €	761.899,01 €	-4.090,97 €	-0,53%
III. Aus gekündigten Geschäfts- anteilen	410,00 €	0,00 €	7.585,00 €	7.585,00 €	
IV. Ergebnisrücklagen	17.701.237,33 €	18.606.977,66 €	19.283.674,01 €	676.696,35 €	3,64%
V. Bilanzgewinn	25.439,23 €	25.177,90 €	30.615,00 €	5.437,10 €	21,59%
B. Rückstellungen	147.950,00 €	21.904,00 €	20.320,00 €	-1.584,00 €	-7,23%
C. Verbindlichkeiten	14.654.264,86 €	15.673.941,66 €	17.340.249,52 €	1.666.307,86 €	10,63%
Summe Passiva	33.174.853,80 €	35.113.943,79 €	37.461.152,54 €	2.347.208,75 €	6,68%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	5.210.536,39 €	5.024.565,47 €	5.177.289,33 €	152.723,86 €	3,04%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-127.024,63 €	34.164,56 €	12.082,47 €	-22.082,09 €	-64,63%
3. sonstige betriebliche Erträge	256.995,98 €	166.823,91 €	74.159,95 €	-92.663,96 €	-55,55%
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	2.959.227,84 €	2.339.833,77 €	2.297.238,74 €	-42.595,03 €	-1,82%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	30.599,62 €	36.575,00 €	37.985,00 €	1.410,00 €	3,86%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0,00 €	0,00 €		0,00 €	
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	803.132,43 €	784.207,85 €	872.794,10 €	88.586,25 €	11,30%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.005.131,68 €	937.351,23 €	1.088.003,86 €	150.652,63 €	16,07%
Betriebsergebnis	542.416,17 €	1.127.586,09 €	967.510,05 €	-160.076,04 €	-14,20%
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	152.324,97 €	117.964,52 €	102.516,01 €	-15.448,51 €	-13,10%
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Zinsen u. ähnlich Aufwendungen	308.739,36 €	307.783,14 €	356.778,97 €	48.995,83 €	15,92%
Finanzergebnis	-156.414,39 €	-189.818,62 €	-254.262,96 €	-64.444,34 €	33,95%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	386.001,78 €	937.767,47 €	713.247,09 €	-224.520,38 €	-23,94%
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-942,97 €	3.104,23 €	2.190,73 €	-913,50 €	-29,43%
12. sonstige Steuern	3.672,31 €	3.745,01 €	3.745,01 €	0,00 €	0,00%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	383.272,44 €	930.918,23 €	707.311,35 €	-223.606,88 €	-24,02%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0
Geschäftsbesorgung durch die Gemeinnützige Dürener Bauverein AG			

Verbindungen zum Kreishaushalt

In 2013 erhielt der Kreis Düren eine Dividende in Höhe von 82,00 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Angaben zum Unternehmen

Das im Jahre 1913 als Genossenschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Düren.

Die Geschäftsräume befinden sich in Düren, Grüngürtel 31.

Die Genossenschaft ist eine steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft mit partieller Besteuerung einzelner Geschäfte.

Das Unternehmen beschäftigt kein eigenes Personal. Die Geschäfte werden durch das Personal der Gemeinnütziger Dürener Bauverein AG, Düren, besorgt. Grundlage ist der Geschäftsbesorgungsvertrag aus 2008.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2013 war durch folgende wesentliche gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen gekennzeichnet:

Gesamtwirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2013 insgesamt als stabil erwiesen: Um 0,4 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt noch kräftiger gewachsen (2012 um 0,7 % und 2011 sogar um 3,3 %). Hier wirkten sich offensichtlich die anhaltende Rezession in einigen europäischen Ländern und eine gebremste wirtschaftliche Entwicklung belastend aus.

Die starke Binnennachfrage konnte dies nur bedingt kompensieren. Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 0,9 %, die des Staates um 1,1 %. Dagegen gingen die Investitionen zurück: Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 2,2 % weniger in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge als ein Jahr zuvor. Auch die preisbereinigten Bauinvestitionen gingen zurück, aber nur um 0,3 %. Der sonst so robuste deutsche Außenhandel büßte im Jahr 2013 angesichts eines weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds an Dynamik ein: Deutschland exportierte preisbereinigt zwar insgesamt 0,6 % mehr Waren und Dienstleistungen als ein Jahr zu vor. Gleichzeitig stiegen die Importe aber um 1,3 %. Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – bremste dadurch mit einem negativen Beitrag von – 0,3 Prozentpunkten das BIP Wachstum 2013.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Herbstgutachten 2013 davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft am Beginn eines Aufschwungs befindet.

Für den Jahresdurchschnitt 2014 erwarten die Institute einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 %.

Arbeitsmarkt

Im Dezember 2013 waren 2.873.000 Arbeitslose (+33.000 gegenüber Dezember 2012) zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote betrug im Dezember 2013 6,7 % (Dezember 2012 6,7 %). Im November 2013 gab es 42.229.000 Erwerbstätige, was einer Steigerung von 0,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat entspricht.

Für 2014 gehen die Prognosen von einer annähernd konstanten Arbeitslosenquote (6,8 %) aus. Von einer weiteren deutlichen Senkung der Arbeitslosenquote gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten nicht aus.

Kapitalmarkt

Die Zinsentwicklung zwischen Anfang und Ende 2013 war im mittel- und langfristigen Bereich der Volumina über 1 Mio. Euro durch höhere Schwankungen als im Vorjahr gekennzeichnet. Nach zwischenzeitlich deutlichem Anstieg pendelten sich die Zinssätze wieder annähernd auf das Niveau am Anfang des Betrachtungszeitraumes ein.

So erhöhten sich z. B. die von der deutschen Bundesbank veröffentlichten Effektivzinssätze für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften unter 1 Mio. Euro mit einer Laufzeit über 5 Jahre zwischen Dezember 2012 und November 2013 von 2,75 % auf 2,85 %. Für Kredite über 1 Mio. Euro mit gleicher Laufzeit betrug der Zinssatz unverändert 2,70 %.

Immobilienmarkt

Die Immobilienaktien konnten 2013 zulegen. Der E&G DIMAX stieg bis Jahresende 2013 um rd. 3,1 % gegenüber dem Endstand 2012. Von Januar bis November 2013 wurde in Deutschland der Bau von 246.763 Wohnungen (einschließlich Bestandsmaßnahmen) genehmigt. Das waren 12,9 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Von den im Zeitraum von Januar bis November 2013 genehmigten Wohnungen waren 220.215 Neubauwohnungen. Das waren 12,1 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Ausweislich der GdW-Jahresstatistik betrugen die Nettokaltmieten im Bundesdurchschnitt im Berichtsjahr 2012 5,04 €/m² (+1,6 %), in den alten Bundesländern 5,28 €/m² (+2,0 %) und in den neuen Bundesländern 4,76 €/m² (+1,5 %).

Vor diesen wirtschaftlichen Hintergründen ist der Geschäftsverlauf für unser Unternehmen im Bereich des Geschäftsfeldes Wohnungsverwaltung als zufriedenstellend zu kennzeichnen. Die Erlösschmälerung durch Leerstand sind von 10,3 % auf 14,2 % gestiegen. Die Ursachen der Steigerung liegen im Wesentlichen im Leerstand der Wohnungen im Um- und Ausbauobjekt Blumenthalstraße 37-39, Blumenthalstr. 38,40 und Blumenthalstr. 34,36, sowie in den geplanten weiteren Modernisierungsobjekten in der Blumenthalstraße. Bereinigt um den Leerstand in den Modernisierungsobjekten liegen die Erlösschmälerungen 2013 bei 2,2 %. Die Fluktuationsrate ist mit 10,5 % gegenüber dem Vorjahr (9,4%) überwiegend aufgrund der Modernisierungstätigkeit gestiegen.

Wohnungsmarkt in Düren

Auf der Homepage der Stadt Düren unter der Rubrik "Zahlen der Stadt Düren" – Herausgeber: Stadt Düren – werden die allgemeine Situation und die wichtigen Trends zusammengefasst.

Düren hatte Ende 2012 89.574 Einwohner. Die Entwicklung von 2002 bis 2004 war steigend, in 2005 fast unverändert, 2006 ist die Einwohnerzahl erstmals wieder gesunken, wohingegen sie 2007 wieder leicht steigend war. In 2008 ist die Gesamteinwohnerzahl gegenüber dem Vorjahr dann wieder leicht gesunken. In 2009 stieg sie leicht an, wohingegen sie 2010 und 2011 gesunken ist.

Der Ausländeranteil beträgt 11.410 Einwohner, das sind 12,7 %.

Am 31.12.2011 liegt der Gesamtwohnungsbestand bei 42.129 Wohnungen. Bei Erstellung des Berichtes lagen die Zahlen 2012 bzw. 2013 noch nicht vor.

Die vom Büro "Schulen- Stadt und Raumentwicklung" für die Stadt Düren erarbeitete Studie "Düren Wohnen 2030" kennzeichnet den lokalen Wohnungsmarkt Düren u.a. wie folgt:

- Der Rückgang der Bautätigkeit und die Zunahme der Bestandskauffälle führen dazu, dass in Düren der Wohnungsbestand gegenüber dem Neubau an Bedeutung für die Wohnraumversorgung gewonnen hat.
- Große Teile des Wohnungsbestandes in Düren sind energetisch und hinsichtlich der Barrierefreiheit sanierungsbedürftig.
- Für eine alternde und singularisierte Stadtgesellschaft werden weitere Eigentums- und Mietwohnungen mit kleiner Wohnfläche benötigt.
- Ein Hemmnis für investive Maßnahmen in Neubau und Bestand ist das im Vergleich zu den Oberzentren Köln und Aachen geringe Mietpreinsniveau in der Stadt Düren.

Abschließend ist festzuhalten, dass auch erhebliche Steigerungen der Betriebskosten das Wohnen in Düren teurer machen.

Geschäftsentwicklung

Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2013 einen Überschuss von 707 T€, der oberhalb des im Wirtschaftsplan vorgesehenen Ergebnisses lag. Zur Wahrung des bisherigen Wohnungsstandards wurden Mittel in Höhe von 3.919 T€ für Instandhaltung und Modernisierung aufgewandt, die zu einer durchweg guten Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes führen. Für das Geschäftsjahr 2014 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Geschäftsergebnis

Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Jahresüberschuss von 707 T€ (Vorjahr: 931 T€) erwirtschaftet.

Es ist beabsichtigt, satzungsgemäß 4 % Gewinnanteil auf Geschäftsguthaben auszuschütten. Satzungsgemäß wurde ein Betrag in Höhe von 676.696,35 € in die Gewinnrücklagen eingestellt. Zu Einzelheiten dieses Ergebnisses wird auf Ziffer B. 2. verwiesen.

Geschäftstätigkeit

Neubautätigkeit

Im Geschäftsjahr wurden keine Neubaumaßnahmen durchgeführt, da der Schwerpunkt der Tätigkeit auf die Modernisierung und Instandhaltung gelegt wurde.

Modernisierung (Um- und Ausbau) und Instandsetzung

Um- und Ausbaumaßnahmen Blumenthalstr. 30-32

Die am 02.01.2012 begonnene Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 30-32 mit 16 Wohnungen wurde am 01.10.2012 fertig gestellt. Durch die Modernisierung werden die Wohnungen dem heutigen Standard angepasst. Die mit Gesamtkosten von 1.335 T€ kalkulierte Maßnahme wurde mit 1.181 T€ abgerechnet. Die Unterschreitung der Gesamtkosten beträgt 154 T€ = 11,7 %. Die Mieten betragen 5,50 €/m²/Wohnfläche.

Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 34-36

Die am 25.06.2012 begonnene Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 34-36 mit 16 Wohnungen wurde zum 01.04.2013 fertig gestellt. Durch die Modernisierung werden die Wohnungen dem heutigen Standard angepasst. Weiterhin wurden Aufzüge eingebaut. Die mit Gesamtkosten von 1.687 T€ kalkulierte Maßnahme wurde mit 1.407 T€ abgerechnet. Die Unterschreitung der Gesamtkosten beträgt 280 T€ = 16,6 %. Die Mieten betragen 6,80 €/m²/Wohnfläche.

Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 38-40

Die am 03.12.2012 wurde mit der Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 38-40 mit 16 Wohnungen wurde am 01.08.2013 fertig gestellt. Durch die Modernisierung wurden die Woh-

nungen dem heutigen Standard angepasst. Weiterhin wurde im Haus 38 ein Aufzug eingebaut. Die mit Gesamtkosten von 1.482 T€ kalkulierte Maßnahme wurde mit 1.244 T€ abgerechnet. Die Unterschreitung der Gesamtkosten beträgt 238 T € = 16,6 %. Die Mieten betragen 6,80 €/m²/Wohnfläche für die Wohnungen mit Aufzug und 5,50 €/m²/Wohnfläche für die Wohnungen ohne Aufzug.

Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 37-39

Am 01.04.2013 wurde mit der Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 37-39 mit 16 Wohnungen begonnen. Durch die Modernisierung werden die Wohnungen dem heutigen Standard angepasst. Weiterhin wurde in Haus 37 ein Aufzug eingebaut. Die Gesamtkosten betragen 1.417 T€. Die Mieten betragen 6,80€/m²/ Wohnfläche für die Wohnungen mit Aufzug und 5,50 €/m²/ Wohnfläche für die Wohnungen ohne Aufzug. Die Wohnungen in Haus 39 konnten zum 01.01.2014 und die Wohnungen in Haus 37 zum 01.02.2014 wieder bezogen werden.

Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 46-48

Am 01.12.2013 wurde mit der Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 46-48 mit 16 Wohnungen begonnen. Durch die Modernisierung werden die Wohnungen dem heutigen Standard angepasst. Weiterhin werden Aufzüge eingebaut. Die gesamtkostenbetragen 1.493 T€. Die Mieten betragen 6,80 €/m²/ Wohnfläche. Die Fertigstellung der Maßnahme ist für Herbst 2014 geplant.

Um- und Ausbaumaßnahme Zülpicher Str. 153

Am 01.09.2012 wurde mit der Um- und Ausbaumaßnahme des Einfamilienhauses Zülpicher Str. 153 begonnen. Die Fertigstellung der Umbauarbeiten erfolgte zum 01.05.2013. Durch die Modernisierung werden die Wohnungen dem heutigen Standard angepasst. Zur Schaffung von zusätzlicher Wohnfläche wurde das Haus angebaut. Die mit Gesamtkosten von 124 T€ kalkulierte Maßnahme wurde mit 99T€ abgerechnet. Die Unterschreitung der gesamtkosten beträgt 25 T€ = 20,2 %. Die Miete beträgt 6,00 €/m²/Wohnfläche.

Um- und Ausbaumaßnahme Düren, Grüngürtel 10

Im Jahr 2013 wurden im Haus Grüngürtel 10 durch Umbau die Wohnungen zusammengelegt und das Objekt zum Einfamilienhaus umgebaut. Die Gesamtkosten betragen 87 T€. Die Miete beträgt 5,00 €/m²/Wohnfläche. Das Haus Grüngürtel 10 wurde am 01.08.2013 fertiggestellt.

Um- und Ausbaumaßnahme Düren, Grüngürtel 12

Im Jahr 2013 wurden im Haus Grüngürtel 12 durch Umbau die Wohnungen zusammengelegt und das Objekt zum Einfamilienhaus umgebaut. Die Gesamtkosten betragen 102 T€. Die Miete beträgt 5,00 €/m²/Wohnfläche. Das Haus Grüngürtel 12 wurde am 01.11.2013 fertiggestellt.

Allgemeine Modernisierungstätigkeit

Die Modernisierungsmaßnahmen zur Bestandsverbesserung wurden weitergeführt. Es wurden in den Häusern Grüngürtel 8,14-20 Zentralheizungen eingebaut. Die Kosten beliefen sich auf 15T€.

Weiterhin wurden in 19 Wohnungen umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt. Im Wesentlichen handelt es sich um Heizungseinbauten, Badsanierungen, Erneuerung der Türen, Erneuerung der Elektroinstallation und es Fußbodenbelages, wie Anstrich- und Tapezierarbeiten. Die gesamtkosten betragen 546 T€.

Instandhaltung

Für die Bestandserhaltung des Hausbesitzes wurde im Jahr 2013 insgesamt 650 T€ aufgewendet. Das sind rd. 8,20 €/m² Wohn- und Nutzfläche inkl. Aufwendungen für die Behebung von Versicherungsschäden.

Abriss

Im Rahmen der Um- und Ausbauarbeiten und Neugestaltung der Außenanlage der Objekte Blumenthalstr. 42,44 und Blumenthalstr. 46,48 wurden im Jahr 2013 insgesamt 8 Garagen abgebrochen.

Planung und Vorbereitung**Grunderwerb**

Konkrete Planung hierzu existieren nicht.

Neubau

Es ist vorgesehen, auf den Grundstücken der abgerissenen Häuser Blücherstraße 79 und 94 in naher Zukunft Neubauten zu errichten.

Um- und Ausbauprogramm 2014 und folgende Jahre

Die Schwerpunkte der Tätigkeit sollen bei der Bestandspflege und Modernisierung liegen. Es wurde in 2009 ein Modernisierungskonzept bis 2015/2016 erstellt. Ziel des Modernisierungskonzeptes ist es, eine Verbesserung der Vermietbarkeit durch Änderungen der Wohnungsgrundrisse bzw. Ausstattungsmerkmale sowie der energetischen Verbesserung zu erreichen. Entscheidungshilfe ist ein datenbankgestütztes Portfoliosystem, welches den Bestand unter technischen und wirtschaftlichen Aspekten untersucht. Auf dieser Basis wurde vom Vorstand ein Fünfjahresplan erarbeitet und mit dem Aufsichtsrat abgestimmt.

Vorgesehen für das Jahr 2014 sind folgende Maßnahmen:

Modernisierung

der folgenden Objekte:

- Blumenthalstraße 41,43
- Blumenthalstraße 46,48
- Kopernikusstr. 55

Im Verwaltungsgebäude Grüngürtel 31 ist der Einbau eines Aufzuges vorgesehen.

Weiterhin werden die Sanierungsarbeiten in leerstehenden Wohnungen, insbesondere im Althausbestand, fortgeführt.

d) 100 jähriges Jubiläum

Die gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis eG wurde im Jahr 2013 100 Jahre alt-. Mit vielen hundert Gästen feierte sie des am ersten September- Wochenenden im Grüngürtel.

Es wurde ein Spendenkonto eingerichtet, auf das die zum Ehrenabend geladenen Gäste eine Spende einzahlen konnten. Hier wurden auch sämtliche Einnahmen aus dem Trödelmarkt und Dürens längste Kuchentafel eingezahlt. Die eingenommenen Spenden wurden zu gleichen Teilen an die drei Kindergärten des Grüngürtels und an die Kölner Gruppe "Künstler helfen Kindern" ausgezahlt. Sowohl die Kindergärten als auch die Gruppe "Künstler helfen Kindern" hatten bei der Gestaltung der Festlichkeiten aktiv mitgewirkt, wofür Ihnen der Vorstand im Rahmen einer kleinen Feierstunde herzlich dankte.

Wohnungsbewirtschaftung**Grundbesitz, Haus- und Wohnungsbestand**

Der Grundbesitz der Genossenschaft beträgt flächenmäßig am 31.12.2013

a) bebaute Grundstücke	159.745 m ²
b) unbebaute Grundstücke	<u>26.459 m²</u>
insgesamt	<u>186.204 m²</u>

Hierin sind Erbbaugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 7.353 m² enthalten.

Durch Neuvermessungen und Teilungen der Grundstücke Blumenthalstr. 37 – 49 und 38 – 48 vermindern sich gegenüber 2012 die Grundstücksflächen der bebauten Grundstücke um 6 m².

Am 31.12.2013 waren 256 Häuser mit insgesamt 1.213 Mietwohnungen, 5 gewerblichen Einheiten, 169 Garagen, 70 Einstellplätzen in 2 Tiefgaragen und 100 Stellplätzen vorhanden. Die gesamte Wohn-/Nutzfläche beträgt 79.261 m².

Im Geschäftsjahr fanden 127 Mieterwechsel statt. Das entspricht einer Fluktuationsrate von 10,5 %. Am 31.12.2013 standen insgesamt 136 Wohnungen und 32 Garagenstellplätzen leer. Darin enthalten sind 119 Wohnungen, in denen Umbauarbeiten durchgeführt werden. Diese Wohnungen sind deshalb nicht mehr belegt worden. Von den verbleibenden 17 Wohnungen konnten für 14 Wohnungen kurzfristig wieder Anschlussmietverträge abgeschlossen werden.

Unser Wohnungsbestand:

	Häuser	Wohnungen	gewerbl. Einheiten	Garagen	Einstellplätze in Tiefgaragen	Stellplätze	Wohn-/Nutzfläche
Grundstück und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	255	1.213	1	166	20	100	78.075
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	1	0	4	3	50	0	1.186
	<u>256</u>	<u>1.213</u>	<u>5</u>	<u>169</u>	<u>70</u>	<u>100</u>	<u>79.261</u>

Von den insgesamt 1.213 Wohnungen sind 346 öffentlich gefördert und 867 freifinanziert. Die 867 Wohnungen teilen sich auf in 300 Altbauwohnungen und 567 Neubauwohnungen.

Die Nettodurchschnittsmieten je Wirtschaftseinheit und je m² Wohnfläche und Monat stellten sich zum 31.12.2013 wie folgt dar:

bis 3,50 €	113 Wohnungen
bis 4,00 €	433 Wohnungen
bis 4,50 €	444 Wohnungen
bis 5,00 €	74 Wohnungen
bis 5,50 €	84 Wohnungen
bis 6,00 €	33 Wohnungen
bis 6,50 €	16 Wohnungen
bis 7,00 €	<u>16 Wohnungen</u>
	<u>1.213 Wohnungen</u>

Die Erlösschmälerung aus Sollmieten betragen 431 T€. Auf nicht vermietete Wohnungen und Gewerbe entfällt ein Betrag von 416 T€ und auf nicht vermietete Garagen/Stellplätze 15 T€. In dem Betrag in Höhe von 416 T€ sind 339 T€ modernisierungsbedingter Leerstand enthalten.

Die Abschreibungen auf Mietforderungen betragen 15 T€.

Die Entwicklung in den letzten Jahren ergibt sich aus den folgenden Kennzahlen:

Kennzahlenübersicht		2013	2012	2011	2010	2009
Bestandszahlen						
Bewirtschafteter Bestand						
Wohneinheiten	Anzahl	1.213	1.217	1.218	1.244	1.244
Gewerbeeinheiten	Anzahl	5	4	4	5	5
Garagen	Anzahl	169	177	190	197	202
Einstellplätze	Anzahl	70	70	70	70	70
Stellplätze	Anzahl	100	88	84	84	76
Wohnfläche/Nutzfläche	m ²	79.261	79.401	79.531	81.339	81.377
Durchschnittliche Wohnungsgröße	m ²	64,37	64,37	64,42	64,51	64,54
Wohnungswirtschaftliche Kennzahlen						
Durchschnittliche Wohnungsmiete	€/m ²	4,34	4,22	4,15	3,97	3,96
Durchschnittliche Betriebskosten	€/m ²	1,77	1,73	1,59	1,67	1,55
Wohnungswechsel	Anzahl	127	114	92	110	107
Fluktuationsrate	%	10,5	9,4	7,6	8,8	8,6
Wohnungsleerstände	Anzahl	136	150	107	72	74
davon Modernisierungsbedingt	Anzahl	119	119	72	42	33
Sonstige	Anzahl	17	31	35	30	41
Neuvermietung						
angeschriebene Bewerber	Anzahl	915	706	794	959	783
davon Interessierte Bewerber	Anzahl	195	152	138	146	172
Absagen	Anzahl	393	322	405	513	471
Nicht gemeldet	Anzahl	327	232	251	300	140

Mitglieder

Die ordentliche Mitgliederversammlung fand am 26. Juni 2013 statt.

Mitgliederbewegung

Bestand am 1.1.2013 1.928 Mitglieder mit 3.742 Anteilen
 Zugang durch Neuaufnahmen 118 Mitglieder mit 118 Anteilen
 2.046 Mitglieder mit 3.860 Anteilen

Abgang	Mitgl.	Anteile	
durch Todesfälle	30	35	
durch Kündigungen	49	50	
durch Anteilsrückgaben	0	37	
durch Ausschluss	7	8	
durch Übertragung	<u>7</u>	<u>7</u>	93 Mitglieder mit 137 Anteilen
Bestand am 31.12.2010			<u>1.953 Mitglieder mit 3.723 Anteilen</u>

Die Stadt Düren hat hiervon 817 Anteile, das sind 21,94 % der Gesamtanteile.

Mitgliederbewegung seit 2009

Jahr	Bestand am 1.1.	Zugänge	Abgänge	Bestand am 31.12.	mit Anteilen
2009	2.070	100	162	2.008	3.136
2010	2.008	85	108	1.985	3.104
2011	1.985	63	90	1.958	3.072
2012	1.958	67	97	1.928	3.742
2013	1.928	118	93	1.953	3.723

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder betragen zum Ende des Geschäftsjahres 762 T€ (Vorjahr 766 T€)

Darstellung der Lage (§ 289 Abs. 1 HGB)

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2.347 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen hat sich bei Zugängen von 3.371 T€, und Abschreibungen von 873 T€ um 2.498 T€ erhöht. Das Umlaufvermögen verminderte sich um 122 T€. Die Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich um 29 T€. Die Sachanlagen belaufen sich auf 79,5 % der Bilanzsumme.

Auf der Passivseite der Bilanz stieg das Eigenkapital um 683 T€. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um 1.666 T€. Die Rückstellungen verminderten sich um 2 T€. Die Verbindlichkeiten umfassen 46,3 % der Bilanzsumme. Die Eigenkapitalquote ist von 55,3 % in 2012 auf 53,7 % in 2013 gesunken.

Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind durch entsprechend langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt.

Die Investitionen für Modernisierung, Ausbau und Erweiterung wurden fristgerecht durch Eigenmittel aus dem geldrechnungsmäßigen Überschuss und durch Aufnahme von Darlehen finanziert.

In 2013 erfolgten die Auszahlung der Darlehens für die Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 34-36, Blumenthalstr. 38-40 und Blumenthalstraße 37-39. Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für 2014 gewährleistet.

			31.12.2012		31.12.2013
	T€	%	T€	%	T€
Aktiva					
Anlagevermögen	29.791	79,5	27.293	77,7	2.498
Umlaufvermögen	7.666	20,5	7.788	22,2	- 122
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0,0	33	0,1	- 29
Gesamtvermögen	37.461	100,00	35.114	100,0	2.347
Passiva					
Eigenkapital	20.101	53,7	19.418	55,3	683
Rückstellungen	20	0,1	22	0,1	- 2
Verbindlichkeiten	17.340	46,3	15.674	44,6	1.666
Gesamtvermögen	37.461	100,00	35.114	100,0	2.347

Ertragslage

Der Jahresüberschuss im Jahr 2013 beträgt 707 T€. Er setzt sich zusammen aus dem Ergebnis der Hausbewirtschaftung in Höhe von + 723 T€, dem Ergebnis der Bautätigkeit von – 117 T€, dem Beteiligungs- und Finanzergebnis von + 101 T€, dem außerordentlichen Bereich von + 2 T€ und Steuern von - 2 T€.

Die Minderung des Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr um 224 T € ist im Wesentlichen bedingt durch gesunkene sonstige betriebliche Erträge (Auflösung von Rückstellungen), gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Kosten der Geschäftsbesorgung und sächlichen Verwaltungskosten), sowie gestiegenen Abschreibungen auf Wohnbauten.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind um 152 T € gestiegen. Ursache hierfür ist im Wesentlichen die Erhöhung der Sollmieten. Die Sollmieten steigen aufgrund durchgeführter Mieterhöhungen, insbesondere durch Erhöhung der Vollmodernisierung.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhten sich um 89 T € aufgrund der Zugänge im Anlagevermögen.

Die Zinserträge sind um 15 T€ infolge von Habenzinssenkungen in 2013 gesunken.

Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein Überschuss gemäß Wirtschaftsplan von 435 T€ erwartet. Die Ertragslage ist unter Einbeziehung unserer Erfolgsplanung für die nächsten Jahre gesichert.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Der Vorstand hat aufgrund des **Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)** ein Risikomanagement eingerichtet. In verschiedenen Beobachtungsbereichen und Beobachtungsfeldern werden Risikoindikatoren ermittelt, die Frühwarninformationen liefern können. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig über die Entwicklungen unterrichtet. Eine Kennzifferübersicht wurde erstellt, die auszugsweise nachstehend veröffentlicht wird:

		2013	2012	2011	2010	2009	2008
1. Jahresabschlusszahlen							
Bilanzsumme	T€	37.461	35.114	33.175	32.698	30.998	30.489
Sachanlagevermögen	T€	29.791	27.293	24.236	24.003	23.522	24.012
Sachanlageintensität	%	79,53	77,73	73,06	73,41	75,88	78,76
Investitionen in Sachanlagen	T€	3.371	3.842	1.313	1.212	190	135
Eigenkapital (langfristig)	T€	20.046	19.373	18.330	17.977	17.176	16.168
Eigenkapitalquote	%	53,51	55,17	55,25	54,98	55,41	53,03
Fremdkapital (langfristig)	T€	15.327	13.799	12.566	12.836	12.021	12.378
Fremdkapitalquote	%	40,91	39,30	37,88	39,26	38,78	40,60
Umsatzerlöse	T€	5.177	5.025	5.210	5.085	5.129	5.132
Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	T€	707	931	383	834	1.038	852
Cash-flow	T€	1.580	1.715	1.186	1.557	1.718	1.518
Tilgung (planmäßig)	T€	398	350	421	283	282	311
Ausschüttung	T€	31	25	25	26	26	26
Durchschnittlicher Buchwert Hausbesitz	€/m ²	371,46	339,47	300,17	291,04	283,46	290,81
Durchschnittliche Verschuldung	€/m ²	193,37	173,79	158,00	157,81	147,72	152,10
2. Kennzahlen zur Rentabilität							
Eigenkapitalrentabilität	%	3,54	4,82	2,08	4,65	6,04	5,27
3. Gewinn- und Verlustrechnung							
Sollmieten	T€	4.129	4.024	3958	3.878	3.866	3.840
Erlösschmälerung	T€	575	415	271	239	209	144
in Relation zur Sollmiete	%	13,93	10,31	6,85	6,16	5,41	3,75
Instandhaltungskosten	T€	611	680	1.523	1.113	1.010	1.329
Durchschnittliche Instandhaltungskosten	€/m ²	7,68	8,56	19,20	13,68	12,36	16,32
Abschreibung auf Mietforderungen	T€	15	12	7	13	19	27
Verwaltungskosten	T€	891	720	695	669	629	635
Abschreibung auf Gebäude (planmäßig)	T€	867	774	803	705	676	667
Zinsaufwendungen	T€	357	308	263	244	240	272

Voraussichtliche Entwicklung

Geschäftspolitische Grundlage der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder, vorrangig durch eine gute, sichere und sozialverantwortbare Wohnungsversorgung.

Zu dieser sozialen Verpflichtung hat die Genossenschaft seit der Gründung ihren Beitrag geleistet und wird diese Zielsetzung auch in Zukunft verfolgen.

Für das Geschäftsjahr 2014 wird gemäß dem detaillierten Wirtschaftsplan mit einem Überschuss von 435 T€ gerechnet. Bei der Planung wurde davon ausgegangen, dass sich die Vermietungssituation und die Kostenentwicklung ähnlich wie im Jahr 2013 entwickeln werden. Da der Wohnungsmarkt im Raum Düren von leicht rückläufiger Tendenz gekennzeichnet ist, gehen wir davon aus, dass die Vermietungssituation weiter schwierig bleibt. Ertragsverbesserungen durch Mietanpassungen sind nur noch im geringen Umfang möglich. Mit steigenden Mietausfällen muss gerechnet werden.

Die Schwerpunkte unserer zukünftigen Tätigkeit werden auch weiterhin die Erhaltung und kontinuierliche Verbesserung des Wohnungsbestandes im Rahmen der genossenschaftlichen Möglichkeiten sein. Ziel ist, die langfristige Vermietbarkeit unter Berücksichtigung der Mieterstrukturen und der Nachfrage am Wohnungsmarkt zu erhalten. Dieses kann dauerhaft nur über ein Wohnungsangebot mit entsprechenden Wohnungsgrößen, ansprechendem Wohnumfeld und gesteigertem Wohnungsausstattungsstandard, auch unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben, wie z.B. Energieeinsparmaßnahmen, erreicht werden. Der mittelfristige Ausbau der Modernisierungs- und Instandhaltungskontingente ist daher notwendig. Die Planung von Umbau- und evtl. Neubauvorhaben muss hierauf ausgerichtet sein.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken der künftigen Entwicklung

Für das Jahr 2014 erwarten wir keine Steigerungen des Zinsniveaus für Kredite zur Finanzierung von Modernisierungen.

Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Inflationsrate ist zu beobachten.

Eine Weitergabe von Preissteigerungen über die Miethöhe ist nicht unbegrenzt möglich.

Diese Situation fordert jetzt eine solide Finanzierungspolitik unter Berücksichtigung öffentlicher Kreditprogramme und langfristig gesicherter Einnahmeströme. Diese Einnahmeströme der Genossenschaft sind nur gesichert, wenn die Mitwohnungen vermietbare Standards aufweisen. Hieran muss die Genossenschaft arbeiten.

Kritisch ist die Situation der öffentlichen Haushalte zu nennen. Die Genossenschaft betrachtet Wohnung, Haus und Umfeld als eine Einheit, die einen Mietwert darstellt. In Zukunft muss sich die Genossenschaft aufgrund der Finanzlage der öffentlichen Haushalte auch der Aufgabe der Umfeldgestaltung intensiver als bisher widmen.

Die Mietpreise unter dem Bundesdurchschnitt in Düren haben bei veränderten Inflationssätzen negative Auswirkungen auf das Instandhaltungs- und Modernisierungsprogramm.

Chancen der künftigen Entwicklung

Die bundesweit zu beobachtenden Trends, dass immer mehr ältere Menschen aus den Vororten zurück in die Stadt ziehen und junge Familien Wohnraum in der Stadt suchen, sind auch in Düren

festzustellen. Durch eine Verstärkung der Betreuung der Mieter rund um die alltäglichen kleineren Wohnungsprobleme sowie durch soziale Projekte kann die Genossenschaft die Chance einer starken Mieterbindung ausbauen und dadurch zu einer stabilen wirtschaftlichen Lage der Genossenschaft beitragen. Nach wie vor bilden die in den letzten Jahren kontinuierlich durchgeführten Investitionen in den Bestand die Grundlage zukünftiger Erfolgspotentiale. Die positiven Auswirkungen des Modernisierungskonzeptes zeigen sich bereits jetzt nach der Modernisierung der Wohnhäuser Blumenthalstraße 27-35, Blumenthalstraße 26-28, Blumenthalstr. 30-32, Blumenthalstr 38-40, Blumenthalstr. 37-39 und Blumenthalstraße 34-36.

Eine zielgruppenorientiertes Marketing, das die Vorteile des genossenschaftlichen Wohnens in Düren für alte und neue Mieter herausstellt, wird die Vermarktungssituation in 2014 verbessern. Zu diesen Aktivitäten zählen, wie genannt, auch durchaus soziale Projekte zum Ausbau der Mieterbindung und zur Stärkung der Bestandsentwicklungspotentiale im Quartier Grüngürtel. Die derzeitige Erarbeitung eines Planes durch den Vorstand als konsequente Fortsetzung der bisher tragfähigen und erfolgreichen Strategien hat das Ziel, die Genossenschaft weiterhin wirtschaftlich abzusichern und auch zukünftig den Mitgliedern eine qualitativ ansprechende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zu garantieren.

Die Immobilien der Genossenschaft haben in der Stadt Düren ortsteilprägenden Charakter, sie haben Ecken und Kanten, sind markant und stehen für gewachsene soziale Mieterstrukturen. Derjenige, der das Besondere darin sieht, wird es nutzen wollen und dafür auch Miete zahlen, ein Umstand, den die Genossenschaft positiv belegt und der weiter auszubauen ist.

Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten. Insbesondere sind gravierende Risiken, die die Vermögens-, Finanz und Ertragslage negativ beeinflussen könnten, nicht erkennbar.

Finanzinstrumente

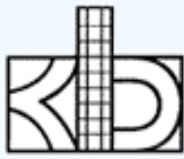
Besondere Finanzinstrumente und besondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Das Anlagevermögen ist langfristig finanziert. Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um Annuitätsdarlehen mit 10-jähriger Zinsbindungsfrist. Aufgrund steigender Tilgungsanteile und gleichmäßig über die Jahre verteilter Prolongationstermine halten sich die Zinsänderungsrisiken in beschränktem Rahmen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen unseres Risikomanagements beobachtet. Zur Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen werden in Abhängigkeit von der Zinsentwicklung Umschuldungen vorgenommen.

Weitere Finanzinstrumente wendet das Unternehmen nicht an.

Beteiligungen des Unternehmens

Die gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G. ist mit einem Anteil von 2.556,46 € an der Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH (WRW), Düsseldorf, beteiligt. Die Beteiligung wurde im Geschäftsjahr 2009 außerplanmäßig abgeschrieben, da die WRW Insolvenz angemeldet hat und dadurch die Beteiligung nicht mehr werthaltig war.

Eine weitere Darstellung dieser Beteiligung entfällt, da die Beteiligung an der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren eG selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



Krankenhaus Düren gGmbH

Roonstraße 30
 52351 Düren
 Telefon: 02421/30-0
 Telefax: 02421/30-1387
 E-Mail: info@krankenhaus-dueren.de
 Homepage: www.krankenhaus-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses mit Krankenpflegeschule in Düren. Ziel des Betriebes ist eine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich.

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH mit Sitz in Düren verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer und einen stellvertretenden Geschäftsführer. Jeder von ihnen ist allein vertretungsberechtigt. Die Geschäftsführung bedarf zum Abschluss der folgenden Geschäfte der Zustimmung des Aufsichtsrates

1. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
2. Anschaffungen und sonstige Investitionen von über 80.000,00 € im Einzelfall, soweit solche zusätzlich zum Wirtschaftsplan erforderlich sind,
3. Aufnahme und Gewährungen von Krediten außerhalb des Wirtschaftsplanes,
4. Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, Übernahme von Bürgschaften und Garantieverpflichtungen,
5. Erteilung und Rücknahme von Handlungsvollmachten,
6. Abschluss von Miet- und Pachtverträgen mit einem Miet- oder Pachtpreis von mehr als 100.000,00 € in einem Jahr,
7. Prozessführung als klagende oder beklagte Partei, wenn das mutmaßliche Gesamtrisiko über 50.000,00 € liegt,
8. Eingehung oder Kündigung von Beteiligungen,
9. Übernahme von Betriebsführungen von anderen Krankenhäusern und Krankenhausgesellschaften.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus den Landrat des Kreise Düren und dem Bürgermeister der Stadt Düren sowie weitem sechzehn Mitgliedern. Je acht Mitglieder des Aufsichtsrates werden unmittelbar durch den Kreistag des Kreises Düren und den Stadtrat der Stadt Düren benannt. Der Geschäftsführer, der stellvertretende Geschäftsführer, der leitende Arzt,

die leitende Pflegekraft und der Betriebsratsvorsitzende nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil. Der Aufsichtsrat kann Ausschüsse bilden und ihnen einzelne Zuständigkeiten übertragen. Zu den Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse können sachkundige Personen beratend hinzugezogen werden. Der Aufsichtsrat beschließt unbeschadet gesetzlicher Zuständigkeiten

1. die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers und des stellvertretenden Geschäftsführers, der Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte für den gesamten Geschäftsbereich,
2. den Inhalt der Anstellungsverträge des Geschäftsführers und des stellvertretenden Geschäftsführers,
3. den Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung,
4. die Entlastung der Geschäftsführung,
5. die Einstellung, Anstellungsbedingungen und Kündigungen der Fachbereichsärzte, der Belegärzte, des Apothekers und der leitenden Pflegekraft und ihrer Vertreter,
6. die Bestellung des leitenden Arztes und seiner Stellvertreter auf Vorschlag des ärztlichen Vorstandes,
7. die Aufgliederung des medizinischen Bereichs des Krankenhauses in Fachabteilungen,
8. die Genehmigung des jährlich von der Geschäftsführung im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes (Finanz-, Investitions- und Erfolgsplanes und Stellenplanes),
9. den in der Gesellschafterversammlung vorzulegenden Jahresabschluss,
10. die Genehmigung der in § 20 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages aufgeführten Rechtsgeschäfte.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung besteht aus zwei Mitgliedern. Je ein Mitglied der Gesellschafterversammlung wird vom Kreistag und vom Stadtrat bestellt. Die Mitglieder sind an die Beschlüsse ihrer Vertretungskörperschaft gebunden. Die Gesellschafterversammlung hat unbeschadet gesetzlicher Vorschriften insbesondere zu beschließen über

1. Änderungen der Satzung, insbesondere Änderungen des Zwecks der Gesellschaft, sowie den Beitritt weitere Mitglieder und Erhöhung bzw. Herabsetzung des Stammkapitals,
2. die Genehmigung der Abtretungen von Geschäftsanteilen und Teilen von Geschäftsanteilen,
3. die Auflösung der Gesellschaft,
4. die Beteiligung an anderen Unternehmen und die Aufgabe solcher Beteiligungen,
5. die Bestellung der Abschlussprüfers für das laufende Geschäftsjahr,
6. die Feststellung der Jahresabschlusses nach Entgegennahme der Berichte der Geschäftsführung, des Abschlussprüfers und des Aufsichtsrates,
7. die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates,
8. die Geldendmachung von Ersatzansprüchen der Gesellschaft gegen Geschäftsführer, Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter und die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen gegen die Geschäftsführung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Dr. med. Blum, Gereon	Kreuzau	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	50 %
	Stadt Düren	9 Sitze	50 %
Gesellschafterversammlung:	Die Gesellschafterversammlung besteht aus zwei Mitgliedern. Je ein Mitglied der Gesellschafterversammlung wird vom Kreistag und vom Stadtrat bestellt. Die Mitglieder sind an die Beschlüsse ihrer Vertretungskörperschaft gebunden. Je 55.000 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt. Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden.		je 1 Sitz je 50 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Balen, Yvonne	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Bozkir, Sandra Elisabeth	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Dr. Schoeller, Maria	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Korn, Axel	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Strack, Birgit	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Weingartz, Hermann Josef	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Gesellschafterversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

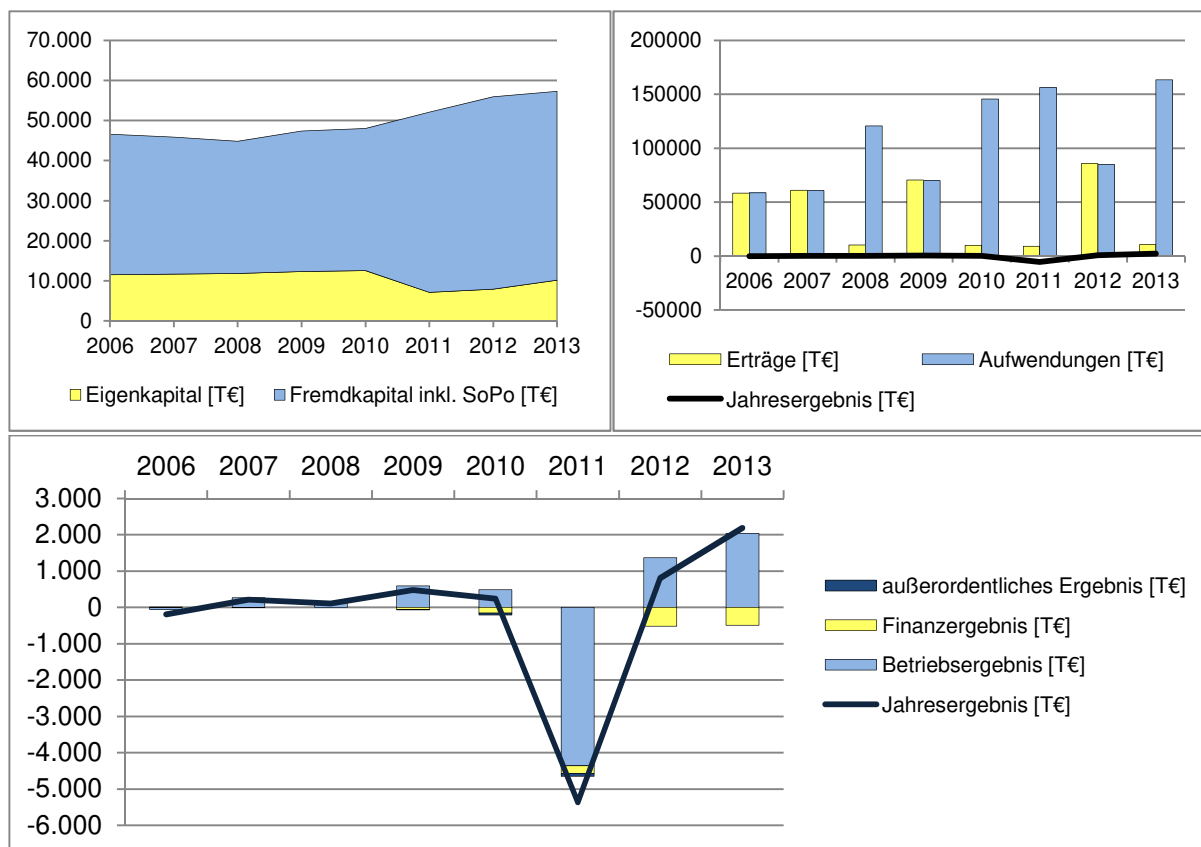
Rechtsform:	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.100.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	550.000,00 €	50%
Stadt Düren	550.000,00 €	50%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	877.648,93 €	1.039.789,63 €	971.754,45 €	-68.035,18 €	-6,54%
II. Sachanlagen	38.438.942,95 €	39.981.224,78 €	38.643.707,17 €	-1.337.517,61 €	-3,35%
III. Finanzanlagen	106.584,69 €	106.584,69 €	1.344.983,41 €	1.238.398,72 €	1161,89%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.830.243,68 €	3.439.206,97 €	3.138.941,18 €	-300.265,79 €	-8,73%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	8.403.404,23 €	9.744.951,37 €	11.515.297,27 €	1.770.345,90 €	18,17%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	182.328,05 €	387.905,03 €	423.709,42 €	35.804,39 €	9,23%
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	1.166.920,58 €	1.170.327,91 €	1.173.735,25 €	3.407,34 €	0,29%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	67.262,09 €	21.988,49 €	50.470,69 €	28.482,20 €	129,53%
Summe Aktiva	52.073.335,20 €	55.891.978,87 €	57.262.598,84 €	1.370.619,97 €	2,45%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.100.000,00 €	1.100.000,00 €	1.100.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	4.264.207,45 €	4.224.113,19 €	4.184.018,93 €	-40.094,26 €	-0,95%
III. Gewinnrücklagen	1.533.875,64 €	1.533.875,64 €	1.533.875,64 €	0,00 €	0,00%
V. Bilanzgewinn	260.411,77 €	1.105.522,01 €	3.332.730,75 €	2.227.208,74 €	201,46%
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	22.462.314,42 €	21.665.706,80 €	21.420.941,53 €	-244.765,27 €	-1,13%
C. Rückstellungen	4.991.818,00 €	4.296.919,00 €	3.942.358,00 €	-354.561,00 €	-8,25%
D. Verbindlichkeiten	16.823.978,58 €	21.405.282,23 €	21.245.482,49 €	-159.799,74 €	-0,75%
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	636.729,34 €	560.560,00 €	484.390,64 €	-76.169,36 €	-13,59%
F. Passive latente Steuern	0,00 €	0,00 €	18.800,86 €	18.800,86 €	-!
Summe Passiva	52.073.335,20 €	55.891.978,87 €	57.262.598,84 €	1.370.619,97 €	2,45%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	71.015.101,66 €	75.243.885,07 €	77.482.044,45 €	2.238.159,38 €	2,97%
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-4.238,92 €	526.937,27 €	-249.058,44 €	-775.995,71 €	-147,27%
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	111.366,46 €	111.366,46 €	-
4. Zuweisungen und Zuschüsse der öfftl. Hand	131.098,04 €	145.312,41 €	347.778,59 €	202.466,18 €	139,33%
5. sonstige betriebliche Erträge	3.670.553,20 €	4.889.305,82 €	5.350.954,41 €	461.648,59 €	9,44%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	39.774.173,20 €	40.571.602,65 €	41.502.044,66 €	930.442,01 €	2,29%
b) soziale Abgaben u. Aufwendungen für Altersversorgung u. für Unterstützung	9.490.035,08 €	9.605.687,32 €	9.889.004,38 €	283.317,06 €	2,95%
6. Materialaufwand	21.998.119,28 €	22.258.640,71 €	22.304.581,88 €	45.941,17 €	0,21%
7. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	2.283.146,25 €	2.088.323,58 €	2.147.889,92 €	59.566,34 €	2,85%
8. Erträge aus der Einstellung der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	3.407,34 €	3.407,33 €	3.407,34 €	0,01 €	0,00%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.828.829,40 €	2.700.430,90 €	2.742.317,91 €	41.887,01 €	1,55%
10. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	76.169,35 €	76.169,34 €	76.169,36 €	0,02 €	0,00%
11. Aufwendungen aus der Zuführung von Sonderposten/verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.361.826,00 €	2.135.454,09 €	2.182.416,55 €	46.962,46 €	2,20%
12. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	206.465,86 €	285.548,23 €	415.265,09 €	129.716,86 €	45,43%
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	3.985.879,63 €	4.139.102,14 €	4.162.349,84 €	23.247,70 €	0,56%
14. sonstige betriebliche Aufwendungen	6.551.527,34 €	5.312.889,86 €	5.517.177,79 €	204.287,93 €	3,85%
Betriebsergebnis	-4.363.960,07 €	1.364.846,72 €	2.040.029,81 €	675.183,09 €	49,47%
15. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	3.756,17 €	8.702,35 €	89.024,61 €	80.322,26 €	923,00%
16. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	209.898,33 €	526.864,24 €	585.218,72 €	58.354,48 €	11,08%
Finanzergebnis	-206.142,16 €	-518.161,89 €	-496.194,11 €	21.967,78 €	-4,24%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-4.570.102,23 €	846.684,83 €	1.543.835,70 €	697.150,87 €	82,34%
17. Außerordentliche Aufwendungen	83.611,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	714.341,39 €	41.668,85 €	-643.278,78 €	-684.947,63 €	-1643,79%
19. sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-5.368.054,62 €	805.015,98 €	2.187.114,48 €	1.382.098,50 €	171,69%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	1104	1151	1135

Verbindungen zum Kreishaushalt

Verlustausgleiche sind in den letzten Jahren nicht mehr zu leisten gewesen. Gewinnabführungen dürfen nach den Bestimmungen der Abgabenordnung wegen der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft nicht erfolgen.

Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Krankenhaus Düren gGmbH insgesamt 35.456,14 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2013 erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Kommunale Trägerschaft und regionaler Wirtschaftsfaktor

Als kommunales Krankenhaus sind wir ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region. Am 31.12. des Berichtsjahres beschäftigte die Gesellschaft 1.151 Mitarbeiter, von denen rd. 40% unmittelbar in Düren und rd. 73% im erweiterten Kreisgebiet (PLZ-Bereich 523..) wohnhaft sind.

Der Umsatz mit regional ansässigen Firmen (PLZ-Bereich 523..) betrug im Berichtsjahr rund 6,3 Mio. EUR (Vorjahr 6,2 Mio. EUR). Das entspricht rd. 19 % (Vorjahr 17%) der gesamten Lieferantenumsätze. Damit sind wir ein wesentlicher Motor der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH genießt zudem eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung der Region Düren. Im Jahr 2014 wurden 16.427 (Vorjahr 16.820) stationäre Patienten aus dem Kreis Düren, davon 8.908 (Vorjahr 9.264) Patienten unmittelbar aus dem Stadtgebiet Düren behandelt. Die voraussichtlich 2014 abgeschlossenen Umbaumaßnahmen der Patientenzimmer werden sich in Zukunft durch eine deutlich verbesserte Unterbringung der Patienten positiv auswirken.

Die Sicherstellung der ortsnahen Patientenversorgung bei moderner und qualitativ hochwertiger Medizin zählt zu den primären Aufgaben des Krankenhauses. Ein Anteil von über 88% (Vorjahr 89%) regional ansässiger stationär behandelter Patienten spiegelt somit die Verankerung der Krankenhaus Düren gem. GmbH in der Region wider.

Rahmenbedingungen der Geschäftsentwicklung Geschäftsverlauf 2013

Das Geschäftsjahr 2013 wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.187 TEUR abgeschlossen. Insbesondere die um 2,6% (1.583 TEUR) gestiegenen Erlöse aus Krankenhausleistungen, die um 6,2% (259 TEUR) gestiegenen Erlöse aus Wahlleistungen sowie die um 7,6% (559 TEUR) gestiegenen Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses haben das Jahresergebnis positiv beeinflusst. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um 9,4% (461 TEUR). Sie enthalten mit 1.191 TEUR im Zusammenhang mit der Ausgliederung des Parkraumbewirtschaftungsbetriebes und der Übertragung weiterer unbebauter Grundstücke auf die KHD Träger GmbH gegen Gewährung zusätzlicher Gesellschaftsanteile entstandene Übertragungsgewinne.

Die in den Vorjahren begonnenen umfangreichen Zimmersanierungen wurden fortgeführt, was auch im Berichtsjahr technisch bedingt zu Kapazitätseinbußen führte. Im Durchschnitt konnten 7 Patientenzimmer nicht belegt werden.

Ergebnis belastend ist der Anstieg der eigenmittelfinanzierten Abschreibungen um 111 TEUR auf 1.756 TEUR.

Details zu der Entwicklung der Erlöse sowie zu den Betriebs- und Jahresergebnissen der letzten Jahre sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

	2013	2012	2011	2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Erlöse aus Krankenhausleistungen	63.572	61.989	58.822	57.493
Erlöse aus Wahlleistungen	4.434	4.176	3.029	1.873
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	7.884	7.325	6.830	5.472
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.592	1.754	2.334	3.063
Sonstige betriebliche Erträge	5.351	4.889	3.671	5.005
Betriebsergebnis	2.642	1.874	-988	1.642
Jahresergebnis	2.187	805	-5.368	235

Sowohl der Anstieg der Erlöse aus Wahlleistungen als auch der Rückgang der Erlöse aus Nutzungsentgelten steht wesentlich im Zusammenhang mit der Umstellung von Chefarztverträgen vom Liquidations- auf das Beteiligungsmodell. Durch die Inbetriebnahme der Komfortstation konnten die Wahlleistungserlöse aus Zimmerzuschlägen nach einer Steigerung um 387 TEUR im Jahr 2012 um weitere 86 TEUR im Jahr 2013 gesteigert werden.

Details zur Leistungsentwicklung der letzten 3 Jahre sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

	2013	2012	2011	Differenz 2013 gegenüber 2012
Patienten / Fälle	18.058	18.986	18.686	-928
zzgl. Patienten amb. Operieren	2.292	2.024	1.805	268
Verweildauer in Tagen	6,59	6,50	6,32	0,09
Geburten	551	554	573	-3
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt VK)	772,7	765,3	768,4	7,4

Da neben dem Finanzbudget auch das Leistungsprogramm mit den Krankenkassen vereinbart wird, sind Abweichungen hiervon auszugleichen. Dies führt zu positiven oder negativen finanziellen Ansprüchen des Krankenhauses an die Krankenkassen bzw. umgekehrt.

Zum 31.12.2013 bestehen per Saldo Ausgleichsforderungen gegenüber den Kostenträgern in Höhe von 362 TEUR.

Der Rückgang der Fallzahlen ist auf die Schließung der Kinderklinik zum 31.03.2013 zurück zu führen. Nach Abschluss der Zimmersanierungen voraussichtlich Ende 2014 steht dem Krankenhaus wieder die volle Kapazität in deutlich verbessertem Standard zur Verfügung.

Kooperationen wurden mit dem St. Marien-Hospital Birkesdorf als kooperatives Brustzentrum und in der Palliativmedizin mit dem St. Augustinus-Krankenhaus Lendersdorf vereinbart. Die Kooperationen sind von der Bezirksregierung Köln genehmigt.

Die zum 01.11.2009 im Rahmen eines modernisierten Ausbildungskonzeptes neu geschaffenen Teilzeitausbildungsplätze haben sich ebenfalls als erfolgreich erwiesen.

Das Leistungs- und Kostenniveau unseres Krankenhauses wird maßgeblich durch den Case-Mix-Index, sprich die Fallschwere der Patienten, beeinflusst. Der Case-Mix-Index (CMI) stieg im Berichtsjahr um rd. 1,8 % auf 1,075 (Vorjahr 1,056) und bildet den steigenden Anteil an komplexer medizinischer Behandlung ab.

Mit notariellem Vertrag vom 26. August 2013 wurde der Teilbetrieb „Parkraumbewirtschaftung“ mit seinen Vermögensgegenständen und Schulden im Wege der Ausgliederung auf die 100%ige Tochtergesellschaft KHD Träger GmbH gegen Gewährung von zusätzlichen Anteilen übertragen. Außerdem wurden weitere unbebaute Grundstücke als Sacheinlagen gegen Gewährung zusätzlicher Anteile auf die KHD Träger GmbH übertragen. Die Anschaffungskosten der zugegangenen Anteile wurden unter Aufdeckung der stillen Reserven mit dem Zeitwert des übertragenen Vermögens angesetzt. Hierdurch resultiert die Erhöhung des Beteiligungswertes um 1.238 TEUR auf nunmehr 1.338 TEUR.

Gegenüber der Wirtschaftsplanung konnte das Geschäftsjahr mit einem um rd. 1.537 TEUR höheren Jahresüberschuss abgeschlossen werden. Dies ist im Wesentlichen auf die im Zusammenhang mit der Ausgliederung des Parkraumbewirtschaftungsbetriebes und der Übertragung der weiteren unbebauten Grundstücke auf die KHD Träger GmbH gegen Gewährung zusätzlicher Gesellschaftsanteile entstandenen Übertragungsgewinne von rd. 1.191 TEUR zurück zu führen.

Personal und Soziales

Im Jahresmittel 2013 wurden 772,7 Vollkräfte (VK) beschäftigt (Stand 31.12.: 775,7 VK). Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 7,4 Vollkräfte.

Der Anteil der ärztlichen Mitarbeiter erhöhte sich im Jahresmittel um 2,0 VK auf 145,4 VK (Stand 31.12.: 144,3 VK). Der Anteil der pflegerischen und medizinischen Fachkräfte reduzierte sich um 3,0 VK auf 484,1 VK (Stand 31.12.: 485,3 VK).

Die gesetzlichen Sozialabgaben und Abgaben für Altersvorsorge in Höhe von 9.889 TEUR machten 19,2 % der Lohn- und Gehaltsaufwendungen aus. Darin enthalten sind Kosten für den Sanierungsbeitrag zur Rheinischen Zusatzversorgungskasse in Höhe von 1.307 TEUR.

Als personalintensiver Gesundheitsdienstleister achten wir darauf, dass unsere Mitarbeiter Professionalität und ein hohes Maß an Qualität in ihre Arbeit einbringen. Sie richten sich in ihrer Arbeitsweise auf die individuellen Bedürfnisse unserer Patienten aus. Das entspricht unseren Unternehmensleitlinien, die Maßstab unseres Handelns sind. Die Qualitätsziele werden durch Weiterbildungsmaßnahmen kontinuierlich unterstützt. Das Wissen und Können unserer Mitarbeiter beeinflusste das Ergebnis positiv.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

	2013		2012		Ergebnis- verände- rung
	T€	%	T€	%	
Anlagevermögen	40.961	73,0	41.128	75,2	-167
Umlaufvermögen einschl. Rechnungsabgrenzungsposten	15.128	27,0	13.594	24,8	1.534
	56.089	100,0	54.722	100,0	1.367
Eigenkapital abzgl. Ausgleichsposten aus Eigenmittelförderung	8.976	16,0	6.794	12,4	2.180
Sonderposten zzgl. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	21.905	39,1	22.226	40,6	-324
Rückstellungen	3.942	7,0	4.297	7,9	-355
Verbindlichkeiten	21.266	37,9	21.405	39,1	-134
	56.089	100,0	54.722	100,0	1.367

Die Eigenkapitalquote beträgt 16,0 % (im Vorjahr 12,4%). Das Anlagevermögen ist zu 53,5 % (im Vorjahr 54,0%) mit Fördermitteln finanziert.

Finanzlage	2013 TEUR	2012 TEUR
Finanzmittelfonds am 1.1.	388	182
operativer Cash-Flow	1.286	-1.223
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-2.779	-3.824
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	1.529	5.253
Veränderungen des Finanzmittelfonds	36	206
Finanzmittelfonds am 31.12.	424	388

Ertragslage

	2013		2012		Ergebnis- veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Laufende Erträge						
Gesamtleistung aus dem Krankenhausbetrieb (einschließlich Ausbildungsfonds)	77.381	95,1	75.916	95,5	1.465	1,9
Sonstige betriebliche Erträge	3.624	4,5	3.427	4,3	198	5,8
Zuweisung und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht zur Investitionsfinanzierung	348	0,4	145	0,2	203	140
	81.353	100,0	79.488	100,0	1.866	2

Laufende Aufwendungen						
Personalaufwendungen	51.256	63,0	50.177	63,1	1.079	2
Lebensmittel	1.178	1,4	1.252	1,6	-74	-6
Medizinischer Bedarf	16.759	20,6	17.034	21,4	-275	-2
Wasser, Energie, Brennstoffe	1.813	2,2	1.673	2,1	140	8
Wirtschaftsbedarf	2.555	3,1	2.299	2,9	-256	-11
Verwaltungsaufwand	1.809	2,2	2.060	2,6	-251	-12
Instandhaltung	2.127	2,6	2.009	2,5	118	6
Steuern, Abgaben, Versicherungen	963	1,2	924	1,2	39	4
Sonstiger Betriebsaufwand	251	0,3	2.074	0,2	-65	-35
	78.711	96,8	77.614	97,6	1.097	1
Betriebsergebnis	2.642	3,2	1.874	2,4	769	41
Neutrales Ergebnis	1.795		1.101		694	63
Finanz- und Investitionsergebnis	-2.250		-2.170		-81	4
außerordentliches Ergebnis	0		0		0	
Jahresergebnis	2.187		805		1.382	172

Die Kosten für Honorarärzte sind mit 197 TEUR (im Vorjahr 296 TEUR) im medizinischen Bedarf enthalten.

Die betrieblichen Erträge haben sich im Geschäftsjahr im Wesentlichen auf Grund eines Anstiegs der Erlöse aus Krankenhausleistungen um 1.582,7 TEUR, der Erlöse aus Wahlleistungen um 258,6 TEUR, der Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses um 558,8 TEUR, einer Erhöhung Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand um 202,5 TEUR und der sonstigen betrieblichen Erträge um 461,6 TEUR positiv entwickelt.

Das neutrale Ergebnis ist mit 1.191 TEUR geprägt durch die im Zusammenhang mit der Ausgliederung des Parkraumbewirtschaftungsbetriebes und der Übertragung der weiteren unbebauten Grundstücke auf die KHD Träger GmbH gegen Gewährung zusätzlicher Gesellschaftsanteile entstandenen Übertragungsgewinne.

Risikobericht

Besondere, bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Der Orientierungswert für das Jahr 2014 beträgt 2,02 % und ist bereits in die Landesbaserate eingerechnet. Dieser liegt deutlich unterhalb der von den Tarifparteien in der Lohnrunde 2014/15 abgeschlossenen Ergebnisse. Die Mehrkosten können nur zum Teil durch Maßnahmen im Personalbereich aufgefangen werden. Ein Großteil muss sich aus dem Umsatzwachstum generieren. Bei weiterhin hohem Investitionsbedarf in Gebäude und Technik ergibt sich immer mehr die Notwendigkeit von eigenmittelfinanzierten Investitionen, weil die Investitionsförderung des Landes nicht ausreicht, die notwendigen Maßnahmen zu finanzieren. Dies führt zu erhöhten Abschreibungen mit entsprechenden Belastungen der Jahresergebnisse und zum Entzug von Betriebsmitteln zu Investitionszwecken bei gleichzeitig gedeckeltem Budget. Gleichwohl setzt die Wirtschafts- und Finanzplanung des Krankenhauses auf eine solide Finanzierungspolitik und die Sicherstellung der Kapitaldienstfähigkeit, um auch weiterhin zukunftssichere Investitionen tätigen zu können. Hier sind korrigierende gesetzliche Maßnahmen notwendig und zurzeit in der politischen Diskussion.

Aus dem bisher bekannten Entwurf des Krankenhausrahmenplans 2015 ergeben sich nach heutigem Stand keine erkennbaren negativen Auswirkungen auf den Versorgungsauftrag des Krankenhauses. Der geplante Wegfall der Teilgebietsplanung bietet sowohl Chancen als auch Risiken für das Krankenhaus durch Verschiebungen im Wettbewerb. Da diese Fragestellung

aber viele Krankenhäuser betreffen könnte, ist sie Bestandteil von weiteren Erörterungen zwischen der KGNW und der Landesregierung.

Weitere nennenswerte Risiken und Risiken, die möglicherweise den Bestand des Krankenhauses betreffen könnten, sind derzeit nicht bekannt.

Prognosebericht

Die laufende Wirtschaftsplanung sieht für die Jahre 2014 und 2015 Jahresüberschüsse in Höhe von 672 TEUR und 1.016 TEUR vor. Der Planung liegt ein Anstieg der DRG-Fälle je Vollkraft in Höhe von rd. 0,8% p.a. zu Grunde. Der Umsatz je Vollkraft steigt planmäßig um rd. 2,4%. Nach derzeitigen Erkenntnissen sind diese Prognosen realistisch erreichbar.

Durch eine Straffung der medizinischen Ausrichtung und einer Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit gelang es, das Krankenhaus als den Schwerpunktversorger der Region weiter zu stärken. Die Erfolgsfaktoren in der medizinischen Qualität entwickeln sich weiterhin positiv. Es ist weiterhin mit einem stabilen, kontrollierten Wachstum zu rechnen.

Das Krankenhaus wird aufgrund des finanziellen Zugewinns und steigender Leistungszahlen bei strenger Kostenkontrolle seine wirtschaftliche Lage weiter stabilisieren und ausbauen. Für das Jahr 2014 finden die Entgeltverhandlungen mit den Kostenträgern voraussichtlich im Juni 2014 statt.

Für 2014 erwarten wir weitere Wachstumsimpulse und weitere Verbesserungen in der Ertragslage. Getrieben werden diese durch einen wachsenden Bedarf an Gesundheitsleistungen infolge einer immer älter werdenden Bevölkerung und hausindividuell durch verbesserte Infrastruktur durch die im Januar 2012 in Betrieb gegangene Privatstation und umfangreiche Zimmersanierungen. Damit sind strukturelle Wettbewerbsnachteile der Vergangenheit behoben, die sich positiv auf Wachstumsimpulse und optimierte wirtschaftliche Prozesse im Krankenhaus auswirken werden. Wichtige Zertifizierungsprozesse und damit verbundenen Prozessverbesserungen werden Ende 2014 weitestgehend abgeschlossen sein und legen die Basis für eine Stärkung der Ertragskraft und weitere Wachstumsmöglichkeiten über das Jahr 2014 hinaus.

Das strategische Ziel der mittel- und langfristigen Ausrichtung ist eine hochwertige medizinische Versorgung in allen Bereichen sowie einer Konzentration der Spezialisierungen auf die Bereiche Tumorerkrankungen, Herz- und Kreislauferkrankungen, Erkrankungen der Verdauungs- und Stoffwechselorgane sowie auf Erkrankungen des Bewegungsapparates. Dadurch kann sich das Krankenhaus als Schwerpunktversorger zwischen Aachen und Köln sowie Eifel und Niederrhein weiter etablieren und durch die verzahnten und optimierten Angebote auch überregional Patienten anziehen.

Um sich der demographischen Entwicklung mit neuen Konzepten zu stellen, arbeitet das Krankenhaus an einer Langzeitstrategie „Krankenhaus 2030“, in die vor allem die generationengerechte Versorgung der Patientinnen und Patienten im Vordergrund steht.

Zur weiteren Sicherung des Standortes dient u. a. die Errichtung von zwei Ärztehäusern an der Merzenicher Straße im Rahmen eines umfänglichen Gebäudemanagementkonzeptes. Zentraler Punkt ist dabei die konstruktive Vernetzung mit niedergelassenen Arztpraxen unter Nutzung von Synergieeffekten.

Neben der hochwertigen medizinischen Versorgung sind die positive Wahrnehmung des Krankenhauses in der Öffentlichkeit und das stabile Fundament der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entscheidend.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag traten keine erwähnenswerten Ereignisse mehr im Krankenhaus ein. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind nicht eingetreten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Krankenhaus Düren gemeinnützige GmbH ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- | | | | |
|----|----------------------|--|-----|
| 1) | KHD Träger GmbH | siehe Seite | 373 |
| 2) | AGKAMED Holding GmbH | <p>Eine weitere Darstellung dieser Beteiligung entfällt, da die Beteiligung der Krankenhaus Düren gGmbH an der AGKAMED Holding GmbH unter 1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.</p> | |

**Standortentwicklungsgesellschaft
Vogelsang mbH (SEV)**

Vogelsang 71
53937 Schleiden
Telefon: 02444/915779-10
Telefax: 02444/915779-19
E-Mail: Thomas.Fischer-Reinbach@vogelsang-ip.de
Homepage: www.vogelsang-ip.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes Burg Vogelsang gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem "Internationalen Platz im Nationalpark Eifel". Die Gesellschaft führt die begonnenen Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel der Nationalparkregion, insbesondere hinsichtlich der Kernnutzungen Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

- Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
 - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanungen, Controlling
 - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
- Projektentwicklung Kernnutzungen
 - Mitwirkung, Beratung, Koordinierung der Kernnutzungen
 - Erstellung von Markt und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
- Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbliebener Fläche von ca. 90 ha
 - Betreuung Markterkundungsverfahren
 - Nutzer- und Investitionsakquisition,
 - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
 - Verkaufs-/Vertragsverhandlungen
 - Kundenbetreuung in Planungs-, genehmigungs- und Bauphase
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
- Betrieb und Unterhaltung der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Aufstellung Pflege- und Unterhaltungskonzept
 - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
 - Management der Dienstleistungen
- Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
 - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
 - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
 - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die Dauer der Gesellschaft war befristet. Sie endete mit Ablauf des 31.12.2014. Die Gesellschafter haben 03.12.2014 am eine Verlängerung der Gesellschaft bis zum 31.12.2016 beschlossen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei von ihnen gemeinschaftlich oder durch einen von ihnen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer haben die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe des Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages und der Beschlüsse der Gesellschafter und des Aufsichtsrates zu führen.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Dieser besteht aus 13 Mitgliedern. 7 Mitglieder werden von der Region entsandt. Dem Kreis Euskirchen stehen 3 Entsendungsmandate, der Stadt Schleiden 2 und der Städteregion Aachen und Düren jeweils 1 Mandat zu. Das MWME wird 4 Mitglieder entsenden, die Bundesanstalt 2 Mitglieder. Der Aufsichtsrat berät über die Vorlagen für die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und gibt Beschlussempfehlungen ab. Er hat die Geschäftsführung zu fördern, zu beraten und überwachen. Er beschließt insbesondere über die in § 7 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages aufgeführten Geschäfte.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen i.S. d. §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
2. die Beteiligung an anderen Unternehmen,
3. der Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
4. Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
5. die Wahl des Abschlussprüfers,
6. die Zustimmung zur Abtretung, zur Belastung oder zur Teilung von Geschäftsanteilen,
7. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen welche der Gesellschaft aus der Gründung und/oder der Geschäftsführung gegen Geschäftsführung oder Gesellschafter zustehen sowie die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen, die sie gegen einen Geschäftsführer zu führen hat und
8. die Bestellung, Anstellung, Abberufung und Kündigung der Geschäftsführung und die Festsetzung ihrer Anstellungsbedingungen; das Gleiche gilt auch für die Prokuristen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Fischer-Reinbach, Thomas		
Aufsichtsrat:	Kreis Euskirchen	3 Sitze	23,08 %
	Stadt Schleiden	2 Sitz	15,38 %
	StädteRegion Aachen	1 Sitz	7,69 %
	Kreis Düren	1 Sitz	7,69 %
	MWME-NRW	4 Sitz	30,77 %
	Bundesanstalt für Immobilienauf- gaben	2 Sitze	15,38 %
Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Über die Zahl seiner Vertreter entscheidet jeder Gesellschafter selbst. Bei mehr als einem Vertreter ist ein Stimmführer zu bestimmen.	1 Stimme	je 240,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Steins, Hans-Martin	Kreis Düren	Dezernent
Gesellschafter- versammlung:	Steins, Hans-Martin	Kreis Düren	Dezernent

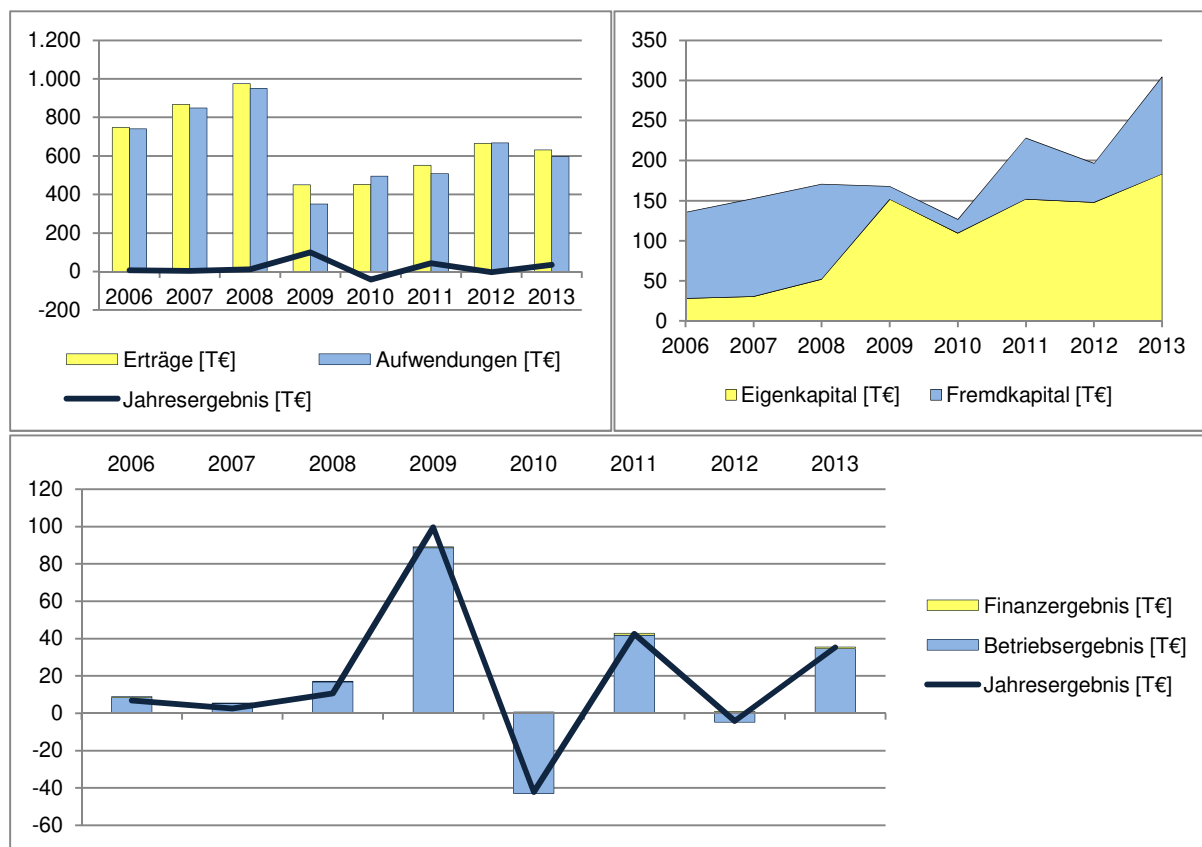
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	53937 Schleiden	
gezeichnetes Kapital:	36.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000,00 €	33%
Land Nordrhein-Westfalen vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittel- stand und Energie (MWME)	12.000,00 €	33%
Kreis Euskirchen	6.480,00 €	18%
StädteRegion Aachen	2.160,00 €	6%
Kreis Düren	2.160,00 €	6%
Stadt Schleiden	1.200,00 €	3%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	187,00 €	3,00 €	3,00 €	0,00 €	0,00%
II. Sachanlagen	32.309,00 €	26.927,00 €	20.172,00 €	-6.755,00 €	-25,09%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	5.016,23 €	11.874,40 €	15.626,98 €	3.752,58 €	31,60%
III. Wertpapiere	36.000,00 €	36.000,00 €	36.000,00 €	0,00 €	0,00%
IV. Kassenbestand	152.340,47 €	119.354,41 €	230.914,97 €	111.560,56 €	93,47%
C. Rechnungsabgrenzungs- posten	2.357,47 €	2.288,90 €	1.721,42 €	-567,48 €	-24,79%
Summe Aktiva	228.210,17 €	196.447,71 €	304.438,37 €	107.990,66 €	54,97%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	36.000,00 €	36.000,00 €	36.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinn-/Verlustvortrag	73.406,03 €	115.999,11 €	111.875,74 €	-4.123,37 €	-3,55%
III. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	42.593,08 €	-4.123,37 €	35.301,50 €	39.424,87 €	-956,13%
B. Rückstellungen	20.710,00 €	13.710,00 €	14.274,00 €	564,00 €	4,11%
C. Verbindlichkeiten	55.501,06 €	34.861,97 €	106.987,13 €	72.125,16 €	206,89%
D. Rechnungsabgrenzungs- posten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Summe Passiva	228.210,17 €	196.447,71 €	304.438,37 €	107.990,66 €	54,97%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	101.873,66 €	81.545,67 €	-20.327,99 €	-19,95%
2. Erhöhung/Minderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
3. sonstige betriebliche Erträge	550.372,12 €	560.952,62 €	549.474,97 €	-11.477,65 €	-2,05%
4. Materialaufwand	0,00 €	36.898,17 €	0,00 €	-36.898,17 €	-100,00%
5. Personalaufwand	56.162,33 €	151.889,47 €	143.236,35 €	-8.653,12 €	-5,70%
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	23.472,38 €	12.393,05 €	11.006,43 €	-1.386,62 €	-11,19%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	428.878,58 €	466.501,25 €	442.060,40 €	-24.440,85 €	-5,24%
Betriebsergebnis	41.858,83 €	-4.855,66 €	34.717,46 €	39.573,12 €	-814,99%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	980,25 €	978,29 €	781,08 €	-197,21 €	-20,16%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Finanzergebnis	980,25 €	978,29 €	781,08 €	-197,21 €	-20,16%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	42.839,08 €	-3.877,37 €	35.498,54 €	39.375,91 €	-1015,53%
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	246,00 €	246,00 €	197,04 €	-48,96 €	-19,90%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	42.593,08 €	-4.123,37 €	35.301,50 €	39.424,87 €	-956,13%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0
Geschäfte werden durch die Mitarbeiter der LEG Stadtentwicklung Service GmbH sowie der LEG Management GmbH besorgt.			

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren hat für die laufende Finanzierung der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH in 2013 27.000 € gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und fortgeführt. Die bis zum 31.12.2008 befristete Laufzeit wurde dann um fünf Jahre bis zum 31.12.2013 und mit notarieller Beurkundung am 11.11.2013 um ein weiteres Jahr bis zum 31.12.2014 verlängert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in

Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die Städte-Region Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2013 war die Projektentwicklung der Kernnutzungen der 1. Entwicklungsstufe. Das neue „Kulturkino vogelsang ip“ wurde an die vogelsang gemeinnützige GmbH übertragen.

Die im Jahr 2012 begonnen Umbaumaßnahmen für das neue Forum Vogelsang zum zentralen Informations- und Bildungszentrum mit den beiden Kernaussstellungen NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum wurden fortgeführt. Sie verlaufen allerdings nicht so zügig wie geplant, die Fertigstellung und Eröffnung dieses Leitprojektes für die Tourismus-, Bildungs- und Kulturdestination vogelsang ip wird sich in das Jahr 2015 verschieben. Der Baubetrieb sowie Infrastrukturmaßnahmen, wie der neue Besucherparkplatz, haben Auswirkungen auf den Gesamtbetrieb und bedürfen der intensiven Abstimmung durch die SEV.

Für die als Internationale Begegnungsstätte geplante Jugendherberge in Trägerschaft des Deutschen Jugendherbergswerks Landesverband Rheinland konnte auch im Jahr 2013 noch kein belastbares Finanzierungskonzept vereinbart werden. Ziel ist die Sicherstellung der öffentlichen Finanzierung und die Festlegung des Realisierungszeitraumes im ersten Halbjahr 2014. Damit würde auch für das Kernprojekt Jugendwaldheim, welches gemeinsam mit der Jugendherberge gebaut werden soll, eine klare Umsetzungsperspektive geschaffen.

Für das Kernprojekt Nationalparkforstamt hat sich das Land NRW Ende des Jahres entgegen bisheriger Planungen auf die Realisierung eines Neubaus festgelegt. Im Jahr 2014 sind die Voraussetzungen für eine zeitnahe Umsetzung am Standort zu schaffen.

Die Ansiedlung privater Nutzer bleibt weiterhin schwierig. Als wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Betrieb der Astronomie-Werkstatt wurde der Nationalpark Eifel in einem ersten Schritt von der International Dark-Sky Association als Sternenpark anerkannt. Die Astronomie-Werkstatt will ihren Betrieb in Vogelsang im April 2014 aufnehmen.

Die Entwicklung des barrierefreien „Panoramasteges“ wird genauso wie die angestoßene Entwicklung eines „Vogelsang-Hotels“ weiterverfolgt. Zur Nutzung von zwei Kameradschaftshäusern als „Fledermauszentrum“ und „Open House“ mit Jugendbauhütte wurden zwei weitere Vorhaben angeschoben.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen konnte die SEV die Sanierung des Schmutzwassernetzes noch nicht abschließen. Neue Versorgungsleitungen wurden für die östlichen Kameradschaftshäuser angelegt. Die Baumaßnahmen für die Versickerung der Regenwässer der nicht übertragenen Gebäude sollen im Frühjahr 2014 durchgeführt werden. Die Beleuchtungsplanung für die öffentlichen Bereiche sowie das Forum Vogelsang, das Kulturkino und den neu-

en Besucherparkplatz wurde mit allen Beteiligten abgestimmt und weitgehend abgeschlossen, die Realisierung ist im Jahr 2014 vorgesehen.

Die Entwurfsplanung für die neue ÖPNV-Wendeschleife wurde erstellt, der Förderantrag durch den Kreis Euskirchen eingereicht. Ziel ist die Realisierung bis zum Mai 2015.

Zum Erhalt der historischen Bausubstanz wurden im Hangbereich in zwei Bereichen Stützwände saniert. Für die unterirdischen Räume am Schwimmbad sowie an den Hundertschaftshäusern wurden jeweils Sanierungskonzepte aufgestellt. Die Durchführung der Sanierungsmaßnahmen der Räume am Schwimmbad ist für das Jahr 2014, die der übrigen unterirdischen Räume für das Jahr 2015 geplant. Zur Verbesserung der Vermarktbarkeit wurden die ehemaligen Panzerhallen zurückgebaut, weitere Abbruchmaßnahmen werden vorbereitet.

Das ab Mai 2011 betriebene Geländemanagement-Modell „Bürgerarbeit“ wurde im Jahr 2013 erfolgreich weitergeführt. Alle „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes konnten gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern unterhalten und gepflegt werden. Da die Förderung der Bürgerarbeit durch das Bundesverwaltungsamt im April 2014 ausläuft, wurde für das Jahr 2014 ein Folgemodell mit reduziertem eigenem Personal entwickelt und mit den Nutzern abgestimmt.

Die formalen Verfahren der Bezirksregierung Köln, die Gesamtfläche der Liegenschaft Vogelsang flächendeckend unter Denkmalschutz zu stellen und den nördlichen, etwa 54 ha umfassenden Bereich als Bodendenkmal auszuweisen, wurden fortgeführt. Den Bedenken der SEV, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der Stadt Schleiden und des Kreises Euskirchen, den südlichen Teil der Standortfläche nicht unter Denkmalschutz zu stellen, wurde nicht gefolgt. Die Eintragungen in die Denkmalliste der Stadt Schleiden sind Anfang 2014 erfolgt.

Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Aufgrund der Großbaustelle für das neue Forum Vogelsang und die damit fehlenden Ausstellungsflächen sowie eine unattraktive Besucherführung sind die Besucherzahlen am Standort im Jahr 2013 nochmals zurückgegangen. Das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr von 200.000 auf 172.500 sank, betrug nach einer vorläufigen Auswertung der vogelsang ip gemeinnützige GmbH im Jahr 2013 ca. 150.000. Für das Jahr 2014 wird eine Stagnation auf diesem Wert erwartet. Erst ab dem Jahr 2015 wird mit Eröffnung des „Forum Vogelsang“ wieder ein deutlicher Anstieg der Besucherzahlen prognostiziert.

Ungebrochen ist aber nach wie vor auch im Jahr 2013 die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist durch die überregional beachteten Veranstaltungen im Kulturkino vogelsang ip weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Bisher wurden in Vogelsang schon mehr als sechzig neue Arbeitsplätze geschaffen.

Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist weiterhin eine deutliche Zurückhaltung zu verzeichnen. Die Investitionsbereitschaft von privater Seite kann insgesamt als gering bezeichnet werden. Mit der „Astronomie-Werkstatt“ steht eine private Ansiedlung kurz vor der Realisierung, von der Signalwirkung für weitere private Interessenten ausgehen kann. Mit dem „Vogelsang-Hotel“, dem „Panoramasteg“ sowie dem „Fledermauszentrum“ und „Open House“ befinden sich vier weitere privat zu finanzierende Projekte in der Entwicklungsphase.

Umso wichtiger für die weitere Gesamtentwicklung ist es daher, dass neben dem Leitprojekte „Forum Vogelsang“ bei den drei anderen öffentlich finanzierten Kernprojekten Jugendherberge, Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt klare Umsetzungsperspektiven geschaffen werden. Die Impulse, die von der Realisierung der Kernprojekte der 1. Entwicklungsstufe für die Privatwirtschaft zu erwarten sind, werden dringend zur Akquisition weiterer Nutzungen benötigt.

Daher ist es für den weiteren Entwicklungsprozess wichtig, die Finanzierungsfragen im Falle der Jugendherberge im Jahr 2014 zu lösen und das Vorhaben zeitnah zu realisieren. Auch für die Realisierung des Nationalparkforstamtes in einem Neubau sollten kurzfristig die Verfahrensschritte geklärt werden.

Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2013

Im Geschäftsjahr 2013 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus Fördermitteln und den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betragen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurde der im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch die Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 35.301,50 € (Vorjahr Jahresfehlbetrag von 4.123,37 €) ab.

Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten halten wir stabil.

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 230.914,97 € (Vorjahr: 119.354,41 €) dargestellt. Es handelt sich um Einnahmen aus Fördermitteln und den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement. Die Fördermittel stammen aus Städtebaumitteln des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV). Auf der Passivseite stehen dem Umlaufvermögen insbesondere das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 183.177,24 € (Vorjahr: 147.875,74 €) gegenüber.

Ertragslage

Im Jahr 2013 entsteht ein Jahresüberschuss in Höhe von 35.301,50 € gegenüber einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.123,37 € im Jahr 2012. Erträgen in Höhe von 631.801,72 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement, Zinsen), stehen Aufwendungen in Höhe von 596.500,22 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus Fördermitteln und Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil. Wesentlich für das positive Jahresergebnis sind geringere Ausgaben bei den Fremdleistungen für Projektentwicklung und den Sachkosten.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,00 € (Vorjahr: 302.259,96 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit 143.236,35 € im Jahr 2013 für die Personalkosten.

Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt 304.438,37 € (Vorjahr: 196.447,71 €). Das Eigenkapital beträgt 183.177,24 € (Vorjahr: 147.875,74 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 60 % (Vorjahr: 75 %). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich grundsätzlich um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 40 % (Vorjahr: 25 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Chancen und Risiken

Mit dem sich im Bau befindlichen Forum Vogelsang zum zentralen Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum wird das zentrale Ankerprojekt am Standort bis zum Jahr 2015 realisiert. Die reale Konversion, die vor acht Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit gemeinsam mit den schon betriebenen Einrichtungen Kulturkino vogelsang ip, Rotkreuz Museum, Umweltbildungshaus „Transit 59“ und Schwimmbad als Erfolg zu bewerten. Gute Chancen auf eine zeitnahe Ansiedlung werden weiterhin für die Kernprojekte Internationale Begegnungsstätte DJH, Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt gesehen. Private, leitbildkonforme Nutzungen werden durch die Ansiedlung der Astronomie-Werkstatt und die sich in der Entwicklung befindlichen Projekte Vogelsang-Hotel, Panoramasteg, Fledermauszentrum und Open House gesehen. Auch die Infrastruktur des Standortes konnte gegenüber dem Jahr 2006 qualitativ entscheidend verbessert werden. Insgesamt verläuft die Konversion der ca. 100 ha großen „Camp Vogelsang“-Fläche aber langsamer als zu Beginn des Prozesses prognostiziert.

Die ersten elf Jahre des Konversionsprozesses haben gezeigt, dass die Überführung des geschichtsbeladenen, mitten im Nationalpark Eifel gelegenen Ortes in eine tragfähige zivile Zukunft eine besondere Herausforderung darstellt. Aufgrund der Besonderheiten des Standortes und seiner vielschichtigen Potentiale sowie der legitimen Interessen der Beteiligten wird im Rahmen des einvernehmlich verabschiedeten Leitbildes immer wieder um die Ausrichtung der Gesamtentwicklung gerungen.

Umso wichtiger ist es, dass für die öffentlich geförderten Kernprojekte Jugendherberge, Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt eine zeitnahe Umsetzungsperspektive geschaffen wird, um die programmatische Ausrichtung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bildungs-, Kultur- und Tourismusdestination vogelsang ip zu stärken. Die Ansiedlungsbedingungen für private Investitionen würden damit verbessert, das Vertrauen des Marktes in den Standort würde gestärkt und damit hoffentlich auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren zunehmen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen.

Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer fast ausschließlich öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ wird zu einem Drittel aus Fördermitteln des Landes NRW und zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt und der Kommunen finanziert. Die Landesmittel sowie die direkten Zuweisungen sind bis zum Ende des Fortführungszeitraumes im Jahr 2014 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchführung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern bis Ende 2014. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit bis Ende des Jahres 2014 nicht erkennbar.

Prognose

Die Gesellschaft ist zurzeit bis zum 31.12.2014 befristet. Zu den Hauptaufgaben der Gesellschaft gehören laut Gesellschaftsvertrag die Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur, die Projektentwicklung der Kernnutzungen, die Vermarktung und das Marketing der außerhalb der Kernnutzungen verbleibenden Flächen von ca. 90 ha, der Betrieb und Unterhalt des Geländes und die Entwicklung eines dauerhaften Geländemanagement-Konzeptes für die Gesamtimmobilie.

Insbesondere die letzten vier Jahre des Konversionsprozesses unter Federführung der SEV haben gezeigt, dass vor allem die Realisierung der Kernprojekte der 1. Entwicklungsstufe nicht so zügig verläuft wie im Jahr 2008 gedacht. Um die entwickelten Projekte Jugendherberge, Jugendwaldheim, Nationalparkforstamt und Astronomie-Werkstatt und die anentwickelten Projekte sowie die hierfür erforderliche Infrastruktur zu realisieren, sollte die SEV in ihrer bisherigen Struktur über das Jahr 2014 hinaus fortgeführt werden. Nur mit Verwirklichung dieser sowie weiterer Nutzungen prioritär in Bestandsgebäuden kann dauerhaft der denkmalgerechte Erhalt und eine sich selbst tragende Wirtschaftlichkeit erreicht werden.

Die Gesellschaftervertreter der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Region haben ihren grundsätzlichen Willen bekundet, die Gesellschaft über das Jahr 2014 hinaus weiter zu führen. Das Land NRW will im Rahmen einer 3. Leitentscheidung über die weitere Beteiligung an der Gesellschaft entscheiden.

Schwerpunkte der Tätigkeit im Jahr 2014 werden die Abstimmung des Finanzierungskonzeptes für die Kernnutzung „Jugendherberge“ und für das „Nationalparkforstamt“ die Klärung der Standortfrage und des weiteren Investorenverfahrens sein. Angesiedelt werden soll im Jahr 2014 die Astronomie-Werkstatt, die Projekte „Vogelsang-Hotel“, Panoramasteg, Fledermauszentrum und Open House sollen weiter entwickelt werden.

Als Infrastrukturmaßnahmen sind die Errichtung der Beleuchtung und der ÖPNV-Wendescheife, die Anlage von Versickerungsanlagen und die Sanierung von unterirdischen

Räumen geplant. Weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft wird die Akquisition neuer Investorenprojekte für den Standort sein.

Für das kommende Geschäftsjahr werden geringe Überschüsse erwartet.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Technologiezentrum Jülich GmbH

Karl Heinz Beckurts Straße
52428 Jülich
Telefon: 02461/690-0
Telefax: 02461/690-100
E-Mail: info@tz-juelich.de
Homepage: www.tz-juelich.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines multifunktionalen Technologiezentrums, insbesondere für innovative Unternehmen und Existenzgründer.

Dies umfasst die An- und Vermietung geeigneter Räumlichkeiten, den Betrieb von Gemeinschaftseinrichtungen und –räumen sowie das Angebot von Beratungs-, technischen und sonstigen Dienstleistungen. Ferner ist Gegenstand des Unternehmens die Beteiligungen an Gesellschaften, die unter anderem den Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen an innovativen Unternehmen sowie die Betreuung und die Beratung dieser Unternehmen betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so sind je zwei von ihnen zur Vertretung der Gesellschaft gemeinsam berechtigt. Durch Beschluss des Aufsichtsrates kann einem oder mehreren Geschäftsführern die Befugnis zur Alleinvertretung gewährt werden. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist dieser alleine vertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus 13 Mitgliedern. Auf den Kreis Düren entfallen zwei Sitze.

Der Aufsichtsrat beschließt über:

1. die Festlegung der Grundsätze der Aktivitäten der Gesellschaft
2. die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer und Stellvertreter sowie über den Inhalt ihrer Anstellungsverträge
3. den Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführer
4. die Empfehlung des von den Geschäftsführern jährlich in voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes (Finanz-, Investitions- und Erfolgsplan) und Stellenplanes sowie der Jahresabschluss an der Gesellschafterversammlung
5. die Vorbereitung aller der Gesellschafterversammlung durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag vorbehaltenden Angelegenheiten

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung ist jährlich mindestens einmal vor Ablauf des laufenden Geschäftsjahres als ordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, die Einberufung einer Gesellschafterversammlung unter Angabe des Zwecks und der Gründe zu verlangen. Außerdem muss die Gesellschafterversammlung unverzüglich einberufen werden, wenn dies der Aufsichtsrat oder die Geschäftsführung für erforderlich hält. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über

1. die Feststellung der Wirtschafts- und Stellenpläne,
2. die Feststellung des Jahresabschlusses,
3. die Verwendung des Bilanzgewinnes oder Abdeckung des Bilanzverlustes.
4. die Entlastung des Aufsichtsrates und des Geschäftsführers,
5. die Beauftragung der Abschlussprüfer,
6. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter, gegen den Geschäftsführer bzw. den stellvertretenden Geschäftsführer,
7. die Änderung des Gesellschaftervertrages,
8. den Erwerb von Beteiligungen und Mitgliedschaften,
9. die Verschmelzung oder Umwandlung der Gesellschaft,
10. die Auflösung,
11. die Bestellung und Abberufung von Liquidatoren.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Dipl.-Kaufmann Aretz, Carlo		
Aufsichtsrat:	Stadt Jülich	3 Sitze	23,08 %
	AGIT GmbH	2 Sitze	15,38 %
	Kreis Düren	2 Sitze	15,38 %
	Forschungszentrum Jülich GmbH	1 Sitz	7,69 %
	Hans Lamers GmbH & Co. KG	./.	0,00 %
	RWE Power AG	./.	0,00 %
	Enrichment Technology Company Limited	1 Sitz	7,69 %
	Zuckerfabrik Jülich AG	1 Sitz	7,69 %
	Sparkasse Düren	1 Sitz	7,69 %
	Aachener Bank e.G.	1 Sitz	7,69 %
	Deutsche Bank AG	1 Sitz	7,69 %

Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter ist stimmberechtigt.	1 Stimme	je 250,00 € Stammkapital
---	---	----------	--------------------------

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Beyß, Georg	Kreis Düren	Kreisdirektor
	Bertrams, Hans-Jürgen <small>bis 31.12.2014</small>	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Thiel, Stephan <small>ab 26.03.2015</small>	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

Gesellschafter-
versammlung:

Beyß, Georg

Kreis Düren Kreisdirektor

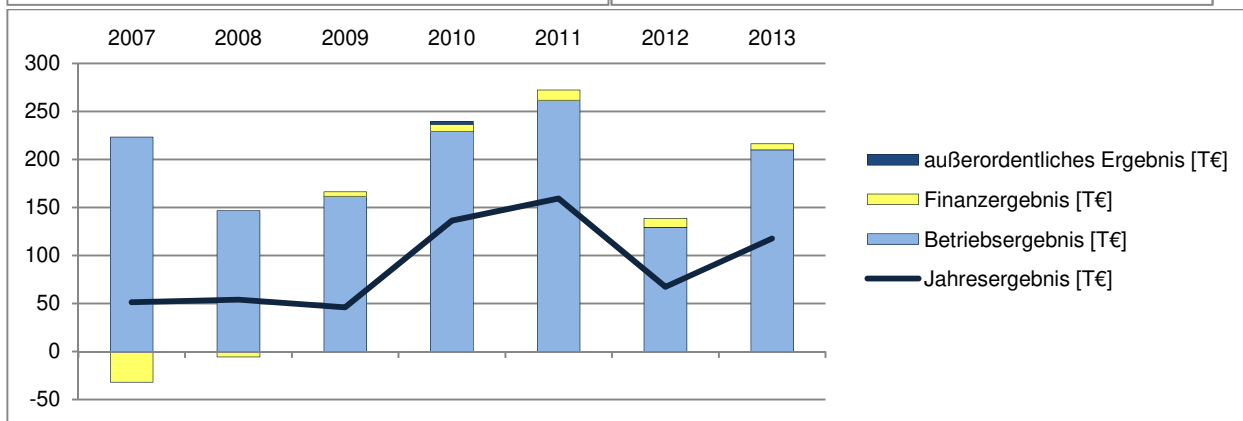
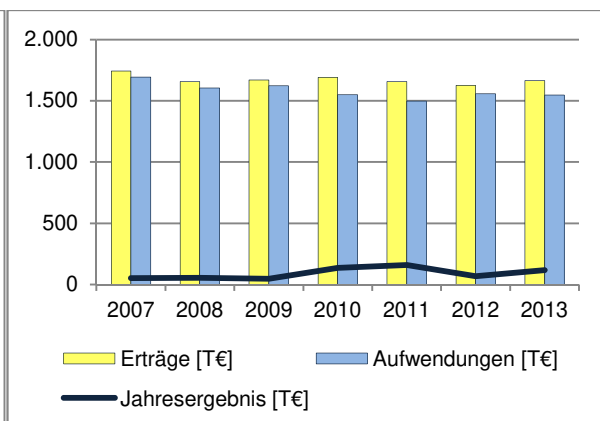
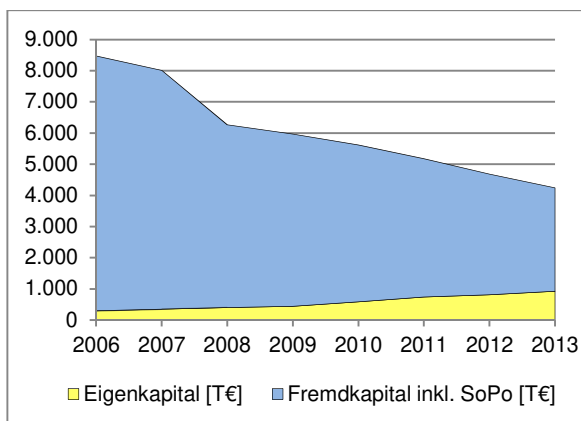
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52428 Jülich	
gezeichnetes Kapital:	153.387,57 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Stadt Jülich	42.948,51 €	28%
AGIT GmbH	19.940,37 €	13%
Kreis Düren	15.338,76 €	10%
Forschungszentrum Jülich	7.669,38 €	5%
H. Lamers GmbH & Co KG	7.669,38 €	5%
Rheinbraun AG	7.669,38 €	5%
Urenco Deutschland GmbH	7.669,38 €	5%
Zuckerfabrik Jülich	7.669,38 €	5%
Sparkasse Düren	12.271,01 €	8%
Aachener Bank e.G	12.271,01 €	8%
Deutsche Bank	12.271,01 €	8%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
II. Sachanlagen	4.041.051,00 €	3.420.300,00 €	2.803.426,96 €	-616.873,04 €	-18,04%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. Sonstige Vermögensgegenstände	153.128,67 €	55.432,66 €	22.819,72 €	-32.612,94 €	-58,83%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	979.777,04 €	1.210.069,05 €	1.415.213,75 €	205.144,70 €	16,95%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	185,55 €	112,11 €	0,00 €	-112,11 €	-100,00%
Summe Aktiva	5.174.142,26 €	4.685.913,82 €	4.241.460,43 €	-444.453,39 €	-9,48%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	153.387,57 €	153.387,57 €	153.387,57 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnvortrag	433.844,17 €	593.311,32 €	660.654,58 €	67.343,26 €	11,35%
III. Jahresüberschuss	159.467,15 €	67.343,26 €	117.552,40 €	50.209,14 €	74,56%
B. Spenderposten für Investitionszuschüsse	3.358.312,00 €	2.819.116,00 €	2.280.544,96 €	-538.571,04 €	-19,10%
C. Rückstellungen	918.269,32 €	929.540,27 €	904.462,34 €	-25.077,93 €	-2,70%
D. Verbindlichkeiten	145.252,93 €	119.398,06 €	118.170,60 €	-1.227,46 €	-1,03%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	5.609,12 €	3.817,34 €	6.687,98 €	2.870,64 €	75,20%
Summe Passiva	5.174.142,26 €	4.685.913,82 €	4.241.460,43 €	-444.453,39 €	-9,48%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	921.005,61 €	870.712,33 €	923.741,26 €	53.028,93 €	6,09%
2. sonstige betriebliche Erträge	723.779,79 €	744.082,43 €	734.081,32 €	-10.001,11 €	-1,34%
3. Personalaufwand	255.376,68 €	277.457,26 €	278.841,83 €	1.384,57 €	0,50%
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	622.250,26 €	621.211,18 €	620.362,61 €	-848,57 €	-0,14%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	505.685,53 €	586.900,27 €	548.477,25 €	-38.423,02 €	-6,55%
Betriebsergebnis	261.472,93 €	129.226,05 €	210.140,89 €	80.914,84 €	62,61%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	10.963,99 €	9.540,85 €	6.086,52 €	-3.454,33 €	-36,21%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Finanzergebnis	10.963,99 €	9.540,85 €	6.086,52 €	-3.454,33 €	-36,21%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	272.436,92 €	138.766,90 €	216.227,41 €	77.460,51 €	55,82%
8. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	72.286,80 €	30.748,68 €	55.241,84 €	24.493,16 €	79,66%
10. sonstige Steuern	40.682,97 €	40.674,96 €	43.433,17 €	2.758,21 €	6,78%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	159.467,15 €	67.343,26 €	117.552,40 €	50.209,14 €	74,56%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	5	5	5

Verbindungen zum Kreishaushalt

Ein Verlustausgleich, der von den Gesellschaftern – außer Forschungszentrum Jülich – im Verhältnis ihrer Stammanteile, jedoch höchstens bis zu dem zehnfachen jeweiligen Stammkapitalanteil zu leisten ist (für den Kreis Düren also höchstens 153.387,56 €), ist in 2013 nicht angefallen.

Der Kreis Düren ist zu 361/1000 Eigentümer am Grundstück des Technologiezentrums. Dieser Anteil ist an das Technologiezentrum verpachtet. Z.Zt. ist die Pacht ausgesetzt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Lage der Technologiezentrum Jülich GmbH ist auch im Geschäftsjahr 2013 weiterhin von einer hohen Konstanz geprägt.

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft kann als ausgesprochen zufriedenstellend bezeichnet werden. Bestätigung finden diese positiven Beurteilungen des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses in den verschiedenen Kennzahlen (vgl. nachfolgend Stand der Vermietung).

Tätigkeiten der Gesellschaft

Es ist für Unternehmen eine existenzielle Notwendigkeit, durch innovative Produkte und Dienstleistungen Wettbewerbsvorteile aufzubauen bzw. zu behalten. Äußerst hilfreich, weil ausgesprochen wirksam, ist dafür die Zusammenarbeit von leistungsfähigen Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.

Von daher ist natürlich gerade der wissenschaftlich-wirtschaftliche Austausch zwischen Hochschulen und Unternehmen für den Wirtschaftsstandort Deutschland von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Unternehmen benötigen dringend wie kontinuierlich qualifizierten Nachwuchs, der Know-how und neue Ideen in die Wirtschaft einbringt. Die Hochschulen wiederum sind auf einen Austausch mit den Unternehmen angewiesen, wenn sie praxisnah und analog zu den aktuellsten technologischen Anwendungen ausbilden wollen.

Um einen solchen permanenten Technologietransfer erfolgreich zu gestalten, ist das Engagement vieler Partner erforderlich. Von daher müssen die Unternehmen auch ein Mehr an zeitlichem Aufwand in den Informations- und Innovationsprozess investieren. Dieser Prozess wird dann von unterschiedlichen Institutionen aktiv unterstützt. Als ganz wesentliche Ziele gelten in diesem Zusammenhang die effiziente, zeitnahe Partnersuche für die Anwendung, die klare Steuerung der Kontakt- oder Kooperationsgespräche, die Suche nach notwendigem speziellem Zusatz-Know-how und nicht zuletzt das Beziehungsmanagement der einzelnen Partner untereinander.

Gründer- und Technologiezentren haben dies früh erkannt und bringen sich als Mittler zwischen entsprechenden Unterstützungsangeboten und den firmenspezifischen Nachfragen ein.

Das Technologiezentrum Jülich übernimmt für Jungunternehmen innerhalb solcher Prozesse eine uneingeschränkte Inkubatorfunktion. „Know-how-Transfer“ ist seit der Gründung fester Bestandteil des Angebotes und damit etablierter Standard. Dazu tritt als notwendige Ergänzung in den zunehmend vernetzten Systemen des Innovationsstandortes Deutschland auch für die Technologiezentren der permanente Austausch mit der Industrie in allen Phasen der Forschung und Wissensproduktion.

So kommen Kontakte zu anderen Unternehmen zustande, Gespräche und Diskussionen folgen und über den Austausch werden wechselseitig Wissen und Erfahrung genutzt; insbesondere die Mieter des Zentrums untereinander erhalten einen besonderen Zugang zu solchen Kontaktwegen, auf denen von den Erfahrungen der Anderen erfolgreich und nachhaltig profitiert werden kann.

Besondere Unterstützung bietet das Technologiezentrum Jülich bei Durchführung von maßgeschneiderten Veranstaltungen und Seminaren zu technologieorientierten Themen mit unterschiedlichen Kooperationspartnern oder anderen Initiativen bzw. Unternehmen.

Stand der Vermietung

Die intensive Öffentlichkeitsarbeit und die vielfältigen Serviceleistungen der TZJ-GmbH waren dabei in 2013 wesentliche Tragpfeiler für die weiterhin hohe Auslastung, die sich mit durchschnittlich über 95 % deutlich über Vorjahresniveau (88 %) bewegt.

Aktuell liegt die Auslastung des Hauses bei 99,09 % (Stichtag 01. März 2014).

Die durchschnittliche Verweildauer der Unternehmen im TZJ beträgt ca. 3,5 Jahre und liegt damit in den Größenordnungen, die den Zielvorstellungen des Geschäftskonzeptes des TZJ entsprechen.

Derzeit befinden sich im Technologiezentrum 34 Firmen, die ca. 240 festangestellte Mitarbeiter, studentische Aushilfskräfte sowie Diplomanden beschäftigen. Das Spektrum reicht von Einzelunternehmen bis zu Unternehmen mit über 60 Mitarbeitern.

Im Rahmen eines gemeinsamen Businessinkubator-Modells mit dem Forschungszentrum Jülich konnte in 2013 mit der mProbes GmbH das erste Unternehmen im TZJ aufgenommen werden.

Seit dem Beginn der Vermietungstätigkeit vor über 20 Jahren haben bis heute (März 2014) zwischenzeitlich insgesamt 181 Unternehmen die komplexen Angebotsstrukturen im TZJ im Rahmen ihrer Mietverhältnisse genutzt. Fast die Hälfte davon (85) fallen in die Kategorie der „klassischen“ Existenzgründer, so dass sich das TZJ mit Fug und Recht auch als ein Existenzgründungszentrum bezeichnen kann.

Bis zum Stichtag 1. Januar 2014 haben insgesamt 147 Unternehmen das TZJ wieder verlassen:

52 dieser Unternehmen verblieben im Kreis Düren, 37 weitere in der Technologie-Region Aachen. Damit ist es gelungen, über 50 Prozent dieser Firmen im engeren Sprengel zu halten. 19 Firmen fanden ihren Standort innerhalb von NRW, weitere 16 in anderen Bundesländern. 13 Firmen nahmen ihren neuen Firmensitz im Ausland ein und lediglich zehn der im Hause betreuten und begleiteten Unternehmen mussten einen Insolvenzantrag stellen.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage soll durch folgende Kennzahlen veranschaulicht werden:

Analyse der Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2013 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2012 gegenüber gestellt.

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Die Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage weisen grundsätzlich auf eine nach wie vor sehr zufrieden stellende und stabile Entwicklung der Gesellschaft hin.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen:

	31.12.2013		31.12.2012		Veränderung	
	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>
VERMÖGENSSTRUKTUR						
Langfristig gebundenes Vermögen						
Anlagevermögen						
Software	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachanlagen	2.803	66,1	3.420	73,0	-617	-18,0
	<u>2.803</u>	<u>66,1</u>	<u>3.420</u>	<u>73,0</u>	<u>-617</u>	<u>-18,0</u>
Kurzfristig gebundenes Vermögen						
Umlaufvermögen						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	19	0,4	15	0,3	4	26,7
Sonstige Vermögens- gegenstände	4	0,1	41	0,9	-37	-90,2
Liquide Mittel	1.415	33,4	1.210	25,8	205	16,9
	<u>1.438</u>	<u>33,9</u>	<u>1.266</u>	<u>27,0</u>	<u>172</u>	<u>13,6</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Gesamtvermögen	<u>4.241</u>	<u>100,0</u>	<u>4.686</u>	<u>100,0</u>	<u>-445</u>	<u>-9,5</u>

	31.12.2013		31.12.2012		Veränderung	
	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>
KAPITALSTRUKTUR						
Langfristig verfügbares Kapital						
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital	153	3,6	153	3,3	0	0,0
Gewinnvortrag	660	15,6	593	12,6	67	11,3
Jahresüberschuss	118	2,8	67	1,4	51	76,1
	<u>931</u>	<u>22,0</u>	<u>813</u>	<u>17,3</u>	<u>118</u>	<u>14,5</u>
Fremdkapital						
Sonderposten für Investitionszuschüsse	2.281	53,8	2.819	60,2	-538	-19,1
	<u>2.281</u>	<u>53,8</u>	<u>2.819</u>	<u>60,2</u>	<u>-538</u>	<u>-19,1</u>
	<u>3.212</u>	<u>75,8</u>	<u>3.632</u>	<u>77,5</u>	<u>-420</u>	<u>-11,6</u>
Kurzfristig verfügbares Kapital						
Fremdkapital						
Steuerrückstellungen	12	0,3	7	0,1	5	71,4
Sonstige Rückstellungen	892	21,0	922	19,7	-30	-3,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	40	0,9	53	1,1	-13	-24,5
Sonstige Verbindlichkeiten/RAP	85	2,0	72	1,6	13	18,1
	<u>1.029</u>	<u>24,2</u>	<u>1.054</u>	<u>22,5</u>	<u>-25</u>	<u>-2,4</u>
Gesamtkapital	<u>4.241</u>	<u>100,0</u>	<u>4.686</u>	<u>100,0</u>	<u>-445</u>	<u>-9,5</u>

Das Gesamtvermögen des Technologiezentrums hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 445 auf TEUR 4.241 vermindert. Zurückzuführen ist diese Entwicklung, wie in den Vorjahren, vor allem auf den planmäßigen Werteverzehr des Sachanlagevermögens (insbesondere Gebäude).

Die Liquidität spiegelt wie schon in den letzten Geschäftsjahren die wirtschaftlich solide und stabile Struktur der Gesellschaft wieder und verbesserte sich um TEUR 205 (16,9 Prozent).

Die liquiden Mittel des TZJ belaufen sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 1.415 (Vorjahr: TEUR 1.210).

Den liquiden Mitteln in Höhe von TEUR 1.415 stehen lediglich Verbindlichkeiten (aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige) in Höhe von insgesamt TEUR 125 (Vorjahr: TEUR 125) gegenüber.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote des TZJ erhöhte sich erneut deutlich und beträgt zum Abschlussstichtag 22,0 % (Vorjahr: 17,3 Prozent).

Unter Berücksichtigung der Sonderposten für Investitionszuschüsse in Höhe von TEUR 2.281 (= 53,8 Prozent der Bilanzsumme) beläuft sich die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote auf beachtliche 75,8 Prozent der Bilanzsumme (Vorjahr: 77,5 Prozent).

Das kurzfristig verfügbare Kapital (Restlaufzeit bis zu einem Jahr) hat sich um TEUR 25 (2,4 Prozent) reduziert. Dies ist zurückzuführen auf die Verminderung der Rückstellungen, während sich der Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie der Anstieg der Sonstigen Verbindlichkeiten per Saldo ausgleichen.

Analyse der Ertragslage

Dieser Darstellung der Ertragslage liegt eine aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren abgeleitete wirtschaftliche Erfolgsrechnung zugrunde.

Sich neutralisierende Positionen (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse) werden mit den Abschreibungen verrechnet und als „Eigenmittel-Abschreibungen“ dargestellt.

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2013 und 2012 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2013		2012		Veränderung	
	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>
ERGEBNISSTRUKTUR						
- Umsatzerlöse	924	82,6	871	80,9	53	6,1
- Sonstige betriebliche Erträge	195	17,4	205	19,1	-10	-4,9
Gesamtleistung	1.119	100,0	1.076	100,0	43	4,0
- Personalaufwand	-279	-24,9	-277	-25,7	-2	-0,7
- Eigenmittel-Abschreibungen	-81	-7,2	-82	-7,6	1	1,2
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-549	-49,1	-587	-54,6	38	6,5

	-909	-81,2	-946	-87,9	37	3,9
Betriebsergebnis	210	18,8	130	12,1	80	61,5
Finanzergebnis	6	0,5	9	0,8	-3	-33,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	216	19,3	139	12,9	77	55,4
Steuern	-98	-8,7	-72	-6,6	-26	-36,1
Jahresüberschuss	118	10,6	67	6,3	51	76,1

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Gesamtleistung um TEUR 43 (4,0 Prozent) auf TEUR 1.119 gesteigert werden. Aus der gegenüber 2012 um rund 7 Prozent gestiegenen durchschnittlichen Vermietungsquote resultiert ein Umsatzanstieg von TEUR 53. Diesem Anstieg steht ein Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge von TEUR 10 auf TEUR 195 gegenüber. Während die in dieser Position im Wesentlichen enthaltenen Nebengeschäftserträge korrespondierend mit der gestiegenen Auslastung ebenfalls ausgeweitet werden konnten, ist der Rückgang durch in 2012 enthaltene periodenfremde Erträge aus auf in Vorjahren abgeschriebene Forderungen zurückzuführen, denen in 2013 kein vergleichbarer Sachverhalt gegenübersteht.

Der Personalaufwand bewegt sich mit TEUR 279 nahezu auf Vorjahresniveau. Bei den Eigenmittel-Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände (TEUR 81) handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen, die den Vorjahren weitgehend entsprechen und im Wesentlichen nicht zuschussfinanzierte Gebäudeabschreibungen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen beinhalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um TEUR 38 (6,5 Prozent) auf TEUR 549 vermindert. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen gesunkene Raum-/Instandhaltungskosten im Vergleich zum Vorjahr.

Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 80 (= 61,5 Prozent) auf TEUR 210 erhöht.

Das Finanzergebnis reduzierte sich infolge des niedrigen Marktzinsniveaus um TEUR 3 auf TEUR 6.

Insgesamt ergibt sich nach Abzug des um TEUR 26 auf TEUR 98 gestiegenen Steueraufwandes ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 118 (i.V. Jahresüberschuss von TEUR 67).

Analyse der Finanzlage

Zur Beurteilung der Finanzlage im Berichtsjahr wurde die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) erstellt:

	<u>2013</u> <u>TEUR</u>	<u>2012</u> <u>TEUR</u>
Periodenergebnis	118	67
+ Eigenmittel-Abschreibungen	82	82
+/- Zu- / Abnahme der Rückstellungen	-25	11
-/+ Zu- / Abnahme der Forderungen aus Lieferung und Leistung, sonstige Vermögensgegenstände und RAP (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	33	97
+/- Zu- / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung, sonstigen Verbindlichkeiten und RAP (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	0	-27
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	<u>208</u>	<u>230</u>
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-3	0
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	<u>-3</u>	<u>0</u>
- Auszahlung aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten	0	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>	<u>0</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	205	230
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.210	980
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u><u>1.415</u></u>	<u><u>1.210</u></u>

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz und Ertragslage

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2013</u>
Sachanlagenintensität (in %)					
= $\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtkapital}}$	86,4	82,9	78,1	73,0	66,1
Umschlagshäufigkeit der Forderungen					
= $\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Forderungen aus Lieferung u. Leistung}}$	7,9	11,8	6,3	58,1	48,6
Eigenkapitalquote (in %)					
= $\frac{\text{Eigenkapital + SoPo's}}{\text{Gesamtkapital}}$	81,9	79,8	79,3	77,5	75,8

Anlagendeckungsgrad II (in %)

$= \frac{\text{EK + langfr. FK}}{\text{Anlagevermögen}}$	94,8	96,2	101,6	106,2	114,6
--	------	------	-------	-------	-------

Liquidität (in %)

1. Grades

$= \frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten}}$	63,7	75,0	91,7	114,8	137,5
--	------	------	------	-------	-------

2. + 3. Grades

$= \frac{\text{liqu. Mittel + Ford. + RAP}}{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten}}$	75,3	84,4	106,0	120,1	139,7
--	------	------	-------	-------	-------

Working Capital (in TEUR)

$= \text{Umlaufvermögen} - \text{kurzfr. FK}$	-267	-178	64	212	409
---	------	------	----	-----	-----

Umsatzrentabilität (in %)

$= \frac{\text{Ergebnis vor Ertragsteuern}}{\text{Umsatzerlöse}}$	13,5	21,6	25,2	11,3	18,7
---	------	------	------	------	------

Gesamtrentabilität (in %)

$= \frac{\text{Ergebnis vor Ertragsteuern}}{\text{Gesamtvermögen}}$	2,2	3,6	4,5	2,1	4,1
---	-----	-----	-----	-----	-----

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft konnte zum Jahresabschluss 2013 ihr Expansionstempo vom Herbst halten und zum Jahresauftakt noch etwas mehr Fahrt aufnehmen (DIW Berlin). Insgesamt haben sich die Rahmenbedingungen für einen stark binnenwirtschaftlich getragenen Aufschwung weiter verbessert, allerdings bleiben beträchtliche, vornehmlich außenwirtschaftliche Risiken bestehen.

Das Wachstum lag zwar lediglich 0,4 % über dem des Vorjahres, hat sich jedoch im Verlauf des Jahres gefestigt. Es wurde überwiegend von den privaten und staatlichen Konsumausgaben getragen.

Die Beschäftigung erreichte ein neues Rekordniveau, was wiederum dazu geführt hat, dass in 2013 so wenige neue Unternehmen gegründet wurden, wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Im Jahr 2013 wurden in Deutschland rund 99.000 Betriebe neu gegründet, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Das waren 3,7 % weniger als im Vorjahr. Die Zahl neu gegründeter Kleinunternehmen ging nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 2,5 % auf knapp 186.000 zurück.

Die Region Aachen liegt dabei im bundesweiten Trend, da auch hier laut Aussage der GründerRegion Aachen die Zahlen von Unternehmensgründungen zurückgegangen sind. Auch im laufenden Jahr sieht die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) keine positive Entwicklung und schon gar keinen Gründungsboom. Nur wenn der Arbeitsmarkt weniger stabil ist und die Nach-

frage nach gut ausgebildeten Fachkräfte zurückgeht, könnte sich das Gründungsgeschehen etwas beleben.

Weitere Gründe für die schwachen Gründungszahlen im vergangenen Jahr sind auch Einschränkungen bei der Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslose, die sich selbständig machen. Wurden solche Neugründungen bis Ende 2011 noch automatisch unterstützt, liegt dies seitdem im Ermessen der Behörde. Mit diesem „Systemwechsel“ ging die Zahl der geförderten Gründer 2012 um 85 % von 110.000 auf nur noch 16.000 zurück.

Diese Entwicklung ist besorgniserregend, da innovative Gründungen der Motor für wirtschaftliches Wachstum und zukunftsorientierte Arbeitsplätze sind.

Besonders wachstumsstark sind etwa junge Unternehmen im High-Tech-Sektor. Schon binnen der ersten fünf Jahre ihrer Gründertätigkeit entstehen hier doppelt so viele Arbeitsplätze wie in anderen Branchen und Sektoren.

Umso wichtiger ist es, innovative StartUps zukünftig mit guten Rahmenbedingungen zu unterstützen. Wir brauchen in Deutschland noch viel mehr Menschen, die ihre innovativen Ideen unternehmerisch umsetzen. Zahlreiche Untersuchungen und internationale Vergleiche zeigen, dass Deutschland sein Gründungspotenzial noch besser nutzen kann.

Sonstiges

Zahlreiche Unternehmen und Institutionen haben das Technologiezentrum Jülich GmbH auch in 2013 als Veranstaltungsort angenommen.

Die Gesellschafter Forschungszentrum Jülich (FZJ), Stadt Jülich, Enrichment Technology, die Partnerunternehmen und diverse Berufsverbände führen in unregelmäßigen Abständen Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen im TZJ durch.

4. Workshop des Arbeitskreises Solarthermische Kraftwerke (13.02.2013)

Verschiedene Technologien solarthermischer Kraftwerke stehen dem internationalen Markt zur Verfügung. Am weitesten entwickelt sind Parabolrinnen-Kraftwerke, doch solare Turmkraftwerke haben laut Expertenmeinung erhebliche Entwicklungschancen. Zum 4. Workshop des Arbeitskreises Solarthermische Kraftwerke treffen sich Experten aus Forschung und Wirtschaft und diskutieren im Technologiezentrum Jülich unter dem Titel „Deutsche Standortbestimmung CSP“.

7. Visitenkartenparty (13.03.2013)

Die 7. Visitenkartenparty wird in Kooperation mit der Stadt Düren, Referat für Wirtschaftsförderung, der Stadtentwicklungsgesellschaft Jülich mbH, der CWIT und dem Technologiezentrum Jülich in den Räumlichkeiten des TZJ durchgeführt. Hans Martin Stein, Dezernent des Kreises Düren begrüßt die Teilnehmer. Die Gesamtmoderation übernimmt Herr Volker Uerlings, Leiter der Lokalredaktion des Aachener Zeitungsverlags. Kooperationspartner in diesem Jahr ist auch „Antenne AC“, die mit einem Spot seit der Pressekonferenz auf die Veranstaltung hingewiesen haben.

Bei Musik, einem Imbiss und unterhaltsamen Rahmenprogramm haben junge Unternehmer die Möglichkeit mit anderen Existenzgründern und Etablierten Gespräche zu führen.

„IHK vor Ort“ (19.03.2013)

Unter dem Motto „IHK vor Ort“ möchten die Kammern ihre regionale Präsenz stärker sichtbar machen und weiter ausbauen. Die Veranstaltung im TZJ soll dazu beitragen, die unternehmerischen Kontakte untereinander und zur IHK zu intensivieren sowie regionale Wirtschaftsthemen

zu diskutieren. Zu dieser „Standortrunde“ mit abschließendem Get-Together sind insbesondere auch Unternehmensgründer eingeladen.

Jahreshauptversammlung Industrie-Verband von Jülich und Umgebung e.V. (21.03.2013)
Der Industrie-Verband von Jülich und Umgebung e.V. lädt seine Mitglieder zur Jahreshauptversammlung ins Technologiezentrum Jülich ein. Im Anschluss an die Regularien referieren Herr Sowka zum Thema „Industrie-Tarifpolitik 2020“ und Herr Zimmermann zum Thema „Quo vadis – Prozess- und Arbeitsorganisation 2013“.

Helmholtz-Wanderausstellung „Ideen 2020 – Ein Rundgang durch die Welt von morgen“ (08. – 18.04.2013)

Prof. Sebastian M. Schmidt, Mitglied des Vorstands des Forschungszentrums Jülich und der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Thomas Rachel, eröffnen gemeinsam mit dem TZJ-Geschäftsführer im Lichthof des Technologiezentrums die Helmholtz-Wanderausstellung „Ideen 2020 – Ein Rundgang durch die Welt von morgen“. Klimawandel, Alternativen zu fossilen Brennstoffen, demographischer Wandel, Verbreitung von Volkskrankheiten – diese Schlagworte markieren die globalen Herausforderungen. Wissenschaft und Technologie stellen sich diesen Herausforderungen und entwickeln Lösungsoptionen, mit denen es gelingen kann, die Zukunft nachhaltig zu gestalten. Die Ausstellung zeigt wesentliche Projekte von Wissenschaft und Forschung aus Deutschland.

„Zukunftslabor Indeland“ (02.05.2013)

Die geplante Schließung des Tagebaus Inden im Jahr 2030 stellt das Indeland als erste Teilregion des Rheinischen Braunkohlereviere vor neue Herausforderungen. Zur Vermeidung eines drohenden Strukturbruchs muss frühzeitig mit vereinten Kräften ein geordneter Strukturwandel unter Nutzung der regionalen Stärken und Chancen in Gang gesetzt werden. Vor diesem Hintergrund laden die Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH und die Aachener Stiftung Kathy Beys zum „Zukunftslabor Indeland“ ins TZJ.

Stadtwerke-Forum (18.07.2013)

Die Geschäftsführung der Stadtwerke Jülich diskutiert in offener Diskussionsrunde mit den Teilnehmern, welche Angebote die Kunden in Zukunft in Jülich erwarten, welche Auswirkungen die Energiewende haben wird und wie die Preisbildung an der Börse geschieht. Das erste Forum im TZJ im Rahmen einer neuen Veranstaltungsreihe bringt der Stadtwerke Jülich GmbH wichtige Erkenntnisse auf ihrem Weg der Entwicklung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen, das schnell agiert und Nachfragen der Kunden ernst nimmt.

Besuch der CDU-Frauenunion (30.07.2013)

Die CDU-Frauenunion unter der Leitung von Frau R. Kommnick besucht das Technologiezentrum Jülich. Herr Aretz referiert über die Technologiezentren in der Aachener Region und die Entwicklung des TZJ, anschließend stellt Herr Dölle das Konzept der Heizungssteuerung unter Berücksichtigung von Klimadaten vor, das von der MeteoViva GmbH entwickelt wurde.

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Thomas Rachel besucht TZJ (06.08.2013)

Gründerzentren und Technologie-Transferstellen sollen Hightech-Ausgründungen von Forschungseinrichtungen mit Mentoren-Programmen und Serviceleistungen unterstützen.

Zu diesem Schluss kommt eine Projektgruppe der Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech) in ihrem Positionspapier zur Förderung von akademischen Ausgründungen durch Inkubatoren.

Wie dies in der Praxis konkret aussehen kann, davon überzeugt sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Thomas Rachel bei einem Besuch im Technologiezentrum Jülich (TZJ).

Dabei verdeutlichen ihm Prof. Dr. Christian Wandrey, ehemaliger Direktor am Institut für Biotechnologie im FZJ und einer der Köpfe hinter der acatech-Studie sowie der Geschäftsführer des TZJ, Dipl. Kfm. Carlo Aretz, eindrucksvoll, dass das TZJ in besonderer Weise auf die spezifischen Bedürfnisse innovativer Gründer aus dem wissenschaftlichen Umfeld ausgerichtet ist. Geradezu ein Paradebeispiel für das gelungene Zusammenspiel zwischen FZJ und TZJ ist dabei ein gemeinschaftlich entwickeltes Inkubatorenmodell – „Gründer üben gründen“, bei dem den Jungunternehmern in der Startphase besonders intensive Begleitung und Unterstützung aus beiden Häusern zu Teil wird.

Thomas Rachel zeigt sich begeistert von der gemeinsamen Initiative des Forschungszentrums und des Technologiezentrums und sagt zu, sich im Rahmen der „Hightech-Strategie 2020“ der Bundesregierung weiterhin verstärkt für Jungunternehmen einzusetzen, um so die deutsche Gründungs- und Innovationsbilanz weiter aufzubessern.

53. GründerFoyer (18.09.2013)

Zum 53. GründerFoyer lädt die GründerRegion Aachen ins TZJ ein.

Nach der Begrüßung durch Herrn Aretz referiert Rechtsanwalt Prof. Dr. jur. Hans-Jürgen Müggenborg, Kanzlei Müggenborg, Aachen, in einem Kurzvortrag zum Thema Forderungsmanagement.

Im Anschluss berichtet Sven Heidbüchel, SMB - Solar Multiboard® aus Nörvenich, von seinen Erfahrungen aus der Gründungsphase.

Besuch einer türkischen Delegation (18.11.2013)

Eine Delegation aus der Türkei, bestehend aus Vertretern der türkischen Industrie- und Handelskammer, einer Universität und einem Unternehmensverband besuchen die Region Aachen. Während verschiedener Termine soll das Potenzial der Region auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung dargestellt werden.

Beim Termin im Technologiezentrum Jülich referiert Herr Prof. Förstel und stellt die Agroisolab GmbH vor.

Gründersprechtag (jeden zweiten Monat)

Die regelmäßigen Gründerberatungssprechtag führt die IHK weiterhin gemeinsam mit der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Kreises Düren im TZJ durch.

Patentsprechtag (04.07.2013)

Kostenlose Beratungen „Von der Idee bis zur erfolgreichen Verwertung“ bietet die AGIT auch in 2013 wieder gemeinsam mit der TZJ-GmbH und dem im Haus ansässigen Patentanwalt Dr. Vaessen beim Patentsprechtag im TZ an.

Förderungen / Auszeichnungen von im TZJ ansässigen Unternehmen

Der parlamentarische Staatssekretär Thomas Rachel überreicht der Celonic GmbH im Januar 2013 einen Bewilligungsbescheid über 272.000 € zur Entwicklung prädiktiver Krebstherapien durch Protein-Therapeutika.

Die 2011 als Spin-off der Celonic GmbH gegründete Baliopharm GmbH wird ab 2013 im Rahmen des „Gesundheitsforschungsprogramms 2011 – Gesundheit für alle“ durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Anlässlich des Projektstarts im April 2013 nimmt Thomas Rachel die Gelegenheit wahr, zum zweiten Mal einen Förderbescheid, diesmal in Höhe von 390.000 €, an die Baliopharm GmbH zu übergeben.

In Kooperation mit dem Institut für Immunologie der Uni Tübingen wird die Baliopharm Design und Herstellung eines Bio-Therapeutikums entwickeln, mit dem eine gezieltere Behandlung von Krebs sowie entzündliche Erkrankungen wie Multiple Sklerose möglich sein werden.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Technologiezentrum Jülich GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen
Telefon: 0201/22 1377
Telefax: 0201/22 2974
E-Mail: info@vka-rwe.de
Homepage: www.vka-rwe.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlicher und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihre Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

Die kommunalen Anteilseigner der RWE AG haben ihre gesellschaftsvertragliche Struktur (Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 12.01.2006) den Anforderungen eines modernen, europäisch geprägten Gesellschaftsrechts angepasst. Die VKA's haben das kommunale Engagement in der Energiewirtschaft im Sinne der kommunalen Daseinsvorsorge bekräftigt und die Form ihrer Zusammenarbeit sowie die Strukturen ihrer Beteiligungen an der RWE AG modernisiert. Neben eher formellen Änderungen der Gesellschaftsverträge, wie der Umstellung des Stammkapitals auf EURO und der Einstellung auf neue, insbesondere elektronischer Medien wurden die Gesellschaftsverträge an die Erfordernisse moderner Anlegerschutzvorschriften in Umsetzung europäischer Richtlinien an die Praxis, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt haben, angepasst.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2012/2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird gemeinsam durch die beiden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt jeweils auf die Dauer von sechs Jahren.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und

zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und neun weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Soweit nicht kraft zwingenden Rechtes etwas anderes vorgeschrieben ist entscheidet der Verwaltungsrat in allen Angelegenheiten der Gesellschaft, die aufgrund des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes der Bestimmung der Gesellschafter unterliegen und weder der Gesellschafterversammlung (§ 6 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages) noch der laufenden Geschäftsführung (§ 10 des Gesellschaftsvertrages) vorbehalten sind. Der Verwaltungsrat hat insbesondere die Geschäftsführung zu überwachen. Er kann wichtige Angelegenheiten an sich ziehen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung ist ausschließlich zuständig, soweit nicht Zuständigkeiten kraft zwingenden Rechtes festgelegt sind, in folgenden Angelegenheiten:

1. Erhöhung oder Herabsetzung des Stammkapitals sowie sonstige Änderungen des Gesellschaftsvertrages;
2. Erwerb, Aufgabe oder Weiterveräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen einschließlich der vorübergehenden Übernahme solcher Beteiligungen zur Weiterveräußerung an Gesellschafter; der Beschluss setzt eine Änderung des Gesellschaftsvertrages voraus;
3. Zustimmung zur Übertragung, Veräußerung, Verpfändung, Zusammenfassung und Teilung von Geschäftsanteilen oder Teilgeschäftsanteilen;
4. Wahl des Vorsitzenden, des ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und der neun weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates;
5. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern;
6. Änderung der bestehenden Bindungsverträge über den kommunalen Aktienbesitz;
7. Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung) sowie Ergebnisverwendung;
8. Festsetzung der Nachschüsse
9. Entlastung der Geschäftsführung;
10. Entlastung des Verwaltungsrates;
11. Bestellung des Abschlussprüfers;
12. Aufnahme von Darlehen;
13. Auflösung der Gesellschaft. Der Auflösungsbeschluss bedarf der Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen aller Gesellschafter sowie von drei Vierteln des Stammkapitals.

Gebietsausschuss:

Außer den Organen werden vier Gebietsausschüsse gebildet. Die Gebietsausschüsse haben die Aufgabe

1. regionale Probleme ihres Gebietes zu erörtern;
2. die Teilnahme der Gesellschafter an der Tätigkeit der Gesellschaft zu fördern und die Arbeit der Gesellschafterversammlung des Verwaltungsrates auf eine breitere und lebendigere Grundlage zu stellen;
3. die Interessen der Gesellschafter an den Aufgaben der Gesellschaft zu vertiefen;
4. Anregungen für die zuständigen Organe zu erarbeiten und

5. auf Anforderung der Gesellschafterversammlung oder des Verwaltungsrates sich gutachterlich zu äußern.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Graef, Roger Landrat a.D.
Gerlach, Ernst Staatssekretär a.D.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und neun weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt

Gesellschafterversammlung: In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Gebietsausschuss: Dem Gebietsausschuss Nord: Alle Gesellschafter aus dem Land Niedersachsen und dem Regierungsbezirk Münster mit Ausnahme des Gebietes des Regionalverbandes Ruhr und aus den Regierungsbezirk Detmold.

Dem Gebietsausschuss Süd: Alle Gesellschafter aus den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland.

Dem Gebietsausschuss Mitte: Alle Gesellschafter aus dem Regierungsbezirk Köln und Arnsberg sowie den Städten Remscheid und Solingen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf.

Dem Gebietsausschuss West: Alle Gesellschafter aus Nordrhein-Westfalen, die nicht einem der übrigen Gebietsausschüsse angehören.

Auf eine weitere Darstellung wird wegen der hohen Anzahl der Gesellschafter verzichtet.

Vertreter des Kreises Düren

Verwaltungsrat: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Gesellschafterversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Gebietsausschuss Mitte: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	45128 Essen	
gezeichnetes Kapital:	127.822,97 €	

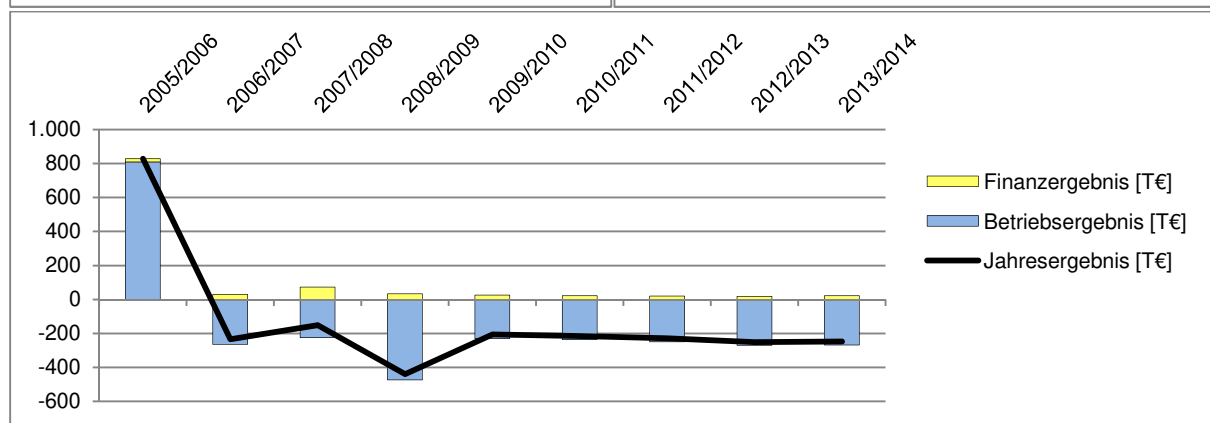
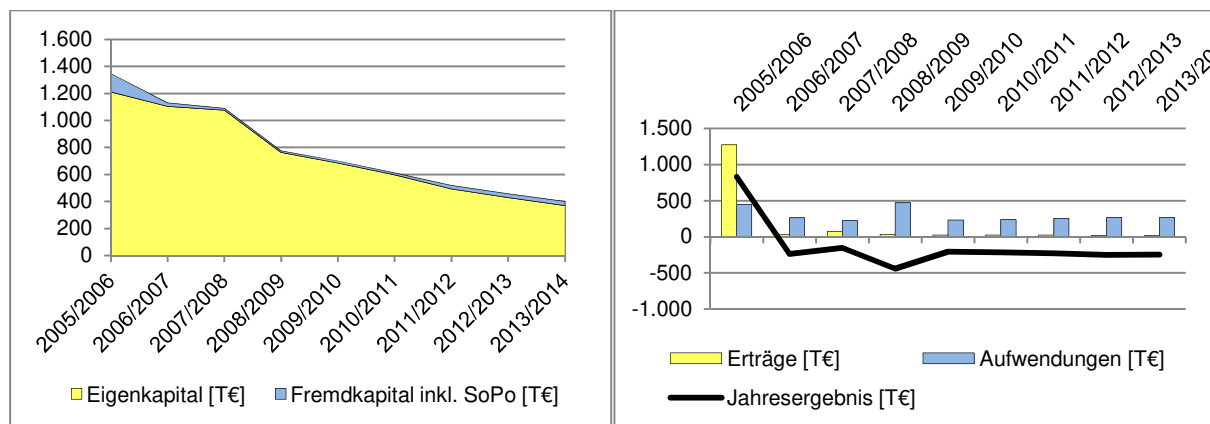
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	536,86 €	0,42%

Auf eine weitere Darstellung wird wegen der hohen Anzahl der Gesellschafter verzichtet.

Bilanz	2010/2011	2011/2012	2012/2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	5.875,00 €	4.912,00 €	1.231,00 €	3.681,00 €	74,94%
II. Finanzanlagen	273.467,00 €	273.467,00 €	273.467,00 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	23.521,07 €	11.040,67 €	10.387,02 €	653,65 €	5,92%
II. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Guthaben bei Kreditinstituten	309.651,97 €	229.619,09 €	173.087,43 €	56.531,66 €	24,62%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	612.515,04 €	519.038,76 €	458.172,45 €	60.866,31 €	11,73%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97 €	127.822,97 €	127.822,97 €	0,00 €	0,00%
Eigene Anteile	-1.022,58 €	-2.045,16 €	-2.556,45 €	511,29 €	-25,00%
II. Kapitalrücklage	678.784,38 €	805.585,68 €	993.517,68 €	-187.932,00 €	-23,33%
III. Gewinnrücklagen	401.022,58 €	402.045,16 €	402.556,45 €	-511,29 €	-0,13%
IV. Verlust-/Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
V. Jahresergebnis ab 2008/2009 Bilanzergebnis	-610.314,23 €	-840.395,27 €	-1.091.493,57 €	251.098,30 €	-29,88%
B. Rückstellungen	10.400,00 €	20.800,00 €	21.600,00 €	-800,00 €	-3,85%
C. Verbindlichkeiten	5.821,92 €	5.225,38 €	6.725,37 €	-1.499,99 €	-28,71%
Summe Passiva	612.515,04 €	519.038,76 €	458.172,45 €	60.866,31 €	11,73%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2010/2011	2011/2012	2012/2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	2.180,99 €	3.807,00 €	451,65 €	-3.355,35 €	-88,14%
2. Personalaufwand	173.047,58 €	172.350,15 €	176.824,28 €	4.474,13 €	2,60%
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	2.214,96 €	2.368,39 €	1.652,00 €	-716,39 €	-30,25%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	63.242,18 €	78.391,29 €	91.754,30 €	13.363,01 €	17,05%
Betriebsergebnis	-236.323,73 €	-249.302,83 €	-269.778,93 €	-20.476,10 €	8,21%
5. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	16.650,00 €	16.650,00 €	16.650,00 €	0,00 €	0,00%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	4.966,18 €	3.594,37 €	2.541,92 €	-1.052,45 €	-29,28%

Finanzergebnis	21.616,18 €	20.244,37 €	19.191,92 €	-1.052,45 €	-5,20%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-214.707,55 €	-229.058,46 €	-250.587,01 €	-21.528,55 €	9,40%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-214.707,55 €	-229.058,46 €	-250.587,01 €	-21.528,55 €	9,40%



	2010/2011	2011/2012	2012/2013
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	3

Verbindungen zum Kreishaushalt

Die Gesellschafter sind verpflichtet, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse in jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzender Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse sind nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile festzusetzen und einzuzahlen. In 2013 hat der Kreis Düren 806,00 € (Nachschusszahlung; Kostenanteil nach Verhältnis Geschäftsanteile) geleistet.

Auszug aus dem Lagebericht 2012/2013

Geschäftsentwicklung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie

die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Ergebnis

Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2012/2013 ein Jahresfehlbetrag von € 250.587,01. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist durch Zuzahlung von € 187.932,00 € in die Kapitalrücklage gestärkt worden und entspricht 93,8 % der Bilanzsumme.

Ausblick

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden. Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 24. November 2011 zur Minimierung zukünftiger Fehlbeträge einstimmig beschlossen, die Nachschüsse der Gesellschafter ab dem Geschäftsjahr 2012/2013 um 50% zu erhöhen.

Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Vka Verband der kommunalen Aktionäre der RWE GmbH ist im Besitz von RWE-Aktien. Eine weitere Darstellung dieser Beteiligung entfällt, da die Beteiligung an der Vka selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von
 - a) Wissenschaft und Forschung
 - b) Bildung und Erziehung,
 - c) Kunst und Kultur
 - d) internationaler Gesinnung
 - e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur
 - f) Völkerverständigung
 - g) Umwelt- und Landschaftsschutz
 - h) Denkmalschutz
 - i) regionaler Identität sowie
 - j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen
3. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich
 - a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
 - b) die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
 - c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
 - d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.
4. Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
5. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. 6 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder vom Kreis Euskirchen und jeweils 1 Mitglied von den übrigen Gesellschaftern entsandt. Die Mitglieder werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Der Aufsichtsrat überwacht den Geschäftsführer der Gesellschaft. Er wirkt maßgeblich an der strategischen Planung mit, die vom Geschäftsführer vorbereitet und im Detail ausgearbeitet wird. Dem Aufsichtsrat obliegen insbesondere die

1. Stellungnahme zum Wirtschaftsplan der Gesellschaft,
2. regelmäßige Beurteilung der Umsetzung des Wirtschaftsplans und Information der Gesellschafterversammlung über wesentliche Abweichungen,
3. Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts und des Vorschlags für die Verwendung des Ergebnisses,
4. Entgegennahme des Prüfberichtes und Führen eines Abschlussgesprächs mit dem Wirtschaftsprüfer.

Vor der Umsetzung der folgenden Rechtshandlungen ist, soweit sie nicht bereits detailliert im Wirtschaftsplan ausgewiesen sind, die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich.

1. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten sowie Rechten an Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten,
2. die Errichtung oder Veränderungen an Gebäuden,
3. die Übernahme von Bürgschaften und die Aufnahme von Darlehen,
4. die Eingehung von Wechselverbindlichkeiten,
5. die Einleitung, Führung und Beendigung von Rechtsstreitigkeiten, soweit der Streitgegenstand mehr als 25.000 € beträgt,
6. die Vergabe von Aufträgen, die Veräußerung von Gegenständen, der Abschluss von Miet-, Pacht- und Leasingverträgen sowie das Geschäften jegliche Art, die eine Wertgrenze von 50.000 € pro Geschäftsvorfall überschreiten,
7. alle Geschäfte, welche die Gesellschafterversammlung durch Gesellschafterbeschluss für zustimmungspflichtig erklärt,
8. die Übernahme neuer Aufgaben sowie die Aufgabe vorhandener Tätigkeitsbereiche.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Die Gesellschafterversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einer Mehrheit von 75 % des Stammkapitals. Je 1 € Stammkapitaleinlage haben die Gesellschafter eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen.

Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird.

Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere über:

1. Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage, die Teilung sowie Einziehung von Geschäftsanteilen,
2. Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers, Abschluss und Kündigung der Geschäftsführungsanstellungsverträge, Weisungen an den Geschäftsführer,
3. Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung der Ergebnisse im Rahmen der gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorschriften,
4. Auswahl und Bestellung des Abschlussprüfers der Gesellschaft; sie kann den Gegenstand und den Umfang der Prüfung generell oder im Einzelfall über den in § 317 des Handelsgesetzbuches geregelten gesetzlichen Gegenstand und Umfang der Prüfung hinaus erweitern,
5. Entlassung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrats,
6. Sitzverlegung und Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder von wesentlichen Teilen desselben,
7. Ausschluss bzw. Aufnahme von Gesellschaftern,
8. Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen, insb. Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
9. Strukturmaßnahmen, die Gegenstands- oder Zweckveränderungen gleichkommen,
10. Auflösung der Gesellschaft und die Wahl der Liquidatoren,
11. Änderung des Gesellschaftsvertrages,
12. Feststellung des Wirtschaftsplans,
13. die Erhöhung und Reduzierung des Gesellschaftskapitals,
14. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
15. alle Geschäfte, welche die Gesellschafterversammlung durch Gesellschafterbeschluss für zustimmungspflichtig erklärt,
16. die Übernahme neuer Aufgaben sowie die Aufgabe vorhandener Tätigkeitsfelder,
17. Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Beirats und Kuratoriums,
18. Erteilung und Widerruf von Prokura.

Die Einstellung und Entlassung von Personal bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Moritz, Albert		
	Hammers, Ulrich		ab 24.11.2015
Aufsichtsrat:	Landschaftsverband Rheinland	6 Sitze	40,00 %
	Kreis Euskirchen	3 Sitze	20,00 %
	Stadt Schleiden	1 Sitz	6,67 %
	StädteRegion Aachen	2 Sitze	13,32 %
	Kreis Düren	1 Sitz	6,67 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	6,67 %
	Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1 Sitz	6,67 %
Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen.	1 Stimme	je 1,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Steins, Hans-Martin	Kreis Düren	Dezernent
Gesellschafterversammlung:	Steins, Hans-Martin	Kreis Düren	Dezernent

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

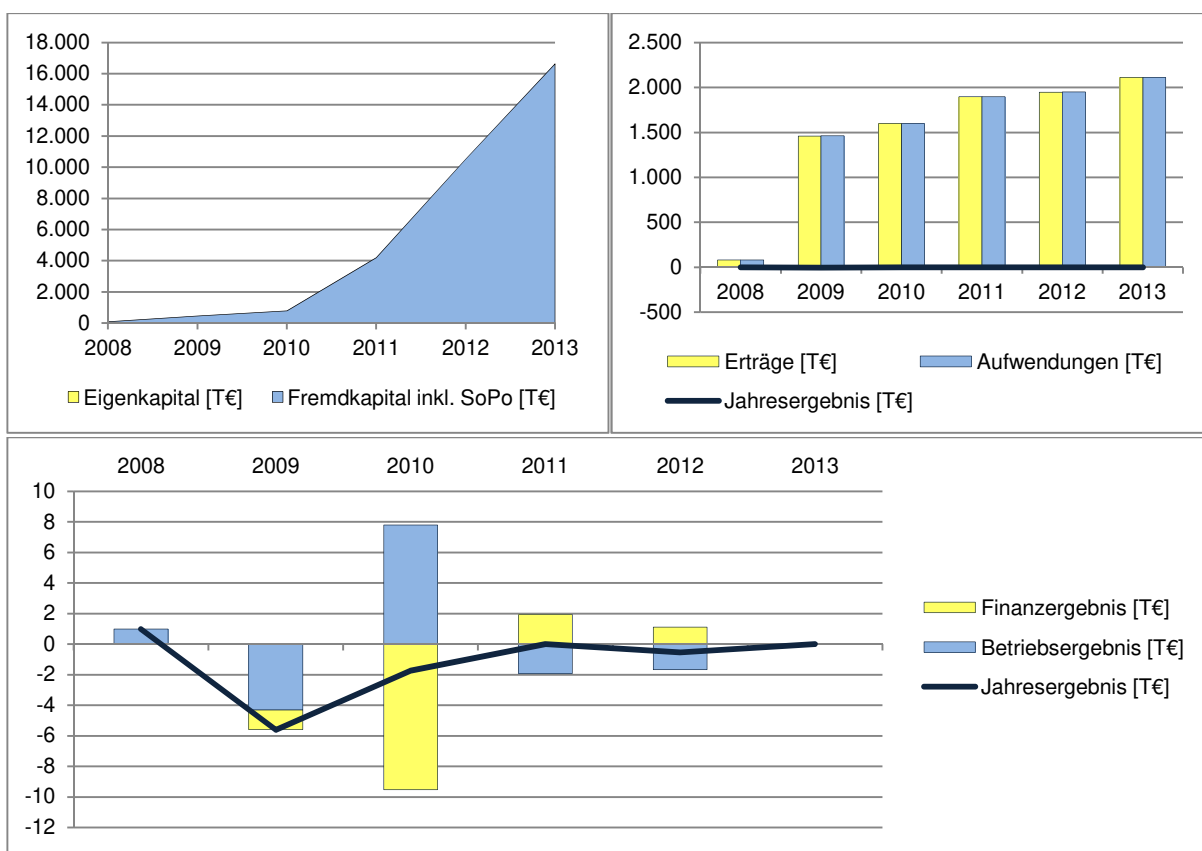
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Schleiden	
gezeichnetes Kapital:	27.300 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
LVR Landschaftsverband Rheinland	13.650,00 €	50%
Kreis Euskirchen	7.800,00 €	28,57%
StädteRegion Aachen	1.950,00 €	7,14%
Kreis Düren	1.300,00 €	4,76%
Kreis Heinsberg	650,00 €	2,38%
Stadt Schleiden	1.300,00 €	4,76%
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	650,00 €	2,38%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	18.604,00 €	20.272,00 €	27.931,00 €	7.659,00 €	37,78%
II. Sachanlagen	3.522.078,32 €	7.631.101,44 €	14.532.424,13 €	6.901.322,69 €	90,44%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	18.656,43 €	13.516,78 €	16.876,27 €	3.359,49 €	24,85%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	570.001,54 €	1.063.184,64 €	1.185.108,55 €	121.923,91 €	11,47%
III. Kassenbestand, Bundesbank guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	28.947,20 €	1.758.083,71 €	844.246,92 €	-913.836,79 €	-51,98%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	39.476,16 €	26.684,49 €	24.714,97 €	-1.969,52 €	-7,38%
Summe Aktiva	4.197.763,65 €	10.512.843,06 €	16.631.301,84 €	6.118.458,78 €	58,20%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	27.300,00 €	27.300,00 €	27.300,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinn-/Verlustvortrag	-6.349,02 €	-6.349,02 €	-6.891,62 €	-542,60 €	8,55%
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00 €	-542,60 €	0,00 €	542,60 €	-100,00%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.658.601,11 €	6.513.344,50 €	11.753.589,93 €	5.240.245,43 €	80,45%
C. Rückstellungen	133.225,60 €	122.006,35 €	58.471,69 €	-63.534,66 €	-52,07%
D. Verbindlichkeiten	2.384.985,96 €	3.857.083,83 €	4.790.706,84 €	933.623,01 €	24,21%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	8.125,00 €	8.125,00 €	-
Summe Passiva	4.197.763,65 €	10.512.843,06 €	16.631.301,84 €	6.118.458,78 €	58,20%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	496.236,97 €	464.486,31 €	412.099,90 €	-52.386,41 €	-11,28%
2. sonstige betriebliche Erträge	1.395.261,91 €	1.478.010,49 €	1.690.911,80 €	212.901,31 €	14,40%
3. Materialaufwand	72.724,61 €	55.203,90 €	40.186,36 €	-15.017,54 €	-27,20%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	920.503,51 €	1.003.894,55 €	1.036.926,09 €	33.031,54 €	3,29%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	190.421,33 €	198.842,97 €	218.757,39 €	19.914,42 €	10,02%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	27.634,54 €	68.774,51 €	110.174,61 €	41.400,10 €	60,20%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	682.141,04 €	617.448,02 €	696.969,51 €	79.521,49 €	12,88%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Betriebsergebnis	-1.926,15 €	-1.667,15 €	-2,26 €	1.664,89 €	-99,86%
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.810,03 €	5.679,66 €	8.519,20 €	2.839,54 €	49,99%
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.883,88 €	4.555,11 €	8.516,94 €	3.961,83 €	86,98%
Finanzergebnis	1.926,15 €	1.124,55 €	2,26 €	-1.122,29 €	-99,80%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	0,00 €	-542,60 €	0,00 €	542,60 €	-100,00%
9. Sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €		
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00 €	-542,60 €	0,00 €	542,60 €	-100,00%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	29	35	38

Verbindungen zum Kreishaushalt

Für das Geschäftsjahr 2013 wurde ein Gesellschafterzuschuss i.H.v. insgesamt 23.809,52 € gezahlt (Finanzierungsanteil für den laufenden Betrieb der Gesellschaft).

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlagen der Gesellschaft

Die vogelsang ip gemeinnützige GmbH (im folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist

- die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
- die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
- die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
- die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den oben genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 ihres Gesellschaftsvertrages zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Im Jahr 2013 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 13.650 EUR | (50 %)
- Kreis Euskirchen mit 7.800 EUR | (28,57% %)
- StädteRegion Aachen mit 1.950 EUR | (7,14% %)
- Kreis Düren mit 1.300 EUR | (4,76% %)
- Kreis Heinsberg mit 650 EUR | (2,38% %)
- Stadt Schleiden mit 1.300 EUR | (4,76% %)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 650 EUR | (2,38% %)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und der Geschäftsführer. Der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat wird im jährlichen Wechsel durch Vertreter des LVR und des Kreises Euskirchen wahrgenommen.

Wirtschaftsbericht inkl. Geschäftsverlauf und VFE-Lage

Geschäftsverlauf

Laufender Betrieb

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation von vogelsang ip sowie eine Vielzahl standortbezogener Bildungsaktivitäten durch.

Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Informationszentrums von vogelsang ip mit Counter, Informationszone, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
- das Angebot eines Netzes von Besucherrundgängen sowie des zentralen Besucherparkplatzes,
- die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Geländeführungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,

- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie die Begleitung von Tagungen und Konferenzen und
- das Angebot von Wechselausstellungen.

2012 erfolgte der temporäre Umzug des gesamten Betriebes vom Forum Vogelsang in das Kulturkinos. Bedingt war dieser Umzug durch die zum gleichen Zeitpunkt beginnenden Sanierungs- und Umbauarbeiten im Bereich des „Forum Vogelsang“, was mit einer kompletten Einzäunung und Sperrung dieses zentralen Geländeteils sowie gravierenden Einschränkungen für den Besucherbetrieb einher ging (Wegfall der zentralen Besucherattraktion am „Adlerhof“, Wegfall der Turmaufstiege, Einschränkungen bei den Geländeführungen, baustellenbedingte Störungen, diversen Provisorien, etc. ...).

Trotz der wesentlich eingeschränkten Nutzungsbedingungen und der damit einhergehenden negativen Mund-zu-Mund-Propaganda unter potenziellen Besuchern konnte die Nachfrage auch in 2013 auf hohem Niveau gehalten werden, mit

- +/- 150.500 Besuchern,
das sind minus 13% zum Vorjahr bzw. minus 25% zum letzten „normalen“ Betriebsjahr 2011 (mit 200.500 Besuchern),
- +/- 1.330 Bildungsformaten mit +/- 25.750 Teilnehmenden,
das sind minus 19% zum Vorjahr bzw. minus 40% zum letzten „normalen“ Betriebsjahr 2011 (mit +/- 2.200 Bildungsformaten mit +/- 38.000 Teilnehmenden),
- +/- 300 Formaten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen,
das sind gegenüber dem Vorjahr annähernd gleichviele, sowie
- 17 kulturellen und anderen Großveranstaltungen im großen Kinosaal (mit +/- 7.500 Teilnehmenden),
- 70 externen Seminaren/Tagungen (mit +/- 2.500 Teilnehmenden) in den übrigen Räumen des Kulturkinos.

Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2013 zudem mehrere Sonderprojekte durchgeführt. Neben einem größeren, bildungsbezogenen

- Förderprojekt „Mensch, hast Recht!“ (gefördert durch die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft) sowie
- diversen vertiefenden Jugendbildungsprojekten (u.a. gefördert durch private Sponsoren / Stifter)

war die GmbH zusammen mit dem Kreis Euskirchen

- Partner im Landeskulturprogramm „Kulturrucksack NRW“ und kulturpädagogischer Träger bei den dortigen Kulturprogrammen.

Investitionsprojekte

Neben dem laufenden Betrieb wurden im Jahr 2013 die aus EU-, Bundes- und Landesmitteln mit einem Fördersatz von jeweils 90% geförderten Maßnahmen

1. Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau (Volumen: 35,1 Mio. EUR),
2. NS-Dokumentation | Ausstellungsprojekt (Volumen: 3 Mio. EUR) und
3. Besucherzentrum / SchauFenster Eifel | Ausstattung und Informationswelten (Volumen: 1,2 Mio. EUR)

durchgeführt. Der 10%ige Eigenanteil wird durch Finanzierungsanteile der Gesellschafter sichergestellt.

Der ursprünglich für das Jahr 2014 avisierte Abschluss dieser Maßnahmen ist auf Grund einer Reihe unvorhergesehener, zusätzlicher Sanierungsbedarfe und Bauzustände nunmehr für den Frühsommer 2015 avisiert.

Die wesentlichen baulichen Konturen des Umbauprojekts sind ablesbar, im Januar 2014 wurde das Richtfest gefeiert. Die Ausstellungsprojekte sind konzeptionell im Wesentlichen fertiggestellt, die diesbezüglichen Ausführungsplanungen und Ausschreibungen sind in Vorbereitung.

Alle drei Projekte sind aktuell innerhalb des jeweiligen finanziellen, fördertechnisch gesicherten Rahmens realisierbar. Ende 2013 sind +/- 45 % der Mittel für Sanierung und Umbau verausgabt.

Geschäftsergebnis

Der lfd. Betrieb im Jahr 2013 kann angesichts der unter 2.2.1 genannten Nachfragewerte trotz der enorm eingeschränkten Besuchersituation durch die Großbaustelle am Forum noch als erfolgreich bewertet werden. Laufender Betrieb und Förderprojekte konnten im satzungsgemäß vorgegebenen Finanzrahmen realisiert werden.

Der Verlauf der Investitionsprojekte ist trotz der eingetretenen Verzögerungen und vielfältigen Komplikationen befriedigend.

öffentliche Zweckerreichung

Im Geschäftsjahr 2013 wurde zusätzlich zum laufenden Betrieb insbesondere durch die Verfolgung der drei o.g. infrastrukturellen Projekte die Basis für eine nachhaltige Erreichung der gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft ausgebaut.

Der öffentliche Zweck wurde vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die trotz Baustellensituation weiterhin hohe Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im Nationalpark Eifel sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen und das erfolgreiche Anlaufen des Kulturkinos als Veranstaltungsort sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

Vermögenslage

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch

- Sachanlagen in Höhe von insgesamt 14.532 TEUR (Vorjahr 7.631 TEUR; + 90 %) geprägt, darüber hinaus durch das
- Umlaufvermögen, hier insbesondere durch Umsatzsteuerforderungen in Höhe von 328 TEUR, durch
- Projektstände (noch nicht abgerechnete Projektförderungen) in Höhe von 780 TEUR (Vorjahr 393 TEUR; + 98 %) sowie
- liquide Mittel in Höhe von 844 TEUR (Vorjahr 1.758 TEUR, - 52 %) geprägt.

Dem stehen auf der Passivseite insbesondere

- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 11.754 TEUR (Vorjahr 6.513 TEUR; + 80 %),
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Projektfinanzierung in Höhe von 4.400 TEUR (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“; Vorjahr 3.080 TEUR; + 43 %),
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 240 TEUR (Vorjahr 737 TEUR; - 67 %) sowie
- Rückstellungen in Höhe von 58 TEUR (Vorjahr 122 TEUR; - 52 %) gegenüber.

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 27.300 EUR ist in voller Höhe eingezahlt.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,

- des üblichen Kontokorrentrahmens,
- eines investitionsprojektbezogenen, offenen und jeweils kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens durch einen Gesellschafterkredit des Landschaftsverband Rheinland LVR sowie
- eingegangener Fördermittel und Eigenanteile der Gesellschafter zur Projektfinanzierung

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet.

Ertragslage

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2013 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen.

Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2013 einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 498.202,46 EUR (Vorjahr 500.542,60 EUR) aus. Der Verlust liegt geringfügig unter dem durch den Gesellschaftsvertrag gesetzten Rahmen von maximal 500.000,- EUR, bis wohin dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen wird. Der Verlustvortrag aus den Vorjahren von insgesamt 6.891,62 EUR wird vorgetragen.

Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2013 abgebildet. Folgende wesentlichen Veränderungen sind festzustellen (Werte = gerundet):

1. Umsatzerlöse | 412.100 EUR, d.h. -11,3%
2. Sonstige betriebliche Erträge | 1.690.912, d.h. +14,4%
3. Materialaufwand | 40.186 EUR, d.h. -27,2%
4. Personalaufwand | 1.255.683 EUR, d.h. + 4,4 %
5. Abschreibungen | 110.175 EUR, d.h. + 60,2%
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 696.969 EUR, d.h. + 12,9%
7. Zinserträge | 8.519 EUR, d.h. + 87,0% sowie
8. Zinsaufwand | 8.517 EUR, d.h. + 50,0%

Zum 31.12.2013 stand das Ergebnis der im Zusammenhang mit den Förderprojekten laufenden Umsatzsteuer-Sonderprüfung noch aus.

Nachtragsbericht

Die Überprüfung der in den Vorjahren geltend gemachten Vorsteuerabzüge im Zusammenhang mit den Förderprojekten durch eine diesbezügliche Umsatzsteuersonderprüfung wurde mit dem „Bericht vom 28.03.2014 über die auf Anordnung des Finanzamtes für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Köln vorgenommene Umsatzsteuer-Sonderprüfung bei vogelsang ip gemeinnützige GmbH, 53937 Schleiden, Forum Vogelsang“ abgeschlossen.

Die Vorsteuerabzüge wurden durch die Prüfung in der von der vogelsang ip gemeinnützigen GmbH vorgelegten bzw. in der dem Jahresabschluss zugrunde liegenden Form bestätigt. Somit ergibt sich kein Änderungsbedarf für den Jahresabschluss.

Prognosebericht

In 2014 wird der Geschäftsbetrieb insbesondere durch die konzentrierte Durchführung der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Realisation des Umbaus des "Forums Vogelsang" sowie den Projekten „NS-Dokumentation“ und „Besucherzentrum / SchauFenster Eifel“ weiter an Volumen zunehmen.

Die durch die Maßnahmen am Forum bedingte, bis Frühjahr 2015 andauernde Verlagerung der wesentlichen Aktivitäten der GmbH sowie des Besucherzentrums in das „Kulturkino“ einerseits sowie die anhaltende Baustellensituation rund um das Forum andererseits werden weiterhin zu Einschränkungen im Besucherverhalten und möglicher Weise auch im Jahre 2014 zu weiter sinkenden Besucherzahlen führen. Die Besucherzahlen des laufenden Jahres bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts sind gegenüber den Vorjahren äußerst positiv. Dies ist offensichtlich auf den äußerst milden Winter zurückzuführen und auf Grund der in den ersten Monaten des Jahres im Verhältnis zum Jahresdurchschnitt sehr geringen Nachfrage noch keine belastbare Prognosegrundlage.

Wir erwarten auch für das Geschäftsjahr 2014 ein ausgeglichenes Ergebnis im Rahmen des durch die Satzung definierten Rahmens von „500.000 EUR“ an maximalem Gesellschafterzuschuss. Basis für das prognostiziert ausgeglichene Ergebnis sind die Erlöse der Gesellschaft, die sich im Wesentlichen aus folgenden Komponenten zusammensetzen:

- Umsatzerlöse,
- Projektförderungen, sowie
- die Zuschüsse der Gesellschafter gemäß §19 des Gesellschaftsvertrages.

Im Geschäftsjahr 2015 wird der Geschäftsbetrieb von zwei wesentlichen Komponenten geprägt sein:

1. den Abschluss der investiven Maßnahmen und den damit verbundenen Umzugs zurück ins Forum; hierdurch werden grundsätzlich neue betriebliche Randbedingungen eintreten.
2. die neuen räumlichen Dimensionen im Forum Vogelsang, die zusätzlichen Nutzungskomponenten (insbesondere die NS-Dokumentation und die vom Nationalparkforstamt betriebene Nationalparkausstellung, aber auch das neue Besucherzentrum sowie die neue Panoramagastronomie und -terrasse) sowie die insgesamt deutlich aufwändigere Haustechnik; hierdurch werden der Personal- und Betriebsaufwand, aber auch die Erlöse deutlich steigen.

Durch die insgesamt wesentlich erhöhte Attraktivität wird bereits für das Jahr 2015 mit +/- 300.000 Besuchern gerechnet. Eine erste mittelfristige Wirtschaftsplanung für die Zeit nach Bezug des neuen Forum Vogelsang aus dem Jahr 2012 wird zur Zeit aktualisiert.

Chancen-/Risikobericht

Angesichts des aktuellen Verlaufs der Nachfragewerte wird für das Jahr 2014 von einem vergleichbaren Geschäftsverlauf mit ähnlichen Besucherzahlen und ähnlichen Verkaufserlösen wie im Jahr 2013 ausgegangen.

Dieser Ansatz beinhaltet insofern ein Risiko, als bedingt durch eine Reihe äußerer Faktoren auch Rückgänge möglich sind: neben eventuellen weiteren, baustellenbedingten Rückgängen können auch die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage, ein eventuell eintretende grundsätzliche „Sättigung“ der Nachfrage, das Fehlen neuer Attraktionen sowie saisonale bzw. Wetereffekte zu einem Besucher- und Erlösrückgang führen.

Die Investitionsprojekte rund um das Forum Vogelsang werden nur in dem Maße durchgeführt, wie sie durch Projektförderungen oder andere Finanzierungen gesichert sind. Die entsprechenden Finanzierungsmodalitäten und -instrumente werden vor Durchführung in den Gremien der Gesellschaft diskutiert und dort beschlossen. Durch die Unwägbarkeiten im Bauablauf und die Komplexität der Projekte können Kostensteigerungen und Förderrisiken nicht in Gänze ausgeschlossen werden. Für das Projekt „Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau“ sind entsprechende Notfalloptionen (Zurückstellen von Teilinvestitionen) diskutiert und verabschiedet; diese können bei Bedarf gezogen werden.

Im Förderbereich können zudem Risiken durch notwendige, aber nicht förderbare Ausgaben eintreten. Hierzu gehören u.a. Kreditzinsen für die Vorfinanzierung von Projektausgaben sowie Prüfungskosten. Weiterhin kann angesichts der förderrechtlichen Vorgaben und der Dimension der Projekte erfahrungsgemäß nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne, zunächst anerkannte und abgerechnete Projektausgaben im Nachhinein, z.B. im Rahmen von Prüfungen durch übergeordnete Stellen wie LRH, BRH oder EU-Prüfstellen, als nicht förderfähig erkannt werden.

Durch die gesellschafterseits gesicherten, frühzeitigen Zahlungen der Eigenanteile der Gesellschafter an dem Gesamtprojekt „Forum Vogelsang“ sowie ein für die Investitionsprojekte genehmigtes Gesellschafterdarlehen des Gesellschafters LVR bis zu einer Höhe von 6,7 Mio. € ist für die Jahre 2014-2015 von einer gesicherten Liquidität auszugehen.

Im Jahr 2014 werden zur Zeit außer den oben genannten keine besonderen Risiken für den Geschäftsbetrieb erwartet.

Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird eine quartalsweise Zwischenbilanz mit gleichzeitigem Soll/Ist-Vergleich in Bezug auf die Wirtschaftsplanung durchgeführt. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und - ggf. unter Beteiligung des Aufsichtsrates - eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können.

Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei werden die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zum Vergleich angelegt.

Schließlich erfolgt bei den Förderprojekten ein kontinuierliches Projektcontrolling mit Berichten an den Aufsichtsrat und die Fördergeber, um die Realisierung innerhalb der bereitgestellten Projektmittel sicherzustellen.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die vogelsang ip GmbH ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.



ACI - Automotive Center for Industry - GmbH

Kölner Landstraße 271
52351 Düren
Telefon: 02421/3901 91
Telefax: 02421/3901 88
E-Mail: info@aci-aldenhoven.de
Homepage: www.aci-aldenhoven.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die nachhaltige Förderung der Wirtschaftskraft der Region und die Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialsituation der durch Bergbaustilllegung besonders betroffenen Gebiete des Kreises Düren.

Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere zu folgendem berechtigt:

- Initiierung, Entwicklung und Vermarktung eines Automobiltestzentrums sowie einer Filmproduktionsanlage im Rahmen der strukturelle Entwicklung im interregionalen Industriepark Aldenhoven - Siersdorf als Teil des Kreises Düren,
- Erwerb, Beplanung, Erschließung und Bebauung der erforderlichen Grundstücke sowie Vermarktung dieser durch den Verkauf, Verpachtung, Vermietung und Leasing

Bewirtschaftung der im Eigentum befindlichen Grundstücke.

Die Gesellschaft wurde am 06. August 2014 auf die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) verschmolzen. Die Angaben zur Besetzung der Organe bezieht sich deshalb auf den Zeitpunkt der Verschmelzung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen:

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer und einen oder mehrere Prokuristen. Hat sie nur einen Geschäftsführer, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann allen oder einzelnen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so kann die Gesellschafterversammlung einen Geschäftsführer zum Vorsitzenden (Sprecher) der Geschäftsführung ernennen. Die Geschäftsführer bzw. Prokuristen erledigen die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages und des Wirtschaftsplanes mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat; er besteht aus elf Mitgliedern. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Land-

rat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist der allgemeine Vertreter. Acht Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag des Kreises Düren benannt. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Die Gemeinde Aldenhoven entsendet als geborenes Mitglied den Bürgermeister der Gemeinde Aldenhoven (dessen Stellvertreter ist der allgemeine Vertreter) und ein durch den rat der Gemeinde Aldenhoven unmittelbar benanntes Mitglied in den Aufsichtsrat. Zusätzlich nimmt der Geschäftsführer der Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG) mit Sitz in Düren als beratendes Mitglied an den Aufsichtsratssitzungen teil. Die/Der Geschäftsführer der Gesellschaft nehmen/nimmt mit beratender Stimme an den Aufsichtsratssitzungen teil. Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung; er hat ein unbeschränktes Recht auf Auskunft und kann Untersuchungen durchführen oder durch Dritte durchführen lassen. Der Aufsichtsrat hat den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresergebnisses zu prüfen und der Gesellschafterversammlung eine Beschlussempfehlung vorzulegen. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Bestellung und die Anstellung sowie Abberufung und Entlastung des/der Geschäftsführer(s).

Folgende Rechtsgeschäfte und Handlungen des Geschäftsführers/der Geschäftsführer bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates:

1. Verfügungen und Verpflichtungen, die über den Rahmen des laufenden Geschäfts- bzw. des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs hinausgehen und deren Gegenstand im Einzelfall den in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer festzulegenden Betrag übersteigen.
2. Der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern er die in der Geschäftsordnung festzulegende Wertgrenze für die Geschäftsführung übersteigt.
3. Die Empfehlung an die Gesellschafterversammlung zur Gründung von Unternehmen, zum Erwerb und zur Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie die Änderung von Beteiligungsquoten an diesen Unternehmen (§ 107 (1) GO).
4. Die Einleitung von Rechtsstreitigkeiten von besonderer Bedeutung, der Abschluss von Vergleichen und der Erlass von Forderungen ab einer in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegenden Wertgrenze.
5. Die Erteilung von Prokura und Handlungsvollmachten.
6. Maßnahmen der Tarifbindung und Tarifgestaltung, die Festlegung von Richtlinien für die Gewährung von Reise- und Umzugskostenvergütung, von Trennungsgeld, Beihilfen in Krankheitsfällen und für die Benutzung von gesellschaftseigenen Kraftfahrzeugen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung wird durch den bzw. die Geschäftsführer in vertretungsberechtigter Zahl einberufen. Die Gesellschafterver-

sammlung hat jährlich mindestens einmal vor Ablauf des achten Monats des dem Abschlussstichtag nachfolgenden Geschäftsjahres als ordentliche Gesellschafterversammlung stattzufinden. Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt. Jeder Gesellschafter entsendet einen Bevollmächtigten in die Gesellschafterversammlung.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

1. Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhung und –herabsetzung sowie Gesellschafterdarlehen,
2. die Feststellung des Jahresabschluss,
3. die Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage(n),
4. die Verwendung des Ergebnisses einschl. Bildung, Zuführung und Verwendung von Rücklagen und des Verlustausgleiches,
5. die Entlastung der Geschäftsführung und der Aufsichtsratsmitglieder,
6. Auflösung der Gesellschaft,
7. Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates,
8. die Berufung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
9. Beschluss nach § 6 Gesellschaftsvertrag (Übertragung, Teilung, Verpfändung oder Veräußerung von Geschäftsanteilen),
10. Bestellung des Abschlussprüfers,
11. den Wirtschaftsplan
12. Beteiligungen an Unternehmen (§ 107 Abs. 1 GO NRW),
13. Erwerb oder Veräußerung von Unternehmen oder Beteiligungen,
14. Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S. der § 291, 292 Abs. 1 AktG.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Böhnke, Bernd Emunds, Guido Hürtgen, Dirk	Merzenich Düren Kreis Düren	Kreisrämerer
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	
Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet einen Bevollmächtigten in die Gesellschafterversammlung. Dieser kann durch einen persönlichen, vom Gesellschafter benannten Vertreter Stellvertreter benannt werden.	1 Stimme	je 500,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Seit der Kommunalwahl 2014 nicht besetzt, da die Gesellschaft im Laufe des Jahres 2014 auf die BTG verschmolzen wurde.
----------------------	--

**Gesellschafter-
versammlung:**

Spelthahn, Wolfgang

Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Aldenhoven	
gezeichnetes Kapital:	250.000 €	

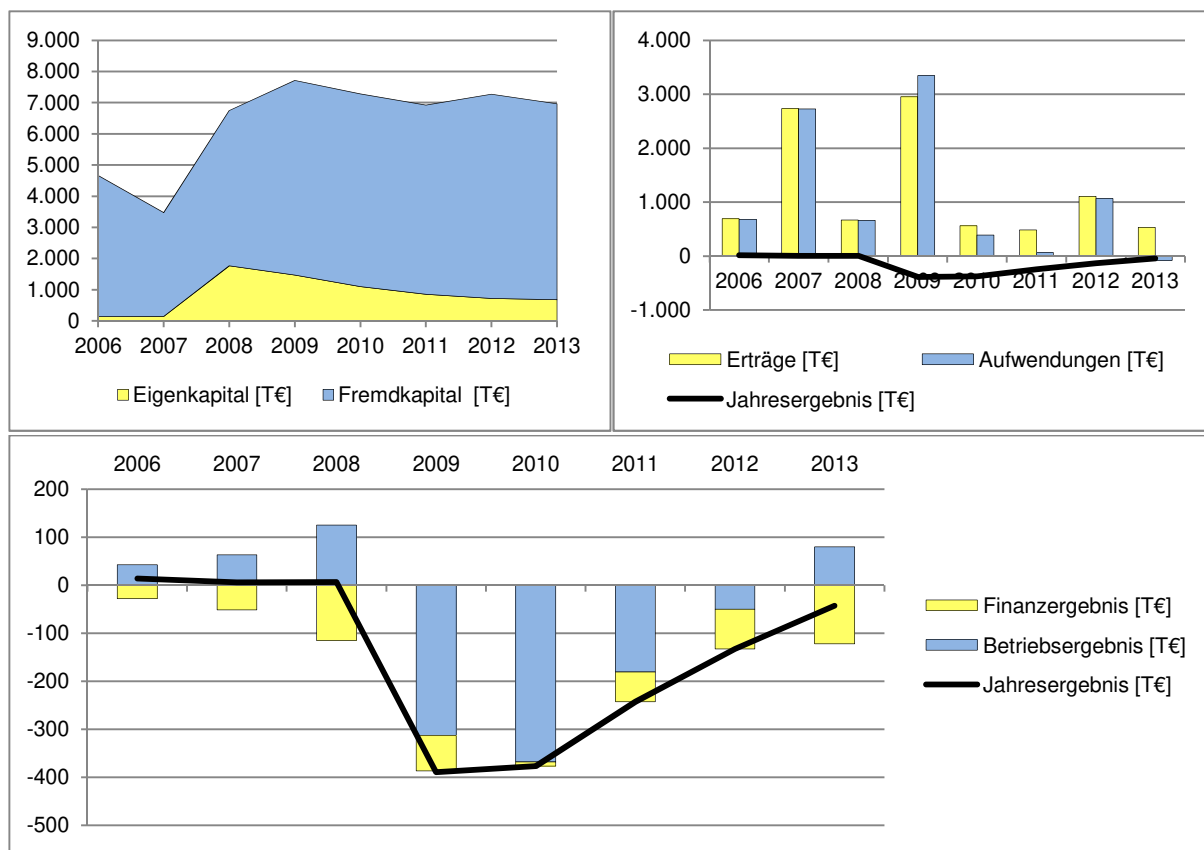
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	250.000,00 €	100%

In 2013 hat die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) die Anteile der Gemeinde Aldenhoven an der ACI übernommen. In 2014 wurde die ACI auf die BTG verschmolzen.

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	16,00 €	1,00 €	0,00 €	-1,00 €	-100,00%
II. Sachanlagen	5.385,00 €	2.900,00 €	1.303,00 €	-1.597,00 €	-55,07%
III. Finanzanlagen	12.750,00 €	5.312.750,00 €	5.812.750,00 €	500.000,00 €	9,41%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	5.890.757,02 €	328.257,02 €	0,00 €	-328.257,02 €	-100,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.005.015,64 €	1.104.221,62 €	1.101.312,06 €	-2.909,56 €	-0,26%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.885,73 €	524.111,77 €	44.262,87 €	-479.848,90 €	-91,55%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	6.917.809,39 €	7.272.241,41 €	6.959.627,93 €	-312.613,48 €	-4,30%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00 €	250.000,00 €	250.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	1.712.705,49 €	1.712.705,49 €	1.712.705,49 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	-863.892,17 €	-1.106.417,79 €	-1.239.156,63 €	-132.738,84 €	12,00%
IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-242.525,62 €	-132.738,84 €	-42.689,52 €	90.049,32 €	-67,84%
B. Rückstellungen	193.860,00 €	175.200,00 €	163.700,00 €	-11.500,00 €	-6,56%
C. Verbindlichkeiten	5.867.661,69 €	6.373.492,55 €	6.115.068,59 €	-258.423,96 €	-4,05%
Summe Passiva	6.917.809,39 €	7.272.241,41 €	6.959.627,93 €	-312.613,48 €	-4,30%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	146.781,55 €	142.564,91 €	143.022,68 €	457,77 €	0,32%
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-333.436,17 €	-87.500,00 €	-328.257,02 €	-240.757,02 €	275,15%
3. sonstige betriebliche Erträge	300.428,86 €	927.718,58 €	350.228,19 €	-577.490,39 €	-62,25%
4. Materialaufwand	8.583,10 €	8.717,55 €	6.527,20 €	-2.190,35 €	-25,13%
5. Personalaufwand					

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
a) Löhne u. Gehälter	36.008,84 €	16.920,23 €	0,00 €	-16.920,23 €	-100,00%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung	8.383,20 €	3.991,03 €	0,00 €	-3.991,03 €	-100,00%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermö- gensgegenstände des Anlagevermögens u. Sach- anlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die In- gangsetzung und Erweite- rung des Geschäftsbetriebs	1.639,00 €	974,36 €	406,01 €	-568,35 €	-58,33%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	239.529,89 €	1.002.330,80 €	78.121,43 €	-924.209,37 €	-92,21%
Betriebsergebnis	-180.369,79 €	-50.150,48 €	79.939,21 €	130.089,69 €	-259,40%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	38.783,16 €	39.357,45 €	38.961,98 €	-395,47 €	-1,00%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	100.942,99 €	121.745,81 €	160.825,20 €	39.079,39 €	32,10%
Finanzergebnis	-62.159,83 €	-82.388,36 €	-121.863,22 €	-39.474,86 €	47,91%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-242.529,62 €	-132.538,84 €	-41.924,01 €	90.614,83 €	-68,37%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-!
11. sonstige Steuern	-4,00 €	210,00 €	765,51 €	555,51 €	264,53%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-242.525,62 €	-132.748,84 €	-42.689,52 €	90.059,32 €	-67,84%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	3	1	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde am 08.03.2005 gegründet. Gesellschafter der Gesellschaft waren mit einem Anteil am Stammkapital die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH zu 85 % und die Gemeinde Aldenhoven zu 15 %. Zum 30.12.2013 hat die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH 15 % Geschäftsanteile von der Gemeinde Aldenhoven erworben und ist seitdem alleiniger Gesellschafter der Gesellschaft.

Zweck der Gesellschaft ist die nachhaltige Förderung der Wirtschaft der Region und die Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialsituation des durch Bergbaustillegung betroffenen Gebietes im Kreis Düren. Zur Zweckerreichung ist die Gesellschaft berechtigt, eine Filmproduktionsanlage sowie ein Automobiltestzentrum im Industriepark Aldenhoven-Siersdorf (Kreis Düren) zu entwickeln. Insbesondere ist sie berechtigt zum Erwerb, der Beplanung, Erschließung, Bebauung, Vermarktung bzw. sonstiger Bewirtschaftung der hierfür notwendigen Grundstücke.

Zur Filmproduktionsstrecke wurde mit der FTL GmbH im August 2005 ein Bauerrichtungsvertrag, ein Pachtvertrag und ein Service Vertrag abgeschlossen. Die Bewirtschaftung der Filmproduktionsstrecke durch den Vertragspartner ist wesentlich von der Nachfrage nach innerdeutsch produzierten Filmproduktionen abhängig. Auf Grund einer seinerzeitigen Nachfragerückläufigkeit hat die FTL GmbH in 2010 einen vorübergehenden Liquiditätsengpass vermeldet. Zur Überbrückung und zur Aufrechterhaltung der langjährigen Vertragsbeziehungen hat die Gesellschaft in 2010 die Forderungen aus den Vertragsbeziehungen kumuliert und bezüglich Tilgungshöhe und Vertragslaufzeit angepasst. Dies hat die Vertragsbeziehungen stabilisiert. Unter Zuhilfenahme eines Darlehens der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH hat die FTL GmbH die Filmproduktionsstrecke ertüchtigt und eine Leichtbauhalle errichtet. Hierdurch konnte sie eine langjährige Geschäftsbeziehung mit einem TÜV Unternehmen über die Vermietung der Strecke für Großfahrzeugtests eingehen.

In Vorbereitung der Entwicklung eines Automobiltestzentrums konnte in 2008 die RWTH Aachen als Partner gewonnen werden. Mit ihr wurde in 2008 ein Vertrag über die Erstellung eines ersten Bauabschnittes (Dynamikfläche) abgeschlossen. Damit verbunden war die Absichtserklärung zur Gründung einer neuen Gesellschaft, der Aldenhoven Testing Center of RWTH GmbH (kurz: ATC). Die Gesellschaft wurde am 10.12.2012 gemeinsam von der Gesellschaft und der RWTH Aachen gegründet und hat die Geschäfte übernommen.

Zum Zwecke der öffentlichen Förderung des Automobiltestzentrums wurde ein Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur gestellt. Im Mai 2009 erhielt die Gesellschaft die Erlaubnis zum vorzeitigen Maßnahmebeginn, im Okt. 2009 konnte der erste Bauabschnitt fertiggestellt werden. Im Dezember erhielt die Gesellschaft einen Bewilligungsbescheid für die Gesamtmaßnahme. Auf die veranschlagten Gesamtkosten des Projektes in Höhe von 13,24 Mio. € hätte die Gesellschaft einen Zuschuss in Höhe von 10.630.800,- € erhalten können. Im Rahmen der Entwicklung des Automobiltestzentrums wurde der erhaltene Förderbescheid bewertet. Mehrere Förderbestimmungen und die technische Verfahrensabwicklung bedurften vertiefender Informationen, die Gespräche mit der Bezirksregierung und der NRW Bank zur Folge hatten. Auf Grund der geplanten Vorgehensweise, insbesondere den ersten Bauabschnitt in die ATC einzubringen und im Rahmen des Zuwendungsantrages als Projektbestandteil fördertchnisch abzuwickeln, wurde seitens der Gesellschaft ein Entwurf zum ersten Mittelabruf erstellt. Hierbei stellte sich heraus, dass abweichend vom Förderbescheid bei der Erstellung des ersten Bauabschnittes eine andere Vergabeform gewählt wurde. Der Sachverhalt wurde mit der Bezirksregierung besprochen und diesseits aus vergaberechtlicher Sicht bewertet der Bezirksregierung angezeigt. Durch die Bezirksregierung wurde festgestellt, dass die gewählte Vergabeart nicht den Förderbestimmungen entspricht und eine Förderung des ersten Bauabschnittes nicht möglich ist. Es wurde ein neu berechneter und überarbeiteter Förderbescheid erstellt und der ATC GmbH zugestellt.

Der Zufluss von Liquidität aus dem ersten Mittelabruf war für die Umsetzung der weiteren Projektmaßnahmen von wesentlichster Bedeutung. Der Wegfall dieser eingeplanten Liquidität gefährdete die Maßnahme Automobilzentrum im Ganzen. Zum Zwecke der Sicherstellung der Umsetzung der Maßnahme hat die Gesellschaft die notwendigen, durch Neuberechnung des Förderbescheides entfallenden Fördermittel in Höhe von 2,7 Mio. € als Liquidität im Rahmen einer Zuführung zur Kapitalrücklage eingebracht. Eine entsprechende Konsortialvereinbarung mit der RWTH wurde mit Notarvertrag vom 12.04.2012 des Notars Dr. Terbrack beurkundet. Unter anderem stellt der Vertrag sicher, dass im Falle einer Rückzahlung keine Quotierung erfolgt, sondern die eingebrachten 2,7 Mio. € ausschließlich an die ACI zurückfließen.

Am 25.01.2012 wurde die Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung ermächtigt, mit der RWTH GmbH als Mitgesellschafter der ATC GmbH und der ATC GmbH selbst eine Konsortialvereinbarung zu schließen, welche die Übertragung der Grundstücke von der ACI GmbH in die ATC GmbH sowie die Einbringung einer weiteren Kapitaleinlage der ACI GmbH in die ATC GmbH regelt. Der notarielle Vollzug erfolgte am 12.04.2012.

Die Tochtergesellschaft ATC GmbH hat in 2013 die wesentlichsten Baumaßnahmen auf dem Gelände abgeschlossen, insgesamt steht das Projekt kurz vor der offiziellen Eröffnung. Auch während der Bauphase konnte eine Bewirtschaftung des Testgeländes, insbesondere des ersten Bauabschnittes erfolgreich fortgesetzt werden. Die ATC GmbH geht eigenen Aussagen zufolge von einer guten Auslastung des Testgeländes aus. Für die Tochtergesellschaft ATC GmbH und damit indirekt für die Gesellschaft ist eine florierende Automobilbranche von hoher Bedeutung.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse konnten gegenüber dem Vorjahr um ca. 10 T€ leicht erhöht werden. Zum Ende des Jahres 2013 wurden im Vorfeld der anvisierten Verschmelzung der Gesellschaft auf die Muttergesellschaft die letzten Grundstücke an diese veräußert. Hierdurch vermindert sich der Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen. Das Pendant hierzu findet sich im Bereich der erzielten sonstigen betrieblichen Erträge.

Die Gesellschaft hat neben der im Rahmen der Geschäftsbesorgung tätigen Geschäftsführung zum Bilanzstichtag keine weiteren Mitarbeiter mehr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzieren sich auf ca. 76 T€ und beinhalten im wesentlichen die Geschäftsbesorgung, weiterbelastete Fahrzeugkosten, Aval-Provision sowie Abschluss- und Prüfungskosten.

Die Zinserträge blieben stabil. Der Zinsaufwand resultiert im Wesentlichen aus einem Darlehen bei der Hypovereinsbank, Zinsen aus einem Darlehen der VVG für Vorlaufkosten sowie neu Zinsen aus der Finanzierung der Zuführung von 2,7 Mio. € zur Kapitalrücklage der ATC. Die Gesellschaft schließt das Jahr 2013 mit einem Verlust von ca. 45 T€ (Vj. 133 T€) ab.

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft ist angespannt. Einnahmen fließen ihr überwiegend aus dem Pachtvertrag mit der FTL GmbH zu. Zum Bilanzstichtag betragen die Kassenbestände und Bankguthaben 44 T€. Zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe bedient sich die Gesellschaft verzinslicher Gesellschafterdarlehen bei der Muttergesellschaft BTG.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2013 ca. 6.960 T€ (Vorjahr 7.272 T€). Wesentliche Veränderung zum Vorjahr ergibt sich aus dem Konsortial- und Einbringungsvertrag zwischen ACI, RWTH und ATC. Der Zunahme des Anteilswertes der Geschäftsanteile an der ATC GmbH steht in Folge der Zahlung der letzten Rate der Kapitaleinlage ein Abgang im Bankvermögen gegenüber. Zum Ende des Jahres 2013 wurden im Vorfeld der Verschmelzung die Grundstücke der ACI GmbH bereits auf die Muttergesellschaft übertragen. Der Kaufpreis wurde verrechnet und findet sich in der Minderung der Verbindlichkeiten.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt ca. 678 T€ (Vj. 724 T€). Die Rückstellungen betragen ca. 166 T€. Verbindlichkeiten belaufen sich auf ca. 6,1 Mio. € (Vj. 6,4 Mio. €). Hier dominieren Darlehen bei der BTG mit ca. 2,3 Mio. € (vormals HVB), das Darlehen der BTG für die Erbringung der Kapitaleinlage in Höhe von ca. 2,7 Mio. und Verbindlichkeiten gegenüber der GWS (nunmehr Vermögensverwaltungsges. mbH) mit ca. 860 T€.

Nachtragsbericht

Es sind nach dem Bilanzstichtag keine Sachverhalte aufgetreten, die im Jahresabschluss nicht bereits berücksichtigt wurden. Mit der ATZ GmbH als Anspruchssteller auf eine Ausgleichszahlung auf Grund eines damaligen Rückabwicklungsvertrages wurde eine abschließende Vereinbarung getroffen. Die gebildeten Rückstellungen waren ausreichend.

Prognosebericht

Die Gesellschaft hat gemeinsam mit der RWTH eine Tochtergesellschaft, die ATC gegründet. Für diese liegt ein Zuwendungsbescheid zur Errichtung eines Automobilzentrums vor. Die Gesellschaft hat bereits wesentliche Vermögensteile in die für den Bau und die Bewirtschaftung des Automobilzentrums gegründete ATC eingebracht. Hiermit ist ein wesentlicher Teil ihrer satzungsgemäßen Aufgabe erfüllt. Nachdem die Tochtergesellschaft ATC GmbH ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen hat, wurde der Geschäftssitz der ACI GmbH nach Düren verlegt. Der Gesellschaft obliegt seitdem noch die Verwaltung der an die FTL GmbH verpachteten und von dieser betriebenen Filmautobahn. Die Gesellschaft wurde einer Restrukturierung unterworfen und auf notwendigste Elemente verdichtet. Für 2014 ist die Verschmelzung – mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2014 – auf die Muttergesellschaft als aufnehmende Gesellschaft geplant.

Risiko- und Chancenbericht

Die Liquidität der Gesellschaft ist angespannt. Sie ist davon abhängig, dass die Einnahmen aus den FTL-Verträgen ihr regelmäßig zufließen und die Muttergesellschaft bereit und in der Lage ist, kurzfristige Liquiditätsengpässe durch Gesellschafterdarlehen zu überbrücken. Nachdem mit der FTL GmbH die Vertrags- und Darlehensbeziehungen neu geordnet sind, haben sich dortseits keine Zahlungsverzögerungen ergeben. Ein Risiko besteht jedoch bei einer negativen Nachfrageentwicklung im Bereich der Fernseh- und Filmproduktionen als Hauptkundschaft der FTL GmbH. Die Muttergesellschaft hat zur Liquiditätssicherung der Gesellschaft entsprechende Gremienbeschlüsse. Die Muttergesellschaft kreditiert die Leistungen, die von ihr im Rahmen der Geschäftsbesorgung für die ACI GmbH erbracht werden.

Ziel in Umsetzung der satzungsgemäßen Aufgaben ist die Errichtung eines Automobiltestzentrums, nunmehr durch die mit der RWTH gemeinsam gegründeten Tochtergesellschaft ATC. Hierzu wurden die Vermögensgegenstände der Gesellschaft in die ATC eingebracht. Zur Sicherung der zur Umsetzung des Vorhabens Automobiltestzentrum notwendigen Mittel wurde ein Konsortial- und Einbringungsvertrag mit der Wirkung geschlossen, dass die ACI eine Zuführung zum Kapital der ATC GmbH in Höhe von 2,7 Mio. € eingebracht hat. Nach Einbringung der Vermögensgegenstände der Gesellschaft in die ATC, soll nun die ACI GmbH mit der Muttergesellschaft als aufnehmende Gesellschaft verschmolzen werden.

Beteiligungen des Unternehmens

Die ACI – Automotive Center for Industry GmbH ist mit 51% an der ATC Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH beteiligt (S. 277). Im Zuge der Verschmelzung der ACI auf die BTG sind diese Anteile in 2014 auf die BTG übergegangen.



ATC Automotive Testing Center of RWTH-Aachen University GmbH

Industriepark Emil Mayrisch
52457 Aldenhoven
Telefon: 0241/80-25639
Telefax: 0241/80-22147
E-Mail: info@atc-aldenhoven.de
Homepage: www.atc-aldenhoven.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb eines Innovations- und Forschungszentrums sowie die nachhaltige Förderung der Wirtschaftsregion und die Verbesserung der Wirtschaftssituation.

Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere zu Folgendem berechtigt:

- Initiierung, Entwicklung und Vermarktung eines Testzentrums im Rahmen der strukturellen Entwicklung im interregionalen Industriepark Aldenhoven-Siersdorf als Teil des Kreises Düren;
- Erwerb, Beplanung, Erschließung und Bebauung der erforderlichen Grundstücke sowie Vermarktung dieser durch Verkauf, Verpachtung, Vermietung und Leasing;
- Bewirtschaftung der im Eigentum befindlichen Grundstücke.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen:

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter ist berechtigt einen Geschäftsführer zu bestellen. Hat sie nur einen Geschäftsführer, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann allen oder einzelnen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so kann die Gesellschafterversammlung den Geschäftsführer, der von Seiten des Gesellschafters RWTH Aachen bestellt wurde, zum Vorsitzenden (Sprecher) der Geschäftsführung ernennen. Den Geschäftsführern kann von den Beschränkungen des § 181 BGB Befreiung erteilt werden.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung; er hat ein unbeschränktes Recht auf Auskunft und kann Untersuchungen durchführen oder durch Dritte durchführen lassen. Der Aufsichtsrat hat den Wirt-

schaftsplan, den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresergebnisses zu prüfen und der Gesellschafterversammlung eine Beschlussempfehlung vorzulegen. In dem Bericht hat der Aufsichtsrat auch mitzuteilen, in welcher Art und in welchem Umfang er die Geschäftsführung während des Geschäftsjahres überwacht hat. Die Bestimmungen der §§ 170, 171 AktG gelten analog. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Bestellung und die Anstellung sowie Abberufung und Entlastung des/der Geschäftsführer(s).

Folgende Rechtsgeschäfte und Handlungen des Geschäftsführers /der Geschäftsführer bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates:

1. Verfügungen und Verpflichtungen, die über den Rahmen des laufenden Geschäfts- bzw. des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs hinausgehen und deren Gegenstand im Einzelfall den in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer festzulegenden Betrag übersteigt.
2. Der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern er die in der Geschäftsordnung festzulegende Wertgrenze für die Geschäftsführung übersteigt.
3. Die Empfehlung an die Gesellschafterversammlung zur Gründung von Unternehmen, zum Erwerb und zur Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie zur Änderung von Beteiligungsquoten an diesen Unternehmen.
4. Die Einleitung von Rechtsstreitigkeiten von besonderer Bedeutung, der Abschluss von Vergleichen und der Erlass von Forderungen ab einer in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegenden Wertgrenze.
5. Die Erteilung von Prokura und Handlungsvollmacht.
6. Maßnahmen der Tarifbindung und Tarifgestaltung, die Festlegung von Richtlinien für die Gewährung von Reise- und Umzugskostenvergütung, von Trennungsgeld, Beihilfen in Krankheitsfällen und für die Benutzung von gesellschaftseigenen Kraftfahrzeugen.
7. Soweit für ein Geschäft im Einzelfall bei Überschreitung der in der Geschäftsordnung der Geschäftsführung festgelegten Wertgrenze zwar die Zuständigkeit des Aufsichtsrates gegeben ist, dieses Geschäft jedoch keine Aufsichtsratsduldung duldet und eine unverzügliche Beschlussfassung des Aufsichtsrates nicht möglich ist, kann die Geschäftsführung mit Zustimmung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates handeln.
8. Aufnahme von Bankdarlehen und Gewährung von Darlehen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung hat jährlich mindestens einmal vor Ablauf des achten Monats des dem Abschlussstichtag nachfolgenden Geschäftsjahres als ordentliche Gesellschafterversammlung stattzufinden. Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind, abgesehen von den im Gesetz bestimmten Fällen, dann einzuberufen, wenn ein Gesellschafter, der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung oder

die Geschäftsführung dies unter Angabe des Zwecks und der Gründe schriftlich verlangt. Die Gesellschafterversammlung wird durch den bzw. die Geschäftsführerin vertretungsberechtigter Zahl einberufen. Die Ladung erfolgt schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen unter Mitteilung der Tagesordnung, bei der jährlichen Versammlung unter Beifügung des Jahresabschlusses, des Lageberichtes und des Prüfungsberichtes des Abschlussprüfers. Die Ladungsfrist beginnt mit der Einlieferung zur Post, wobei der Tag der Absendung der Einladungsschreiben und der Tag der Versammlung nicht mitzurechnen sind. Bei Eilbedürftigkeit kann die Einberufung mit angemessen kürzerer Frist erfolgen. Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt. Sie kann aus begründetem Anlass an einem anderen Ort abgehalten werden. Sind sämtliche Gesellschafter anwesend oder vertreten und mit der Beschlussfassung einverstanden, so können Beschlüsse auch dann gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Bestimmungen nicht eingehalten worden sind. Jeder Gesellschafter – die ACI GmbH unter Beachtung der §§ 113 Abs. 1 und 2 / § 53 Abs. 1 KrO – entsendet einen Bevollmächtigten in die Gesellschafterversammlung. Dieser kann durch einen persönlichen, vom Gesellschafter benannten Stellvertreter vertreten werden. Bevollmächtigter können nicht der Geschäftsführer bzw. der stellvertretende Geschäftsführer sein. Die Vollmachten zur Vertretung sind in Schriftform vorzulegen. Die Erteilung von Dauervollmachten ist zulässig. Die Gesellschafter wählen aus ihrer Mitte mit qualifizierter Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen einen Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung und dessen Stellvertreter. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung mit qualifizierter Mehrheit, d.h. mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht die Satzung oder das Gesetz zwingend eine andere Mehrheit vorschreiben. Abgestimmt wird nach Geschäftsanteilen. Je Euro 500,00 (i.W.: Euro Fünfhundert) eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Ausnahmsweise können Beschlüsse auch durch schriftliche Stimmabgabe, die von der Geschäftsführung einzuholen ist, herbeigeführt werden, sofern keiner der Gesellschafter dieser Form der Abstimmung widerspricht. Dabei ist für den Eingang der Stimme eine Frist festzulegen. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 80 v.H. des Stammkapitals vertreten ist. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Die Einladung erfolgt mittels Einschreibebrief. Diese Gesellschafterversammlung ist, worauf in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen ist, ohne die Einschränkung in Satz 1 beschlussfähig. Über die Gesellschafterversammlung ist ein Protokoll anzufertigen. Es ist vom Vorsitzenden zu unterschreiben und dem Geschäftsführer auszuhändigen. Dieser sendet je eine Abschrift des Protokolls jedem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat zu. Einwendungen gegen die Richtigkeit des Protokolls müssen binnen fünf Tagen nach Empfang des Protokolls bei dem Vorsitzenden geltend gemacht werden. Über die Einwendungen entscheidet die nächste Gesellschafterversammlung. Die unwidersprochene oder ergänzte bzw. berichtigte Niederschrift hat die Vermutung der Richtigkeit und Vollständigkeit. Gesellschafterbeschlüsse können nur binnen

zwei Monaten nach Beschlussfassung angefochten werden. Die Frist wird nur durch Klageerhebung gewahrt.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

- a. Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhung und –herabsetzung sowie Gesellschafterdarlehen;
- b. die Feststellung des Jahresabschlusses;
- c. die Einforderung von Einzahlungen auf die Geschäftsanteile;
- d. die Verwendung des Ergebnisses einschl. Bildung, Zuführung und Verwendung von Rücklagen und des Verlustausgleiches;
- e. die Entlastung der Geschäftsführung und der Aufsichtsratsmitglieder;
- f. Auflösung der Gesellschaft;
- g. Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates;
- h. die Berufung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer;
- i. Beschluss nach § 5 (Übertragung, Teilung, Verpfändung oder Veräußerung von Geschäftsanteilen);
- j. Bestellung des Abschlussprüfers;
- k. den Wirtschaftsplan nach § 17;
- l. Beteiligung an Unternehmen;
- m. Erwerb oder Veräußerung von Unternehmen oder Beteiligungen;

Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S. der §§ 291, 292 (1) AktG.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Lesemann, Micha (Sprecher) Günther, Marco Heßeler, Frank-Josef Winkler, Anette	Aachen Aachen Langerwehe Kreis Düren	Stabsstellenleiterin
Aufsichtsrat:	Kreis Düren RWTH-Aachen	4 Sitze 4 Sitze	50 % 50%
Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet einen Bevollmächtigten in die Gesellschafterversammlung. Dieser kann durch einen persönlichen, vom Gesellschafter benannten Vertreter Stellvertreter benannt werden.	1 Stimme	je 500,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Kessel, Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
----------------------	-------------------	-------------	-----------------------

Kolonko-Hinssen, Eva-Maria	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Pöhler, Raoul	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Hürtgen, Dirk beratendes Mitglied	Kreis Düren	Gesellschaftervertreter

**Gesellschafter-
versammlung:**

Hürtgen, Dirk	BTG	Geschäftsführer
---------------	-----	-----------------

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Aldenhoven	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
ACI - Automotive Center for Industry - GmbH	12.750,00 €	51%
RWTH-Aachen	12.250,00 €	49%

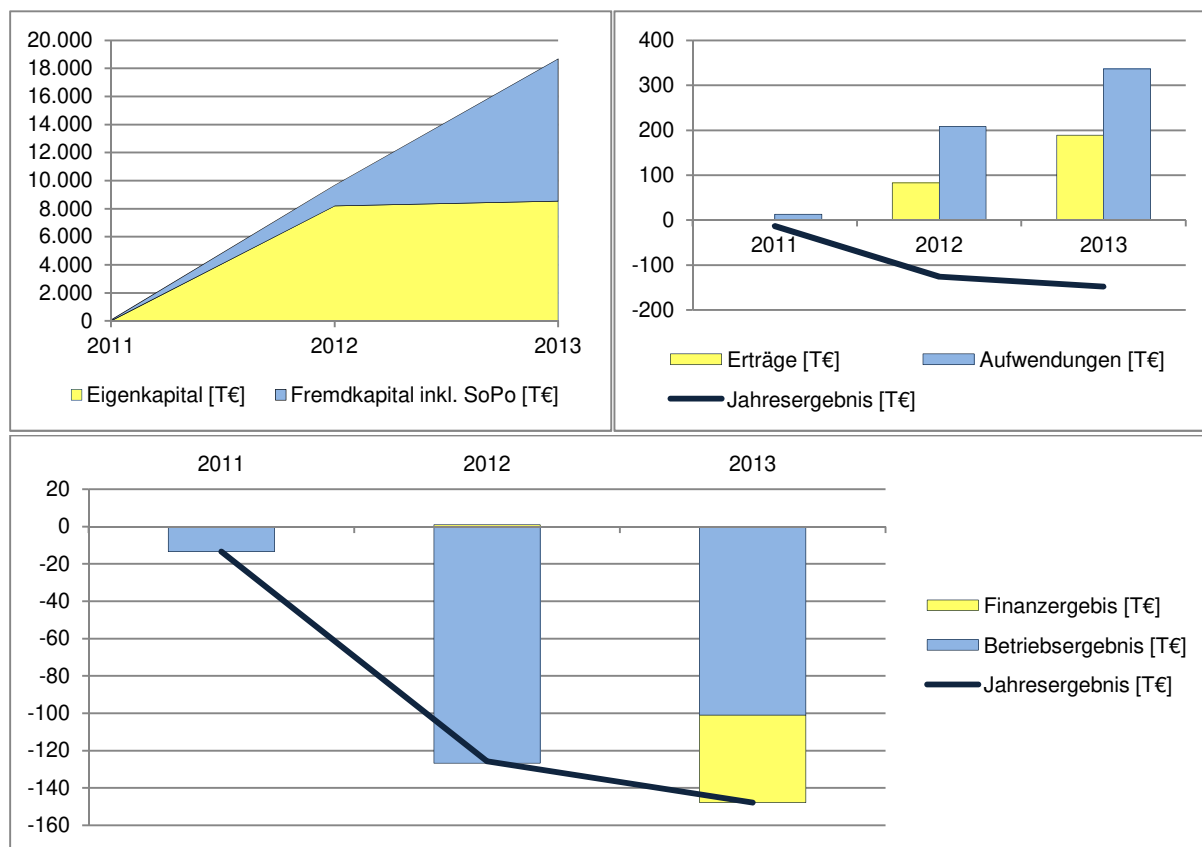
Mit der Verschmelzung der ACI auf die BTG sind die Anteile der ACI an der ATC in 2014 auf die BTG übergegangen.

Bilanz	2011 01.03. - 31.12.2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	40.887,00 €	7.810.288,66 €	16.137.182,22 €	8.326.893,56 €	106,61%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	9.607,54 €	108.859,09 €	2.515.508,14 €	2.406.649,05 €	2210,79%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	24.078,15 €	1.746.840,10 €	29.305,71 €	-1.717.534,39 €	-98,32%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	74.572,69 €	9.665.987,85 €	18.681.996,07 €	9.016.008,22 €	93,28%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	8.300.000,00 €	8.800.000,00 €	500.000,00 €	6,02%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	0,00 €	-13.396,97 €	-139.096,35 €	-125.699,38 €	938,27%
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-13.396,97 €	-125.699,38 €	-147.738,21 €	-22.038,83 €	17,53%
B. Sonderposten	0,00 €	0,00 €	5.632.451,45 €	5.632.451,45 €	
C. Rückstellungen	3.500,00 €	11.000,00 €	19.000,00 €	8.000,00 €	72,73%
D. Verbindlichkeiten	59.469,66 €	1.469.084,20 €	4.492.379,18 €	3.023.294,98 €	205,79%
Summe Passiva	74.572,69 €	9.665.987,85 €	18.681.996,07 €	9.016.008,22 €	93,28%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011 01.03. - 31.12.2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	81.338,92 €	179.899,03 €	98.560,11 €	121,17%
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	0,00 €	6.558,27 €	6.558,27 €	

	2011	2012	2013	Veränderung	Veränderung

	01.03. - 31.12.2011			in €	in %
3. Materialaufwand	0,00 €	1.950,00 €	0,00 €	-1.950,00 €	-100,00%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	0,00 €	9.930,84 €	12.852,00 €	2.921,16 €	29,42%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung	0,00 €	2.989,20 €	3.652,80 €	663,60 €	22,20%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermö- gensgegenstände des Anlagevermögens u. Sach- anlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die In- gangsetzung und Erweite- rung des Geschäftsbetrie- bes	0,00 €	146.501,51 €	205.044,33 €	58.542,82 €	39,96%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	13.396,97 €	46.656,07 €	65.902,07 €	19.246,00 €	41,25%
Betriebsergebnis	-13.396,97 €	-126.688,70 €	-100.993,90 €	25.694,80 €	-20,28%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	1.401,79 €	2.231,39 €	829,60 €	59,18%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	412,47 €	48.975,70 €	48.563,23 €	11773,76%
Finanzergebnis	0,00 €	989,32 €	-46.744,31 €	-47.733,63 €	-4824,89%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-13.396,97 €	-125.699,38 €	-147.738,21 €	-22.038,83 €	17,53%
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-13.396,97 €	-125.699,38 €	-147.738,21 €	-22.038,83 €	17,53%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die ATC – Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH (im Folgenden: ATC GmbH) [HRB 6080] wurde am 01.03.2011 gegründet und wird von zwei Gesellschaftern gehalten. Dies ist zum Einen die Automotive Center for Industry GmbH (ACI GmbH) mit einem Anteil von 51 %, zum Anderen die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (RWTH Aachen) mit 49 % Gesellschaftsanteil.

Zweck der ATC GmbH ist der Bau, der Betrieb und die Instandhaltung eines Testzentrums für mobile Anwendungen. Ziel ist dabei die diskriminierungsfreie Zurverfügungstellung von Erprobungsinfrastrukturkapazitäten für den Automobilbereich aber auch andere Domänen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die über keine eigenen Testzentren verfügen. Aufgrund der umfassenden Finanzierung aus der öffentlichen Hand durch das Land NRW und die EU steht daher die Erreichung der Förderziele vor der Gewinnerzielung im Vordergrund. Ein

weiterer Aspekt ist die nachhaltige Förderung der Wirtschaft, die Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialsituation, der Aufbau neuer Geschäftsfelder und die damit einhergehende Begünstigung des Strukturwandels in der Region.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Im Zuge der Euro-Krise hat sich die Weltwirtschaft konjunkturell stark abgeschwächt; dies hat die Konjunktorentwicklung in Deutschland belastet. Bereits im Jahr 2011 setzte eine merkliche Abkühlung der Konjunktur ein, die im Jahr 2012 anhielt. Auch im Frühjahr 2013 stagnierte die Konjunktur zunächst, da es witterungsbedingt besonders in der Bauwirtschaft zu Produktionsausfällen kam. Doch sie erholte sich im weiteren Jahresverlauf, sodass am Ende des Jahres das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,4 % höher lag als im Vorjahr. Damit war die Steigerung ähnlich schwach wie im vorangegangenen Jahr (2012 um 0,7 %) und liegt weit unter dem Jahresdurchschnittswert von 2002 – 2012 mit 1,2 %.

Neben der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind für die ATC GmbH vor allem die Entwicklungen in der Automobil- und Zulieferindustrie maßgebend, da der überwiegende Teil der Kunden des ATC aus dieser Branche stammen. Ein Maß für die wirtschaftliche Lage der Automobilbranche ist u.a. die Zahl der von deutschen Herstellern produzierten Personenkraftwagen. Im Jahr 2013 verbuchten die deutschen Hersteller zwar einen Rückgang bei den Neuzulassungen in Deutschland von ca. 3 % im Vergleich zum Vorjahr. Dementgegen steht ein Anstieg der Exporte um 2 %, sodass insgesamt die Produktion von Personenkraftwagen im Jahr 2013 um ca. 1 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist. [Quelle: VDA, Monatszahlen Dezember 2013] Aufgrund der soliden wirtschaftlichen Lage der Automobilindustrie wurde in die Entwicklung neuer Fahrzeuge investiert. Hiervon konnte die ATC GmbH profitieren, da sie entsprechende Testinfrastruktur (Fahrodynamikfläche) zur Entwicklung neuer Fahrzeuge bereitstellt.

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Ertragslage hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

	2013	2012
	T€	T€
Umsatzerlöse	179,90	81,34
Sonstige betriebliche Erträge	6,56	0,00
Materialaufwand	0,00	-1,95
Personalaufwand	-16,50	-12,92
Abschreibungen	-205,04	-146,50
Sonst betr. Aufwand	-65,90	-46,66
Finanzerträge	2,23	1,40
Finanzaufwand	-48,98	-0,41
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	-147,74	-125,70
Jahresergebnis	-147,74	-125,70

Trotz der intensiven Bautätigkeit während des 2. Bauabschnitts konnten im Geschäftsjahr 2013 die Umsatzerlöse um TEUR 98,56 gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt TEUR 179,90 erhöht

werden. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 121,21%. Hierbei gilt zu beachten, dass die ATC GmbH erst seit April 2012 die Fahrdynamikfläche vermarktet.

Die Gehälter 2013 betragen TEUR 12,85 gegenüber TEUR 9,93 im Vergleichszeitraum 2012. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 29,4 % und einem absoluten Anstieg von TEUR 2,92. An sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung fielen im Berichtsjahr 2013 TEUR 3,65 an. In 2012 belief sich der entsprechende Wert auf TEUR 2,99. Der Betrag der absoluten Erhöhung in Höhe von TEUR 0,66 entspricht einer Steigerungsrate von 22,22 %. Die Steigerung ist darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zum Jahr 2012 das Personal im Jahr 2013 durchgängig beschäftigt war.

Die Abschreibungen haben sich im Wesentlichen durch die ganzjährige Nutzung erhöht. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 2013 betragen TEUR 65,90 gegenüber TEUR 46,66 im Vergleichszeitraum 2012. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 41,3 %. Hierfür sind insbesondere die einmaligen Kosten der Prüfung der Mittelabrufe durch einen Wirtschaftsprüfer und die Rechtsberatung zur Erstellung von Vertragsunterlagen zu nennen.

Im Geschäftsjahr 2013 entstand ein Finanzierungsaufwand zur kurzfristigen Zwischenfinanzierung der getätigten Investitionen in Höhe von TEUR 48,98 (VJ TEUR 0,41).

Als Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden in 2013 TEUR -147,74 erzielt. Im Vorjahr 2012 wurde demgegenüber ein Betrag von TEUR -125,70 ausgewiesen. Die Abnahmerate gegenüber 2012 beträgt 17,5 %. Die Verluste sind im Wesentlichen auf die Abschreibungen der Streckenelemente zurückzuführen, die nicht liquiditätswirksam sind (TEUR 205,04).

Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2013
	T€
Jahresfehlbetrag	-148
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	205
Zunahme der Rückstellungen	8
Zunahme Sonderposten	5.632
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-20
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-2.387
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-976
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>-1</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>2.313</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	<u>-8.531</u>
Investitionstätigkeit	<u>-8.531</u>
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	500
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	<u>4.000</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>4.500</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	1.747
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>-1.718</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>29</u>

Vermögenslage

Das Vermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 9.016,01 von TEUR 9.665,99 auf TEUR 18.682,00 erhöht.

Im Wesentlichen resultiert der Anstieg des Vermögens aus der Erhöhung des Anlagevermögens in Höhe von TEUR 8.326,89. Korrespondierend hierzu ist das Eigenkapital inklusive des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen um TEUR 5.984,71 gestiegen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 4.000,00.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	16.137,18	7.810,29
Gesamtvermögen	18.682,00	9.665,99
Anlagenintensität in %	86,4	80,8

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	14.170,62	8.185,90
Gesamtkapital	18.682,00	9.665,99
Eigenkapitalanteil in %	75,9	84,7

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	4.511,38	1.480,08
Eigenkapital	14.170,62	8.185,90
Verschuldungsgrad in %	31,84	18,08

Kennzahlendefinition:

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- + Kapitalrücklage
- + Bilanzgewinn
- + Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkung auf Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nicht ergeben.

Prognosebericht

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden die Streckenelemente des zweiten Bauabschnitts fertiggestellt, so dass im Jahr 2014 mit der Vermarktung und Vermietung im vollen Umfang begonnen werden kann.

Hierzu werden zu Beginn des Jahres Vermarktungskonzepte erarbeitet und umgesetzt, bei denen vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Fokus stehen. Mittelfristig soll daher ein regelmäßig stattfindender KMU-Tag ins Leben gerufen werden, bei dem die ATC GmbH speziell kleine und mittelständische Unternehmen über die vielfältigen Testmöglichkeiten im Aldenhoven Testing Center informiert.

Die Fahrdynamikfläche wird bereits seit April 2012 durch die ATC GmbH vermarktet, sodass hierdurch bereits ein Kundenstamm aufgebaut werden konnte, der als Ausgangsbasis zur Vermarktung der neuen Teststreckenelemente genutzt werden kann. Dies zeigt auch das sehr gute Vermarktungsergebnis der Fahrdynamikfläche im Jahr 2013. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass bereits zu Beginn des Jahres eine Nachfrage nach den neuen Teststreckenelementen besteht, was im Übrigen durch zahlreiche Anfragen in 2013 bestätigt wurde. Weiterhin ist geplant, dass die ATC GmbH im zweiten Quartal 2014 mit der Vermarktung der Galileo-Infrastruktur (automotiveGATE) beginnen kann. Durch die Kombination der ATC-Streckeninfrastruktur mit dem automotiveGATE kann ein in Europa einzigartiges Testgebiet zur Entwicklung und Erprobung von Galileo-basierten Fahrerassistenzsystemen angeboten werden. Ferner wird damit gerechnet, dass mit Fortschreiten des Jahres und vor allem nach der Eröffnungsfeier im April 2014 die Nutzung der Teststreckenelemente stetig zunimmt. Das im Wirtschaftsplan 2014 gesteckte Umsatzziel von rund TEUR 240 ist auf Basis der bisherigen guten Erfahrungen mit der Vermietung der Fahrdynamikfläche und dem Angebot der neuen Streckenelemente erreichbar.

Einhergehend mit der Steigerung des Umsatzes ist geplant, die Mitarbeiterzahl der ATC GmbH im Jahr 2014 zu erhöhen, um zum einen den erhöhten Sicherheitsanforderungen und zum anderen dem steigenden Aufwand bei der Abwicklung der Vermietung zu begegnen.

Chancen- und Risikobericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Chancen und Risiken

Wie bereits erwähnt, ist für die ATC GmbH vor allem die Entwicklung in der Automobil- und Zulieferindustrie entscheidend. Laut Prognose des Verbands der Automobilindustrie (VDA) kann die deutsche Automobilindustrie für 2014 mit einem deutlichen Wachstum rechnen. Dabei kann aufgrund der hohen Nachfrage aus China und den USA mit einer Steigerung von rund 3,5 % der produzierten PKW gerechnet werden.

Weiterhin ist aufgrund der polyvalenten Ausrichtung des gesamten Prüfgebietes mit den umfangreichen Streckenelementen die Erforschung und Entwicklung unterschiedlichster Systeme im Fahrzeug aber auch die Weiterentwicklung der Interaktion von Fahrzeugen mit weiterer Infrastruktur (car-to-X) zur Steigerung von Effizienz und Verkehrssicherheit im umfassenden Maße möglich. Hierdurch wird das ATC nicht nur für die klassischen Automobilzulieferer, sondern auch für andere Domänen (z.B. Elektronik, IT/Software etc.) zunehmend interessant. Die ATC GmbH kann daher insgesamt von einem guten Branchenumfeld für das Jahr 2014 ausgehen.

Unternehmensspezifische Chancen und Risiken

Die Bautätigkeiten des zweiten Bauabschnitts sind am Ende des Geschäftsjahrs 2013 abgeschlossen worden, so dass nun mit der Vermarktung begonnen werden kann. Wie bei allen neuen Produkten besteht ein Risiko darin, dass die Vermarktung der neuen Teststreckenelemente länger dauert als geplant, d.h. bis Kunden die neuen Streckenelemente wahrnehmen

und anmieten. Hierbei bietet die geplante Eröffnungsfeier im April eine sehr gute Plattform, um das Testzentrum überregional Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft vorzustellen.

Mit den neuen und qualitativ sehr hochwertigen Teststreckenelementen besitzt das Aldenhoven Testing Center im Vergleich zu anderen Testgebieten einen enormen Vorteil in Hinblick auf die erzielbaren Testergebnisse und deren Reproduzierbarkeit. So werden die Messungen aufgrund der sehr guten Oberflächenqualität des Asphalts weniger durch störende Einflüsse beeinträchtigt, wie sie beispielsweise bei anderen Prüfgeländen oder bei öffentlichen Straßen vorliegen. Als weitere Chance ist der diskriminierungsfreie Zugang zu den Streckenelementen anzusehen, wodurch sich das Aldenhoven Testing Center wiederum von bestehenden Teststrecken unterscheidet.

Im Geschäftsjahr 2014 wird die Fördermaßnahme zur Errichtung des zweiten Bauabschnittes abgeschlossen, so dass ab diesem Zeitpunkt die Zweckbindungsfrist von 15 Jahren beginnt.

Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die ATC Automotive Testing Center of RWTH-Aachen-University GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA)

Friedrichstr.4
52351 Düren
Telefon: 02421/121988-0
Telefax: 02421/121988-2
E-Mail: info@dga-dueren.de
Homepage: www.dga-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH soll einen Beitrag zur dauerhaften beruflichen Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z.B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Behinderte) im Kreisgebiet Düren leisten. Diesem Personenkreis soll durch Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung eine Chance zur beruflichen Wiedereingliederung eröffnet werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat sie nur einen, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Bei Bestellung von mehreren Geschäftsführern kann einem oder mehreren von Ihnen die Befugnis zu alleinigen Vertretung der Gesellschaft erteilt werden

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen folgende Angelegenheiten:

1. Aufstellung des Wirtschaftsplanes,
2. Übernahme neuer Aufgaben,
3. Aufnahme und Gewährung von Krediten und Darlehen, Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, Übernahme von Bürgschaften und Garantieverpflichtungen sowie solche Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlichen gleichkommen,
4. Abschluss von Miet- oder Pachtverträgen mit einem Miet- oder Pachtzins von mehr als 20.000,00 DM zzgl. der jeweils geltenden Umsatzsteuer liegt,
5. Prozessführung als klagende oder beklagte Partei, wenn das mutmaßliche Gesamtrisiko über 20.000,00 DM zzgl. jeweils geltenden Umsatzsteuer liegt,
6. Eingehung und Kündigung von Beteiligungen,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken sowie Anschaffung und sonstige Investitionen, soweit sie im Wirt-

- schaftsplan unberücksichtigt sind und im Einzelfall 20.000,00 DM zzgl. der jeweils geltenden Umsatzsteuer übersteigen,
8. Bestellung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten sowie Festlegung und Änderung ihrer Anstellungsbedingungen,
9. die weiteren in diesem Vertrag festgelegten Angelegenheiten.
- Die Gesellschaft hat eine Gesellschafterversammlung. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über
1. Feststellung des Jahresabschlusses
 2. Verwendung des Reingewinns und Abdeckung des Verlustes,
 3. Bestimmung des Abschlussprüfers,
 4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern,
 5. Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung,
 6. Auflösung der Gesellschaft.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Küpper, Astrid Deutz, Hans-Joachim	Düren Aachen	bis 31.03.2014
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafter- versammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Bär, Britta	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Bozkir, Sandra Elisabeth	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Clemens, Gerhard	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Conzen, Helga	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Geistler, Ingrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Heinrichs, Stefanie	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Küpper, Anne	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Kreis Düren	Landrat
	Veithen, Gisela beratendes Mitglied	Kreis Düren	Sachkundige Bürgerin
	Hintzen, Birgit beratendes Mitglied	Kreis Düren	Sachkundige Bürgerin
Gesellschafter- versammlung:	Emunds, Guido	BTG	Geschäftsführung

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
--------------------	--

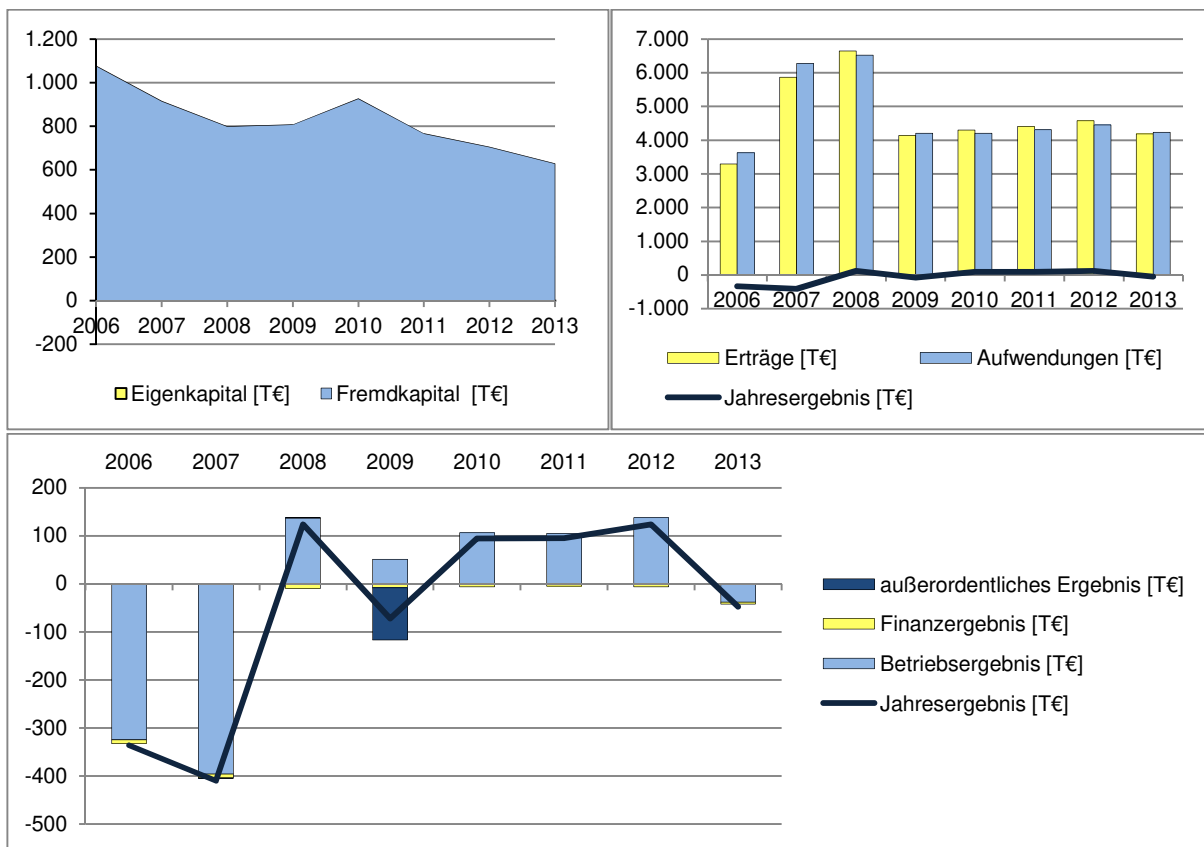
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	30.678 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	30.678,00 €	100%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	377,50 €	1,50 €	1,50 €	0,00 €	0,00%
II. Sachanlagen	144.400,00 €	127.616,50 €	113.093,14 €	-14.523,36 €	-11,38%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	26.637,47 €	19.936,92 €	23.193,94 €	3.257,02 €	16,34%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	117.267,79 €	168.809,08 €	154.781,18 €	-14.027,90 €	-8,31%
III. Kassenbestand	318.129,03 €	354.867,91 €	257.164,86 €	-97.703,05 €	-27,53%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6.992,49 €	4.802,65 €	5.149,78 €	347,13 €	7,23%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	152.062,58 €	28.107,72 €	75.336,18 €	47.228,46 €	168,03%
Summe Aktiva	765.866,86 €	704.142,28 €	628.720,58 €	-75.421,70 €	-10,71%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	30.677,51 €	30.677,51 €	30.677,51 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	697.464,82 €	697.464,82 €	697.464,82 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Verlustvortrag	-975.300,13 €	-880.204,91 €	-756.250,05 €	123.954,86 €	-14,08%
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	95.095,22 €	123.954,86 €	-47.228,45 €	-171.183,31 €	-138,10%
nicht gedeckter Fehlbetrag	152.062,58 €	28.107,72 €	75.336,18 €	47.228,46 €	168,03%
B. Rückstellungen	284.795,31 €	144.765,95 €	165.734,55 €	20.968,60 €	14,48%
C. Verbindlichkeiten	342.422,60 €	370.661,89 €	272.290,95 €	-98.370,94 €	-26,54%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	138.648,95 €	188.714,44 €	190.695,08 €	1.980,64 €	1,05%
Summe Passiva	765.866,86 €	704.142,28 €	628.720,59 €	-75.421,69 €	-10,71%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.094.319,34 €	1.045.699,82 €	974.308,23 €	-71.391,59 €	-6,83%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. sonstige betriebliche Erträge	3.312.722,19 €	3.533.351,94 €	3.209.404,10 €	-323.947,84 €	-9,17%
4. Materialaufwand	277.024,52 €	321.925,21 €	277.756,37 €	-44.168,84 €	-13,72%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	2.389.017,21 €	2.286.901,08 €	2.149.730,70 €	-137.170,38 €	-6,00%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	506.724,50 €	535.279,15 €	490.364,14 €	-44.915,01 €	-8,39%
6. Abschreibungen					

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	45.199,96 €	44.146,74 €	40.555,09 €	-3.591,65 €	-8,14%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.084.142,95 €	1.253.108,52 €	1.263.302,20 €	10.193,68 €	0,81%
Betriebsergebnis	104.932,39 €	137.691,06 €	-37.996,17 €	-175.687,23 €	-127,60%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	987,45 €	175,25 €	0,00 €	-175,25 €	-100,00%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	5.472,42 €	6.276,53 €	3.898,83 €	-2.377,70 €	-37,88%
Finanzergebnis	-4.484,97 €	-6.101,28 €	-3.898,83 €	2.202,45 €	-36,10%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	100.447,42 €	131.589,78 €	-41.895,00 €	-173.484,78 €	-131,84%
10. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00 €	2.562,00 €	195,00 €	-2.367,00 €	-92,39%
13. sonstige Steuern	5.352,20 €	5.072,92 €	5.138,46 €	65,54 €	1,29%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	95.095,22 €	123.954,86 €	-47.228,46 €	-171.183,32 €	-138,10%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	162	169	168

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der überwiegende Ertrag der Gesellschaft wird aus Aufträgen generiert, die die job-com im Bereich der Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung von Personen vergibt, die im Leistungsbezug nach dem SGB II stehen.

Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH insgesamt 333,57 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2013 erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung hat sich zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zur dauerhaften beruflichen Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z. B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Behinderte) im Kreisgebiet Düren zu leisten. Diesem Personenkreis soll durch Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung eine Chance zur beruflichen Wiedereingliederung eröffnet werden.

Im Kreis Düren sind drei lokale und mehrere regional und bundesweit agierende Träger tätig. Der überwiegende Teil der Erträge wurde im Jahre 2013 durch Aufträge des Kreises Düren (job-com) erzielt. Zusätzlich konnte ab September mit der REHA-Ausbildung für acht Jugendliche begonnen werden. Diese Maßnahme wird in Kooperation mit der low-tec und dem Sozialwerk Dürener Christen durchgeführt, Auftraggeber ist die Agentur für Arbeit.

Die Kürzungen im Budget der job-com beeinflussten die Ertragsseite der DGA entscheidend. Die vorhandene Infrastruktur konnte nicht mehr optimal ausgelastet werden, im Sach- und Personalkostenbereich konnten die Rückgänge bei den Zuschüssen nicht kompensiert werden. Ursachen hierfür sind einerseits Fixkosten, die unabhängig von der Höhe der Zuschüsse anfallen (z. B. Mieten), andererseits zeitweilig nicht ausgelastete Bereiche, die trotzdem mit weniger Maßnahmeteilnehmern betrieben und vorgehalten werden mussten.

Die DGA erzielte in 2013 einen Verlust von -47 Tsd. €, der verabschiedete Wirtschaftsplan wurde um 25 Tsd. € übertroffen.

Die Umsatzerlöse Gesamt sowie die sonstigen betrieblichen Erträge gingen um 8,6% auf nunmehr 4.181 Tsd. € zurück. Während die Höhe der Maßnahmenzuschüsse zurückging, konnten die Umsatzerlöse der Zweckbetriebe leicht gesteigert werden.

Die Personalkosten inklusive Honorarkräfte gingen auf nunmehr 2.889 Tsd. € (-5,7%) zurück. Ursache hierfür ist der Rückgang der Aufträge durch die job-com.

Der Umsatz der mit 2012 vergleichbaren Zweckbetriebe stieg um 0,9 % auf nunmehr 851 Tsd. €. Das Sozialmöbelhaus Nutz und Nippes verbunden mit den Wohnwerkern (+4,7%) sowie Baum & Borke (+7,3%) konnten den Umsatz steigern. Damit konnte der Trend des letzten Jahres gestoppt werden. Ursache sind verschiedene Aktivitäten wie z. B. eine andere Geschäftsgestaltung bei Nutz und Nippes sowie ein sehr gutes Ergebnis der Saftpressaktion im letzten Quartal bei Baum & Borke.

Der gemeinnützige Gastronomiebereich veränderte sich minimal um -2%. Im wirtschaftlichen Bereich ist dagegen ein Minus von 12% zu verzeichnen. Dies hängt mit der geringeren Anzahl

von Veranstaltungen in der ARENA Kreis Düren im Vergleich zum Vorjahr zusammen. Der Umsatz je Veranstaltung konnte jedoch gesteigert werden.

Aufgrund der Maßnahmendauer (in der Regel von einer Woche bis zu einem Jahr) muss an einer dauerhaften Auslastung kontinuierlich gearbeitet werden. Die Geschäftsführung weist wie in den Vorjahren darauf hin, dass eine Abnahme der Auslastung zu einer Verlustsituation führt.

Die Position der DGA in der Branche beurteilen wir durch die Vergabepaxis des Kreises Düren (Optionskommune) nach wie vor als sehr wichtig.

Vom 25.03. – 26.03.2013 konnte das Überwachungsaudit des Unternehmens nach ISO 9001 und AZWV erfolgreich abgeschlossen werden. Die weiterhin bestehende Zertifizierung trägt dazu bei, die Organisationsstruktur des Unternehmens ständig zu überprüfen. Dies greift in alle Unternehmensteile ein und ist Voraussetzung für eine positive Geschäftsentwicklung. Weiterhin ist die Zertifizierung bei Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des ESF (europäische Sozialfonds) Voraussetzung zur Abgabe eines Angebots. Ihr kommt in Zukunft aufgrund der Instrumentenreform im SGB II/III – Bereich eine wichtige Rolle zu.

Für 2014 ist mit ähnlichen Zuschüssen der job-com wie in 2013 zu rechnen. Eine Erhöhung ist zurzeit nicht in Sicht. Damit ist das Ziel der DGA wie auch in den Vorjahren, eine optimale Nutzung der vorhandenen Infrastruktur zu erreichen. Geeignete Maßnahmen wurden initiiert. Die Infrastruktur der DGA wurde in 2013 nicht erweitert. Aufgrund der Rahmenbedingungen ist dies für 2014 auch nicht geplant.

Im Rahmen der Vereinheitlichung und Einbeziehung aller ihrer Gesellschaften im kaufmännischen Bereich bei der Muttergesellschaft Beteiligungsgesellschaft des Kreises Düren mbH zur Nutzung von Synergien, Serviceangebote für die Tochtergesellschaften und Optimierung der Kostenstrukturen aller Gesellschaften war eine personelle Verstärkung in der Führungsebene notwendig. Die Vereinheitlichung des kaufmännischen Bereiches der DGA an die BTG sowie der mittlerweile gut funktionierende Ablauf innerhalb der DGA führten zu dem Vorschlag, Herrn Deutz als kaufmännischen Abteilungsleiter in der BTG anzustellen. Das Aufgabenfeld umfasst die kaufmännische Leitung in der BTG. Dieser Schritt wurde zum Mai 2013 umgesetzt und Herrn Deutz die Prokura bei der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erteilt. Bis zum März 2014 wird er auch weiter Geschäftsführer der DGA bleiben. Ab 01.04.2014 wird Herr Deutz auch als Prokurist bei der DGA beschäftigt sein.

Ertragslage

Die Ertragslage unterliegt den Rahmenbedingungen der Unternehmensaufgabe sowie der Gemeinnützigkeit. Sie wird entscheidend beeinflusst durch die Kostenstruktur; dabei spielen weiterhin die Personalkosten die herausragende Rolle.

Die Ertragslage zum 31.12.2013 hat sich verschlechtert. Die Gesamtleistung sank auf 4.182 Tsd. €.

Der Materialeinsatz betrug 278 Tsd. € und sank damit um 14 % gegenüber dem Vorjahr. Dies hängt mit dem Rückgang des Umsatzes insbesondere im wirtschaftlichen Bereich zusammen.

Der Personalaufwand konnte um 5,7 % auf nun 2.889 Tsd. € gesenkt werden.

Die Abschreibungen verringerten sich um 8% auf nunmehr 41 Tsd. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen blieben nahezu unverändert.

Bei den Raumkosten ist ein minimaler Rückgang auf 481 Tsd. € festzustellen. In den sonstigen Kostenpositionen kam es zu folgenden Veränderungen:

Versicherungen, Beiträge, Gebühren:	+1,9% (65 Tsd. €)
Reparaturen und Instandhaltung:	-2,2% (134 Tsd. €)
Büromaterial:	-2,3% (46 Tsd. €)
KFZ-Kosten:	-12,2% (35 Tsd. €)
Reise- und Werbekosten:	+5,7% (14 Tsd. €)
Rechts- und Beratungskosten:	-6,5% (39 Tsd. €)

Die Belastung mit Zinsen und ähnlichen Aufwendungen verringerte sich leicht von 6 Tsd. € auf 4 Tsd. €. Im Juli 2013 ist das aus dem Jahr 2007 stammende Investitionsdarlehen über 100.000 € vollständig getilgt worden. Ebenso verringerte sich die Restschuld gegenüber der RZVK auf nunmehr 34 Tsd. € (ursprünglich 114 Tsd. €) und wird in 2014 vollständig getilgt sein. Beides trug zu einer Minimierung der Zinsbelastung bei.

Finanzlage

Die Finanzlage ist durch die Ertragslage entsprechend negativ beeinflusst worden. Die eingeräumte Kontokorrentlinie in Höhe von 250 Tsd. € bei der Sparkasse Düren reichte jedoch aus, um einerseits die Zinsen und die Tilgung für den Investitionskredit und den Zahlplan RZVK zu bedienen, andererseits die Zusage des Gesellschafters zur Einbringung einer Einlage in Höhe von 450 Tsd. € zum Ausgleich des Verlustes nicht in Anspruch zu nehmen.

Finanzierungen erfolgen für ein Dienstfahrzeug (Leasing) sowie für alle Drucker und Kopierer (Mietvertrag). Dazu wurde ein Darlehensvertrag für ein Dienstfahrzeug abgeschlossen. Die für 2014 zu erwartende Gesamtbelastung beträgt 13 Tsd. € (VJ: 10 Tsd. €).

Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Höhe des Anlagevermögens aufgrund planmäßiger Abschreibungen auf 113 Tsd. €. Neuanschaffungen sind i.d.R. Reinvestitionen.

Das Umlaufvermögen verringerte sich von 544 Tsd. € auf 435 Tsd. €.

Während sich der Bestand an fertigen Erzeugnissen und Waren auf 23 Tsd. € erhöhte, verminderten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistung von 143 Tsd. € auf 123 Tsd. €. Die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich von 26 Tsd. € auf 32 Tsd. €. Der Kassenbestand zum Jahresende betrug 257 Tsd. € (VJ: 354 Tsd. €). Ursächlich sind hierfür Zahlungen in 2013, die erst in 2014 zu Ertrag führten.

Die Bilanzsumme verringerte sich von 704 Tsd. € auf nunmehr 629 Tsd. €.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag zum 31.12.2013 erhöhte sich von 28 Tsd. € auf 75 Tsd. €.

Die Mittelherkunft ergibt sich aus Bankkrediten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstigen Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich auf 9 Tsd. €, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich von 55 Tsd. € auf 81 Tsd. €. Die sonstigen Verbindlichkeiten verringerten sich von 304 Tsd. € auf nunmehr 182 Tsd. €.

Die Abgrenzungsposten in Höhe von 191 Tsd. € wurden gebildet für Zahlungen in 2013, die erst in 2014 zu Ertrag führen.

Die Rückstellungen betragen 165 Tsd. € und wurden damit gegenüber 2012 geringfügig erhöht. Es wurde eine Steuerrückstellung für die Körperschaftsteuer gebildet, die aus dem positiven Ergebnis im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb resultiert.

Der Ansatz der Rückstellungen entspricht handelsrechtlichen Vorschriften sowie dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip.

Die danach noch bestehende Differenz spiegelt sich im ausgewiesenen Jahresfehlbetrag wieder.

Nachtragsbericht

Die für 2014 geplanten Maßnahmen sind höher angesetzt als in 2013. Parallel wurden Personalverträge zum Jahresende nicht verlängert. Im Kostenbereich sind Einsparungen angestrebt. Dazu trägt auch die Auszeichnung der DGA als ÖKOPROFIT-Betrieb bei, die Anfang 2014 erreicht werden konnte.

Für das 1. Halbjahr 2014 hat die DGA nicht den Zuschlag für die Maßnahme Berufsorientierungsprogramm (BOP) teil. Als Ausgleich für die zu erwartenden Mindereinnahmen fallen entsprechend weniger Personalkosten an.

In 2013 erarbeitete ein innerhalb der DGA gebildetes Kreativteam die Idee, einen Integrationsbetrieb zu gründen. In einem Integrationsbetrieb werden Menschen mit Behinderungen eingesetzt, die für die klassischen Behindertenwerkstätten zu gut und für den ersten Arbeitsmarkt nicht gut genug sind. Inklusion wird dort konkret lebbar.

Um die Möglichkeiten und Chancen auszuloten, hat die Geschäftsführung 2013 einen Termin in Bottrop bei der G.I.B. (Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH) und mit dem Integrationsfachdienst gehabt. Als Ergebnis zeigte sich, dass es auch für einen kommunalen Träger die Möglichkeit gibt, einen Integrationsbetrieb zu gründen bzw. im bestehenden Betrieb als Zweckbetrieb „Integrationsabteilung“ zu integrieren.

Da bereits für die Reha-Auszubildenden behindertengerechte Umbauten erfolgt sind, sind die Voraussetzungen für den Einsatz von Menschen mit Behinderungen gegeben.

Die für die Anerkennung notwendigen Unterlagen (Businessplan, Konzept, letter of intents etc.) sind eingereicht worden.

Im März 2014 entscheidet sich, ob die Bereiche KFZ und Elektro als Integrationsabteilungen anerkannt werden.

Das Überwachungsaudit für die Zertifizierungen ISO 9001 und AZWV wird am 08. und 09.04.2014 durchgeführt. Dabei werden auch Maßnahmen zertifiziert, die der DGA die Möglichkeit geben, Teilnehmer über Bildungsgutscheine aufzunehmen.

Risikobericht

Die in den letzten Jahren vorgenommenen Einsparungen bei den Eingliederungsmitteln durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales haben die Einschätzung der Geschäftsführung bestätigt, dass die vorhandene Infrastruktur nicht ausreichend ausgelastet wird. Dies spiegelt sich im aktuellen Jahresergebnis wieder. Die Geschäftsführung steuert in dem ihr möglichen Rahmen dieser Entwicklung entgegen, indem sie sich sowohl bei der job-com, bei der Agentur für Arbeit als auch beim Landschaftsverband Rheinland LVR um weitere Maßnahmen und Projekte bemüht und zusätzlich in Abstimmung mit den anderen im Kreis Düren tätigen Trägergesellschaften eine Optimierung bzw. Reduzierung der Infrastruktur prüft. Ebenso wird geprüft, ob die vorhandene Infrastruktur zu Realisierung neuer Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik genutzt werden kann.

Die job-com als Hauptauftraggeber tendiert in neu aufgelegten Maßnahmen zunehmend hin zu Vermittlungsmaßnahmen, bei der die intensive Nutzung unserer Werkstätten nicht mehr im Vordergrund steht. Trotzdem versucht die Geschäftsführung, mit geeigneten Maßnahmen, die auch einen entsprechenden Praxisanteil enthalten, eine hohe Vermittlungsquote zu erreichen. Zusätzlich wird festgestellt, dass die Fähigkeiten der zugewiesenen Teilnehmer oft eine Vermittlung als unwahrscheinlich erscheinen lassen. Trotzdem notwendige Bausteine wie zum Beispiel die Vermittlung von Grundkompetenzen treten durch Verlangen des Auftraggebers in den Hintergrund.

Die Geschäftsführung weist darauf hin, dass eine mangelnde Auslastung der Infrastruktur dazu führt, dass die bestehenden Fixkosten nicht gedeckt werden. Sie sieht dieses Risiko wie bereits im letzten Jahr erhöht. Personalverträge wurden überwiegend sachgrundbezogen abgeschlossen, so dass im Bereich Personalkosten bedingte Flexibilität besteht. Die Deckung ist jedoch nicht mehr gewährleistet, wenn die definierten und in der Kalkulation berücksichtigten Verteilerschlüssel zwischen Anleitern und Teilnehmern nicht eingehalten werden können. Eine Reduzierung der Fixkosten ist nur eingeschränkt möglich, da es besonders im Bereich der Mietkosten feste Laufzeiten gibt.

Die für das Ausbildungswesen aufgebaute Infrastruktur mit den Lehrwerkstätten und den gastronomischen Zweckbetrieben bildet ein breitgefächertes Angebot für Auszubildende und Maßnahmeteilnehmer. Ebenso wird sie für das Berufsorientierungsprogramm (BOP) für Schüler und Schülerinnen genutzt, wenn die DGA in der Zuteilung berücksichtigt wird. Für die DGA bestehen hier nach wie vor Risiken: der weitere Erfolg ist abhängig von

- einer ausreichenden Anzahl von finanzierten Auszubildenden bzw. Maßnahmeteilnehmern
- einer ausreichenden Auslastung der Werkstätten und der (Lehr-)Restaurants
- einer guten Zusammenarbeit mit Unternehmen und der lokalen Gastronomie
- der Umsetzung verschiedener Fortbildungs- und Austauschprogramme
- der stetigen Suche und Recherche nach neuen Maßnahmen, Programmen und Ideen.

Aufgrund der bisher bekannten Anzahl von Zuweisungen neuer Auszubildender (15) werden diese Risiken als deutlich erhöht eingeschätzt.

Neben der durch die Kürzung der Haushaltsmittel reduzierten Anzahl von Maßnahmen sind die Gastronomieberufe bei Jugendlichen insbesondere aufgrund der Arbeitszeiten nicht beliebt. Die job-com wirbt nach wie vor mit Unterstützung unserer Anleiter vermehrt für diese am Arbeitsmarkt gesuchten Ausbildungsberufe. Eine Aufrechterhaltung der sehr guten Infrastruktur im Gastronomiebereich sieht die Geschäftsführung bei mangelnder Zuweisung als gefährdet an.

Zur Vermeidung einer Überschuldung im Sinne von § 19 InsO hat der Gesellschafter der Gesellschaft die Erbringung einer Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 450.000 € zugesagt. Die Gewährung der Einlage steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass eine Überschuldung im Sinne des § 19 InsO bis höchstens 450.000 € vorliegt. Diese Verpflichtung zur Einlage durch den Gesellschafter entfällt jedoch, wenn die Gesellschaft eine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO von mehr als 450.000 € aufweist. Die Erbringung der Einlage ist mit Feststellung einer Überschuldung nach § 19 InsO sofort zur Zahlung fällig.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Sämtliche Geschäfte und Maßnahmen müssen weiterhin sorgfältig hinsichtlich ihrer Auswirkungen, insbesondere auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage untersucht werden. Ein Wegfall von Zuschüssen würde den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Prognosebericht

Die Planung der DGA geht aktuell von einem leicht positiven Ergebnis für das Jahr 2014 aus. Aufgrund der jetzt bekannten Maßnahmen für 2014 wird im laufenden Jahr die Infrastruktur nicht optimal ausgelastet, jedoch durch Maßnahmen der Geschäftsführung in Zusammenarbeit mit der job-com besser als im Vorjahr.

Die Geschäftsführung arbeitet an einer weiteren Konsolidierung des Unternehmens sowie der Ermittlung von Einsparpotenzialen. Die durch den personellen Wechsel von Herrn Deutz zu erwartende engere Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft BTG wird zu Synergieeffekten führen; ob diese jedoch bereits in 2014 erreicht werden, kann die Geschäftsführung zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

Die Zertifizierung verpflichtet die DGA auch für die Zukunft, die erreichten Qualitätsstandards nicht nur beizubehalten, sondern auch zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Die Arbeitsschwerpunkte 2014 liegen in folgenden Bereichen:

- Beobachtung der arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen und zeitnahe Reaktionen
- Abstimmungsgespräche mit der job-com und anderen Trägergesellschaften zur Optimierung der arbeitsmarktpolitischen Infrastruktur im Kreis Düren
- Umstrukturierung im Bereich des Rechnungswesens mit dem Ziel der Integration in die Muttergesellschaft BTG
- Weiterentwicklung des Qualitäts-Management-Prozesses
- Durchführung der Maßnahmen, Wiederholung von erfolgreichen und Schaffung neuer Erfolg versprechender Projekte
- Ausbildung in den vorhandenen Gewerken
- Fortführung der in 2013 begonnenen REHA-Ausbildung
- Einrichtung von Integrationsabteilungen
- Durchführung von Berufsorientierungsprogrammen für Schülerinnen und Schüler bei entsprechender Zuteilung
- Fortbildung der Mitarbeiter/innen
- Kreative und innovative Konzeptentwicklung und Recherche neuer Aufgabenbereiche

Besondere Bedeutung wird einem stetigen innovativen Prozess beigemessen, Konzepte zu entwickeln und Entwicklungen und Entscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik zu unterstützen, um damit den Bedürfnissen sowohl des Arbeitsmarktes als auch der Langzeitarbeitslosen durch neue Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gerecht zu werden.

Die Kürzungen im Bereich Arbeit und Soziales müssen genau beobachtet werden, um die richtigen Konsequenzen für die DGA daraus zu ziehen. Die Geschäftsführung sieht nach wie vor einen großen Unterstützungsbedarf für Langzeitarbeitslose und hier besonders im Bereich der arbeitsmarktfernen Personen. Die Begründung der Politik für die massiven Budgetkürzungen, dass nämlich die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland genug Arbeitsplätze schafft, um die Zahl der Langzeitarbeitslosen markant zu senken, teilt die Geschäftsführung nicht.

Auch wenn die DGA zunehmend Maßnahmen durchführt, die die Vermittlung der Kunden auf den 1. Arbeitsmarkt zum Ziel haben, liegt ihr Fokus auch auf den arbeitsmarktfernen Personenkreis. Dieser partizipiert nicht kurzfristig von einer besseren Arbeitsmarktsituation. Diese Kunden müssen erst in langwierigen Prozessen notwendige Schlüsselqualifikationen erlernen, um im 1. Arbeitsmarkt eine dauerhafte Chance zu haben oder bei mangelnder Aussicht auf erfolgreiche Integration zumindest eine Beschäftigung dieser Kunden ermöglicht wird, damit auch dieser Kundenkreis eine Perspektive hat.

Das durch jahrelange Arbeitslosigkeit abhanden gekommene Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl sowie das Durchhalten eines Acht-Stunden-Arbeitstages, Bewerbungstraining und Ressourcenstärkung sind nach wie vor Aufgaben der DGA.

Die bereits 2012 eingeschlagene und bis heute fortgeführte Richtung in der Arbeitsmarktpolitik, nämlich gezieltere Förderung besonders arbeitsmarktnaher Kunden bei schrumpfenden Budgets, führt dazu, dass es keinen Ersatz für wegfallende Maßnahmen gibt und schwer vermittelbare Arbeitslose aus dem Fokus der Politik verschwinden.

Die Geschäftsführung hofft darauf, dass die Bundespolitik bei zukünftigen Kürzungen eine differenziertere Betrachtung vornimmt und nicht die Beschäftigung und Qualifizierung von schwer vermittelbaren Kunden zu Gunsten der Integration von eher vermittelbaren Kunden ersetzt. Beides hat nach Auffassung der Geschäftsführung einen hohen Stellenwert.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren sieht die Geschäftsführung den Fortbestand der DGA als notwendig und positiv an.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**Dürener Kreisbahn GmbH (DKB)**

Kölnener Landstr. 271
 52351 Düren
 Telefon: 02421/3901-0
 Telefax: 02421/3901-88
 E-Mail: service@dkb-dn.de
 Homepage: www.dkb-dn.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens für Straßenpersonenverkehr im Gebiet des Kreises Düren sowie die Vornahme aller Geschäfte, die den Gesellschaftszweck zu fördern geeignet sind.

Am 20.02.2008 wurde die DKB-Verkehr GmbH gegründet, die aufgrund der aktuell verabschiedeten EU-Verordnung 1370 mit Wirkung vom 01.01.2009 das operative Busgeschäft (Straßenpersonenverkehr) der DKB übernommen hat und in Folge auch Träger der entsprechenden Konzessionen nach PBefG ist. Nachdem die DKB-Verkehr GmbH seit dem 07.01.2009 unter DKB GmbH firmierte, firmiert die Gesellschaft seit dem 24.11.2009 unter Dürener Kreisbahn GmbH (DKB).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Beschlussfassung über die Zahl der Geschäftsführer obliegt der Gesellschafterversammlung. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Bei Vorhandensein von mehreren Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss einem Einzelnen die Befugnis zur Alleinvertretung gewährt werden.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 18 Mitgliedern besteht. In diesen Aufsichtsrat entsenden der Kreis Düren den Landrat oder einen von ihm vorgeschlagenen, vom Kreistag bestellten Bediensteten, und die Stadt Düren ihren Hauptverwaltungsbeamten sowie ein weiteres vom Stadtrat Düren zu benennendes Mitglied. Die übrigen Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren oder ein vom ihm bestellter Bediensteter; Stellvertreter ist sein Allgemeiner Vertreter. Der Gesellschafterversammlung steht es frei, auf Vorschlag des Kreistages beratende Mitglieder von Fraktionen in den Aufsichtsrat zu entsenden, die im Aufsichtsrat nicht durch ein stimmberechtigtes Mitglied vertreten sind. Weiteres beratendes Mitglied des Aufsichtsrates ist der Vorsitzende des für den Betrieb zuständigen Betriebsrates.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. den Beschluss zur Übernahme neuer Aufgaben,
5. den Beschluss zum Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. den Beschluss zur Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, Ausstellen von Wechseln, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o. a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten,
7. den Beschluss über die Schenkungen und den Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Geschäftsführung handelt,
8. den Beschluss über den Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Geschäftsführung handelt,
9. die Beschlussfassung über Vorlagen an die Gesellschafterversammlung,
10. die Berufung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten,
11. der Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle ihr durch zwingende Gesetzesbestimmungen oder der Gesellschaftssatzung zugeteilten Gegenstände bzw. Maßnahmen, insbesondere über:

1. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
2. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresergebnisses und nötigenfalls über die Deckung etwaiger Verluste,
3. die Genehmigung des von der Geschäftsführung aufzustellenden und vom Aufsichtsrat zu beschließenden Wirtschafts-, Investitions- und Finanzplanes,
4. die Aufnahme von Darlehen, die Inanspruchnahme von Krediten und die Übernahme von Bürgschaften außerhalb des Wirtschaftsplanes, sofern der Wert im Einzelnen die Summe von 500.000 € übersteigt,
5. den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und Grundstücksrechten, Verfügungen über und Belastungen von Grundstücken und Grundstücksrechten außerhalb des Wirtschaftsplanes, soweit jeweils ein Wert von 500.000 € überschritten wird,
6. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Mitglieder des Aufsichtsrates und / oder der Geschäftsführung,
7. die Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung,

8. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,
9. die Entsendung von Vertretern der Gesellschaft, die Mitgliedschaftsrechte in Organen oder Beiräten anderer juristischer Personen wahrnehmen, soweit nicht in den jeweiligen Satzungen der Personenkreis festgelegt ist,
10. eine Befreiung von Geschäftsführern von den Beschränkungen des § 181 BGB,
11. die Wahl des Abschlussprüfers,
12. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Wertpapieren und Beteiligungen,
13. die Ernennung und die Abberufung von Liquidatoren,
14. die Auflösung der Gesellschaft.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Nießen, Hans-Peter Böhnke, Bernd Emunds, Guido	Düren Merzenich Düren	seit 01.08.2013 bis 01.06.2015 bis 19.07.2013
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	18 Sitze	100 %
Gesellschafter- versammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Bertrams, Hans-Jürgen bis 31.12.2014	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Thiel, Stephan ab 26.03.2015	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Conzen, Helga	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Dohmen, Hans-Wilhelm	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Dr. Peill, Patricia	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Endrigkeit, Uwe	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Frey, Heinz	Kreis Düren	Sachkundiger Bürger
	Halver, Richard	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hockel, Dieter	Kreis Düren	Sachkundiger Bürger
	Kessel, Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Kleiker, Wilhelm seit 24.06.2015	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Lucas, Manfred	Kreis Düren	Sachkundiger Bürger
	Neulen, Leonhard bis April 2015	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Georg	Kreis Düren	Sachkundiger Bürger
	Schruff, Hansbert	Kreis Düren	Sachkundiger Bürger
	Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Kreis Düren	Landrat
	Titz, Paul-Ulrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Zorn, Ralf beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

Gesellschafter-
versammlung:

Emunds, Guido

BTG

Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

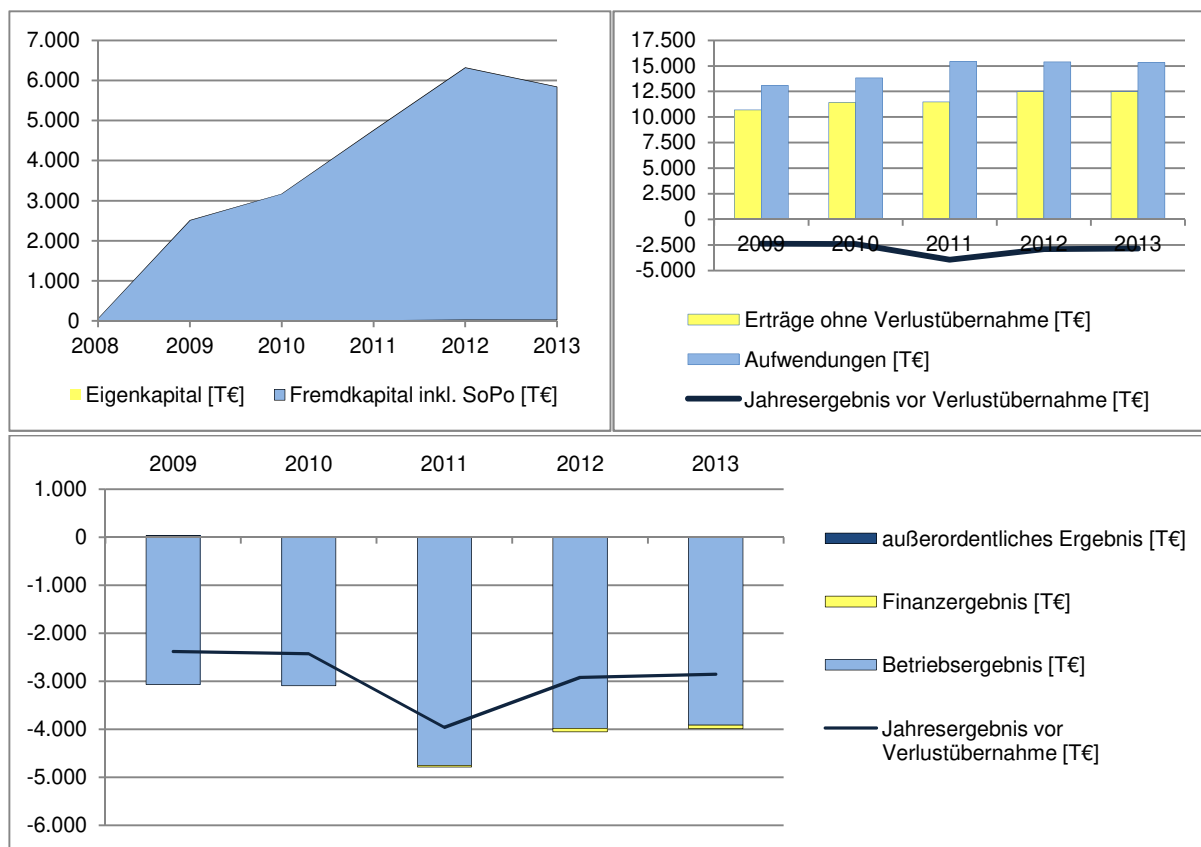
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25.000,00 €	100%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17.994,51 €	11.797,51 €	4.622,51 €	-7.175,00 €	-60,82%
II. Sachanlagen	3.121.481,56 €	3.990.791,94 €	3.649.760,99 €	-341.030,95 €	-8,55%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.333.446,23 €	1.371.639,52 €	1.894.613,40 €	522.973,88 €	38,13%
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	271.060,91 €	941.533,50 €	288.965,91 €	-652.567,59 €	-69,31%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10.000,00 €	5.000,00 €	136,06 €	-4.863,94 €	-97,28%
Summe Aktiva	4.753.983,21 €	6.320.762,47 €	5.838.098,87 €	-482.663,60 €	-7,64%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	15.201,23 €	15.201,23 €	0,00 €	0,00%
II. Verlustvortrag	-15.201,23 €	-15.201,23 €	-15.201,23 €	0,00 €	0,00%
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	956.105,69 €	1.197.090,52 €	1.104.413,53 €	-92.676,99 €	-7,74%
C. Rückstellungen	1.705.100,00 €	1.356.800,00 €	1.079.991,22 €	-276.808,78 €	-20,40%
D. Verbindlichkeiten	2.078.016,89 €	3.737.934,88 €	3.484.141,82 €	-253.793,06 €	-6,79%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4.961,86 €	3.937,07 €	144.552,30 €	140.615,23 €	3571,57%
Summe Passiva	4.753.983,21 €	6.320.762,47 €	5.838.098,87 €	-482.663,60 €	-7,64%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	9.787.165,80 €	10.023.073,35 €	10.527.773,42 €	504.700,07 €	5,04%
2. Einnahmeausgleich Verkehrsverbund	-3.035.958,57 €	-3.037.550,54 €	-3.024.053,22 €	13.497,32 €	-0,44%
3. sonstigen betrieblichen Erträge	814.122,68 €	1.218.276,60 €	676.785,13 €	-541.491,47 €	-44,45%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
4. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse des Anlagevermögens	47.620,59 €	96.200,33 €	125.709,99 €	29.509,66 €	30,68%
5. Materialaufwand	9.715.824,34 €	9.686.604,38 €	9.323.780,38 €	-362.824,00 €	-3,75%
6. Personalaufwand				0,00 €	
a) Löhne und Gehälter	164.319,59 €	351.831,78 €	660.204,04 €	308.372,26 €	87,65%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	46.115,56 €	100.969,63 €	191.614,83 €	90.645,20 €	89,77%
7. Abschreibungen	361.100,79 €	474.768,15 €	451.934,34 €	-22.833,81 €	-4,81%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.081.198,79 €	1.666.471,51 €	1.589.580,91 €	-76.890,60 €	-4,61%
Betriebsergebnis	-4.755.608,57 €	-3.980.645,71 €	-3.910.899,18 €	69.746,53 €	-1,75%
9. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	62,34 €	230,72 €	168,38 €	270,10%
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27.664,88 €	73.039,36 €	78.544,14 €	5.504,78 €	7,54%
Finanzergebnis	-27.664,88 €	-72.977,02 €	-78.313,42 €	-5.336,40 €	7,31%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-4.783.273,45 €	-4.053.622,73 €	-3.989.212,60 €	64.410,13 €	-1,59%
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Sonstige Steuern	3.691,00 €	3.546,00 €	1.891,00 €	-1.655,00 €	-46,67%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag I	-4.786.964,45 €	-4.057.168,73 €	-3.991.103,60 €	66.065,13 €	-0,02 €
12. Öffentliche Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Personenverkehr und auf verbundspezifische Kosten	827.683,99 €	1.136.591,16 €	1.137.460,43 €	869,27 €	0,08%
13. Erträge aus Verlustübernahme	3.959.280,46 €	2.920.577,57 €	2.853.643,17 €	-66.934,40 €	-2,29%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag II	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	5	10	31

Verbindungen zum Kreishaushalt

Neben kleineren Beförderungsaufträgen bestehen Verbindungen zum Kreishaushalt im Wesentlichen beim Schüler-Spezialverkehr (328 T €), im Bereich der Behinderten-Beförderung (43 T €) und bezüglich der Schülerjahreskarten, bzw. des SchoolPlus-Tickets (793 T €).

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Geschäfts – und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde im Jahr 2008 von der Beteiligungsgesellschaft im Kreis Düren mbH (BTG) gegründet und hat zum 01.01.2009 den Bereich öffentlicher Straßenpersonennahverkehr von dieser übernommen. Die Haupttätigkeit der Gesellschaft ist die Erbringung von Verkehrsleistungen im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr – überwiegend im Kreis Düren. Die Leistungen werden überwiegend im Selbsteintritt und alternativ durch Subunternehmer erbracht. Auf Grund der Übernahme der Geschäftstätigkeit von der Muttergesellschaft BTG in diesem Bereich bedient sich die Gesellschaft im Rahmen von Anleih - und Anmietverhältnissen noch des dort vorhandenen Fahr – und Betriebspersonals sowie der dort vorhandenen Betriebsausstattung (insbesondere Fuhrpark). Neueinstellungen von Personal sowie Neuanschaffungen von Betriebsausstattung (insbesondere Fahrzeuge) werden durch die Gesellschaft di-

rekt vorgenommen. Hierdurch verringert sich das Anleih – und Anmietvolumen bei der Muttergesellschaft kontinuierlich.

Die Situation der kommunalen Unternehmen – insbesondere im ÖPNV – bleibt angespannt. Es dominiert bei den Unternehmen ein Kostendämpfungsdruck auf Grund der schlechten Haushaltslagen der kommunalen Eigentümer. Diesem unterliegt auch die DKB. Verbesserungen des Leistungsangebotes sind nur dort möglich, wo sie kostendeckend erfolgen können. Dies ist in der Regel nicht im Bereich örtlicher oder zeitlicher Randlagen. Maßgebend für das öffentlich bestellte Leistungspaket der DKB ist der Nahverkehrsplan des Kreises Düren.

Die Gesellschaft wird restrukturiert. Grundlagen bilden die gutachterlichen Empfehlungen der KCW. Mit Wirkung zum 01.08.2013 wurden die diesbezüglichen Beschlüsse des Aufsichtsrates wirksam.

Durch die Beschlüsse zur personellen und strukturellen Trennung der Gesellschaften BTG und DKB wurde insbesondere eine Neugliederung der Zuständigkeiten notwendig. Hierzu wurde für die Gesellschaft ein Managementvertrag mit der R.A.T.H. GmbH zur operativen Führung der Dürener Kreisbahn und ein Interims-Managementvertrag mit Herrn Hans-Peter Nießen abgeschlossen mit dem Ziel der Weiterentwicklung, Neupositionierung und dauerhaften Ergebnisverbesserung.

Der R.A.T.H. GmbH obliegt die kaufmännische Verwaltung und die Aufstellung des Wirtschaftsplans und dessen Überwachung sowie der Jahresabschluss. Dieser Vertrag ist an den Interims-Managementvertrag gekoppelt und hat eine Laufzeit von 2 Jahren mit einer einmonatigen Sonderkündigungsfrist.

Für die Vertriebs- und Einnahmeaufteilung wird derzeit auf die verbliebenen Strukturen der Gesellschaft zurückgegriffen.

Die Gesellschaft ist über einen am 18.12.2008 mit der BTG abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag dort organschaftlich eingebunden. Weiterhin bestehen ein Einnahmeaufteilungsvertrag und ein Kooperationsvertrag mit dem Aachener Verkehrsverbund (AVV) und dem Verkehrsverbund Rhein – Sieg (VRS). Die Gesellschaft wirkt hier im Bereich der Unternehmensbeiräte und zusätzlich im Aufsichtsrat des AVV mit. Abschließende Entscheidungen fallen in der politisch besetzten Zweckverbandsversammlung.

Am 1.1.2013 trat das novellierte Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in Kraft. Die Neuregelung wirkt sich maßgeblich auf den ÖPNV aus und schafft in diesem Sektor nach Jahren der Unsicherheit eine gewisse Rechtssicherheit für die zukünftige Vergabemöglichkeit durch den Aufgabenträger z.B. in Form einer Direktvergabe. Die Möglichkeit einer Inhouse-Vergabe nach dem neuen PBefG erfolgt konform zur VO (EG) Nr 1370/2007.

Darstellung der Lage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse konnten im Jahre 2013 um 5 % gesteigert werden. Im Bereich der Linienverkehrseinnahmen waren diverse Verschiebungen in den Fahrscheinsegmenten zu verzeichnen. Im Einzelkartensegment bei den Linienverkehrseinnahmen konnten die Ergebnisse des Vorjahres nicht gehalten werden. Dies wurde kompensiert durch Mehreinnahmen aus Mobiltickets und insbesondere öffentliche Zuschüsse zu Mobiltickets. Der Bereich der Schülerjahreskarten einschließlich der hieraus resultierenden Elternbeiträgen erfuhr eine wesentliche Steigerung durch die Wirkung der Schüler Selbstzahler Tickets. Die Erlöse für den Schwerbehindertenausgleich nach SGB IX sanken durch die erhöhten Fahrgastzahlen. Die Einnahmen aus dem Schülerspezialverkehr stiegen durch Vertragsanpassungen.

Übersteiger und Fremdverkäufe

Seitens des AVV wurde die Schlussrechnung für Übersteiger- und Einnahmeausgleich bis zum Jahr 2012 vorgelegt. Die bereits in 2012 festgestellte Ertragskraftverlagerung bei der RVE zu Lasten des Kreises Düren zwischen den Verkehrsverbundunternehmen hat sich in 2013 fortgesetzt.

Die Einnahmeaufteilung im VRS erfolgt derzeit nach den Zählergebnissen 2004 / 2005, da die Zählung 2009 strittig ist (s. Risikobericht).

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblicher Erträge gingen stark zurück. Dies ist begründet in der Geschäftsaufgabe der Rurtalbus GmbH im September 2013, die vormals ihren Fuhrpark wesentlich bei der DKB anmietete.

Weiterhin weisen die sonstigen betrieblichen Erträge in 2012 periodenfremde Erträge in Höhe von 401 T€ aus, die in 2013 nicht anfielen.

Öffentliche Ausgleichzahlungen

Die öffentlichen Ausgleichzahlungen für Schülerbeförderung veränderten sich kaum.

Materialaufwand

Die Treibstoffkosten fielen aufgrund der Marktlage. Es wurden mehr Ersatzteile für Busreparaturen als im Vorjahr benötigt. Durch jährliche Preissteigerungen stiegen die Werkstattkosten. Die Ausgaben für Subunternehmer Bus fielen erheblich, da die Rurtalbus GmbH den Geschäftsbetrieb eingestellt hat und diese Leistungen durch die Gesellschaft selbst erbracht wurden.

Personalaufwand

Der Personalaufwand stieg erheblich, da das gesamte Personal der Rurtalbus GmbH nach Einstellung des Geschäftsbetriebes der Gesellschaft zur DKB wechselte und nun dort beschäftigt ist.

Sonstiger betrieblicher Aufwand

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen in 2013 1.589 T€ (Vj.: 1.666 T€). Der Rückgang resultiert aus geringeren periodenfremden Aufwendungen in 2013.

Die Versicherungskosten stiegen stark aufgrund erhöhter Selbstbeteiligungskosten und einzustellender Rückstellung für den Versicherer (Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit). Die Verbundkosten stiegen wegen einer Anhebung der Verbundpauschale durch den AVV. Die Einstellung einer Interimsgeschäftsführung führte zu steigenden Beratungskosten.

Abschreibungen, Zuschüsse, Zinsen

Die Abschreibungen stiegen in 2013 auf 452 T€ (Vj.: 346 T€). Der Anstieg resultiert aus dem Abschreibungspotential von 5 Bussen, die im Dezember 2012 angeschafft und pro rata temporis abgeschrieben werden.

Die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse erhöhten sich analog auf 124 T€ (Vj.: 96 T€).

Der Zinsaufwand für die Fahrzeugfinanzierung betrug in 2013 79 T€ (Vj.: 51 T€).

Schon in 2012 wurde seitens Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung die öffentlich geförderte Modernisierung und Erweiterung des rechnergesteuerten Busleitsystems mit einem Investitionsvolumen von 1,9 Mio Euro genehmigt. Die Umsetzung dieser Maßnahme verzögerte sich wegen eines Klageverfahrens gegen das Ausschreibungsergebnis bei der EU und der Insolvenz eines Nachunternehmens. Die Maßnahme wurde in 2009 begonnen und wird voraussichtlich 2015 aktiviert werden.

Jahresergebnis

Die Gesellschaft schließt mit einem Jahresfehlbetrag von ca. 2.853 Mio. € (Vj. 2.921 Mio. €) ab, der im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft aufgerechnet wird. Das Ergebnis ist wesentlich geprägt von Rückstellungen und Ausgaben für Übersteiger/Fremdverkäufe für AVV, VRS und Rurtalbahn GmbH.

Finanzlage

Die Gesellschaft bediente sich 2013 zur Erbringung erzielter und zur Abdeckung benötigter Liquidität eines Verrechnungskontos bei der Muttergesellschaft und ist so in die dortige Liquiditätsversorgung einbezogen. Die Gesellschaft hat aufgrund ihres Gesellschaftszweckes – verbunden mit dem Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft – keine Möglichkeit, eigene Liquiditätsreserven aufzubauen. Sie ist und bleibt in diesem Bezug von der Muttergesellschaft abhängig. Zum Ende des Jahres 2013 betragen die Kassen – und Bankguthaben ca. 289 T€ (Vorjahr 942 T€). Auf Grund des mit dem Nahverkehrsplan des Kreises Düren durch den Kreistag beschlossenen und durch die DKB umgesetzten, die Daseinsvorsorge sicherndem Leistungspaketes, schließt die laufende Geschäftstätigkeit im ÖPNV defizitär.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2013 ca. 5.838 T€ (Vorjahr 6.321 T€). Das Sachanlagevermögen beläuft sich auf 3.650 T€. Die Gesellschaft beschafft seit der Betriebsübernahme selber Fahrzeuge und mindert dadurch die Fahrzeugentleihung bei der Muttergesellschaft. Den Fahrzeugen in Höhe von 3.118 T€ und dem übrigen Sachanlagevermögen stehen Investitionszuschüsse von insgesamt 1.104 T€ gegenüber.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft resultieren größtenteils aus der eigenen Beschaffung von Fahrzeugen, die durch die Aufnahme von besicherten Darlehen erfolgte. Es bestehen Verbindlichkeiten aus Darlehen bei der Sparkasse Düren und der Mercedes Benz Bank.

Ein Großvorhaben im Bereich der Infrastruktur, nämlich die Ausweitung des rechnergesteuerten Busleitsystems (RBL) ist noch im Bau befindlich.

Die Bank- und Kassenbestände belaufen sich auf 289 T€ (Vorjahr 942 T€). Hierzu wird auf die zuvor beschriebene Liquiditätsversorgung durch die Muttergesellschaft verwiesen.

Die Gesamtrückstellungen beliefen sich in 2013 auf ca. 1.080 T€ (Vorjahr 1.357 T€). Insbesondere sind hier zu erwähnen die Rückstellungen für evtl. Zahlungen aus der Einnahmeaufteilungsrechnung im VRS sowie die zu zahlenden Haftpflichtumlagen an den VVDE. Die Eigenkapitalquote ist als Vermögensstatus nur aussagekräftig in Verbindung mit dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag bis zur Berichterstattung sind keine Verhältnisse bekannt geworden, die eine außerordentliche Abweichung vom Jahresabschluss erwarten lassen. Die Entwicklung der Treibstoffkosten bleibt zu beobachten.

Am 01.01.2013 trat das novellierte Personenbeförderungsgesetz in Kraft. Die Neuregelung wirkt sich maßgeblich auf den ÖPNV aus und schafft in diesem Sektor nach Jahren der Unklarheit vorerst eine gewisse Rechtsicherheit. Die Möglichkeit der Direktvergabe i.V. mit der Inhouse-Vergaben für die Dürener Kreisbahn GmbH im Zusammenwirken des neuen PBefG mit der VO (EG) Nr. 1370/2007 bleibt erhalten.

Risikobericht

Das Wegbrechen öffentlicher Ausgleichszahlungen für Verbund- und Investitionsförderung sowie das Fortbrechen öffentlicher Ausgleichszahlungen für die Beförderungen von Schülern und/oder Schwerbehinderten stellt für die Ertragslage ein wesentliches Risiko dar. Durch die Novellierung des ÖPNV – Gesetzes wurden die Investitionszuschüsse pauschaliert. Für die Schülerausgleichszahlung (vormals §45a PBefG) gilt §11a ÖPNVG. Durch die Verschärfung der Schwerbehindertenerhebung durch das Land sind zusätzliche Dienstleister zu beauftragen, um diese Vorgaben zu erfüllen.

Eine weitere Zuwendung erhält die Gesellschaft über den Verkehrsverbund für das Tarifangebot „Mobilticket“. Diese Zuwendung ist wesentlich für die Wirtschaftlichkeit des Angebotes und ein Wegfall der Zuwendung gefährdet die Ertragslage, sofern das Tarifangebot aufrechterhalten wird.

Verbundintern besteht weiterhin ein Risiko im Bereich der Einnahmenaufteilung. Diese erfolgt auf Zählungen / Teilerhebungen, ergänzt durch buchhalterische Verfahren, die im Anschluss oft mehrjährig fortgeschrieben werden. Im Herbst 2014 wird eine AVV weite Zählung durchgeführt. Darüberhinaus soll eine Fremdnutzererhebung bei den kommunalen Gesellschaften und eine separate Erhebung bei den Schienenunternehmen RTB und DB erfolgen, wobei die Erhebung bei der RTB erstmalig erfolgt.

Tatsächliche Veränderungen der Vertriebstätigkeit und Nachfrageverschiebungen bei einzelnen Unternehmen können dadurch u.U. erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Zählungen festgestellt werden und müssen mehrjährig kumuliert unter den Verkehrsunternehmen ausgeglichen werden. Die Gesellschaft bildet hier nach Kenntnislage entsprechende Rückstellungen. Mit dem AVV werden Verhandlungen dahingehend geführt, wie die Risikokumulation bei den Verkehrsunternehmen zukünftig verhindert oder abgemildert werden kann.

Im Rahmen einer angedachten Zusammenlegung der Verkehrsverbünde in NRW steht auch die Überlegung, den AVV und den VRS zu einem Verkehrsverbund zusammen zu fassen oder die Zusammenarbeit als „Tarifverbund Rheinland“ zu intensivieren. Derzeit wird die Zusammenarbeit als Tarifverbund Rheinland forciert. Eine Umsetzung ist zum 01.01.2015 für das gesamte Tarifsortiment einschließlich JobTicket geplant. Zahlreiche Gespräche zwischen den Vertretern des AVVs und des VRS haben stattgefunden. Nach kalkulatorischen Ermittlungen der VRS GmbH sind die Grundlagen für die Tarifbildung und den Vertrieb geschaffen worden. Die schwierigen Diskussionen über die Einnahmenaufteilung und die damit verbundenen Ergebnisse für die Verkehrsunternehmen sind noch nicht abgeschlossen.

Hier besteht dann ein Risiko, wenn durch neue Tarifbildung (Angebotsanpassungen und Durchtarifierungen) eventuell auftretende tarifliche Mindererlöse oder Durchtarifierungsverluste nicht verhindert oder ausgeglichen werden können.

Im Bereich des operativen Geschäfts ist die Gesellschaft über den Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen - eine Versicherung auf Gegenseitigkeit - versichert. Risiko besteht hier insofern für den Fall eines durch ein Mitglied verschuldeten Großschadenersignisses, das die Höchsthaftungsgrenzen des Versicherungsverbandes (seit März 2012 = 50 Mio. Euro je Schadenereignis) übersteigt.

Die im Tarifreuegesetz mit Wirkung zum 1.2.2013 getretene Bindung an den TV-N als Referenztarif auch für die Beauftragung von Subunternehmen im Nahverkehr kann sich im späteren für die Beauftragung von Subunternehmen als nachteilig erweisen, da die Subunternehmerleistungen verteuert werden können. Hier ist die zu erwartende richterliche Rechtsprechung zu beobachten.

Im VRS konnte die notwendige Einstimmigkeit zur Einnahmenaufteilung 2009, insbesondere auch auf Grund einer durchgeführten, aber bei Verkehrsunternehmen im VRS strittigen Verkehrszählung, nicht erzielt werden. Eine Vielzahl von Kompromissvorschlägen der Verbundgesellschaft wurde auf Grund der widerstreitigen Interessenslagen nicht angenommen (Einstimmigkeit erforderlich). Ein formelles Schlichtungsverfahren wurde eingeleitet.

Der beauftragte Schiedsgutachter hat befunden, dass die Verkehrserhebung 2009 ordnungsgemäß durchgeführt worden ist und der Einnahmenaufteilung zugrunde gelegt werden kann. Die DB hat angeboten, von ihrer Zuschuldung 1,9 Mio. € wieder zurück in den gemeinsamen Topf zu geben, wodurch die DKB besser gestellt würde. Die RSVG hat Klage erhoben und wird sich gegen das Zählverfahren und damit gegen die Einnahmenaufteilung ab 2009 juristisch wehren. Die DKB hat von ihrem Vetorecht zur Einnahmenaufteilung Gebrauch gemacht. Wenn die Klage nicht zum Erfolg führt, muss man vom Worst-Case ausgehen. Die Übersteiger-Zahlung und evtl. Zinsen müssen geleistet werden. Hierfür sind Rückstellungen gebildet worden. Bei positiver juristischer Klärung wird die Einnahmenaufteilung neu verhandelt.

Im Bereich der Liquidität ist die Gesellschaft abhängig von der Muttergesellschaft, in welche sie in einen Ergebnisabführungsvertrag eingebunden ist und unterjährig im Rahmen der verrechnenden Kontoführung bei temporären Liquiditätsengpässen Ausgleich erhält.

Prognosebericht

Die Gesellschaft führt seit dem 1.1.2009 das von der Muttergesellschaft übernommene Geschäft im Straßenpersonenverkehr. Sie bedient sich dazu des Personals und der Ausstattung der Muttergesellschaft. Auch zukünftig werden benötigte Neufahrzeuge direkt von der Gesellschaft beschafft und Personalfluktuatation bei überlassenen BTG Mitarbeitern durch eigene Einstellungen kompensiert.

Die seitens ihres Gesellschafters und des Zweckverbandes Aachener Verkehrsverbund unter gutachterlicher Begleitung ergriffenen Maßnahmen erfüllen unseres Erachtens die derzeitige Vergabevoraussetzung. Auf dieser Basis ist eine Fortführung der Gesellschaft unter der Voraussetzung organschaftlicher Einbindung in und entsprechender Versorgung mit liquiden Mitteln durch die Muttergesellschaft zur Erfüllung der sich aus dem Nahverkehrsplan des Kreises Düren ergebenden daseinsfürsorglichen Versorgung des Bedienungsgebietes mit öffentlichen Straßenpersonenverkehrsleistungen für den jeweiligen Betrauungszeitraum zu erwarten. In Vorbereitung für den Zeitraum nach der Betrauung ab 01.01.2018 strebt der Aufgabenträger eine Direktvergabe an die Gesellschaft an. Hierzu wird ein neuer Nahverkehrsplan aufgestellt. Die Gesellschaft ist dabei insbesondere gefordert, kostenreduzierende Maßnahmen umzusetzen. Die Gesellschaft wurde dabei durch ein von der Muttergesellschaft veranlassstes Optimierungsgutachten begleitet. Die sich hieraus ergebenden Ansätze wurden 2013 zielgerichtet verfolgt. Die Fortführung der bisherigen Tarifpolitik im AVV lässt insgesamt eine Verbesserung der Ertragssituation erwarten. Eine wirtschaftliche Kalkulation neuer Tarifangebote, insbesondere in Zusammenhang mit anstehenden verbundübergreifenden Maßnahmen wird dabei vorausgesetzt. Die verbundinterne AVV Zählung und die Schwerbehindertenerhebung bilden die Grundlage für die neue Einnahmeaufteilung und die Sicherung der Zuschüsse durch das Land.

Eine weitere Säule der kostenmäßigen Restrukturierung ist der im Rahmen der Personalfluktuatation eintretende Wechsel im Personalentlohnungstarif von bisher BAT und BMT-G auf dann TV-N NW für bei der Gesellschaft neu eingestelltes eigenes Personal.

Für das Geschäftsjahr 2014 erwartet die Gesellschaft ein Ergebnis vor Gewinnabführungsvertrag in Höhe von minus 2,8 Mio. €.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Es werden keine Finanzinstrumente verwendet.

Bericht über die Zweigniederlassungen

Es werden keine Zweigniederlassungen unterhalten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**beKa GmbH**

Von-Werth-Straße 37
 50670 Köln
 Telefon: 0221/951449-0
 Telefax: 0221/951449-20
 E-Mail: info@beKa.de
 Homepage: www.beKa.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf aller für den Bau, die Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbetrieben und ähnlichen Unternehmungen erforderlichen Wirtschaftsgüter.

Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und der öffentlichen Nahverkehrsunternehmungen durch Geschäfte und Maßnahmen aller Art. Die Gesellschaft kann solche Geschäfte und Maßnahmen im eigenen oder fremden Namen betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Sie wird bei einem Geschäftsführer durch diesen, bei mehreren Geschäftsführern durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Es kann auch jedem Geschäftsführer das Recht verliehen werden, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens fünf, höchstens elf Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen. Ihm obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Geschäftsführer, er bestellt sie, schließt mit ihnen die Dienstverträge und beruft sie ab.
2. Er ist befugt, beim Vorhandensein mehrerer Geschäftsführer jedem das Recht zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft zu verleihen.
3. Er setzt die Richtlinien über Art und Umfang der Geschäftstätigkeit fest.
4. Der Aufsichtsrat stellt den Jahresabschluss für das abgelaufene Geschäftsjahr durch seine Zustimmung fest. Wird die Zustimmung versagt, hat er den Jahresabschluss mit seiner eigenen Stellungnahme innerhalb eines Monats der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen, die den Jahresabschluss dann feststellen.

Seiner Zustimmung bedürfen folgende Handlungen der Geschäftsführung.

1. Vornahme von Rechtsgeschäften, welche über den gewöhnli-

- chen Geschäftsbetrieb des Unternehmens hinausgehen,
2. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
 3. Investitionen, die im Einzelfall den Betrag von DM 30.000 übersteigen,
 4. Beteiligungen an anderen Unternehmen,
 5. Abschluss von Arbeitsverträgen mit einer höheren Jahresvergütung als DM 70.000 oder mit einer längeren als der gesetzlichen für die Handlungsgehilfen regelmäßigen Kündigungsfrist,
 6. Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen und Bestellung anderer Sicherheiten, Aufnahme von Darlehen mit Aufnahme von kurzfristigen Kassenkrediten zur Vorfinanzierung von Warengeschäften,
 7. Abschluss von Verträgen mit einem höheren Wert als DM 500.000 (bei Verträgen in Warenhandelsgeschäften DM 2.000.000),
 8. Ausstellung von Wechseln,
 9. Erteilung und Widerruf von Prokuren und Abschluss von Anstellungsverträgen mit Prokuristen,
 10. alle anderen Maßnahmen, für die es der Aufsichtsrat beschließt.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung beschließt außer über die ihr in dem Gesellschaftervertrag sonst zugewiesenen oder im Gesetz vorbehaltenen Maßnahmen insbesondere über:

1. Die Wahl und Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern,
2. die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
3. die Auflösung der Gesellschaft oder ihre Fusion mit einem anderen Unternehmen,
4. die Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer oder einer Revisionsabteilung eines Gesellschafterunternehmens oder einer mit den Gesellschafterunternehmen verbundenen Holding-, Schwester- oder Tochterunternehmen,
5. alle Angelegenheiten, für die ein Geschäftsführer oder der Aufsichtsrat eine Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung fordert,
6. die Verwendung des Jahresüberschusses (Bilanzgewinn) auf Vorschlag des Aufsichtsrates.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Coenen, Robert

Aufsichtsrat:

Mitglieder des Aufsichtsrates sollen im Allgemeinen nur leitende Persönlichkeiten der Unternehmungen sein, die als Gesellschafter beteiligt sind, jedoch soll das Recht der Gesellschafterversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern hiervon unberührt bleiben.

Aufgrund der Vielzahl der Gesellschafter dieser Einkaufsgesellschaft entfällt eine weitere Darstellung.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Werden mehrere Vertreter entsendet, so können diese ihre Stimme nur einheitlich ausüben.

1 Stimme

je 10 € Kapital

Vertreter des Kreises Düren**Aufsichtsrat:**

Die Dürener Kreisbahn GmbH entsendet kein Mitglied in den Aufsichtsrat.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Emunds, Guido

BTG

Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

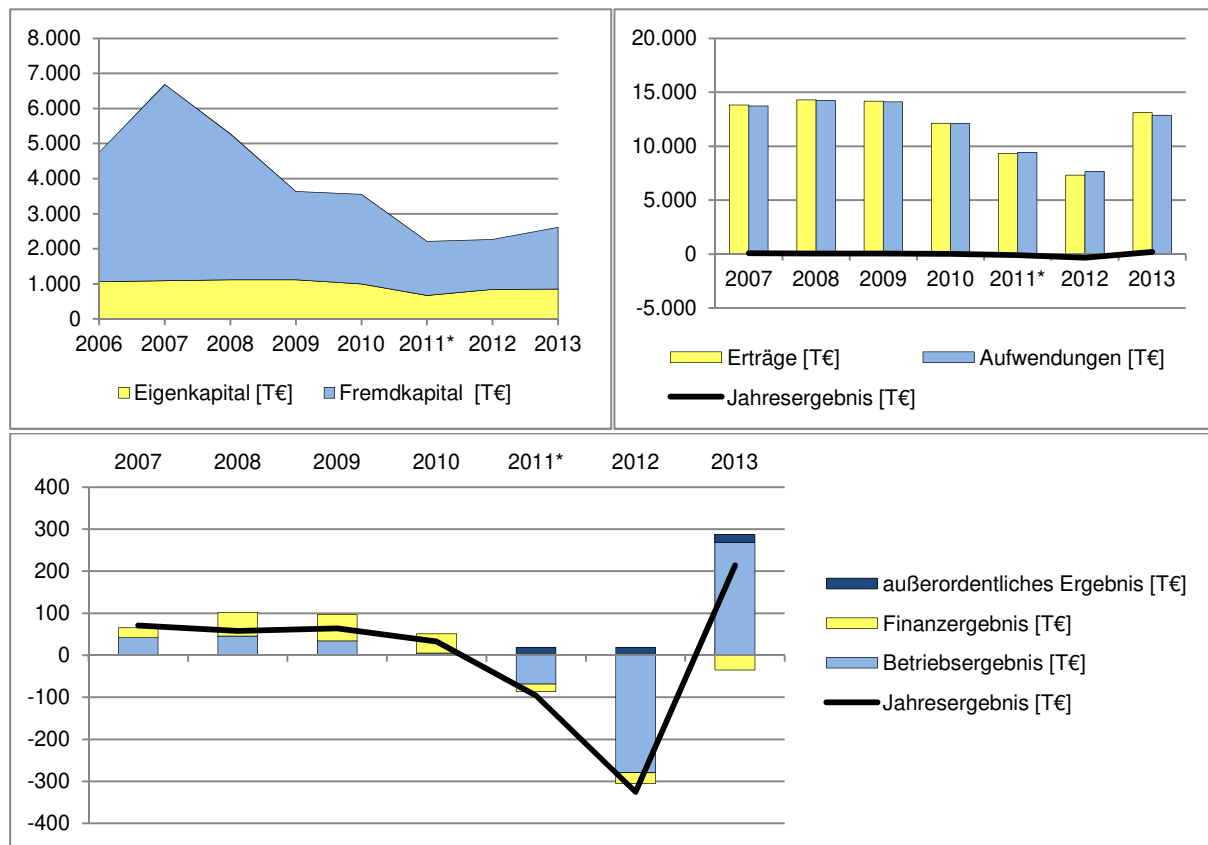
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	50672 Köln	
gezeichnetes Kapital:	382.520,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	3.000,00 €	0,78%

Auf eine weitere Darstellung der Gesellschafter wird wegen der hohen Anzahl verzichtet.

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	28.272,00 €	24.934,00 €	27.833,00 €	2.899,00 €	11,63%
II. Sachanlagen	29.704,00 €	20.516,00 €	14.208,00 €	-6.308,00 €	-30,75%
III. Finanzanlagen	200.000,00 €	225.000,00 €	250.000,00 €	25.000,00 €	11,11%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.491.905,28 €	1.355.737,23 €	1.039.077,01 €	-316.660,22 €	-23,36%
III. Kassenbestand	422.200,99 €	593.611,49 €	1.274.800,99 €	681.189,50 €	114,75%
IV. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	41.219,81 €	42.809,16 €	7.935,33 €	-34.873,83 €	-81,46%
Summe Aktiva	2.213.302,08 €	2.262.607,88 €	2.613.854,33 €	351.246,45 €	15,52%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	381.920,00 €	335.340,00 €	335.340,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	218.658,44 €	218.658,44 €	218.658,44 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	396.859,26 €	71.497,71 €	269.033,43 €	197.535,72 €	276,28%
IV. Bilanzgewinn	-325.361,55 €	214.302,72 €	25.192,28 €	-189.110,44 €	-88,24%
C. Rückstellungen	254.446,00 €	210.820,70 €	1.063.870,00 €	853.049,30 €	404,63%
D. Verbindlichkeiten	1.286.779,93 €	1.211.988,31 €	701.760,18 €	-510.228,13 €	-42,10%
Summe Passiva	2.213.302,08 €	2.262.607,88 €	2.613.854,33 €	351.246,45 €	15,52%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	7.026.287,06 €	13.008.865,02 €	4.341.541,65 €	-8.667.323,37 €	-66,63%
2. sonstige betriebliche Erträge	258.989,14 €	57.621,39 €	25.861,37 €	-31.760,02 €	-55,12%
3. Materialaufwand	6.219.635,49 €	11.886.806,35 €	3.428.047,24 €	-8.458.759,11 €	-71,16%
4. Personalaufwand				0,00 €	
a) Löhne u. Gehälter	457.823,20 €	415.702,93 €	419.590,77 €	3.887,84 €	0,94%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	289.876,76 €	113.618,76 €	141.655,33 €	28.036,57 €	24,68%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	17.058,65 €	22.084,34 €	15.583,79 €	-6.500,55 €	-29,44%
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen übersteigen	0,00 €	44.913,49 €	0,00 €	-44.913,49 €	-100,00%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	580.676,60 €	314.909,63 €	305.128,45 €	-9.781,18 €	-3,11%
Betriebsergebnis	-279.794,50 €	268.450,91 €	57.397,44 €	-211.053,47 €	-78,62%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	29.180,79 €	30.822,48 €	49.378,54 €	18.556,06 €	60,20%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	54.679,40 €	65.645,67 €	62.257,45 €	-3.388,22 €	-5,16%
Finanzergebnis	-25.498,61 €	-34.823,19 €	-12.878,91 €	21.944,28 €	-63,02%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-305.293,11 €	233.627,72 €	44.518,53 €	-189.109,19 €	-80,94%
9. Außerordentliche Aufwendungen	18.871,00 €	18.871,00 €	18.871,00 €	0,00 €	0,00%
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,81 €	0,00 €	-0,75 €	-0,75 €	
10. sonstige Steuern	1.198,25 €	454,00 €	456,00 €	2,00 €	0,44%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-325.363,17 €	214.302,72 €	25.192,28 €	-189.110,44 €	-88,24%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	9	13	11

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Wirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaft ist 2013 so schwach gewachsen wie seit dem Rezessionsjahr 2009 nicht mehr. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte lediglich um 0,4 Prozent zu.

Im ÖPNV konnten die Fahrgastzahlen auf hohem Niveau gesteigert werden, ebenso wie die Ticketeinnahmen. Allerdings zeigt der sinkende Kostendeckungsgrad der Unternehmen, dass ihre Einsparungsbemühungen und die Einnahmen durch die Fahrgäste alleine nicht mehr ausreichen, um das immer umfangreichere Bus- und Bahnangebot entsprechend zu finanzieren.

Die beka GmbH – nachfolgend beka genannt – ist ein Dienstleistungsunternehmen für den öffentlichen Nahverkehr in Deutschland, insbesondere im Einkaufsbereich. Sie ist aber auch Kooperationspartner für den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV) – hier besonders als Verleger von Publikationen und Ausrichter von Seminaren und Tagungen. Träger der Gesellschaft sind Beteiligungen von 81 Unternehmen überwiegend aus dem öffentlichen Verkehrssektor.

Die beiden Kernbereiche des beka-Geschäfts liegen in den Bereichen „Einkauf“ sowie „Seminare und Tagungen“. Für die positive Geschäftsentwicklung dieser beiden Bereiche ist das Investitionsverhalten der Unternehmen von entscheidender Bedeutung.

Im Bereich Seminare und Tagungen konnte das gewünschte Ergebnis erzielt werden. Wichtig ist es hier, weiterhin aktuelle Themen zu besetzen, innovative Veranstaltungen aufzunehmen und in enger Zusammenarbeit mit dem VDV und seiner VDV-Akademie das Geschäft weiter zu konsolidieren und auszubauen.

Der prognostizierte Umsatzrückgang im Einkauf aufgrund nachlassender Investitionstätigkeiten in den für die beka relevanten Warengruppen ist eingetreten. Es ist hier weiterhin wichtig, neue Dienstleistungen zur Inanspruchnahme durch die Gesellschafter und weitere interessierte ÖPNV-Unternehmen zu etablieren.

Geschäftsverlauf und Erläuterungen zur Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
Im 92. Jahr ihres Bestehens hat die Gesellschaft positiv gewirtschaftet.

Im Jahr 2013 konnten Gesamterlöse von T€ 4.341 (Vj. T€ 13.009) erzielt werden. Das Rohergebnis betrug T€ 939 (Vj.: T€ 1.180).

Es wurde ein Jahresüberschuss von 25 T€ (Vj. T€ 214) erzielt. Hierbei sind Aufwendungen aus der Altersvorsorge des ehemaligen Geschäftsführers mit T€ 85 berücksichtigt,

Die Zinserträge bewegten sich aufgrund des Kapitalmarktes auf sehr niedrigem Niveau.

Die Vermögensstruktur der beka ist gekennzeichnet durch eine hohe Eigenkapitalausstattung, so dass die Gesellschaft im Betrachtungszeitraum ohne Fremdfinanzierung ihre Geschäfte abwickeln konnte. Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag rund 32,4 %.

Die hohe Liquidität resultiert im Wesentlichen aus einer guten Zahlungsmoral unserer Kunden sowie aus erhaltenen Anzahlungen aus Projektgeschäften.

Die Gesellschaft beabsichtigt, für 2013 eine Dividende i. H. von 5% an die Gesellschafter auszuschütten.

Einkauf

Die Hauptumsatzleistung der beka liegt nach wie vor im Bereich Einkauf. Hier betrug der Umsatz im Berichtsjahr T€ 2.951 (Vorjahr T€ 11.366). Zu diesem Ergebnis haben mittel- und langfristige Investitionen aus den alten und neuen Bundesländern beigetragen. Bedingt durch ausbleibende Großaufträge im Zuge von Ausschreibungsverfahren ist der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr wie geplant deutlich gesunken. Der Umsatz im zum Einkauf gehörenden Verlagsgeschäft lag im Plan.

Seminare und Tagungen

Das Seminar- und Tagungsgeschäft fand im Berichtsjahr eine gute Akzeptanz bei unseren Kunden. Die Veranstaltungen wurden inhaltlich und organisatorisch überdurchschnittlich mit „gut und besser“ beurteilt. Das Geschäft hat sich auf gutem Niveau stabilisiert. Der Umsatz betrug T€ 1.265 (Vj. T€ 1.375). Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der VDV-Akademie sind hierin enthalten. Die zukünftige Entwicklung des Geschäftsbereiches hängt in nicht unerheblichem Maße von einer für beide Seiten zufriedenstellenden Zusammenarbeit von beka und VDV-Akademie ab, die in 2013 vollumfänglich gegeben war.

beka ebusiness GmbH

Im Geschäftsjahr 2013 wies die beka ebusiness GmbH einen Gewinn in Höhe von T€ 72 (Vj. T€ 30) aus.

In 2013 wurden bei gleichzeitigem Erhalt der Bestandsgeschäfte neue Kundenkreise erschlossen. Aus dem Gesellschafterbereich konnten die BOGESTRA (Bochum / Gelsenkirchen) und die VAG (Freiburg) als Kunden gewonnen werden. Weiterhin konnte mit der börsennotierten Simona AG der erste Industriekunde gewonnen werden, was den potentiellen Kundenkreis auch zukünftig vergrößert und Impulse aus anderen Branchen für die weitere Optimierung des Marktplatzes gibt.

Risikobericht

Aufgrund der allgemeinen konjunkturellen Lage und mäßigen Investitionsaufkommen im ÖPNV werden von der Geschäftsführung Risiken im Einkauf und im Bereich Seminare nicht ausgeschlossen. Weiterhin bestehen aufgrund der gesamtschuldnerischen Haftung der beka bei Bietergemeinschaften Risiken in der Projektabwicklung. Hier werden zukünftig andere Vertragskonstellationen zur Risikominimierung angestrebt. Die Eintrittswahrscheinlichkeit der derzeit nicht näher quantifizierbaren Risiken wird als gering eingeschätzt.

Ausblick und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die voraussichtliche Entwicklung für das Geschäftsjahr 2014 ist wie folgt zu beurteilen:

□ Der Übergang zur Abwicklung von einkaufsnahen Dienstleistungen (Sourcing, Lieferantenentwicklung, Abschluss von bundesweiten Rahmenverträgen, Begleitung o-der Durchführung von Ausschreibungen mit oder für Dritte) wurde 2012 begonnen und ist weiter zu forcieren. Bis zur Annahme neuer Geschäftsmodelle dauert es branchenbedingt meist bis zu eineinhalb Jahren, wie die Akquisevorläufe der Vergangenheit zeigen. In 2014 sollen aus diesen Geschäften deshalb erstmals signifikante Umsätze erreicht werden. Ein Großauftrag im Handelsbereich ist noch in der Ausschreibungsphase – hier könnten bei Erfolg noch wesentliche Umsätze erzielt werden, die bislang allerdings nicht Bestandteil der Planungen sind.

□ Im Verlag soll die Anschaffung einer sog. Kiosk-App zum zeitgemäßen Vertrieb der Verlagsprodukte erfolgen – hier sollen plattformübergreifend (Tablet, Smartphone, PC) Inhalte benutzerorientiert dargestellt und vermarktet werden können.

□ Für den Unternehmensbereich Seminare und Tagungen wird ein höherer Umsatz aufgrund von periodisch wiederkehrenden Veranstaltungen (AEE alle zwei Jahre und Marketing-Kongress alle eineinhalb Jahre) erwartet. Zusätzlich werden neu im Markt etablierte Veranstaltungen zu Einkaufsthemen (ÖPNV-Vergabetage und Expertentage) im Markt etabliert.

Die Aktivitäten mit der VDV-Akademie sind durch den Kooperationsvertrag und Einzelvereinbarungen geregelt und sollen weiter ausgebaut werden. Die gemeinsam durchgeführte Veranstaltung Fachsymposium Multimodalität wird aufgrund der positiven Resonanz mit einer Nachfolgeveranstaltung fortgesetzt. Die Nutzung eines gemeinsamen Schulungszentrums in Köln (KOMED) ist vereinbart und wird 2014 f. getestet.

□ Im Bereich eBusiness sollen weitere Kunden – auch über die Teilnahme an Ausschreibungen – akquiriert werden. Hier werden für 2014 ff. jeweils vier bis fünf zusätzliche Implementierungen bei Neukunden angestrebt – ein entsprechendes Potential und Signale aus der Branche und anderen Unternehmungen sind vorhanden. Die BVG (Berlin) hat sich vom Marktplatz bka4business auf eine eigene Lösung zurückgezogen, der hieraus resultierende Erlösrückgang soll in 2014 durch Neukunden kompensiert werden. Weiterhin soll die Bildung strategischer Allianzen mit anderen Marktteilnehmern zum verbesserten Marktangang überprüft werden.

In allen Bereichen werden weiterhin die organisatorischen Abläufe sowohl intern als auch bei den Vermarktungsaktivitäten modernisiert, optimiert und vereinfacht.

Prognosebericht

Die Unternehmensplanung für die Jahre 2014 und 2015 sieht vor, dass durch die zusätzliche Einführung neuer Dienstleistungen und die Wirksamkeit der bereits begonnenen Umstrukturierungsmaßnahmen positive Ergebnisse erzielt werden.

Auf der Umsatzseite bedeutet dies, dass 2014 bei geplanten T€ 7.897 Umsatz ein Rohergebnis (vor Steuern und Tantiemen) von T€ 188 geplant wird. Hierin ist bereits berücksichtigt, dass aufgrund der schwachen Zinsentwicklung die Zinsaufwendungen aus der Altersvorsorge voraussichtlich 2014 das Ergebnis mit T€ 118 belasten.

Insgesamt soll die beka die Aktivitäten ihrer Gesellschafter im Einkauf, im eProcurement sowie bei Tagungen und Seminaren unterstützen – immer mit dem Ziel, den öffentlichen Personennahverkehr zu fördern!

Vorgänge von Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Die beka ebusiness GmbH wird gemäß Gesellschafterbeschluss vom 7.6.2013 mit Wirkung zum 1.1.2014 auf die Muttergesellschaft beka verschmolzen.

Nach dem Bilanzstichtag sind keine weiteren Vorgänge von wesentlicher Bedeutung für die Gesellschaft eingetreten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH ist an der beka ebusiness GmbH beteiligt. Sie wurde zum 01.01.2014 auf die Muttergesellschaft verschmolzen. Eine weitere Darstellung dieser Beteiligungen entfällt, da die Beteiligung an der beka selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



EWV Energie- und
Wasser-Versorgung GmbH

EWV Energie und Wasserversorgung GmbH

Willy-Brandt-Platz 2
52222 Stolberg
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@ewv.de
Homepage: www.ewv.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung und Wasserversorgung in der StädteRegion Aachen und benachbarter Gebieten, die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und -Versorgungsunternehmen, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligungen an anderen Unternehmen dieser Art sowie die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Einzelprokura wird nicht erteilt.

Die Gesellschafterversammlung beschließt eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführer, in der insbesondere die Berichtspflichten der Geschäftsführer geregelt werden.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus 21 Mitgliedern. 14 Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Gesellschaftern bestellt. Die Energieversorgungs- und Versorgungsgesellschaft der StädteRegion Aachen entsenden den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen oder einen von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der StädteRegion Aachen und ein weiteres Mitglied, welches Mitarbeiter der Städteregionsverwaltung oder Mitglied des Städteregionstages der StädteRegion Aachen ist. Jede Stadt mit einem Geschäftsanteil von mehr als 12 % entsendet ihren Hauptverwaltungsbeamten in den Aufsichtsrat; die üb-

rigen der 14 von den Gesellschaftern zu bestellenden Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Gesellschafterversammlung gewählt. Die übrigen sieben Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Arbeitnehmern der Gesellschaft nach den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 gewählt.

Der Zuständigkeit des Aufsichtsrates unterliegen:

1. Festsetzung der Anstellungsbedingungen für Geschäftsführer.
2. Nach Eingang und Vorlage des Prüfberichts des Abschlussprüfers die Überprüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichtes und des Vorschlages zur Verwendung des Ergebnisses.
3. Die Einberufung der Gesellschafterversammlung, unbeschadet des Rechts und der Pflicht der Geschäftsführung und der Gesellschafter, die Gesellschafterversammlung in den gesetzlich vorgesehenen Fällen einzuberufen.

Geschäfte und Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates. Zu diesen Geschäften und Maßnahmen gehören insbesondere:

1. Die Erteilung von Prokuren,
2. Abschluss, Änderung oder Beendigung von Verträgen, deren Laufzeit ein Jahr überschreiten, mit Ausnahme der Verträge des laufenden Geschäftsverkehrs. Zu den Verträgen des laufenden Geschäftsverkehrs gehören die Verträge mit den Kunden und die Bezugsverträge von Energie und Wasser,
3. Die jährlich im Voraus von der Geschäftsführung zu erstellenden Investitions-, Finanz- und Ergebnisplanungen sowie entsprechende 5-Jahres-Pläne,
4. Aufnahme oder Gewährung von Darlehen, deren Betrag im Einzelfall 50.000 Euro überschreiten, sofern diesen nicht bereits im Rahmen des jährlichen Finanzplanes zugestimmt wurde,
5. Die Vornahme eines Rechtsgeschäftes mit einem Gesellschafter oder einem Geschäftsführer. Dazu zählen nicht der Abschluss, die Änderung oder Beendigung von Verträgen, die den Bezug von Energie und Wasser betreffen,
6. Die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreites sowie die Vertretung der Gesellschaft in derartigen Rechtsstreitigkeiten, wenn der Streitwert mehr als 50.000 Euro beträgt.

Gesellschafter- versammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist als beschließendes Organ in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, soweit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.

Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses.
2. Die Wahl des Abschlussprüfers.
3. Die Errichtung und Aufhebung von Zweigniederlassungen, die Beteiligung an anderen Unternehmen und deren Veräußerung sowie die Ausübung von Beteiligungsrechten.

4. Die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates.
5. Die Höhe der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Beirates.
6. Die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer.

Beirat: Zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten wird ein Beirat gebildet. Die Mitglieder des Beirates werden von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Schröder, Manfred	Köln	
Aufsichtsrat:	rhenag Beteiligungs GmbH Stadt Stolberg Stadt Eschweiler StädteRegion Aachen Kreis Heinsberg Stadt Alsdorf Stadt Würselen Stadt Baesweiler Beteiligungsgesellschaft Düren mbH Gemeinde Roetgen Gemeinde Simmerath Stadt Monschau Stadt Heinsberg Gemeinde Aldenhoven Gemeinde Inden Gemeinde Langerwehe Stadt Linnich Gemeinde Niederzier Stadt Geilenkirchen	Kreis	Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben.
Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.	1 Stimme	Je 51,13 Euro eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.
Beirat:	Die Mitglieder des Beirates werden von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen.		

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Die Mitgliedschaft beruht jedoch nicht auf einer Bestellung durch den Kreistag, da entsprechend des sehr
----------------------	---------------------	-------------	--

niedrigen Gesellschaftsanteil dem Kreis Düren kein Mandat zusteht. Vielmehr wurde Herr Spelthahn vom Gesellschafter rhenag in den Aufsichtsrat berufen.

Gesellschafterversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Beirat:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52222 Stolberg	
gezeichnetes Kapital:	18.151.450 €	

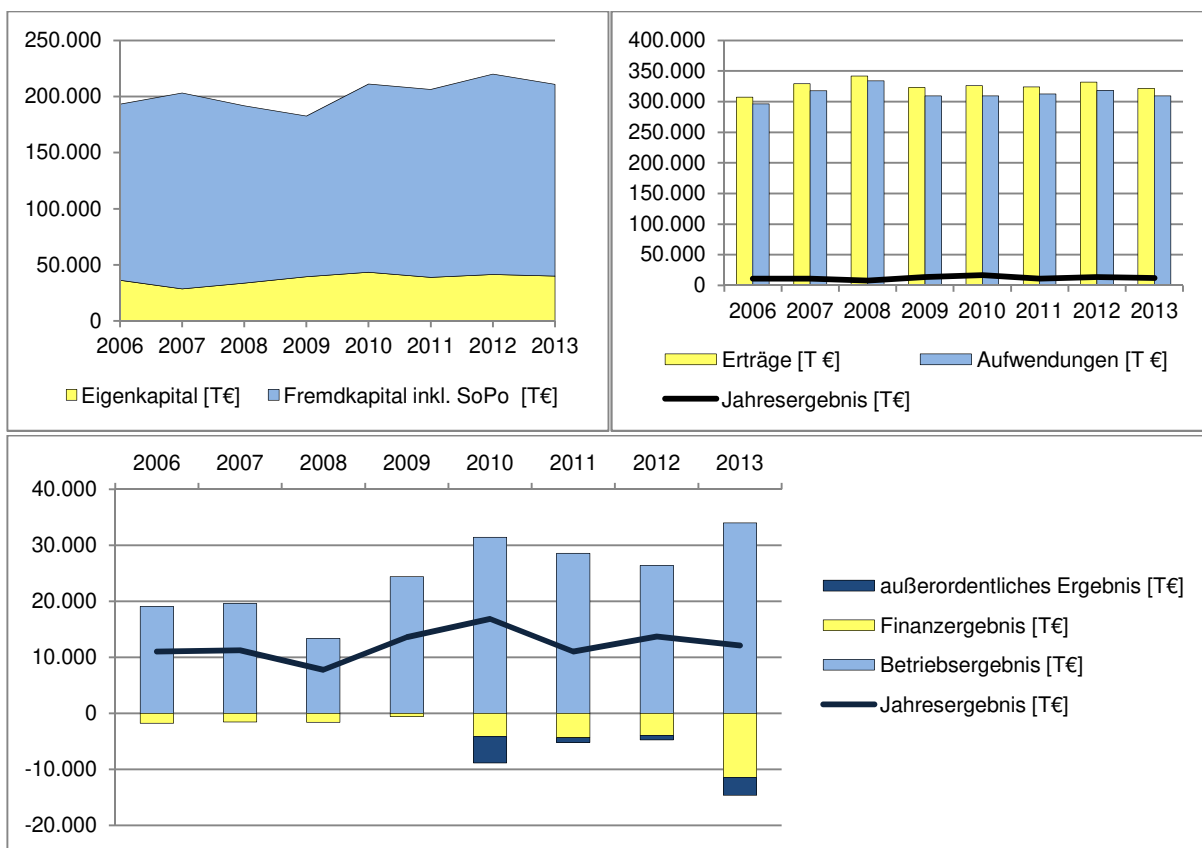
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
rhenag Beteiligungs GmbH	9.750.450,00 €	53,72%
Stadt Stolberg	2.591.650,00 €	14,28%
Stadt Eschweiler	2.394.150,00 €	13,19%
Städteregion Aachen	1.679.300,00 €	9,25%
Kreis Heinsberg	687.950,00 €	3,79%
Stadt Alsdorf	395.750,00 €	2,18%
Stadt Würselen	358.350,00 €	1,97%
Stadt Baesweiler	181.550,00 €	1,00%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	105.300,00 €	0,58%
Gemeinde Roetgen	1.050,00 €	0,01%
Gemeinde Simmerath	1.050,00 €	0,01%
Stadt Monschau	1.050,00 €	0,01%
Stadt Heinsberg	550,00 €	0,00%
Gemeinde Aldenhoven	550,00 €	0,00%
Gemeinde Inden	550,00 €	0,00%
Gemeinde Langerwehe	550,00 €	0,00%
Stadt Linnich	550,00 €	0,00%
Gemeinde Niederzier	550,00 €	0,00%
Stadt Geilenkirchen	550,00 €	0,00%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.861.571,00 €	1.696.555,00 €	1.417.943,00 €	-278.612,00 €	-16,42%
II. Sachanlagen	129.819.856,14 €	133.230.321,26 €	136.246.997,66 €	3.016.676,40 €	2,26%
III. Finanzanlagen	6.513.049,22 €	9.223.875,71 €	9.019.538,97 €	-204.336,74 €	-2,22%

B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.822.009,02 €	2.346.095,18 €	1.697.389,90 €	-648.705,28 €	-27,65%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	65.453.083,63 €	51.909.853,80 €	58.896.894,84 €	6.987.041,04 €	13,46%
III. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Kassenbestand	363.792,00 €	21.246.018,07 €	3.325.221,48 €	-17.920.796,59 €	-84,35%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	378.824,98 €	334.835,02 €	302.790,37 €	-32.044,65 €	-9,57%
Summe Aktiva	206.212.185,99 €	219.987.554,04 €	210.906.776,22 €	-9.080.777,82 €	-4,13%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	0,00 €	
III. Andere Gewinnrücklagen	2.650.000,00 €	2.650.000,00 €	2.650.000,00 €	0,00 €	
IV. Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	103,34 €	103,34 €	
V. Jahresüberschuss	11.051.300,77 €	13.700.103,34 €	12.095.661,11 €	-1.604.442,23 €	-11,71%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	20.623.611,00 €	17.997.959,00 €	15.614.109,00 €	-2.383.850,00 €	-13,25%
C. Rückstellungen	86.035.760,31 €	100.386.565,24 €	88.007.277,17 €	-12.379.288,07 €	-12,33%
D. Verbindlichkeiten	53.614.271,41 €	51.464.125,02 €	59.225.959,43 €	7.761.834,41 €	15,08%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	7.040.668,56 €	8.592.227,50 €	8.117.092,23 €	-475.135,27 €	-5,53%
Summe Passiva	206.212.185,99 €	219.987.554,04 €	210.906.776,22 €	-9.080.777,82 €	-4,13%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	316.270.854,33 €	323.949.080,46 €	316.854.755,98 €	-7.094.324,48 €	-2,19%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	563.571,60 €	404.427,00 €	-605.789,85 €	-1.010.216,85 €	-249,79%
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	3.183.637,00 €	3.523.430,00 €	0,00 €	-3.523.430,00 €	-100,00%
4. sonstige betriebliche Erträge	2.917.112,30 €	3.467.365,60 €	4.347.001,08 €	879.635,48 €	25,37%
5. Materialaufwand	210.489.502,29 €	220.095.838,39 €	231.902.464,41 €	11.806.626,02 €	5,36%
6. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	28.549.931,13 €	28.162.658,10 €	14.802.161,27 €	-13.360.496,83 €	-47,44%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.904.624,07 €	8.662.246,77 €	3.515.506,30 €	-5.146.740,47 €	-59,42%
7. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	12.295.639,00 €	12.282.888,00 €	12.278.923,00 €	-3.965,00 €	-0,03%
8. Pachten für Werksanlagen und Netze	8.509.056,15 €	8.591.456,60 €	0,00 €	-8.591.456,60 €	-100,00%
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	25.594.475,51 €	27.176.003,89 €	24.088.884,05 €	-3.087.119,84 €	-11,36%
Betriebsergebnis	28.591.947,08 €	26.373.211,31 €	34.008.028,18 €	7.634.816,87 €	28,95%
10. Erträge aus Beteiligungen	239.079,05 €	161.850,00 €	422.124,90 €	260.274,90 €	160,81%
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	53.631,54 €	58.153,85 €	69.647,03 €	11.493,18 €	19,76%
12. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	634.236,97 €	334.178,83 €	190.010,77 €	-144.168,06 €	-43,14%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	355.718,44 €	18.883,45 €	13.989,98 €	-4.893,47 €	-25,91%
14. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	4.920.519,21 €	4.464.016,00 €	4.451.868,11 €	-12.147,89 €	-0,27%
15. Aufwand aus Verlustübernahme	0,00 €	0,00 €	7.707.018,44 €	7.707.018,44 €	
Finanzergebnis	-4.349.290,09 €	-3.928.716,77 €	-11.491.093,83 €	-7.562.377,06 €	192,49%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	24.242.656,99 €	22.444.494,54 €	22.516.934,35 €	72.439,81 €	0,32%
16. außerordentliche Aufwendungen/außerordentliches Ergebnis	831.935,00 €	831.935,00 €	3.103.171,00 €	2.271.236,00 €	273,01%
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12.001.646,06 €	7.556.384,41 €	6.963.570,41 €	-592.814,00 €	-7,85%
18. sonstige Steuern	357.775,16 €	356.071,79 €	354.531,83 €	-1.539,96 €	-0,43%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	11.051.300,77 €	13.700.103,34 €	12.095.661,11 €	-1.604.442,23 €	-11,71%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	428	434	218

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Unternehmensgegenstand

Die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH ist regionaler Energiedienstleister und versorgt über 200.000 Privathaushalte und Unternehmen in der Städteregion Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg mit Strom, Erdgas, Fernwärme und Trinkwasser. Ihre Tochtergesellschaft regionetz GmbH betreibt die von der EWV gepachteten Strom-, Gas- und Wassernetze in den Versorgungsgebieten.

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWV

Die EWV versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen im Wesentlichen in der Städteregion Aachen, Kreis Düren sowie Stadt und Kreis Heinsberg mit Strom, Erdgas, Wärme und Dienstleistungen.

In den Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWV betrieben.

Auf der Basis von Betriebsführungsverträgen führt EWV das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (VWA) bei der Belieferung von Kunden mit Trinkwasser. Gleiches erfolgt in der Stadt Eschweiler über die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH (StWE), in der neben der klassischen Wasserlieferung auch die Wärmebelieferung der kommunalen Objekte erfolgt.

Über die Beteiligung an der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WWV) und deren Betriebsführung versorgt die EWV Kunden in der Stadt Würselen mit Wärmeprodukten. Zudem führt die EWV im Rahmen einer kaufmännischen Betriebsführung die Geschäfte der EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH und der EWV Baesweiler GmbH & Co. KG, die die Haushalte in Baesweiler mit Strom und Wärme versorgt.

Mit der GREEN Gesellschaft für regionale Energie GmbH und deren Betriebsführung ist die EWV gemeinsam mit weiteren kommunalen und privatrechtlichen Gesellschaften in den Markt der erneuerbaren Energien eingetreten. Mit der Gründung der Projektgesellschaften GREEN Solar Herzogenrath GmbH (2012) und GREEN Bioenergie Cereshof GmbH wurde das Geschäftsfeld im Bereich der regenerativen Energien erweitert.

Strukturveränderungen zum 1. Januar 2013

Auf Grundlage des zweiten Gesetzes zur Neuordnung des Energiewirtschaftsrechts vom 07.07.2005 (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) sind Energieversorgungsunternehmen grundsätzlich verpflichtet, durch Errichtung gesellschaftsrechtlich eigenständiger Netzgesellschaften das Netzgeschäft von anderen Tätigkeitsbereichen der Energieversorgung zu entflechten.

Nach Auffassung der Regulierungsbehörden muss die Netzgesellschaft tatsächlich in der Lage sein, die Aufgaben des Netzbetriebs durch eigene, fachlich hinreichend qualifizierte Arbeitnehmer wahrzunehmen. Hierzu ist es nach Auffassung der Behörden erforderlich, dass diese Arbeitnehmer unmittelbar bei der Netzgesellschaft angestellt sind.

Die bislang bestehende Kooperation zwischen der EWV und den Stadtwerken Düren (SWD) zur Führung der gemeinsamen Netzgesellschaft regionetz GmbH (regionetz) wurde daher beendet. Bis 31.12.2012 hielt die SWD und die EWV jeweils 50% der Anteile an der regionetz. Die SWD

verkaufte zum 01.01.2013 ihren Anteil an die Ewv. Die Ewv betreibt die bisherige regionetz seitdem als eigene Netzgesellschaft und 100%-ige Tochtergesellschaft.

Im Rahmen der Übernahme der regionetz wurden Arbeitnehmer der Ewv, die dem Netzbereich zugeordnet waren, im Wege eines Betriebsübergangs auf die regionetz überführt. Zur Vermeidung rechtlicher Unsicherheiten, etwa durch eine fragliche Zuordnung zum jeweiligen Betriebs- teil, wurden allen betroffenen Arbeitnehmern zusätzlich dreiseitige Verträge zum Übergang ihres Arbeitsverhältnisses auf die regionetz angeboten.

Der einheitliche Betrieb der Ewv wurde durch die vorgesehene Maßnahme betriebsverfas- sungsrechtlich gespalten. Insbesondere die bisher dem Netzbetrieb der Ewv zugehörigen Or- ganisationseinheiten wurden damit betriebsverfassungsrechtlich der regionetz zugeordnet. Der technische Netzbetrieb wird somit seit 01.01.2013 von der regionetz geführt und nicht wie in den Vorjahren betriebsgeführt durch Ewv.

Die bis Ende 2012 von der SWD erbrachte kaufmännische Betriebsführung für die regionetz wird seit dem 01.01.2013 von Ewv geleistet. regionetz und Ewv haben in 2013 einen Ergeb- nisabführungsvertrag geschlossen.

Insgesamt führen diese Effekte sowohl wirtschaftlich als auch bilanziell zu einer deutlich verän- derten Situation der Ewv in 2013 im Vergleich zu 2012. Dies hat wesentliche Auswirkungen sowohl auf Aufwands-, Erlös- und Ertragspositionen, als auch auf Bilanzpositionen. Daher ist ein Vergleich der Werte aus 2013 zu den Vorjahreswerten nur bedingt aussagekräftig.

Wirtschaftsbericht

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Gesamtwirtschaft

Für das abgelaufene Jahr 2013 wird in Deutschland mit einem Zuwachs des Bruttoinlandspro- dukts von 0,4% gerechnet. Seit Mitte 2013 ist die Talsohle für Ausrüstungsinvestitionen durch- schritten, so dass von einem binnenwirtschaftlichen Aufschwung ausgegangen wird. Dies führt voraussichtlich in 2014 zu einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,6%. Dabei ist die konkrete Ausgestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik nach den Bundestagswahlen 2013 zu berücksichtigen.

Energiewirtschaft

Die neue Bundesregierung (Große Koalition) hat den Klimaschutz und den Umbau der Ener- giewirtschaft zu einer ihrer Hauptaufgaben im Koalitionsvertrag deklariert. Engagierter Klima- schutz soll zu einem Fortschrittmotor entwickelt werden und dabei Wohlstand und Wettbe- werbsfähigkeit stärken. Die Entwicklung hin zu einer Energieversorgung ohne Kernenergie und mit stetig wachsendem Anteil Erneuerbarer Energien soll konsequent und planvoll fortgeführt erfolgen. Dabei werden die Ziele des energiepolitischen Dreiecks - Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit - als gleichrangig bezeichnet. Letzteres gilt so- wohl für den privaten Verbraucher als auch für die energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrie.

Gleichermaßen wird aber auch betont, dass die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben ist und es auch in den kommenden Jahren zu einem, wenn auch gebremsten, Kostenanstieg kommen wird. Die in den letzten Jahren schnell und stark gestiegene EEG-Umlage hat mittler- weile eine Höhe erreicht, die für private Haushalte und weite Teile der Wirtschaft, insbesondere auch mittelständische Unternehmen, zu einer spürbaren Belastung wird. Obwohl die Großhan- delspreise tendenziell rückläufig waren, ergab sich durch eine bereits in der Vergangenheit stattgefundenen Beschaffung und den gleichzeitig angestiegenen staatlichen Entgelten und Um- lagen keine Kostenentlastung bei der Energie.

Die Senkung des Energieverbrauchs durch mehr Energieeffizienz wird seitens der Großen Koa- lition als zentraler Bestandteil der Energiewende bezeichnet. Fortschritte bei der Energieeffizi-

enz sollen durch einen sektorübergreifenden Ansatz erzielt werden, der Gebäude, Industrie, Gewerbe und Haushalte umfasst. Dabei werden Strom, Wärme und Kälte berücksichtigt.

Insbesondere die langfristige Umgestaltung des Wärmemarktes ist mitentscheidend für eine erfolgreiche Energiewende. Ziel der Koalition bleibt es, bis zum Jahr 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu haben. Dies erfordert neben der Senkung des Gebäudeenergieverbrauchs einen gleichzeitigen Ausbau erneuerbarer Energien zur Wärmenutzung. Demzufolge soll das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz fortentwickelt sowie mit den Bestimmungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) abgeglichen werden.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Konzessionen

Nachdem bereits in 2012 einige, wesentliche Konzessionsverträge verlängert wurden, konnten auch alle Verträge mit Laufzeitende in 2013 von EWV verlängert werden. Die Stromkonzessionsverträge für die Stolberger Außengebiete konnten hinzugewonnen werden, hier wechselt die Konzession von RWE Deutschland AG auf EWV. Zudem wurde in Titz auch der Stromkonzessionsvertrag mit RWE verlängert, wo EWV als Pächterin alle mit der Konzession verbundenen technischen und kaufmännischen Aufgaben wahrnimmt.

Am 14.12.2012 hat der Rat der Stadt Heinsberg beschlossen, den mit der EWV bestehenden Konzessionsvertrag nicht zu verlängern, sondern die Gaskonzession für die Dauer von 20 Jahren an die Alliander Netz Heinsberg AG (Alliander) zu vergeben. Die Rechte aus § 6 Ziff. 1 des Alt-Konzessionsvertrages hat die Stadt Heinsberg mit Vereinbarung vom 10.01.2013 an die Alliander abgetreten. Die Alliander hat den an sie abgetretenen Anspruch aus dem Alt-Konzessionsvertrag gegenüber der EWV geltend gemacht. Der Netzübergang erfolgt zum 01.01.2014. Ein Personalübergang findet nicht statt. Im Entflechtungskonzept ist u.a. berücksichtigt, dass der im Stadtgebiet liegende Hochdruckring einschließlich der Hochdruckübernahmestation im Eigentum der EWV verbleibt. Das zurzeit gemietete Gebäude der Betriebsstelle Heinsberg soll im Jahr 2014 gekauft werden.

regionetz

Die Pacht- und Dienstleistungsverträge mit der regionetz GmbH wurden zum Jahresende 2012 gekündigt und sind neu verhandelt worden. Darüber hinaus wurden die bisherigen SWD-Anteile (50%) zum 01.01.2013 von der SWD zum Nennwert von 12,5 TEuro erworben. Weiterhin wurde ein Ergebnisabführungsvertrag mit der regionetz GmbH zum 01.01.2013 vereinbart und die Pacht- und Dienstleistungsverträge wurden neu konzipiert.

Kundenzentren

Im April ist das neue Kundenzentrum der EWV in Stolberg offiziell eingeweiht worden. Im November 2013 eröffnete EWV ein weiteres Kundenzentrum in Geilenkirchen. Dieses Kundenzentrum dient insbesondere als Anlauf- und Beratungspunkt für die Kunden im Kreis Heinsberg. In den vergangenen Jahren haben sich die Besucherzahlen in den Kundenzentren stetig gesteigert. Waren es 2010 noch rund 9.000 Besucher, ließen sich im vergangenen Jahr schon über 11.500 Menschen bei der EWV beraten. Mehr Platz sowie Präsenz für EWV-Kunden und gleichzeitig eine angenehmere, offene Arbeitsatmosphäre für EWV-Mitarbeiter waren Ziele der Projekte.

SAP

Die EWV hat bereits in 2011 mit einem externen Unternehmensberater die Zukunftsfähigkeit der derzeitigen IT Landschaft untersucht. Im Ergebnis wurden die betriebswirtschaftlichen Anwendungen (ERP-Systembausteine) kritisch betrachtet. Durch die Größe der EWV sowie die Beteiligungsstrukturen, stößt die derzeit eingesetzte ERP-Software an ihre Grenzen und erfordert einen hohen manuellen Zusatzaufwand, um die Anforderungen hinreichend zu erfüllen. Eine energiewirtschaftliche SAP Template-Lösung ist hier eine zu-

kunftsorientierte Lösungsmöglichkeit für EWV. In 2013 wurde ein SAP Vorprojekt mit der Erstellung eines detaillierten Lastenheftes durchgeführt, auf deren Basis eine SAP Ausschreibung vorgenommen wurde. Der Aufsichtsrat der EWV hat im Dezember 2013 per Umlaufbeschluss die Entscheidung zur Einführung von SAP getroffen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWV werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen dabei die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Höhe der jährlichen Investitionen (in die Infrastruktur).

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponekte je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWV und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss nach Steuern. Das Jahresergebnis betrug in 2013 12,1 Mio. Euro gegenüber 13,7 Mio. Euro im Vorjahr. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf geringere Deckungsbeiträge bei den Energiearten Strom und Gas zurückzuführen. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist etwas höher als in der Prognose des Vorjahres.

Investitionen: Die Verteilung von Energie und Wasser erfordert umfangreiche Strom-, Gas- und Wassernetze, die regelmäßig ersetzt und erweitert werden müssen. Die optimale Höhe der Investitionen berücksichtigt einerseits die Versorgungssicherheit, aber auch die finanziellen Restriktionen und regulatorische Anforderungen. Im Geschäftsjahr 2013 hat die EWV ca. 6 Mio. Euro im Bereich Strom investiert und 8,6 Mio. Euro im Bereich Gas. Für das Jahr 2014 sind Strominvestitionen i.H.v. 11 Mio. Euro und Gasinvestitionen i.H.v. 3,9 Mio. Euro geplant.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWV den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2013 hat die EWV 624 GWh Strom und 2.130 GWh Gas abgesetzt. Für 2014 ist geplant, 653 GWh Strom und 1.913 GWh Gas abzusetzen.

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2013 belaufen sich auf 316,8 Mio. Euro (Vorjahr: 324,0 Mio. Euro, jeweils ohne Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 118,0 Mio. Euro (Vorjahr 123,1 Mio. Euro) und auf den Erdgasverkauf 113,3 Mio. Euro (Vorjahr: 116,0 Mio. Euro) sowie 2,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2,1 Mio. Euro) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Mit dem Verteilnetzbetreiber regionetz wurden 59,6 Mio. Euro (Vorjahr: 62,2 Mio. Euro) an Pachtentgelten und Dienstleistungserlösen erzielt. Der Rückgang resultiert insbesondere aus geringeren Betriebsführungsentgelten nach Übertragung der Mitarbeiter des Netzbereichs auf die regionetz. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 23,5 Mio. Euro (Vorjahr: 20,5 Mio. Euro). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiter berechneten Installationskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Im Vergleich zur Planung für 2013 (Umsatzerlöse i.H.v. 277 Mio. Euro) ergeben sich Abweichungen aufgrund des damals noch nicht vollständig in der Planung abgebildeten Austauschs der Leistungen (z.B. kfm. Betriebsführung) zwischen EWV und regionetz.

Entwicklung im Stromsegment

Das erste Halbjahr 2013 war von einem leicht fallenden Preistrend am Strommarkt geprägt. Kurzzeitige temperaturbedingte Preisanstiege im Februar und März konnten nicht gehalten werden. Im September stiegen die Preise dann vergleichsweise deutlich um etwa 3 €/MWh an.

Grund waren steigende Unsicherheiten am Rohöl-Weltmarkt aufgrund der politischen Situation im Nahen Osten (v.a. Syrien). Aber auch dieser Impuls war nicht nachhaltig, so dass sich die Quotierungen zum Jahresende hin wieder ihren Jahrestiefstwerten annäherten. Insgesamt waren im Jahr 2013 die Preisschwankungen auf allen Energiemärkten im Vergleich zu den Vorjahren recht gering.

Analog der Beschaffungsstrategien bei der EWV, wurden für das Jahr 2013 insgesamt 81 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 8 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.

Die aktuellen Terminpreise auf den Energiemärkten zeigen die Erwartung, dass die Commodity-Preise in den kommenden Jahren in etwa auf dem heutigen Niveau verbleiben. Die Marktteilnehmer gehen nach wie vor von einer ausreichenden Angebotssituation auf dem Strommarkt aus. Als Folge des Umbaus des Kraftwerkparks kann es jedoch zu Verschiebungen und Strukturveränderungen bei einzelnen Handelsprodukten kommen. Beispielsweise führt die verstärkte Einspeisung von Strom aus Photovoltaik-Anlagen zu einer Verringerung von Peak-Preisen (Spitzenlaststrom).

Die Stromverkaufspreise für Privat- und Gewerbekunden wurden zum 01.01.2013 erhöht. Die Erhöhung war insbesondere durch die stark steigenden EEG-Kosten verursacht worden. Die lange und intensive Diskussion der Strompreisentwicklung in den Medien führte zum Jahreswechsel 2012/2013 zu überdurchschnittlich hohen Kundenverlusten, die sich im Jahresverlauf aber wieder auf das vorherige Maß zurückentwickelten. Um einer erneuten Wechselwelle vorzubeugen, hat EWV bereits im November 2013 trotz weiter steigender EEG-Kosten die Konstanz der Strompreise zum Jahresbeginn 2014 vermeldet.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke „energyline“, unter der das gesamte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere auch die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen. Eine Kundenbefragung zum Thema „Energiedienstleistungen und Beratungen“ hat gezeigt, dass hier ein großes Kundeninteresse besteht und attraktive Marktpotentiale zu heben sind. Im Rahmen des Projektes EWV 2016 werden diese Marktpotentiale in einen Business Case überführt.

Die Marke „Enerswitch“ ist für den externen Markt außerhalb der eigenen Konzessionsgebiete konzipiert worden und zielt auf Gewerbekunden und kleinere Geschäftskunden ab. Insbesondere im November/Dezember 2013 konnten rd. 600 Kunden hinzugewonnen werden.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2013 bei 624 GWh und damit deutlich unter der Abgabemenge des Vorjahres (753 GWh). Die Abweichung resultiert vor allem durch den Verlust von 91 GWh an Key Account Kunden, die in 2012 neu hinzugewonnen wurden und in 2013, nach einem Jahr Vertragsbindung, den Versorger wieder wechselten. Des Weiteren sank die Absatzmenge an Privatkunden um 28 GWh. Wesentliche Gründe sind hier Kundenverluste in Folge einer Preiserhöhung zu Beginn des Jahres und die Überleitung von Kunden an die EWV Baesweiler (wurden in 2012 noch ein halbes Jahr von der EWV versorgt). Die Stromabsatzmenge verteilt sich mit 336 GWh auf private Haushalte und Gewerbekunden sowie mit 288 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Der Rückgang des Absatzes liegt dabei ca. 7% unterhalb der Prognose für 2013. Der Stromeinkauf erfolgte dabei zu 64% über RWE und zu 36% über fremde Händler.

Entwicklung im Erdgassegment

Abgesehen von kurzzeitigen Preisausreißern zu Jahresbeginn und Jahresende bewegten sich die Großhandelspreise für Erdgas 2013 an der Börse EEX in einem sehr engen Preisband zwischen 26,3 und 27,5 €/MWh (s. Diagramm). Die Marktteilnehmer gehen offensichtlich von einer stabilen und anpassungsfähigen Angebots- und Nachfragesituation aus. Außerdem ist festzustellen, dass sich der Gasmarkt zunehmend zu einem eigenständigen Markt weiterentwickelt und insbesondere die Abhängigkeiten vom deutschen Strommarkt und vom Welterdölmarkt immer weiter abnehmen.

Analog der Beschaffungsstrategien bei der EWW wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2013/14 (01.10. bis 30.09. des Folgejahres) insgesamt 31 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 7 verschiedenen Lieferanten geschlossen.

Auch in 2013 konnte die EWW die Preise für Privat- und Gewerbekunden konstant halten und wird mindestens bis zum Frühjahr 2014 keine Erdgaspreiserhöhung vornehmen. Im Rahmen der allgemeinen Energiepreisdiskussion wechselten zum Jahreswechsel 2012/2013 auch mehr Erdgaskunden als im Jahresdurchschnitt.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einer deutlichen Verstärkung des Wettbewerbs. Dies macht sich insbesondere durch die steigende Zahl der Vertragskündigungen und Abwanderungen von Großkunden bemerkbar. Zunehmend werden die Verträge unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Marktpreise ausgehandelt. Die ölpreisgebundenen Kundenverträge wurden nahezu vollständig revidiert und in börsenorientierte Produkte überführt. Die Gasabsatzmenge verteilt sich mit 1.356,2 GWh auf private Haushalte und Gewerbekunden sowie mit 774,1 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden.

Die Erdgasabsatzmenge 2013 liegt mit rund 2.130 GWh insgesamt 55 GWh unter der des Vorjahres (2.185 GWh). Die Mengenabweichung daraus resultiert überwiegend aus periodenfremden Abgrenzungseffekten (-47 GWh). Die Umsatzerlöse im Erdgas liegen aufgrund dessen um 2,6 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Der Anstieg des Absatzes liegt dabei ca. 10% über der Prognose aus 2012 für 2013. Der Gasabsatz wurde dabei zu 21% über RWE und zu 79% über fremde Händler beschafft.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresüberschuss von 12,1 Mio. Euro (Vorjahr 13,7 Mio. Euro). Maßgeblich beeinflusst wird der Jahresüberschuss von der Geschäftsentwicklung in den Sparten Erdgas und Strom, bei denen im Vergleich zur Prognose für 2013 nur geringere Deckungsbeiträge erzielt werden konnten. Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

Im Strom sind aufgrund der sinkenden Absatzmenge die Umsatzerlöse um 5,1 Mio. Euro und die Bezugskosten um 4,9 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr. Der Materialaufwand beinhaltet neben den Strombezugskosten auch die Kosten der Netznutzung in assoziierten und in fremden Netzen, die entgegen der Mengenentwicklung in 2013 um 1,4 Mio. Euro anstiegen. Somit geht der Rohertrag um 1,6 Mio. Euro zurück. Im Erdgas liegen die Umsatzerlöse u.a. aufgrund der veränderten Entgelte für die Netznutzung um 2,6 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Aufgrund der Umstrukturierung der Tochtergesellschaft regionetz sanken zudem die Erlöse aus der Betriebsführung und somit auch das Rohergebnis. Im Materialaufwand enthalten ist die Netzpacht i.H.v. 8,6 Mio. Euro (Vorjahr ebenfalls 8,6 Mio. Euro).

Die anderen betrieblichen Erträge insgesamt liegen primär aufgrund von fehlenden aktivierten Eigenleistungen - bedingt durch die organisatorische Ausgliederung des Bereichs Technik in die regionetz - um 3,7 Mio. Euro unter Vorjahresniveau. Dem gegenüber stiegen die sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahreswert um 880 TEuro. Im Wesentlichen ist der Anstieg auf zusätzliche Erträge durch Mieteinnahmen im neuen Vertragsverhältnis mit der regionetz zurückzuführen.

Die anderen betrieblichen Aufwendungen liegen um 21,6 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Der Personalaufwand reduziert sich insgesamt in 2013 um 18,5 Mio. Euro gegenüber 2012. Diese Veränderung resultiert im Wesentlichen durch den Personalübergang von 218 Mitarbeitern von EWV zur regionetz zum 01.01.2013 und betrifft alle Positionen des Personalaufwands (Löhne, Gehälter, Soziale Abgaben und Altersversorgung). Die Personalaufwendungen für die bei EWV verbliebenen Mitarbeiter bewegen sich auf dem Niveau des Vorjahres. Die übrigen betrieblichen Aufwendungen liegen im Wesentlichen aufgrund von geringeren Abschreibungen auf Forderungen (Sondersachverhalt in 2012) und geringeren Beratungskosten um 2,7 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert.

Die vorgenannten Effekte haben im Saldo zu einem im Vorjahresvergleich höheren Betriebsergebnis geführt.

Im außerordentlichen Aufwand ist die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen aufgrund Art. 67 Abs. 1 S. 1 EGHGB in Höhe von 3,1 Mio. Euro (Vorjahr: 832 TEuro) abgebildet. Enthalten sind 1,2 Mio. Euro aus der Übertragung der Rückstellungen zur regionetz. Zudem wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, mehr als die verpflichtend nachzuholenden 1/15 der Unterdeckung der Pensionsrückstellung im laufenden Geschäftsjahr zu erfassen.

Das Finanzergebnis i.H.v. -11,5 Mio. Euro (Vorjahr -3,9 Mio. Euro) enthält in 2013 erstmalig aufgrund des im Geschäftsjahr abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages die Übernahme des regionetz-Ergebnisses von -7,7 Mio. Euro. Die regionetz betreibt die von der EWV gepachteten Strom-, Gas- und Wassernetze in den Versorgungsgebieten. Sie erhält von dem assoziierten Händler EWV und anderen Energieversorgern für die durchgeleiteten Energiemengen entsprechende Netzentgelte, die im Rahmen eines regulatorischen Verfahrens festgelegt sind.

Das Zinsergebnis i.H.v. -4,3 Mio. Euro liegt im Berichtsjahr annähernd auf dem Niveau des Vorjahres (-4,1 Mio. Euro). Der wesentliche Teil der Zinsaufwendungen entfällt dabei weiterhin auf die Aufzinsung langfristiger Rückstellungen, insbesondere Pensionen. Die Erträge aus Beteiligungen liegen 260 TEuro über dem Vorjahr und resultieren aus erstmalig nennenswerten Ausschüttungen der Green Gecco und Green Solar Herzogenrath GmbH.

Der Steueraufwand liegt um 592 TEuro unter dem Vorjahreswert. Seit dem 01.01.2013 besteht eine steuerliche Organschaft bezüglich Körperschaft- und Gewerbesteuer mit der regionetz.

Auf Grundlage des Jahresüberschusses ermittelt sich eine Umsatzrendite von 3,8 % (Vorjahr 4,2 %) sowie eine bilanzielle Eigenkapitalrendite von 43,4 % (Vorjahr 49,2 %). Die EBIT-Marge vor a.o. Effekten beträgt 10,6 % (Vorjahr 7,9 %).

Insgesamt liegt eine leicht gesunkene Ergebnissituation gegenüber der Planung für 2013 vor. In 2014 wird mit einer im Vergleich zum Ergebnis 2013 stabilen Situation geplant.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe 16,1 Mio. Euro getätigt.

Bei der Energieart Gas wurde die Erschließung des Gewerbegebietes Simmerath-Rollesbroich in 2013 vorangetrieben. Für die Erschließung war die Verlegung von ca. 4,9 km Netz erforderlich. Im Zuge der Netzerweiterung Gas wurde auch ein Steuerkabel und ein Leerrohr verlegt.

Ebenfalls wurde der zweite Bauabschnitt der Maßnahme Laufenstraße in Monschau begonnen. Hier wurde im Bereich der Laufenstraße die Monschauer Altstadt mit Erdgas inkl. Steuerkabel erschlossen. Für die Erschließung war die Verlegung von ca. 360 m Netz erforderlich.

Des Weiteren wurden ca. 1.300 neue Gasanschlüsse verlegt.

Bei der Energieart Strom wurde in 2013 in Alsdorf-Schaufenberg die Mittelspannung von 10 kV auf 20 kV umgestellt. Auslöser für eine notwendige Leistungssteigerung im Mittelspannungsnetz war der stark gewachsene Energiebedarf insbesondere im Bereich Industrie und Gewerbe sowie die zunehmende Anzahl dezentraler Erzeugungsanlagen (ein Windpark mit 15 MW befindet sich derzeit in Realisierung sowie diverse geplante Wind- und PV-Anlagen).

Für die Umstellung des Mittelspannungsnetzes wurden ca. 11 km Mittelspannungskabel erneuert. Im Zuge der Arbeiten mussten 37 Stationen mit umgestellt werden.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

Die Vermögens- und Kapitalstruktur ist als stabil zu bezeichnen. Der Reduzierung der Bilanzsumme um 9,1 Mio. Euro ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf ein geringeres Guthaben bei den Kreditinstituten zurückzuführen. Auf der Passivseite spiegelt sich der Effekt des Personalübergangs von 218 Mitarbeitern in die regionetz und damit verbunden der Transfer von entsprechenden Pensionsrückstellungen aus der EWV heraus wider.

Das Bilanzbild zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 69,5 % (Vorjahr 65,5 %). Eigenkapital, 70,0 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse sowie mittel- und langfristiges Fremdkapital decken das Anlagevermögen zu 80,3 % (Vorjahr 91,7 %).

Unter Einbeziehung von 70 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich eine Eigenkapitalquote (bezogen auf das gezeichnete Kapital und Rücklagen) analog dem Vorjahr von 21,1 %.

Finanzlage

Es bestehen Kreditlinien bei Geschäftsbanken, die von Fall zu Fall in Anspruch genommen wurden. Hierdurch wird gewährleistet, dass Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen kurzfristig ausgeglichen werden können.

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in TEuro	2013	2012
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-11.837	28.540
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-16.178	-18.281
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	10.034	-12.375
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-17.921	-2.116

Im Geschäftsjahr 2013 betrug der Cashflow aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit -11,8 Mio. Euro (Vorjahr +28,5 Mio. Euro). Dieser negative Cashflow aus der Geschäftstätigkeit sowie Investitionen i.H.v. 16,1 Mio. Euro stehen Kreditaufnahmen i.H.v. 10,0 Mio. Euro gegenüber. Der sich sodann aufzeigende Cashflow-Bedarf spiegelt sich in der Abnahme der liquiden Mittel i.H.v. 17,9 Mio. Euro wider.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wird zum einen in besonderem Maße durch die Abschlagszahlungen im Tarifkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifkunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden - basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises - für das nächste Abrechnungsjahr festgesetzt. Je nach Witterung im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWV. Darüber hinaus kommt das geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird.

Insgesamt unterliegt das Geschäft massiven Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen.

Personal- und Sozialbereich

Personalüberleitung

Zum 01.01.2013 wurden 218 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der EWV auf die regionetz arbeitsvertraglich übergeleitet. 20 ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zu diesem Zeitpunkt einen Aufhebungsvertrag wegen vorzeitiger Inanspruchnahme einer Altersrente unterzeichnet hatten, verblieben in ihrem Arbeitsverhältnis bei der EWV, wurden jedoch bei der regionetz mittels Arbeitnehmerüberlassung beschäftigt. Im Geschäftsjahr 2013 beschäftigte die EWV durchschnittlich 218 (Vorjahr: 434) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bei EWV 31 Menschen in einer Ausbildung zur/zum Industriekaufrau/-mann, Elektroniker/in für Betriebstechnik und in den Ausbildungsberufen mit integriertem Studium zur/zum Industriekaufrau/-mann BWL Praxisverbund Lehre und Studium (PLuS) sowie Elektrotechnik PLuS.

Die freiwillige Altersteilzeitregelung befindet sich weiterhin in der Auslaufphase. Ende 2013 befanden sich drei Arbeitnehmer in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.

An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3.400 TEuro gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 483.

Zum Zweck einer ausgewogenen Altersstruktur und der Beschleunigung des Generationenwechsels bot die EWV ein Modell zur vorzeitigen Altersrente an. 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht.

Strategische Personalplanung

Das bei der regionetz eingeführte Verfahren zur strategischen Personalplanung wurde in 2013 auf die EWV überführt und im Vertrieb bereits angewendet. Ziel der strategischen Personalplanung ist es, auf der Mittel- und Langfristebene Personalbedarf und Personalentwicklungsbedarf zu erkennen und frühzeitig erforderliche Maßnahmen einzuleiten.

Potenzialanalyse, Führungskräftenachwuchs und Kundenorientierung

Auf Basis der in 2011 durchgeführten Potenzialanalyse wurden in 2012 zehn Potenzialkandidaten ermittelt. Davon sind vier junge Menschen bei der EWV beschäftigt. Sie haben in 2013 ein Förderprogramm durchlaufen, das sie in besonderem Maße dabei unterstützt, ihre Karriere konstant auszubauen und dabei einen wichtigen Beitrag für die künftigen Herausforderungen des Unternehmens zu leisten.

In 2013 haben 6 Mitarbeiter der EWV an dem Führungskräftenachwuchsprogramm teilgenommen. In 3 mehrtägigen Modulen haben sie die Grundlagen und Instrumente der Führung kennen gelernt. Die EWV verfolgt hierbei konsequent den Ausbau der Führungskompetenzen und sichert damit die Anwendung der Führungsleitlinien.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Die Verpflichtung zur Einhaltung der Grundsätze von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz obliegt jedem einzelnen Mitarbeiter. Die Führungskräfte haben hierbei eine Vorbildfunktion. Es gilt der Grundsatz: „Jeder Mitarbeiter geht so gesund nach Hause, wie er gekommen ist.“ Eine Maßnahme in 2013 war die Schulung und Sensibilisierung aller Führungskräfte gemäß dem Konzept „sicher vorWEgehen“.

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für EWV Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert EWV den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser.

EWV berät mit seinem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region.

Tätigkeitenabschlüsse

EWV ist ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen im Sinne § 3 Nr. 38 EnWG. In diesem Zusammenhang erstellt die EWV in folgenden Bereichen Tätigkeitenabschlüsse nach EnWG, so wie diese erforderlich wären, wenn diese Tätigkeiten von einem rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden:

- Elektrizitätsverteilung
- Gasverteilung

Getrennte Konten werden darüber hinaus geführt für andere Aktivitäten innerhalb des Elektrizitätssektors, andere Aktivitäten innerhalb des Gassektors und andere Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Im Regelfall erfolgt in den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen eine direkte Zuordnung zu den Unternehmenstätigkeiten. In den Fällen, in denen dies nicht möglich ist oder aufgrund unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht vertretbar erscheint, wird eine Zuordnung durch sachgerechte Schlüssel vorgenommen.

Die Umsatzerlöse, der Jahresüberschuss und die Bilanzsumme in den einzelnen Tätigkeiten entwickelte sich wie folgt:

	Elektrizitätsverteilung		Gasverteilung	
	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Umsatzerlöse	22.595	16.277	20.361	14.878
Jahresüberschuss	2.986	-1.577	8.274	8.296
Bilanzsumme	41.114	30.762	85.840	84.905

Die Umsatzerlöse der Elektrizitätsverteilung in Höhe von 22,6 Mio. Euro setzen sich zusammen aus der Verpachtungstätigkeit (14,3 Mio. Euro), der Auflösung von Ertragszuschüssen (0,9 Mio. Euro) und den Konzessionsabgaben (7,4 Mio. Euro).

Die Umsatzerlöse der Gasverteilung in Höhe von 20,4 Mio. Euro setzen sich zusammen aus der Verpachtungstätigkeit (18,1 Mio. Euro), der Auflösung von Ertragszuschüssen (1,3 Mio. Euro) und den Konzessionsabgaben (1. Mio. Euro).

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Bei EWV ist das Risikomanagementsystem auf Basis der seit 2010 aktualisierten RWE-Konzernrichtlinie „Risikomanagement“ aufgebaut.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt. Die Grundsätze des Risikomanagementsystems hat die EWV in einem Risikomanagement-Handbuch dokumentiert.

Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Absatzmarktrisiken

In 2014 ist von weiteren Kundenverlusten auszugehen, da es trotz der Insolvenzen von Strom- und Gasanbietern immer noch Wettbewerber gibt, die Kunden vermutlich weiter mit äußerst niedrigen Margen akquirieren.

Die EWV hat aber bereits ein Bündel von Maßnahmen eingeleitet, um die Kundenverluste zu minimieren (Kundenbindung) und verlorene Kunden zurückzugewinnen (Reakquise). Hierzu zählen u.a. wettbewerbsfähige Strom- und Gasprodukte und der Einsatz eigener Mitarbeiter zur persönlichen Kundenrückgewinnung vor Ort. Aus Kundenbefragungen wissen wir, dass den Kunden die Kundennähe sehr wichtig ist. Mit den neuen Kundenzentren in Stolberg und Geilenkirchen bietet die EWV ein umfangreiches Beratungs- und Serviceangebot an. Zusammen mit dem „effeff.ac“ in Aachen gibt es nun für fast alle Kunden der EWV im Nahbereich eine kompetente Beratungsmöglichkeit für Energiefragen.

Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt führt zu einem schleichenden Absatzverlust. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle und temperaturbedingte Absatzrisiken.

Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken.

Die für das Jahr 2014 benötigten Strom- und Gasmengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2012 und 2013 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte beschafft und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWW angepasste Produkte gekauft. Für das Kalenderjahr 2015 bzw. das Geschäftsjahr 2014/2015 sind ebenfalls Mengen entsprechend der Risikodiversifikation bereits beschafft.

Betriebsrisiken

Betriebsrisiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Netz-, EDV- oder administrativen Bereich. Durch die Verpachtung der Verteilnetze an die regionetz wurde ein Großteil der Risiken des Netzbetriebs auf die regionetz übertragen. Diesen wird durch systematische Wartung der Netze und Anlagen sowie kontinuierlicher Verbesserung begegnet. Ziel ist die Erreichung einer hohen Versorgungssicherheit für die Kunden. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar.

Generell schützt die EWW sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWW und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWW und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die von der EWW voraussichtlich benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnismrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch ein implementiertes internes Kontrollsystem und der laufenden Überwachung der Beteiligungen.

Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen.

Durch die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur drohen weiterhin negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis.

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Marktrisiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen in Form von Kundenbindungsprogrammen, Produktmanagement und strukturierten Beschaffungsvorgängen beschlossen.

Risiko-Portfolio

Zweimal jährlich wird das Risiko-Portfolio der EWV aktualisiert. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
 - o Niedrig (>1 bis 10%)
 - o Mittel (>10 bis 20%)
 - o Hoch (>20 bis 50%)
 - o Sehr Hoch (>50 bis 100%)

und

- Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
 - o Gering (0 bis 10%)
 - o Mittel (>10 bis 20%)
 - o Schwerwiegend (>20 bis 50%)
 - o Kritisch (>50%)
 - o Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Die Wesentlichkeitsgrenze wurde für die EWV auf 2 Millionen Euro festgelegt. Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWV nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Im Berichtsjahr wurden fünf Risiken als wesentlich eingestuft, wovon drei unter besonderer Beobachtung stehen:

- Haftungsrisiko nach Wegfall der AVB (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Mit In-Kraft-Treten der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) am 08.11.06 ist die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden (AVBEltV) außer Kraft getreten. Dadurch besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass der im Wege von Allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbarte Haftungsmaßstab nach Ablauf einer sechsmonatigen Übergangsfrist, unwirksam ist. Betroffen sind Verträge außerhalb des Anwendungsbereiches der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) also außerhalb der Niederspannung. Bei Kunden, die das Anpassungsbegehren und die Verträge zurückweisen, kann ein konkludentes Verhalten mit Sicherheit nicht unterstellt werden. Im Falle einer Versorgungsstörung, die regionetz als Netzbetreiber zu verantworten hat, würde regionetz diesen Kunden gegenüber unbegrenzt gemäß BGB haften.

- Absinken der spezifischen Margen Gas (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)

Durch Einsparverhalten, Substitution von Erdgas durch andere Energieträger, Investitionen in Wärmedämmung und Energietechnik sowie durch den allgemeinen Temperaturanstieg (Gas) besteht das Risiko, dass die Margen sinken.

- Politische Krisen (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)

Hier besteht das Risiko aus Politikänderungen in Regionen und Ländern der Erde, aus denen z. B. die Gaslieferung erfolgt. Es kann zu einer Gasangebotsverknappung kommen.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Prognosebericht und Chancen

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die Energiewende belastet alle Marktteilnehmer. Konventionelle Kraftwerke werden zunehmend aus dem Erzeugungsportfolio verdrängt und werden unwirtschaftlich. Dies führt zu signifikanten Ergebniseinbrüchen bei Energieproduzenten oder Unternehmen mit Kraftwerksbeteiligungen. Steigende gesetzliche Umlagen, allen voran die EEG Umlage, belasten zunehmend die privaten Haushalte sowie Industrie und Gewerbe. Ausnahmeregelungen stehen auf dem Prüfstand, so dass auch der energieintensiven Industrie eine Kostensteigerung droht. Die kostenbedingt sinkende Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung und die drohende Kostenexplosion veranlasst die neue Bundesregierung zu einer grundlegenden Reform des EEG um Ausmaß und Geschwindigkeit des Kostenanstiegs zu bremsen.

Mit der Diskussion über den Atomausstieg ist in die Öffentlichkeit das längst vergessene Thema der Versorgungssicherheit gerückt. Mit Versorgungsausfällen wird in der Branche nicht gerechnet. Randbedingung hierfür ist aber ein rascher Netzausbau.

Nachdem die Temperaturen des Jahres 2013 deutlich unter dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Fall eines Jahres 2014 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Gas- und Stromverbrauch unter den Werten des Vorjahres liegen. Demgegenüber sollte der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage aufgrund der besseren Wirtschaftswachstumsaussichten für 2013 das Vorjahresniveau überschreiten.

In Zukunft wird es auch Aufgabe der EWV sein, den Kunden die Energiewende als Chance für die individuelle Energieversorgung zu vermitteln, idealerweise in Verbindung mit Lieferung und Leistungen der EWV.

Strategische Entwicklung der EWV

Aufbau neuer Geschäftsfelder

Im Jahr 2013 hat EWV eine intensive Analyse der „neuen Geschäftsfelder“ Dienstleistungen, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien eingeleitet, deren Ergebnisse Anfang 2014 vorliegen sollen. Ziel ist der zielgerichtete Ausbau der neuen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund mittelfristig voraussichtlich sinkender Erträge aus dem Strom- und Gasgeschäft.

Im Bereich der erneuerbaren Energien treibt die EWV gemeinsam mit ihren Beteiligungen Green Gecco, GREEN GmbH, Stolberg und Green Solar Herzogenrath GmbH, Herzogenrath, den Ausbau der regenerativen Energieproduktion weiter voran. In diesen Gesellschaften befinden sich diverse Projekte im Bereich PV und Wind in Planung. Die EWV wird sich in 2014 mit 5% an der **RURENERGIE** GmbH in Düren für ca. 100 TEuro beteiligen, die erneuerbare Energien-Anlagen projektiert und betreibt. Die Zustimmung des Aufsichtsrates wurde im November/Dezember 2013 per Umlaufbeschluss eingeholt.

Kooperationen

Im Oktober 2011 wurde mit Unterstützung der drei Energieversorger EWV GmbH, Stadtwerke Aachen AG und der Stadtwerke Jülich GmbH und dem regionalen Handwerk das Beratungszentrum effeff.ac in Aachen eröffnet. Nach nunmehr 2 Jahren hat sich das Beratungszentrum im Markt etabliert und ist damit zu einem wichtigen Baustein im Beratungs- und Vertriebsnetzwerk der EWV geworden.

In 2012 hat die Green Gecco GmbH & Co. KG weitere Windparks in Nord- und Westdeutschland erworben. Insgesamt engagiert sich Green Gecco GmbH & Co. KG aktuell und künftig bei 5 großen Windkraftprojekten (Schottland (An Suidhe), Schleswig-Holstein (Süderdeich und Hörup), Niedersachsen (Düshorner Heide, voraussichtlich ab Frühjahr 2014) und Nordrhein-Westfalen (Titz)). EWV ist mit 6,58 % der fünftgrößte kommunale Anteilseigner der Green Gecco Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, die zu 49% an der Green Gecco GmbH & Co. KG beteiligt ist. Mehrheitsgesellschafter, mit einem Anteil von 51%, ist RWE Innogy GmbH. Die Weiterentwicklung dieser Projekte war Schwerpunkt in 2013 und wird auch in 2014 fortgesetzt. Neue Projekte sind für 2014 nicht geplant.

Im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung wird ein für die EWV innovatives Projekt weiter verfolgt. Durch die erfolgte Gründung der Gesellschaft EWV Baesweiler GmbH & Co. KG, Baesweiler, gemeinsam mit der WEP Wärme-, Energie- und Prozesstechnik GmbH, Hückelhoven, und der Stadt Baesweiler im Jahr 2012 soll eine Erzeugung und Vermarktung von Strom und Wärme vor Ort in Kraft-Wärme-Kopplung realisiert werden.

Effizienzsteigerung in bestehenden Geschäftsfeldern

Am 09.10.2012 wurde von der Geschäftsführung ein Projektauftrag für ein umfassendes Projekt zur Kosten- und Prozessoptimierung inklusive einer ausführlichen Geschäftsfeldanalyse unterschrieben („EWV 2016“). Ziel ist es, die prognostizierten Ergebnisverschlechterungen durch Prozess- und Kostenverbesserungen insbesondere in den Bereichen Technik und Shared-Services zu kompensieren, sowohl in der EWV als auch in der regionetz. Hierfür wurden bei EWV und regionetz strategische Geschäftsfelder definiert und diesen Erlöse und Kosten zugeordnet. Für diese Geschäftsfelder wurden in 2013 Vorschläge zur sukzessiven Verbesserung der Ertragslage erarbeitet, welche in 2014 weiter konkretisiert und umgesetzt werden.

Ausblick

In 2014 werden die Geschäftsfeldanalysen aus dem Projekt EWV 2016 fortgeführt und in Teilen bereits umgesetzt.

Zur weiteren Effizienzsteigerung wird zum 01.01.2015 SAP als neue ERP-Software im Unternehmen eingeführt. Das Einführungsprojekt begann am 16.01.2014. Es werden sich umfangreiche organisatorische Veränderungen ergeben, so dass mit dem Betriebsrat begleitend über eine Betriebsvereinbarung sowie einen Sozialplan und Interessenausgleich im Kontext der SAP Einführung verhandelt wird.

Aufgrund der demographischen Entwicklung der Unternehmensgruppe sowie der sich ergebenden Möglichkeiten zur Personalreduktion laufen Überlegungen zur Neuauflage eines Altersteilzeitmodells in 2014. Unterschiedliche Modelle und Wirtschaftlichkeitsberechnungen werden hierzu dem Aufsichtsrat im nächsten Jahr zur Entscheidung vorgelegt.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2014 (298 Mio. Euro) leicht rückläufig sein. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus einem reduzierten Absatz von Gas und Strom. Dabei wird in 2014 mit Stromerlösen i.H.v. 117 Mio. Euro und Gaserlösen i.H.v. mit 103 Mio. Euro geplant. Das Ergebnis der regionetz ist in der Planung für 2014 mit -9,6 Mio. Euro unterstellt. Der Jahresüberschuss wird in 2014 gemäß Planung ca. 11,4 Mio. Euro betragen. Die Investitionen werden 2014 im Bereich Strom auf 11 Mio. Euro erhöht, im Gas auf 3,9 Mio. Euro reduziert. Bei Gas und Strom wird in 2014 mit geringen Kundenverlusten geplant.

Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber

in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2013 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Beteiligungen des Unternehmens

EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- 1) regionetz GmbH
- 2) Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH, Eschweiler
- 3) EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH
- 4) EWV Baesweiler GmbH & Co.KG
- 5) GREEN Bioenergie Cereshof GmbH
- 6) GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Troisdorf
- 7) GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie GmbH (vgl. Seite 363)
- 8) GREEN Solar Herzogenrath GmbH
- 9) Propan Rheingas GmbH, Brühl
- 10) Propan Rheingas GmbH & Co. KG, Brühl
- 11) Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen

In 2014 hat sich die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH zu 5% an der **RURENERGIE** GmbH (s. Seite 401) beteiligt.

Eine weitere Darstellung dieser Beteiligungen entfällt, da die Beteiligung an der EWV selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



Freizeitbad Kreuzau GmbH

Windener Weg 7
 52372 Kreuzau
 Telefon 02422/9426-0
 Telefax: 02422/9426-40
 E-Mail: kreuzau@monte-mare.de
 Homepage: www.monte-mare.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Freizeitanlage.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Einzelnen Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss Einzelvertretungs- und Einzelgeschäftsführungsbefugnis erteilt werden. Mit Bestellung eines Geschäftsführers ändert sich die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis der vorhandenen Geschäftsführer nicht, es sei denn, die Gesellschafterversammlung beschließt etwas anderes. Die Geschäftsführerbefugnis umfasst nur die gewöhnlichen Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen. Für außergewöhnliche Rechtsgeschäfte bedarf es eines vorherigen zustimmenden Gesellschafterbeschlusses. Hierzu zählen insbesondere:

1. Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, Grundstücksrechten und Rechten an einem Grundstücksrecht; dasselbe gilt für die entsprechenden Verpflichtungsgeschäfte,
2. die Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder von Teilbetrieben, die Einrichtung, Veräußerung und Aufgabe von Betriebsstätten,
3. die Erteilung oder der Einzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
4. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Unternehmen, Wertpapieren und Beteiligungen,
5. der Abschluss von Beherrschungsverträgen nach dem Aktiengesetz,
6. die Aufnahme und Gewährung von Darlehen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o.a. gleichkommen und in jedem Einzelfall ei-

ne Wertgrenze von 25.000 € überschreiten.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun Mitgliedern besteht. Acht Mitglieder sowie deren Stellvertreter werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist der allgemeine Vertreter. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, Mitglieder mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. die Übernahme neuer Aufgaben und den Abschluss von Betriebsführungsverträgen,
5. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. die Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, das Ausstellen von Wechseln, der Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o. a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten,
7. die Schenkungen und Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
8. die Führung eines Rechtsstreits, soweit der Streitgegenstand 10.000 € übersteigt,
9. den Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
10. Vornahme von baulichen Maßnahmen, seien es Neubauten, Umbauten oder Änderungen, soweit im Einzelfall die Aufwendungen 25.000 € übersteigen,
11. Anschaffung von Anlagegütern mit Anschaffungskosten von mehr als 25.000 €,
12. Anstellung und Entlassung von Arbeitnehmern mit einem Jahresbruttobezug von mehr als 30.000 € sowie Beteiligung von Arbeitnehmern am Gewinn, Umsatz oder Vermögen der Gesellschaft sowie Versorgungszusagen jeder Art,
13. Abschluss, Aufhebung oder Änderung von Leasing-, Pacht-, Mietverträgen (soweit im Einzelfall Aufwendungen von mehr als 25.000 € p.a. anfallen) oder anderen Dauerschuldverhältnissen unbeschadet von Buchstabe e). Hierunter fallen auch Verträge mit Steuerberatern oder Wirtschaftsprüfern der Gesellschaft,
14. die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung.

Gesellschafterversammlung:

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch den Geschäftsführer vertreten. Dieser hat das Stimmrecht gemäß den Weisungen der zuständigen Organe der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH

bzw. des Kreistages und seiner Ausschüsse auszuüben.

Die Gesellschafterversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen außer den im Gesetz genannten Fällen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung der Ergebnisse und Abdeckung der Verluste,
2. die Erteilung oder der Einzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
3. die Wahl des Abschlussprüfers,
4. die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder und der Geschäftsführung,
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
6. die Erteilung der Zustimmung betreffend die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Unternehmen, Wertpapieren und Beteiligungen,
8. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,
9. der Abschluss von Beherrschungsverträgen nach dem Aktiengesetz,
10. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
11. die Auflösung der Gesellschaft,
12. Rechtsgeschäfte, die nach § 6 2 des Gesellschaftsvertrages über die Befugnisse der Geschäftsführung hinausgehen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Butz, Heidi	Kreuzau	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Bozkir, Sandra Elisabeth	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Dr. Jorde, Frank	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hohn, Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Küpper, Anne	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Kreis Düren	Landrat
	Valder, Rainer	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	von Laufenberg, Reiner	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schwindt, Dietmar beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Zorn, Ralf beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

**Gesellschafter-
versammlung:**

Hürtgen, Dirk

BTG

Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

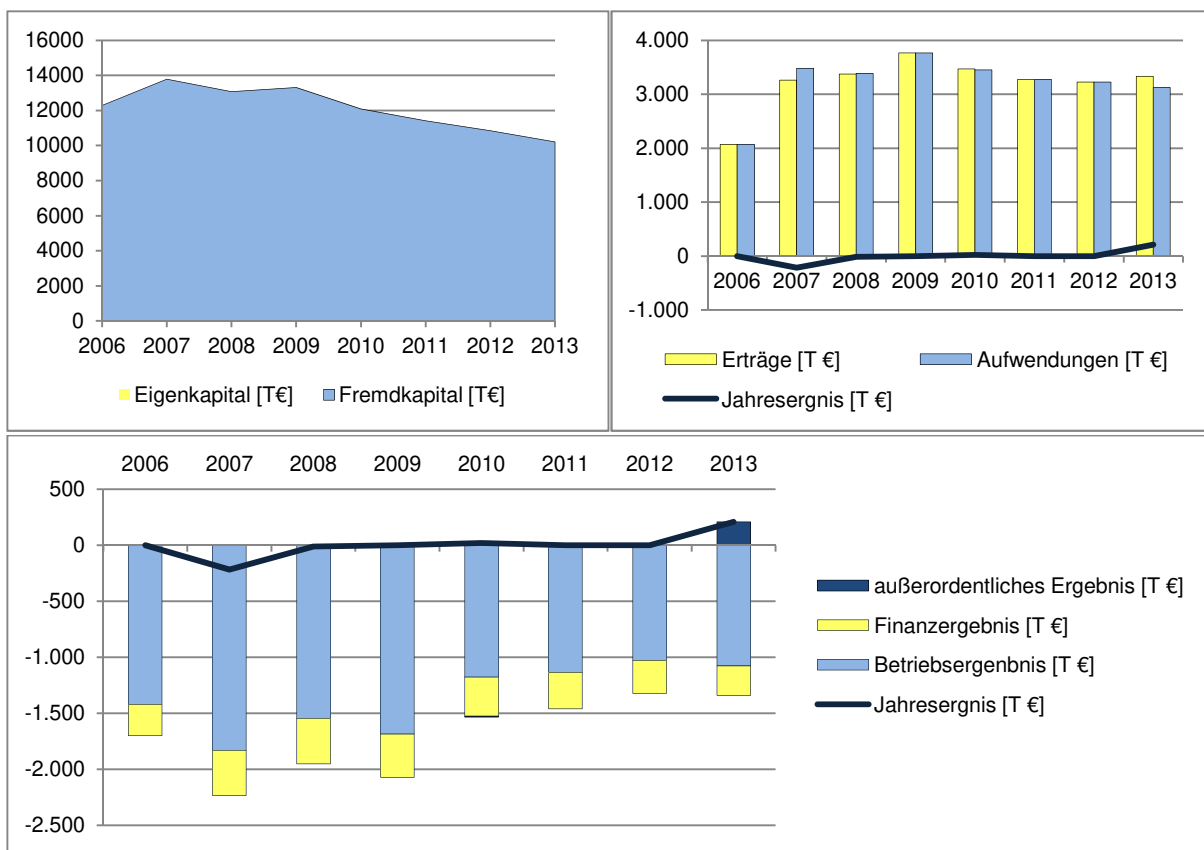
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52372 Kreuzau	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25.000,00 €	100%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	596,00 €	161,00 €	3,00 €	-158,00 €	-98,14%
II. Sachanlagen	9.123.237,00 €	8.694.274,00 €	8.126.422,00 €	-567.852,00 €	-6,53%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	38.763,88 €	36.502,55 €	28.842,46 €	-7.660,09 €	-20,99%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	782.482,34 €	694.611,13 €	847.817,27 €	153.206,14 €	22,06%
III. Kassenbestand	113.090,38 €	77.129,09 €	69.213,44 €	-7.915,65 €	-10,26%
C. Rechnungsabgrenz- ungsposten	885,02 €	1.421,43 €	2.223,93 €	802,50 €	56,46%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.337.991,69 €	1.337.991,69 €	1.128.855,15 €	-209.136,54 €	-15,63%
Summe Aktiva	11.397.046,31 €	10.842.090,89 €	10.203.377,25 €	-638.713,64 €	-5,89%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	228,09 €	228,09 €	228,09 €	0,00 €	0,00%
III. Bilanzverlust	-1.363.219,78 €	-1.363.219,78 €	-1.154.083,24 €	209.136,54 €	-15,34%
IV. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.337.991,69 €	1.337.991,69 €	1.128.855,15 €	-209.136,54 €	-15,63%
C. Rückstellungen	200.071,65 €	126.287,79 €	207.805,36 €	81.517,57 €	64,55%
D. Verbindlichkeiten	11.204.974,66 €	10.715.803,10 €	9.995.571,89 €	-720.231,21 €	-6,72%
Summe Passiva	11.405.046,31 €	10.842.090,89 €	10.203.377,25 €	-638.713,64 €	-5,89%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.576.282,88 €	1.689.769,75 €	1.726.924,13 €	37.154,38 €	2,20%
2. sonstige betriebliche Erträge	196.591,69 €	191.123,91 €	121.116,87 €	-70.007,04 €	-36,63%
3. Materialaufwand	622.707,26 €	633.593,39 €	576.081,04 €	-57.512,35 €	-9,08%
4. Personalaufwand a) Löhne u. Gehälter	751.662,09 €	723.785,42 €	804.524,30 €	80.738,88 €	11,16%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	225.830,10 €	222.130,96 €	165.687,31 €	-56.443,65 €	-25,41%
5 Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäfts- betriebes	607.373,15 €	613.651,04 €	592.404,97 €	-21.246,07 €	-3,46%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	703.712,05 €	716.316,39 €	786.424,60 €	70.108,21 €	9,79%
Betriebsergebnis	-1.138.410,08 €	-1.028.583,54 €	-1.077.081,22 €	-48.497,68 €	4,71%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	9,45 €	0,00 €	26.502,00 €	26.502,00 €	
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	322.671,01 €	294.620,71 €	289.329,12 €	-5.291,59 €	-1,80%
Finanzergebnis	-322.661,56 €	-294.620,71 €	-262.827,12 €	31.793,59 €	-10,79%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-1.461.071,64 €	-1.323.204,25 €	-1.339.908,34 €	-16.704,09 €	1,26%
10. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	209.136,54 €	209.136,54 €	
11. Außerordentliche Aufwen- dungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	209.136,54 €	209.136,54 €	
10. sonstige Steuern	38.557,33 €	23.261,30 €	-89.636,41 €	-112.897,71 €	-485,35%
11. Erträge aus Verlustübernahme	1.499.628,97 €	1.346.465,55 €	1.250.271,93 €	-96.193,62 €	-7,14%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00 €	0,00 €	209.136,54 €	209.136,54 €	



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	74	82	68,75

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlagen des Unternehmens

Die Freizeitbad Kreuzau GmbH wurde am 21.12.1999 errichtet. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Freizeitanlage. Der Sitz der Gesellschaft ist in Kreuzau.

Gesellschafter der Freizeitbad Kreuzau GmbH ist die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Mit dieser besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Die Betriebsführung wird seit dem 13.02.2009 von der monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH wahrgenommen.

Das Geschäftsjahr 2013 ist das vierte reguläre Betriebsjahr nach der Übernahme der Betriebsführung durch die monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die herausragendste Veränderung in unserer Gesellschaft ist subsummiert unter dem Begriff des „Demographischen Wandels“. Dieser hinterlässt branchenübergreifend nachhaltige Einschnitte. Die Dynamik dieser Entwicklung erfordert angemessene Anpassungsprozesse zum Erhalt der Marktkonformität. Die unterschiedlichen Interessen in unterschiedlichen Lebensphasen sorgen damit für nachhaltiges Wachstum in den Bedürfnisbereichen „Erholung und Gesundheit“ einerseits und einem nachlassenden Interesse an „Action und Fun“ auf der anderen Seite.

Im Gegensatz zum überwiegend preissensiblen Nutzer des Badeangebotes, ist das Klientel im Saunabereich deutlich stärker qualitätsorientiert. Die Bereitschaft eine gute Dienstleistung auch adäquat zu honorieren ist ebenso weit verbreitet, wie die hohe Erwartungshaltung an das gastronomische Angebot und die sonstigen Nebenleistungen.

Der Wachstumsmarkt Sauna/Wellness hat nichts von seiner Dynamik verloren, allerdings hat dieser Erfolg zu einer deutlichen angebotsseitigen Verbreiterung geführt.

Als regionales Freizeitangebot leistet das Freizeitbad Kreuzau einen wertvollen gesellschafts-, gesundheits- und sozialpolitischen Beitrag. Damit hebt sich das Angebot in Kreuzau ganz bewusst von den deutlich hochpreisigeren Mitbewerbern im Umfeld ab.

Geschäftsverlauf

Die Schwerpunkte der Betriebsführung in 2013 lagen in den Bereichen Personalführung und -entwicklung, Überprüfung und Weiterentwicklung der Betriebsabläufe, Vermarktung der neuen Angebote (Saunaaußenbecken und Erweiterung Wellness), Verbesserung der Dienstleistungen, Verbesserung der Pro-Kopf-Erlöse und Kontrolle der Ausgaben.

Die Besucherzahlen im Angebotsbereich „Bad“ und „Sauna“ sind im Jahresverlauf 2013 leicht rückläufig. Das erste Quartal 2013 war neben einer sehr langanhaltenden Erkältungs- und Grippewelle stark belastet durch äußere Witterungsumstände (Schnee, Blitz- eis) und die hierdurch veranlassten äußerst schwierigen Straßenverhältnisse. Ungünstige Witterungsumstände (extreme Hitzewelle) und die Verschiebung der Sommerferien (um 2 Wochen im Vergleich zu 2012) führten ebenfalls im Juli zu Besucherverlusten. In den restlichen Monaten konnte das Vorjahresniveau gehalten, jedoch die Besucherverluste der o.g. Monate des Geschäftsjahres 2013 nicht vollständig kompensiert werden. Es bleibt festzustellen, dass die Erweiterung des Saunaangebotes mit Dampfsauna und Außenbecken sowie die Erweiterung des Wellnessbereiches in der Saunasaison 2013 noch nicht das gewünschte Ergebnis gebracht hat.

Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen 2012 ergeben sich nachfolgende Veränderungen:

- Badbereich (nur zahlende Gäste, ohne Schul- und Vereinsschwimmen)
von 154.340 auf 145.803 (-5,53 %)
- Saunabereich
von 32.901 auf 32.464 (-1,33 %)

Die Pro-Kopf-Erlöse konnten in allen Bereichen verbessert werden:

- Eintritte:
 - Bad: 4,18 € (2012 4,17 €)
 - Sauna: 12,90 € (2012 11,72 €)
 - Gastronomie
 - Bad: 1,62 € (2012 1,57 €)

- Sauna: 4,66 € (2012 3,76 €)
- Wellness: 1,61 € (2012 1,40 €)
- Shop: 0,17 € (2012 0,16 €)
- Sonstige: 0,86 € (2012 0,79 €)

Die Umsatzerlöse haben sich trotz rückläufiger Besucherzahlen um 37.154,38 € zu 2012 verbessert. Dies ist vor allem auf die Steigerung der Pro-Kopf-Erlöse im Saunabereich zurückzuführen.

Sehr erfreulich entwickelte sich weiterhin im Geschäftsjahr 2013 der Bereich "Optimierung der Betriebsabläufe". Die Ergebnisvorgabe des Wirtschaftsplanes 2013 konnte erreicht werden. Unter Berücksichtigung einmaliger Effekte aus Umsatzsteuererstattungen (zzgl. Zinsen) der Jahre 2000, 2001, 2003, 2004 und 2005 wurden die Zielvorgaben des Wirtschaftsplanes 2013 sogar übertroffen. Der Geschäftsverlauf des Jahres 2013 war damit insgesamt zufriedenstellend.

Die Personalaufwendungen sind ein stark dominierender Kostenblock für die Freizeitbad Kreuzau GmbH. Diese entwickelten sich im Geschäftsjahr 2013 leicht steigend. Im operativen Geschäft mussten 24.295,23 € mehr aufgewendet werden. Hinzu kommen die Kosten für Betriebsleitung und Geschäftsbesorgung. Die Freizeitbad Kreuzau GmbH legt Wert auf gute und umfassende Dienstleistung am Gast. Hierdurch steigt stetig die Zufriedenheit der Gäste weiter, die Beschwerden nahmen ab. Hierdurch wurde das Image weiter verbessert.

Der Sanierungsbedarf und die Instandhaltungsarbeiten wurden nach dem für 2013 erstellten Prioritäten-Plan abgearbeitet. Die Anlage ist, trotz des teilweise fortgeschrittenen Alters, weiterhin in einem sehr gepflegten Zustand.

Lage **Ertragslage**

Die Umsatzerlöse der Freizeitbad Kreuzau GmbH betragen im Geschäftsjahr 2013 1.727 T€ und wurden damit um 2,2 % gesteigert (2012: 1.690 T€). Verrechnet mit den bezogenen Materialeleistungen in Höhe von 576 T€ (2012: 633 T€) ergibt sich ein Rohertrag von 1.151 T€ (2012: 1.057 T€). Der Rohertrag verbesserte sich damit im Geschäftsjahr 2013 um 8,96 %.

Dem Rohertrag stehen Personalaufwendungen, Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von insgesamt 2.348 T€ (2012: 2.276 T€) gegenüber. Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 121 T€ (2012: 191 T€).

Der GuV-Posten Sonstige Steuern enthält Umsatzsteuererstattungen der Jahre 2000, 2001, 2003, 2004 und 2005 in Höhe von 112 T€. Es handelt sich dabei um einmalige Effekte.

Vor Berücksichtigung der Abschreibungen in Höhe von 592 T€ (2012: 614 T€) sowie der verausgabten Zinsen in Höhe von 289 T€ (2012: 295 T€) beträgt das Ergebnis der operativen Geschäftstätigkeit ./.. 369 T€ (2012: ./.. 437 T€). Das Ergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 68 T€.

Bei einem Finanzergebnis in Höhe von ./.. 264 T€ (2012: ./.. 295 T€) beläuft sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Freizeitbad Kreuzau GmbH auf ./.. 1.340 T€ (2012: ./.. 1.323 T€).

Unter Berücksichtigung der Verlustübernahme durch den Gesellschafter ergibt sich ein Jahresergebnis in Höhe von 0 T€ (2012: Jahresergebnis 0 T€).

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8 T€ auf 69 T€ verringert. Die Gesellschaft ist von der Fortführung des mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages sowie der unterjährigen Liquiditätsbereitstellung durch die BTG abhängig.

Vermögenslage

Das Gesamtvermögen der Freizeitbad Kreuzau GmbH beträgt zum 31.12.2013 10.413 T€ und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 429 T€ reduziert.

In der Vermögensstruktur überwiegt das Anlagevermögen mit 8.127 T€ (2012: 8.695 T€). Ursächlich für die Verringerung des Anlagevermögens um 568 T€ gegenüber dem Vorjahr sind im Wesentlichen die Abschreibungen auf Sachanlagen. Die Anlagenintensität (Anlagevermögen/Gesamtvermögen) beträgt 78,05 % (2012: 80,20 %).

Das Umlaufvermögen ist verglichen mit dem Vorjahr um 137 T€ von 809 T€ auf 946 T€ gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Forderungen gegen Gesellschafter zurückzuführen.

Die liquiden Mittel sind von 77 T€ auf 69 T€ gesunken.

Es besteht ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 1.338 T€ (2012: 1.338 T€), der aus Zeiten vor Inkrafttreten des Ergebnisabführungsvertrages stammt.

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Prognosebericht

Durch Analysen des Besucherverhaltens und der Rahmenbedingungen aus 2013 ist für 2014 davon auszugehen, dass sich die Anzahl der Badebesucher oberhalb des Vorjahresniveaus bewegen werden. Im Saunabereich wird mindestens das Vorjahresniveau und darüber hinaus eine leichte Steigerung der Besucherzahlen erwartet. Sommeraktionen im Saunabereich sollten das Sommerloch nicht so stark ausfallen lassen. Allerdings ist das Besucherverhalten während der Fußball WM 2014 nicht einschätzbar. Die neuen Angebote aus 2012 (Dampfbad, Erweiterung des Wellnessbereiches und Ganzjahres-Außenbeckens) sollten nun endgültig am Markt angekommen sein und zu einer Verbesserung der Besucherzahlen führen.

Die erwarteten Umsatzerlöse für die Gastronomie des Bades und der Sauna sowie des Wellnessbereiches sind weiterhin positiv. Alle anderen Bereiche sind in gleicher Höhe wie 2013 geplant. Weiterhin werden alle Angebote immer wieder im Detail modifiziert. Das Wellnessangebot wurde auch für 2014 erweitert und das Kursprogramm im Badbereich mit neuen Trainern belegt und marktgerecht ausgerichtet. Die Angebote der monte mare Wellness-Weltreise mit Tages- bzw. Monatsspecials im Bereich Gastronomie, Massage und Sauna wurden von den Gästen sehr gut angenommen und bewertet. Dies bleibt auch weiterhin in 2014 eine wichtige Marketingmaßnahme.

Durch einheitliche Angebote (z.B. neue Standard-Speisekarte) innerhalb der monte mare Familie, verbunden mit einem überregionalen Marketing, wird die Attraktivität und der Bekanntheitsgrad der Anlage in Kreuzau weiterhin gesteigert.

Bei den sonstigen Ausgaben werden in 2014 strikt die Regularien des Vorjahres beachtet, so dass hier mit ähnlich positiven Ergebnissen zu rechnen ist.

Der Wartungs-, Instandhaltungs- und Sanierungsplan wird mit den zur Verfügung stehenden Mitteln des Wirtschaftsplans 2014 nach Priorität abgearbeitet.

Eine konkrete und damit realistische Vorausschau der wirtschaftlichen Ertragskraft des Badebereiches ist über mehrere Jahre hinweg nicht möglich. Durch die Aufwertung des Saunaangebotes wird in diesem Bereich zukünftig mit mehr Besuchern und mehr Umsatz gerechnet. Für das Geschäftsjahr 2014 wird im Badebereich von einer Besucherzahl von 150.000 Gästen (nur zahlende Gäste, ohne Schul- und Vereinsschwimmen) und im Saunabereich von einer Besucherzahl von 33.000 Gästen ausgegangen.

Der Bau einer großen Therme in Euskirchen soll voraussichtlich im Herbst 2014 die ersten Teilabschnitte erreicht haben. Für 2014 wird durch den zusätzlichen Mitbewerber noch mit keinen nennenswerten Einbußen für die Anlage in Kreuzau gerechnet.

Für das Geschäftsjahr 2014 wird laut Wirtschaftsplan von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.370 T€ ausgegangen.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Zwischen der Freizeitbad Kreuzau GmbH und der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (Beginn 01.01.2003). Der Vertrag kann jeweils zum 31.12. eines Jahres gekündigt werden. Die mögliche jährliche Kündigung des Ergebnisabführungsvertrages beinhaltet das Risiko der Zahlungsunfähigkeit für die Freizeitbad Kreuzau GmbH. Für den weiteren Betrieb der Freizeitanlage in Kreuzau durch die Gesellschaft ist die Fortführung des Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft erforderlich. Von einem Fortbestehen des Ergebnisabführungsvertrags wird ausgegangen.

Chancenbericht

Die besonderen Chancen des Unternehmens liegen in der Fortführung der durch die Betreiber-gesellschaft eingeleiteten Maßnahmen und der damit einhergehenden besseren Ausnutzung der Entwicklungspotenziale der Freizeitanlage in Kreuzau.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Freizeitbad Kreuzau GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)

Marienstr. 15
52351 Düren
Telefon: 02421/4885 - 111
Telefax: 02421/4885 - 15
E-Mail: p.kaptain@kreis-dueren.de
Homepage: www.gis-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen im Kreis Düren.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierzu zählen sämtliche Auftragsgeberfunktionen bei Planungen und Bau sowie Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung dieses Vermögens.

Die Gesellschaft ist im Rahmen des Gesellschaftszwecks ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot strukturentwickelnd und wirtschaftsfördernd subsidiär tätig.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft einzeln. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann einzelnen oder mehreren Geschäftsführern das Recht verleihen, die Gesellschaft einzeln zu vertreten. Sie kann auch einzelne oder alle Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien. Im Übrigen werden die Geschäftsführer durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun Mitgliedern besteht. Acht Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist sein allgemeiner Vertreter. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Die vom Kreistag entsandten Vertreter des Gesellschafters im Aufsichtsrat unterliegen

den Bestimmungen des § 113 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. die Beschlussfassung über die Übernahme neuer Aufgaben,
5. die Beschlussfassung über den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. die Beschlussfassung über die Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, das Ausstellen von Wechseln, der Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o. a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten,
7. die Beschlussfassung über die Schenkungen und Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
8. die Beschlussfassung über die Führung eines Rechtsstreits, soweit der Streitgegenstand 10.000 € übersteigt,
9. die Beschlussfassung über den Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
10. die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung,
11. die Beschlussfassung über die Einstellung und Entlassung von hauptamtlichen Personal der Gesellschaft.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung Landrat vertreten. Dieser hat das Stimmrecht gemäß den Weisungen des Kreistages und seiner Ausschüsse auszuüben (§ 113 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW).

Die Gesellschafterversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegt außer den sonst im Gesetz genannten Fällen:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung der Ergebnisse und die Abdeckung der Verluste,
2. die Erteilung oder der Entzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
3. die Wahl des Abschlussprüfers,
4. die Entlastung der Geschäftsführung und der Aufsichtsratsmitglieder,
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschl. Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
6. die Erteilung der Zustimmung nach § 5,
7. die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung

- eines Geschäftsanteils,
- 8. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Wertpapieren und Beteiligungen,
- 9. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,
- 10. der Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Unternehmensverträgen nach dem Aktiengesetz,
- 11. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
- 12. die Auflösung der Gesellschaft.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze		100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme		100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Fuchs, Elmar	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Kessel, Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Kolonko-Hinssen, Eva-Maria	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Mickertz, Wilfried	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Münstermann, Peter	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Neulen, Leonhard <small>bis April 2015</small>	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Kreis Düren	Landrat
	Szadkowski, Heike	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Weingartz, Hermann Josef <small>seit 24.06.2015</small>	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Ladendorf, Ingo <small>beratendes Mitglied</small>	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Pranter, Christoph <small>beratendes Mitglied</small>	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Gesellschafterversammlung:	Emunds, Guido	BTG

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

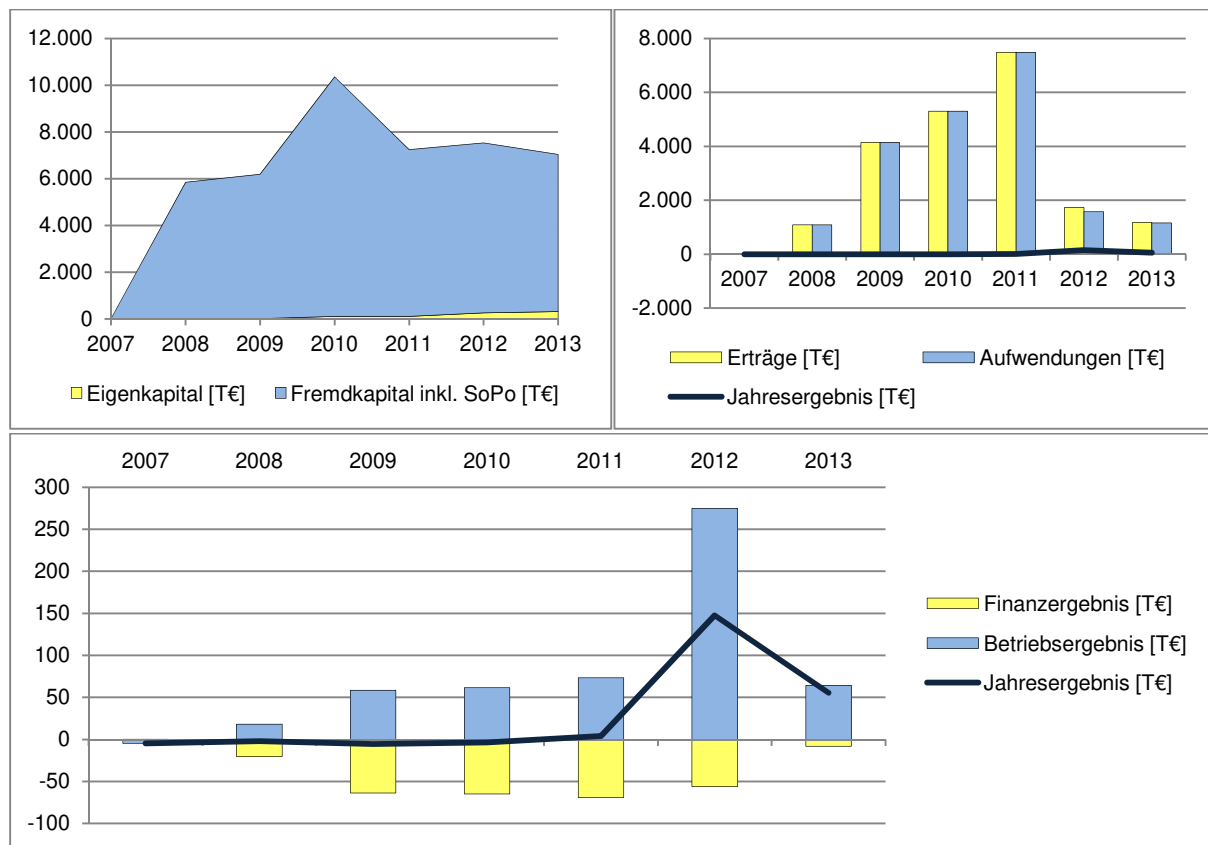
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25.000,00 €	100%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten, einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	2.711.550,12 €	2.669.852,12 €	2.736.964,82 €	67.112,70 €	2,51%
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	206.259,57 €	174.535,57 €	142.849,57 €	-31.686,00 €	-18,15%
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00 €	0,00 €	285.478,40 €	285.478,40 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.092.739,97 €	349.499,53 €	0,00 €	-349.499,53 €	-100,00%
2. fertige Erzeugnisse und Waren	0,00 €	0,00 €	76.551,09 €	76.551,09 €	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.901.953,58 €	4.142.675,57 €	3.772.995,78 €	-369.679,79 €	-8,92%
III. Guthaben bei einem Kreditinstitut	332.015,35 €	189.607,38 €	22.291,12 €	-167.316,26 €	-88,24%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	1.172,69 €	187,50 €	-985,19 €	-84,01%
Summe Aktiva	7.244.518,59 €	7.527.342,86 €	7.037.318,28 €	-490.024,58 €	-6,51%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	100.000,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlustvortrag	-15.780,10 €	-11.710,47 €	135.965,85 €	147.676,32 €	-1261,06%
IV. Jahresergebnis	4.069,63 €	147.676,32 €	55.587,59 €	-92.088,73 €	-62,36%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.140.728,15 €	1.095.074,53 €	1.146.955,93 €	51.881,40 €	4,74%
C. Rückstellungen	473.920,12 €	556.231,10 €	412.067,14 €	-556.231,10 €	-100,00%
D. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.955.970,74 €	2.241.900,20 €	2.319.317,91 €	77.417,71 €	3,45%
2. Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	28.080,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	354.531,78 €	22.905,40 €	24.944,36 €	2.038,96 €	8,90%
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.833.216,23 €	2.843.715,57 €	2.812.918,35 €	-30.797,22 €	-1,08%
5. Sonstige Verbindlichkeiten	344.782,04 €	506.550,17 €	4.561,15 €	-501.989,02 €	-99,10%
Summe Passiva	7.244.518,59 €	7.527.342,86 €	7.037.318,28 €	-490.024,54 €	-6,51%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	5.597.096,62 €	1.355.242,10 €	497.745,41 €	-857.496,69 €	-63,27%
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-4.827.516,97 €	-613.581,08 €	48.177,21 €	661.758,29 €	-107,85%
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.799.384,40 €	213.297,58 €	437.530,58 €	224.233,00 €	105,13%
4. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.739.887,16 €	67.071,82 €	48.177,21 €	-18.894,61 €	-28,17%
5. Personalaufwand	298.593,48 €	343.166,91 €	308.500,07 €	-34.666,84 €	-10,10%

6. Abschreibungen	73.621,00 €	73.422,00 €	394.509,65 €	321.087,65 €	437,32%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	383.571,69 €	196.453,83 €	207.630,01 €	11.176,18 €	5,69%
	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Betriebsergebnis	73.290,72 €	274.844,04 €	64.236,26 €	-210.607,78 €	-76,63%
8. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	88.063,18 €	156.529,86 €	193.176,67 €	36.646,81 €	23,41%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	157.176,69 €	212.669,63 €	201.208,73 €	-11.460,90 €	-5,39%
Finanzergebnis	-69.113,51 €	-56.139,77 €	-8.032,06 €	48.107,71 €	-85,69%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	4.177,21 €	218.704,27 €	56.204,20 €	-162.500,07 €	-74,30%
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00 €	70.928,95 €	322,11 €	-70.606,84 €	-99,55%
11. Sonstige Steuern	107,58 €	99,00 €	294,50 €	195,50 €	197,47%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	4.069,63 €	147.676,32 €	55.587,59 €	-92.088,73 €	-62,36%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	3

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren als Mieter der in Besitz der GIS stehenden Rettungswache in Nörvenich hat in 2013 einen Betrag von insgesamt 27.840,00 € für Mietkaufraten und Nebenkosten an die GIS gezahlt. Für die Brandsimulationsanlage in Stockheim hat der Kreis Düren 67.411,32 € für Mietkaufraten und Nebenkosten gezahlt.

Die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) erstattete für 2013 einen Betrag i.H.v. insgesamt 4.000,00 € für entstandene Sachkosten an den Kreis Düren.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Ziele und Strategien

Die GIS ist als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, deren alleiniger Gesellschafter wiederum der Kreis Düren ist, ausschließlich im kommunalen Umfeld tätig. Die Konzentration der geschäftlichen Aktivitäten auf kommunal genutztes Infrastrukturvermögen bringt demzufolge auch Synergieeffekte durch die jeweiligen Aktivitätsschwerpunkte der öffentlichen Hand mit sich.

Steuerungssystem

Grundlage für die Steuerung des Unternehmens stellt der jährlich aufzustellende 5-jährige Wirtschafts- und Finanzplan dar.

Ab 2010 wurden das Rechnungswesen und die administrativen Verwaltungsaufgaben aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages von der alleinigen Gesellschafterin übernommen. Die Gesellschaft wurde somit in das Controlling- und Überwachungssystem des Mutterunternehmens integriert und gesteuert.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Mit einem Wirtschaftswachstum von 0,4 % im Jahr 2013 ist die deutsche Wirtschaft insgesamt schwach gewachsen. Da das Beschäftigungsniveau allerdings mit 41,6 Mio. Erwerbstätigen auf Rekordniveau lag, resultierten wesentliche wirtschaftliche Impulse aus dem Konsumverhalten des privaten Sektors. Der private Konsum stieg um 0,9 %.

Der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt bewegte sich in den vergangenen Jahren knapp unterhalb der 50 %-Grenze und stellt damit einen wesentlichen Anteil dar. Die soziale Sicherung ist der wichtigste Aufgabenbereich, der den regelmäßig größten Anteil an den öffentlichen Ausgaben ausmacht. Der daraus resultierende Effekt für die GIS war die Umsetzung des Projektes zum Bau einer Kindertagesstätte in Langerwehe-Pier, mit deren Bau im September 2013 begonnen wurde.

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf für das Berichtsjahr war durch folgende Tätigkeitsschwerpunkte geprägt:

Geschäftsbesorgungsverträge für die VVG und die Südkom

Einer der wesentlichen Aufgabenschwerpunkte des abgelaufenen Jahres resultierte aus den Geschäftsbesorgungsverträgen für die Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und die Südkom.

Jugendherberge

Die Jugendherberge wurde im Wege eines sog. Mietkaufmodells an das DJH verpachtet. Die Pachtzahlungen erfolgen seit Januar 2011. Der notarielle Vertragsentwurf zur Teilung des im Gemeinschaftseigentum mit der Stadt Nideggen stehenden Grundstücks liegt vor; die Umsetzung mit der Stadt Nideggen gestaltet sich nachhaltig schwierig.

Schwimmzentrum Jülich

Die GIS war als Projektentwickler und ausschreibende Stelle tätig. Das PPP-Vergabeverfahren wurde mit dem Teilnahmewettbewerb bereits 2009 eingeleitet. Im Jahr 2012 erfolgten eine Reduzierung des Leistungsumfangs und ein erneuter Aufruf zur Angebotsabgabe. Im Frühjahr 2013 hat die Stadt Jülich das Ausschreibungsverfahren vor Aufnahme der ersten Verhandlungsrunde gestoppt. Demzufolge entfällt für die Entwicklungsgesellschaft indeland (EWIG) GmbH die Refinanzierungsmöglichkeit bei einem obsiegenden Bieter.

indertagesstätte in Langerwehe- Pier

In Zusammenarbeit mit dem Jugendamt des Kreises Düren und der Gemeinde Langerwehe wurde ein Konzept zur Errichtung einer neuen Kindertagesstätte in Langerwehe-Pier erarbeitet. Im September 2013 wurde mit dem Bau begonnen; der Baufortschritt verläuft entsprechend der Planung; die kalkulierte Bausumme wird nach derzeitigem Projektstand nicht überschritten.

Lage

Ertragslage

Die Gesamtleistung der Gesellschaft betrug 586 T€ und entfiel mit 107 T€ auf die Vereinnahmung von Mieten und Nebenkosten aus dem DLZ Nideggen und der JH Nideggen, darüber hinaus mit 344 T€ aus den Geschäftsbesorgungsverträgen.

Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge (438 T€), die fast ausschließlich aus der Auflösung einer Verbindlichkeit resultieren, ergab sich ein Rohergebnis i.H.v. 970 T€ (i.V. 828 T€).

Die Abschreibungen für das Geschäftsjahr wurden für das Dienstleistungszentrum Nideggen in Anspruch genommen, darüber hinaus wurde eine außerplanmäßige Abschreibung auf das Umlaufvermögen i.H. 321 T€ vorgenommen.

Der Personalaufwand berücksichtigt die Gehälter für den Geschäftsführer, den Hallenwart sowie die Aushilfen der Arena und eines techn. Mitarbeiters.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (208 T€) blieben annähernd im Bereich des Vorjahres-niveaus. Sie enthalten die geschäftsüblichen Verwaltungs- und Beratungskosten sowie die Nebenkosten für das vermietete Gebäude des DLZ Nideggen, dessen Gegenposten unter den Erlösen aus Nebenkostenabrechnungen ausgewiesen werden.

Es ergibt sich ein positives Betriebsergebnis i.H.v. 65 T€ (i.V. 274 T€ im Vorjahr).

Beim Finanzergebnis (minus 8 T€) steht dem Zinsaufwand von 201 T€ der im Wesentlichen auf die Darlehenszinsen für die vier langfristigen Darlehen entfällt, ein Zinsertrag von 193 T€ aus den Zinsen aus den Verträgen der Rettungswache Nörvenich, der Jugendherberge und der Brandsimulationsanlage gegenüber.

Nach Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von minus 8 T€ ergibt sich ein Jahresüberschuss im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 i.H.v. 55.587,59 € (148 T€ im Vorjahr), der gemäß Vorschlag des Geschäftsführers an die Gesellschafterversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Das Jahresergebnis entspricht dem für das Jahr 2013 aufgestellten Wirtschafts- und Finanzplan des Unternehmens.

Finanzlage

Die liquiden Mittel der Gesellschaft verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 167 T€, was auf die projektbezogene Finanzierung durch den Bau des Kindergartens Langerwehe aus eigenen Mitteln zurück zu führen ist. Die Einnahmen der Gesellschaft resultieren primär aus den Geschäftsbesorgungsverträgen, da die Pachteinnahmen aus den Projekten lediglich die Zins- und Tilgungsleistungen aus den Kreditverträgen abdecken. Die aus den Geschäftsbesorgungsverträgen resultierenden Einnahmen dienen hauptsächlich der Abdeckung der Personalkosten für das eingesetzte Personal.

Im Übrigen wird bezüglich der Kapitalstruktur, der Eigen- und Fremdkapitalquote sowie zu projektbezogenen Finanzierungen auf den Punkt 2.3.3 Vermögenslage verwiesen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2013 7.037 T€ (VJ 7.527 T€). Der Abgang resultiert primär aus der Veränderung aus den bilanziellen Auswirkungen aus dem Schwimmbereich.

Das Anlagevermögen verminderte sich um planmäßige Abschreibungen (73 T€) und erhöhte sich um die Zugänge (394 T€).

Der Zugang resultiert aus den Auswirkungen aus dem neuen Projekt Kindertagesstätte Langerwehe-Pier mit 285 T€ im Rahmen der Anlagen im Bau und mit 108 T€ im Rahmen des Grundvermögens.

Das Eigenkapital (ohne Berücksichtigung des anteiligen Sonderpostens) der Gesellschaft beträgt 317 T€ (VJ 260 T€) und hat sich somit aufgrund des Jahresüberschusses um 56 T€ erhöht. Die Rückstellungen betragen 412 T€ (VJ 556 T€), die Reduzierung beruht auf der Anpassung des Rückforderungsanspruchs aus Fördermitteln, der sich um ca. 50 % verringert hat.

Das Vermögen der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag mit 95,5 % (i.V. 96,5 %) fremdfinanziert (einschl. Sonderposten). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Finanzierung des DLZ Nideggen und der Jugendherberge Nideggen durch ein Gesellschafterdarlehen des alleinigen Mutterunternehmens, der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) gestellt wird.

Das langfristig verfügbare Kapital besteht ausschließlich aus fünf langfristigen Darlehen. Sie dienen der Finanzierung des Erwerbs sowie des Umbaus der Jugendstilvilla Haus Effels zum Dienstleistungszentrum (DLZ) Nideggen. Des Weiteren wird hiermit die Errichtung der neuen Jugendherberge Nideggen auf einem an das DLZ angrenzenden Grundstück finanziert. Darüber hinaus wurde ein weiteres Darlehen zur Finanzierung der Rettungswache in Nörvenich sowie zum Bau des Feuerwehrgerätehauses in Heimbach und zum Bau der Brandsimulationsanlage in Kreuzau-Stockheim aufgenommen.

In den Sonderposten für Investitionszuschüsse wurden die erhaltenen Fördermittel eingestellt, die aus Mitteln des NRW/EU-Programms Ziel 2, Phase 5, für die Auslaufgebiete 2000-2005 nach Maßgabe des Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms des Landes Nordrhein-Westfalen für das Dienstleistungszentrum Nideggen gewährt wurden. Der Sonderposten wurde entsprechend einer mittlerweile endgültig feststehenden Rückzahlungsverpflichtung i.H.v. 115

T€ angepasst; gleichlautend die Position Rückstellungen entsprechend reduziert. Der Sonderposten wurde im Berichtsjahr abschreibungskonform aufgelöst und die infolge der Anpassung für die Vorjahre nachzuholende Auflösung entsprechend vorgenommen. Unter den Vorräten wird ein zur Veräußerung bestimmtes Grundstück (Karstadt Grundstück) ausgewiesen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das operative Geschäft der Gesellschaft besteht schwerpunktmäßig in der Durchführung neuer Projekte. Die diesen zu Grunde liegenden Rentabilitätsberechnungen spiegeln sich in den wesentlichen Steuerungsgrößen Umsatz und Erträge wieder.

Als Steuerungselemente dienen Rentabilitätskennziffern sowie Cashflow-Analysen.

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren von besonderer Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Gesellschaftszweck nachhaltig erfüllt bzw. erreicht werden kann.

Nachtragsbericht

Aktuelle Entwicklungen zum Projekt „Schwimmzentrum“ sind im Jahresabschluss berücksichtigt (siehe dazu auch die Erläuterungen zum Punkt "Geschäftsverlauf").

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Aachen zur Rückforderung des Zuschusses der Bezirksregierung zum Projekt „Nationalparktor“ und „Dienstleistungszentrum“ liegt vor. Nach Empfehlung der beauftragten Anwaltskanzlei wurde von Seiten des Kreises Düren kein Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt. Dieser Antrag wurde jedoch seitens der Bezirksregierung eingereicht und vom OVG Münster am 23.04.2014 abschlägig entschieden. Eine Berufung ist demzufolge nicht mehr zulässig. Etwa die Hälfte des Rückstellungsbetrages wurde in den Sonderposten um-gegliedert.

Die Forderungen aus den Miet- und Mietkaufverträgen werden planmäßig erfüllt.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Für die Geschäftsjahre 2014 ff geht die Wirtschaftsplanung des Unternehmens von einem positiven Ergebnis aus (33 T€), welches insbesondere aus den Projektsteuerungshonoraren für neue Projekte resultieren.

Ab dem laufenden Jahr zeichnen sich neue Projekte ab. Zu erwähnen sind hier die Überlegungen des Kreises Düren zur Einrichtung einer Verwaltungsstelle in Jülich sowie die erforderlichen Baumaßnahmen im Rahmen der Umsetzung des neuen Rettungsdienstbedarfsplanes.

Risikobericht

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Da die Gesellschaft vorwiegend über Kunden aus dem öffentlichen Bereich verfügt, sind Forderungsausfälle nicht zu erwarten. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend mittels Eigenmittel.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird regelmäßig ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -egänge vermittelt.

Die Gesellschaft ist als Tochterunternehmen der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH in das Controlling- und Überwachungssystem des Mutterunternehmens integriert und entspricht der Größe des Unternehmens.

Chancenbericht

Die besonderen Chancen des Unternehmens liegen in der Nähe zu den Kommunen und kommunalen Gesellschaften, wodurch sich positive Synergieeffekte ergeben.

Für den positiven Fortbestand der GIS sind neue Aufträge von wesentlicher Bedeutung.

Hinsichtlich der Solvenz der Mieter sind keine Risiken zu erwarten, da als Auftraggeber Kommunen oder kommunale Gesellschaften auftreten. Beim Mieter des Dienstleistungszentrums Nideggen, der DGA, handelt es sich um eine Schwestergesellschaft.

Aus den Geschäftsbesorgungsverträgen ergeben sich positive Rahmenbedingungen für das Unternehmen, die zu einem gewissen Grad zu einer Stabilisierung auf der Einnahmenseite beitragen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen im Kreis Düren mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



**Gesellschaft für regionale und
erneuerbare Energie mbH**

GREEN Gesellschaft für regionale
und erneuerbare Energie mbH

Willy-Brandt-Platz 2

52222 Stolberg

Tel.: 02402/101-1500

Fax: 02402/101-52 1500

E-Mail: axel.kahl@ewv.de

Homepage: www.regio-green.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Förderung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafterinnen der Gesellschaft.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.

Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer und Prokuristen werden von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Diese setzt auch deren Zahl, Anstellungsbedingungen und Befugnisse fest und kann im Einzelfall oder generell Befreiungen von § 181 BGB erteilen. Die Anstellungsverträge sind so zu formulieren, dass den Anforderungen des § 108 Abs. 1 Ziff. 9 i.d.F. des Transparenzgesetzes NRW bzw. einer etwaigen Nachfolgeregelung Rechnung getragen wird.

Die Geschäftsführer können mit Zustimmung des Aufsichtsrates Handlungsbevollmächtigte bestellen, abberufen und deren Anstellungsbedingungen festsetzen.

Die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH hat das Recht, einen Geschäftsführer zu benennen. Die Gesellschafter sind verpflichtet, den von der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH benannten Geschäftsführer im Rahmen eines Gesellschafterversammlungsbeschlusses zu bestellen. Das Benennungsrecht der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH umfasst auch das Recht, die Abberufung des so bestellten Geschäftsführers zu verlangen.

Die Gesellschafterversammlung beschließt einen Katalog (Geschäftsordnung für die Geschäftsführung) von Rechtshandlungen und Rechtsgeschäften, für deren Vornahme die Geschäftsführer der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedürfen. Die Gesellschafterversammlung kann stattdessen auch beschließen, dass die Zustimmung ganz oder teilweise durch den Aufsichtsrat oder ein anderes Organ erfolgt. Der Zustimmungskatalog ist jederzeit änderbar.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung hat die ihr durch Gesetz, diesen Gesellschaftsvertrag oder durch einen ausdrücklichen Gesellschafterbeschluss zugewiesenen Befugnisse. Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet einmal jährlich statt. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

- a) den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen i. S. d. §§ 291, 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- b) die Zustimmung zu Maßnahmen der Geschäftsführung wie folgt:
 - aa) den Erwerb, die Gründung und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - bb) die Annahme von durch die Gesellschafter oder Dritte angeordneten Projekten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern, insbesondere zur Planung, Errichtung und/oder zum Betrieb von Anlagen zwecks Energieerzeugung, sofern diese nicht durch den Investitions- und Finanzierungsplan abgedeckt sind oder ein Einzelprojekt ein Investitionsvolumen von Euro 5.000.000 übersteigt,
- c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
- d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer,
- e) die Bestellung und die Abberufung des Mitglieds des Aufsichtsrats, soweit diese nicht gemäß § 12 (1) entsandt werden; § 113 Abs. 1 GO NRW bleibt unberührt,
- f) die Erteilung der Entlastungen der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats,
- g) die Gewährung einer von der EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH empfohlenen Vergütung und Richtlinien für die Erstattung von Auslagen der Aufsichtsratsmitglieder,
- h) die Zustimmung zu den in § 15 (3) dieses Gesellschaftsvertrages genannten Maßnahmen, solange kein Aufsichtsrat besteht,
- i) die Zustimmung zu den gemäß § 10 dieses Gesellschaftsvertrages als zustimmungsbedürftig bestimmten Maßnahmen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Kahl, Axel	Aachen	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren**Gesellschafter-
versammlung:**

Hürtgen, Dirk

BTG

Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

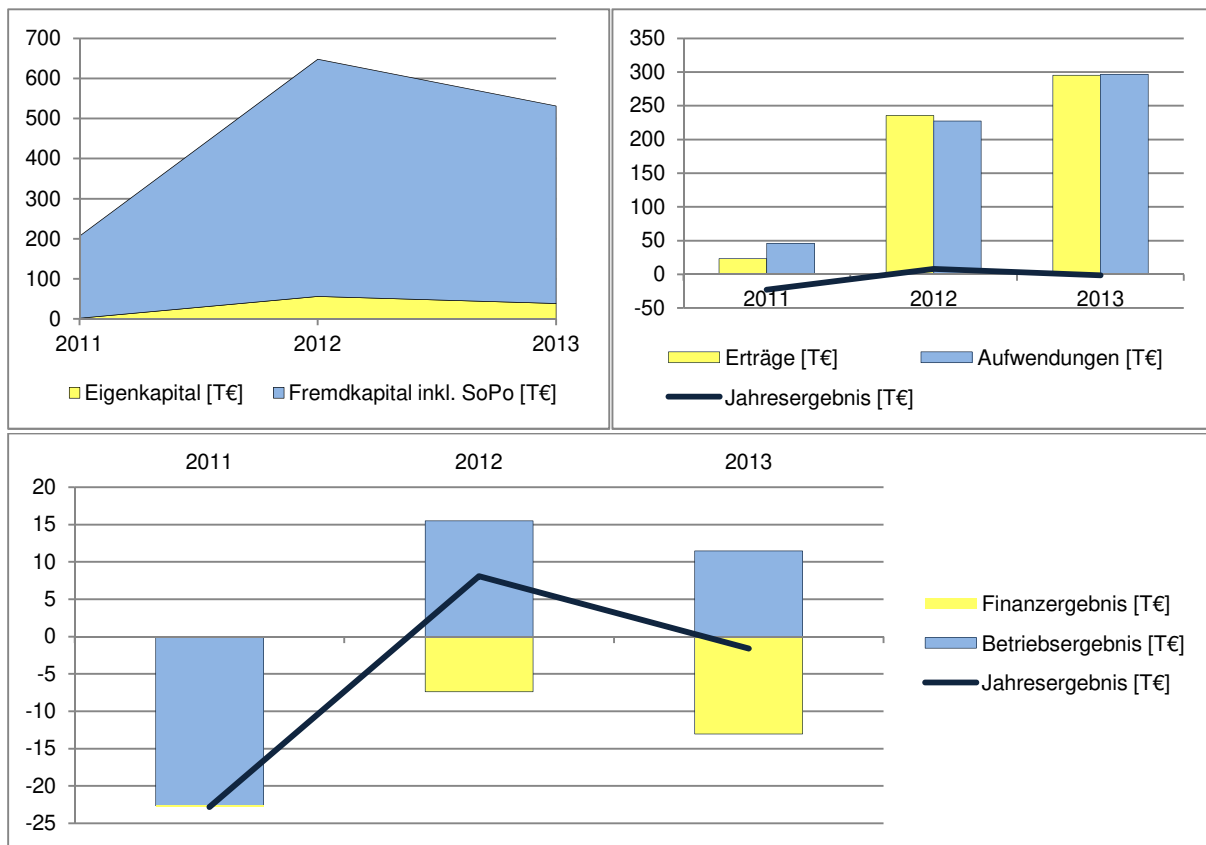
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52222 Stolberg	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
EWV	9.750,00 €	39,00%
Rheinland-Westfalen Energiepartner GmbH	2.500,00 €	10,00%
Gemeinde Aldenhoven	750,00 €	3,00%
Gemeinde Inden	750,00 €	3,00%
Gemeinde Niederzier	750,00 €	3,00%
Stadt Linnich	750,00 €	3,00%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	750,00 €	3,00%
Gemeinde Titz	750,00 €	3,00%
Gemeinde Langerwehe	750,00 €	3,00%
Stadt Baesweiler	750,00 €	3,00%
Gemeinde Selfkant	750,00 €	3,00%
Gemeinde Simmerath	750,00 €	3,00%
Kreis Heinsberg	750,00 €	3,00%
Gemeinde Roetgen	750,00 €	3,00%
Stadt Alsdorf	750,00 €	3,00%
Stadt Jülich	750,00 €	3,00%
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	750,00 €	3,00%
Stadt Stolberg	750,00 €	3,00%
Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH	750,00 €	3,00%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	0,00 €	501.550,00 €	479.137,00 €	-22.413,00 €	-4,47%
II. Finanzanlagen				0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	27.003,93 €	92.490,79 €	3.385,42 €	-89.105,37 €	-96,34%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	179.268,28 €	8.207,43 €	19.615,97 €	11.408,54 €	139,00%
Summe Aktiva	206.272,21 €	602.248,22 €	502.138,39 €	-100.109,83 €	-16,62%
Passiva					
A. Eigenkapital					

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	
II. Verlustvortrag		22.827,79 €	14.728,55 €	-8.099,24 €	-35,48%
III. Jahresergebnis	-22.827,79 €	8.099,24 €	-1.566,54 €	-9.665,78 €	-119,34%
B. Rückstellungen	4.100,00 €	6.000,00 €	6.828,00 €	828,00 €	13,80%
C. Verbindlichkeiten	200.000,00 €	585.976,77 €	486.605,48 €	-99.371,29 €	-16,96%
Summe Passiva	206.272,21 €	602.248,22 €	502.138,39 €	-100.109,83 €	-16,62%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	14.516,75 €	63.454,96 €	48.938,21 €	337,12%
2. sonstige betriebliche Erträge	23.295,00 €	220.307,49 €	231.600,09 €	11.292,60 €	5,13%
3. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	17.001,00 €	155.797,87 €	165.577,42 €	9.779,55 €	6,28%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.008,88 €	25.606,07 €	26.718,96 €	1.112,89 €	4,35%
4. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	0,00 €	4.215,00 €	25.441,00 €	21.226,00 €	503,58%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	25.912,19 €	33.729,07 €	65.862,44 €	32.133,37 €	95,27%
Betriebsergebnis	-22.627,07 €	15.476,23 €	11.455,23 €	-4.021,00 €	-25,98%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	697,74 €	3,49 €	-694,25 €	-99,50%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	200,72 €	8.074,73 €	13.048,31 €	4.973,58 €	61,59%
Finanzergebnis	-200,72 €	-7.376,99 €	-13.044,82 €	-5.667,83 €	76,83%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-22.827,79 €	8.099,24 €	-1.589,59 €	-9.688,83 €	-119,63%
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	23,05 €	23,05 €	
9. sonstige Steuern					
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-22.827,79 €	8.099,24 €	-1.612,64 €	-9.711,88 €	-119,91%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	1	2	2

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energien mbH (GREEN) wurde am 18.07.2011 in der Räumlichkeit der Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV), Willy-Brandt-Platz 2 gegründet. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 24.08.2011. Die Unternehmensgründung erfolgte in Form einer Bargründung mit einem Stammkapital in Höhe von 25.000,00 Euro.

In der ersten ordentlichen Generalversammlung am 21.11.2011 wurde die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung verabschiedet und der Prüfungsausschuss der Generalversammlung benannt. Für den operativen Bereich wurde am 15.08.2011 mit der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV) ein Betriebsführungsvertrag abgeschlossen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Förderung, Koordinierung, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafterinnen der Gesellschaft.

Ziele und Strategien

Die GREEN strebt mit dem Gesellschaftern und Fachpartnern EWV und RWE die Schaffung eines regionalen Kompetenzzentrums an, in dem die kommunalen und regionalen Interessen, innovative Ideen, interdisziplinäre Kräfte und fachliches Know-how gebündelt werden. Sie verschafft den Kommunen somit ein Instrument, interessante Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien zu identifizieren, diese mit einem Fachpartner zu planen und in ein regionales Energiekonzept strategisch einzubringen und mit regional ansässigen Unternehmen umzusetzen. Unternehmensziel ist das Engagement in den Feldern Biomasse, Wind und Photovoltaik. Weitere Geschäftsfelder der GREEN könnten aus dem Immobilien- und Grundbesitz der Kommunen und deren Vermarktungspotenzial entstehen. So können Erneuerbare Energien zur Wärmeversorgung oder zur Stromerzeugung in kommunalen Liegenschaften eingesetzt werden. Dach- und sonstige Flächen der Kommunen kann die Gesellschaft an Investoren vermitteln und damit z.B. das Entstehen von Bürgerkraftwerken unterstützen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Anteil Erneuerbarer Energien an der Energiebereitstellung in Deutschland hat sich in den letzten Jahren stetig erhöht. Diese Entwicklung resultiert aus der konsequenten Förderung Erneuerbarer Energien durch die Politik, insbesondere durch das "Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien" (kurz EEG). Das EEG dient auch der Umsetzung der EU-Richtlinie 2001/77/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt. Jedoch zeigen aktuelle Entwicklungen, dass die Fördergelder im Zeitraum der Projektentwicklungen aufgrund gesetzlicher Anpassungen sinken, so dass hierbei ein entsprechendes Planungsrisiko verstärkt auftritt. Da die politischen Zielsetzungen aber noch lange nicht erreicht sind, ist auch zukünftig mit einem signifikanten Wachstum der erneuerbaren Energien zu rechnen, jedoch verbunden mit einer notwendigen Marktintegration. Steigende Umlagen und Netzentgelte führen trotz aktuell sinkender Stromhandelspreise zu steigenden Energiepreisen für den privaten und industriellen Stromverbraucher. Die Marktintegration der erneuerbaren Energien wird somit zunehmend interessant und löst perspektivisch die EEG-Vergütung bei Neuanlagen ab.

Geschäftsverlauf

Operative Tätigkeit und Projektentwicklung

Das operative Geschäft der GREEN erstreckte sich im Geschäftsjahr zum einen aus den Betrieb der im Jahr 2012 in Betrieb genommenen vier Dachphotovoltaikanlagen und zum anderen aus der Arbeitnehmerüberlassung von zwei Projektmanagern an die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH.

Im Rahmen der Projektentwicklung besteht mit der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH eine Kooperation. Hierbei besteht seitens der durch GREEN akquirierten Projekte eine Beteiligungs- und Übernahmeoption nach erfolgter Realisierung.

Im Geschäftsjahr wurden eine Reihe von Projekten initiiert bzw. weiterentwickelt. Zu einer konkreten Umsetzung ist es nicht gekommen. Neben langen Planungsphasen im Windkraftbereich, war insbesondere die Höhe der Kapitalausstattung maßgeblich für das mäßige Geschäft. So konnte der Windpark Linnich Körrenzig trotz vorliegender BImSch-Genehmigung nicht realisiert werden.

Die fertigentwickelte Biogasanlage im Selfkant konnte aufgrund veränderter technischer und rechtlicher Rahmenbedingungen nicht umgesetzt werden.

Jahresergebnis

Für das Geschäft 2013 ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.566,54 Euro.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2013 wurde eine Blitzschutzanlage zur bestehenden PV Anlage aktiviert..

Finanzierung

Von der EWV wurde ein Gesellschafterdarlehen von 200.000,00 Euro und eine Kreditlinie von 500.000,00 Euro gewährt. Die Inanspruchnahme der Kreditlinie beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 280.000,00 Euro. Diese Linie diente der Finanzierung der vier Dachphotovoltaikanlagen im Jahr 2012. Die geplante Umfinanzierung dieses Gesellschafterdarlehens zu einem Bankkredit konnte im Geschäftsjahr nicht umgesetzt werden und wird Mitte 2014 durchgeführt.

Personalbereich

Ein Projektmanager wurde zum 01.10.2011, ein weiterer wurde zum 01.01.2012 bei der GREEN eingestellt. Diese Projektmanager werden auf Grundlage eines bestehenden Rahmenvertrages zur Arbeitnehmerüberlassung zwischen GREEN und EWV vom 29.08.2011 in vollem Umfang an die EWV verliehen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme von von 502 TEuro liegt mit 100 TEuro unter dem Vorjahresniveau von 602 TEuro.

Der Rückgang des Anlagevermögens wurde durch die planmäßige Abschreibung der PV-Anlagen veranlasst. Die Veränderung im Umlaufvermögen ist im Wesentlichen auf die gesunkenen Forderungen gegen das Finanzamt aus Vorsteuer zurückzuführen.

Das Eigenkapital wurde ausschließlich durch den Jahresfehlbetrag gemindert. Die Verbindlichkeiten sind aufgrund der Tilgung des Darlehens zur Finanzierung des PV Anlagen gesunken.

Daraus ergibt sich eine Anlagenintensität von 95,4%

Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in TEuro

	2013	2012
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	114	-45
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-3	-506
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-100	380
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	11	-171
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8	179
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	19	8

Die Liquidität der Gesellschaft war im abgelaufenen Jahr zu jeder Zeit gesichert. Maßgeblich dafür war die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens durch die EWV.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit konnte um 159 TEuro aus 144 TEuro verbessert werden. Der Finanzmittelfonds zeigt sich insbesondere auf Grund dessen von 8 TEuro auf 19 TEuro verbessert.

Zur Finanzierung der Investitionen in die PV Anlagen wurde ein Gesellschaftsdarlehen durch die GREEN bei der Gesellschafterin EWV in Höhe von 200 TEuro aufgenommen. Außerdem hat die EWV eine Kreditlinie von 500 TEuro gewährt, die zur Sicherstellung des laufenden Geschäfts dient, wovon bis zum Abschlussstichtag 280 TEuro in Anspruch genommen wurden.

Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2012		31.12.2011	
	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	63	21,4%	14	6,0%
Sonstige betriebliche Erträge	232	78,6%	220	94,0%
Rohergebnis	295	100,0%	234	100,0%
Personalaufwand	-192	-65,1%	-181	-77,4%
Abschreibungen	-25	-8,5%	-4	-1,7%
sonstige betriebliche Aufwendungen	-67	-22,4%	-34	-14,5%
Betriebsergebnis	11	3,7%	15	6,4%
Finanzergebnis	-13	-4,4%	-7	-3,0%
Steuerertrag	0	0,0%	0	0,0%
Jahresüberschuss	-2	-0,7%	8	3,4%

Die Photovoltaikanlagen erzielten im Geschäftsjahr Erlöse in Höhe von 63 TEuro (Vorjahr: 14 TEuro). Die Erlöse stiegen aufgrund dessen an, dass sie erstmals zwölf Monate umfassten. Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 232 TEuro (Vorjahr: 220 TEuro) resultieren zur Gänze aus der Personalüberlassung für die beiden Mitarbeiter an die EWV.

Im Aufwand befinden sich der Personalaufwand in Höhe von 192 TEuro (Vorjahr: 181 TEuro), Abschreibungen der Photovoltaikanlagen 25 TEuro (Vorjahr 4 TEuro) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 66 TEuro (Vorjahr 34 TEuro).

Im Finanzergebnis befinden sich Zinsen für das kurzfristige Gesellschafterdarlehen und die Kontokorrentlinie der EWV in Höhe von 13 TEuro (Vorjahr 7 TEuro).

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht verändert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Aus dem Geschäftszweck, Tätigung von Investitionen in Erneuerbare Energien, ergeben sich die Umweltbelange als nicht finanzieller Leistungsindikator und hieraus die Minderung der Emissionswerte.

Nachtragsbericht

Es sind keine Ergebnisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen und Risiken

Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer Betriebsführerin, der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Auf bestehende Risiken wird im Folgenden näher eingegangen.

Betriebsrisiken

Generell schützt GREEN sich gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung von der EWV abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der GREEN und Werteverän-

derung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht. Ebenso erfolgt im Rahmen der Betriebsführung durch die EWV eine permanente Liquiditätsüberwachung.

Haftungsrisiko

Im Rahmen des Projektes Biogasanlage im Selfkant gab es eine Kooperationsvereinbarung zwischen GREEN und einem Landwirt als beidseitige Auftraggeber und Anegi als Auftragnehmer. Hierin sind Zahlungshöhe, -zeitpunkte und –voraussetzungen für die Projektentwicklung und die Erstellung der Genehmigungsunterlagen seitens Anegi fixiert. Die Vergütung hierfür wurde auf 180 TEuro festgelegt. Diese Kooperationsvereinbarung wurde wegen verschiedener Gründe seitens GREEN und dem Landwirt gekündigt.

Daraufhin hat Anegi einen Teil der Forderung i.H.v. 50 TEuro gegenüber der Green Bioenergie Cereshof GmbH per Mahnbescheid vom 14.10.2013 geltend gemacht. Dem Mahnbescheid wurde widersprochen, seitdem gab es keine weitere Reaktion der Anegi, weder gegenüber Green Bioenergie Cereshof GmbH noch gegenüber der GREEN.

Es besteht das Risiko, dass die Anegi die Forderung von der GREEN, als Vertragspartner der Kooperationsvereinbarung, einfordert. Hieraus erwächst zum einen das Risiko der Forderung, zum zweiten damit verbundener Kosten eines Rechtstreits.

Der Eintritt der Haftungsanspruchnahme wird als wenig wahrscheinlich eingestuft und es wurde keine entsprechende Rückstellung gebildet. Maßgeblicher Grund hierfür ist, dass ein Anspruch unter anderen aufgrund mangelhafter Leistung der Anegi keine Aussicht auf Erfolg hätte.

Gesamtrisiko

Die aktuelle Kapitalausstattung der Gesellschaft ermöglicht bislang keine größeren Investitionsprojekte aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien. Die Entwicklung neuer Projekte steht unter dem Risiko, dass sich aufgrund der derzeitigen energiepolitischen Diskussion über die Fördersätze gemäß EEG die Fördersätze weiter reduzieren, bevor diese Projekte im Betrieb genommen werden. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die größten Projekte derzeit in der EWV entwickelt werden, und sich GREEN eine Beteiligungsoption an der fertigen Anlage sichert. Der Bau kleinerer Anlagen findet in einem überwiegend kalkulierbaren Zeitrahmen statt.

Die relevante Gemeinsamkeit der einzelnen Erneuerbaren-Energien-Technologien ist, dass die erzeugte Energie in das allgemeine Stromnetz eingespeist und nach den Sätzen des EEG vergütet werden kann. Dadurch lassen sich Investitionsrisiken der GREEN ab Inbetriebnahme auf ein Mindestmaß begrenzen und die zu erwartenden Einnahmen sicher kalkulieren. Alternativ können über das Instrumentarium der Direktvermarktung zusätzliche Erlöse generiert werden. Die Haftung der Gesellschafter ist zudem entsprechend der Rechtsform der GmbH begrenzt. Eine vertraglich vereinbarte Nachschusspflicht für die Gesellschafter besteht nicht.

Prognosebericht

Projekte

GREEN hat mehrere Projekte im Bereich Biomasse und Wind akquiriert die in unterschiedlichen Projektstadien sind. Nach aktuellem Stand der Planung ist in den Jahren 2014 – 2016 sowie in den Folgejahren von der Fertigstellung jeweils eines oder mehrerer Projekte auszugehen. Die Projekte werden in der Regel mit Projektpartnern entwickelt, sodass die Beteiligungshöhe und damit der Finanzierungsumfang der GREEN flexibel erfolgen kann. Auch bezüglich des Beteiligungszeitpunktes ist GREEN aufgrund des gewählten Projektmechanismus mit der EWV (Sicherung der Beteiligungsoption an fertiggestellten Anlagen) flexibel.

Besondere Herausforderung ist die Neujustierung des EEG.

Für weitere Projekte gibt es gute Perspektiven, da GREEN einige Vorhaben in einen Projektstadium bringen kann.

Ergebnisentwicklung

Die Ergebnisentwicklung der Gesellschaft hängt stark davon ab, ob die anstehenden Projekte seitens der GREEN finanziell abgebildet werden können. Um dies zu gewährleisten, ist seitens der Geschäftsführung ein Kapitalerhöhungsprozess eingeleitet worden. Bis Mitte 2014 soll das Eigenkapital der Gesellschaft um 600 TEuro erhöht werden. Nach Abschluss der Kapitalerhöhung ist zunächst die Beteiligung an der bereits realisierten PV-Freiflächenanlage in Herzogenrath Nivelstein geplant, im weiteren Verlauf können in Abhängigkeit der Kapitalausstattung weitere Beteiligungen eingegangen werden.

Der Wirtschaftsplan sieht für das Jahr 2014 Umsatzerlöse aus der Energieeinspeisung iHv 54 TEuro und Erträge aus der Arbeitnehmerüberlassung iHv 216 TEuro sowie Aufwendungen iHv 290 TEuro vor. Demnach wird mit einem Jahresfehlbetrag iHv TEUR 20 für das Geschäftsjahr 2014 geplant.

Beteiligungen des Unternehmens

Die GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

KHD Träger GmbH

Roonstraße 30
 52351 Düren
 Tel.: 02421/30-0
 Fax: 02421/30-1387
 E-Mail: info@krankenhaus-dueren.de
 Homepage: .-

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

1. Gegenstand des Unternehmens ist Übernahme von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben für die Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie die Gründung und Verwaltung von Service-Gesellschaften und Beteiligungen.
2. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten oder sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder diese gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens**Geschäftsführung:**

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer, die durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen werden. Hierbei ist sicherzustellen, dass der oder die Geschäftsführer jeweils aus Personen bestehen, die in der Krankenhaus Düren gem. GmbH angestellt sind. Die Geschäftsführung ist berechtigt, vor Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister, den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft aufzunehmen.

Die Geschäftsführung bedarf für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen, der vorhergehenden Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss. Hierzu zählen:

1. die Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder in Teilen, die Errichtung, Veräußerung und Aufgabe von Betrieben oder Betriebsstätten sowie die Errichtung oder Aufhebung von Zweigniederlassungen,
2. der Erwerb anderer Unternehmen sowie der Erwerb, die Veräußerung, Belastung, Änderung oder Kündigung von – auch stillen – Beteiligungen einschließlich Geschäftsanteilen der Gesellschaft; die Stimmabgabe in Beteiligungsgesellschaften,
3. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
4. Investitionen, soweit die Anschaffungs- und Herstellungskosten

- im Einzelfall Euro 10.000,-- überschreiten,
5. Aufnahme von Bankdarlehen,
 6. Übernahme von Bürgschaften und Rangrücktrittserklärung, Abgabe von Patronatserklärungen oder Garantieverprechen, soweit diese nicht zum üblichen Geschäftsverkehr der Gesellschaft gehören sowie die Übernahme der dinglichen Haftung für fremde Verbindlichkeiten,
 7. Gewährung von Darlehen,
 8. Bestellung von Prokuristen, General- oder Handlungsbevollmächtigten für den gesamten Geschäftsbetrieb,
 9. Abschluss, Änderungen oder Beendigungen von Miet-, Pacht- oder Leasing-verträgen, soweit die jährlichen Verpflichtungen mehr als Euro 10.000,-- im Einzelfall betragen,
 10. Vereinbarungen über Altersversorgungen, Gewinnbeteiligungen oder sonstige Zuwendungen an Belegschaftsmitglieder, mit Ausnahme der üblichen Weihnachtsgratifikationen und Urlaubsgelder,
 11. Einleitung von Aktivprozessen; der Erlass von Forderungen, soweit dies außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs geschieht,
 12. Auflösung der Gesellschaft,
 13. Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 Abs. 1 AktG.

Die Geschäftsführung hat jeweils bis zum 30.11. eines jeden Jahres einen Wirtschaftsplan bestehend aus Investitions-, Erfolgs- und Personalplan für das nachfolgende Geschäftsjahr aufzustellen und der Gesellschafterversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Daneben ist von der Geschäftsführung eine fünfjährige Finanzplanung aufzustellen und jährlich fortzuschreiben. Diese ist von der Gesellschafterversammlung zu beschließen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH wird in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat des Kreis Düren, Stellvertreter ist der Kämmerer des Kreises Düren, sowie den Bürgermeister der Stadt Düren, Stellvertreter ist der Kämmerer der Stadt Düren, vertreten. Diese besitzen nur eine gemeinsames Stimmrecht für den Gesellschaftsanteil der Krankenhaus Düren gem. GmbH. Über den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung entscheiden die Gesellschafter durch Beschluss.

Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Gesellschafterversammlungen gefasst. Außerhalb von Gesellschafterversammlungen können sie, soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt, auf schriftlichem, fernschriftlichem, telegrafischem oder mündlichem, auch fernmündlichem Weg nur vom Gesellschafter gefasst werden. Über jeden außerhalb von Gesellschafterversammlungen gefassten Beschluss ist unverzüglich eine Niederschrift anzufertigen.

Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag nicht abweichende Beschlussquoten vorschreiben. Je 1.000 € (in Worten: Eintausend Euro) eines Geschäftsanteils entspricht einer Stimme in der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Dr. Blum, Gereon	Kreuzau	
Gesellschafterversammlung:	Die Vertreter des Kreises Düren und der Stadt Düren in der Gesellschafterversammlung der KHD Träger GmbH besitzen nur ein gemeinsames Stimmrecht für den Geschäftsanteil der Krankenhaus Düren gem. GmbH.	1 Stimme	je 1000 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
-----------------------------------	---------------------	-------------	---------

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

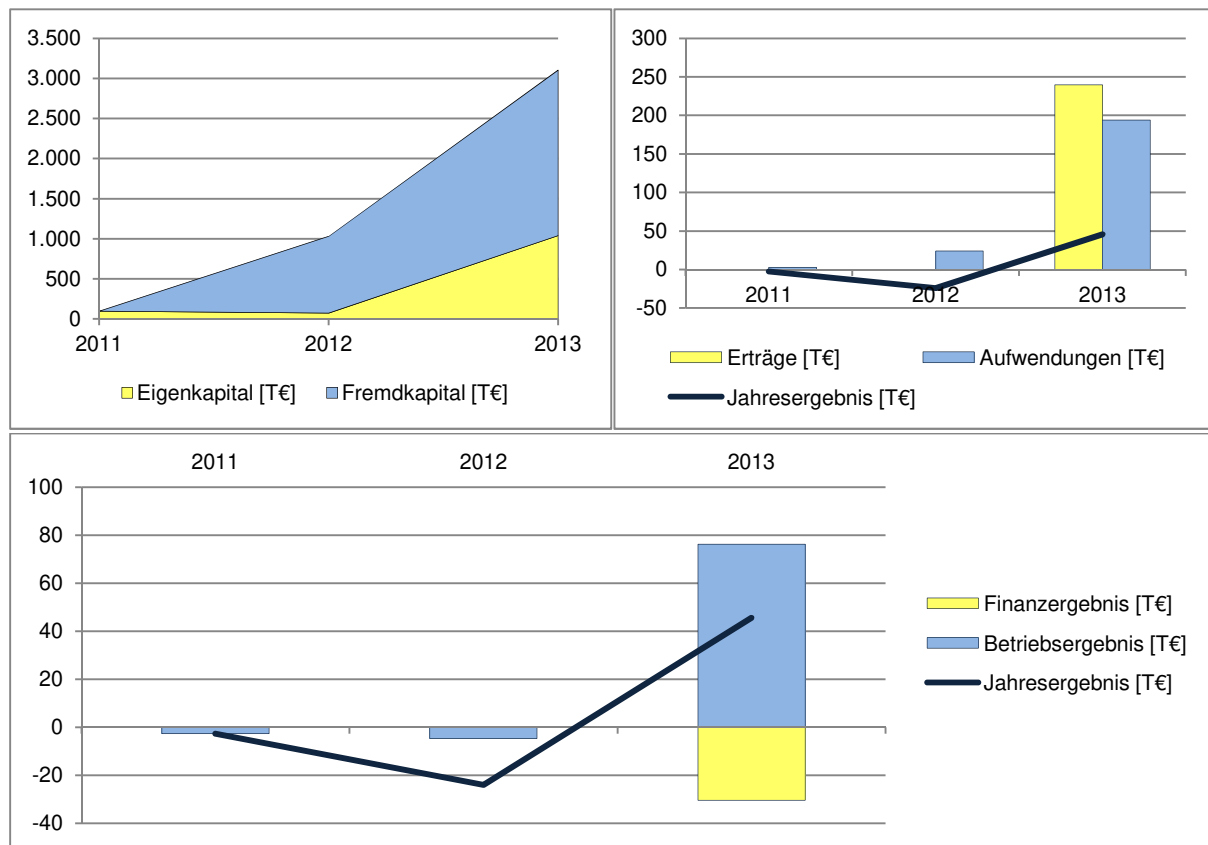
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52351 Düren
gezeichnetes Kapital:	100.000 €

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Krankenhaus Düren gem. GmbH	100.000,00 €	100%

Bilanz	2011 Rumpfgeschäftsjahr 14.04. - 31.12.2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
Grundstücke	0,00 €	421.259,77 €	2.415.721,37 €	1.994.461,60 €	473,45%
II. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
Fertige Erzeugnisse und Waren	0,00 €	511.402,23 €	633.441,57 €	122.039,34 €	23,86%
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	16.180,32 €	16.180,32 €	-
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	73.347,61 €	71.770,72 €	13.289,50 €	-58.481,22 €	-81,48%
Summe Aktiva	98.347,61 €	1.029.432,72 €	3.103.632,76 €	2.074.200,04 €	201,49%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00 €	100.000,00 €	120.000,00 €	20.000,00 €	20,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	0,00 €	900.618,22 €	900.618,22 €	-
III. Verlustvortrag	0,00 €	-2.652,39 €	-26.605,30 €	-23.952,91 €	903,07%
IV. Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-2.652,39 €	-23.952,91 €	45.622,44 €	69.575,35 €	-290,47%
B. Rückstellungen					
1. Steuerrückstellungen	0,00 €	19.276,02 €	0,00 €	-19.276,02 €	-100,00%

	2011 Rumpfgeschäftsjahr 14.04. - 31.12.2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
2. sonstige Rückstellungen	1.000,00 €	4.100,00 €	6.200,00 €	2.100,00 €	51,22%
C. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegen verbundenen Unternehm- men	0,00 €	888.250,00 €	1.744.668,84 €	856.418,84 €	96,42%
2. sonstige Verbindlichkeiten	0,00 €	44.412,00 €	313.128,56 €	268.716,56 €	605,05%
Summe Passiva	98.347,61 €	1.029.432,72 €	3.103.632,76 €	2.074.200,04 €	201,49%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011 Rumpfwirtschaftsjahr 14.04. - 31.12.2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	0,00 €	239.469,62 €	239.469,62 €	-
2. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	0,00 €	0,00 €	4.131,00 €	4.131,00 €	-
b) soziale Abgaben u. Auf- wendungen für Alters- vorsorge u. f. Unter- stützung	0,00 €	0,00 €	1.635,59 €	1.635,59 €	-
3. Abschreibungen auf Sach- anlagen	0,00 €	0,00 €	70.800,73 €	70.800,73 €	-
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.652,39 €	4.676,89 €	86.597,74 €	81.920,85 €	1751,61%
Betriebsergebnis	-2.652,39 €	-4.676,89 €	76.304,56 €	80.981,45 €	-1731,52%
5. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	30.441,63 €	30.441,63 €	-
Finanzergebnis	0,00 €	0,00 €	-30.441,63 €	-30.441,63 €	-
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-2.652,39 €	-4.676,89 €	45.862,93 €	50.539,82 €	-1080,63%
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	19.276,02 €	240,49 €	-19.035,53 €	-98,75%
5. sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-2.652,39 €	-23.952,91 €	45.622,44 €	69.575,35 €	-290,47%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	kA	kA	kA

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 14. April 2011 in der Rechtsform der GmbH als 100%ige Tochter der Krankenhaus Düren gem. GmbH gegründet. Die Eintragung im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HR B 6074 erfolgte am 20. April 2011.

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben für die Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie die Gründung und Verwaltung von Service-Gesellschaften und Beteiligungen.

Die Gesellschaft gründete ihrerseits am 27. April 2011 die Krankenhaus Düren Service GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft, eingetragen im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HRB 6085 am 6. Mai 2011.

Die Gesellschaft hat nach Maßgabe des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages vom 26. August 2013 sowie der Zustimmungsbeschlüsse ihrer Gesellschafterversammlung vom 26. Au-

gust 2013 und der Gesellschafterversammlung der Krankenhaus Düren gem. GmbH den Parkraumbewirtschaftungsbetrieb der Krankenhaus Düren gem. GmbH als Gesamtheit im Wege der Umwandlung durch Ausgliederung übernommen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 29. August 2013.

Weiterhin wurde durch Gesellschafterversammlung vom 26. August 2013 zum Zwecke der Durchführung der Ausgliederung die Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft um 10.000,00 EUR sowie durch Sacheinlage eine weitere Erhöhung um 10.000,00 EUR, insgesamt um 20.000,00 EUR auf 120.000,00 EUR und die entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 4 beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 19. September 2013.

Ertrags, Finanz- und Vermögenslage

Im Geschäftsjahr erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 239.469,62 EUR (im Vorjahr 0,00 EUR) und einen Jahresüberschuss in Höhe von 45.622,44 EUR (im Vorjahr Jahresfehlbetrag 23.952,91 EUR). Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus der Parkraumbewirtschaftung.

Die Eigenkapitalquote beträgt 33,5% (im Vorjahr 7,1%).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Risiko- und Prognosebericht

Der für das Jahr 2013 geplante Erwerb von Anteilen an zwei Gesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG wird in 2014 erfolgen. Diese in Gründung befindlichen Gesellschaften werden die geplanten Investitionsprojekte „Neubau Pathologiegebäude“ sowie „Neubau Ärztehaus“ auf dem von der Gesellschaft erworbenen Grundstück an der Merzenicher Straße umsetzen. Die Gesellschaft wird dabei als Komplementär mit einem Gesellschaftsanteil von 25% bei der „Pathologie GmbH & Co. KG“ sowie einem Anteil von 49% bei der „Ärztehaus GmbH & Co. KG“ fungieren. Sukzessive sollen in der Gesellschaft weitere, derzeit in der Krankenhaus Düren gem. GmbH als steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe geführte Teilbetriebe, an die Gesellschaft übertragen und von dieser betrieben werden.

Das in der Anlaufphase der Gesellschaft belastete Eigenkapital wird durch den Jahresüberschuss des laufenden Geschäftsjahres sowie die Bildung von Kapitalrücklagen gestärkt. Die Gesellschaft erzielt ab dem laufenden Geschäftsjahr durch die planmäßige Übernahme des Parkraumbewirtschaftungsbetriebes eigene operative Umsätze. Für das Jahr 2014 ist die Erweiterung des Parkhauses um einen Personenaufzug sowie die Schaffung zusätzlicher Parkplätze vorgesehen um das Angebot für die Patienten und Besucher der Krankenhaus Düren gem. GmbH weiter zu verbessern und die Erlöse der Gesellschaft zu steigern. Nennenswerte Risiken und Risiken, die möglicherweise den Bestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht bekannt.

Für die beiden folgenden Geschäftsjahre erwartet die Gesellschaft Überschüsse in Höhe von 84 T€ im Jahr 2014 bzw. 68 T€ im Jahr 2015. Der Planung liegt ein Umsatzanstieg aufgrund einer Anpassung der Parkgebühren sowie eines erweiterten Stellplatzangebotes auf voraussichtlich 300 T€ zu Grunde.

Beteiligungen des Unternehmens

Die KHD Träger GmbH ist an der ist an der Krankenhaus Düren Service GmbH beteiligt (vgl. Seite 457).

REA GmbH & Co.KG WEA1

Wernersstraße 23
 52351 Düren
 Tel.: -
 Fax: -
 E-Mail: -
 Homepage: -

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windkraftanlage WEA 1 Düren.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die persönlich haftende Gesellschafterin ist zur alleinigen Geschäftsführung und Vertretung der Kommanditgesellschaft berechtigt und verpflichtet. Sie handelt durch ihre satzungsgemäß bestellten und im Handelsregister eingetragenen Organe, die sich verpflichten, ihre Aufgaben gegenüber der Kommanditgesellschaft in der gleichen Weise zu erfüllen und deren Interessen wahrzunehmen, wie dies dem Geschäftsführer einer GmbH gegenüber seiner eigenen Gesellschaft und deren Gesellschaftern vorgeschrieben ist.

Der persönlich haftenden Gesellschafterin sowie ihren Organen wird für alle Handlungen geschäftlicher und gesellschaftsrechtlicher Art mit der Kommanditgesellschaft Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt.

Gesellschafterversammlung: Zur Vornahme von Geschäften und Rechtshandlungen, die über den üblichen Rahmen des Geschäftsbetriebes hinausgehen, ist die Zustimmung der Gesellschafterversammlung erforderlich. Dies gilt insbesondere für die nachstehenden Rechtshandlungen und Rechtsgeschäfte:

- a) Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die sich nicht im Rahmen des Investitionsplanes halten, soweit dadurch das Investitionsvolumen mit Ausnahme der Liquiditätsreserve um insgesamt mehr als 6% überschritten würde oder soweit die Finanzierung dieser Mehraufwendungen nicht gesichert ist.
- b) Die Aufnahme von Darlehen, die im Finanzierungsplan nicht vorgesehen sind und nicht der Finanzierung zustimmungsfreier Mehraufwendungen nach Buchstabe a) dienen, ausgenommen jedoch die Ersetzung nicht gekennzeichneten Kommanditkapitals durch weitere Fremdmittel.
- c) Änderung der Geschäftsrichtung im Rahmen des Gesellschaftszwecks.
- d) Bestellung und Abberufung von Prokuristen, Generalbevoll-

mächtigten.

- e) Kreditaufnahme, Kreditgewährung, Übernahme von Bürgschaften sowie von Haftungsverhältnissen, die ein Entstehen für Verbindlichkeiten gegenüber Dritten begründen und über die Finanzierung der Windenergieanlage WEA 1 hinausgehen.

Die Gesellschafterversammlung beschließt – außer in den sonst im Gesetz oder in diesem Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Fällen – insbesondere über folgende Angelegenheiten:

- a) Feststellung des Jahresabschlusses,
- b) die Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafterin,
- c) Ausschüttung gemäß § 14 Abs. 2,
- d) den Ausschluss eines Gesellschafters gemäß § 18 Abs. 3,
- e) Änderung des Gesellschaftsvertrages,
- f) Auflösung der Gesellschaft,
- g) den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 Aktiengesetz,
- h) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen sowie die Verfügung über derartige Geschäftsanteile,
- i) den jährlich auszustellenden Wirtschaftsplan,
- j) Wahl des Abschlussprüfers.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: REA GmbH Umweltinvest
vertr. durch Hans-Willi Schruff

Gesellschafterversammlung: 1 Stimme je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung: Beyß, Georg RURENERGIE Geschäftsführer
Vosen, Ingo RURENERGIE Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

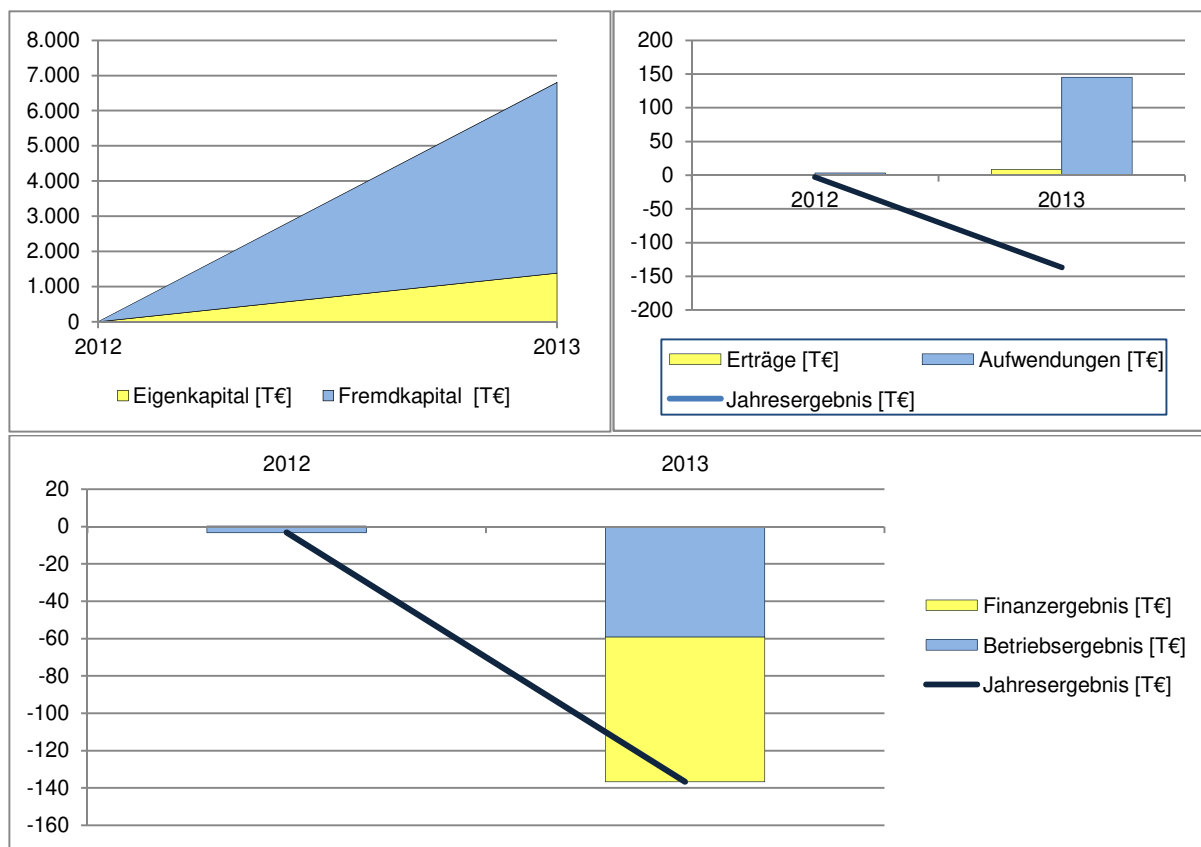
Rechtsform:	GmbH & Co. KG	
Sitz:	52351 Düren	
Kommanditkapital:	1.450.000 €	

Kommanditisten	direkter Anteil	Anteil in %
RURENERGIE GmbH	770.000 €	53,1%
Bürgerenergie Düren eG	50.000 €	3,4%
REA GmbH Regenerative Energie Anlagen Management	50.000 €	3,4%

Hans-Willi Schruff	2.000 €	0,001%
weitere Privatpersonen	578.000	40,099%
pers. haftende Komplementärin		
REA GmbH Umweltinvest	0 €	0%

Bilanz	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen	0,00 €	3.506.774,00 €	3.506.774,00 €	
II. Finanzanlagen	1.000,00 €	1.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	142,50 €	352.920,34 €	352.777,84 €	247563,40%
II. Guthaben bei Kreditinsti- tuten	857,26 €	2.732.100,00 €	2.731.242,74 €	318601,44%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	139.284,20 €	139.284,20 €	
D. Nicht durch Vermögenseinla- gen gedeckter Verlustanteil Kommanitisten	1.101,50 €	69.721,23 €	68.619,73 €	6229,66%
Summe Aktiva	3.101,26 €	6.801.799,77 €	6.798.698,51 €	219223,75%
Passiva				
A. Eigenkapital	0,00 €	1.379.882,73 €	1.379.882,73 €	
B. Rückstellungen	1.808,76 €	9.971,36 €	8.162,60 €	451,28%
C. Verbindlichkeiten	1.292,50 €	5.411.945,68 €	5.410.653,18 €	418619,20%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	3.101,26 €	6.801.799,77 €	6.798.698,51 €	219223,75%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	0,00 €	2.226,00 €	2.226,00 €	
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.360,76 €	56.894,18 €	53.533,42 €	1592,90%
Betriebsergebnis	-3.360,76 €	-59.120,18 €	-55.759,42 €	1659,13%
3. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	259,26 €	8.537,31 €	8.278,05 €	3192,95%
4. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	86.037,71 €	86.037,71 €	
Finanzergebnis	259,26 €	-77.500,40 €	-77.759,66 €	-29992,93%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-3.101,50 €	-136.620,58 €	-133.519,08 €	4304,98%
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	116,42 €	116,42 €	
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-3.101,50 €	-136.737,00 €	-133.635,50 €	4308,74%



	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	0	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine Verbindungen zum Haushalt des Kreises Düren.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Bericht über den Geschäftsverlauf

Die REA GmbH & Co. KG WEA 1 Düren wurde in 2012 gegründet und ist die Betreibergesellschaft der Windenergieanlage Nr. 1 (nachfolgend WEA 1 Düren)- eine von den sechs Windenergieanlagen Typs ENERCON E-101 des südlich an der A4 in Düren an der Grenze zur Langerwehe entstehenden Windparks Düren – Echtz. Die REA GmbH Umweltinvest ist die Bauherrin und zugleich die Komplementärin der drei Windenergieanlagen (nachfolgend REA Gruppe) und hat zusammen mit einem weiteren Windenergieanlagenprojektorer dem Windpark Düren- Echtz initiiert. Um die Akzeptanz des Windparks zu steigern wurde das Modell der Bürgerbeteiligung bei allen drei Anlagen der REA Gruppe umgesetzt.

Jeder Bürger kann in Form einer Beteiligung an der Bürgerenergie Düren eG an den Windenergieanlagen partizipieren. Die restliche Beteiligung an der Gesellschaft erfolgt in der Form einer Einlage als Kommanditist. Dabei ist die Anzahl der Gesellschafter auf maximal 20 Kommanditisten begrenzt worden.

An der REA GmbH & Co. KG WEA 1 Düren sind neben der vermögenslosen Beteiligung der Komplementärin REA GmbH Umweltinvest ab dem Geschäftsjahr 2013 dreizehn Kommanditisten beteiligt. Das Eigenkapital in Höhe von EUR 1.450.000 wurde in 2013 vollständig eingezahlt. Mit dem Gesellschaftsvertrag vom 09.12.2013 haben die Kommanditisten dem Investitionsplan mit einer Gesamtinvestitionssumme von EUR 5.900.000 zugestimmt.

Branchenspezifische Rahmenbedingungen im Geschäftsjahr 2013

Da die Windenergieanlage in 2013 noch nicht in Betrieb gegangen ist, hat die Gesellschaft noch keine Einnahmen. Die Rahmenbedingungen für die Erlöse werden sich in 2014 nach dem EG 2012 ergeben.

Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen

In dem Wirtschaftsjahr 2013 wurde mit dem bei der Windenergieanlagen begonnen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der WEA 1 Düren ist für das 2. Quartal 2014 geplant. Auf den Kaufpreis der Windenergieanlage laut Kaufvertrag vom 05.06.2013 in Höhe von EUR 5.400.000 sind in 2013 Anzahlungen in Höhe von EUR 2.970.000 geleistet worden. Die Anzahlungen auf die Netzanbindung mit einer Gesamtinvestitionssumme in Höhe von EUR 200.000 laut Generalunternehmervertrag vom 03.12.2014 beliefen sich auf EUR 180.000. Und die Auszahlungen auf die Zuwegung mit einer Gesamtinvestitionssumme in Höhe von EUR 270.000. Zur Finanzierung der Windenergieanlage hat die Gesellschaft ein Darlehen bei der Sparkasse Düren in Höhe von EUR 4.500.000 mit einer Laufzeit von 15 Jahren aufgenommen. Dieses wurde auf ein Festgeldkonto der Gesellschaft in 2013 überwiesen.

Darstellung der Lage

Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Da die Windenergieanlage in 2013 noch nicht in Betrieb gegangen ist, konnte die Gesellschaft noch keine Umsatzerlöse verzeichnen. Die wesentlichen Aufwendungen setzen sich aus den Pacht- und Finanzierungsaufwendungen zusammen. Durch den Baubeginn in Juli 2013 wurden die ersten anteiligen Pachten für das Kalenderjahr 2013 an die Grundstückseigentümer entrichtet. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist eine einmalige Bearbeitungsgebühr für das Darlehen in Höhe von EUR 22.500 enthalten. Durch die Darlehensgewährung der Sparkasse Düren zum 15.07.2014 sind die Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 60.047,25 angefallen. Zur Vorfinanzierung der laufenden Aufwendungen wurden kurzfristige Darlehen aufgenommen. Die hieraus entstandenen Zinsaufwendungen betragen EUR 21.916,35.

Gewinn- und Verlustrechnung	01.01.2012 31.12.2012 EUR	01.01.2013 31.12.2013 EUR
Umsatzerlöse	0	0
Wareneingang	0	0
Rohhertrag	0	0
Abschreibungen	0	- 2.226,00
Pachten	0	- 19.671,80
Versicherungen und Beiträge	- 40	- 94,21
Sonst. betriebl. Aufwendungen	- 3.320,76	- 37.128,17
Betriebsergebnis	- 3.360,76	- 59.120,18
Zinserträge	259,26	8.537,31
Zinsaufwendungen	0	- 86.037,71
Finanzergebnis	- 3.101,50	- 136.620,58
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	- 116,42
Jahresergebnis	- 3.101,50	- 136.737,00

Finanzlage

Das Eigenkapital in Höhe von EUR 1.450.000 wurde in dem Zeitraum Juni bis Oktober 2013 vollständig eingezahlt. Zur Zwischenfinanzierung wurden kurzfristige Darlehen in Höhe von EUR 528.000 von privaten Gläubigern aufgenommen.

Diese wurden bis auf das Darlehen in Höhe von EUR 50.000 in 2013 zurückgezahlt.

Durch die Einzahlung des gesamten Darlehens in Höhe von EUR 4.500.000 auf ein Festgeldkonto der Gesellschaft, konnten die Vorfinanzierungszinsen von 3 % auf 2,8 % gesenkt werden. Zusätzlich ist ein Zins von 0,1 bis 0,2 % für das noch nicht verwendete Darlehen zur Finanzierung der Anzahlungen aus dem Kaufvertrag und Generalunternehmervertrag verwendet.

Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögenslage kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

	31.12.2012	31.12.2013
	EUR	EUR
Aktiva zum		
Bilanzsumme	1.999,76	6.732.078,54
Sachanlagen	0	3.506.774,00
Finanzanlagen	1.000,00	1.000,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0	139.284,20
Summe langfristige Vermögenswerte	1.000,00	3.647.058,20
Forderungen	0	8.315,96
Steuerforderungen	142,50	344.604,38
Zahlungsmittel	857,26	2.732.100,00
Summe kurzfristige Vermögenswerte	999,76	3.085.020,34
	31.12.2012	31.12.2013
	EUR	EUR
Passiva zum		
Bilanzsumme	1.999,76	6.732.078,54
Eigenkapital	- 1.101,50	1.310.161,50
Rückstellungen	1.808,76	9.971,36
Langfristige Verbindlichkeiten	0	4.500.00,00
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.292,50	911.945,68

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und mögliche Chancen und Risiken des Unternehmens

Durch die gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen für den erzeugten Strom und die heutige Technik ergibt sich eine stabile Prognose über die Rentabilität der Anlagen. Äußere Einflüsse lassen sich weitgehend versichern. Für sämtliche Anlagen wird eine Maschinen-, Betriebsunterbrechungs- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Des Weiteren garantiert ein Vollwartungssystem laut Enercon-Partner-Konzept Wartungsvertrag vom 18.05.2011 über die geplante Finanzierungslaufzeit von 15 Jahren eine Verfügbarkeit seitens des Herstellers von 97%. Trotz aller Sorgfalt können **Risiken** auftreten:

Abweichung von Prognosen

Die tatsächliche Windstärke kann deutlich hinter den prognostizierten Werten zurückbleiben.

Abweichung der Nutzungsdauer

Die tatsächliche Nutzungsdauer der Anlage bzw. einzelner Komponenten kann geringer sein, als nach den üblichen Annahmen vorhersehbar.

Inflationsrisiko

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert die Höhe der Einspeisevergütung für das Jahr der Inbetriebnahme und die folgenden 20 Betriebsjahre. Eine stark ansteigende Inflation kann zu höheren Aufwendungen und damit im Ergebnis zu einer Verschlechterung des Geschäftsergebnisses führen.

Insolvenzrisiko

Einzelne Vertragspartner können während der Laufzeit aus dem Markt ausscheiden, so dass dadurch höhere Kosten entstehen.

Vertragstreue

Geschlossene Verträge können angefochten werden, so dass gegen die Gesellschaft bis jetzt nicht gekannte Rechtsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Chancen:

Durch den Stromliefervertrag zur EEG- Direktvermarktung mit RWE Energiedienstleistungen GmbH hat die Gesellschaft die Chancen auf höhere Umsatzerlöse.

Ferner hat die REA GmbH Umweltinvest mit dem Vertrag vom 16.11.2013 einen Anspruch auf Repowering-Bonus aus dem Abbau einer Windenergieanlage der Firma Krogmann erworben. Durch die Weitergabe des Anspruchs an die Gesellschaft erhöht sich die Einspeisevergütung von 9,13 Cent pro kWh auf 9,62 Cent pro kWh.

Die Rahmenbedingungen für die Erlöse werden sich in 2014 nach dem EEG 2012 ergeben.

Sonstige Angaben**Verwendung von Finanzinstrumenten**

Zur Sicherung des Darlehens- Zinssatzes der Sparkasse Düren ab dem 11 bis 15 Jahr der Darlehenslaufzeit hat die Gesellschaft ein Zinsbegrenzungsgeschäft mit der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba) abgeschlossen. Damit beträgt der Zinssatz 2,8 % über die gesamte Laufzeit des Darlehens.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse mit wesentlicher Auswirkung auf die Ertrags- Finanz und Vermögenslage hat es nach Ende des Berichtszeitraums nicht gegeben.

Beteiligungen des Unternehmens

Die REA GmbH & Co.KG WEA1 ist zu 33,3% an der REA GmbH & Co.KG Fonds 4 beteiligt. Eine weitere Darstellung der Beteiligungen entfällt.


**regio IT gesellschaft für
Informationstechnologie mbh**

 Lombargendstraße 24
 52070 Aachen

Tel.: 0241 / 413 59 - 0

Fax: 0241 / 413 540 - 1698

E-Mail: info@regioit.de

Homepage: www.regioit.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter sowie deren kommunalen Gesellschaften sowie von Einwohnerinnen und Einwohnern der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat sie mehrere Geschäftsführer, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien und Einzelvertretungsbefugnisse erteilen.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat; er besteht aus 15 Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern in Anlehnung an die Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft entsandt.

Gesellschafterversammlung: Folgende Rechtsgeschäfte und Handlungen der Geschäftsführung bedürfen der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung:

- a) Aufnahme neuer sowie Aufgabe vorhandener Geschäftsfelder, Betriebe und Niederlassungen;
- b) Errichtung, Erwerb bzw. Pacht von und Beteiligung an anderen Unternehmen sowie deren Veräußerung;
- c) Erwerb und Veräußerung jeder Art von Anteilsrechten;
- d) Begründung von Anstellungsverhältnissen mit Angehörigen des Geschäftsführers/der Geschäftsführer gemäß § 15 Abgabenordnung (AO).

Die Gesellschafterversammlung beschließt in allen Fragen, für die nach dem Gesellschaftsvertrag nicht die Geschäftsführung oder der Aufsichtsrat zuständig ist. Sie ist insbesondere zuständig für die Beschlussfassung über:

- k) den Abschluss und die Änderung von Beherrschungs- und anderen Unternehmensverträgen nach den §§ 291, 292 AktG;
- l) den umfassenden und teilweisen Erwerb und die umfassende und teilweise Veräußerung von Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen und Anteilsrechten jeder Art;
- m) die Neubegründung, Schließung oder wesentliche Umstrukturierung von Niederlassungen;
- n) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses;
- o) die Entlastung des Aufsichtsrates;
- p) die Änderung des Gesellschaftsvertrages;
- q) die Aufnahme neuer Gesellschafter;
- r) die Verleihung von Einzelvertretungsbefugnissen an einen Geschäftsführer und die Befreiung eines Geschäftsführers von den Beschränkungen des § 181 BGB;
- s) Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer;
- t) die Bestellung des Abschlussprüfers;

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Rehfeld, Dieter (Vorsitzender)
Ludwigs, Dieter

Aufsichtsrat: Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (EVA) 6 Sitze
Stadt Aachen 3 Sitze
StädteRegion Aachen 3 Sitze
INFOKOM Gütersloh AöR 3 Sitze

Gesellschafterversammlung: 1 Stimme je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat: Kaptain, Peter (beratendes Mitglied) Kreis Düren Dezernent

Gesellschafterversammlung: Kaptain, Peter Kreis Düren Dezernent

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52070 Aachen	
gezeichnetes Kapital:	307.228,00 €	

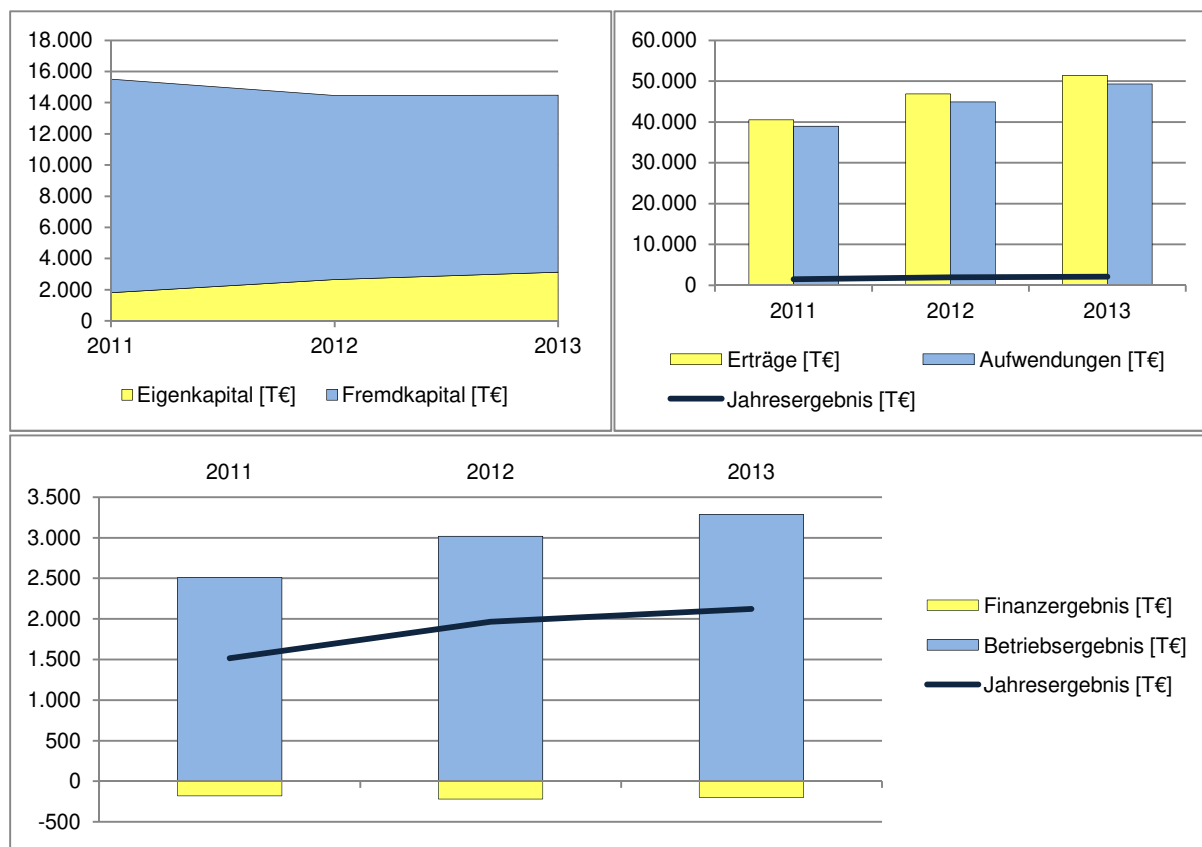
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (EVA)	185.178,00 €	60,27%
INFOKOM Gütersloh AöR	46.084,00 €	15,00%
StädteRegion Aachen	39.174,00 €	12,75%
Stadt Aachen	3.000,00 €	0,98%
Stadt Alsdorf	3.072,00 €	1,00%
Stadt Baesweiler	3.072,00 €	1,00%
Stadt Eschweiler	3.072,00 €	1,00%
Stadt Herzogenrath	3.072,00 €	1,00%
Stadt Monschau	3.072,00 €	1,00%
Gemeinde Roetgen	3.072,00 €	1,00%
Gemeinde Simmerath	3.072,00 €	1,00%
Stadt Würselen	3.072,00 €	1,00%
Stadt Düren	3.072,00 €	1,00%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3.072,00 €	1,00%
Deutschsprachige Gesellschaft Belgiens	3.072,00 €	1,00%

Der Kreis Düren ist seit 2012 mittelbar an der regio iT beteiligt. Die nachfolgenden Daten zum Geschäftsjahr 2011 sind dem Jahresabschluss 2012 der regio iT entnommen.

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.606.749,25 €	4.766.034,85 €	5.241.298,27 €	475.263,42 €	9,97%
II. Sachanlagen	5.882.663,28 €	5.556.127,21 €	5.314.178,92 €	-241.948,29 €	-4,35%
III. Finanzanlagen	15.207,02 €	15.207,02 €	15.207,02 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	3.169.862,03 €	3.313.765,94 €	3.024.787,36 €	-288.978,58 €	-8,72%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	780.310,36 €	8.287,99 €	24.128,88 €	15.840,89 €	191,13%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.055.518,07 €	797.492,37 €	861.367,41 €	63.875,04 €	8,01%
Summe Aktiva	15.510.310,01 €	14.456.915,38 €	14.480.967,86 €	24.052,48 €	0,17%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	300.000,00 €	307.228,00 €	307.228,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	0,00 €	388.066,00 €	388.066,00 €	0,00 €	
III. Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	
IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	1.515.307,00 €	1.965.510,83 €	2.123.411,02 €	157.900,19 €	8,03%
B. Rückstellungen	5.108.619,50 €	4.607.677,35 €	4.794.363,74 €	186.686,39 €	4,05%
C. Verbindlichkeiten	8.092.093,61 €	7.171.273,56 €	6.499.914,82 €	-671.358,74 €	-9,36%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	494.289,90 €	17.159,64 €	67.983,45 €	50.823,81 €	296,18%
Summe Passiva	15.510.310,01 €	14.456.915,38 €	14.480.967,03 €	24.051,65 €	0,17%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	39.825.651,23 €	46.033.226,06 €	50.366.250,61 €	4.333.024,55 €	9,41%
2. Erträge aus aktiven Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	194.817,00 €	194.817,00 €	
3. sonstige betriebliche Erträge	674.395,59 €	818.398,99 €	841.210,07 €	22.811,08 €	2,79%
4. Materialaufwand	14.425.759,29 €	16.627.553,99 €	18.720.365,49 €	2.092.811,50 €	12,59%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	12.203.706,80 €	14.552.777,31 €	15.574.061,29 €	1.021.283,98 €	7,02%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.302.738,47 €	3.796.701,12 €	4.023.700,04 €	226.998,92 €	5,98%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	3.288.794,20 €	3.420.380,24 €	3.539.104,49 €	118.724,25 €	3,47%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	4.769.226,70 €	5.436.949,06 €	6.259.387,18 €	822.438,12 €	15,13%
Betriebsergebnis	2.509.821,36 €	3.017.263,33 €	3.285.659,19 €	268.395,86 €	8,90%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	3.958,57 €	175,24 €	177,07 €	1,83 €	1,04%
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	8.627,79 €	0,00 €	112,07 €	112,07 €	
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	174.415,45 €	220.050,77 €	201.127,65 €	-18.923,12 €	-8,60%
Finanzergebnis	-179.084,67 €	-219.875,53 €	-201.062,65 €	18.812,88 €	-8,56%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	2.330.736,69 €	2.797.387,80 €	3.084.596,54 €	287.208,74 €	10,27%
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	809.209,30 €	825.287,03 €	954.708,34 €	129.421,31 €	15,68%
12. sonstige Steuern	6.220,39 €	6.589,94 €	6.477,18 €	-112,76 €	-1,71%
Jahresüberschuss	1.515.307,00 €	1.965.510,83 €	2.123.411,02 €	157.900,19 €	8,03%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	244	288	302

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren hat von der regio iT in 2013 Leistungen in Anspruch genommen, die entsprechend des Produkt- und Leistungskatalogs in Rechnung gestellt wurden.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die regio iT GmbH ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen in Nordrhein-Westfalen. Die Wurzeln der Gesellschaft und der Sitz des Unternehmens liegen in der Region Aachen. Zusammen mit der Niederlassung in Gütersloh bildet die regio iT in der IT-Landschaft Nordrhein-Westfalens eine starke Ost-West-Achse.

Das Unternehmen ist auch bundesweit mit seinen führenden IT-Lösungen bei seinen Kunden vertreten. So wird z.B. der VoteManager, ein durch die regio iT entwickeltes Wahlverfahren, überregional in aktuell 215 Kommunen eingesetzt. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind.

Sie verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optimal auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Gesellschafterstruktur

Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen die Wachstumsstrategie der Gesellschaft. Die regio iT ist offen für neue Gesellschafter, die ihrerseits ihr Geschäft in die regio iT einbringen. Sie ist willens, sich auch an Unternehmen, die zum Geschäftsfokus der regio iT passen, zu beteiligen. So wurde die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG), für welche die regio iT schon seit längerem IT-Dienstleistungen im SAP-Umfeld und im Schulbereich erbringt, im Jahr 2013 Gesellschafter.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG) ist neben der Französischen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft eine der drei Gemeinschaften des Königreichs Belgien.

Somit ergibt sich zum 31.12.2013 folgende Gesellschafterstruktur:

	Anteil
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen	60,27 %
INFOKOM Gütersloh AöR – Zweckverband für kommunale Informations- und Kommunikationstechnik	15,00 %
StädteRegion Aachen	12,75 %
Stadt Aachen	0,98 %
Stadt Alsdorf	1,00 %
Stadt Baesweiler	1,00 %
Stadt Eschweiler	1,00 %
Stadt Herzogenrath	1,00 %
Stadt Monschau	1,00 %
Gemeinde Roetgen	1,00 %
Gemeinde Simmerath	1,00 %
Stadt Würselen	1,00 %
Stadt Düren	1,00 %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1,00 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG)	1,00 %

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist 2013 so schwach gewachsen wie seit dem Rezessionsjahr 2009 nicht mehr. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte nach einer Prognose des statistischen Bundesamtes lediglich um 0,4 Prozent zu. Nach einer Konjunkturumfrage des Branchenverbandes BITKOM verlief das Jahr 2013 für die Unternehmen der Informationstechnologie hingegen ausgesprochen positiv. Rund 72 % der Unternehmen konnten ihren Umsatz steigern, nur 20 % berichten von rückläufigen Umsätzen. Der Gesamtmarkt der Informationstechnologie konnte um 2,0 % auf 74,7 Milliarden Euro zulegen.

Die Entwicklung der drei Teilmärkte der Informationstechnik (Software, IT-Service und IT-Hardware) verlief jedoch uneinheitlich. Mit einer Steigerungsrate von 4,9 % auf 18,1 Milliarden Euro konnte das Geschäft mit Software deutlich zulegen. Die Umsätze mit IT-Dienstleistungen wie Outsourcing und Wartung stiegen um 2,4 % auf 35,7 Milliarden Euro. Schwächer entwickelte sich der Markt für IT-Hardware, der um 1,1 % auf 21 Milliarden Euro schrumpfte. Maßgeblich hierfür war vor allem ein deutlich rückläufiges Geschäft mit Desktop PCs und Laptops. Nahezu

verdoppelt hat sich hingegen das Geschäft mit „mobile Devices“ (mobilen Geräten): Dieses Segment konnte mit einer Steigerungsrate von 48 % auf 2,8 Milliarden Euro zulegen. Grundlage der Markteinschätzung für 2013 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM. Die insgesamt erfreulichen Umsatzzahlen sorgen für weitere Impulse auf dem Arbeitsmarkt. Bereits Ende 2012 wurde mit 902.000 Beschäftigten erstmals die Marke von 900.000 Beschäftigten übersprungen. Im Jahr 2014 werden voraussichtlich weitere 15.000 Arbeitsplätze entstehen. Genau hier liegt auch die Herausforderung für die kommenden Jahre. Die Branche benötigt attraktive Rahmenbedingungen am Technologiestandort Deutschland sowie ein leistungsfähiges Bildungswesen, das den Nachwuchs auf Berufswege in der IT vorbereitet. Denn die größte Herausforderung der Branche ist weiterhin der Fachkräftemangel.

Geschäftsverlauf

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2013 in den wichtigsten Umsatzsegmenten überproportional an der Marktentwicklung partizipieren. Erstmals in der Unternehmensgeschichte konnte die Umsatzmarke von 50 Mio. € überschritten, mit 50,4 Mio. € ein neuer Rekordwert erzielt werden. Zurückzuführen ist dies vor allem auf eine Umsatzausweitung bei unseren Bestandskunden, insbesondere in den Umsatzsegmenten Produkt- und Applikationsbetrieb sowie bei den Dienstleistungen aus Beratungs- und Projektleistungen. Treiber im letztgenannten Umsatzsegment waren Projekte in den Themenbereichen Migration Windows 7/Office 2010 sowie Erweiterung der Finanzsysteme auf die SEPA-Anforderungen. Ebenfalls konnte mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens ein weiterer Kunde als Gesellschafter der regio iT gewonnen werden. Aufgrund der positiven Geschäftsentwicklung konnten auch bei der regio iT im Berichtsjahr neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 3,1 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €) ab. Ausschlaggebend für dieses sehr gute Ergebnis ist die Steigerung der Umsatzerlöse, die um 9,4 % gegenüber dem Vorjahr (46,0 Mio. €) auf 50,4 Mio. € gestiegen sind. Nach Steuern resultiert daraus ein Jahresüberschuss von 2,1 Mio. €.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 32,7 Mio. € im Berichtsjahr. Das für das Berichtsjahr geplante Rohergebnis (31,4 Mio. €) wurde aufgrund der positiven Entwicklung der Gesamtleistung übertroffen.

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 38,0 Mio. € um 0,5 Mio. € über dem Planansatz (37,5 Mio. €). Maßgeblich für die Planüberschreitung ist sowohl der Ausbau des Bestandskundengeschäftes, als auch Effekte aus der Erhöhung von Abnahmemengen, insbesondere im Infrastrukturbereich.

Ebenfalls überplanmäßig haben sich die Umsätze aus Handels-/Leasing-geschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (3,7 Mio. €) konnten um 1,5 Mio. € übertroffen werden. Die Kommunen haben im Berichtsjahr, oft auch in Zusammenhang mit der Umstellung auf Windows 7, insbesondere in Arbeitsplatzausstattung investiert.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung (Dienstleistungsumsätze). Im Berichtsjahr hat sich dieses Umsatzsegment überplanmäßig entwickelt. Einem geplanten Umsatz von 3,7 Mio. € (8 % der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 4,7 Mio. € gegenüber (9,4 % der Gesamtumsätze). Insbesondere in den Themengebieten „SEPA“ und „Windows 7-Umstellung“ konnten erfolgreiche Projekte bei den Kunden umgesetzt werden.

Die Gesamtleistungsrendite lag im Berichtsjahr bei 6,0 % Aufgrund der positiven Geschäfts- und insbesondere Umsatzentwicklung konnte somit der Planwert (5,7 %) übertroffen werden.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards tragen wir den hohen Anforderungen unserer Kunden Rechnung und qualifizieren uns gleichzeitig für erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Im Jahr 2006 wurde das Qualitätsmanagementsystem der regio iT erstmals nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert. Diese Zertifizierung wurde seitdem mehr-fach durch unabhängige Prüfer bestätigt, womit unserem Qualitätsmanagementsystem eine optimal aufgestellte, prozessorientierte Organisation bescheinigt wurde.

Die ISO/IEC 20000 ist eine international anerkannte Norm zum IT Service Management, in dem die Anforderungen für ein professionelles IT Service Management dokumentiert sind. Erstmals wurde die Zertifizierung im Jahr 2008 erfolgreich vorgenommen.

Gerade die Kunden der regio iT haben sehr hohe Anforderung an die Sicherheit und Integrität ihrer Daten. Die internationale Norm ISO/IEC 27001 spezifiziert die Anforderungen für Herstellung, Einführung, Betrieb, Überwachung, Wartung und Verbesserung eines dokumentierten Informationssicherheits-Managementsystems unter Berücksichtigung der IT-Risiken der gesamten Organisation. Konkret wurde der regio iT erstmals 2009 bestätigt, dass sie den Umgang mit Informationen hinsichtlich dieser Anforderungen optimal gestaltet.

Alle Zertifizierungen wurden seither mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt. Zuletzt wurden im Geschäftsjahr 2013 für alle 3 Normen Re-Zertifizierungen bzw. Überwachungsaudits erfolgreich durchgeführt.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Um die Wachstumsstrategie der regio iT bewältigen zu können, müssen jedoch ausreichend Fachkräfte am (regionalen) Markt verfügbar sein. Daher ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor zur Gewinnung neuer Fachkräfte, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit Sommer 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der unabhängigen und gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Uns wurde bescheinigt, dass unsere Maßnahmen und Angebote im Gesundheitsbereich überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die nächste Re-Zertifizierung muss in 2014 absolviert werden.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2013 konnte die regio iT die Gesamtumsätze um 4,4 Mio. € oder 9,4 % gegenüber dem Vorjahr von 46,0 Mio. € auf 50,4 Mio. € steigern. Der größte Anteil dieser Umsatzsteigerung ist auf die Umsatzerlöse aus Produkt-/Applikationsbetrieb zurückzuführen, dieses Umsatzsegment konnte um 1,9 Mio. € auf 38,0 Mio. € gesteigert werden. Diese Umsatzerlöse basieren überwiegend auf mehrjährig abgeschlossenen Kundenverträgen und Lizenzverkäufen von der mit dem Erwerb der IT-Sparte der INFOKOM, Gütersloh, übernommenen und von dieser selbsterstellten Software VoteManager. Die Umsatzzuwächse sind vor allem auf neue Produkte für den Kreis und die Stadt Düren, die erfolgreiche Vermarktung der Wahlsoft-

ware VoteManager sowie auf den Energieversorgungsbereich zurückzuführen. Signifikant gesteigert werden konnten auch Dienstleistungsumsätze aus Beratungs- und Projektleistungen. Dieses Segment konnte um 1,0 Mio. € von 3,7 Mio. € im Vorjahr auf 4,7 Mio. € gesteigert werden. Ausschlaggebend hierfür sind Projekte im Windows 7/Office 2010 sowie SEPA-Umfeld sowie weitere Projekte im Bereich des kommunalen Finanzmanagements. Aufgrund verstärkter Investitionen unserer Kunden in die Arbeitsplatz-Infrastruktur konnten ebenfalls die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft um 0,7 Mio. € auf 5,1 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €) gesteigert werden.

Eine Steigerung konnte auch das Umsatzsegment Weiterberechnung von Fremdleistungen/Porto verzeichnen. Diese stiegen von 1,8 Mio. € im Vorjahr auf 2,5 Mio. €. Hierbei handelt es sich um die reine Weiterberechnung von Fremdleistungen ohne eigene bzw. zusätzliche Wertschöpfung der regio iT. Die Umsatzerlöse korrespondieren mit der entsprechenden Aufwandsposition im Materialaufwand.

Aufgrund des großen Erfolges bei der Vermarktung der Wahlsoftware VoteManager wurde im Geschäftsjahr 2013 das Portfolio von Software-Eigenentwicklungen weiter ausgebaut. Die Erträge aus aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 0,2 Mio. € resultieren aus der Entwicklung von Software-lösungen im Bereich Energie-Monitoring und Entsorgungs-Management im SAP-Umfeld. Erste Pilotprojekte für den Einsatz bei unseren Kunden konnten bereits akquiriert werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 0,8 Mio. € auf Vorjahresniveau. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Fördermittel bzw. anteilige Erstattungen des regio iT Personalaufwandes innerhalb von F&E-Förderprojekten. Durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung des eigenen Produktportfolios gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2013 engagierte sich die regio iT vor allem in Förderprojekten zu den Themen Elektromobilität sowie Cloud- und Mobile-Computing.

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2013 beträgt 18,7 Mio. € (Vorjahr: 16,6 Mio. €). Die Entwicklung des Materialaufwandes korrespondiert mit der Entwicklung der Gesamtleistung. In diesen Kennzahlen spiegelt sich die Strategie der regio iT wider, die eigene Wertschöpfung weiter zu steigern.

Die Personalaufwendungen der Angestellten erhöhten sich aufgrund von Tarifsteigerungen und Personalaufbau um 6,8 % auf 19,6 Mio. € (Vorjahr: 18,3 Mio. €). Zum 31.12.2013 waren bei der regio iT 334 (Vorjahr: 326) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 20 Auszubildende (Vorjahr 25) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersloh insgesamt 32 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 37) zugewiesen.

Leicht gestiegen sind die Abschreibungen aufgrund höherer Investitionen: diese liegen mit 3,5 Mio. € um 0,1 Mio. € über dem Vorjahreswert (3,4 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen maßgeblich aufgrund höherer Raum-, Strom- sowie Beratungs-/Vermarktungskosten um 0,9 Mio. € auf 6,3 Mio. € (Vorjahr: 5,4 Mio. €).

Das Finanzergebnis liegt mit -0,2 Mio. € auf Vorjahresniveau (-0,2 Mio. €).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag liegen um 0,1 Mio. € über denen des Vorjahres.

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31.12.2013 betrug die Bilanzsumme 14,5 Mio. € (Vorjahr: 14,5 Mio. €).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen bei 3,8 Mio. € (Vorjahr: 3,3 Mio. €). Maßgeblich aufgrund von Investitionen in Softwarelizenzen stieg das Anlagevermögen leicht von 10,4 Mio. € auf 10,6 Mio. €. Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen in Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrespondierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einem hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31.12.2013 betrug der Anlagendeckungsgrad (1) 29,5 %, die Eigenkapitalquote 21,5 % (Eigenkapitalquote Vorjahr: 18,4 %). Die Investitionen werden daher mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten in Höhe von 1,6 Mio. € (Vorjahr 2,4 Mio. €), gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €). Die Gesellschaft hat zudem mit ihrem Gesellschafter Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Aachen, einen Cash-Pooling Vertrag abgeschlossen. Die regio iT kann somit ihren Finanzierungsbedarf zusätzlich aus diesem Cash-Pool decken. Die Kreditlinie beträgt 3,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag verfügt die Gesellschaft über eine Forderung an den Cash-Pooling-Geber von 0,6 Mio. €.

Die Gesellschafter haben im Berichtsjahr die Thesaurierung von 0,3 Mio. € aus dem Jahresüberschuss 2012 beschlossen. Der verbliebene Jahresüberschuss des Vorjahres in Höhe von 1,7 Mio. € wurde an die Gesellschafter ausgeschüttet.

Zusammenfassung

Der Verlauf des Berichtsjahres 2013 kann insgesamt als ausgezeichnet und somit als äußerst günstig bewertet werden, da bei Umsatz und Jahresüberschuss ein Rekordergebnis erzielt werden konnte. Die Vermögenslage ist nach wie vor geprägt von einer Eigenkapitalquote unterhalb des durchschnittlichen Wertes deutscher mittelständischer Unternehmen (22 %). Der Finanzierungsbedarf ist jedoch über den Cash-Pooling Vertrag der E.V.A. ausreichend gesichert. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

Nachtragsbericht

Aufgrund des hohen Auftragsbestandes und der positiven Rückmeldungen auf das regio iT-Produktportfolio ist die Fortführung des Wachstumskurses geplant. Unterstützt wird dieser insbesondere auch durch die Strategie der regio iT, dass Kunden zu Gesellschaftern werden. Dadurch partizipieren die Gesellschafter der regio iT auch unmittelbar an einer Ausweitung der Geschäftsbeziehung. So finden zu Beginn des Geschäftsjahres 2014 intensive Gespräche mit der StädteRegion Aachen statt. Die StädteRegion plant eine Neuausrichtung der bisher selbst erbrachten IT-Dienstleistungen. Im Bereich der Personalentwicklung wird die Rolle des IT-Consultants durch die regio iT weiter ausgeprägt. Ziel ist die Ausweitung des Beratungsangebotes im Segment IT-Prozess- und Organisationsberatung, um in entsprechenden Kundenprojekten den Anteil externer Berater weiter zu reduzieren. Aus diesem Grunde finden zu Jahresbeginn mehrere Workshops mit einer externen Unternehmensberatung statt, um die entsprechenden fachlichen und persönlichen Anforderungen an die Berater der regio iT weiter auszubauen.

Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Prognosebericht

Die regio iT wird weiter wachsen, indem sie ihre Lösungen und Produkte bundesweit anbietet. Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen diese Wachstumsstrategie. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Bei den vornehmlich kommunalen Kunden besteht ein zunehmender Bedarf, die Verwaltungs- und Geschäftsprozesse

se zu optimieren. Unter stetig wachsendem Finanzierungs- und Kostendruck gilt es für die Kunden, ihre Prozesse durch verstärkten Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie effektiver und effizienter zu gestalten. Für das Jahr 2014 prognostiziert BITKOM für den deutschen Markt der Informationstechnik ein weiteres Wachstum um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die für die regio iT wichtigen Teilmärkte Software und Dienstleistungen wachsen nach der BITKOM-Prognose sogar um 5,1 % bzw. 3,2 %.

Auch im Geschäftsjahr 2014 werden 4 Zertifizierungen von unabhängigen Auditoren überprüft: Überwachungsaudits müssen für die Normen ISO 9001 sowie 27001 absolviert werden, eine Re-Zertifizierung für die Norm ISO 20000. Zusätzlich steht die Re-Zertifizierung des Siegels „Beruf und Familie“ an.

Die folgenden finanziellen und nicht finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahre 2014 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €)

Für das Geschäftsjahr 2014 plant die regio iT zwar einen leicht rückläufigen Gesamtumsatz von 49,5 Mio. € (Ist 2013: 50,4 Mio. €), jedoch Umsatzzuwächse in den wichtigen Umsatzsegmenten mit hohem Wertschöpfungsanteil. Wir gehen davon aus, dass wir bei den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb eine Steigerung von 1,3 Mio. € auf 39,3 Mio. € erwirtschaften können. Maßgeblich für diese Planung sind der weitere Ausbau des Bestandskundengeschäftes sowie die weiterhin erfolgreiche bundesweite Vermarktung von ausgewählten Produkten. Bei den Umsatzerlösen aus Beratungs- und Projektleistungen erwarten wir eine leichte Steigerung von 4,7 Mio. € auf 4,8 Mio. €. Diese Annahme entspricht der Strategie der regio iT, ca. 10 % des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Viele Projekte, und in der Folge demnach auch Produktumsätze, sind in der Anbahnung. Weiterhin sehen wir insbesondere für den Bereich Little Bird (Software für Kindertagesstätten) sowie bei verschiedenen SAP-Produkten im Energieversorgungsbereich Potential für Projekte und Produktumsätze.

Auch der Trend der Re-Kommunalisierung im Energiemarkt sowie die Gründung neuer nicht-kommunaler Energie-Vertriebe bietet aufgrund der ausgezeichneten Expertise der regio iT im Bereich des IT-Betriebes von Anwendungen für EVU-Geschäftsprozesse Wachstumspotenzial.

Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten wir mit 3,6 Mio. € rückläufige Umsätze. Das Jahr 2013 war mit einem Umsatz von 5,2 Mio. € geprägt von Investitionen unserer Kunden in Arbeitsplatzausstattung, die mehrjährig genutzt wird.

Ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen unserer kommunalen Kunden ist jedoch die jeweilige Haushaltssituation, an der die Steuereinnahmen wesentlichen Anteil haben. Das Ifo-Institut erwartet für 2014 ein Wachstum von 1,9 %. Das wäre somit fast fünfmal so stark wie im laufenden Jahr (0,4 %). Risiken ergeben sich aus einer möglichen gegenläufigen Entwicklung, die direkten Einfluss auf die Haushaltssituation unserer Kunden und auf mögliche Investitionsentscheidungen haben könnte. Dem gegenüber stehen mögliche mittelfristige Rationalisierungseffekte aufgrund der Ausweitung des IT-Einsatzes für unsere Kunden.

Insbesondere aufgrund steigender Personalkosten bzw. der prognostizierten Tarifentwicklung gehen wir für 2014 jedoch von einem leicht rückläufigen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 2,8 Mio. € (Ist 2013: 3,1 Mio. €) aus. Mit einer geplanten Umsatzrendite (vor Steuern) für 2014 von 5,6 % (Ist 2013: 6,0 %) entspricht dies jedoch einer angemessenen Rendite für unsere Gesellschafter. Die kurzfristige Kreditlinie der regio iT im Cash-Pooling der E.V.A. kann in 2014 auch vorübergehend zur Zwischenfinanzierung ausgeweitet werden. Zusammenfassend gehen wir von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2014 aus, auf deren Basis wir unsere geplanten Ziele erreichen können.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Kerngeschäft der regio iT besteht in der Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Dabei liegt das Hauptrisiko in der Sicherheit der Informationsverarbeitung. Die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie ist im kommunalen Umfeld unverzichtbar und auf Grund immer größerer Prozessunterstützung und Prozessautomation ein zentraler Aspekt des Risikomanagements der regio iT. Unser Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen der DIN EN ISO 9001, ISO/IEC 20000 sowie insbesondere ISO/IEC 27001.

Dienstleistungen mit Projektrisiko werden regelmäßig durch ein Steuerungsgremium (Projektmanagementboard) unter Beteiligung der Geschäftsleitung überwacht. Für die Dienstleistungen mit Projektrisiko werden darüber hinaus Vorkalkulationen und Risikobetrachtungen im Vorfeld der Projekte durchgeführt, die somit schon in der Angebotsphase Berücksichtigung finden. Regelmäßige Routineüberprüfungen auf Basis eines Reporting-Systems steuern die Risikoerkennung im Bereich der Dienstleistungen ohne Projektrisiko. Die Führungskräfte und Auftragsverantwortlichen führen regelmäßig Analysen durch, die zusammen mit der Geschäftsleitung bewertet und in steuernde Maßnahmen umgesetzt werden.

Die Risikopolitik der regio iT setzt auf eine gezielte und effiziente Nutzung unternehmerischer Chancen sowie die Minimierung oder Vermeidung potenzieller Risiken.

Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die wir in der Folge als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung sehen. Das Risiko der Kundenfluktuation in Form wesentlicher, kurzfristiger Vertragskündigungen ohne Gegensteuerungsmöglichkeiten schätzen wir derzeit als gering ein.

Risiken bestehen aufgrund technischer Probleme durch Hardwareausfall oder andere negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Service-Management-Prozesse. Können diese nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher technischer Integrität eine Spezialhaftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch (Folge-)Schäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen unserer Bestandskunden mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen unsere Einschätzung. Im März 2014 wurden wir mit einem umfangreichen Migrationsprojekt mit dem Ziel, umfangreiche weitere IT-Dienstleistungen für einen (Gesellschafter-) Kunden zu übernehmen, beauftragt. Demzufolge gehen wir davon aus, die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2014 zu erreichen.

Das Risikomanagementsystem der regio iT ist zudem in das Risikomanagementsystem der E.V.A. eingebunden.

Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Beteiligungen des Unternehmens

Die regio iT ist u.a. zu 100% an der cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH, Monschau beteiligt. Eine weitere Darstellung der Beteiligungen entfällt, da die mittelbare Beteiligung an der regio iT selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



RURENERGIE
SAUBERE ENERGIE

RURENERGIE GmbH

Bismarckstraße 16
52351 Düren
Tel.: 02421/22-0
Fax: 02421/22-2020
E-Mail: g.beyss@kreis-dueren.de
Ingo.vosen@stadtwerke-dueren.de
Homepage: -

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien, bzw. die Vermarktung der in diesen Anlagen erzeugten Energie, sowie die Erbringung von Versorgungsleistungen in den Bereichen Energie und Wärme und die mit diesen Bereichen unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Gesellschafter vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Einzelnen Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss Einzelvertretungs- und Einzelgeschäftsführungsbefugnis erteilt werden.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat; er besteht aus 15 Mitgliedern. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren. Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH entsendet weitere sieben Mitglieder, die Stadtwerke Düren GmbH vier Mitglieder und die Gesellschafterversammlung der S-Beteiligungsgesellschaft mbH drei Mitglieder in den Aufsichtsrat. Dabei werden die von der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH zu entsendenden Mitglieder unmittelbar durch den Kreistag des Kreises Düren benannt. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Auch die Stadtwerke Düren können ein weiteres Mitglied mit beratender Stimme benennen. Die Amtszeit der die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH vertretenden Aufsichtsratsmitglieder und der beratenden Mitglieder aus dem Kreis der übrigen Fraktionen endet regelmäßig mit der Bestellung von Vertretern nach der Konstituierung eines neuen Kreistages. Dies gilt für die Vertreter der Stadtwerke, soweit sie durch den Rat der Stadt entsandt werden,

entsprechend. Im Übrigen entscheidet jeder Gesellschafter über die Amtszeit seiner entsendeten Mitglieder. Die Gesellschaftervertreter nehmen an den Aufsichtsratssitzungen mit beratender Stimme teil.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Folgende Rechtsgeschäfte und Handlungen der Geschäftsführung bedürfen der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung:

- a) Verfügungen und Verpflichtungen, die über den Rahmen des laufenden Geschäftsverkehrs- bzw. des gewöhnlichen Rechtsverkehrs hinausgehen und deren Gegenstand im Einzelfall den in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegten Betrag überschreiten,
- b) die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern sie die in der Geschäftsordnung festgelegten Wertgrenzen für die Geschäftsführung übersteigt,
- c) die Aufnahme von Darlehen und Krediten jeder Art, sofern im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegter Betrag überstiegen wird,
- d) der Abschluss von Miet-, Pacht- und Leasingverträge für eine längere Dauer als 1 Jahr, sofern der jährliche Zins den in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegten Betrag übersteigt,

Unbeschadet gesetzlicher Regelungen oder weitergehender Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages unterliegen der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung insbesondere:

- a) Die Feststellung des Jahresabschlusses mit Lagebericht, die Verwendung der Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages,
- b) die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
- c) der Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgs-, Investitions- sowie dem Stellenplan und dem fünfjährigen, jährlich fortzuschreibenden Finanzplan,
- d) die Berufung, die Anstellung, die Abberufung und die Entlassung der Geschäftsführung sowie die Aufteilung der Zuständigkeiten bei mehreren Geschäftsführern,
- e) die Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschl. Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen sowie Gesellschafterdarlehen,
- f) die Erteilung der Zustimmung betreffend die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils (vgl. § 13),
- g) die Zustimmung über die Annahme eines neuen Projektes sowie der für die Finanzierung des Projektes erforderlichen Verträge. Bei der Entscheidung über die Annahme des Projektes ist zu berücksichtigen, dass das Projekt eine jährliche Projektrendite von mindestens 1 % nach Steuern, nach Kapitalkosten (FK/EK-Verzinsung) und Risikozuschlag für die Projektrisiken aufweist,
- h) die Bildung und Auflösung von Rücklagen,

- i) die Beteiligung an Unternehmen, der Erwerb oder die Veräußerung sowie die An- und Verpachtung von Unternehmen und Beteiligungen,
- j) die Bestellung von Vertretern in Beteiligungsgesellschaften (§ 113 Abs. 2 S. 1 GO NRW bleibt unberührt),
- k) der Abschluss, die Änderungen und die Aufhebung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 Abs. 1 AktG,
- l) die Ernennung und die Abberufung von Liquidatoren,
- m) die Auflösung der Gesellschaft
- n) der Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Beyß, Georg Vosen, Ingo	Kreis Düren Düren	Kreisdirektor
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) Stadtwerke Düren mbH (SWD) S-Beteiligungsgesellschaft mbH	8 Sitze 4 Sitze 3 Sitze	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Breuer, Peter bis 31.08.2014 Krüttgen; Kurt ab 30.09.2014 Dr. Peill, Patricia Kolonko-Hinssen, Eva-Maria Schlächter, Herbert Schmitz, Josef Johann Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender) Timirci, Cem von Laufenberg, Reiner Veithen, Valentin Raimund beratendes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete Sachkundiger Bürger Kreistagsabgeordneter Landrat Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter
Gesellschafterversammlung:	Hürtgen, Dirk	BTG	Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

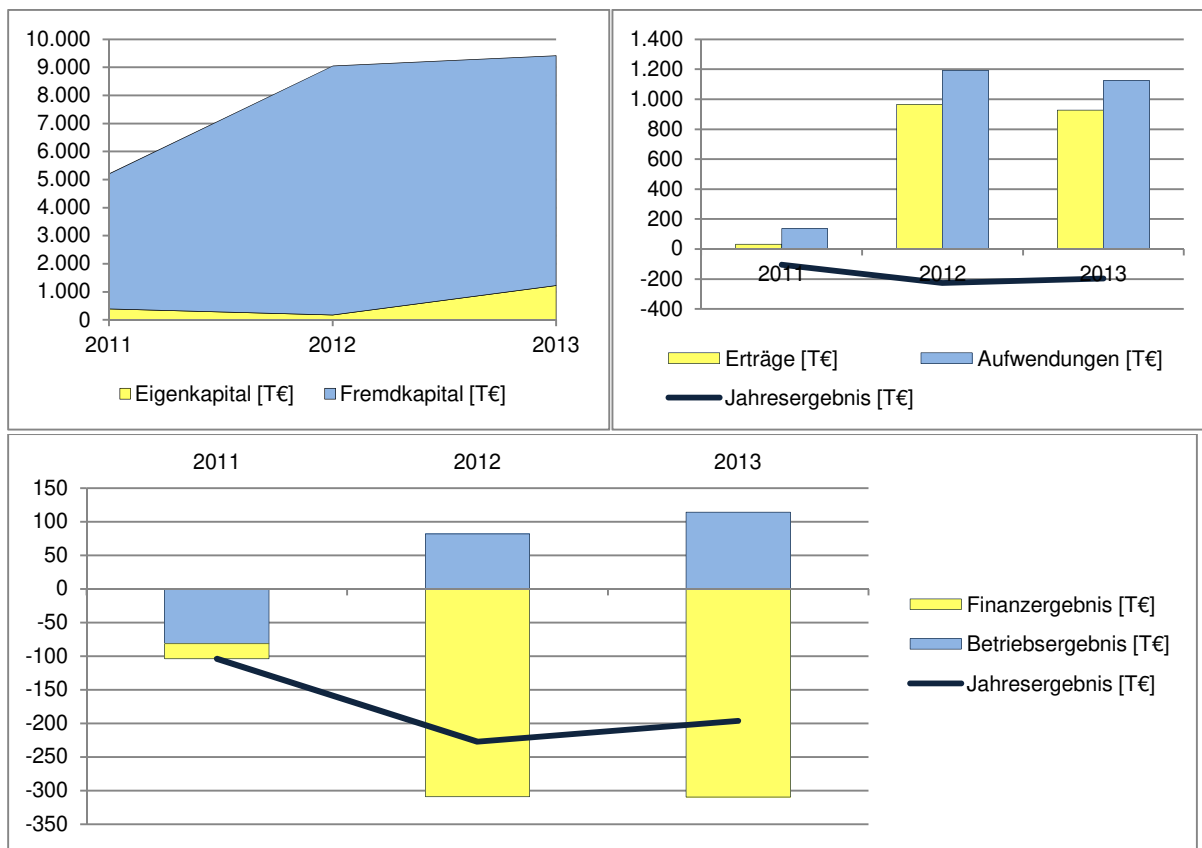
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	500.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	250.500,00 €	50,1%
Stadtwerke Düren GmbH (SWD)	125.500,00 €	25,1%
S-Beteiligungsgesellschaft mbH	124.000,00 €	24,8%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	4.746.177,57 €	8.467.703,63 €	8.115.130,71 €	-352.572,92 €	-4,16%
II. Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	788.521,98 €	788.521,98 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	95.437,63 €	551.954,89 €	110.514,65 €	-441.440,24 €	-79,98%
II. Kassenbestand	364.932,12 €	23.969,50 €	397.878,83 €	373.909,33 €	1559,94%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	4.285,72 €	4.285,72 €	
Summe Aktiva	5.206.547,32 €	9.043.628,02 €	9.416.331,89 €	372.703,87 €	4,12%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00 €	500.000,00 €	500.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	0,00 €	1.250.000,00 €	1.250.000,00 €	
III. Verlustvortrag	0,00 €	-103.857,14 €	-331.129,70 €	-227.272,56 €	218,83%
IV. Jahresergebnis	-103.857,14 €	-227.272,56 €	-196.033,60 €	31.238,96 €	-13,75%
B. Rückstellungen	25.600,00 €	80.913,21 €	8.538,16 €	-72.375,05 €	-89,45%
C. Verbindlichkeiten	4.784.804,46 €	8.793.844,51 €	8.184.956,83 €	-608.887,68 €	-6,92%
Summe Passiva	5.206.547,32 €	9.043.628,02 €	9.416.331,69 €	372.703,67 €	4,12%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	32.075,05 €	960.768,41 €	922.894,52 €	-37.873,89 €	-3,94%
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	4.915,40 €	4.760,53 €	-154,87 €	-3,15%
3. Materialaufwand	20.600,00 €	197.262,58 €	113.723,43 €	-83.539,15 €	-42,35%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	0,00 €	35.424,09 €	72.723,94 €	37.299,85 €	105,30%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0,00 €	5.670,52 €	8.283,87 €	2.613,35 €	46,09%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	39.463,50 €	436.076,75 €	446.254,05 €	10.177,30 €	2,33%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	53.601,95 €	209.341,55 €	172.638,13 €	-36.703,42 €	-17,53%
Betriebsergebnis	-81.590,40 €	81.908,32 €	114.031,63 €	32.123,31 €	39,22%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	22.266,74 €	308.904,84 €	309.664,63 €	759,79 €	0,25%
Finanzergebnis	-22.266,74 €	-308.904,84 €	-309.664,63 €	-759,79 €	0,25%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-103.857,14 €	-226.996,52 €	-195.633,00 €	31.363,52 €	-13,82%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
8. sonstige Steuern	0,00 €	276,04 €	400,40 €	124,36 €	45,05%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-103.857,14 €	-227.272,56 €	-196.033,40 €	31.239,16 €	-13,75%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Entwicklung der Gesellschaft

Die **RURENERGIE** GmbH, im Folgenden **RURENERGIE**, ist in der Energiewirtschaft insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien tätig. Primäres Ziel ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien und die Erbringung von damit unmittelbar verbundenen Versorgungs- und Dienstleistungen. Die Eigentümer wollen einen spürbaren regionalen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer möglichst umweltschonenden Energieversorgung in der Region Düren leisten.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Mit Wirkung zum 27.01.2014 ist die Energie- und Wasserversorgung GmbH durch Erwerb von Anteilen der S-Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse mbH mit 5% in den Kreis der Gesellschafter eingetreten.

Die Gesellschaftsanteile der Gesellschafter Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH und der Stadtwerke Düren GmbH bleiben unverändert.

Anlagenportfolio

Inzwischen betreibt die **RURENERGIE** neben dem Solarpark Inden noch fünf weitere PV-Anlagen. Die Zweitgrößte ist die PV-Anlage auf den Dächern des Schulzentrums in Kreuzau. Sie verfügt über eine installierte Leistung von 244 kWp und ging wie der Solarpark in Inden im November 2011 an das Netz. Am Standort Mädchengymnasium Jülich betreibt die **RURENERGIE** zwei PV-Anlagen. Die erste, Ende März 2012 in Betrieb genommene PV-Anlage verfügt über eine installierte Leistung von 60 kWp. Die zweite PV-Anlage wurde im Januar 2013 in Betrieb genommen und verfügt über eine installierte Leistung von 65 kWp.

Anfang des Jahres 2014 wurden aus Eigenkapitalmitteln mit dem Ziel der Erhöhung des unbelasteten Anlagevermögens zwei PV-Bestandsanlagen gekauft. Bei den Bestandsanlagen handelt es sich um die beiden PV-Anlagen „Schulzentrum Athenée Royal“ mit einer installierten Leistung von 118 kWp und der PV-Anlage „Schulzentrum Vettweiß“ mit einer installierten Leistung von 165 kWp.

Die **RURENERGIE** verfügt Stand April 2014 über ein PV-Anlagenportfolio mit einer installierten Leistung von ca. 4.469 kWp.

Laut Deutscher Wetterdienst lag die durchschnittliche Anzahl an Sonnenstunden in 2013 bei 97%, somit 3% unterhalb des vieljährigen Mittels. Vor allem die erste Hälfte des Jahres blieb hinter den Sonnenstundenprognosen zurück. Jedoch konnte dies durch eine leicht bessere zweite Jahreshälfte beinahe ausgeglichen werden.

Im Jahr 2013 wurden durch die PV-Anlagen der **RURENERGIE** über 4.090.152 kWh Strom erzeugt und in das Netz eingespeist.

Dies liegt etwa 7,5% oberhalb der im Wirtschaftsplan zugrunde gelegten Leistungsprognose.

Die Leistungsprognose für die solar erzeugte Strommenge für das Jahr 2014 beträgt 4,1 Millionen kWh.

Aufgrund des milden und untypisch sonnigen Frühjahres liegen die erzeugte Strommenge und die erzielten Erlöse derzeit über Plan.

Seit Juli 2013 verfügt die **RURENERGIE** über ihr erstes Engagement in der Windenergie. Hierzu wurde eine Kommanditbeteiligung i.H.v. 53,1% an der REA GmbH & Co.KG WEA 1 Düren eingegangen.

Die v.g. Gesellschaft verfügt über eine Enercon E-101 Windkraftanlage mit einer installierten Leistung von 3.000 kW.

Basierend auf den vorliegenden Windgutachten und unter Berücksichtigung technischer Anlagenspezifika wird von einer durchschnittlichen Stromproduktion von 7,4 Millionen kWh p.a. ausgegangen.

Hierdurch entfallen auf die **RURENERGIE** 3,9 Millionen kWh erzeugter Windstrom.

In Summe beträgt die bilanzielle CO₂-neutrale Stromproduktion der **RURENERGIE** dann rd. 8 Millionen kWh p.a..

Die **RURENERGIE** ist somit bereits im dritten Jahr nach ihrer Gründung in der Lage rd. 2.800 Haushalten CO₂-neutralen Strom zur Verfügung zu stellen und sorgt jährlich für eine lokale Vermeidung von ca. 5.600 t CO₂.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der **RURENERGIE** erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr maßgeblich durch die Eigenkapitalaufstockung der Gesellschafter in Höhe v. 1,25 Mio €. In diesem Zusammenhang zeigt sich auf der Aktivseite der Bilanz die Finanzbeteiligung am Windpark Echtz (Beteiligung REA) sowie der Bestand an flüssigen Mitteln in Höhe v. 0,4 Mio €. Der Anteil der Fremdfinanzierung der Anlagen der Gesellschaft sinkt hierdurch auf 91%, was sich in einem stabilen Finanzergebnis widerspiegelt.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis zeigt sich nahezu unverändert und liegt bei 310 T€ (negativ). Dem positiven Effekt aus der Eigenkapitalerhöhung steht erhöhter Zinsaufwand aus der erstmals ganzjährigen Verzinsung der in der Vergangenheit aufgenommenen Darlehen gegenüber.

Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -196 T€ (VJ -227 T€). Das Ergebnis zeigt sich infolge geringerer Betriebsführungsentgelte in Verbindung mit verminderten Investitionstätigkeiten der Gesellschaft leicht verbessert.

Chancen und Risiken

Unternehmerisches Tun wird letztlich durch den ständigen Umgang mit Chancen und Risiken bestimmt, und dieser Aufgabe nimmt sich die **RURENERGIE** pflichtbewusst an. Im Rahmen ihrer primären Tätigkeit auf dem Gebiet der Errichtung und des Betriebs von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien stehen vorrangig die Chancen und Risiken aus den umzusetzenden Projekten im Fokus. Hierbei sind neben den üblichen Risiken beim Bau von Anlagen auch die in den Rentabilitätsberechnungen zu Grunde gelegten Annahmen als Chancen- und Risikofaktor zu nennen. Risiken, die die Zielerreichung der Gesellschaft negativ beeinflussen können, sollen mittels eines umfassenden und sorgfältigen Projektmanagements frühzeitig erkannt und mit Hilfe ziel- und zweckgerichteter Maßnahmen gesteuert werden.

Das EEG, sicherte dem Betreiber bisher eine definierte und garantierte Vergütung über einen Zeitraum von 20 Jahren.

Im Grundsatz hält auch der aktuelle Gesetzentwurf 2014 hieran fest und stellt Bestandsanlagen unter Vertrauensschutz.

Dem gegenüber sind im EEG 2014 weitere Einschränkungen der Förderung zu erwarten. Über dies hinaus ist von einer verpflichteten Direktvermarktung der erzeugten Strommengen auszugehen.

Für neue PV-Anlagen zeichnet sich im Gesetzentwurf die bereits eingeführte Reduzierung der Vergütungssätze unverändert ab.

Ein nennenswerter Preisrückgang der Systeme liegt nicht vor. Diese Entwicklung, welche sich auf die eingeführten Strafzölle für Photovoltaiksysteme aus Asien zurückführen lässt, führte in 2013 und anhaltend in 2014 zu der Situation, dass die Vergütung stärker sank als die Systempreise und somit eine Überregulierung vorliegt.

Dies hat zur Konsequenz, dass eine rein einspeiseorientierte Neuanlage i.d.R. nicht mehr wirtschaftlich zu realisieren ist.

Somit rückt der Eigenverbrauch immer stärker in den Fokus der Photovoltaikindustrie.

Die Gestehungskosten für Strom aus Photovoltaikanlagen sind in den meisten Fällen, auch in Deutschland, inzwischen geringer als die Strombezugskosten.

Entscheidend für die zukünftige Entwicklung von neuen PV-Projekten wird die Beteiligung der eigenerzeugten und eigenverbrauchten Strommenge an der EEG-Umlage sein.

Zukünftig werden voraussichtlich PV-Anlagen bis 10 kWp EEG umlagebefreit bleiben. Hierdurch sind eher kleinteilige Neuprojekte zu erwarten.

Durch die voraussichtliche Verpflichtung zur Direktvermarktung und den damit verbundenen steigenden Anforderungen an die Betriebsführung erwartet die RURENERGIE einen wachsenden Sekundärmarkt (Erwerb von Bestandsanlagen) für PV-Anlagen.

Für die Windenergie sieht der Gesetzentwurf weiterhin die bereits etablierte Degression der Vergütung vor. Erstmals wird diese sich aber an einem Zubaukorridor orientieren.

Nach Studien unterschiedlicher Forschungseinrichtungen sind die Einsparpotenziale seitens der Windkraftanlagenhersteller noch nicht voll ausgeschöpft.

Ferner ist auch von einer Anpassung der Renditen der Flächeneigentümer an die Degression auszugehen.

Die **RURENERGIE** geht somit weiterhin davon aus, sich zukünftig an attraktiven Windkraftprojekten beteiligen zu können.

Aufgrund der aktuell noch unklaren Rechtslage unterliegen Investitionen in Projekte einer besonders sensiblen Prüfung.

Entgegen anderen Formen der Energiegewinnung, die auf den Verbrauch von Rohstoffen wie Gas oder Kohle basieren, ist der Betrieb von Windkraft- und Solaranlagen unabhängig vom Beschaffungspreis des Rohstoffs. Schwankungen - insbesondere Anstiege - von Rohstoffpreisen beeinflussen demnach nicht die Wirtschaftlichkeit der Anlage. Daher wird unabhängig von den gültigen oder zukünftigen EEG-Fassungen langfristig von einem Vorteil der Erneuerbaren-Energien gegenüber konventionellen Energieträgern ausgegangen.

Die Menge der produzierten erneuerbaren Energie ist abhängig von den wechselnden Wetterbedingungen. Trotz der garantierten Abnahmevergütung können unterdurchschnittliche Sonnen- oder Windaufkommen in einzelnen Jahren zu einer Volatilität der Umsatzerlöse führen.

Grundsätzlich wird die **RURENERGIE** die Rentabilität zu realisierender Projekte als wesentlichen Maßstab heranziehen. Sie wird nur Projekte auf den Weg bringen, die unter Würdigung angemessener Risikobetrachtungen und Beachtung der im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen Mindestrentabilität einen angemessenen Gewinn erwirtschaften.

Darüber hinaus wird die **RURENERGIE** im Rahmen ihrer zukünftigen Projekte die Möglichkeiten zur Risikoabsicherung und -diversifizierung nutzen und zu diesem Zweck gegebenenfalls auch projektbezogene Tochtergesellschaften gründen.

Bevor sich die **RURENERGIE** über das Geschäftsfeld der regenerativen Energieerzeugung hinaus engagiert, wird sie separate Risikobetrachtungen anstellen. Sie wird sich nur in weite-

ren Energiemarktsegmenten betätigen, wenn hieraus unter vorsichtiger Risikobewertung eine angemessene Rentabilität zu erwarten ist.

Das Unternehmen ist in der Rechtsform einer GmbH gegründet, die Haftung der Gesellschafter ist folglich auf die Einlage begrenzt. Eine Nachschusspflicht ist nicht vereinbart.

Der Wirtschaftsplan 2014 geht von einem Verlust in Höhe von 173 Tsd. € aus. Wesentliche Ursache sind hier Anlaufverluste aus vollfinanzierten Projekten aus der Gründungszeit der Gesellschaft. Bestandsgefährdende Ereignisse sind der **RURENERGIE** nicht bekannt.

Neben der Verbesserung der Eigenkapitalquote der Gesellschaft werden in 2014 die ersten Betriebskostenoptimierungen positiv in das Betriebsergebnis einfließen. Der Wirtschaftsplan 2014 geht von einem positiven Unternehmensergebnis in 2017 aus. Unter Berücksichtigung heute bekannter Fakten und der schon eingeleiteten Maßnahmen kann dies bestätigt werden. Bei günstigem Verlauf kann bereits vor 2017 mit einem positiven Unternehmensergebnis gerechnet werden.

Beteiligungen des Unternehmens

Die **RURENERGIE** GmbH ist mit 53,1% an der REA GmbH & Co. KG WEA 1 (s. Seite 381) beteiligt.


Rurtalbahn GmbH

Kölner Landstraße 271
 52351 Düren
 Tel.: 02421/ 2769-300
 Fax: 02421/ 2769-335
 E-Mail: info@rurtalbahn.de
 Homepage: www.rurtalbahn.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Straßen- und Eisenbahnen zur Personen und Güterbeförderung, sowie die Durchführung von Gelegenheitsverkehren im Rahmen des öffentlichen Verkehrs.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in der Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen, aus sechs stimmberechtigten Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Wenn die Zahl der Gesellschafter auf mehr als zwei steigt, vergrößert sich der Aufsichtsrat um jeweils drei je weiter hinzutretenden Gesellschafter. Der Aufsichtsrat kann beratende Mitglieder hinzuziehen. Die Aufsichtsräte brauchen nicht Gesellschafter zu sein.

Geborenes Mitglied und zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der jeweilige Landrat des Kreises Düren kraft Amtes. Zwei der übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Dürener Kreisbahn GmbH, die restlichen von den übrigen Gesellschaftern in jeweils gleicher Zahl entsandt. Dabei werden die von der Dürener Kreisbahn GmbH zu entsendenden Mitglieder direkt durch den Kreistag Düren bestimmt und abberufen.

Gesellschafterversammlung: Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses und der Wirtschaftsplan;
2. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern, Abschluss, Änderungen und Aufhebung von Anstellungs- und sonstigen Verträgen mit ihnen;
3. die Entlassung der Geschäftsführer;
4. die Verfolgung von Rechtsansprüchen gegen die Mitglieder der Geschäftsführung;

5. die jederzeitige Erhebung von Nachschüssen zum Stammkapital
6. die Änderung des Gesellschaftervertrages, Aufnahme neuer Gesellschafter, Kapitalerhöhungen oder –herabsetzungen, die Auflösung der Gesellschaft sowie die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren;
7. die Errichtung und Aufhebung von Zweigniederlassungen;
8. der Erwerb und Verkauf und/oder die Verfügung über Beteiligungen jeder Art an anderen Gesellschaften einschließlich ihrer Beendigung und Kündigung sowie die Zustimmung zum Abschluss oder zur Beendigung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 ff. Aktiengesetz;
9. die Bestellung und Abberufung von Prokuristen;
10. die Bestimmung der Abschlussprüfer;
11.
 - a) Rechtsgeschäfte, die Verpflichtungen für die Gesellschaft begründen;
 - b) der Erwerb, die Begründung, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten;
 - c) die Aufnahme und die Gewährung von Darlehen, und
 - d) die Übernahme von Bürgschaften und der Abschluss von Gewährleistungsverträgen sowie von andern gleichartigen Rechtsgeschäften, sowie diese im Einzelfall einen Betrag von 50.000 € außerhalb des Wirtschaftsplanes übersteigen;
12. sonstige Rechtsgeschäfte, die über den normalen Geschäftsbetrieb des Unternehmens hinausgehen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Emunds, Guido Häner, Herbert Nießen, Hans-Peter Nießen, Sebastian Schmitz, Achim	Düren Kreuzau Düren Düren Roetgen	seit September 2013 bis September 2013 seit Oktober 2015 bis September 2015
Aufsichtsrat:	Dürener Kreisbahn GmbH R.A.T.H. GmbH	3 Sitze 3 Sitze	
Gesellschafter- versammlung:		1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Conzen, Helga Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender) Titz, Paul-Ulrich Hintzen, Michael beratendes Mitglied Schmitz, Georg beratendes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete Landrat Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter sachkundiger Bürger
----------------------	--	---	--

Zorn, Ralf beratendes Mitglied

Kreis Düren

Kreistagsabgeordneter

**Gesellschafter-
versammlung:**

Hürtgen, Dirk

BTG

Geschäftsführer

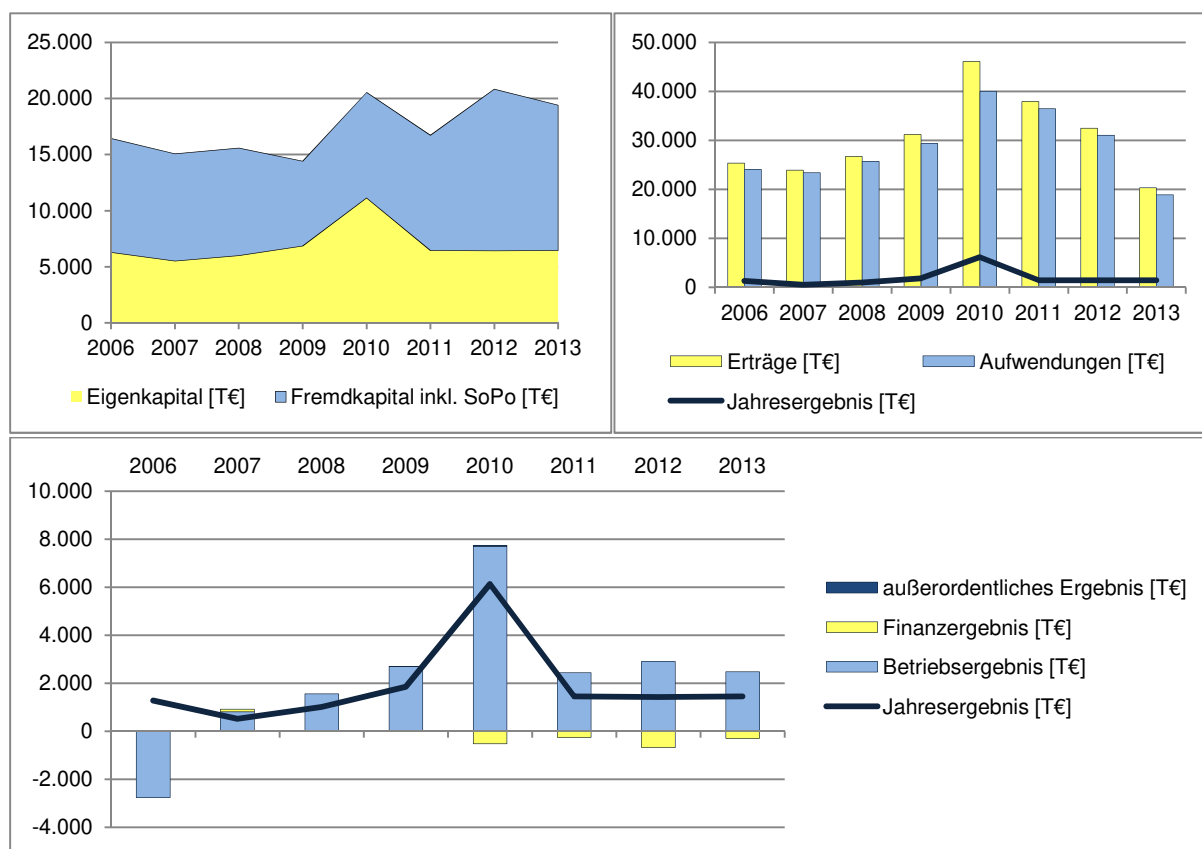
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.000.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	251.000,00 €	25,10%
R.A.T.H. GmbH	749.000,00 €	74,90%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	407,00 €	6.401,00 €	10.111,00 €	3.710,00 €	57,96%
II. Sachanlagen	6.621.678,88 €	11.058.576,88 €	10.041.300,88 €	-1.017.276,00 €	-9,20%
III. Finanzanlagen	1.919.960,99 €	2.004.247,37 €	2.001.184,65 €	-3.062,72 €	-0,15%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	889.037,27 €	827.783,06 €	1.114.373,57 €	286.590,51 €	34,62%
II. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	6.340.779,92 €	4.600.558,67 €	3.749.594,91 €	-850.963,76 €	-18,50%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	922.363,12 €	2.313.129,67 €	2.488.746,84 €	175.617,17 €	7,59%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	21.390,00 €	10.217,43 €	5.000,00 €	-5.217,43 €	-51,06%
Summe Aktiva	16.715.617,18 €	20.820.914,08 €	19.410.311,85 €	-1.410.602,23 €	-6,77%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	3.994.302,20 €	3.994.302,20 €	3.994.302,20 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €		
IV. Jahresüberschuss	1.459.023,69 €	1.422.603,17 €	1.450.295,00 €	27.691,83 €	1,95%
B. Sonderposten für Zuschüsse und Rück- lagen	1.281.632,92 €	1.147.197,26 €	945.851,64 €	-201.345,62 €	-17,55%
C. Rückstellungen	2.667.871,42 €	2.569.084,79 €	1.856.614,77 €	-712.470,02 €	-27,73%
D. Verbindlichkeiten	6.312.786,95 €	10.687.726,66 €	10.163.248,24 €	-524.478,42 €	-4,91%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	16.715.617,18 €	20.820.914,08 €	19.410.311,85 €	-1.410.602,23 €	-6,77%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	17.003.160,95 €	15.316.439,31 €	14.755.155,61 €	-561.283,70 €	-3,66%
2. sonstige betriebliche Erträge	20.643.696,39 €	16.778.480,09 €	5.260.021,06 €	-11.518.459,03 €	-68,65%
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	174.581,67 €	334.422,05 €	201.345,62 €	-133.076,43 €	-39,79%
4. Materialaufwand	7.699.985,19 €	6.554.341,82 €	4.919.137,63 €	-1.635.204,19 €	-24,95%
5. Aufwand für fremdbezogenes Personal	2.652.670,82 €	2.364.634,88 €	2.278.021,25 €	-86.613,63 €	-3,66%
6. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	1.666.074,14 €	1.832.501,23 €	2.020.081,45 €	187.580,22 €	10,24%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	370.061,21 €	400.336,82 €	417.351,41 €	17.014,59 €	4,25%
7. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	535.253,95 €	1.044.903,67 €	1.111.313,22 €	66.409,55 €	6,36%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	22.460.464,96 €	17.319.224,42 €	6.990.393,19 €	-10.328.831,23 €	-59,64%
Betriebsergebnis	2.436.928,74 €	2.913.398,61 €	2.480.224,14 €	-433.174,47 €	-14,87%
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	66.103,16 €	16.955,31 €	102.233,42 €	85.278,11 €	502,96%
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	202.500,00 €	0,00 €	-202.500,00 €	-100,00%
12. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	319.502,98 €	490.007,65 €	397.951,02 €	-92.056,63 €	-18,79%
Finanzergebnis	-253.399,82 €	-675.552,34 €	-295.717,60 €	379.834,74 €	-56,23%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	2.183.528,92 €	2.237.846,27 €	2.184.506,54 €	-53.339,73 €	-2,38%
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	718.747,50 €	810.766,95 €	718.353,84 €	-92.413,11 €	-11,40%
14. sonstige Steuern	5.757,73 €	4.476,15 €	15.857,70 €	11.381,55 €	254,27%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.459.023,69 €	1.422.603,17 €	1.450.295,00 €	27.691,83 €	1,95%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	149	97	100

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlagen der Gesellschaft

Die Rurtalbahn GmbH ist eine nichtbundeseigene Eisenbahngesellschaft mit Sitz in Düren. Der Name Rurtalbahn wurde zuerst als Marke von der Abteilung Schiene der Dürener Kreisbahn für die auf den von der Deutschen Bahn übernommenen Strecken geführt. Das zum 1. Januar 2003 unter Beteiligung der R.A.T.H. GmbH als eigenständige Gesellschaft ausgegliederte Schienenverkehrsunternehmen erhielt dann den Namen Rurtalbahn GmbH.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb von Straßen- und Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung, die Durchführung von Gelegenheitsverkehren im Rahmen des öffentlichen Verkehrs sowie die Durchführung von Infrastruktur- und Werkstatteleistungen.

Der Hauptgeschäftszweig betrifft die Personenbeförderung, deren Grundlage der Zuwendungsvertrag über das Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr inklusive Service- und Sicherheitsleistungen auf der SPNV-Linie RB 21 auf den Kursbuchstrecke

cken 483 (Düren - Linnich) und 484 (Düren - Heimbach) des Aufgabenträgers Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) ist.

Als Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) und Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) betreibt die Gesellschaft 102 km Streckennetz.

Diese Kilometer verteilen sich auf die Strecken Düren - Heimbach (30 km), Düren - Linnich (26 km), Düren - Zülpich (19 km) und Heinsberg - Lindern (12 km). Bei diesen Strecken handelt es sich um Mischstrecken, auf welchen Personen- sowie Güterverkehr durchgeführt wird.

Insgesamt liegen 28 Bahnhöfe und Haltepunkte für den Personenverkehr an den Strecken Heimbach - Düren - Linnich sowie weitere 7 Bahnhöfe und Haltepunkte an der Strecke Heinsberg - Lindern.

Der Geschäftsbereich Infrastruktur der Rurtalbahn GmbH zeichnet sich für die Wartung, Prüfung und Instandhaltung der Gleise, Weichen, Bahnhöfe und Haltepunkte zuständig. Ein diskriminierungsfreier Zugang zum Schienennetz sowie den Serviceeinrichtungen wird dabei gewährleistet.

Aufbauend auf den umfassenden Erfahrungen im Bereich der Reaktivierung von Eisenbahnstrecken, der bedarfsgerechten Unterhaltung und des Betriebs von Nebenbahnen bietet die Rurtalbahn als Komplettdienstleister wirtschaftliche Lösungen für das gesamte Eisenbahnwesen mit dem Schwerpunkt "Regionalbahnen" an.

Dabei werden die im Unternehmen Rurtalbahn GmbH vorhandenen Kernkompetenzen im bedarfs-gerechten Gleisbau (Unterhaltung und Neubau), der Planung von Bahnübergängen, der Projektsteuerung und der Baurechtsverfahren in der Abteilung Planung gebündelt und im Bedarfsfall durch externe Fachplaner ergänzt.

Weiterhin unterhält die Gesellschaft eine eigene Werkstatt, die als kombinierte Bus-/Schienenfahrzeugwerkstatt darauf spezialisiert ist, Nutzfahrzeuge für den öffentlichen Personenverkehr und Güterverkehr, für den schienengebundenen Personenverkehr sowie Lokomotiven jeder Klasse und Güterwagen instand zu setzen. Der Werkstatt angegliedert sind eine Wasch- und eine Tankanlage.

Dem seit der Ausgliederung der Rurtalbahn GmbH aus der damaligen Dürener Kreisbahn GmbH stetig wachsenden Güterverkehrsanteil wurde im Geschäftsjahr 2010 durch die Gründung der Rurtalbahn Cargo GmbH Rechnung getragen.

Die Gesellschaft übernimmt im Rahmen von Dienst- und Kooperationsverträgen die selbstständige Durchführung der ehemaligen Güterverkehrssparte der Rurtalbahn GmbH.

Die Dienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr werden vom Standort Düren aus im gesamten Kreis Düren erbracht.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Grundlage der Schätzung ist die Mittelfristprognose Winter 2013/14, die im Rahmen der Gleitenden Mittelfristprognose für den Güter- und Personenverkehr von der Arbeitsgemeinschaft Intraplan Consult / Ralf Ratzenberger im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur erstellt wurde. Sie erstreckt sich auf die Jahre von 2014 bis 2017 und gibt auch einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung in 2014. Hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bildet die im Jahreswirtschaftsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie dargestellte Projektion vom Februar 2014 die Grundlage.

Die branchenspezifische Entwicklung stellte sich weiterhin positiv dar. So konnte im Eisenbahnverkehr im Jahr 2013 der Nahverkehr (SPNV) ein Plus verbuchen. Aufkommen und Leistung stiegen um 1,2 % bzw. 0,6 %. Damit hat sich der SPNV aber erstmals seit dem Jahr 2009 nicht wesentlich dynamischer als der Straßennahverkehr entwickelt.

Angeregt wurde der Nahverkehr vor allem von der zunehmenden Zahl der Erwerbstätigen (0,6 %).

Die Zahl der Auszubildenden nahm nur noch leicht ab (- 0,3 %), die Zahl der überdurchschnittlich mobilen Studenten dagegen um 5,0 % zu. Dies tangiert nicht nur den Ausbildungsverkehr im eigentlichen Sinne, sondern auch die anderen Fahrten der Auszubildenden, die sie mit ihren Zeitfahrausweisen zurücklegen (Freizeitverkehr etc.).

Im Fernverkehr ließen die Signale für das Jahr 2013 von Beginn an auf eine nicht allzu günstige Entwicklung schließen. Bereits die gesamtwirtschaftlichen Impulse waren, wie überall, sehr moderat ausgeprägt. Im Vergleich zum kräftigen Plus im Jahr 2012 (4,9 % Steigerung Aufkommen bzw. 5,1 % Steigerung Leistung) sank die Nachfrage in 2013, nämlich um 0,5 % (Aufkommen) bzw. 1,1 % Leistung. Der Nachfragerückgang resultiert im Wesentlichen aus der über Monate getätigten Sperrung der Strecke zwischen Hannover und Berlin nach der „Jahrhundertflut“ im Sommer. Auf dieser Strecke werden nach Berechnungen von Intraplan Reisende von rund 10 Mio. pro Jahr befördert, was 8 % der gesamten Fahrgastzahl im Fernverkehr entspricht.

Im gesamten Eisenbahnverkehr entstand somit ein Plus in Höhe von 1,1 % (Aufkommen), während die Leistung nahezu stagnierte (- 0,1%).

Im Jahr 2014 sind für die demographischen und gesamtwirtschaftlichen Leitdaten des Nahverkehrs sehr ähnliche Entwicklungen zu erwarten wie in 2013. Sowohl für die Zahl der Erwerbstätigen (0,6 %) als auch die der Auszubildenden (- 0,3 %) wird exakt der gleiche Anstieg erwartet. Hinzu kommt eine nicht unerhebliche Angebotsausweitung, unter anderem in Gestalt des City-Tunnels in Leipzig. Dadurch wird der Anstieg um 0,5 Prozentpunkte auf fast 3 % angehoben (beide Größen). Im Fernverkehr gesellt sich zu der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung ein erheblicher Basiseffekt aus den massiven letztjährigen flutbedingten Betriebsstörungen. Aus diesen Gründen ist hier ebenfalls ein erheblich höherer Nachfrageanstieg zu erwarten als im vergangenen Jahr. Für den gesamten Eisenbahnverkehr ergibt sich daraus ein Plus von 2,7 % (Aufkommen) bzw. 3,1 % (Leistung).

In den Jahren von 2015 bis 2017 sind die gesamtwirtschaftlichen Einflüsse etwas schwächer. Tendenziell dämpfend wirkt die Entwicklung der Auszubildenden. Dennoch wird davon ausgegangen, dass der Nahverkehr auf der Schiene stärker wächst als der ÖSPNV.

Im Fernverkehr wird sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung nahezu unverändert sowohl auf die Privat- als auch auf die Geschäftsreisen auswirken. Im Vergleich zum laufenden Jahr entfällt allerdings der erhebliche Basiseffekt. Deshalb wird der Nachfrageanstieg geringer ausfallen (gut 2 % für beide Größen).

Für den gesamten Eisenbahnverkehr errechnet sich daraus ein Plus in Höhe von ebenfalls ca. 2 % p.a.

Einen spürbaren Einfluss auf die Verkehrsentwicklung übt der Rohölpreis aus, der – wie schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts – in den Jahren 2010 und 2011 deutlich angestiegen ist. Im Jahresdurchschnitt 2012 verharrte der in US-Dollar fakturierte Weltmarktpreis auf dem Vorjahresniveau von USD 112 (Brent-Öl), um im Jahre 2013, nach einer im Vergleich zu den Vorjahren verhältnismäßig ruhigen Entwicklung, um 3 % auf knapp USD 109 zu sinken. Während im Jahr 2012 der Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahresdurchschnitt um 7 % abgewertet wurde (USD 1,28 nach USD 1,39), wurde er in 2013 um 3 % (auf USD 1,33) aufgewertet, so dass der Einfuhrpreis noch etwas stärker (- 5 %) sank als der Weltmarktpreis.

Für das Jahr 2014 wird in der Mehrheit der Konjunkturprognosen, gestützt auf die Entwicklung an den Warenterminbörsen, angenommen, dass der Rohölpreis mehr oder minder stark sinkt. Konkret reichen diese Erwartungen für 2014 von USD 103 bis 106 und für 2015 von USD 98 bis 101.

Wie im Vorjahr werden auch weiterhin durch die Aufgabenträger vermehrt Verkehrsleistungen in wettbewerblichen Verfahren vergeben. Steigerungen im Bereich der Fahrgastzahlen können zum Ausgleich der Kostensteigerung, insbesondere im Energiesektor, durch den Aufgabenträger (Bruttovertrag) oder das Eisenbahnverkehrsunternehmen (Nettovertrag) genutzt werden.

Die derzeitige Festlegung auf eine (nominale) Dynamisierungsrate der Regionalisierungsmittel (1,5 % p.a.) setzt bereits eine Produktivitätssteigerung voraus, die reale Steigerungen der Personal- und Energiekosten auffangen soll. Es wird davon ausgegangen, dass der SPNV auch weiterhin so politisch unterstützt wird, dass eine Konkurrenzfähigkeit zum Pkw-Verkehr gegeben ist.

Geschäftsverlauf

Schienenpersonennahverkehr

Alle in den Jahren 2011 und 2012 angeschafften Triebfahrzeuge des Typs Regio Shuttle RS1 waren in 2013, gemäß vertraglicher Verpflichtung gegenüber dem NVR, auf dem Südast der Strecke in Betrieb.

Diese Dieseltriebfahrzeuge wurden im Rahmen eines Mietkaufvertrages von der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erworben. Parallel hierzu erfolgte die entsprechende Ausbildung aller Triebfahrzeugführer auf dieser neuen Baureihe des Fahrzeugtyps.

In 2014 steht die Vergabeentscheidung zur Motorüberholung bei den RVT-Motoren der Regio-sprinter an, die in 2013 vorbereitet wurde.

In den Bereichen SPNV, Werkstatt, Infrastruktur und ECM wurde das elektronische Übergabebuch eingeführt, das ganzheitlich im Unternehmen Prozesse mit Hilfe einer eigens entwickelten Software und dem Einsatz moderner Hardwarelösungen vereinfacht.

Die Verkehrsleistungen auf der eigenen Infrastruktur der Rurtalbahn GmbH im Rahmen des Schienenpersonennahverkehrs betragen rund 887.000 Jahreszugkilometer.

Die Verkehrsleistung auf der Strecke Mönchengladbach-Dalheim im Auftrag der DB Regio NRW wurde auch in 2013 erbracht. Diese Leistung wird in 2014 fortgesetzt. Im Gegenzug hierzu erbrachte die DB Regio NRW durchgehende Zugverbindungen von Heerlen nach Heimbach. Durch die Umbaumaßnahmen des Bahnhofs Huchem-Stammeln wurde auf dem Nordast eine wesentliche Verbesserung der Pünktlichkeit und der Anschlusssituationen von und nach Köln und Aachen erzielt.

Verstärkt wurden auch in 2013 Sonderverkehre auf der Bördebahn (Düren - Zülpich) in Zusammenarbeit mit der IG Bördebahn e.V. auf dem Bubenheimer Spieleland angeboten.

Zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der Marke Rurtalbahn und einer damit einhergehenden positiven Identifikation mit dem Unternehmen wurden auch in 2013 diverse Marketingmaßnahmen, unter anderem das Jubiläum zum 10-jährigen Bestehen der Rurtalbahn GmbH, durchgeführt.

Schienengüterverkehr

Durch die Gründung der Rurtalbahn Cargo GmbH wurde dem stetig wachsenden Güterverkehrsanteil Rechnung getragen. Die Gesellschaft übernimmt im Rahmen von Dienst- und Kooperationsverträgen die selbstständige Durchführung der ehemaligen Güterverkehrssparte der Rurtalbahn GmbH.

Eisenbahninfrastruktur und Infrastruktur Planung

Die Fertigstellung, Abnahme und Inbetriebnahme der Eisenbahnüberführung BAB 4 wurde in 2013 abgeschlossen.

Wesentlicher Aufgabenschwerpunkt der Infrastrukturabteilung in 2013 war die Reaktivierung der Strecke Lindern-Heinsberg, die zum 15. Dezember 2013 in Betrieb genommen wurde.

Um die Planung und Umsetzung dieses Projektes zu realisieren, hatten sich acht Kooperationspartner zusammengeschlossen: Neben dem Kreis Heinsberg sowie den Städten Heinsberg und Geilenkirchen waren das die WestEnergie und Verkehr GmbH, die Rurtalbahn GmbH, die DB Regio NRW GmbH und der Aachener Verkehrsverbund, in dessen Netz die Strecke Heinsberg - Lindern eingebunden ist, sowie der Zweckverband Nahverkehr Rheinland. Eigentümerin der Strecke ist die WestEnergie und Verkehr GmbH. Während für den Betrieb der Infrastruktur die Rurtalbahn GmbH zuständig ist, sorgt für den Linienbetrieb die DB Regio NRW GmbH.

Seit dem 1. Januar 2011 liegt die Strecke Lindern - Heinsberg (Wurmtalbahn) in der Betriebsführung der Rurtalbahn GmbH. Zwischen der WestEnergie und Verkehr GmbH und der Rurtalbahn GmbH wurde im Dezember 2010 ein Pachtvertrag über die Bahnstrecke nebst aller für die Betriebsdurchführung notwendigen und zweckmäßigen Nebenanlagen geschlossen.

Im Rahmen der Reaktivierungsarbeiten dieser 12,2 km langen Strecke wurde die Strecke elektrifiziert sowie alle höhengleichen Bahnübergänge (BÜ) technisch nach Eisenbahn- Bau- und Betriebsordnung (EBO) gesichert.

Diese rechnergesteuerten BÜ-Anlagen verfügen somit über eine optimierte Einschaltung zur Minimierung der Schließzeiten für den Straßenverkehr. Akustische Zusatzsignale wurden mit einer nächtlichen Absenkung des Schallpegels versehen.

Weitere Maßnahmen waren die Erstellung eigener elektronischer Stellwerke für Regionalbahnen, die in Lindern mit dem elektronischen Stellwerk der DB Netz verknüpft wurden. Die Stellwerke wurden redundant ausgelegt und kommunizieren untereinander auf sicheren Signalwegen.

Die Zugfahrten gehen im Bahnhof Lindern in das Netz der DB über und werden vom Zugleiter der Rurtalbahn in Düren geleitet. Der Zugleiter kommuniziert mit den Zügen über ein Funksystem im 2-m-Band. Final wurde der signalisierte Zugleitbetrieb (Ril 437) eingeführt.

Restmaßnahmen im Rahmen der Funktionsverbesserungen, wie Gleiserneuerungen im Südast der Strecke, die Verbesserung der Stützwand in Üdingen sowie Erneuerung der Bahnübergangssicherungen in Üdingen, Nideggen und Abenden wurden geplant und sollen 2014 ausgeführt werden.

Betriebswerkstatt

Infolge der Ausweitung der nationalen und internationalen Güterverkehrsleistungen sowie der an den eigenen Lokomotiven, Güterwagen und Triebfahrzeugen durchzuführenden Untersuchungen wurden die Kapazitäten im Bereich Schienenwerkstatt merklich durch den eigenen Fuhrpark in Anspruch genommen.

In 2013 wurde eine neue Wasseraufbereitungsanlage für die Buswaschanlage in Betrieb genommen, was eine Kostensenkung bei Frisch- und Abwasser zur Folge hat.

Schulungen der Werkstattmitarbeiter wurden in regelmäßigen Abständen durchgeführt, um so den ständig wachsenden Anforderungen an die Technik und deren Instandhaltung gewachsen zu sein.

Durch optimal ausgestattete Werkstattwagen sind die Mitarbeiter auch in der Lage, am Einsatzort der Fahrzeuge Instandsetzungen vor Ort durchführen zu können.

Aufgrund von Auflagen in den EU-Richtlinien ist ein Instandhaltungsmanagementsystem (ECM) einzuführen und umzusetzen. Dieses wurde im Bereich Schiene implementiert.

Verwaltung

In 2013 beendete Herr Nießen seine Geschäftsführertätigkeit bei der Rurtalbahn GmbH und widmet sich neuen Aufgaben als Geschäftsführer der Dürener Kreisbahn GmbH.

Als neuer Geschäftsführer wurde Herr Häner bestellt, der die Bereiche Werkstatt, Fahrzeugmanagement, Personal und Schienenpersonennahverkehr führt.

Da gemäß Konsortialvereinbarung zwischen der Dürener Kreisbahn GmbH und der R.A.T.H. GmbH sämtliche Chancen und Risiken des gesamten Cargo-Bereiches bei der R.A.T.H. GmbH liegen, wurde bereits in 2010 das Cargo-Geschäft der Rurtalbahn GmbH in die neue Rurtalbahn Cargo GmbH verlagert. Um eine einheitliche Strukturierung des Cargo-Bereiches zu erhalten, wurden in 2013 die Geschäftsanteile des niederländischen (Rurtalbahn Benelux B.V.) und des belgischen Cargo-Tochterunternehmens (Transport N.V.) von der Rurtalbahn GmbH an die R.A.T.H. GmbH verkauft.

Im kaufmännischen Bereich erfolgt die Abwicklung auf Basis von Dienstleistungsverträgen mit der Gesellschafterin R.A.T.H. GmbH. Das Kostenrechnungssystem und die kaufmännische Un-

ternehmensorganisation unterliegen einer permanenten Anpassung an die sich ändernden Rahmenbedingungen.

Geschäftsführung und Bereichsleiter erhalten monatliche Soll-/Ist-Abgleiche auf Basis des Business-plans. Die Ertragsdaten werden monatlich, die Liquiditätsvorschau wöchentlich analysiert. Desweiteren werden monatlich Kennzahlen zur Steuerung der unternehmerischen und betrieblichen Belange ermittelt und der Geschäftsführung und den Leitern der Geschäftsbereiche zur Verfügung gestellt.

Die Aufgabenschwerpunkte im Geschäftsjahr lagen in der Umsetzung und Plausibilisierung des bestehenden Kontenrahmes an die Vorgaben der E-Bilanz-Taxonomie, sowie der technischen Umsetzung des SEPA-Verfahrens.

Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen wurden nicht eingeleitet.

Darstellung der Lage

Ertragslage

Die Ertragslage ist maßgeblich vom Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs geprägt. Der überwiegende Teil des Umsatzes im Bereich Schienenpersonennahverkehr wurde durch Barverkäufe von Fahrscheinen sowie Geschäften mit kommunalen Unternehmen bzw. Zuschüssen der öffentlichen Hand erzielt. Daher ist ein Ausfallrisiko in diesem Segment begrenzt.

Die Gesamtleistung (inklusive Zuschüsse) belief sich in 2013 auf TEUR 14.755 (i. V. TEUR 15.316); der Rückgang resultiert aus der Tatsache, dass in 2012 Umsatzerlöse aus der Güterbeförderung auf die Rurtalbahn GmbH entfielen, die in 2013 allesamt durch die Rurtalbahn Cargo GmbH erbracht wurden.

Die Zuschüsse aus den Transfermitteln gemäß ÖPNV-NRW stellen für die Rurtalbahn GmbH eine wesentliche Einnahmequelle dar. Durch diese wird das zunächst negative operative Ergebnis in einen Jahresüberschuss überführt.

Eine Änderung in den Transfermitteln würde entsprechende Auswirkungen haben oder müsste mit einer entsprechend geringeren Verkehrsleistung einhergehen.

Die drohenden Einschnitte bei den Transfermitteln haben sich nicht eingestellt, wesentliche Reduzierungen sind nicht zu erwarten.

Seit dem Jahre 2009 wird der Preissteigerung in den Aufwandspositionen mit einer Dynamisierung der Transfermittel in Höhe von 1,5 % entgegengewirkt. Die Transfermittel dienen als Ausgleich der Betriebskosten, die infolge der Verkehrsleistung und der notwendigen Trassenentgelte auf der Rurtalbahn entstehen.

Die Verkehrsleistung basiert derzeit auf einem Zuwendungsbescheid des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland von Dezember 2010. Die Laufzeit beträgt 15 Jahre.

Die Trassenentgelte stehen der Rurtalbahn GmbH aufgrund des Eingangs erwähnten Infrastruktur-pachtvertrages langfristig zu.

Auf der Aufwandsseite stellen die Aufwendungen aufgrund der langfristigen Verträge mit der Beteiligungsgesellschaft des Kreises Düren die maßgeblichen Positionen dar, welche sich in der Summe auf TEUR 3.020 belaufen. In dieser Höhe sind die Aufwendungen auch für die Folgejahre zu kalkulieren.

Die Preise und Konditionen auf den Beschaffungsmärkten werden sich leicht steigend entwickeln. Die Entwicklung der Energiekosten ist insbesondere im Bereich der Dieselmotoren stark von der welt-weiten Nachfrage abhängig. Preissteigerungen am Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte kompensiert.

Im Personalaufwand in Höhe von TEUR 4.716 (i. V. TEUR 4.597) hat sich eine tariflich vereinbarte Gehaltserhöhung von 2 % ausgewirkt. Die Tarifverhandlungen zwischen Rurtalbahn GmbH und EVG wurden 2013 abgeschlossen. Es wurden Lohnerhöhungen bis zu 2,2 % pro Jahr als Inflationsausgleich sowie leistungsorientierte Zulagen vereinbart. Der Entgelttarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2016.

Die positive Entwicklung im Zinsergebnis im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von TEUR 380 basiert auf mehreren Effekten. Zum einen wurde das Ergebnis in 2012 durch eine außerplanmäßige Abschreibung des Finanzanlagevermögens gemindert. Weiterhin reduzierten sich in 2013 die Zinsaufwendungen, die im Rahmen des Mietkaufvertrages mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG mbH) entstanden, von EUR 360.585,62 (2012) auf EUR 334.060,26 (2013). Der Zinsaufwand aus der Abzinsung von Rückstellungen reduzierte sich ebenfalls um EUR 102.214,31. Zudem sind im Vergleich zum Vorjahr erstmalig die Zinserträge aus Ausleihungen an Gesellschafter in Höhe von TEUR 90 im Finanzergebnis ausgewiesen.

Die Gesellschaft hat mit der BTG mbH einen Vertrag über Neubaumaßnahmen an der Eisenbahninfrastruktur abgeschlossen. Zur Realisierung stattet die Rurtalbahn GmbH die BTG mbH mit liquiden Mitteln aus, die über einen Darlehensvertrag finanziert werden. Die entsprechenden Erträge aus der Zinsabrechnung dieser Darlehensgewährung wurden in 2013, im Gegensatz zum Vorjahr, unter den Zinserträgen ausgewiesen.

Finanzlage

Liquide Mittel werden mit TEUR 2.489 (i. V. TEUR 2.313) ausgewiesen. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um TEUR 176. Insgesamt ergibt sich für das Geschäftsjahr 2013 ein positiver operativer Cashflow in Höhe TEUR 1.694. Dieser zeigt eine hohe Innenfinanzierungskraft und Stabilität der Gesellschaft.

Aufgrund des bestehenden Zuwendungsvertrags über das Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr auf der SPNV-Linie RB 21 auf den Kursbuchstrecken 483 (Düren - Linnich) und 484 (Düren - Heimbach) des Aufgabenträgers Zweckverband Nahverkehr Rheinland erhält die Rurtalbahn GmbH festgelegte Vergütungen des Auftraggebers, die einer im Bundesregionalisierungsgesetz festgeschriebenen jährlichen Dynamisierung in Höhe von 1,5 % zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten durch den Auftraggeber unterliegen.

Zur maßgeblichen Liquiditätssicherung leistet der Auftraggeber gegenüber der Rurtalbahn GmbH monatliche Zuwendungen auf den Gesamtanspruch. Diese Zuwendungen werden dem ZV NVR durch das Land NRW nach den einschlägigen Rechtsvorschriften, derzeit gem. § 11 ÖPNVG NRW, zur Verfügung gestellt.

Die Höhe der Zuwendungen bestimmt sich nach den vertraglich vereinbarten SPNV-Leistungen im Gebiet des ZV NVR im Umfang von rund 869 TZugkm / Normjahr.

Die endgültige Abrechnung des bestellten Betriebsprogramms erfolgt spätestens zum 31. März des jeweiligen Folgejahres auf der Grundlage eines Normjahres.

Diese eigenen flüssigen Mittel stellen eine ausreichende Liquiditätsreserve dar, die die Rurtalbahn GmbH in die Lage versetzt, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen.

Wöchentliche Liquiditätsübersichten an die Geschäftsführung runden die Liquiditätsplanung ab; die Geschäftsführung ist somit in der Lage, auftretende Engpässe frühzeitig zu erkennen und entsprechende Steuerungsmaßnahmen einzuleiten.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Rurtalbahn GmbH schließt zum 31. Dezember 2013 mit TEUR 19.410 (i. V. TEUR 20.821). Dies bedeutet eine Vermögensabnahme gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.411.

Das Anlagevermögen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 12.053 (i. V. TEUR 13.069) des Jahres.

Der Rückgang in Höhe von TEUR 1.016 ist auf die planmäßigen Abschreibungen zurückzuführen.

Die Veränderung im Bereich des Finanzanlagevermögens um insgesamt - TEUR 3 resultiert zum einen aus dem erhöhten Finanzmittelbedarf der BTG mbH in Höhe von TEUR 257 und zum

anderen aus dem Verkauf der Beteiligungen Trainsport N.V. und Rurtalbahn Benelux B.V. in Höhe von TEUR 260.

Die Anlagendeckung (Verhältnis des Eigenkapitals einschließlich 65 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Bestand des Sachanlagevermögens inkl. der immateriellen Vermögensgegenstände) beträgt zum 31. Dezember 2013 rd. 67,5 %. Dies weist auf eine hohe finanzielle Stabilität hin.

Weitere wesentliche Posten der Aktivseite sind die Forderungen und die Sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 3.750 (i. V. TEUR 4.601).

Die Abnahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 1.135 resultiert im Wesentlichen aus der Reduzierung der Forderungen gegen die Rurtalbahn Cargo GmbH. Die Leistungen wurden regelmäßig abgerechnet und beglichen.

Weiterhin wechselte zum 1. April 2013 die EVU-Lizenz, auf der die Rurtalbahn Cargo GmbH tätig war, von der Rurtalbahn GmbH zur VIAS GmbH. Entsprechende Weiterbelastungen von der Rurtalbahn GmbH an die Rurtalbahn Cargo GmbH entfielen.

Der Bestand der sonstigen Vermögensgegenstände stieg um TEUR 274 auf TEUR 2.014 (i. V. TEUR 1.740).

Als größte Posten sind unter den Sonstigen Vermögensgegenständen die Ausgleichsforderungen gemäß § 16 AEG sowie § 150 SGB IX zu nennen. Die im Jahre 2013 erfassten Forderungsbeträge belaufen sich auf TEUR 510. Weitere Forderungen der Gesellschaft resultieren aus einem Zuschuss seitens der EU-Kommission in Höhe von TEUR 422, welcher der Rurtalbahn GmbH für den Einbau von ETCS-Sicherheitssystemen gewährt wurde, sowie Forderungen aus fehlenden Leistungsabrechnungen gegen WestEnergie in Höhe von TEUR 182.

Auf der Passivseite stellen die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 8.393 (i. V. TEUR 8.600) die höchste Bilanzposition dar. Diese beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH in Höhe von TEUR 7.650 aus Darlehensgewährung gemäß Mietkaufvertrag zur Finanzierung der RS 1 Fahrzeuge.

Der Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten ist originär auf die in 2013 geleisteten Tilgungszahlungen bzgl. der Darlehensgewährung an die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH zurückzuführen.

Von diesen Darlehensverbindlichkeiten haben TEUR 4.880 eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Das Eigenkapital beläuft sich auf TEUR 6.445 (i. V. TEUR 6.417), dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 33,2 % (i. V. 32,3 %).

Nachtragsbericht

Es sind keine besonderen Vorgänge nach Ende des Geschäftsjahres eingetreten.

Prognosebericht

Wir erwarten für die Gesellschaft weiterhin eine positive Entwicklung im Hinblick auf das Jahresergebnis.

Durch eine Neuausrichtung und größere Diversifikation der Unternehmung an andere Kooperationspartner bzw. Kunden in nahezu allen Unternehmensbereichen soll die Stabilität und Zukunftsfähigkeit der Rurtalbahn GmbH weiter gestärkt werden.

Die neuen Möglichkeiten sollen in den nächsten Jahren verstärkt ausgenutzt und ausgebaut werden, indem die Gesellschaft offensiver auf dem Verkehrsmarkt agiert. Hierzu verfügt sie

über ein junges, flexibles, innovatives und hochqualifiziertes Team, welches aktiv die Rurtalbahn GmbH im Jahre 2013 gestaltet hat und sie auch zukünftig gestalten wird.

Aufgrund der guten Ausgangssituation sowie der strategischen Ausrichtung rechnet die Rurtalbahn GmbH, trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation, für das Geschäftsjahr 2014 mit einem leicht steigenden Umsatz und einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von EUR 1,9 Mio.

Die Umsatzrentabilität vor Steuern (Verhältnis vom Jahresergebnis zzgl. Steuern vom Einkommen und Ertrag zur Gesamtleistung inkl. Zuschüssen) beträgt rd. 15 %. Dies entspricht dem Vorjahreswert und exakt der Prognose im Rahmen des Jahresabschlusses 2012.

Für das Jahr 2014 wird eine Umsatzrendite in Höhe von rd. 13 % erwartet.

Wesentliche Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Folgejahre sind nicht ersichtlich.

Chancen- und Risikobericht

Die Rurtalbahn GmbH hat sich aufgrund der Neuordnung eine gute Ausgangsbasis für die zukünftigen Wettbewerbsverschärfungen und Wettbewerbschancen geschaffen.

Dabei stellen die Zuschüsse aus den Transfermitteln gemäß ÖPNV-NRW für die Rurtalbahn GmbH eine wesentliche Einnahmequelle dar. Durch diese wird das zunächst negative operative Ergebnis in einen Jahresüberschuss überführt.

Eine Änderung in den Transfermitteln würde entsprechende Auswirkungen haben oder müsste mit einer entsprechend geringeren Verkehrsleistung einhergehen.

Die drohenden Einschnitte bei den Transfermitteln haben sich nicht eingestellt, wesentliche Reduzierungen sind nicht zu erwarten.

Vielmehr wird seit 2009 der Preissteigerung in den Aufwandspositionen mit einer Dynamisierung der Transfermittel in Höhe von 1,5 % entgegengewirkt.

Die Verkehrsleistung basiert derzeit auf einem Zuwendungsbescheid des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland von Dezember 2010. Die Vertragslaufzeit für den Strecke Düren-Heimbach (Südast) beträgt 15 Jahre.

Für den Nordast (Düren-Jülich-Linnich) endet der Zuwendungsbescheid in 12/2016, wobei jedoch seitens des NVR ein Optionsrecht besteht, diesen ohne Ausschreibungsverfahren um max. 2 Jahre zu verlängern.

Zu welchem Zeitpunkt, mit welchem Ausschreibungsparametern (Elektrifizierung der Strecke, Einsatz von E- oder Dieselloks, getrennte Ausschreibung) der NVR die Ausschreibung tätigt, ist derzeit noch nicht absehbar.

Aufgrund der Zugänge der fünf RS 1 Fahrzeuge in den Jahren 2011 und 2012 ist die Rurtalbahn bestrebt, Reservefahrzeuge der Regiosprinter verstärkt in 2014 zu vermieten.

Die Rurtalbahn GmbH beabsichtigt, mit der Aachener Straßenbahn- und Energieversorgungs-AG (ASEAG) eine mögliche Zusammenarbeit bei der Vergabe der Euregiobahn in 2014 einzugehen. Ein Vorteil für die Rurtalbahn wäre, dass die komplette Vertriebsstruktur bei der ASEAG angesiedelt wäre, während die Rurtalbahn über die entsprechenden Kenntnisse im Schienenpersonennahverkehr verfügt.

Mit der Fertigstellung, Abnahme und Inbetriebnahme der Eisenbahnüberführung BAB 4 sowie der Reaktivierung der Strecke „Lindern - Heinsberg“ hat die Abteilung Infrastruktur und Planung entsprechende Kenntnisse und Know-how im Eisenbahninfrastrukturbereich bewiesen. Aufbauend auf diesen umfassenden Erfahrungen im Bereich der Reaktivierung von Eisenbahnstrecken, der bedarfsgerechten Unterhaltung und des Betriebs von Nebenbahnen wird die Rurtalbahn als Komplettdienstleister wirtschaftliche Lösungen für das gesamte Eisenbahnwesen mit dem Schwerpunkt „Regionalbahnen“ verstärkt am Markt anbieten.

Zur Absicherung gegenüber möglichen Risiken des Unternehmensfortbestandes bedient sich die Rurtalbahn GmbH eines umfassenden Früherkennungssystems durch die Implementierung

von Daten der Finanzbuchhaltung und des Controllings in ein monatliches Reporting-System. Die so generierten Abweichungsberichte werden in Abstimmung mit der Geschäftsführung und den jeweiligen Geschäftsbereichsleitern zeitnah analysiert. Wöchentliche Liquiditätsübersichten werden der Geschäftsführung vorgelegt.

Zur Vermeidung von Zahlungsausfällen wird ein adäquates Forderungsmanagement eingesetzt, das durch eine permanente und zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge Forderungsausfälle nahezu ausschließt. Bei ausbleibendem Forderungsausgleich werden entsprechende Maßnahmen bis hin zum Mahnbescheid erlassen. Im Neukundenbereich sind vor der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen entsprechende Bonitätsauskünfte einzuholen.

Die Gesellschaft besitzt infolge einer guten Eigenkapitalbasis eine solide Innenfinanzierungskraft, Investitionen werden aus Eigenmitteln dargestellt. Eine Aufnahme liquider Mittel ist aus Sicht der Geschäftsführung nicht notwendig.

Preissteigerungen am Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte kompensiert.

Aufgrund der durchgeführten Analysen bestehen aus Sicht der Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Berichterstattung keine Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Rurtalbahn GmbH ist an der VIAS GmbH beteiligt (vgl. Seite 463).


Rurtalbus GmbH

Kölner Landstr. 271
 52351 Düren
 Telefon: 02421/3901-30
 Telefax: 02421/3901-29
 E-Mail: info@rurtalbus.de
 Homepage: -

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens, sowie Gelegenheitsverkehr im Rahmen des öffentlichen Verkehrs.

Der Betrieb des Verkehrsunternehmens gliedert sich in den Betrieb:

- auf der Straße
- auf der Schiene.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18. Juli 2013 hat die Gesellschaft ihr operatives Geschäft mit dem 31. Juli 2013 eingestellt. Im Zuge dessen hat sich der Aufsichtsrat aufgelöst. Mit Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 12.05.2014 wurde der Aufsichtsrat als Organ gestrichen. Die Gesellschaft wurde zunächst nicht liquidiert.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit den Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung übt die ihr durch Gesetz oder den Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben aus. Sie überwacht die Tätigkeit des Geschäftsführers. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses und der Wirtschaftsplan,
2. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern, Abschluss, Änderung und Aufhebung von Anstellungs- und sonstiger Verträge mit ihnen,
3. die Entlastung der Geschäftsführer,
4. die Verfolgung von Rechtsansprüchen gegen die Mitglieder der Geschäftsführung,
5. die Erhebung von Nachschüssen zum Stammkapital, sowie die Erhöhung des Stammkapitals, sofern nicht allen Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile ein Bezugsrecht eingeräumt wird,

6. die Änderung des Gesellschaftervertrages, Aufnahme neuer Gesellschafter, die Kapitalerhöhungen oder -herabsetzungen, die Auflösung der Gesellschaft sowie die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
7. die Errichtung oder Aufhebung von Zweigniederlassungen,
8. der Erwerb und Verkauf und/oder die Verfügung über Beteiligungen jeder Art an anderen Gesellschaften einschließlich ihrer Beendigung und Kündigung sowie die Zustimmung zum Abschluss oder zur Kündigung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 ff. Aktiengesetz,
9. die Bestellung und Abberufung von Prokuristen,
10. die Bestimmung der Abschlussprüfer,
11. a) Rechtsgeschäfte, die Verpflichtungen für die Gesellschaft begründen,
 b) der Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
 c) die Aufnahme und die Gewährung von Darlehen und
 d) die Übernahme von Bürgschaften und der Abschluss von Gewährleistungsverträgen sowie von anderen gleichartigen Rechtsgeschäften,
 soweit diese im Einzelfall einen Betrag von 50.000,00 € außerhalb des Wirtschaftsplanes übersteigen,
12. sonstige Rechtsgeschäfte, die über den normalen Betrieb des Unternehmers hinausgehen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Lau, Christian	Mönchengladbach	
	Schmitz, Thomas	Stolberg	
	Neumann, Hark	Minden	bis 18.06.2013
	Böhnke, Bernd	Merzenich	bis 19.06.2013

Gesellschafterversammlung:	1 Stimme	je 50 € Stammkapital
-----------------------------------	----------	----------------------

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung:	Emunds, Guido	BTG	Geschäftsführer
-----------------------------------	---------------	-----	-----------------

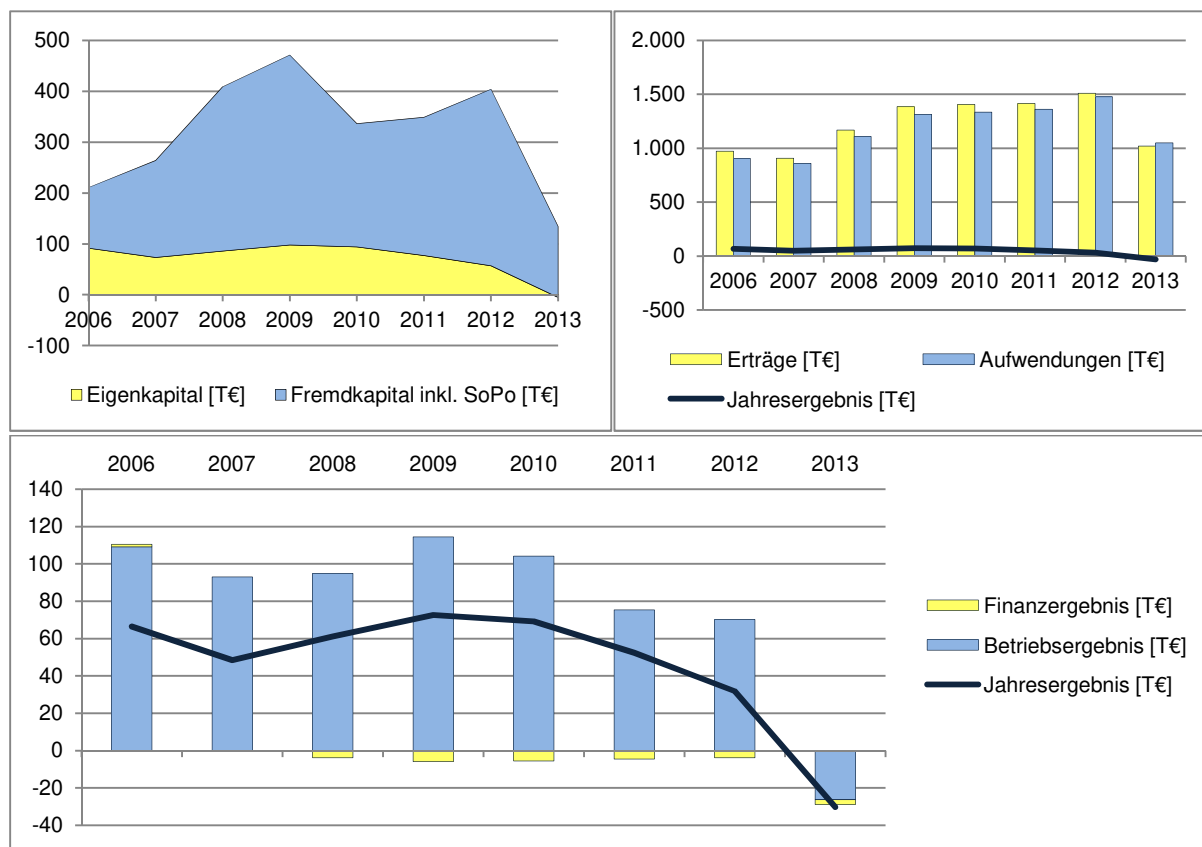
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	5.950,00 €	23,80%
Veolia Verkehr Rheinland GmbH	6.300,00 €	25,20%
R.A.T.H. GmbH	12.750,00 €	51,00%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	170.173,00 €	152.479,00 €	48,00 €	-152.431,00 €	-99,97%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	148.669,93 €	212.598,01 €	83.939,16 €	-128.658,85 €	-60,52%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	29.760,82 €	38.805,56 €	50.308,50 €	11.502,94 €	29,64%
C. Rechnungsabgren- zungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
D. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00 €	0,00 €	5.287,06 €	5.287,06 €	
Summe Aktiva	348.603,75 €	403.882,57 €	139.582,72 €	-264.299,85 €	-65,44%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Jahresüberschuss	52.353,18 €	31.773,62 €	-30.287,06 €	-62.060,68 €	-195,32%
III. nicht gedeckter Fehlbetrag	0,00 €	0,00 €	5.287,06 €	5.287,06 €	
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	41.503,00 €	36.421,00 €	0,00 €	-36.421,00 €	-100,00%
C. Rückstellungen	69.840,71 €	88.135,88 €	25.267,22 €	-62.868,66 €	-71,33%
D. Verbindlichkeiten	159.906,86 €	222.552,07 €	114.315,50 €	-108.236,57 €	-48,63%
Summe Passiva	348.603,75 €	403.882,57 €	139.582,72 €	-264.299,85 €	-65,44%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.404.732,94 €	1.503.362,84 €	995.881,10 €	-507.481,74 €	-33,76%
2. sonstige betriebliche Erträge	8.799,70 €	5.832,30 €	23.101,81 €	17.269,51 €	296,10%
3. Materialaufwand	533.642,88 €	624.526,99 €	416.407,37 €	-208.119,62 €	-33,32%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	527.410,92 €	547.575,67 €	363.636,62 €	-183.939,05 €	-33,59%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	111.705,30 €	112.534,87 €	71.529,01 €	-41.005,86 €	-36,44%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	22.440,00 €	23.118,82 €	19.238,00 €	-3.880,82 €	-16,79%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	143.038,23 €	131.254,23 €	174.391,77 €	43.137,54 €	32,87%
Betriebsergebnis	75.295,31 €	70.184,56 €	-26.219,86 €	-96.404,42 €	-137,36%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	35,45 €	0,00 €	18,29 €	18,29 €	
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	4.599,44 €	3.774,68 €	2.605,03 €	-1.169,65 €	-30,99%
Finanzergebnis	-4.563,99 €	-3.774,68 €	-2.586,74 €	1.187,94 €	-31,47%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	70.731,32 €	66.409,88 €	-28.806,60 €	-95.216,48 €	-143,38%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	17.197,50 €	33.166,26 €	807,46 €	-32.358,80 €	-97,57%
11 sonstige Steuern	1.180,64 €	1.470,00 €	673,00 €	-797,00 €	-54,22%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	52.353,18 €	31.773,62 €	-30.287,06 €	-62.060,68 €	-195,32%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	30	31	17

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Hinsichtlich der aktuellen wirtschaftlichen Situation ist Deutschland im Vergleich zu den Krisenländern des Euro-Raums gut positioniert. Die Euro-Krise hat sich aufgrund der Stabilitätshilfe der Europäischen Zentralbank (EZB) merklich beruhigt. Der deutsche Arbeitsmarkt muss weiter gestärkt werden, stellt sich aber nach wie vor positiv dar. Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal 2013 um 0,3% höher als im zweiten Quartal und höher als im Vorjahr (+1,1%). Im zweiten Quartal 2013 ist das BIP deutlich stärker gestiegen (+0,7%), nachdem es am Jahresanfang, auch aufgrund des langanhaltenden Winters, ins Stocken geraten war.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Aufgrund des Hochwassers Anfang Juni 2013, dessen Auswirkungen zum Teil bis Dezember 2013 andauerten, sind folgende Zahlen und deren Interpretation im Zusammenhang mit den Einschränkungen (Streckensperrungen, Ersatzverkehren, etc.) zu betrachten.

Im ersten Halbjahr 2013 waren in Deutschland fast 5,6 Milliarden Passagiere im Linienverkehr mit Bussen und Bahnen zu verzeichnen. Dies sind somit 0,4% mehr als im ersten Halbjahr 2012.

Im Nahverkehr stieg das Fahrgastaufkommen laut Statistischem Bundesamt im Vergleich zum ersten Halbjahr 2012 um 0,5%. Im Fernverkehr war ein Rückgang um 0,9% zu verbuchen. Im Schnitt wurden fast 31 Millionen Fahrten am Tag zurückgelegt. XXX waren bei allen Nahverkehrsmitteln Steigerungen zu erfassen. Eisenbahnen und S-Bahnen beförderten 1,2 Milliarden Passagiere (+0,6%) – im Busverkehr wurden 0,2% mehr Fahrgäste gezählt (Erhöhung auf 2,7 Milliarden Passagiere).

Im Fernverkehr (ausgenommen Fernbus) wurden 63 Millionen Personen befördert und damit 1,2% weniger als im ersten Halbjahr 2012. Aufgrund der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes und der Öffnung des Marktes für Fernbusse an Januar 2013 stieg die Zahl der Passagiere in diesem Sektor um 12,5% auf fast 1,3 Millionen an. Zahlreiche Unternehmen stiegen in den Markt ein und betreiben derzeit eine Vielzahl von Fernbus-Strecken, deren Rentabilität sich erst zeigen muss. Ein großes Problem sind dabei auch die kaum oder nicht vorhandenen Zentralen Omnibusbahnhöfe (ZOBs) und deren Finanzierung.

Im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) herrschte auch im Jahr 2013 weiterhin enormer Wettbewerbsdruck um Ausschreibungen von Neu- und Bestandsverkehren, in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld. Zu den größten Wettbewerbern der Veolia Verkehr GmbH gehören weiterhin die Deutsche Bahn AG, sowie Tochtergesellschaften ausländischer Staatsbahnen wie Netinera (italienische Staatsbahn FS), Keolis (französische Staatsbahn SCNF) und Abellio (niederländische Staatsbahn NS).

Im SPNV-Markt steigern die Wettbewerber der DB AG weiterhin ihre Marktanteile. Im Jahr 2013 lag die Anzahl der Vergabeverfahren auf Vorjahresniveau und konzentrierte sich auf die Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen. Zudem mussten einige Verfahren aufgrund von Klagen oder nicht zuschlagsfähigen Angeboten aufgehoben bzw. wiederholt werden. Nicht zuletzt die Frage der Neufahrzeugfinanzierung spielte für viele Wettbewerber eine enorme Rolle. Bis 2015 sollen insgesamt 338 Millionen Zugkilometer (Zkm) ausgeschrieben werden.

Der Marktanteil der Wettbewerber im Fernverkehr ist nach wie vor gering, er lag weiterhin unter einem Prozent gemessen an der Verkehrsleistung, da die Marktzutrittsbarrieren und die Kosten für eine eigenwirtschaftliche Betriebsaufnahme enorm hoch sind.

Ertragslage

Gemäß der Gewinn- und Verlustrechnung der beiden letzten Geschäftsjahre ergeben sich nachfolgende Hinweise:

	2013		2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	996	100	1.503	100	-507	-34
Gesamtleistung	996	100	1.503	100	-507	-34
Materialaufwand	416	42	625	42	-209	-33
Personalaufwand	435	44	660	44	-225	-34
Abschreibung	19	2	23	2	-4	-17
Sonstiger Betriebsaufwand						
./. Übrige betriebliche Erträge	151	15	125	8	26	21
Betrieblicher Aufwand	1.022	103	1.433	95	-411	-29
Betriebsergebnis	-26	-3	70	5	-96	-137
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-3		-4		1	
Ergebnis vor Ertragsteuern	-29		66		-95	
Ertragsteuern	1		33		-32	
sonstige Steuern	1		1		-1	
Jahresergebnis	-30		32		-62	

Die Umsatzerlöse sind im Jahresvergleich um TEUR 507 gesunken. Dies resultiert vor allem aus der Aufgabe der Geschäftsfelder am Anfang des letzten Quartals 2013.

Die einzelnen Sparten entwickelten sich wie folgt:

	2013		2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Anmietungen Linienverkehr	812	81	1.223	81	-412	-34
Gestellung von Fahrzeugen	128	13	192	13	-64	-33
Schülerverkehr	56	6	88	6	-32	-36
	996	100	1.503	100	-507	-34

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr mit TEUR 416 (VJ TEUR 625) um TEUR 209 gesunken. Dies resultiert ebenfalls aus der Aufgabe der Geschäftsfelder am Anfang des letzten Quartals.

Ebenfalls ist der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr um 34% gesunken, was einem absoluten Wert von TEUR 225 entsprach, und ist im Wesentlichen durch die bei der Erläuterung der Umsatzerlöse genannten Gründe geprägt.

Im Finanzergebnis in Höhe von TEUR -3 sind Zinsaufwendungen in derselben Höhe enthalten.

Die Zinsaufwendungen resultieren in Höhe von TEUR -1 aus Darlehensverzinsungen.

Vermögenslage

Bezüglich der Vermögenslage ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr folgendes Bild. In Abweichung zur Bilanz sind in der Darstellung Zuschüsse zum Anlagevermögen nicht als Sonderposten passiviert, sondern mit dem Anlagevermögen saldiert.

	31.12.2013		31.12.2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen						
Anlagevermögen	0	0	116	32	-116	-100
Kurzfristige Forderungen	84	60	213	58	-129	-61
Flüssige Mittel	50	36	39	11	12	30
Übrige Aktiva	5	4	0	0	5	0
	140	100	367	100	-228	-62
Kapital						
Eigenkapital	0	0	57	15	-57	-100
Kurzfristige Verbindlichkeiten	140	100	308	84	-169	-55
Langfristige Verbindlichkeiten	0	0	2	1	-2	-100
	140	100	367	100	-228	-62

Das geringe Anlagevermögen der Gesellschaft ist darauf zurückzuführen, dass der überwiegende Teil der erforderlichen Infrastruktur angemietet wird und die im Anlagevermögen gehaltenen Busse im Geschäftsjahr veräußert wurden. Die entsprechenden Aufwendungen sind in den Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten.

Die Veränderung des Eigenkapitals beruht aus dem Jahresfehlbetrag 2013 in Höhe von TEUR 30 und der vollständigen Ausschüttung des Vorjahresergebnisses.

Die Abnahme der kurzfristigen Verbindlichkeit ist stichtagsbezogen und ergibt sich aus dem geänderten Zahlungsverhalten zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr bzw. der Aufgabe der Geschäftsfelder und Beendigung der Lieferantenbeziehungen.

Der Rückgang der langfristigen Verbindlichkeiten ist durch die Tilgung des Bankdarlehens bedingt.

Finanzlage

Die Veränderung der Finanzmittel zum Bilanzstichtag stellt sich wie folgt dar:

	2013 TEUR
Jahresüberschuss	-30
Verlust von Anlageabgängen	55
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	19
Abnahme der Rückstellungen	-63
Abnahme der Sonderposten	-36
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	145
Zunahme der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	-1
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-14
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-100
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-9
Laufende Geschäftstätigkeit	-3
Ein-(Aus-)zahlungen für Anlagen-(ver-)käufe	45
Investitionstätigkeit	45

Auszahlungen an Unternehmenseigner	0
Auszahlung aus der Tilgung von Krediten	-30
Finanzierungstätigkeit	-30
Liquide Mittel am Ende der Periode	39
Zahlungswirksame Veränderungen	12
Liquide Mittel am Ende der Periode	51
<i>nachrichtlich: Verbindlichkeiten Cashpool-Konto Veolia-Konzern</i>	<u>66</u>

Es traten während des laufenden Geschäftsjahres keine Liquiditätsengpässe auf. Durch die Cashpoolvereinbarung mit der Veolia Verkehr GmbH, Berlin verfügt die Gesellschaft über einen stabilen und langfristigen finanziellen Rahmen für das operative Geschäft.

Mitarbeiter

Die Mitarbeiterzahl entwickelte sich wie folgt:

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 17 Mitarbeiter (Vj 31), davon 10 als Fahrer (Vj 19) und 7 als Aushilfen (Vj 12).

Im Geschäftsjahr wurden TEUR 1 (Vj: TEUR 1) in die Schulung von Mitarbeitern investiert.

Nachtragsbericht

Folgende wesentliche Ereignisse sind nach dem Abschluss des Geschäftsjahres eingetreten, über die zu berichten wären:

- Gesellschafter beabsichtigen die Liquidation der Gesellschaft Anfang 2015
- Beabsichtigte Einlage der Gesellschafter in die Kapitalrücklage der Gesellschaft in 2015

Chancen- Risiko- und Prognosebericht

Die Gesellschaft hat zu Beginn des dritten Quartals 2013 die Aufgabe der bisherigen Geschäftsfelder beschlossen und rechnet in den folgenden Geschäftsjahren nicht mit positiven Jahresergebnissen. Die Geschäftsführung geht nach den Planansätzen für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 von Jahresfehlbeträgen in Höhe von 12 T€ und 10 T€ aus.

Da in den Jahren 2014 und 2015 jedoch Fixkosten anfallen werden, beabsichtigen die Gesellschafter im Laufe des Jahres 2015 eine Einzahlung in Höhe von 30 T€ in die Kapitalrücklage der Gesellschaft vorzunehmen und die bestehende Überschuldung zu beseitigen. Ein entsprechender Beschluss ist noch nicht gefasst.

Darüber hinaus beabsichtigen die Gesellschafter nicht, die aufgegebenen Geschäftsfelder oder andere Tätigkeiten aufzunehmen. Die Gesellschafter beabsichtigen vielmehr Anfang 2015 die Liquidation der Gesellschaft zu beschließen und die noch vorhandenen Vermögensgegenstände einzeln zu veräußern. Stille Reserven sind nach Auffassung der Geschäftsführung nicht vorhanden.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Rurtalbus GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH

Auf der Komm 12
52457 Aldenhoven
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@verbandswasserwerk-aldenhoven.de
Homepage: www.verbandswasserwerk-aldenhoven.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wasser- und Wärmeversorgung einschließlich Nah- und Fernwärmeversorgung sowie der Einsatz von modernen Energieerzeugungsanlagen wie Blockheizkraftwerke (BHKW), die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, der Ein- und Verkauf von Wasser und Energie sowie energienaher Dienstleistungen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertreten die Gesellschaft zwei Geschäftsführer oder ein Geschäftsführer und ein Prokurist.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus dreizehn Mitglieder, und zwar

1. aus den Bürgermeister der Gemeinden, die an der Gesellschaft beteiligt sind, sofern deren Geschäftsanteile mehr als 10% des Stammkapitals ausmachen. Ihre Mitgliedschaft gilt für die Dauer der Amtszeit (Wahlzeit) und erlischt mit der Bestellung des Nachfolgers;
2. aus den von der Gesellschafterversammlung auf Vorschlag der Gesellschafter auf die Dauer einer Wahlperiode für kommunale Parlamente in Nordrhein-Westfalen gem. § 13 GV Ziffer 3-6 zur angegebenen Höchstzahl gewählten Mitgliedern.

Soweit der Kreis Düren unmittelbar oder mittelbar Gesellschafter der Gesellschaft ist, nimmt der jeweilige Landrat des Kreises Düren oder

der Geschäftsführer der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als beratendes Mitglied ohne Stimmrecht an den Aufsichtsratssitzungen teil.

Der Aufsichtsrat überwacht und berät die Geschäftsführung und vertritt die Gesellschaft gegenüber den Geschäftsführern gerichtlich und außergerichtlich. Der Aufsichtsrat berät die Vorlagen für die Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen und gibt in folgenden Angelegenheiten Beschlussempfehlungen für die Gesellschafterversammlung ab.

1. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes,
2. Aufnahme neuer und Aufgabe vorhandener Geschäftsfelder,
3. Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung,
4. Wahl des Abschlussprüfers.

Geschäfte und Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates. Zu diesen Geschäften und Maßnahmen gehören insbesondere:

1. Vornahme von Rechtsgeschäften mit Gesellschaftern, die im Einzelfall den Betrag von 20.000 € übersteigen oder ein Dauer-schuldverhältnis begründen,
2. Aufnahme oder Gewährung von Darlehen, deren Betrag im Einzelfall 20.000 € überschreitet, sofern diesen nicht bereits im Rahmen des jährlichen Finanzplans zugestimmt wurde,
3. Erwerb, dingliche Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern hierbei ein Wert von 20.000 € überschritten wird,
4. Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen, soweit der Streitwert im Einzelfall mehr als 20.000 € beträgt,
5. Abschluss, Abänderung und Aufhebung von wichtigen Lieferungs-, Pacht-, Demarkations-, Betriebsführungs-, Bezugs- und Konzessionsverträgen und Verträgen, durch die die Gesellschaft länger als 1 Jahr gebunden werden soll, mit Ausnahme von Verträgen des laufenden Geschäftsverkehrs.
6. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,
7. Erteilung und Widerruf von Prokuren,
8. Empfehlungen zu Wasserpreisanpassungen und Tarifänderungen.

Gesellschafter- versammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, soweit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Das Stimmrecht eines jeden Gesellschafters kann nur einheitlich ausgeübt werden. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über folgende Angelegenheiten

1. Änderung des Gesellschaftervertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
2. Umwandlung, Verschmelzung und Auflösung der Gesellschaft,
3. Gründung, Erwerb und Veräußerung von Unternehmen, Teilen von Unternehmen und Beteiligungen,
4. die Teilung von Geschäftsanteilen,
5. die Veräußerung von Geschäftsanteilen,
6. die Aufnahme neuer Gesellschafter,

7. die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Verwendung und/oder Verteilung des Jahresabschlusses zuzüglich eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages. Die Gesellschafterversammlung ist berechtigt, Beträge in Gewinnrücklagen einzustellen oder als Gewinn vorzutragen,
8. die Bestellung des Abschlussprüfers,
9. die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
10. die Feststellung und Änderung der allgemeinen Wassergeldtarife und Versorgungsverdingungen, sowie diese nicht gesetzlich festgelegt sind,
11. die Wahl und Abwahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Vertreter,
12. die Richtlinien zur Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung,
13. Festsetzung der Höhe der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates,
14. Wasserpreisanpassungen und Tarifänderung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Schneider, Jürgen Waerder, Johannes		seit 01.07.2013 bis 30.06.2013
Aufsichtsrat:	Gemeinde Aldenhoven Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH Städtisches Wasserwerk E- schweiler GmbH Gemeinde Inden Gemeinde Niederzier	4 Sitze 1 Sitz 3 Sitze 3 Sitze 3 Sitze	30,77 % beratendes Mitglied 23,08 % 23,08 % 23,08 %
Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Das Stimmrecht eines jeden Gesellschafters kann nur einheitlich ausgeübt werden.	1 Stimme	je 50 € eine Geschäftsanteils

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang beratendes Mitglied	Kreis Düren	Landrat
Gesellschafter- versammlung:	Fiedler, Franz-Josef Hürtgen, Dirk Königstein, Hans Josef <small>seit 24.06.2015</small> Neulen, Leonhard <small>bis April 2015</small>	Kreis Düren BTG Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Geschäftsführer Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter

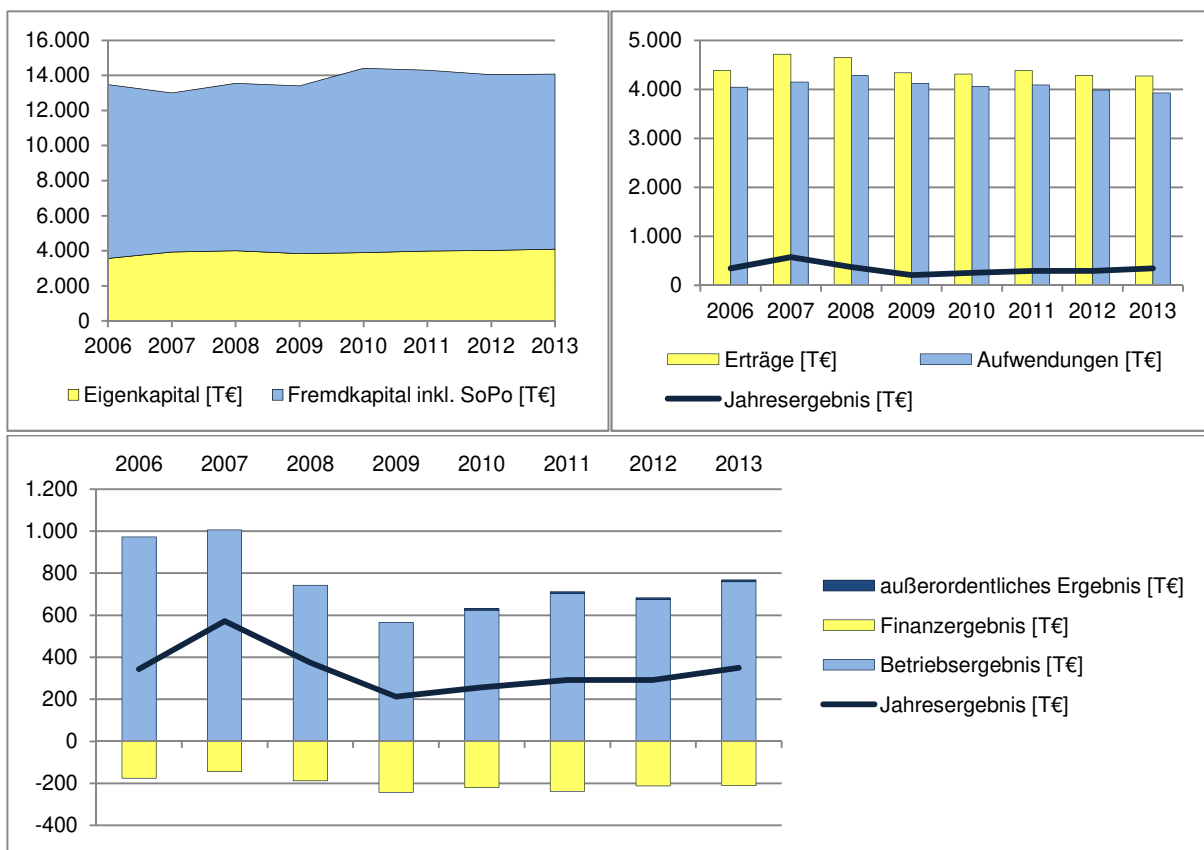
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52457 Aldenhoven	
gezeichnetes Kapital:	2.047.300 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Gemeinde Aldenhoven	621.700,00 €	30,37%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH	24.800,00 €	1,21%
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	494.200,00 €	24,14%
Gemeinde Inden	392.050,00 €	19,15%
Gemeinde Niederzier	514.550,00 €	25,13%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	82.836,00 €	77.913,00 €	73.445,00 €	-4.468,00 €	-5,73%
II. Sachanlagen	13.277.457,35 €	13.071.510,26 €	12.773.733,06 €	-297.777,20 €	-2,28%
III. Finanzanlagen	0,00 €	942,00 €	942,00 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	13.631,94 €	10.176,51 €	10.866,35 €	689,84 €	6,78%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	919.555,85 €	864.348,22 €	1.200.849,34 €	336.501,12 €	38,93%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	7.620,50 €	8.429,77 €	8.675,64 €	245,87 €	2,92%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	14.301.101,64 €	14.033.319,76 €	14.068.511,39 €	35.191,63 €	0,25%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	2.047.300,00 €	2.047.300,00 €	2.047.300,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	538.139,53 €	538.139,53 €	538.139,53 €	0,00 €	
III. Gewinnrücklagen	1.033.795,46 €	1.033.795,46 €	1.158.795,46 €	125.000,00 €	12,09%
IV. Gewinnvortrag	67.034,78 €	108.384,23 €	4.810,32 €	-103.573,91 €	-95,56%
V. Jahresüberschuss	291.349,45 €	291.426,09 €	349.373,23 €	57.947,14 €	19,88%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	3.195.049,00 €	3.028.841,00 €	2.938.325,38 €	-90.515,62 €	-2,99%
C. Rückstellungen	1.034.223,09 €	1.002.018,06 €	1.049.974,56 €	47.956,50 €	4,79%
D. Verbindlichkeiten	6.093.892,33 €	5.967.915,39 €	5.981.398,11 €	13.482,72 €	0,23%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	318,00 €	15.500,00 €	394,80 €	-15.105,20 €	-97,45%
Summe Passiva	14.301.101,64 €	14.033.319,76 €	14.068.511,39 €	35.191,63 €	0,25%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	4.148.546,55 €	4.006.951,58 €	3.980.159,08 €	-26.792,50 €	-0,67%
2. sonstige betriebliche Erträge	232.517,63 €	271.787,83 €	293.506,42 €	21.718,59 €	7,99%
3. Materialaufwand	1.244.537,40 €	1.227.201,82 €	1.171.775,54 €	-55.426,28 €	-4,52%
3. Personalaufwand	34.168,22 €	50.164,67 €	22.110,14 €	-28.054,53 €	-55,92%
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	874.681,00 €	875.907,00 €	831.705,00 €	-44.202,00 €	-5,05%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.524.723,41 €	1.451.383,66 €	1.488.489,69 €	37.106,03 €	2,56%
Betriebsergebnis	702.954,15 €	674.082,26 €	759.585,13 €	85.502,87 €	12,68%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	205,94 €	11,17 €	34,19 €	23,02 €	206,09%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	238.242,27 €	213.145,25 €	210.200,88 €	-2.944,37 €	-1,38%
Finanzergebnis	-238.036,33 €	-213.134,08 €	-210.166,69 €	2.967,39 €	-1,39%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	464.917,82 €	460.948,18 €	549.418,44 €	88.470,26 €	19,19%
8. außerordentliche Aufwendungen	8.654,00 €	8.654,00 €	8.654,00 €	0,00 €	0,00%
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	155.583,09 €	151.148,12 €	180.713,25 €	29.565,13 €	19,56%
10. sonstige Steuern	9.331,28 €	9.719,97 €	10.677,96 €	957,99 €	9,86%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	291.349,45 €	291.426,09 €	349.373,23 €	57.947,14 €	19,88%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0
Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.			

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

**Grundlagen des Unternehmens
Geschäftsmodell**

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (nachfolgend VWA) versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und öffentlichen Einrichtungen in der StädteRegion Aachen sowie dem Kreis Düren mit Trinkwasser. Zum Versorgungsgebiet gehören Teile der Städte Alsdorf und Eschweiler, die Gemeinden Aldenhoven, Inden und Niederzier sowie Teile der Stadt Jülich.

Seit August 2005 versorgt das Verbandswasserwerk Aldenhoven das Schulzentrum Schwanenstraße in Aldenhoven mit Wärme. Die Wärmeserviceverträge für die beiden Abnahmestellen (Gemeinschaftsgrundschule Aldenhoven und Kath. Grundschule Aldenhoven) wurden über 10 Jahre abgeschlossen.

Mit den Gesellschaftergemeinden Aldenhoven, Inden und Niederzier wurden am 1. Juli 2005 - rückwirkend zum 1. Januar 2005-Konzessionsverträge über eine Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen. Der Konzessionsvertrag mit der Stadt Eschweiler trat am 3. Mai 1999 in Kraft und endet nach 30 Jahren am 3. Mai 2029. Mit der Stadt Alsdorf wurde am 1. Juli 2002 ein Konzessionsvertrag über 25 Jahre abgeschlossen. Durch die langfristige Ausrichtung der Verträge ist die Versorgungstätigkeit gesichert.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Bundesweit ist sowohl im Kundenbereich Haushalte und Kleingewerbe als auch bei den Industriegesellschaften eine historische niedrigere Abgabentwicklung zu verzeichnen. So lag der Wasserverbrauch pro Kopf in Deutschland 2012 so niedrig wie noch nie. 122 Liter Trinkwasser verbrauchte laut Statistischem Bundesamt jeder Einwohner am Tag (Quelle: BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.); Entwicklung des personenbezogenen Wasserverbrauchs). Von steigenden Wasserverbräuchen in der Zukunft ist nicht auszugehen.

Geschäftsverlauf

Umsatz und Absatz

Insgesamt betragen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2013 TEuro 3.980 (Vorjahr: TEuro 4.007) und lagen um TEuro 27 unter den Vorjahreserlösen. Dieser Rückgang der Umsatzerlöse ist unter anderem auf die gesunkene Abgabe im Kerngeschäftsfeld Trinkwasserversorgung zurückzuführen.

Im Tarifkunden- als auch im Sondervertragskundenbereich - Wasser zeigen sich die Umsatzerlöse nahezu unverändert; diese nahmen um TEuro 7 auf TEuro 3.543 ab.

Der für die Haushalte maßgebliche Arbeitspreis betrug im Geschäftsjahr unverändert brutto Euro 1,50.

Die Wärmesparte konnte im Berichtsjahr Umsatzerlöse von TEuro 121 verbuchen; demnach konnte eine Zunahme in Höhe von TEuro 8 erzielt werden.

Die restlichen Umsatzerlöse resultierten aus den aufgelösten Ertragszuschüssen (TEuro 221) und aus dem Installationsgeschäft (TEuro 95).

Die Wasserabgabe betrug im Geschäftsjahr 2013 1.995 Mio. cbm insgesamt (Vorjahr: 2.012 Mio. cbm) und lag damit 0,017 Mio. cbm bzw. um 0,8% unter dem Vorjahresniveau von 2.012 Mio. cbm. Wassermengenabnahmen in den Gebieten Alsdorf und Aldenhoven standen Zunahmen in den Gebieten Eschweiler, Inden und Niederzier sowie an die Stadtwerke Jülich gegenüber.

Im Jahr 2009 wurden Maßnahmen festgelegt, die ein kontinuierliches Monitoring und monatliches Controlling der Wasserabnahmen im Versorgungsgebiet ermöglichen. Eine Arbeitsgruppe aus der Abteilung Wassergewinnung, Zählerwesen sowie Netzbetrieb führt Stichproben zu Wasserbilanzierungen durch, um frühzeitig Abweichungen zu identifizieren.

Für die Ermittlung der Trinkwasserverluste haben wir im Wirtschaftsjahr 2013 wie im Jahr 2012 eine kaufmännische Betrachtungsweise herangezogen. Hiermit weisen wir die tatsächlichen Trinkwasserverluste rechnerisch ermittelt aus. Wir haben in die Berechnung der Trinkwasserverluste periodenfremde Aspekte einfließen lassen und können somit besser und genauer feststellen, wie sich die Trinkwasserverluste zusammensetzen. Durch die Rückrechnung der periodenfremden Aspekte erhalten wir im Folgejahr eine neue, genauere Betrachtungsweise der Vorjahrzahlen.

Im Geschäftsjahr 2013 belaufen sich die Trinkwasserverluste mit Einrechnung der periodenfremden Aspekte auf 8,53 % (Vorjahr: 7,71 %).

Im Berichtsjahr wurden 928 MWh (Vorjahr: 865 MWh) Wärme an die beiden Abnahmestellen (Gemeinschaftsgrundschule Aldenhoven und katholische Grundschule Aldenhoven) abgegeben. Die Absatzmenge stieg demnach um 63 MWh gegenüber dem Vorjahr.

Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von TEuro 349 (Vorjahr: TEuro 291) erwirtschaftet. Dieser entspricht einer Verzinsung des gezeichneten Kapitals in Höhe von 17,1 % (Vorjahr: 14,2 %).

Investitionen

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von TEuro 531 für das Geschäftsjahr 2013 betrafen unter anderem die Rohrnetzerneuerungen in Aldenhoven-Siersdorf und Niederzier sowie neue Rohrwasserleitung im Wasserwerk Aldenhoven.

Finanzierung

Die oben genannten Investitionen wurden durch Abschreibungen und durch eine Kreditlinie und deren teilweise Inanspruchnahme finanziert.

Personalbereich

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.

Das Personal ist mit Wirkung vom 01. Juni 1996 und 01. April 1998 auf die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, übergegangen.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2013		31.12.2012		Veränderungen	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Aktiva						
Anlagevermögen	12.848	91,32%	13.150	93,71%	-302	-2,30%
Umlaufvermögen	1.221	8,68%	883	6,29%	338	38,28%
	<u>14.069</u>	<u>100,00%</u>	<u>14.033</u>	<u>100,00%</u>	<u>36</u>	<u>0,26%</u>
Passiva						
Eigenkapital	4.098	29,13%	4.018	28,63%	80	1,99%
Sonderposten für Investitionszuschüsse	2.938	20,88%	3.029	21,58%	-91	-3,00%
Rückstellungen	1.051	7,47%	1.002	7,14%	49	4,89%
Verbindlichkeiten	5.982	42,52%	5.968	42,53%	14	0,23%
Rechnunungabgrenzungsposten	0	0,00%	16	0,11%	-16	-----
	<u>14.069</u>	<u>100,00%</u>	<u>14.033</u>	<u>100,00%</u>	<u>36</u>	<u>0,26%</u>

Die Bilanzsumme von TEuro 14.069 zeigt sich nahezu unverändert; sie nahm um TEuro 36 zu.

Die Bilanz zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 91,3 % (Vorjahr 93,7 %). Zugänge in Höhe von TEuro 531 stehen Abschreibungen in Höhe von TEuro 832 gegenüber.

Der Deckungsgrad des Anlagevermögens durch Eigenkapital -unter Einbeziehung weiterer Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter- beträgt rd. 48 % und liegt somit auf dem Vorjahresniveau von 46,8 %.

Das Umlaufvermögen zeigt sich um TEuro 338 erhöht. Grund hierfür sind die gestiegenen Forderungen aus LuL in Höhe von TEuro 337. Wobei diesem Anstieg entgegenzuhalten ist, dass die Dezemberabschläge bankseitig und bedingt durch die SEPA-Umstellung erst am 2. Januar 2014 eingezogen und gutgeschrieben wurden. Unter Berücksichtigung eines Geldeingangs in 2013 dieser Abschlagszahlungen würden die Forderungen aus LuL unter Vorjahresniveau liegen und die liquiden Mittel wären für eine Verbindlichkeitenbedienung verwandt worden.

Das Eigenkapital zeigt sich um den erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von TEuro 349 und um die Gewinnausschüttung in Höhe von TEuro 270 um TEuro 80 erhöht.

Unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 70 % ergibt sich zum Bilanzstichtag eine angemessene Eigenkapitalquote - bezogen auf das Gesamtkapital - in Höhe von 43,7 % (Vorjahr 43,7 %).

Die Fremdkapitalquote zeigt sich nahezu unverändert bei 56,3 % (Vorjahr: 56,3 %). Im Geschäftsjahr wurden die Darlehen planmäßig in Höhe von TEuro 299 getilgt. Demgegenüber steht insbesondere eine Verbindlichkeitzunahme aus LuL in Höhe von TEuro 179.

Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

	2013	2012
	TEuro	TEuro
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	702	1.009
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-531	-668
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	1.147	-267
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	1.318	74
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-2.926	-3.000
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-1.608	-2.926

Der Finanzmittelfonds beinhaltet neben den jederzeit fälligen Bankeinlagen in Höhe von TEuro 9 (Vorjahr: TEuro 8) auch Tagesgeldaufnahmen in Höhe von TEuro 1.617 (Vorjahr: TEuro 2.934).

Demnach führen insbesondere die getätigten Investitionen in Höhe von TEuro 531, die Gewinnausschüttungen in Höhe von TEuro 270 sowie die Auszahlungen für Darlehenstilgungen (TEuro 299) und die langfristige Darlehensumfinanzierung in Höhe von TEuro 1.500 zu einer positiven Veränderung des Finanzmittelfonds in Höhe von TEuro 1.318.

Ertragslage

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2013		2012		Veränderungen	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	3.980	93,1%	4.007	93,6%	-27	-0,7%
Sonstige betriebliche Erträge	294	6,9%	272	6,4%	22	8,1%
Gesamtleistung	4.274	100,0%	4.279	100,0%	-5	-0,1%
Materialaufwand	-1.172	-27,4%	-1.227	-28,7%	55	-4,5%
Rohergebnis	3.102	72,6%	3.052	71,3%	50	1,6%
Andere betriebliche Aufwendungen	-2.353	-55,1%	-2.388	-55,8%	35	-1,5%
Betriebsergebnis	749	17,5%	664	15,5%	85	12,8%
Außerordentlicher Aufwand	-9	-0,2%	-9	-0,2%	0	0,0%
Finanzergebnis	-210	-4,9%	-213	-5,0%	3	-1,4%
Steueraufwand	-181	-4,2%	-151	-3,5%	-30	19,9%
Jahresüberschuss	349	8,2%	291	6,8%	58,0	19,9%

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEuro 3.980 setzen sich aus dem Wasserbereich i.H.v. TEuro 3.543 und aus dem Wärmebereich in Höhe von TEuro 121 sowie aus sonstigen Erlösen (Installationsumsatz und Auflösung von Ertragszuschüssen) in Höhe von TEuro 316 zusammen.

Die Wärmeerlöse, welche aus Contractingverträgen resultieren, konnten um TEuro 8 auf TEuro 121 erhöht werden.

Der Materialaufwand beinhaltet im Wesentlichen den Wasserbezug sowie den Strom- und Gasbezug. Die Rohmarge konnte um 1,6% gesteigert werden.

Die anderen betrieblichen Aufwendungen blieben nahezu unverändert; sie nahmen absolut betrachtet um TEuro 35 ab. Die wesentlichsten Aufwandspositionen sind zum einen das Betriebsführungsentgelt für die EWV als kaufmännischer Betriebsführer und zum anderen die Konzessionsabgabe.

Das Finanzergebnis zeigt sich ferner auch nahezu unverändert; es nahm um TEuro 3 auf TEuro 210 ab.

Unter Abzug der Ertragssteuern in Höhe von TEuro 181 zeigt sich im Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss in Höhe von TEuro 349 (TEuro 291).

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht verändert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzielle Leistungsindikator steht die Kundenzufriedenheit bezüglich der Qualität des zu liefernden Trinkwassers und der hiermit verbundenen Umweltbelange an oberster Stelle. Daneben ist dem Absatzverlust aufgrund der tagebaubedingten Verlagerung des Wohnsitzes einer großen Anzahl Privatkunden der Ortschaft Inden-Pier in Kommunen außerhalb unseres Versorgungsgebietes bspw. durch Kooperationen mit benachbarten Wasserversorgern zu begegnen.

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Prognose, Chancen- und Risikobericht

Chancen und Risiken

Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer Betriebsführerin, der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Risiken, die einer kontinuierlichen Geschäftsentwicklung entgegenstehen, sind nicht erkennbar.

Beschaffungsmarktrisiken

Durch die Bezirksregierung Köln wurde am 08.02.2006 das Recht, Grundwasser in einer Menge von bis zu insgesamt 2,3 Mio. cbm pro Jahr zur Verwendung als Trink- und Brauchwasser in der Trinkwasseraufbereitungsanlage Aldenhoven zu Tage zu fördern, bewilligt. Die Bewilligung der Bezirksregierung läuft über 20 Jahre und mindert das Beschaffungsrisiko der Gesellschaft.

Der Wasserrechtsantrag Niederzier wurde ebenfalls von der Bezirksregierung Köln genehmigt. VWA hat das Recht, bis zum 31. Dezember 2031 0,9 Mio. m³ Wasser pro Jahr zu fördern.

Die VWA bezieht ihr Wasser unter anderem auch von der RWE Power.

Die RWE Power forderte im Geschäftsjahr eine Anpassung der ersparten Selbstkosten für die ihrerseits erbrachten Ersatzlieferungen. Die Forderung bezieht sich auf die Kosten, die aufgrund der Wassergewinnung und –aufbereitung mittels einer Filterhalle entstehen. RWE Power trägt pauschal vor, dass sie die Grundannahmen des Vertrages „Bereitstellung von Wasser als Ersatzwasser“ überprüft habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die Berechnung der Höhe der von VWA ersparten Selbstkosten nicht mehr den aktuellen wasserwirtschaftlichen, rechtlichen und wettbewerblichen Rahmenbedingungen entspreche. Die Ersatzleistungen der RWE Power stellen nicht den vertraglich geschuldeten Ausgleich der für VWA entstandenen Nachteile dar.

Die Geschäftsführung untersucht diese seitens RWE Power geäußerten Ansprüche; wobei die RWE die Beweis- und Darlegungslast innehat. Die RWE beabsichtigt nun ein fiktives Gutachten erstellen zu lassen, das die Situation hinsichtlich Geologie und Hydrogeologie am Standort Aldenhoven aufzeigen soll, wenn der Tagebau Inden nicht existiert hätte.

In kommenden Geschäftsjahren könnte aus diesem Sachverhalt eine jährliche Belastung des Jahresergebnisses der VWA resultieren.

Betriebsrisiken

Generell schützt sich das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit des VWA und Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und deren interne Sicherungssysteme laufend überwacht.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Prognosebericht

Ergebnisentwicklung

Für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 erwarten wir leicht fallende Ergebnisse.

Investitionen

Der Bauplan für das Geschäftsjahr 2014 ist mit einer Investitionssumme in Höhe von 1.076TEuro vorgesehen. Dabei entfallen ca. TEuro 313 auf das Leitungsnetz und die Transportleitungen, TEuro 380 auf die Gewinnung und Aufbereitung und TEuro 383 auf Hausanschlüsse.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH ist mit 3% an der GREEN Gesellschaft für regionale und regenerative Energie GmbH (siehe Seite 363) beteiligt.



Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

Urbanusstraße 1
52372 Kreuzau
Telefon: 02422/ 507 450
Telefax: 02422/ 507 134
E-Mail: p.dreyling@kreuzau.de
Homepage: www.wasserwerk-concordia.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Aufgaben des Unternehmens sind die Wasserversorgung der Einwohner des Versorgungsgebietes sowie der Betrieb aller dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Auch wenn mehrere Geschäftsführer vorhanden sind, kann einem die Befugnis zur Alleinvertretung übertragen werden

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Der Bürgermeister der Gemeinde Kreuzau ist Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates. Der Gesellschafter "Gemeinde Kreuzau" benennt daneben weitere drei Aufsichtsratsmitglieder. Soweit eine weitere Gebietskörperschaft bzw. Beteiligungsgesellschaft einer solchen Mitgesellschafter ist, ist deren oberstes Vertretungsorgan Mitglied des Aufsichtsrates; daneben benennt dieser weitere Gesellschafter durch sein Beschlussorgan seine weiteren Aufsichtsratsmitglieder.

Der Aufsichtsrat ist zuständig für:

1. die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung,
2. die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Erarbeitung von Vorschlägen über die Verwendung des Reingewinns, des Vortrages und der Verlustabdeckung,
3. die Zustimmung zur Hingabe und Aufnahme von Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten, den Erwerb, die Belastung oder Veräußerung von Grundstücken und dinglichen Rechten,
4. die Zustimmung zum Investitions- und Finanzierungsplan,
5. die Zustimmung zum Abschluss aller Verträge einschließlich Stundung und Erlass von Forderungen, welche die Gesellschaft zur einer wiederkehrenden Ausgaben von mehr als 7.700 € jähr-

- lich oder zu einer einmaligen Ausgabe von mehr als 15.400 € verpflichten oder berechtigen, sowie Führung von Rechtsstreitigkeiten mit solchen Streitwerten. Arbeitsverträge mit Angestellten und Arbeitern fallen nicht unter diese Regelung,
6. die Zustimmung zum Abschluss, zur Abänderung und Aufhebung von Lieferungs-, Miet-, Pacht-, Demarkations-, Bezugs- und Konzessionsverträgen, durch die die Gesellschaft länger als ein Jahr gebunden werden soll, mit Ausnahme von Verträgen des laufenden Geschäftsverkehrs. Wasserlieferungsverträge außerhalb des Tarifs fallen nicht unter dieser Ausnahme,
 7. die Zustimmung zur Vornahme von Rechtsgeschäften mit einem Gesellschafter oder dem Geschäftsführer sowie die Einleitung von Rechtsgeschäften gegenüber einem Gesellschafter oder dem Geschäftsführer und die Vertretung der Gesellschaft in derartigen Rechtsstreiten,
 8. die Zustimmung zur Errichtung und Aufhebung von Zweigniederlassungen sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen,
 9. die Zustimmung zur Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Angestellten an BAT Vb aufwärts.

Gesellschafterversammlung:

Soweit eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts Gesellschafter ist, entsendet diese einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung; der Vertreter wird von dem Beschlussorgan der Gebietskörperschaft bestellt; so z.B. vom Gemeinderat gem. § 113 Abs. 2 GO bzw. vom Kreistag gem. § 26 Abs. 4, § 53 KrO NRW bzw. § 113 Abs. 2 GO NRW. Jeder Vertreter hat entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters Stimmrechte. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. die Zustimmung zum jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplan,
2. der Beschluss über die fünfjährigen Finanzplanung, die den Gesellschafter zur Kenntnis zu bringen ist,
3. die Zustimmung über den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
4. die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Verwendung und/oder Verteilung des Jahresabschlusses zzgl. eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages. Die Gesellschafterversammlung ist berechtigt, Beträge in Gewinnrücklagen oder als Gewinn vorzutragen.
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
7. die Zustimmung zur Teilung von Geschäftsanteilen,
8. die Zustimmung zur Veräußerung von Geschäftsanteilen,
9. die Zustimmung zur Feststellung und Änderung der allgemeinen Wassergeldtarife und allgemeiner Versorgungsbedingungen, soweit diese nicht gesetzlich festgelegt sind,
10. die Aufnahme neuer Gesellschafter,
11. die Wahl und Abwahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Vertreter,
12. die Richtlinien zur Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung,
13. die Änderung des Gesellschaftsvertrages,
14. die Zustimmung zum Erwerb und zur Veräußerung von Unter-

nehmen und Beteiligungen. Hierbei sind die Bestimmungen des § 108 Abs. 5 GO NRW zu beachten.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Dreyling, Peter	Kreuzau	
Aufsichtsrat:	Gemeinde Kreuzau	4 Sitze	57,14 %
	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3 Sitze	42,86 %
Gesellschafterversammlung:	Soweit eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts Gesellschafter ist, entsendet diese einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Jeder Vertreter hat entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters Stimmrecht.	1 Stimme	entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Halver, Richard	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Gesellschafterversammlung:	Hürtgen, Dirk	BTG	Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

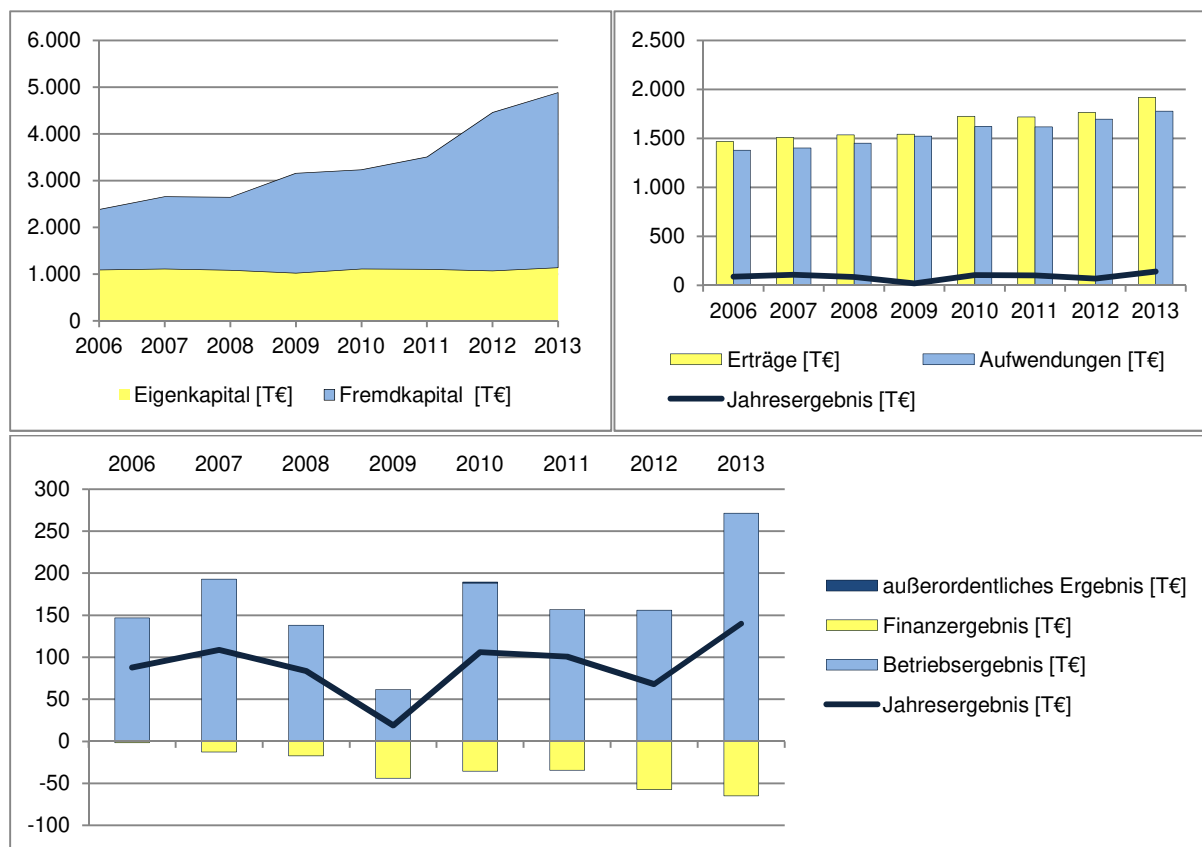
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52372 Kreuzau	
gezeichnetes Kapital:	1.000.000,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Gemeinde Kreuzau	510.000,00 €	51,0
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	490.000,00 €	49,0

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	27.858,50 €	58.215,50 €	57.197,50 €	-1.018,00 €	-1,75%
II. Sachanlagen	3.106.985,61 €	4.109.552,07 €	4.578.184,59 €	468.632,52 €	11,40%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	56.418,00 €	84.420,59 €	68.508,56 €	-15.912,03 €	-18,85%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	186.473,26 €	202.430,56 €	171.367,65 €	-31.062,91 €	-15,34%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	127.624,90 €	847,88 €	3.982,86 €	3.134,98 €	369,74%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
C. Rechnungsabgrenzungsposten	175,47 €	184,98 €	184,98 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	3.505.535,74 €	4.455.651,58 €	4.879.426,14 €	423.774,56 €	9,51%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	1.238,53 €	1.238,53 €	1.238,53 €	0,00 €	0,00%
III. Bilanzgewinn	100.869,49 €	67.862,79 €	139.889,21 €	72.026,42 €	106,14%
B. Empfangene Ertragszuschüsse	697.389,94 €	642.434,63 €	733.022,71 €	90.588,08 €	14,10%
C. Rückstellungen	74.447,62 €	61.848,02 €	60.842,29 €	-1.005,73 €	-1,63%
D. Verbindlichkeiten	1.631.590,16 €	2.682.267,61 €	2.944.433,40 €	262.165,79 €	9,77%
Summe Passiva	3.505.535,74 €	4.455.651,58 €	4.879.426,14 €	423.774,56 €	9,51%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.657.361,64 €	1.655.568,87 €	1.788.435,32 €	132.866,45 €	8,03%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	37.307,70 €	72.122,50 €	55.118,92 €	-17.003,58 €	-23,58%
3. sonstige betriebliche Erträge	21.404,90 €	36.319,44 €	73.727,92 €	37.408,48 €	103,00%
4. Materialaufwand	388.820,10 €	392.945,42 €	398.318,09 €	5.372,67 €	1,37%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	431.520,73 €	454.041,97 €	468.536,98 €	14.495,01 €	3,19%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	124.510,05 €	129.739,28 €	134.026,05 €	4.286,77 €	3,30%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	241.422,75 €	248.404,60 €	276.933,57 €	28.528,97 €	11,48%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	373.084,68 €	382.941,55 €	368.073,40 €	-14.868,15 €	-3,88%
Betriebsergebnis	156.715,93 €	155.937,99 €	271.394,07 €	115.456,08 €	74,04%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	704,50 €	70,52 €	131,05 €	60,53 €	85,83%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	35.156,85 €	57.531,55 €	65.033,22 €	7.501,67 €	13,04%
Finanzergebnis	-34.452,35 €	-57.461,03 €	-64.902,17 €	-7.441,14 €	12,95%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	122.263,58 €	98.476,96 €	206.491,90 €	108.014,94 €	109,69%
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20.775,10 €	29.876,03 €	62.266,54 €	32.390,51 €	108,42%
11. sonstige Steuern	618,99 €	738,14 €	4.336,15 €	3.598,01 €	487,44%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	100.869,49	67.862,79	139.889,21	72.026,42 €	106,14%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	11	11	11

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Allgemeines zum Geschäftsverlauf

Im Wirtschaftsjahr 2013 wurde das neue Verwaltungs- und Lagergebäude endgültig fertiggestellt. Ansonsten sind gegenüber dem Jahr 2012 keine wesentlichen Veränderungen im Hinblick auf den Geschäftsverlauf entstanden. Die Gesamtwasserabgabe an Endverbraucher hat sich leicht erhöht (+ 1,8 %).

Die Anzahl der versorgten Einwohner sank von 16.937 im Jahr 2012 (Stichtag 31.12.) auf 16.893 (Stichtag 30.11.). Die Erschließungen der neuen Baugebiete in Drove und Stockheim sind noch nicht abgeschlossen. Daher ist zu erwarten, dass sich die Einwohnerzahlen kurz- bis mittelfristig wieder erhöhen.

Laut Wirtschaftsplan 2013 wurden für das Wirtschaftsjahr 2013 Umsatzerlöse aus der Wasserabgabe an Endverbraucher mit 1.610T€ geplant. Durch die leichte Steigerung Wasserabgabe an Endverbraucher stiegen diese Umsatzerlöse auf 1.686T€. Der Personalaufwand für das

Wirtschaftsjahr 2013 wurde angesetzt mit rd. 588T€, tatsächlich betrug der Personalaufwand im Jahr 2013 rd. 602T€. Ursächlich für den Anstieg ist der Tarifabschluss mit prozentualen Gehaltssteigerungen und Einmalzahlungen. Auch im Jahr 2013 wurden wieder wesentliche Überstunden insbesondere im Außendienst geleistet. Diese wurden überwiegend ausgezahlt und nicht in Freizeitausgleich abgegolten. Weiterhin erfolgt seit dem Jahr 2012 die Zahlung des Erbpachtzinses für das neue Verwaltungsgebäude.

Vermögenslage und Kapitalstruktur

Auch im Jahr 2013 wurden Investitionen in Rohrnetzerneuerungen und -erweiterungen im Umfang von rd. 514T€ durchgeführt. Hierunter fallen die Abschlussarbeiten des Baugebietes in Stockheim, Lichtung Marieneiche und des Baugebietes in Drove, Im Gassefeld. In diesen Kosten sind mit rd. 262T€ Hausanschlusserneuerungen enthalten, in denen eine Reparatur aufgrund des Alters nicht mehr möglich war.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert. Der Anteil des Sachanlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt rd. 94 % bzw. 4.578 T€ (VJ.: rd. 92 % bzw. 4.109 T€). Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist neben dem finalen Umbau des Verwaltungs- und Lagergebäudes insbesondere den Investitionen in die Verteilungsanlagen geschuldet. Die Eigenkapitalquote lag bei rd. 23 % (Vorjahr rd. 24 %).

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch Darlehensaufnahme bei der Sparkasse Düren.

Änderung im Bestand, der Leistungsfähigkeit und dem Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen

Für die Gewinnungsanlage Lohberg besteht für die Zeit vom 01.10.2006 bis 30.09.2026 ein Wasserförderrecht für jährlich 1.100.000 m³ Grundwasser aus den vorhandenen Tiefbrunnen.

Im Berichtsjahr wurden vom 01.01.2013 bis 31.12.2013 zur Weiterleitung an Endverbraucher als auch zur Lieferung an die Stadtwerke Düren rd. 1.200.000 m³ Wasser gefördert.

Das bestehende Wasserrecht mit einer Fördermenge von 1.100.000 m³ wurde somit um 100.000 m³ überschritten.

Ertragslage

- Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse aus der Wasserabgabe stellen sich wie folgt dar:

	2014 (lt. Wirtschaftsplan)	2013	2012	2011
Wassergeld aus der Wasserabgabe an Endverbraucher	1.609.800,00 €	1.686.814,57 €	1.655.568,87 €	1.657.361,64 €

Der Arbeitspreis blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 1,20 €/m³. Der Grundpreis blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 9,30 €/Monat.

Bei den vorgenannten Umsatzerlösen handelt es sich um das eingekommene Wassergeld aus der Wasserabgabe an Endverbraucher. Hierin ist die Wasserabgabe an die Stadtwerke Düren, welche seit Oktober 2012 erfolgt, nicht enthalten.

- Wasserbezugspreise

Die Wasserbezugspreise für die Wasserlieferung durch die Stadtwerke Düren zur Versorgung des Ortsteils Obermaubach und des Wohnplatzes Welk betragen im Wirtschaftsjahr 2013 durchschnittlich 0,69 €/m³ (Vorjahr: 0,64 €/m³).

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung des Wasserleitungszweckverbandes Gödersheim zur Versorgung des Ortsteils Leversbach betrug im Wirtschaftsjahr 2013 durchschnittlich 0,92 €/m³ (Vorjahr: 0,90 €/m³).

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung des Wasserversorgungszweckverbandes Perlenbach zur Versorgung der Ortsteile Bogheim, Bergheim und Schlagstein betragen im Wirtschaftsjahr 2013 durchschnittlich 0,76 €/m³ (Vorjahr: 0,68 €/m³).

- Personalaufwand

	2014 (lt. Wirtschaftsplan)	2013	2012	2011
Gesamt	603.840,00 €	602.563,03 €	583.781,25 €	556.030,78 €
a) Löhne und Gehälter	472.200,00 €	468.536,98 €	454.041,97 €	431.520,73 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	131.640,00 €	134.026,05 €	129.739,28 €	124.510,05 €

Der Personalbestand betrug im Wirtschaftsjahr 2013 im Innendienst drei Ganztagskräfte und eine Halbtagskraft. Im Außendienst wurden im Geschäftsjahr 2013 sechs Arbeitskräfte beschäftigt. Es wird auf die Erläuterungen unter A) 1. Absatz 3 verwiesen.

- sonstige betriebliche Aufwendungen (sbA)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind leicht gesunken und betragen im Jahr 2013 rd. 368 T€ (VJ 383 T€). Hierin enthalten sind unter anderem die sonstigen Abgaben (hier: Konzessionsabgabe) mit rd. 169 T€ und der Verwaltungskostenbeitrag mit rd. 24,4 T€. Zudem wird auf die Erläuterungen unter A) 1. Absatz 3, letzter Satz verwiesen.

- Abschreibungen

Die Abschreibungen in Höhe von rd. 277 T€ (Vj. 248 T€) sind im Wesentlichen aufgrund des im Geschäftsjahr 2013 fertiggestellten Verwaltungs- und Lagergebäudes gestiegen.

- Zinsaufwendungen (Fremdkapital)

Die Zinsaufwendungen betragen im Wirtschaftsjahr rd. 64,8 T€ (Vj. 57,5 T€). Der Anstieg korrespondiert mit dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kredit-instituten. In den Zinsaufwendungen enthalten sind Aufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten (Inanspruchnahme von Kassenkrediten), für langfristige Verbindlichkeiten (Zinsaufwand für Darlehen) und zinsähnliche Aufwendungen (Bürgschaftsprovisionen).

Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung verlief gegenüber dem Vorjahr grundsätzlich konstant. Das neue Verwaltungsgebäude wurde endgültig fertiggestellt. Investitionen wurden in den Verteilungsanlagen (Pumpenwechsel HB Boich) sowie in Erneuerungen von Hausanschlussleitungen und Netzarmaturen getätigt.

Insgesamt kann der Geschäftsverlauf im Jahre 2013 als zufriedenstellend beurteilt werden.

2014 werden insbesondere im Ortsteil Obermaubach alte Versorgungsleitungen aus den 1950-er Jahren gegen neue ersetzt, um auch in Zukunft die Versorgungssicherheit und –hygiene zu gewährleisten. Durch den Umfang der Arbeiten werden diese in mehreren Bauabschnitten erfolgen, so dass eine Fertigstellung in 2015 zu erwarten ist. Es handelt sich hierbei insbesondere um die Straßen Traubenweg, Rinnebachstraße und Hinter den Gärten. Bereits 2012 wurde ein großes Teilstück der Apollinarisstraße unter erschwerten Bodenverhältnissen erneuert. Mit Abschluss dieser Maßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass für Obermaubach bis auf kleinere Teilbereiche die bekannten Schwachstellen im Versorgungsnetz beseitigt sind.

Seit Oktober 2012 erfolgt die Wasserlieferung an die Stadtwerke Düren mit rd. 300Tm³ jährlich, was zu einer Steigerung der Umsatzerlöse insbesondere seit dem Wirtschafts-jahr 2013 führt.

Finanzlage

Zum Ende des Geschäftsjahres 2013 bestanden Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 2.568.222,95 €. Hierin enthalten sind die Verbindlichkeiten aus langfristigen Darlehen und Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme von Kassenkrediten. Der Kreditrahmen zur Inanspruchnahme von Kassenkrediten beträgt weiterhin 250T€.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2013 jederzeit sichergestellt. Liquiditätsengpässe sind nicht zu erwarten.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Ergebnisdarstellung

Die Geschäftsentwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH hinsichtlich Wasserentnahme, -verteilung und –bezug hat sich nicht wesentlich geändert. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2013 beträgt 139.889,21 € und liegt damit um 72.026,42 € über dem Ergebnis vom Vorjahr. Die Grund- und Verbrauchspreise blieben unverändert.

Voraussichtliche Entwicklung und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Im Wirtschaftsjahr 2013 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet. Es ist lediglich darauf hinzuweisen, dass der Umbau des neuen Unternehmenssitzes 2013 endgültig fertiggestellt wurde.

Die bisher gültige Wasserschutzgebietsverordnung aus dem Jahr 1973 für die Gewinnungsanlage Lohberg ist im August 2013 ausgelaufen. Daher wurde mit Datum vom 17.07.2013 der erarbeitete Entwurf einer neuen Wasserschutzgebietsverordnung als ordnungsbehördliche Verordnung zur vorläufigen Anordnung von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten für die Gewässer im Einzugsgebiet der WGA am Lohberg rechtskräftig gemacht. Dies gilt bis zur endgültigen Festsetzung des neuen Wasserschutzgebietes. Mit dieser Vorgehensweise der Bezirksregierung Köln wurde ein Schutz des Einzugsgebietes nach den neuesten hydrogeologischen Erkenntnissen erreicht.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Prognose der Entwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

2013 hat sich die Wasserabgabe an Endverbraucher leicht erhöht. Es ist zu erhoffen, dass sich der allgemeine Trend der rückläufigen Wasserabgabe abmildert.

Die bis 2013 durchgeführten Investitionen in das neue Verwaltungs- und Lagergebäude werden künftig höhere Abschreibungsaufwendungen zur Folge haben. Dieser Effekt zeigt sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 nur anteilig aufgrund der Fertigstellung erst im Verlaufe des Jahres 2013.

Die Investitionen sind insbesondere wieder in die Netzerneuerungen zu tätigen. Für das Wirtschaftsjahr 2014 sind Investitionen im Umfang von rd. 580 T€ geplant, die voraussichtlich vollumfänglich durchgeführt werden.

Die in den kommenden Jahren durchzuführenden Investitionsmaßnahmen sind überwiegend mit Fremdmitteln zu finanzieren. Um einer Absenkung der Eigenkapitalquote entgegenzuwirken, ist es erforderlich, die jährliche Ausschüttung von Jahresgewinnen zu fixieren. Der einbehaltene Jahresgewinn sollte daher einer Investitionsrücklage zugeführt werden.

Es besteht ein langfristiger Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Kreuzau. Der Konzessionsvertrag hat zunächst eine Laufzeit von 20 Jahren und läuft bis zum 30.06.2022. Durch die Vertragslaufzeit ist die Gesellschaft einerseits mit entsprechenden Aufwendungen für Konzessionsabgaben gebunden, was andererseits aber die Planungssicherheit erhöht. Es ist davon auszugehen, dass zwischen Gemeinde Kreuzau und Wasserwerk Concordia vor Ablauf dieses Konzessionsvertrages ein neuer Konzessionsvertrag mit entsprechenden Laufzeiten abgeschlossen wird.

Die Geschäftsführung geht nach dem aktuellen Wirtschaftsplan davon aus, dass das Geschäftsjahr 2014 bei einem weiterhin planmäßigen Verlauf mit einem Ergebnis vor Steuern von rd. 121T€ abschließen wird. Für das Geschäftsjahr 2015 plant die Geschäftsführung mit einem Ergebnis vor Steuern von rd. 120T€, dies unter Berücksichtigung gleichbleibender Preise bei Wasserbezugskosten und Abgabemengen.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

Das europäische Parlament hat im Frühjahr 2013 darüber beraten, den Vorschlag der Kommission zur Vergabe von Konzessionsrichtlinien anzuwenden. Dies hätte zu einer Öffnung des Wassermarktes und zu einer Ausschreibungspflicht von Konzessionsverträgen geführt. Nach heftigem Protest der Fachverbände BDEW, VKU, des Städte- und Gemeindebundes wurde insbesondere die Bundesregierung davon überzeugt, auf eine Herausnahme des Wassermarktes der Konzessionsvergaberichtlinie zu drängen. Aufgrund dieser Proteste ist es gelungen, eine überarbeitete Fassung der Dienstleitungskonzessionsrichtlinie zu erwirken. Teil dieser Einigung ist die Herausnahme des Wassers aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie. Somit ist eine „Privatisierung“ des Wassermarktes nicht mehr zu befürchten.

Eine Beibehaltung der Wasserversorgung durch die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH ist aufgrund der Zwecksetzung gemäß § 7 Abs. 1 b des Gesellschaftsvertrages gegeben.

Gemäß § 8 Abs. 2 a des Gesellschaftervertrages der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH obliegt dem Wasserwerk Concordia die Versorgung mit Trink- und Gebrauchswasser im Ge-

meindegebiet Kreuzau, mit Ausnahme des Ortsteils Untermaubach sowie der Wohnplätze Bilstein und Langenbroich. Von daher ist eine Abwanderung des Kundenstamms auszuschließen.

Aufgrund der in den letzten Jahren vorgenommenen Brunnenregenerierungs- bzw. -sanierungsmaßnahmen und der laufenden Rohrnetz- und Anlagenunterhaltung sind versorgungstechnische langfristige Störungen nicht zu erwarten.

Die Wasserverluste im Wirtschaftsjahr 2013 lagen bei ca. 16 % und somit um 4 % über dem Vorjahresniveau. Insbesondere in den kleineren Ortsteilen hat sich die Verlustrate kurzfristig drastisch erhöht. Dies resultiert unter anderem daraus, dass hier sich die Netzverluste im Verhältnis zur Gesamtwasserabgabe dieser Ortsteile aufgrund von Rohrbrüchen prozentual stark verändern. Es ist zu erwarten, dass sich die Verlustrate aufgrund der jährlichen Rohrnetzerneuerungen weiter senken wird.

Seit dem 01.01.2010 hat die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH als Dienstleistung für die Gemeinde Kreuzau die Sachbearbeitung zur Berechnung der Kanalbenutzungsgebühren übernommen, da die Errechnung der Kanalbenutzungsgebühren abhängig vom Wasserverbrauch ist und die Übertragung der Daten über das gleiche Berechnungssystem der „DATEV-Software“ erfolgt.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten, sowie Guthaben und Kredite bei Kreditinstituten. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegenüber finanziellen Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik. Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken jedoch erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

Krankenhaus Düren Service GmbH

Roonstraße 30
52351 Düren
Tel.: 02421/30-0
Fax: 02421/30-1387
E-Mail: info@krankenhaus-dueren.de
Homepage: -

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von sämtlichen nicht medizinischen und infrastrukturellen Facility-Management-Leistungen, insbesondere Reinigungsleistungen aller Art, Tätigkeiten des klinischen Hauspersonals (insbesondere Stationshilfen o. ä.), patientennahe Serviceleistungen (wie z. B. Tätigkeiten von Serviceassistentinnen in der Speise- und Wahlleistungsversorgung), Hol- und Bringdienste, Dienstleistungen im Bereich Pflege und Unterhalt von Liegenschaften und Außenanlagen (Grünflächen), Leistungen im Bereich Materialwirtschafts- und Logistikversorgung, Sterilisationstätigkeiten, Leistungen im Rahmen der Gemeinschaftsverpflegung (insbesondere Portionier-, Servier- und Spültätigkeiten), für die Krankenhaus Düren gem.
2. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten oder sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder diese gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer, die durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen werden. Hierbei ist sicherzustellen, dass der oder die Geschäftsführer jeweils aus Personen bestehen, die in der Krankenhaus Düren gem. GmbH angestellt sind. Die Geschäftsführung ist berechtigt, vor Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister, den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft aufzunehmen.

Die Geschäftsführung bedarf für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen, der vorhergehenden Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss. Hierzu zählen insbesondere:

1. die Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder in Teilen, die Errichtung, Veräußerung und Aufgabe von Betrieben oder Betriebsstätten sowie die Errichtung oder Aufhebung von Zweigniederlassungen,
2. der Erwerb anderer Unternehmen sowie der Erwerb, die Veräußerung, Belastung, Änderung oder Kündigung von – auch

- stillen – Beteiligungen einschließlich Geschäftsanteilen der Gesellschaft; die Stimmabgabe in Beteiligungsgesellschaften,
3. der Abschluss, die Änderung und die Kündigung von Verträgen über Organschaften, Poolungen und Kooperationen,
 4. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
 5. Abschluss von reinigungs-, Catering- und Facility-Management-Verträgen, sofern das sich hieraus jeweils für die Gesellschaft ergebende Vergütungsvolumen Euro 10.000,-- pro Kalenderjahr und Euro 120.000,-- pro Kalenderjahr übersteigt,
 6. Investitionen, soweit die Anschaffungskosten- und Herstellungskosten im Einzelfall Euro 100.000,-- überschreiten,
 7. Aufnahme von Bankdarlehen in Höhe von mehr als insgesamt Euro 10.000,--. Ausgenommen ist die Prolongation alter Kreditverträge,
 8. Übernahme von Bürgschaften und Rangrücktrittserklärung, Abgabe von Patronatserklärungen oder Garantieverprechen, soweit diese nicht zum üblichen Geschäftsverkehr der Gesellschaft gehören sowie die Übernahme der dinglichen Haftung für fremde Verbindlichkeiten,
 9. Gewährung von Darlehen ab Euro 10.000,--,
 10. Bestellung von Prokuristen, General- oder Handlungsbevollmächtigten für den gesamten Geschäftsbetrieb der Gesellschaft,
 11. Abschluss, Änderungen oder Beendigungen von Miet-, Pacht- oder Leasing-verträgen, soweit die jährlichen Verpflichtungen mehr als Euro 10.000,-- im Einzelfall betragen,
 12. Vereinbarungen über Altersversorgungen, Gewinnbeteiligungen oder sonstige Zuwendungen an Belegschaftsmitglieder, mit Ausnahme der üblichen Weihnachtsgratifikationen und Urlaubsgelder,
 13. die Erteilung von Schenkungsversprechen sowie die Hingabe nicht marktüblicher Geschenke,
 14. Einleitung von Aktivprozessen; der Erlass von Forderungen, soweit dies außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs geschieht,
 15. Begründung und Beendigung von Verbandsmitgliedschaften,
 16. Auflösung der Gesellschaft,
 17. Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 Abs. 1 AktG.

Die Geschäftsführung hat jeweils bis zum 30.11. eines jeden Jahres einen Wirtschaftsplan bestehend aus Investitions-, Erfolgs- und Personalplan für das nachfolgende Geschäftsjahr aufzustellen und der Gesellschafterversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Daneben ist von der Geschäftsführung eine fünfjährige Finanzplanung aufzustellen und jährlich fortzuschreiben. Diese ist von der Gesellschafterversammlung zu beschließen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die KHD Träger GmbH wird in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat des Kreis Düren, Stellvertreter ist der Kämmerer des Kreises Düren, sowie den Bürgermeister der Stadt Düren, Stellvertreter ist der Kämmerer der Stadt Düren, vertreten. Diese besitzen nur ein gemeinsames Stimmrecht für den Geschäftsanteil der KHD Träger

GmbH. Über den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung entscheiden die Gesellschafter durch Beschluss.

Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Gesellschafterversammlungen gefasst. Außerhalb von Gesellschafterversammlungen können sie, soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt, auf schriftlichem, fernschriftlichem, telegrafischem oder mündlichem, auch fernmündlichem Weg nur vom Gesellschafter gefasst werden. Über jeden außerhalb von Gesellschafterversammlungen gefassten Beschluss ist unverzüglich eine Niederschrift anzufertigen.

Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag nicht abweichende Beschlussquoten vorschreiben. Je 1.000 € (in Worten: Eintausend Euro) eines Geschäftsanteils entspricht einer Stimme in der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Dr. Blum, Gereon Kreuzau

Gesellschafterversammlung: Die Vertreter des Kreises Düren und der Stadt Düren in der Gesellschafterversammlung der Krankenhaus Düren Service GmbH besitzen nur ein gemeinsames Stimmrecht für den Geschäftsanteil der KHD Träger GmbH. 1 Stimme je 1000 € eines Geschäftsanteils

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

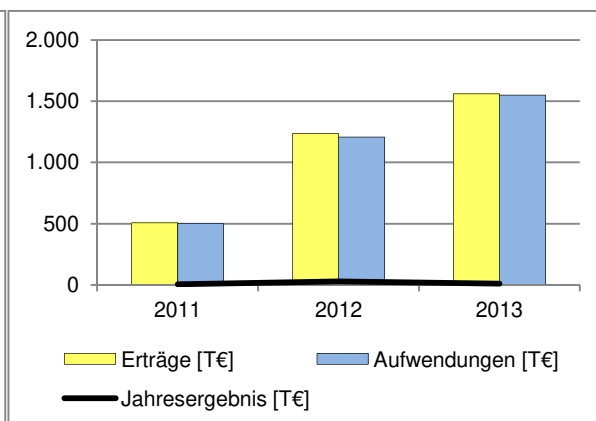
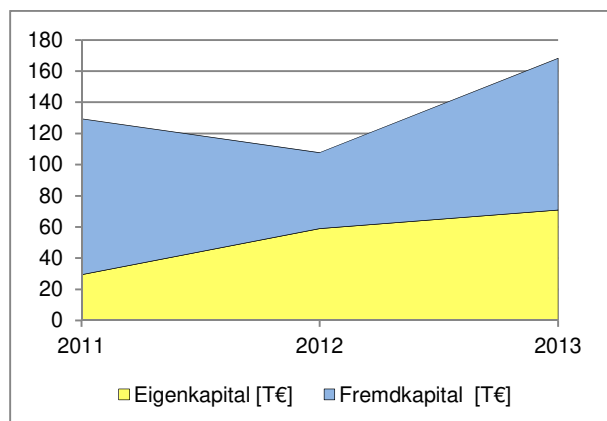
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
KHD Träger GmbH	25.000,00 €	100%

Die Gesellschaft wurde am 27. April 2011 in der Rechtsform der GmbH als 100%ige Tochter der KHD Träger GmbH gegründet. Die Eintragung im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HR B 6085 erfolgte am 6. Mai 2011.

Bilanz	2011 Rumpfwirtschaftsjahr 27.04.2011- 31.12.2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. technische Anlagen und Maschinen	72.855,00 €	61.014,00 €	50.386,00 €	-10.628,00 €	-17,42%
2. andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0,00 €	393,00 €	197,00 €	-196,00 €	-49,87%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
fertige Erzeugnisse	5.075,56 €	3.980,70 €	8.563,52 €	4.582,82 €	115,13%
II. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände					
1. Forderungen gegen verb. Unternehmen	49.521,19 €	32.773,46 €	87.915,76 €	55.142,30 €	168,25%
2. sonst. Vermögens- gegenstände	0,00 €	0,00 €	10.313,65 €	10.313,65 €	-
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	798,58 €	8.403,60 €	9.632,58 €	1.228,98 €	14,62%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	1.186,66 €	1.186,66 €	1.186,66 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	129.436,99 €	107.751,42 €	168.195,17 €	60.443,75 €	56,10%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklagen					
andere Gewinnrücklagen	4.391,32 €	34.032,54 €	34.032,54 €	0,00 €	0,00%
III. Bilanzgewinn / -verlust	0,00 €	0,00 €	11.767,38 €	11.767,38 €	-
B. Rückstellungen					
1. Steuerrückstellungen	2.022,91 €	12.663,28 €	2.719,79 €	-9.943,49 €	-78,52%
2. sonstige Rückstellungen	7.300,00 €	12.600,00 €	12.100,00 €	-500,00 €	-3,97%
C. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten aus Liefer- ungen und Leistungen	577,10 €	2.377,49 €	2.061,67 €	-315,82 €	-13,28%
2. Verbindlichkeiten gegen verbund. Unternehmen	45.069,97 €	3.777,87 €	71.178,01 €	67.400,14 €	1784,08%
3. sonst. Verbindlichkeiten	45.075,69 €	17.300,24 €	9.335,78 €	-7.964,46 €	-46,04%
Summe Passiva	129.436,99 €	107.751,42 €	168.195,17 €	60.443,75 €	56,10%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011 Rumpfwirtschaftsjahr 27.04.2011- 31.12.2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	501.067,39 €	1.015.261,66 €	1.068.986,96 €	53.725,30 €	5,29%
2. sonstige betriebl. Erträge	6.352,92 €	221.151,58 €	491.948,85 €	270.797,27 €	122,45%
3. Materialaufwand	29.980,52 €	31.864,98 €	49.597,14 €	17.732,16 €	55,65%
4. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	301.080,81 €	844.893,59 €	1.119.335,64 €	274.442,05 €	32,48%
b) soziale Abgaben und Auf- wendungen für Altersver- sorgung und für Unter- stützung	60.361,92 €	169.265,37 €	231.904,92 €	62.639,55 €	37,01%
5. Abschreibungen	13.075,04 €	11.024,26 €	10.824,00 €	-200,26 €	-1,82%
6. sonstige betriebl. Auf- wendungen	95.886,67 €	135.011,58 €	132.059,28 €	-2.952,30 €	-2,19%
Betriebsergebnis	7.035,35 €	44.353,46 €	17.214,83 €	-27.138,63 €	-61,19%
7. Zinsen u. ähnl. Aufwend- ungen	621,12 €	1.040,96 €	37,16 €	-1.003,80 €	-96,43%
Finanzergebnis	-621,12 €	-1.040,96 €	-37,16 €	1.003,80 €	-96,43%

	2011 Rumpfwirtschaftsjahr 27.04.2011- 31.12.2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	6.414,23 €	43.312,50 €	17.177,67 €	-26.134,83 €	-60,34%
9. Steuern vom Einkommen u. Ertrag	2.022,91 €	13.671,28 €	5.410,29 €	-8.260,99 €	-60,43%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	4.391,32 €	29.641,22 €	11.767,38 €	-17.873,84 €	-60,30%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	50	67	73

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 27. April 2011 in der Rechtsform der GmbH als 100%ige Tochter der KHD Träger GmbH gegründet. Die Eintragung im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HR B 6085 erfolgte am 6. Mai 2011.

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von sämtlichen nicht medizinischen und infrastrukturellen Facility-Management-Leistungen, insbesondere Reinigungsleistungen aller Art, Tätigkeiten des klinischen Hauspersonals, patientennahe Serviceleistungen, Hol- und Bringdienste, Dienstleistungen im Bereich der Pflege und Unterhalt von Liegenschaften und Außenanlagen, Leistungen im Bereich Materialwirtschafts- und Logistikversorgung, Sterilisationsstätigkeiten, Leistungen im Rahmen der Gemeinschaftsverpflegung für die Krankenhaus Düren gem. GmbH.

Neben der Reinigungstätigkeit erbrachte die Gesellschaft Serviceleistungen auf der neu eingerichteten Komfortstation der Krankenhaus Düren gem. GmbH.

Ertrags, Finanz- und Vermögenslage

Im Geschäftsjahr erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 1.068.986,96 EUR (im Vorjahr 1.015.261,66 EUR) sowie einen Jahresüberschuss in Höhe von 11.767,38 EUR (im Vorjahr 29.641,22 EUR).

Am 31.12.2013 beschäftigte die Gesellschaft insgesamt 73 Mitarbeiter (im Vorjahr 68 Mitarbeiter).

Die Eigenkapitalquote beträgt 42,1% (im Vorjahr 54,7%).

Beteiligungen des Unternehmens

Die Krankenhaus Düren Service GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**VIAS GmbH**

Kurt – Schumacher - Str. 10
 60311 Frankfurt am Main
 Telefonnummer: 069/ 213 – 22 314
 Telefax: 069/ 213 – 25 233
 E-Mail: kundenservice@vias-online.de
 Homepage: www.vias-online.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Unternehmensgegenstand der VIAS GmbH ist der Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs im Teilnetz Odenwaldbahn auf Grundlage der Ausschreibungsunterlagen zur Vergabebekanntmachung vom 14.07.2004 in EU-ABI. 2004/S 135-115718. Die Verkehrsleistungen werden auf den Linien RE 64 (Frankfurt Hbf – Hanau – Wiebelsbach-Heubach – Erbach), RE 65 (Darmstadt Hbf – Wiebelsbach-Heubach – Erbach), SE 65 (Frankfurt Hbf – Darmstadt Nord - Wiebelsbach-Heubach – Erbach), RB 64 (Hanau – Babenhausen – Wiebelsbach-Heubach) und RB 65 (Darmstadt Hbf – Wiebelsbach-Heubach – Erbach – Eberbach) erbracht.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter benennt einen Geschäftsführer. Die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer, Aufhebung und Kündigung ihrer Anstellungsverträge sowie die sonstige Vertretung der Gesellschaft gegenüber der Geschäftsführung obliegt der Gesellschafterversammlung.

Gesellschafterversammlung: Der Beschlussfassung der Gesellschafter unterliegen alle Angelegenheiten, die nicht durch zwingende Vorschriften des Gesetzes oder durch den Gesellschaftsvertrag der Geschäftsführung anvertraut sind. Die Gesellschafterversammlung beschließt außer in den im Gesetz und im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Fällen über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung,
2. die Entlastung der Geschäftsführung,
3. den Abschluss und die Änderung von Ergebnisabführungs- und Beherrschungsverträgen und sonstigen Unternehmensverträgen,
4. die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, in der, unbeschadet von Regelungen des Gesellschaftsvertrages, auch die Geschäfte festgelegt sind, die der Zustimmung der Gesellschafter bedürfen,
5. die Wahl des Abschlussprüfers,
6. die Bestellung und die Abberufung von Prokuristen und
7. die Einrichtung oder der Erwerb eines anderen Unternehmens, die Beteiligung an anderen Unternehmen sowie der Erwerb o-

der die Veräußerung von Beteiligungen daran nebst der Errichtung oder Aufgabe von Zweigniederlassungen und der Veräußerung des Geschäftsbetriebes im Ganzen oder in einzelnen Geschäftszweigen.

Die Geschäftsführung bedürfen, unbeschadet weiterer Festlegungen in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der Zustimmung der Gesellschafterversammlung:

1. die Verabschiedung und Änderung des Wirtschaftsplanes und der Bilanzplanung einschl. Mittelfristplanung sowie die Feststellung etwaiger Jahresinvestitionsprogramme,
2. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie den Abschluss von darauf gerichteten Verpflichtungsgeschäften seitens der Gesellschaft,
3. die Wahrnehmung von Rechten als Organträger oder als herrschendes Unternehmen bei Entscheidungen, die wesentlich auf die Gesellschaft oder ein von der Gesellschaft beherrschendes Unternehmen auswirken,
4. den Abschluss einer wesentlichen Änderung oder die Beendigung von Kooperationsverträgen sowie von Verträgen mit anderen Verkehrsunternehmen über die Einbringung von Betriebsleistungen im wesentlichen Umfang,
5. den Abschluss, einen Änderung oder die Beendigung von Verträgen mit Gesellschaftern und mit verbundenen Unternehmen i.S.d. §§ 15 ff AktG bzw. deren Gesellschaftern,
6. die Verpflichtung der Gesellschaft in Bürgschaftsverträgen außerhalb des Wirtschaftsplanes, sofern die Verpflichtung im Einzelfall einen Betrag von 60.000,00 € übersteigt,
7. Schenkungen, einen Verzicht auf Ansprüche und einen Stundung von Forderungen soweit im Einzelfall einen Wertgrenze von 60.000,00 € überschritten wird und
8. Vertragsabschlüsse der Gesellschaft mit Dritten, soweit das insgesamt in dem jeweiligen vertrag anfallende Entgelt (netto ohne gesetzliche Umsatzsteuer) im Einzelfall oder im Geschäftsjahr einen Betrag von 500.000,00 € überschreitet.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Hähner, Herbert Kreuzau

Gesellschafterversammlung: Beschlüsse der Gesellschaft werden in der Gesellschafterversammlung gefasst.

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung:	Emunds, Guido	Rurtalbahn	Geschäftsführer
	Schmitz, Achim	Rurtalbahn	Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

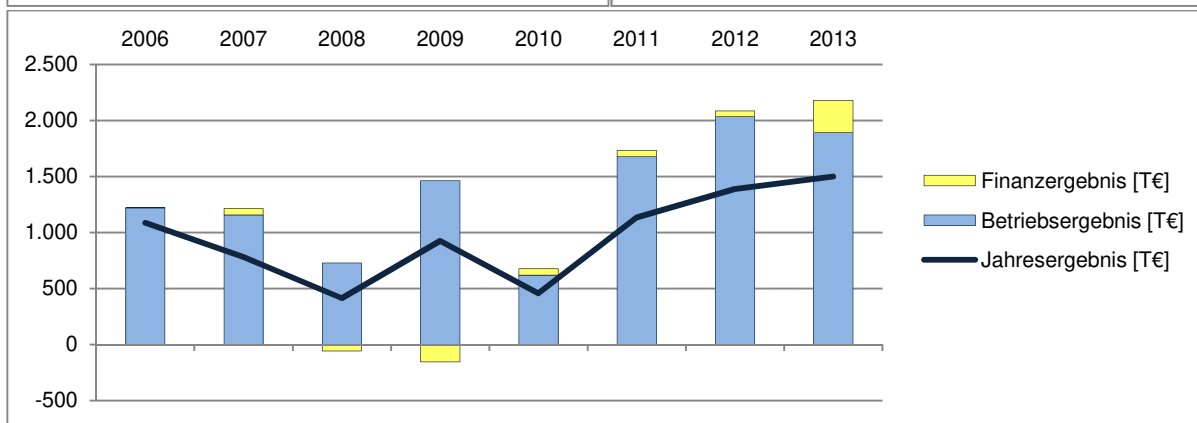
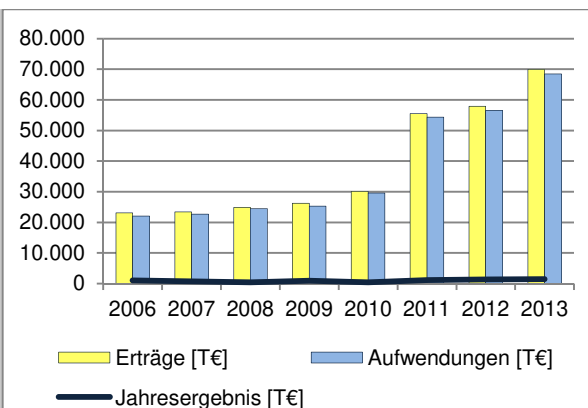
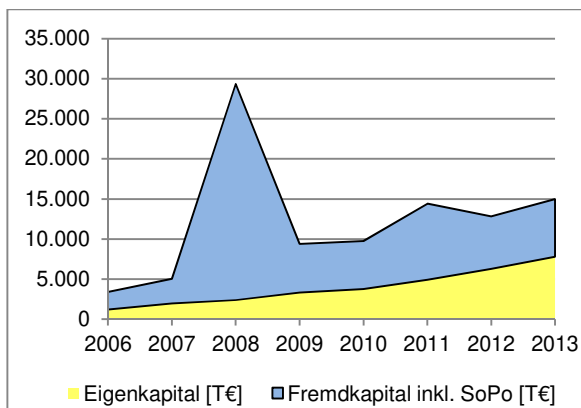
Rechtsform:	Gesellschaft mit Geschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Frankfurt am Main	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
DSB Deutschland GmbH	12.500,00 €	50%
Rurtalbahn GmbH	12.500,00 €	50%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebes	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	128.562,00 €	100.613,00 €	98.340,00 €	-2.273,00 €	-2,26%
II. Sachanlagen	822.787,00 €	656.932,00 €	502.040,00 €	-154.892,00 €	-23,58%
III. Finanzanlagen	1.997.302,95 €	2.065.810,44 €	2.136.667,74 €	70.857,30 €	3,43%
C. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.359.320,04 €	2.449.858,65 €	2.489.366,89 €	39.508,24 €	1,61%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	6.386.706,77 €	4.311.012,80 €	6.996.719,83 €	2.685.707,03 €	62,30%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	51.826,56 €	777.634,57 €	507.731,85 €	-269.902,72 €	-34,71%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.665.015,68 €	2.456.299,25 €	2.246.117,68 €	-210.181,57 €	-8,56%
Summe Aktiva	14.411.521,00 €	12.818.160,71 €	14.976.983,99 €	2.158.823,28 €	16,84%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	975.000,00 €	975.000,00 €	975.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/ Gewinnvortrag	2.771.018,82 €	3.905.460,60 €	5.294.143,08 €	1.388.682,48 €	35,56%
IV. Jahresüberschuss	1.134.441,78 €	1.388.682,48 €	1.499.335,70 €	110.653,22 €	7,97%
B. Rückstellungen	4.835.781,12 €	5.577.370,32 €	3.491.985,41 €	-2.085.384,91 €	-37,39%
C. Verbindlichkeiten	4.670.279,28 €	946.647,31 €	3.691.519,80 €	2.744.872,49 €	289,96%
Summe Passiva	14.411.521,00 €	12.818.160,71 €	14.976.983,99 €	2.158.823,28 €	16,84%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	53.690.137,95 €	56.572.391,92 €	56.686.178,82 €	113.786,90 €	0,20%
2. sonstige betriebliche Erträge	1.672.964,19 €	1.254.004,30 €	12.991.463,28 €	11.737.458,98 €	936,00%
3. Materialaufwand	46.380.174,75 €	47.547.743,78 €	47.971.062,91 €	423.319,13 €	0,89%
4. Personalaufwand	3.865.202,85 €	4.273.287,46 €	4.206.183,63 €	-67.103,83 €	-1,57%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die In-Gangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	283.078,90 €	255.998,69 €	246.819,24 €	-9.179,45 €	-3,59%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.156.279,22 €	3.713.665,94 €	15.359.792,81 €	11.646.126,87 €	313,60%
Betriebsergebnis	1.678.366,42 €	2.035.700,35 €	1.893.783,51 €	-141.916,84 €	-6,97%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	111.632,88 €	89.708,72 €	305.268,49 €	215.559,77 €	240,29%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	54.758,47 €	40.696,02 €	20.132,36 €	-20.563,66 €	-50,53%
Finanzergebnis	56.874,41 €	49.012,70 €	285.136,13 €	236.123,43 €	481,76%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	1.735.240,83 €	2.084.713,05 €	2.178.919,64 €	94.206,59 €	4,52%
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	598.480,05 €	692.491,57 €	673.847,56 €	-18.644,01 €	-2,69%
10. sonstige Steuern	2.319,00 €	3.539,00 €	5.736,38 €	2.197,38 €	62,09%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.134.441,78 €	1.388.682,48 €	1.499.335,70 €	110.653,22 €	7,97%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	125	124	119

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlage der Gesellschaft

Grundlage der Gesellschaft sind die Verkehrsverträge über die Erbringung von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr auf dem Teilnetz Odenwaldbahn des Aufgabenträgers Rhein-Main-Verkehrsverbund und des Teilnetzes Rheingau-Linie des Aufgabenträgers Rhein-Main-Verkehrsverbund- und Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord. Die Gesellschaft unterhält Werkstätten und Lagerhallen für die Erbringung der Dienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr an den Standorten Michelstadt (Odenwaldbahn) und Frankfurt am Main (Rheingau-Linie).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Aus Sicht der Geschäftsführung stellt sich die branchenspezifische Entwicklung weiterhin positiv dar, es werden durch die Aufgabenträger weiterhin Verkehrsleistungen ausgeschrieben. Zusätzliche Erträge aus der Steigerung von Fahrgastzahlen können zum Ausgleich der Kostensteigerung, insbesondere im Energiesektor, durch den Aufgabenträger (Bruttovertrag) oder das Eisenbahnverkehrsunternehmen (Nettovertrag) genutzt werden. Die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene hat sich laut Auffassung der Geschäftsleitung jedoch nicht wesentlich verbessert. Wir gehen davon aus, dass die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte zukünftig zu erheblichen Sparzwängen führen wird.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2013 war insbesondere durch den Betrieb der Rheingau-Linie und der Odenwaldbahn geprägt. Die im Jahr 2011 begonnene Teilüberholung der Fahrzeugflotte ITINO wurde im Geschäftsjahr 2013 fortgeführt und weitestgehend beendet. Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen wurden nicht eingeleitet.

Die Prognosen des Lageberichtes der Vorperiode haben sich insbesondere zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Geschäftsjahr 2013 bestätigt. Wir verweisen auf die entsprechenden Ausführungen im Prognosebericht. Die Geschäftsentwicklung ist insgesamt zufriedenstellend verlaufen.

Die kaufmännische Betreuung der Gesellschaft erfolgt auf der Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit der Gesellschafterin Rurtalbahn GmbH. Das Buchhaltungssystem mit integrierter Kostenrechnung ist an die unternehmensspezifischen Rahmenbedingungen der VIAS GmbH angepasst.

Das Kostenrechnungssystem und die kaufmännische Unternehmensorganisation unterstehen einer kontinuierlichen Weiterentwicklung.

Geschäftsführung und Geschäftsbereichsleiter erhalten monatliche Soll-/Ist-Vergleiche auf Basis des Businessplans. Die Ertragsdaten für die VIAS GmbH werden monatlich, die Liquiditäts-

vorschau wöchentlich analysiert. Desweiteren werden monatlich Kennzahlen zur Steuerung der unternehmerischen und betrieblichen Belange ermittelt und der Geschäftsführung und den Leitern der Geschäftsbereiche zur Verfügung gestellt.

Darstellung der Lage

Ertragslage

Die Ertragslage ist maßgeblich von dem Betrieb der Odenwaldbahn und der Rheingau-Linie geprägt. Der überwiegende Teil der Gesamtleistung wurde durch die Einnahmen aus dem Verkehrs-Service-Vertrag mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH und dem Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (SPNV Nord) erzielt. Daher ist das Ausfallrisiko von Forderungen begrenzt. Im Geschäftsjahr erfolgte zudem eine Anpassung der Einnahmen auf Basis vertraglich vereinbarter Preisgleitklauseln zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten.

Im Materialaufwand mit TEUR 47.971 (i. Vj. TEUR 47.548) stellen die Aufwendungen auf Grund der Verträge mit Bombardier Transportation GmbH, DB Netz AG, DB Station & Service AG sowie der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH die maßgeblichen Aufwendungen dar. Die Preise und Konditionen auf den Beschaffungsmärkten werden sich voraussichtlich leicht steigend entwickeln. Jedoch sind die Preise für Trassen- und Stationsnutzung sowie der Materialbeschaffung vertraglich für das Geschäftsjahr fixiert. Die Entwicklung der Energiekosten ist insbesondere im Bereich des Dieselkraftstoffs stark von der weltweiten Nachfrage abhängig. Hier ist, wie in den Vorjahren, mit Steigerungen zu rechnen. Preissteigerungen im Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte kompensiert.

In dem Posten Personalaufwand in Höhe von TEUR 4.206 (i. Vj. TEUR 4.273) hat sich die weitere Angleichung des Haustarifvertrages der VIAS GmbH (Mantel- und Entgelttarifvertrages) an den Branchentarifvertrag insbesondere durch den Wechsel von Mitarbeitern in höhere Entgeltstufen und die Erhöhung und Erweiterung von Zulagen ausgewirkt. Der Entgelttarifvertrag ist zum Ende des Jahres 2013 ausgelaufen. Eine fristgerechte Kündigung durch den Tarifpartner ist erfolgt. In 2014 haben sich die Tarifkommissionen auf einen neuen Tarifvertrag geeinigt, der eine Laufzeit bis zum 31.12.2015 aufweist und sich am aktuellen Niveau des Branchentarifvertrages Schienenpersonennahverkehr orientiert.

Finanzlage

Liquide Mittel werden zum 31. Dezember 2013 mit TEUR 508 (i. Vj. TEUR 778) ausgewiesen. Aufgrund der bestehenden Verkehrs-Service-Verträge für die Teilnetze Odenwaldbahn und Rheingau-Linie erhält die VIAS GmbH festgelegte Vergütungen der Auftraggeber, die einer jährlichen Fortschreibung auf Basis vertraglich vereinbarter Preisgleitklauseln zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten durch den Auftraggeber unterliegen.

Zur maßgeblichen Liquiditätssicherung leisten die Auftraggeber gegenüber der VIAS GmbH monats- und quartalsweise Abschlagszahlungen auf den Grundanspruch. Die Höhe der Abschlagszahlungen bemisst sich nach dem fortgeschriebenen Grundanspruch unter Anrechnung der auf Basis des Vorjahres ermittelten durchschnittlichen, kassentechnischen Einnahmen des Eisenbahnverkehrsunternehmens sowie unter Beachtung seiner pauschalen Zuwendungen nach § 145 SGB IX und erfolgt rechnerisch auf Basis der Preissteigerung gemäß den zum Fahrplanwechsel Mitte Dezember vorliegenden relevanten Indizes des Vorjahres.

Die endgültige Abrechnung des vertraglich vereinbarten Betriebsprogramms erfolgt zum 31.05. des nachfolgenden Kalenderjahres durch den Auftraggeber. Zum Ende des Geschäftsjahres erfolgt eine vorläufige Abgrenzung.

Diese eigenen flüssigen Mittel, zusammen mit der Kreditlinie der Hypovereinsbank, stellen eine ausreichende Liquiditätsreserve dar, die die VIAS GmbH in die Lage versetzt, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen.

Wöchentliche Liquiditätsübersichten an die Geschäftsführung runden die Liquiditätsplanung ab; die Geschäftsführung ist somit in der Lage, sich anbahnende Engpässe frühzeitig zu erkennen und entsprechende Steuerungsmaßnahmen einzuleiten.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der VIAS GmbH beträgt zum 31. Dezember 2013 TEUR 14.977 (i. Vj. TEUR 12.818).

Das Anlagevermögen beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 2.737 (i. Vj. TEUR 2.823). Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist auf die planmäßige Abschreibung zurückzuführen, der durch die Zugänge des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von TEUR 161 nicht kompensiert werden konnte.

Weitere wesentliche Posten der Aktivseite sind die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 6.997 (i. Vj. TEUR 4.311) sowie die Vorräte in Höhe von TEUR 2.489 (i. Vj. TEUR 2.450). Die wesentlichen Posten bei den Vorräten resultieren aus dem Kauf eines Ersatzteilkpaketes von der Firma Stadler für die Flirt-Fahrzeugflotte sowie dem Erwerb eines Satzes Drehgestelle und Motoren inkl. Getriebe für die ITINO Fahrzeugflotte.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 2.246 (i. Vj. TEUR 2.456) enthält im Wesentlichen eine Leasingondervorauszahlung, die über die Vertragslaufzeit aufgelöst wird.

Zum 31. Dezember 2013 stellen auf der Passivseite die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 3.630 (i. Vj. TEUR 847) sowie die Rückstellungen in Höhe von TEUR 3.492 (i. Vj. TEUR 5.577) die wesentlichen Posten dar. Der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und korrespondierend der Rückgang der Rückstellungen resultiert überwiegend aus im Vorjahr unter den Rückstellungen ausgewiesenen Verpflichtungen für die Trassen- und Stationsnutzung. Sämtliche Verbindlichkeiten sind innerhalb des Jahres 2014 fällig.

Das Eigenkapital beträgt zum 31. Dezember 2013 TEUR 7.793 (i. Vj. TEUR 6.294), dies entspricht einer Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) von 52,0 % (i. Vj. 49,1 %).

Nachtragsbericht

Es sind keine besonderen Vorgänge nach dem Ende des Geschäftsjahres eingetreten.

Prognosebericht

Wir erwarten für die Gesellschaft weiterhin eine positive Entwicklung im Hinblick auf das Jahresergebnis. Die Leistungen für das Teilnetz Odenwaldbahn werden ab Dezember 2015 nicht mehr von der VIAS GmbH erbracht, sondern von der VIAS Odenwaldbahn GmbH. Die vorhandenen Mitarbeiter und Vermögensgegenstände der VIAS GmbH zur Erbringung der Verkehrsleistung werden an den neuen Betreiber übergehen. Die vertraglichen Rahmenbedingungen hierzu werden im Geschäftsjahr 2014 vorbereitet und durchgeführt. Durch die Umstrukturierung werden die Aufwendungen angemessen auf die beiden Unternehmen aufgeteilt. Eine weitere Teilnahme an Ausschreibungsverfahren ist derzeit nicht vorgesehen.

Der Haustarifvertrag der VIAS GmbH wurde im Entgeltbereich seitens des Tarifpartners Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) fristgerecht gekündigt. Aufgrund der Einigung der Ta-

rifkommissionen in 2014 ist eine Kostensteigerung im Entgeltbereich auf aktuellem Branchenniveau vereinbart worden.

Mit Ablauf der Gewährleistung im Jahre 2013 für die Fahrzeuge des Typs FLIRT der Firma Stadler sowie mit zunehmendem Alter der Fahrzeuge ist mit steigendem Aufwand in der Instandhaltung der Fahrzeuge zu rechnen, der sich negativ auf die Entwicklung der Ertragslage auswirken wird.

Aufgrund der Ausgangssituation im Rahmen des Betriebs der Odenwaldbahn und der Rheingau-Linie sowie der strategischen Ausrichtung rechnet die VIAS GmbH für das Geschäftsjahr 2014 mit einem leicht steigenden Umsatz und einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von rund 2,0 Mio. €.

Die Umsatzrentabilität vor Steuern (Verhältnis vom Jahresergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zur Gesamtleistung inkl. Zuschüssen) beträgt rund 3,7 % (i. Vj. 3,6 %). Dies entspricht in etwa dem Vorjahreswert und exakt der Prognose im Rahmen des Jahresabschlusses 2012. Für das Jahr 2014 wird eine Umsatzrendite in Höhe von rund 3,5 % erwartet.

Die Materialaufwandsquote (Materialaufwand zu Gesamtleistung) beträgt rund 84,6 % (i. Vj. 84,0 %). Für das Jahr 2014 wird eine Materialaufwandsquote in Höhe von rund 79,7 % erwartet.

Darüber hinaus gehende wesentliche Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Folgejahre bis einschließlich 2015 sind nicht ersichtlich.

Chancen- und Risikobericht

Ungeachtet der Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln im Jahr 2010 im Schienenpersonennahverkehr ist bislang noch keine Stilllegung von Linien zu beobachten.

Gleichwohl besteht das Risiko, aber auch die Chance, dass aufgrund veränderter Rahmenbedingungen die Aufgabenträger Rhein-Main-Verkehrsverbund und Zweckverband SPNV Nord Leistungsänderungen, wie z.B. Änderungen der Betriebs- und Taktzeiten oder Änderungen im Fahrplanangebot verlangen, die zu einer Änderung des Grundanspruchs führen.

In 2013 wurden aber weder Taktfrequenzen noch Kapazitäten durch die Aufgabenträger verändert. Auch für 2014 erwartet die Geschäftsleitung keine Leistungsänderungen im Rahmen der bestehenden Verkehrsserviceverträge, da aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und der wirtschaftlichen Entwicklung im Verkehrsgebiet weiterhin wachsende Fahrgastzahlen zu beobachten sind.

Ein weiteres Risiko besteht bei nicht planbaren Betriebsstörungen, wie beispielsweise bei Fahrzeugausfällen, Unfällen oder durch die zuständigen Behörden oder Eisenbahninfrastrukturunternehmen kurzfristig bekannt gemachten Einschränkungen des Schienenverkehrs, die auch zu einer Kürzung des Grundanspruchs führen können.

Diesem Wagnis beugt die VIAS GmbH durch das Vorhalten einer adäquaten Betriebsleitstelle sowie eines Notfall- und Störungsmanagements vor, dass im Bedarfsfall ein kurzfristiges Handeln ermöglicht.

Für beide Verkehrsserviceverträge wurde ein Anreizsystem zur Bewertung und Gewichtung von Leistungs- und Qualitätskriterien inkl. eines Bonus/Malus Systems vereinbart, das als Bestandteil des Verkehrs-Service-Vertrags zur grundsätzlichen Anhebung der Qualität der Leistungserstellung in Richtung einer noch stärkeren Ausrichtung auf kundenorientierte Produkte und Dienstleistungen und damit der Zuverlässigkeit des Gesamtsystems SPNV beitragen soll.

Das Bonus/Malus System basiert auf definierten Qualitätsstandards (Akzeptanzwerten) zu angegebenen objektiven und subjektiven Qualitätskriterien. Während für die objektiv messbaren Qualitätskriterien über regelmäßige Erfassung und Auswertung von Daten die Zielerreichungsgrade ermittelt werden, werden für die subjektiven Kriterien über regelmäßige Kundenbefragungen und deren Auswertung die Bewertungsziffern ermittelt.

Die ermittelten Zielerreichungsgrade (objektive Qualitätskriterien) bzw. Bewertungsziffern werden jährlich mit den vorgegebenen Akzeptanzwerten verglichen.

Durch Verbesserung der Zielerreichungsgrade dieser objektiven und subjektiven Qualitätskriterien im Hinblick auf Anknunftspünktlichkeit, Sauberkeit der Fahrzeuge, Zngbildung sowie Betreuung durch das Zngpersonal beabsichtigt die VIAS GmbH, zukünftig weitere Vorteile aus dieser Bonus/Malus Regelung zu generieren.

Trotz Ende des Verkehrsvertrages für die Odenwaldbahn am 11. Dezember 2015 besteht für die VIAS GmbH durch Nutzung von Synergien mit dem neuen Betreiber der Odenwaldbahn, der VIAS Odenwaldbahn GmbH (vormals VIAS DN2011 GmbH), eine gute Ausgangslage für eine weiterhin positive Unternehmensentwicklung.

Zur Absicherung gegenüber möglichen Risiken des Unternehmensfortbestandes bedient sich die VIAS GmbH eines umfassenden Früherkennungssystems durch die Implementierung von Daten der Finanzbuchhaltung und des Controllings in ein monatliches Reporting-System. Die so generierten Abweichungsberichte werden in Abstimmung mit der Geschäftsführung und den jeweiligen Geschäftsbereichsleitern zeitnah analysiert. Wöchentliche Liquiditätsübersichten werden der Geschäftsführung vorgelegt.

Zur Vermeidung von Zahlungsausfällen wird ein adäquates Forderungsmanagement eingesetzt, das durch eine permanente und zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge Forderungsausfälle nahezu ausschließt. Bei ausbleibendem Forderungsausgleich werden entsprechende Maßnahmen bis hin zum Mahnbescheid erlassen.

Die Gesellschaft besitzt infolge einer guten Eigenkapitalbasis eine solide Innenfinanzierungskraft. Investitionen werden weitgehend aus Eigenmitteln finanziert. Eine Aufnahme kurzfristiger Finanzierungsmittel ist aus Sicht der Geschäftsführung nur temporär notwendig.

Aufgrund der durchgeführten Analysen bestehen aus Sicht der Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Berichterstattung keine Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

Durch die für das Jahr 2015 vorgesehene Neuordnung der Regionalisierungsmittel und der damit ggf. verbundenen Reduzierung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel ist mit einer Verringerung der Verkehrsleistungen im SPNV zu rechnen. Inwieweit dies Auswirkungen auf die VIAS GmbH haben wird, ist derzeit nicht absehbar.

Beteiligungen des Unternehmens

Die VIAS GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR (CVUA)

Blücherplatz 43
52068 Aachen
Telefon 0241-5102120
Telefax 0241-505296
E-Mail: poststelle@cvua-rheinland.de
Homepage: www.cvua-rheinland.de

Gegenstand Anstalt öffentlichen Rechts / Ziele der Beteiligung

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

Vorstand:

Der Vorstand besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied. Der Leiter des Fachbereichs Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen wird zum Vorstandsvorsitzenden, die Leiterin des Chemischen Untersuchungsinstituts der Stadt Leverkusen wird zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt. Das Recht des Verwaltungsrates nach § 8 Absatz 3 Nummer 3 IUAG NRW, die in Satz 2 geregelte Besetzung des Vorstandes zu ändern, bleibt unberührt.

Verwaltungsrat:

Der Verwaltungsrat wird aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune gebildet.

Die Vertretung des Landes hat insgesamt fünf Stimmen. Jede Vertreterin oder jeder Vertreter einer Kommune hat eine Stimme.

Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Vorsitz und die Stellvertretung werden vom Verwaltungsrat mit einfacher Mehrheit gewählt.

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes sowie die Durchführung seiner Beschlüsse.

Der Verwaltungsrat kann sich vom Vorstand jederzeit über alle Angelegenheiten der Untersuchungsanstalt unterrichten lassen. Er kann vom Vorstand verlangen, dass ihm oder den von ihm bestimmten Mitgliedern des Verwaltungsrates Akteneinsicht gewährt wird.

Der Verwaltungsrat beschließt über

- 1.den Erlass von Satzungen und Geschäftsordnungen im Rahmen des nach diesem Gesetz zugewiesenen Aufgabenbereichs,
- 2.die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans einschließlich Stellenplan und Stellenübersicht,
- 3.die Bestellung, Ernennung und Entlassung der Vorstandsmitglieder,
- 4.Grundsätze des Personalwesens und der Personalentwicklung,
- 5.die Festsetzung allgemein geltender Gebührentarife und Entgelte für die Leistungsnehmer, soweit sich diese nicht aus gesetzlichen Regelungen ergeben,
- 6.die Bestellung des Abschlussprüfers auf Vorschlag des Vorstandes,
- 7.die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses,
- 8.die Ergebnisverwendung,
- 9.die Entlastung des Vorstandes,
- 10.die Übertragung weiterer Untersuchungsaufgaben aus dem Bereich der bisher von den Kommunen wahrgenommenen Aufgaben, soweit dies rechtlich zulässig ist,
- 11.wesentliche Änderungen des Betriebsumfanges im nichtamtlichen Aufgabenbereich sowie
- 12.weitere Angelegenheiten, die ihm durch Satzung zugewiesen werden.

Besetzung der Organe

Allgemein

Vorstand: Löhr, Dr. Gerhard (Vorsitzender)
Pauly-Mundegar, Dagmar

Verwaltungsrat:	Land NRW	2 Sitze	14,32%
	Stadt Aachen	1 Sitz	7,14%
	Stadt Bonn	1 Sitz	7,14%
	Stadt Köln	1 Sitz	7,14%
	Stadt Leverkusen	1 Sitz	7,14%
	Städteregion Aachen	1 Sitz	7,14%
	Kreis Düren	1 Sitz	7,14%
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	7,14%
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	7,14%
	Oberbergischer Kreis	1 Sitz	7,14%
	Rheinisch-Bergischer Kreis	1 Sitz	7,14%

Rhein-Erft-Kreis	1 Sitz	7,14%
Rhein-Sieg-Kreis	1 Sitz	7,14%

Vertretung des Kreises Düren

Verwaltungsrat: Hürtgen, Dirk Kreis Düren Kreiskämmerer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

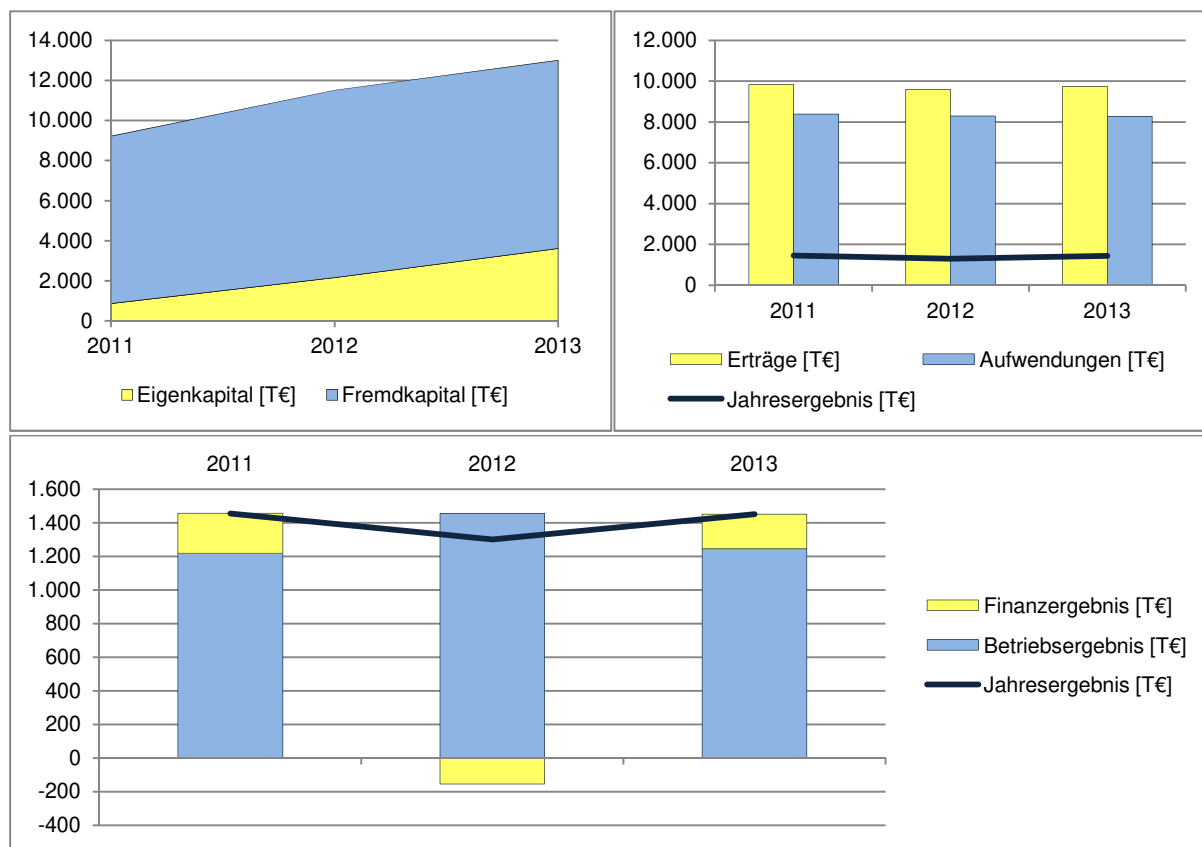
Rechtsform:	Anstalt öffentlichen Rechts
Sitz:	Aachen
gezeichnetes Kapital:	300.000 €

Anstaltsträger	direkter Anteil
Land NRW	30,00 %
Stadt Aachen	5,83 %
Stadt Bonn	5,83 %
Stadt Köln	5,83 %
Stadt Leverkusen	5,83 %
Städteregion Aachen	5,83 %
Kreis Düren	5,83 %
Kreis Heinsberg	5,83 %
Kreis Euskirchen	5,83 %
Oberbergischer Kreis	5,83 %
Rheinisch-Bergischer Kreis	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	5,83 %

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	15.346,58 €	23.116,94 €	15.370,63 €	-7.746,31 €	-33,51%
II. Sachanlagen	1.068.913,91 €	1.002.939,12 €	2.061.072,56 €	1.058.133,44 €	105,50%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	40.196,01 €	47.354,57 €	53.276,83 €	5.922,26 €	12,51%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	5.756.701,78 €	5.662.175,19 €	5.731.631,33 €	69.456,14 €	1,23%
III. Wertpapiere	0,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €	0,00%
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstitute	2.283.331,76 €	4.355.925,82 €	4.788.044,45 €	432.118,63 €	9,92%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	57.130,28 €	119.595,14 €	52.009,85 €	-67.585,29 €	-56,51%
Summe Aktiva	9.221.620,32 €	11.511.106,78 €	13.001.405,65 €	1.490.298,87 €	12,95%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklagen	179.198,94 €	606.613,79 €	1.864.385,74 €	1.257.771,95 €	207,34%
III. Bilanzgewinn	384.901,12 €	1.257.771,95 €	1.450.678,41 €	192.906,46 €	15,34%

	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
B. Rückstellungen	8.154.598,63 €	8.504.582,65 €	8.980.621,41 €	476.038,76 €	5,60%
C. Verbindlichkeiten	105.835,71 €	627.335,46 €	291.727,38 €	-335.608,08 €	-53,50%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	97.085,92 €	214.802,93 €	113.992,71 €	-100.810,22 €	-46,93%
Summe Passiva	9.221.620,32 €	11.511.106,78 €	13.001.405,65 €	1.490.298,87 €	12,95%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	9.405.177,00 €	9.427.581,33 €	9.441.909,98 €	14.328,65 €	0,15%
2. sonstige betriebliche Erträge	194.834,81 €	142.969,60 €	90.167,45 €	-52.802,15 €	-36,93%
3. Materialaufwand	1.414.330,92 €	1.431.224,72 €	1.459.477,74 €	28.253,02 €	1,97%
4. Personalaufwand	5.132.814,35 €	5.020.059,88 €	5.167.738,03 €	147.678,15 €	2,94%
5. Abschreibungen auf imma- terielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermö- gens und auf Sachanlagen	303.755,63 €	262.937,59 €	232.078,50 €	-30.859,09 €	-11,74%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.530.495,87 €	1.401.102,25 €	1.426.518,66 €	25.416,41 €	1,81%
Betriebsergebnis	1.218.615,04 €	1.455.226,49 €	1.246.264,50 €	-208.961,99 €	-14,36%
7. sonstige Zinsen und u. ähnliche Erträge	237.880,09 €	20.595,15 €	204.650,91 €	184.055,76 €	893,68%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	175.187,96 €	0,00 €	-175.187,96 €	-100,00%
Finanzergebnis	237.880,09 €	-154.592,81 €	204.650,91 €	359.243,72 €	-232,38%
Ergebnis der gew. Ge- schäftstätigkeit	1.456.495,13 €	1.300.633,68 €	1.450.915,41 €	150.281,73 €	11,55%
9. sonstige Steuern	951,21 €	348,00 €	237,00 €	-111,00 €	-31,90%
Jahresüberschuss	1.455.543,92 €	1.300.285,68 €	1.450.678,41 €	150.392,73 €	11,57%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	124	101	103

Verbindungen zum Kreishaushalt

Das Chemische- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR erhebt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten von dem Land NRW und den kommunalen Trägern Entgelte, soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind. Im Haushaltsjahr 2013 belief sich das vom Kreis Düren aufzubringende Entgelt auf 443.010,84 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Einrichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Einrichtungsverordnung, GV NRW S. 599) zum 01. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung – Leistungszentrum optimierter Labor-

betrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein Westfalen, sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

Vorläufiger Sitz der Anstalt ist der Standort Aachen mit den weiteren Standorten in Bonn und Leverkusen.

Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel wurden für den Regierungsbezirk Köln bis Ende 2008 im Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld, anschließend im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. In einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem CVUA Rheinland und dem CVUA-RRW wurde vereinbart, den bisherigen Leistungsumfang weiterhin im CVUA-RRW durchzuführen. Die Kosten werden dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

- Vorstandsvorsitzender: Dr. Gerhard Löhr
- Vorstandsmitglied: Dagmar Pauly-Mundegar

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kom-

mune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme Verwaltungsrat.

Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Wirtschaftsbereich

Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- Euro, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- Euro eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- Euro.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

Geschäftsverlauf

Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen weiterhin dem TVÖD-VK. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Im Berichtsjahr beendete ein Mitarbeiter die Freistellungsphase der ATZ und schied in die Altersrente aus. Diese Stelle wurde – wie bereits bei Gründung des CVUA Rheinland beschlossen – nicht mehr besetzt. Eine weitere Mitarbeiterin wurde aus Altersgründen verrentet, auch diese Stelle wurde nicht nachbesetzt. Krankheitsbedingt wurde eine Mitarbeiterin rückwirkend zum 01.12.2013 verrentet. Diese Stelle war bereits befristet wiederbesetzt. Freiwerdende Stellen bzw. Stellenanteile durch Elternzeit oder Arbeitszeitverkürzungen wurden mit entsprechenden Zeitverträgen wieder besetzt. Zwei Auszubildende schlossen mit Erfolg ihre Ausbildung zum Chemie-Laboranten ab.

Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2013 wurden insgesamt 17.196 amtliche Proben untersucht.

Am Standort Bonn wurden die Aufgabenzuschnitte der FG 201 und 205 den veränderten Anforderungen angepasst und ein zusätzliches FG 206 eingerichtet. Die fachlichen Umstrukturierungen haben keine Auswirkungen auf den Stellenplan.

Planung eines gemeinsamen Standorts

In der ersten Sitzung des Verwaltungsrats 2013 wurde der Kauf einer circa 8.300 m² großen Teilfläche des Grundstückes Hürth-Kalscheuren, Winterstraße, Gemeindenummer Kendenich, Flur 2 Flurstück 3340 beschlossen. Das Grundstück wurde im August durch notariellen Vertrag vom CVUA Rheinland erworben.

Vom Verwaltungsrat wurde ebenfalls die europaweite Ausschreibung eines Generalplaners im VOF-Verfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb beschlossen. Mit der Auswahl des Generalplaners wurden 5 Mitglieder des Verwaltungsrats und der Vorstand (als zuständige Vergabestelle) beauftragt. Die Präsentationen fanden am 18. und 19. Juni 2013 statt. In seiner Sitzung am 25.06.2013 wurde im Verwaltungsrat die Entscheidung des Auswahlgremiums bestätigt und einstimmig die Fa. kadawittfeld GmbH, Aachen als Generalplaner für den neuen Standort bestimmt.

Nach Ablauf der Wartefrist nach § 101 a GWB wurde die Fa. kadawittfeld GmbH, Aachen als Generalplaner für den Neubau des Laborgebäudes in Hürth, Winterstraße beauftragt. Mit einer Auftaktveranstaltung am 05.09.2013 wurde das Projekt "Neubau des CVUA Rheinland" offiziell gestartet. Die Vorentwurfsplanung wurde im Januar 2014 abgeschlossen.

Der Bauantrag soll Ende April 2014 bei der Stadt Hürth eingereicht werden. Die Bauarbeiten sollen dann im Herbst beginnen.

Der Bezug des Neubaus ist für das 1. Quartal 2016 geplant.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2013, der vom Verwaltungsrat am 16. Januar 2013 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 10.155 TEuro im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 1.130 TEuro, wobei 410 TEuro für allgemeine Investitionen und 720 TEuro für den Kauf des Grundstücks einschl. der Erwerbsnebenkosten vorgesehen waren. Ausgewiesen war ein Gewinn von 595 TEuro.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Überschuss von 1.451 TEuro abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betragen gemäß per Umlaufbeschluss vom 15.11.2012 festgesetzter Entgeltordnung 9.432 TEuro (Vj.: 9.412 TEuro). Daneben wurden Gebühren für Lebensmitteluntersuchungen und sonstige Untersuchungen in Höhe von 10 TEuro (Vj.: 15 TEuro) erhoben.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.168 TEuro (Vj.: 5.020 TEuro) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug 62 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe von 1.150 TEuro berücksichtigt.

Große Aufwandsposten bleiben die Mieten mit 505 TEuro (Vj.: 505 TEuro) und die Betriebskosten mit 313 TEuro (Vj.: 307 TEuro). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 172 TEuro (Vj.: 233 TEuro), der Personalverwaltung in Höhe von 36 TEuro (Vj.: 28 TEuro), für Reparaturen und Instandhaltungen 129 TEuro (Vj.: 93 TEuro), für Versicherungen in Höhe von 18 TEuro (Vj.: 16 TEuro) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen) in Höhe von 12 TEuro (Vj.: 233 TEuro).

Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 232 TEuro (Vj.: 263 TEuro).

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2012	31.12.2013
Bilanzsumme	11.511.106,78 €	13.001.405,65 €
Anlagevermögen	1.026.056,06 €	2.076.443,19 €
Vorratsvermögen	47.354,57 €	53.276,83 €
Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €
Eigenkapital	2.164.385,74 €	3.615.064,15 €
Eigenkapitalquote	18,8 %	27,8 %
Rückstellungen	8.504.582,65 €	8.980.621,41 €
Verbindlichkeiten	627.335,46 €	291.727,38 €
davon mittel- bis langfristige Bankschulden	0,00 €	0,00 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	-0,26	- 0,65

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln, incl. kurzfristiger Wertpapiere auf 5.088 TEuro. Die Mittel sind überwiegend als Termingelder angelegt.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 11.511 TEuro auf 13.001 TEuro erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus dem Kauf des Grundstücks und den geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme des Eigenkapitals und der Rückstellungen.

Im Geschäftsjahr wurden 321 TEuro in neue Laborgeräte (s. Anlagespiegel) und 896 TEuro in den Kauf des Grundstücks in Hürth und in Planungskosten für den Neubau investiert.

Von den rd. 3.000 Wirtschaftsgütern (ohne GWG) sind rund 90 % bereits abgeschrieben. Die Investitionsquote (Verh. Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 551 %, der Wert des Anlagevermögens hat damit zugenommen.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 8.980.621,41 € (Vj.: 8.505 Teuro) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 8.628 TEuro. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherren der Beamten betragen 5.728 TEuro.

Gewinnverwendung

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.450.678,41 € erwirtschaftet. Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss gemäß § 3 Absatz 2 der Finanzsatzung der allgemeinen Rücklagen zuzuführen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2013 eingetreten sind, liegen nicht vor.

Prognosebericht

Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

Schwerpunktbildung NRW

Gemeinsam mit den Vorständen der anderen integrierten Untersuchungsanstalten wurden die Vorbereitungen zu einer engeren Zusammenarbeit begonnen, um im Sinne des Verbraucherschutzes gesicherte Untersuchungsquantität und –qualität wirtschaftlich realisieren zu können. Dabei werden die nachfolgend dargestellten Rahmenbedingungen berücksichtigt:

- Die Schwerpunktbildung betrifft alle Arbeitsbereiche der Untersuchungseinrichtungen (Lebensmittel, Kosmetika, Bedarfsgegenstände, Futtermittel, Tabak, Diagnostik, Rückstandsuntersuchungen nach dem Nationalen Rückstandskontrollplan, Gentechnikrecht Radioaktivität usw.).
- Die Struktur der Untersuchungsämter in NRW wird von derzeit vier, letztendlich durch Integration der kommunalen Einrichtungen, auf fünf Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR) anwachsen, die hinsichtlich ihrer fachlichen Leistungsfähigkeit gleichwertig sein sollten.
- Alle in NRW anfallenden Untersuchungen sollten aufgrund der Größe und Bedeutung des Landes grundsätzlich auch von den hiesigen Untersuchungseinrichtungen durchgeführt werden. Ausnahmen beschränken sich auf wenige, speziell zu begründende Fälle.
- Der ständig steigende Aufgabenzuwachs bringt es zwangsläufig mit sich, dass jede AöR schon jetzt nicht mehr alles machen kann (u.a. wegen des zu hohen Investitionsaufwandes für spezielle Geräte und eines nicht mehr leistbaren Aufwandes für alle Methodenvalidierungen). Daher ist eine Arbeitsteilung durch Schwerpunktbildung unvermeidlich.

Die Schwerpunktbildung kann auf zwei verschiedene Weisen realisiert werden:

- a) "Kompetenzzentren" untersuchen bei bestimmten Probenarten auf ganz bestimmte Untersuchungsziele. Sie erhalten Proben auch von Kreisordnungsbehörden, die nicht in ihrem Einzugsbereich liegen, und erstellen abschließend die Gutachten. Außerdem sind diese Kompetenzzentren für diese Thematik Ansprechpartner in ganz NRW.
- b) "Schwerpunktlabore" bearbeiten bestimmte Analyt-/Matrixkombinationen auch im Auftrag für andere Untersuchungseinrichtungen in NRW und liefern diesen neben den Ergebnissen ggf. einen Beurteilungsbeitrag für die Gutachten, die dort zu den jeweiligen Proben erstellt werden.

Die Vorstände der vier Untersuchungsanstalten des Landes NRW haben sich bereits im Jahr 2011 intensiv mit der Frage der Bildung von Schwerpunkten zwischen den Anstalten auseinandergesetzt. In der Zusammenarbeit mit den integrierten Untersuchungsanstalten in NRW liegen deutliche synergetische Entwicklungsmöglichkeiten. Verbesserung der Leistungen im gesundheitlichen Verbraucherschutz, Optimierung der Aufgabenerfüllung und Kosteneinsparungen können realisiert werden, wenn ganze Aufgabenblöcke zusammengefasst werden und die dadurch freigesetzten Ressourcen fachlich oder wirtschaftlich genutzt werden. Dies kann allerdings nur auf der Basis von Solidarität und Verlässlichkeit geschehen, da mit der Schwerpunktbildung der Verlust der Unabhängigkeit einhergeht. Einmal übernommene Schwerpunkte müssen langfristig ausgelastet bzw. verlässlich betrieben werden.

Akkreditierung

Das CVUA Rheinland war über die vier kommunalen Einrichtungen bis zum 13. Mai 2013 durch die Staatliche Anerkennungsstelle der Lebensmittelüberwachung mit Sitz in Wiesbaden (SAL) gemäß den Qualitätssicherungskriterien für Laboratorien der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz akkreditiert.

Ab dem 01. Januar 2010 müssen gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) NR. 765/2008 die Mitgliedstaaten eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung

folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 07. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkkS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Vom 18. – 22. Februar 2013 führte die DAkkS mit einem Team von fünf Personen die Erstakkreditierung des CVUA Rheinland an allen drei Standorten durch. Dabei wurden Mängel in sog. Abweichungsberichten vermerkt, die im Anschluss zu beheben waren. Dafür wurde ein Zeitraum von 6 Monaten eingeräumt, sodass die Akkreditierungsurkunde mit Datum vom 09.08.2013 für 5 Jahre ausgestellt werden konnte. Durch den Wechsel der Akkreditierungsstelle haben sich die Kosten für die Akkreditierung signifikant erhöht. Außerdem finden bis zur Re-Akkreditierung im Jahr 2018 drei Überwachungsbegutachtungen statt, voraussichtlich im August 2014, Februar 2016 und August 2017.

Neubau

Die Anstalt wurde gegründet, um aus den vier kommunalen Einrichtungen ein schlagkräftiges, für den Verbraucher kompetentes Institut zu machen. Es war erklärter Wille, eine Anstalt zu errichten, die Augenhöhe mit anderen Anstalten in NRW und bundesweit kommunizieren kann. Bereits bei der Gründung war den Beteiligten bewusst, dass dies nur durch die Zusammenlegung an einen Standort erreicht werden kann. Um den Verbraucherschutz dauerhaft in der geforderten Qualität aufrecht zu erhalten, müssen die Synergieeffekte, die sich durch eine Zusammenlegung eröffnen, genutzt werden. Nach intensiver Vorauswahl fiel die Entscheidung ein Grundstück in Hürt-Kalscheuren zu kaufen und dort einen Laborneubau zu errichten.

Ziel ist die Nutzung von Synergien durch Bündelung von Ressourcen und der Optimierung von Betriebsabläufen, Betriebswirtschaft sowie der Organisation.

Der Bauantrag soll Ende April 2014 bei der Stadt Hürth eingereicht werden. Die Bauarbeiten sollen dann im Herbst beginnen. Der Bezug des Neubaus ist für das 1. Quartal 2016 geplant.

Es besteht hier ein Risiko, dass die Arbeiten sich verzögern und der Termin des Einzugs nicht erreicht werden kann, was eine Erhöhung der Kosten zur Folge hätte.

Zur Risikominimierung wurde deshalb ein externer Projektsteuerer beauftragt.

Im technischen Bereich wird durch eine regelmäßige Überwachung eine Risikominimierung gewährleistet.

Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2014, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 19. Dezember 2013 verabschiedet wurde, weist ein Gesamtergebnis von rd. 465 TEuro Gewinn aus. Daneben wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 13.169 TEuro im Vermögensplan beschlossen, dabei wurde ein Investitionsvolumen von 3.915 TEuro bestimmt.

Beteiligungen Anstalt öffentlichen Rechts

Das Chemische- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen

Kaiserstr. 50
52134 Herzogenrath-Kohlscheid
Telefon: 0241 / 519 822 17
E-Mail: hans-dieter.huellenkremer@studien-
institut-aachen.de
Homepage: www.studieninstitut-aachen.de

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen ist als kommunaler Zweckverband in den Aufgabengebieten Personalauslese, Ausbildung und Prüfung sowie Fortbildung für die Verbandmitglieder tätig.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2013 noch nicht vorlag.

Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsteher: Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der zum Zweckverband gehörenden Mitglieder für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung gewählt. Das Amt des Verbandsvorstehers erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt. Der Verbandsvorsteher ist Institutsvorsteher im Sinne der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Zur Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben bedient er sich des Studienleiters.

Verbandsversammlung: Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung beschließt über die ihr nach Gesetz und der Satzung des Zweckverbandes obliegenden Angelegenheiten des Zweckverbandes. In die Zuständigkeiten der Verbandsversammlung fallen insbesondere:

1. Erlass und Änderung der Satzung des Zweckverbandes, der Institutsordnung und anderer nach Satzungsrecht zu erlassenen Bestimmungen,
2. Erlass und Änderung der Prüfungsordnungen, soweit hierfür anderweitige Zuständigkeiten nicht begründet sind,
3. Wahl der nach der Institutsordnung besonders zu berufenen Mitglieder des Institutsbeirats,

Kreis Heinsberg

25%

Auf die Wiedergabe der wirtschaftlichen Verhältnisse wird an dieser Stelle verzichtet, da bis zur Erstellung des vorgelegten Berichtes lediglich der geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2012 vorlag.

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Erträge (insbesondere Lehrgangsgelder sowie Entgelte für Fortbildung und Personalauslese) die entstandenen Aufwendungen nicht decken. Hierbei bemisst sich die Umlage nach der letzten amtlich festgelegten fortgeschrittenen Bevölkerungszahl. Die Umlage ist im Voraus vierteljährlich zu zahlen. Hierzu ergänzend stellen die Verbandsmitglieder dem Zweckverband unentgeltlich die erforderlichen Räume sowie Einrichtungsgegenstände zur Verfügung (§ 10 der Satzung des Zweckverbandes). Der Kreis Düren hat für das Geschäftsjahr 2013 eine Verbandsumlage i.H.v. 10.684,16 € entrichtet. Darüber hinaus, weist der Kreis Düren in der Bilanz zum 31.12.2013 eine Verbindlichkeit für Pension und Beihilfen i.H.v. 258.618,90 € gegenüber dem Zweckverband für das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen aus. Außerdem hat der Kreis Düren im Rahmen der Leistungsanspruchnahme Lehrgangsgelder und Entgelte gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Der Lagebericht 2013 lag im Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2013 noch nicht vor.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband für das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Zweckverband Aachener Verkehrsverbund

Neuköllner Straße 1
52068 Aachen
Telefon: 0241 / 968 970
Telefax: 0241 / 968 97 20
Email: zweckverband@avv.de
Homepage: www.avv.de

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband hat im Verbundraum unter Beachtung der sich aus dem Vertrag über die Grundlagen des Aachener Verkehrsverbundes mit den Land NRW (Grundvertrag) ergebenden Rechte und Pflichten

- allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr zu beschließen,
- darauf hinzuwirken, dass die Verbandsmitglieder die Aachener Verkehrsverbund GmbH (AVV GmbH) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbandes in ihrem Einflussbereich umsetzen,
- darauf hinzuwirken, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeptionen und technischen Standards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der AVV GmbH in ihren Planungen beachten.

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die von den Verbandsmitgliedern getragenen kommunalen Verkehrsunternehmen (Verbundverkehrsunternehmen), unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Dem ZV obliegen unter Beachtung der sich aus dem Regionalisierungsgesetz NW ergebenden Rechte und Pflichten folgende Aufgaben:

- Den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) als Aufgabenträger und als zuständige Behörde i.S.d. § 3 Abs.2 Regionalisierungsgesetz NW zu planen, zu organisieren und auszugestalten. Das fahrplan- und kapazitätsmäßige SPNV-Angebot zur Bedienung der Allgemeinheit und dessen Mitfinanzierung durch den ZV ist jährlich im Rahmen des Verbundetats festzulegen.
- Der ZV wirkt gem. § 5 Abs. 3 S. 2 Regionalisierungsgesetz NW auf die Bildung eines Gemeinschaftstarifs und einheitlicher Beförderungsbedingungen auf ein koordiniertes Verkehrsangebot im ÖPNV und gem. § 6 Abs. 3 Regionalisierungsgesetz NW auf die Bildung von Übergangstarifen hin.
- Der ZV erstellt gem. § 8 Regionalisierungsgesetz NW den Nahverkehrsplan für den SPNV insbesondere unter Berücksichtigung von § 5 Abs. 3 Regionalisierungsgesetz NW.

Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Zur Durchführung der Aufgaben gründet der ZV eine Gesellschaft unter der Firma „Aachener Verkehrsverbund GmbH“ (AVV GmbH). Diese Gesellschaft nimmt im Verbundraum Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsteher:

Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder auf sechs Jahre und seine Stellvertreter, höchstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamtes. Der Verbandsvorsteher und seiner Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung nicht angehören, sind jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.

Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach den Maßgaben der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Die Position des Zweckverbandsvorstehers und seiner Stellvertreter wird aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten, oder eines von ihm benannten Stellvertreters wahrgenommen. Nach der o.g. Rotationsvereinbarung steht dem Oberbürgermeister der Stadt Aachen für den Zeitraum Ende 2009 bis Mitte 2012 die Position des 1. stellvertretenden Zweckverbandsvorsteher zu. Den Verbandsvorsteher für diesen Zeitraum stellt der Kreis Heinsberg.

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Vertreter werden durch die Vertreterkörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkraften des Verbandsmitgliedes gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen.

Jedes Verbandsmitglied entsendet fünf Vertreter in die Verbandsversammlung; darunter seinen Hauptverwaltungsbeamten oder einen von ihm benannten Vertreter.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht durch das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit oder aufgrund der Satzung des Zweckverbandes die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. Die Verbandsversammlung kann die Entscheidungen über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:

1. Die Wahl des Verbandsvorstehers und seiner Vertreter,
2. die Wahl der in den Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft zu entsendenden Vertreter des Zweckverbandes,
3. Weisungen zur Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft,
4. die Änderung der Zweckverbandssatzung,
5. den Erlass der Haushaltssatzung und Feststellung des

- Haushaltsplanes,
6. die Abnahme der Jahresrechnung und die Entlastung des Verbandsvorstehers,
 7. die haushalts- und vermögensrechtlichen Entscheidungen von erheblicher Bedeutung,
 8. die Aufnahme und das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern
 9. die Auflösung des Zweckverbandes
 10. die Aufstellung des Nahverkehrsplanes SPNV,
 11. die Übertragung von Angelegenheiten auf benachbarte Zweckverbände gemäß § 6 Abs. 2 Regionalisierungsgesetz.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandsvorsteher:	Philipp, Marcel	Stadt Aachen	Oberbürgermeister	
Verbandsversammlung:	Kreis Düren	5 Sitze		25 %
	StädteRegion Aachen	5 Sitze		25 %
	Stadt Aachen	5 Sitze		25 %
	Kreis Heinsberg	5 Sitze		25 %

Vertretung des Kreises Düren

1. stv. Verbandsvorsteher:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Verbandsversammlung:	Cremer, Erich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hamel, Jörg (Vorsitzender)	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Steins, Hans Martin	Kreis Düren	Dezernent
	Titz, Ulrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Voß, Bruno	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

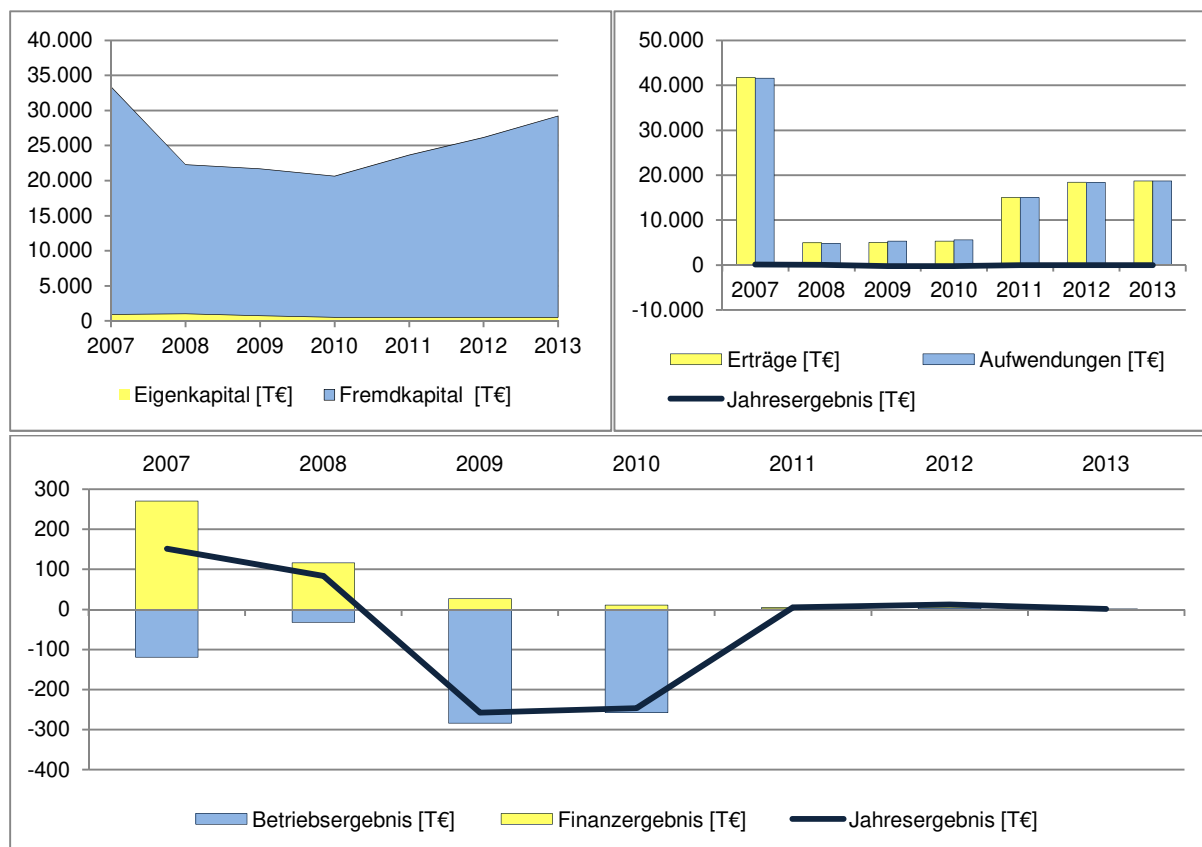
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband nach dem Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG)
Sitz:	Aachen
gezeichnetes Kapital:	Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet

Mitglieder:	direkter Anteil am Zweckverband
Stadt Aachen	25%
StädteRegion Aachen	25%
Kreis Düren	25%
Kreis Heinsberg	25%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	1,00 €	1,00 €	1,00 €	0,00 €	0,00%
II. Finanzanlagen	153.001,00 €	153.001,00 €	153.001,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen	15,98 €	4,52 €	29.914,49 €	29.909,97 €	661725,00%
II. sonstige Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Liquide Mittel	4.237.208,91 €	6.801.797,74 €	9.440.595,86 €	2.638.798,12 €	38,80%
C. Aktive Rechnungsabgrenzung	19.240.887,41 €	19.218.322,77 €	19.597.916,78 €	379.594,01 €	1,98%
Summe Aktiva	23.631.114,30 €	26.173.127,03 €	29.221.429,13 €	3.048.302,10 €	11,65%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Allgemeine Rücklage	500.201,39 €	505.159,50 €	517.279,93 €	12.120,43 €	2,40%
II. Jahresüberschuss	4.958,11 €	12.120,43 €	1.155,66 €	-10.964,77 €	-90,47%
B. Rückstellungen	10.237,92 €	6.545,00 €	13.145,00 €	6.600,00 €	100,84%
C. Verbindlichkeiten	3.780.791,37 €	6.385.408,18 €	9.091.919,88 €	2.706.511,70 €	42,39%
D. Passive Rechnungsabgrenzung	19.334.925,51 €	19.263.893,92 €	19.597.928,66 €	334.034,74 €	1,73%
Summe Passiva	23.631.114,30 €	26.173.127,03 €	29.221.429,13 €	3.048.302,10 €	11,65%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	14.974.776,82 €	18.389.405,11 €	18.709.752,19 €	320.347,08 €	1,74%
2. sonstige ordentliche Erträge	4.786,46 €	3.692,92 €	0,00 €	-3.692,92 €	-100,00%
3. Personalaufwendungen	101.302,95 €	112.347,33 €	0,00 €	-112.347,33 €	-100,00%
4. Bilanzielle Abschreibungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
5. Transferaufwendungen	14.807.635,11 €	18.208.537,16 €	18.678.551,47 €	470.014,31 €	2,58%
5. sonstige ordentliche Aufwendungen	69.476,68 €	68.522,31 €	31.199,03 €	-37.323,28 €	-54,47%
Betriebsergebnis	1.148,54 €	3.691,23 €	1,69 €	-3.689,54 €	-99,95%
6. Finanzerträge	3.809,57 €	8.429,20 €	1.153,97 €	-7.275,23 €	-86,31%
7. Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Finanzergebnis	3.809,57 €	8.429,20 €	1.153,97 €	-7.275,23 €	-86,31%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	4.958,11 €	12.120,43 €	1.155,66 €	-10.964,77 €	-90,47%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	4.958,11 €	12.120,43 €	1.155,66 €	-10.964,77 €	-90,47%



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	1,5	1,5	1,5

Verbindungen zum Kreishaushalt

In der Sitzung am 05.12.2012 hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes AVV die Haushaltssatzung des Zweckverbandes AVV für das Haushaltsjahr 2013 beschlossen. Die Haushaltssatzung 2013 enthält unter anderem die allgemeine Verbandsumlage 2013 basierend auf den Daten des Verbundetats 2012 sowie die endgültigen Verbandsumlagen für die Jahre 2008 bis 2011 auf Basis der vorangegangenen Ergebnisrechnungen. Nach Verrechnung einzelner Umlagebeiträge hat der Kreis Düren 2013 einen Umlagebetrag i.H.v. 111.000,00 € getätigt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2013.

Im Haushaltsjahr 2013 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 4.557.709,86 € als ÖPNV-Pauschale erhalten.

ten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 11.378,73 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Zinseinnahmen von Verkehrsunternehmen in Höhe von 9.112,49 € sowie um Zinsen aus den Mitteln der ÖPNV-Pauschale, die im Kalenderjahr 2013 erwirtschaftet wurden, in Höhe von 2.266,24 €. Davon konnte ein Betrag in Höhe von 908,46 € nicht fristgerecht verwendet werden und wurde an die Bezirksregierung Köln zurück erstattet. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 4.568.180,13 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 673.348,11 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Jahr 2013 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2013 verbliebenen Zuwendungen sind in Höhe von 3.894.820,14 € im ersten Halbjahr des Jahres 2014 zweckentsprechend verwendet worden. Die übrigen Mittel in Höhe von 11,88 € werden nach Absprache mit der Bezirksregierung Köln im Förderjahr 2014 ausgeschüttet.

Darüber hinaus hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von 10.873.121,34 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale erhalten. Ein Anteil in Höhe von 9.761.326,27 € ist im Jahr 2013 zweckentsprechend gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW verwendet worden. Die restlichen Mittel in Höhe von 1.111.795,07 € sowie die im Kalenderjahr 2013 aus der Bewirtschaftung der Ausbildungsverkehr-Pauschale entstandenen Zinserträge in Höhe von 2.855,89 € sind im ersten Halbjahr 2014 zweckentsprechend verwendet worden. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2011 wurden darüber hinaus 840.568,87 € an Verkehrsunternehmen ausgeschüttet, was zu einer entsprechenden Minderung bei den Verbindlichkeiten aus Transfermitteln führte.

Zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den Richtlinien Sozialticket 2011 in Höhe von 2.106.405,00 € erhalten, welche im Rahmen einer Nachzahlung auf insgesamt 3.466.000,00 € aufgestockt wurde. Darüber hinaus standen aus dem Jahr 2012 Restmittel in Höhe von 594.177,57 € zur Verwendung im Berichtsjahr zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 2.436.646,97 € ist den Verkehrsunternehmen für das Jahr 2013 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV ausgezahlt worden. Weitere Mittel in Höhe von 1.359.595,00 € wurden im Rahmen einer Nachzahlung an die Verkehrsunternehmen im ersten Halbjahr 2014 zweckentsprechend verwendet. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2011 wurden darüber hinaus 791,80 € an Verkehrsunternehmen ausgeschüttet, was zu einer entsprechenden Minderung bei den Verbindlichkeiten aus Transfermitteln führte. Die restlichen Mittel in Höhe von 263.143,80 € wurden im Jahr 2014 zweckentsprechend verwendet.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und belaufen sich auf 153.000,00 €. Es handelt sich hierbei um die Beteiligung an der Aachener Verkehrsverbund GmbH, deren alleiniger Gesellschafter der Zweckverband AVV ist.

Der ZV AVV finanzierte seinen Eigenaufwand durch die seitens des ZV NVR bereitgestellte ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Insgesamt führte das Haushaltsjahr zu dem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 1.155,66€.

Die erheblichen Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen beim Gesamtaufwand und dem Gesamtertrag einerseits und der Ergebnisrechnung andererseits basieren in erster Linie auf der Differenz zwischen der prognostizierten Verbandsumlage zur Deckung des ÖPNV-Defizits im Busbereich und dem tatsächlichen Ergebnis. Wie in den Jahren zuvor hat der ZV AVV lediglich einen Spitzenausgleich zwischen den Verbandsgliedern durchgeführt. Der Mitteilfluss zwischen den Verbandsgliedern und deren eigenen kommunalen Verkehrsunter-

nehmen ist konform mit der Zweckverbandssatzung auf direktem Weg vorgenommen worden. Entsprechend hat sich der über den Zweckverbandshaushalt vollzogene Mittelfluss verringert.

Seit dem 01.01.2013 wird die Funktion der Geschäftsstelle des ZV AVV in vollem Umfang durch die Aachener Verkehrsverbund GmbH (AVV GmbH) wahrgenommen. Durch den hiermit verbundenen Übergang der Mitarbeiter der Geschäftsstelle des ZV AVV an die AVV GmbH entfällt der beim ZV AVV bis zum 31.12.2012 angefallene Personalaufwand seit dem Geschäftsjahr 2013.

Wie in den zurückliegenden Jahren wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko bezüglich der notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann.

Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV NVR, dessen Verbandsmitglied der ZV AVV ist, zugewiesen. In der Satzung des ZV NVR ist festgelegt, dass ein Anteil an der Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW an den ZV AVV und an die AVV GmbH weiterzuleiten ist.

Die vorgenannten Mittel sind in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagenbestand vorhanden. Die Finanzierung des ZV AVV wird vor diesem Hintergrund als gesichert angesehen.

Für die Zukunft werden darüber hinaus keinerlei Risiken gesehen. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Wirtschaftsplans für das Haushaltsjahr 2015.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband AVV ist direkt zu 100% an der AVV GmbH beteiligt (Anteile an verbundenen Unternehmen). Zum 01.01.2008 gründete der Zweckverband AVV gemeinsam mit dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg den Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR), auf den die SPNV - Aufgabenträgerschaft im Rahmen der Novellierung des ÖPNVG NRW zu 01.01.2008 übergegangen ist. Diese Beteiligungen werden im Beteiligungsbericht nicht näher dargestellt.



Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)

Zum Hagelkreuz 24
52249 Eschweiler
Telefon: 02403 / 8766 530
Telefax: 02403 / 8766 535
E-Mail: info@zew-entsorgung.de
Homepage: www.zew-entsorgung.de

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gem. §§ 15 I 1, 13 I 1 KrW-/AbfG, § 5 LAbfG wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsteher: Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er muss Hauptverwaltungsbeamter eines Zweckverbandsmitglieds sein und wird auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder wechseln sich als Verbandsvorsteher im 2-Jahres-Rhythmus ab.

Verbandsversammlung: Die Verbandsversammlung besteht aus je sieben stimmberechtigten Vertretern je Verbandsmitglied. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung bestellt.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. Die Verbandsversammlung bestimmt insbesondere u.a. über

1. die Satzungen des Verbandes sowie deren Änderung und Aufhebung,
2. Wahl und Abberufung des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters,
3. die Aufnahme einer Betätigung entsprechend dem 11. Teil der Gemeindeordnung NRW (wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, soweit es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt,
4. den Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen, den Abschluss von Pacht-, Leasing- und Mietverträgen sofern ihre Laufzeit 5 Jahre übersteigt,
5. die Aufnahme von Krediten über € 250.000 sowie die Bestellung von Sicherheiten,

6. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährsverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie den Abschluss von Rechtsgeschäften, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit der Wert des Rechtsgeschäfts € 100.000 übersteigt,
7. die Vornahme von notariell beurkundungsbedürftigen Grundstücksgeschäften soweit der Wert des Rechtsgeschäfts € 250.000 übersteigt,
8. die Einleitung und Beendigung von Rechtstreitigkeiten, sofern der Gegenstandswert € 50.000 übersteigt,
9. den Abschluss von Vergleichen und den Erlass von Forderungen, sofern der auf diese Weise gewährte Nachlass den Betrag von € 5.000 übersteigt,
10. die Auftragsvergabe bei Bau- und Lieferaufträgen mit einem Auftragsvolumen von über € 50.000 sowie Dienstleistungsverträge mit einem Jahresvolumen über € 50.000,
11. der Abschluss von Dienst- bzw. Arbeitsverträgen i.H.v. mehr als € 50.000/Jahr,
12. die Wirtschaftsführung in Form eines Finanz- und Wirtschaftsplans,
13. die Benennung des Abschlussprüfers,
14. die Feststellung des Jahresabschlusses,
15. die Auflösung des Zweckverbandes.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandsvorsteher:	Spelthahn, Wolfgang Philipp, Marcel	Kreis Düren Stadt Aachen	Landrat OB	seit 01.01.2014 bis 31.12.2013
Verbandsversammlung:	Kreis Düren Städteregion Aachen Stadt Aachen	7 Sitze 7 Sitze 7 Sitze		33,33% 33,33% 33,33%

Vertretung des Kreises Düren

Verbandsversammlung:	Dohmen, Hans Wilhelm Natus-Can, Astrid Schavier, Karl Schmitz, Hans Peter Schmitz, Josef Johann Spelthahn, Wolfgang Voß, Bruno Steins, Hans-Martin beratendes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Landrat Kreistagsabgeordneter Dezernent
-----------------------------	--	---	---

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

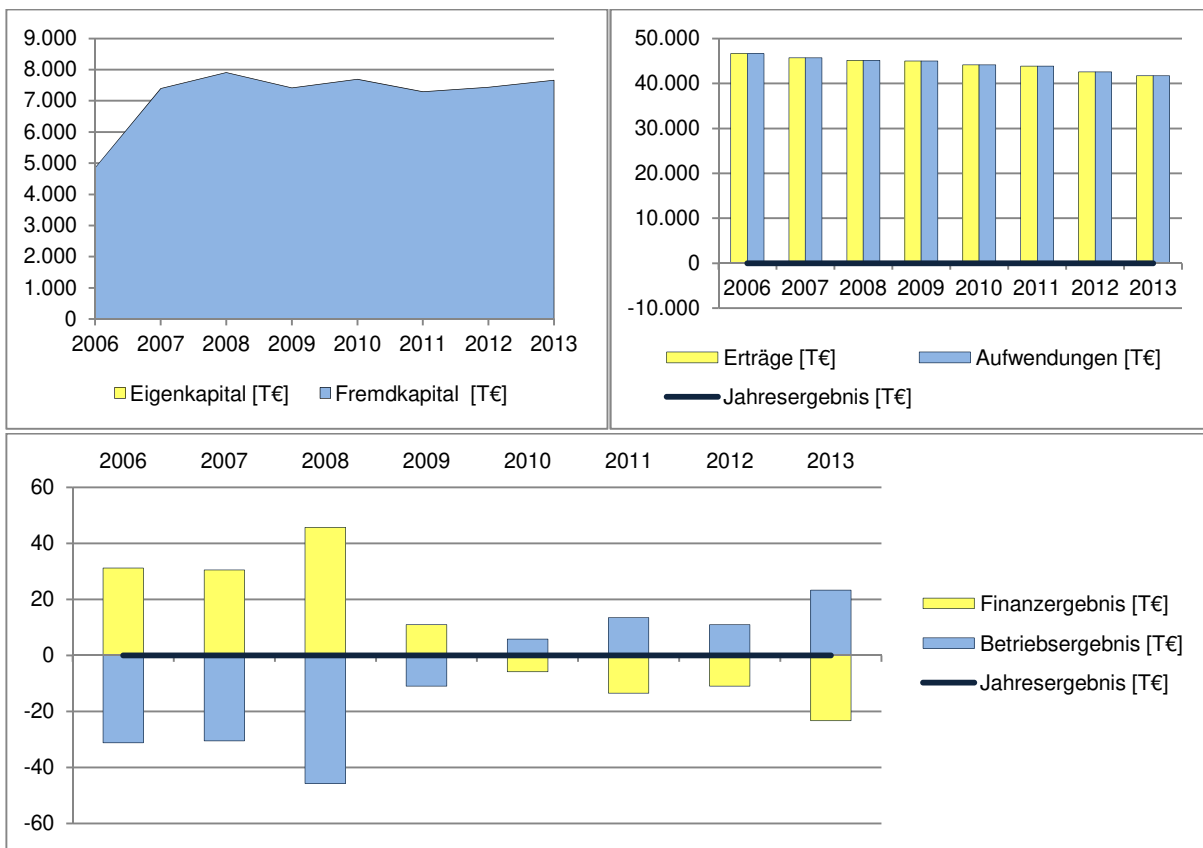
Rechtsform:	Zweckverband
Sitz:	Eschweiler
gezeichnetes Kapital:	25.500 €

Verbandsmitglieder:	direkter Anteil	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.500,00 €	33%
Stadt Aachen	8.500,00 €	33%
Kreis Düren	8.500,00 €	33%

Bilanz	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Finanzanlagen	24.000,00 €	24.000,00 €	24.000,00 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	3.877.328,82 €	3.499.792,08 €	4.256.326,41 €	756.534,33 €	21,62%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstitute	3.390.265,81 €	3.907.877,78 €	3.378.568,01 €	-529.309,77 €	-13,54%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	2.351,05 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	7.293.945,68 €	7.431.669,86 €	7.658.894,42 €	227.224,56 €	3,06%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.500,00 €	25.500,00 €	25.500,00 €	0,00 €	
II. Gewinn-/Verlustvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Rückstellungen	449.128,74 €	723.553,25 €	776.799,47 €	53.246,22 €	7,36%
C. Verbindlichkeiten	6.819.316,94 €	6.682.616,61 €	6.856.594,95 €	173.978,34 €	2,60%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	7.293.945,68 €	7.431.669,86 €	7.658.894,42 €	227.224,56 €	3,06%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011	2012	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	43.682.626,03 €	42.557.847,35 €	41.695.925,40 €	-861.921,95 €	-2,03%
2. sonstige betriebliche Erträge	138.090,38 €	712,83 €	6.762,87 €	6.050,04 €	848,74%
3. Materialaufwand	43.358.163,00 €	42.217.239,59 €	41.382.188,38 €	-835.051,21 €	-1,98%
4. Personalaufwand	174.770,51 €	185.229,82 €	173.473,95 €	-11.755,87 €	-6,35%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	274.338,87 €	145.077,08 €	123.753,56 €	-21.323,52 €	-14,70%
Betriebsergebnis	13.444,03 €	11.013,69 €	23.272,38 €	12.258,69 €	111,30%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	20.381,50 €	27.576,29 €	12.884,30 €	-14.691,99 €	-53,28%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	33.825,53 €	38.589,98 €	36.156,68 €	-2.433,30 €	-6,31%
Finanzergebnis	-13.444,03 €	-11.013,69 €	-23.272,38 €	-12.258,69 €	111,30%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit /	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

Jahresüberschuss



	2011	2012	2013
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	3
Darüber hinaus ist die AWA Entsorgung GmbH mit der Geschäftsbesorgung im kaufmännischen und technischen Bereich sowie mit der Unterstützung der Verwaltungsstelle des ZEW beauftragt.			

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der ZEW erhebt von seinen Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Für die Berechnung der Umlage wird die Einwohnerzahl des einzelnen Verbandsmitglieds zur Zahl der Gesamteinwohner im Verbandsgebiet ins Verhältnis gesetzt. Soweit die Notwendigkeit einer Umlage aus einer Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes resultiert, die dieser lediglich für einzelne Verbandsmitglieder erfüllt, können nur diese hierfür zu einer Umlage herangezogen werden.

Nach den Bestimmungen der Gebührensatzung erhebt der ZEW für die Inanspruchnahme der zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen Benutzungsgebühren. Zur Zahlung der Gebühren sind die überlassungspflichtigen Abfallerzeuger aus dem Verbandsgebiet, die die vom ZV zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen benutzen, verpflichtet. Gebührenmaßstab ist das Gewicht der angelieferten Abfälle.

Für das Geschäftsjahr 2013 hat der Kreis Düren keine Umlage an den ZEW gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlagen des Zweckverbandes

Der ZEW nimmt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger abfallwirtschaftliche und -rechtliche Aufgaben wahr, die ihm ganz oder teilweise im Rahmen seiner Pflichten und Rechte durch seine Verbandsmitglieder StädteRegion Aachen, Kreis Düren und Stadt Aachen übertragen wurden. Der Umfang der übertragenen Aufgaben ergibt sich aus den Anlagen 1, 2 und 3 der Verbandssatzung des ZEW. Der ZEW nimmt insoweit im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW der in seiner Abfallsatzung aufgeführten Abfallentsorgungsanlagen und Umladestationen. Da der Verband jedoch keine operativen Aufgaben wahrnimmt, hat er mit dem Betrieb von Anlagen die AWA Entsorgung GmbH beauftragt, die sich in Teilbereichen auch externer Entsorgungsmöglichkeiten bedient.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Marktpreis für gewerbliche Abfälle befindet sich deutschlandweit nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die Entwicklungen hinsichtlich der Neugestaltung des Abfallwirtschaftsplanes NRW sowie die Sammlung von Abfällen zur Verwertung aus privaten Haushaltungen, die grundsätzlich einer Überlassungspflicht an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger unterliegen, durch gewerbliche / gemeinnützige Sammler gem. den neuen Regelungen des am 01.06.2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetzes stellen sich nach wie vor als kritisch dar.

Solche wie die zuvor genannten Aspekte haben nachteilige Auswirkungen auf die Mengenentwicklung und Auslastung der MVA sowie die Erlöse für verwertbare Abfälle mit den entsprechenden negativen Folgen für die Abfallgebühren.

Geschäftsverlauf

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Investitionsplan, dem Stellenplan, dem Finanzplan sowie einer detaillierten Gebührenkalkulation.

Die Revision von zwei Verbrennungslinien in der MVA Weisweiler im Frühjahr ist gut verlaufen und konnte planmäßig abgeschlossen werden.

Im Laufe des Jahres zeichnete sich ab, dass sich die durchschnittlichen Verbrennungskosten auf ein niedrigeres Kostenniveau vergleichbar 2012 in Höhe von 115 € / t zubewegen. Der Marktpreis für Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen befindet sich stetig auf niedrigem Niveau. Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet.

Die Baumaßnahmen für das ELC Süd in Monschau konnten an einem sehr guten Standort und ohne Verzögerungen abgeschlossen werden, so dass die Planung Kostenersparnisse in Höhe von ca. 50.000 € vorsieht.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das Wirtschaftsjahr vor Buchung der Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen aus Kostenüberdeckungen einen handelsrechtlichen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 8 aufweist. Damit liegt das Wirtschaftsjahr 2013 insgesamt im Rahmen der kalkulierten Ansätze und hat einen planmäßigen Verlauf genommen.

Personalentwicklung:

Neben den drei hauptamtlichen Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen des ZEW war im Berichtsjahr weiterhin eine geringfügig Beschäftigte beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren in 2013 insgesamt 2,65 Arbeitnehmer / innen beschäftigt.

Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des zwischen der AWA Entsorgung GmbH und dem ZEW abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages.

Lage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Jahr 2013 lagen mit insgesamt T€ 41.696 um 2,0 % unter dem Vorjahresniveau (T€ 42.558). Umsatzzuwächse aus dem Herkunftsbereich Stadt Aachen (T€ 13.415; Vj. T€ 13.177) standen Umsatzrückgänge aus der StädteRegion Aachen (T€ 14.923; Vj. T€ 15.154) und dem Kreis Düren (T€ 12.785; Vj. T€ 13.639) gegenüber.

Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Ein Umsatzrückgang lässt dabei nicht zwangsläufig auf eine rückläufige Geschäftsentwicklung schließen, sondern hierin schlagen sich auch Erfolge kostengünstigen Wirtschaftens nieder.

Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i.d.R. beim Rohergebnis nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen. Das Rohergebnis (T€ 320; Vj. T€ 341) deckt die übrigen Verwaltungskosten. Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab.

Da der ZEW seine Gebühren auf LSP-Basis kalkuliert, sind die Gewinnmöglichkeiten strukturell sehr begrenzt. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. Vor Zuführung zur Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürger wies der ZEW ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 8 aus.

Finanzlage

Die Finanzlage des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) ist weiterhin geordnet. Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen. Im Wirtschaftsjahr 2013 wurden keine Investitionen getätigt.

Wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€ - 548; Vj. T€ + 397) hatte die Zunahme von Forderungen gegen Verbandsmitglieder (T€ 1.551; Vj. T€ 800).

Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme des Finanzmittelfonds um T€ 529 auf nunmehr T€ 3.379.

Vermögenslage

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2013 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres ausreichend gesichert.

Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern / -besitzern zu erhebenden Gebühr einzubeziehen.

Das Anlagevermögen ist von stark untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben.

Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 1.758; Vj. T€ 1.552), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW weit überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind, und Forderungen gegen Verbandsmitglieder (T€ 1.551; Vj. T€ 800). Der vergleichsweise starke Anstieg resultiert aus Forderungen gegen die Stadt Aachen, die offene Posten aus November und Dezember 2013 enthalten. Im Vorjahr waren die betreffenden Forderungen aus dem November bereits ausgeglichen.

Der Rückgang der liquiden Mittel (T€ 3.379; Vj. T€ 3.908) ist durch die Zunahme von Forderungen begründet.

Im Umlaufvermögen ist unter den Sonstigen Vermögensgegenständen eine Position in Höhe von T€ 940 ausgewiesen, deren Sachverhalt in einem Vorgang der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG im Rahmen des Erwerbs der MVA im Jahr 2008 begründet liegt und in dessen Folge auch Auswirkungen auf die Kosten der AWA Entsorgung GmbH sowie des Zweckverbandes Entsorgungsregion West verbunden sind. Unter Anwendung entgeltrechtlicher Wahlrechte werden diese Kosten rätierlich in die Entgelte der kommenden Jahre eingerechnet, was unter Berücksichtigung der erforderlichen Gesellschafter- und Gremienbeschlüsse zu bilanziellen Konsequenzen führte.

Hieraus resultiert auch der Ausweis einer Position in gleicher Höhe unter den Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 5.149; Vj. T€ 4.994) beinhalten einen Betrag von T€ 940 aus dem Vorgang bezüglich der MOENA-Mietnebenkosten.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern ist eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren (T€ 1.703; Vj. T€ 1.684) bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, der aus einer Abstandszahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und seinen Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt heranzuziehen.

Der Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital/Anlagevermögen) weist einen Wert von 106 % aus, dagegen ist die Liquidität I. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital) mit 54 % schwach, wird aber dadurch relativiert, dass der weit überwiegende Anteil des kurzfristigen Fremdkapitals aus Verbindlichkeiten gegenüber der AWA Entsorgung GmbH besteht. Zudem weist die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen/kurzfristiges Fremdkapital) mit 110 % einen deutlich besseren Wert auf.

Auch die Eigenkapitalquote (0,33 %) ist auf den ersten Blick sehr schwach, aufgrund der besonderen Bedingungen aber nicht bedrohlich und kann somit akzeptiert werden.

Umweltschutz

Im Sinne der Ziele der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist der ZEW bestrebt, eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung zu gewährleisten. Insbesondere der Wiederverwendung, dem Recycling und der Verwertung von Abfällen kommt hier eine vorrangige Bedeutung zu.

Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies konsequent und zuverlässig.

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die umweltrelevanten Grenzwerte der MVA Weisweiler zuverlässig weit unter den festgesetzten Größenordnungen liegen.

ZEW und AWA nehmen daher eine Vorbildfunktion für den Umweltschutz wahr.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Prognosebericht

Kritisch mit Blick auf die Zukunft ist die Neuausgestaltung des Abfallwirtschaftsplanes NRW zu betrachten. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, die kommunalen Spitzenverbände und alle sonstigen involvierten Akteure müssen hier kooperativ zusammenwirken.

Die Erfassung von Wertstoffen ist mit dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz noch intensiver in den Fokus getreten. Der ZEW hat sich dieser Thematik mit der Rückübertragung der Altpapier-

verwertung von den Kommunen auf den ZEW, mit der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts für den Teilbereich Altkleider und durch die Errichtung weiterer und noch folgender ELC im Verbandsgebiet intensiv angenommen und wird dies auch weiterhin verfolgen.

Vor diesem Hintergrund ist dem Aspekt „gewerbliche / gemeinnützige Sammlung“ von u.a. Altkleidern oder Altmetall nach wie vor eine besondere Bedeutung beizumessen, da diese, insbesondere die gewerblichen Sammlungen von Abfällen zur Verwertung aus privaten Haushaltungen, nachteilige Auswirkungen haben können.

Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen wird. Wie schon im Vorjahr geht auch der Wirtschaftsplan für 2014 von einer nicht unwesentlichen Reduzierung der Entsorgungskosten aus, was zwar zu einer entsprechenden Entlastung der

Gebühren insgesamt führt, aber in der Folge auch eine Reduzierung des Umsatzes nach sich zieht.

So geht der Wirtschaftsplan für 2014 von Umsatzerlösen in Höhe von T€ 39.095 aus. In nahezu gleichem Umfang sind rückläufige Entsorgungskosten unterstellt (T€ 38.546).

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Die von der Landesregierung NRW beabsichtigte Ausgestaltung der Neufassung des Abfallwirtschaftsplanes befindet sich noch in der Beratung und in Detailabstimmungen.

Das Land NRW soll in Entsorgungsregionen eingeteilt werden, denen die überlassungspflichtigen Abfälle zugeordnet werden. Die Gestaltung der Regionen soll sich am Prinzip der Nähe sowie der vorhandenen Infrastruktur und an dem Prinzip der Autarkie orientieren. Freiwillige Lösungen und kommunale Kooperationen sollen zum Tragen kommen.

Grundsätzlich ist diese Entwicklung positiv zu werten. Die überarbeitete Fassung muss jedoch abgewartet werden. Sie wird dem Landtag NRW voraussichtlich im Februar 2014 vorgelegt.

Das am 01.06.2012 in Kraft getretene Kreislaufwirtschaftsgesetz bedingte einige Neuerungen. Insbesondere die neuen Regelungen zu „gewerblichen / gemeinnützigen Sammlungen“, die eine Ausnahme von den bestehenden Überlassungspflichten an die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bei Abfällen zur Verwertung aus privaten Haushaltungen darstellen, stellen alle am Anzeigeverfahren einer solchen Sammlung beteiligten Behörden vor eine große Herausforderung hinsichtlich der rechtlichen Beurteilung. Denn die Vielzahl der unbestimmten Rechtsbegriffe unterliegt einem großen Beurteilungs- und Ermessensspielraum.

Die hohe Anzahl von Anzeigen - hauptsächlich für die Sammlung der Abfallfraktionen Altkleider und Altmetalle - die dem ZEW als zuständigem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger durch die Unteren Abfallwirtschaftsbehörden zur Stellungnahme übermittelt werden, können bei deren Zulassung gravierende Auswirkungen auf die Abfallmengen des ZEW haben.

Chancenbericht

Da sich der ZEW aufgrund seines strukturellen Umfelds nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation befindet und nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann, können Chancen im inhaltlichen Sinne der handelsrechtlichen Vorschriften nur bedingt beschrieben werden.

Positive Entwicklungen können sich aus den Sachverhalten, die unter dem Risikobericht beschrieben sind, ergeben. Folgende positive Maßnahmen sind im Wirtschaftsjahr 2013 eingeleitet worden, aber noch nicht abgeschlossen:

Im Sinne der Zielsetzungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wird der ZEW die getrennte Erfassung von Abfällen weiterhin vorantreiben. So wurde die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Teilbereich Altkleider, unter Beteiligung der Kommunen und der ortsansässigen und zugelassenen gewerblichen / gemeinnützigen Sammler in 2013 angestoßen. Das Benehmen mit der StädteRegion Aachen, der Stadt Aachen und dem Kreis Düren wird noch hergestellt.

Im Ergebnis müssen Altkleider zukünftig getrennt vom Restabfall durch die Städte und Gemeinden oder im Rahmen gemeinnütziger oder gewerblicher Sammlungen erfasst werden. Entsprechende Sammelsysteme im Hol- und / oder Bringsystem müssen in ausreichendem Umfang dem Bürger zur Verfügung stehen.

In 2013 hat der ZEW rechtskonform die Rückübertragung der Aufgabe der Papierverwertung, die von einzelnen Kommunen bzw. deren beauftragten Papierverwertern noch selbst wahrgenommen wird, in die Wege geleitet.

Der ZEW gewährleistet eine hochwertige Verwertung des durch die Städte und Gemeinden sowie durch die RegioEntsorgung AöR gesammelten Altpapiers. Die erzielten Erlöse werden an die Kommunen weitergeleitet und stellen einen Profit für diese dar.

Da die Laufzeiten der kommunalen Verträge mit deren Papierentsorgern berücksichtigt wurden, wird der ZEW erst ab 2017 wieder für die Papierverwertung im gesamten Verbandsgebiet (außer Stadt Aachen) originär zuständig sein.

Die Verbesserung der Wertstofffassung durch Errichtung weiterer Entsorgungs- und Logistik-Centren wurde in 2013 erfolgreich fortgesetzt. Das ELC Süd in Monschau-Imgenbroich wurde im Verbandsgebiet eröffnet. In Folge dieses Erfolges sind neben den vorhandenen Wertstoffannahmestellen weitere ELC's in konkreter Planung.

Gesamtaussage

Durch das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW können bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten. Durch das Kostendeckungsprinzip können einerseits dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits ist aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen.

Es ist jedoch sehr wohl Interesse und Aufgabe des ZEW, Risiken zu vermeiden, die einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZEW haben, sowie im Sinne des Gebührenzahlers auf Kostenbewusstsein zu achten und durch entsprechende Maßnahmen zur Wirtschaftlichkeit und Gebührenstabilität beizutragen.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW) ist an der AWA Entsorgung GmbH beteiligt. Eine weitere Darstellung entfällt.

Zweckverband Region Aachen

Dennewartstraße 25-27
 52068 Aachen
 Telefon: 0241 / 963 1940
 Fax: 0241 / 963 1948

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband Region Aachen mit Sitz in Aachen verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts ‚Steuerbegünstigte Zwecke‘ der Abgabenordnung. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die nachfolgend aufgeführten Aufgaben:

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Der Zweckverband ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Zweckverbands dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

- Verbandspräsident:** Der Regierungspräsident in Köln ist Präsident des Zweckverbandes. Der Zweckverbandspräsident hat die besondere Aufgabe, die Region Aachen als höchster Repräsentant in den Gremien der Euregio Maas-Rhein zu vertreten und umgekehrt in die Region Aachen hinein Angelegenheiten der Euregio Maas-Rhein zu transportieren. Der Zweckverbandspräsident nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verbandes teil.
- Verbandsvorsteher:** Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der zum Zweckverband gehörenden Mitglieder für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung gewählt. Das Amt des Verbandsvorstehers erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt. Der Verbandsvorsteher ist Institutsvorsteher im Sinne der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Zur Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben bedient er sich des Studienleiters.
- Verbandsversammlung:** Die Verbandsversammlung hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder.
Je 12 Vertreter werden durch die in §1 (1) genannten Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen.
Der Landschaftsverband Rheinland entsendet einen Vertreter mit beratender Stimme in die Verbandsversammlung.
Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der kommunalen Vertreter einen Vorsitzenden und vier Stellvertreter. Die Wahl erfolgt in der ersten Sitzung nach Bildung des Zweckverbandes und danach jeweils am Anfang und zur Mitte der Wahlperiode der kommunalen Vertretungskörperschaften.
Die Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus dem Verbandsgebiet nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.
Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht durch gesetzliche Bestimmungen oder durch diese Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist.
Die Verbandsversammlung kann u. a. die Entscheidungen über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:
1. die Änderung der Verbandssatzung,
 2. den Erlass der Haushaltssatzung und die Feststellung des Haushaltsplanes,
 3. die Wahl des Rechnungsprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Verbandsvorstehers,

4. die haushalts- und vermögensrechtlichen Entscheidungen sowie Personalangelegenheiten, die nach Maßgabe der Geschäftsordnung von erheblicher Bedeutung sind,
5. die Aufnahme und das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern,
6. die Auflösung des Zweckverbandes.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandspräsidentin:	Walsken, Gisela	Köln	Regierungspräsidentin
Verbandsvorsteher:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Verbandsversammlung:	Städteregion Aachen		12 Sitze 20 %
	Stadt Aachen		12 Sitze 20 %
	Kreis Düren		12 Sitze 20 %
	Kreis Euskirchen		12 Sitze 20 %
	Kreis Heinsberg		12 Sitze 20 %
	Landschaftsverband Rheinland		1 Sitz (beratend)
	Europaabgeordneter Verbandsgebiet		1 Sitz (beratend)
	Bundestagsabgeordneter Verbandsgebiet		1 Sitz (beratend)
	Landtagsabgeordneter Verbandsgebiet		1 Sitz (beratend)

Vertretung des Kreises Düren

Verbandsvorsteher:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Verbandsversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Neulen, Leo		Kreistagsabgeordneter bis 04/2015
	Dohmen, Hans-Wilhelm		Kreistagsabgeordneter ab 06/2015
	Dr. Nolten, Ralf		Kreistagsabgeordneter
	Rolfink, Katharina		Kreistagsabgeordnete
	Schavier, Karl		Kreistagsabgeordneter
	Dr. Schoeller, Maria		Kreistagsabgeordnete
	Bozkir, Sandra		Kreistagsabgeordnete
	Endrigkeit, Uwe		Kreistagsabgeordneter
	Pöhler, Raoul		Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Josef Johann		Kreistagsabgeordneter
	Voß, Bruno		Kreistagsabgeordneter
	Hintzen, Michael		Kreistagsabgeordneter

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband nach dem Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG)
Sitz:	Aachen
gezeichnetes Kapital:	Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet

Mitglieder:	direkter Anteil am Zweckverband
StädteRegion Aachen	20%
Stadt Aachen	20%
Kreis Düren	20%
Kreis Euskirchen	20%
Kreis Heinsberg	20%
Landschaftsverband Rheinland	beratendes Mitglied

Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 lag bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2013 noch nicht vor.

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Zweckverband erhebt von seinen Verbandsmitgliedern eine Umlage. Der Kreis Düren hat für das Geschäftsjahr 2013 eine Verbandsumlage – auf Grundlage der Einwohnerzahl – i.H.v.150.489,55 € entrichtet.

Auszug aus dem Lagebericht 2013

Der Lagebericht 2013 lag bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2013 noch nicht vor.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband ist Region Aachen ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

Konzernübersicht Kreis Düren

Stand: 31.12.2013

Kreis Düren

